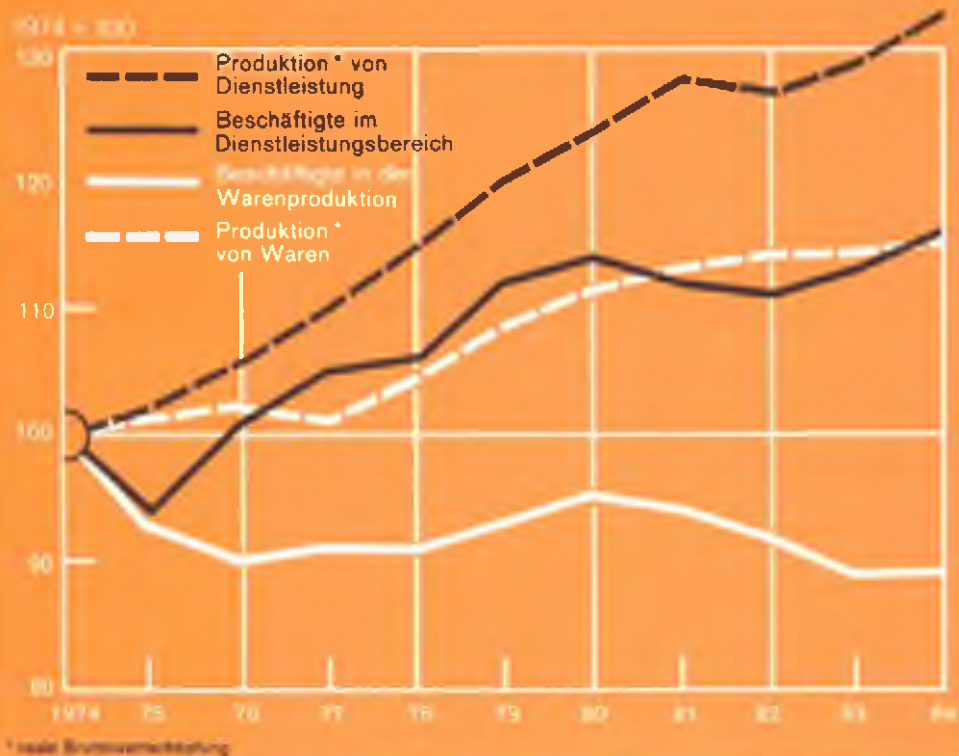


Statistisch-prognostischer Bericht 1984/85

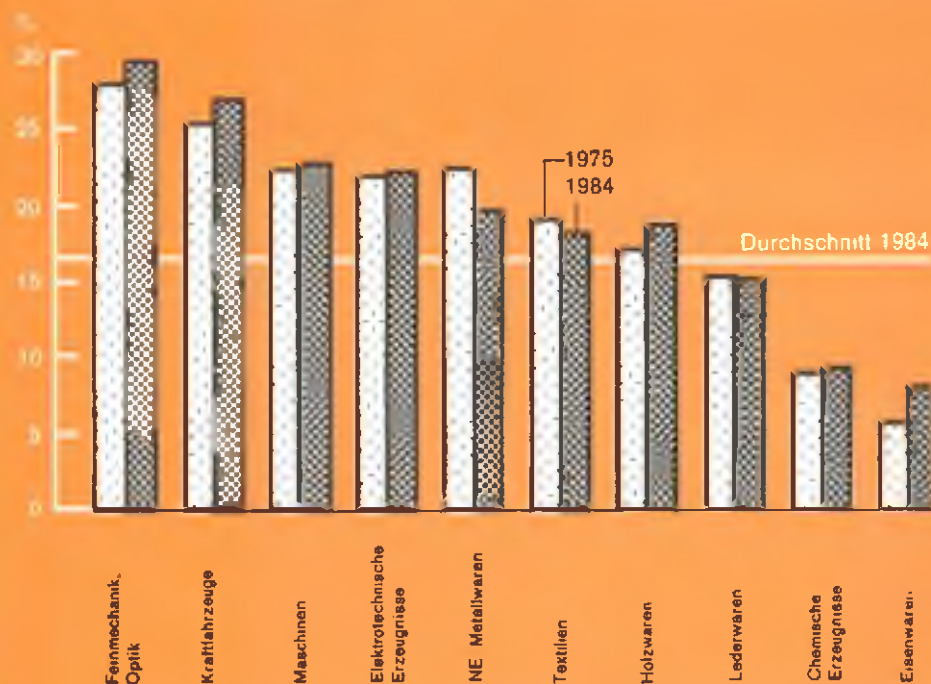
Daten - Analysen - Perspektiven

Heft 12

Entwicklung von Warenproduktion und Dienstleistungen



Anteil Baden-Württembergs am Export des Bundesgebietes



Baden-
Württemberg



Statistisch-prognostischer Bericht 1984/85

Daten - Analysen - Perspektiven

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden - Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

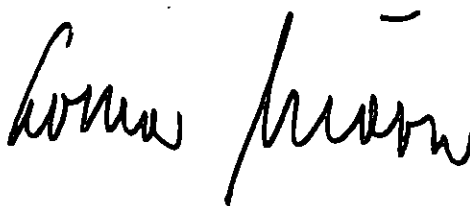
Vorwort

Die Landesregierung legt mit dem Statistisch-prognostischen Bericht 1984/85 den zwölften Band dieser Reihe vor.

Auch in diesem Bericht werden Einzeluntersuchungen zu verschiedenen politischen Schwerpunktbereichen vorgelegt. Es sei hier nur auf die Untersuchungen über die sektoralen Aspekte der Beschäftigtenentwicklung, die Entwicklung der Unternehmen in den 80er Jahren, die Exportstrukturen und die Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf nichteuropäischen Märkten sowie die Untersuchung über den Strukturwandel in der Landwirtschaft und die Analyse der Umweltschutzinvestitionen hingewiesen. Im Hinblick auf die Erfordernisse des wirtschaftlichen Strukturwandels zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Schutz unserer Umwelt sind die Ergebnisse dieser Analysen von größter politischer Bedeutung. Sie stellen für die Ausgestaltung der Politik der Landesregierung wichtige Basisinformationen dar. Der Bericht gibt auf einer zuverlässigen Datengrundlage nicht nur der Regierung ausgezeichnete Grundlagen für künftige Entscheidungen. Er dient auch auf anderen Ebenen des politischen Lebens der Entscheidungsvorbereitung. Nicht zuletzt sollen mit diesem Bericht auch die Bürger des Landes über einzelne Schwerpunkte der Landespolitik aus statistisch-analytischer Sicht informiert werden. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat mit der gewohnten Sorgfalt und großem Sachverstand die Daten und Statistiken ausgewertet und Zusammenhänge untersucht.

Im Namen der Landesregierung danke ich dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Professor Dr. Max Wingen und seinen Mitarbeitern für die Erarbeitung des Berichts 1984/85.

Stuttgart, im Juli 1985



Ministerpräsident
Lothar Späth

Inhalt	Seite
Vorwort	3
Teil I Rückblick 1984 – Ausblick 1985	7
Teil II Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen	31
1. Wirtschaft	31
1.1 Sektorale Aspekte der Beschäftigtenentwicklung, insbesondere im Dienstleistungsbereich	31
1.2 Selbständige, Unternehmen und Unternehmensgründungen – derzeitige Entwicklungstrends	50
1.3 Exportstruktur und Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf nichteuropäischen Märkten	83
2. Bildungswesen	113
2.1 Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen	113
2.2 Entwicklung der Fachstudienzeiten und der Verweildauer im Hochschulbereich	121
3. Sozialordnung	136
3.1 Die Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen in Baden-Württemberg – Analysen und Prognosen auf der Grundlage eines Gesundheitsbudgets –	136
4. Landwirtschaft und Umwelt	176
4.1 Neuere Aspekte des landwirtschaftlichen Strukturwandels	176
4.2 Umweltschutzinvestitionen der Öffentlichen Hand und der Privaten Wirtschaft	196
Anhang	219

Rückblick 1984 - Ausblick 1985

1984 hat sich der konjunkturelle Aufschwung, der sich nach einer lang anhaltenden, weltweiten Rezessionsphase ab 1983 abzeichnete, voll durchgesetzt. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Arbeitskampfmaßnahmen in der Druck- und Metallindustrie in den Monaten Mai und Juni die konjunkturelle Aufwärtsbewegung des Frühjahrs insbesondere in Baden-Württemberg unterbrochen und wegen der Länge und Intensität der Auseinandersetzungen Zweifel laut wurden, ob nach ihrer Beendigung der Anschluß an die positive Entwicklung wieder gefunden werden könne. So fiel im 2. Quartal die Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes im Land um 5,9 % hinter das entsprechende Vorjahresergebnis zurück, womit der gesamte Wachstumsgewinn der ersten Monate aufgezehrt war. Doch zeigten bereits die Produktions- und Auftragseingangsdaten der Industrie in den Sommermonaten, dann aber besonders in den Monaten ab September einen intensiven Aufholungsprozeß an. So lag die Ausbringung im 3. Vierteljahr um 6,1 % höher als im 3. Quartal 1983, im 4. Quartal hielt das Produktionstempo unvermindert an (+ 6,4 %). Auch der positive Trend bei der Auftragsvergabe setzte sich mit preisbereinigten Quartalsraten von 7,3 % bzw. 5,1 % fort, insbesondere im Investitionsgüterbereich (11,6 % bzw. 8,0 %).

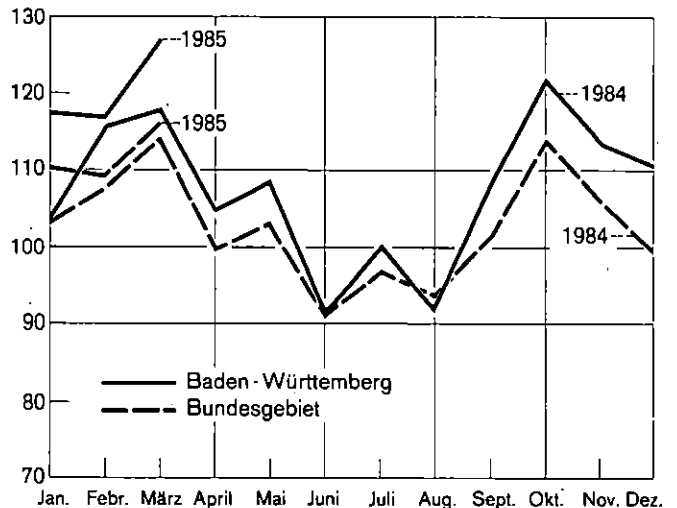
Dieser expansive Schwung des Verarbeitenden Gewerbes schlug sich auch in der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts als dem Indikator der gesamtwirtschaftlichen Leistungserstellung nieder. Real, also nach Herausrechnung der Preissteigerungen, ergab sich zunächst im ersten Halbjahr mit 1,3 % ein Zuwachs, der wesentlich geringer ausfiel als im Bundesdurchschnitt (+ 2,2 %). Für das ganze Jahr wurde dann aber mit + 2,7 % eine Zuwachsrate ermittelt, die im Bundes-trend liegt (+ 2,6 %).

Schaubild 1

Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾

- Volumenindex -

1980 = 100



1) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

193 85

Über die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt schlagen sich diese Tendenzen auch im demographischen Bereich bei der Wanderungsbewegung nieder. Waren 1983 vergleichsweise wenige deutsche Erwerbspersonen zugewandert, so weist der starke Wanderungsgewinn in 1984 von 32 300 Personen bei den Deutschen hier auf einen Umschwung hin. Die per-Saldo-Abwanderung der Ausländer hielt demgegenüber nach wie vor an. War in den beiden Vorjahren hierfür die ungünstige Arbeitsmarktsituation ausschlaggebend, so dürften 1984 die Rückkehrhilfen eine besondere Rolle gespielt haben. Hierauf deutet hin, daß bei steigenden Zuzügen gleichzeitig die Fortzüge stark zugenommen haben, so daß 1984 per Saldo 38 000 ausländische Personen abgewandert sind. Damit haben von Beginn 1982 bis Ende 1984 106 000 Ausländer unser Land verlassen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank damit auf 9,3 %.

Insgesamt blieb die Bevölkerung des Landes mit 9,241 Mill. Personen annähernd (- 2200 Personen) auf dem gleichen Stand wie 1983. Für 1985 ist allenfalls mit einer kleinen Bevölkerungszunahme zu rechnen, die jedoch kurzfristig stark vom Wanderungsverhalten abhängt. So dürfte voraussichtlich der Nettozustrom der Deutschen anhalten und die per-Saldo-Abwanderung der Ausländer sich abflachen.

Antriebskräfte der derzeitigen positiven Wirtschaftsentwicklung sind die inzwischen bereits seit 1 1/2 Jahren außerordentlich hohe Auslandsnachfrage einerseits sowie die Investitionsgüternachfrage andererseits. Die Ausfuhren des Landes stiegen 1984 um 11,6 % auf 81,4 Mrd. DM, streikbedingt fiel das Ausfuhrplus in diesem Jahr allerdings etwas geringer aus als im Bund (+ 12,9 %). Real ergab sich ein Ausfuhrwachstum von rund 8 %. Zurückzuführen ist das beachtliche Exportwachstum auf die positiven Nachfrageeffekte im Zuge der vor allem durch den kräftigen Aufschwung in den USA ausgelösten weltweiten konjunkturellen Erholung, sowie auf die anhaltende Abwertung der DM gegenüber dem US-Dollar. Begünstigt hierdurch gab es einen Exportboom in die USA. Die Lieferungen dorthin stiegen um 34 % auf 13 Mrd. DM, wodurch die USA einen Exportanteil von 16,2 % erreichten und damit Frankreich (12,6 %) als wichtigsten ausländischen Absatzmarkt Baden-Württembergs ablösten. Nach Frankreich stiegen die Exporte nur um 1,6 % - eine Folge der anhaltenden Konjunkturschwäche im Nachbarland. Bemerkenswert ist weiterhin, daß der Absatz in Europa mit 9,8 % etwas unterdurchschnittlich verlief, daß aber die Ausfuhren nach Japan (+ 11,1 %) und in die südostasiatischen Schwellenländer (+ 15,5 %) deutlich stiegen.

Mitbestimmend hierfür ist, daß die Investitionsbereitschaft des Auslandes, aber auch der inländischen Unternehmen derzeit sehr hoch ist. So verzeichnete das Investitionsgüter produzierende Gewerbe des Landes 1984 einen preisbereinigten Anstieg des Auftragseingangs von knapp 10 %, dem Anstiegsraten um knapp 9 % aus dem Inland und um 11 % aus dem Ausland zugrunde lagen. Besonders markant war der Auftragseingang im Maschinenbau mit real + 13,3 % (Inland: knapp

11 %, Ausland: knapp 16 %). Bei dem Ausweis des Anstiegs der realen Ausrustungsinvestitionen im Frühjahrsgutachten um bundesweit nur 0,4 % im Jahr 1984 ist der Basiseffekt aufgrund vorgezogener Investitionen im Jahr 1983 (Investitionszulage) zu berücksichtigen. Außerdem gingen die Investitionen im ersten Halbjahr 1984 streikbedingt zurück. Die Aufholeffekte im zweiten Halbjahr waren allerdings sehr stark, so daß für das Gesamtjahr im Vergleich zu 1982 ein realer Anstieg um etwas mehr als 6 % ermittelt wird.

Weniger günstig sind die Entwicklungstendenzen in der Bauwirtschaft. Hier schlug die durch staatliche Förderungsmaßnahmen sowie durch zwei Großaufträge angeregte Baukonjunktur - die noch 1983 zusammen mit einem mäßig steigenden Privaten Verbrauch die Wirtschaftsentwicklung gestützt hatte - um in eine starke Abschwächung. So verzeichneten die Betriebe des Bauhauptgewerbes im vergangenen Jahr eine (nominale) Auftragsabnahme um - 12 %, für die Minusraten von 21 % im Wohnungsbau und von 26 % im Wirtschaftsbau maßgeblich waren. Die ungünstigen Tendenzen im Wohnungsbau verstärkten sich in der zweiten Jahreshälfte, was nicht allein mit dem Auslaufen von Fördermaßnahmen, sondern ebenso mit Sättigungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt zu erklären ist. Damit dürften sie auch mittelfristig wirksam bleiben. So gingen in Anpassung an die stark rückläufigen Genehmigungszahlen seit dem letzten Drittel von 1984 die Auftragseingänge in diesem Bereich im ersten Quartal 1985 nochmals um 31 % gegenüber dem ersten Quartal 1984 zurück. Im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Hochbau dürften sich die Auftragseingänge bereits an das niedrige Genehmigungsniveau angepaßt haben, so daß sie sich 1985 kaum noch gegenüber 1984 abschwächen dürften. Im Tiefbau ist angesichts der gelockerten Vergabep Praxis der Öffentlichen Hand 1985 mit einer leichten Zunahme der Auftragseingänge zu rechnen.

Der Private Verbrauch stagnierte bundesweit (real + 0,6 %), obwohl das verfügbare Einkommen der Privaten Haushalte auch real um immerhin 3,4 % zunahm. Ursächlich hierfür waren nicht zuletzt ein nach wie vor mäßiger Preis-

Tabelle 1

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen für das Bundesgebiet

Merkmal	Einheit	1984		1985		
		Prognosen des Sachver- ständigenrats ¹⁾	Ist ²⁾	Prognosen		
				Sachver- ständigenrat ¹⁾	Jahres- wirtschafts- bericht ³⁾	Frühjahrs- gutachten ⁴⁾
Erwerbstätige	Veränderung gegen Vorjahr in %	0	- 0,2	+ 1	+ 0,5	0
Arbeitslose	Mill.	2,2 bis 2,3	2,27	ca. 2,1	.	2,28
Verwendung des Sozialprodukts (real)	Veränderung gegen Vorjahr in %					
Bruttosozialprodukt zu Markt- preisen		+ 2,5	+ 2,6	+ 3	+ 2,5	+ 2,5
Privater Verbrauch	"	+ 1,5	+ 0,6	+ 2,5	.	+ 1
Staatsverbrauch	"	+ 0,5	+ 2,0	+ 1	.	+ 1,5
Anlageinvestitionen	"	+ 6,5	+ 1,3	+ 4	.	+ 1
Ausfuhr	"	+ 4,0	+ 7,9	+ 6,5	+ 9 bis + 10	+ 8,5
Einfuhr	"	+ 4,5	+ 5,7	+ 6,5	.	+ 5
Preisentwicklung						
Privater Verbrauch	"	+ 3,0	+ 2,6	+ 2	+ 2	+ 2,5
Bruttosozialprodukt	"	+ 3,0	+ 1,9	+ 2	+ 2	+ 2
Verteilung des Volkseinkommens (nominal)						
Volkseinkommen	"	+ 5,5	+ 4,7	+ 5,5	+ 4,5 bis + 5,5	+ 4,5
Bruttoeinkommen aus unselb- ständiger Arbeit	"	+ 4,5	+ 3,0	+ 4,5	+ 4 bis + 4,5	+ 4
Bruttoeinkommen aus Unter- nehmertätigkeit und Vermögen	"	+ 8,0	+ 9,1	+ 6,5	+ 6 bis + 7	+ 6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	+ 4,0 ⁵⁾	+ 3,4 ⁵⁾	+ 4,5	+ 3,5 bis + 4,5	+ 4

1) Zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; 1984: (November 1983); 1985: (November 1984). — 2) Vorläufiges Ergebnis. — 3) Jahreswirtschaftsbericht 1985 der Bundesregierung. — 4) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1985 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.). — 5) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

anstieg - in Baden-Württemberg stieg der Preisindex für die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt um 2,5 % (Bundesgebiet: + 2,4 %) - und eine etwas anziehende Beschäftigung. Hier scheint eine gewisse Kaufzurückhaltung eine Rolle zu spielen, die sowohl mit dem lang anhaltenden Arbeitskampf wie auch - im Hinblick auf den Fahrzeugbau - mit der Katalysatordiskussion in Verbindung zu bringen ist. Die Umsatzsteigerung des Einzelhandels in Baden-Württemberg war entsprechend gering und betrug real nur 1,1 %. Auch für 1985 wird die Entwicklung des Verbrauchs nicht wesentlich stärker eingeschätzt (Frühjahrgutachten: + 1 %). Dies könnte allerdings, da einige restriktive Komponenten wegfallen und da der Auftragseingang im Fahrzeugbau extrem stark anzieht - hier nahm im Land im ersten Quartal 1985 der

reale Bestelleingang aus dem Inland gegenüber dem ersten Quartal 1984 um zwei Drittel zu - zu niedrig angesetzt sein.

Der Konjunkturaufschwung im Verarbeitenden Gewerbe zeigte im Jahr 1984 erstmals auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der Ende 1983 in Gang gekommene leichte Abbau der Arbeitslosigkeit geriet zunächst Anfang 1984 bereits im Vorfeld der erwarteten Tarifausschlichtungen ins Stocken. Nach Beendigung der Arbeitskämpfe setzte er sich aber fort. Im vierten Quartal 1984 waren in Baden-Württemberg 207 700 Personen arbeitslos, das waren 19 000 Personen oder 8,4 % weniger als im letzten Quartal 1983. Die Arbeitslosenquote betrug damit 5,5 %, nachdem sie ein Jahr zuvor noch bei 6 % lag. Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosenquote im Land

bei 5,6 % (1983: 5,9 %). Damit hat sich der deutliche Abstand zur ungünstigeren Arbeitsmarktsituation im Bundesgebiet nochmals vergrößert, da hier die Arbeitslosenquote mit 9,1 % auf dem Vorjahresstand verharrte. Die Besserungstendenzen im Land zeigten sich auch in einer Zunahme der offenen Stellen (1984: + 27,1 %) und in einem starken Rückgang der Kurzarbeiterzahl (- 53 %).

Diese Erholungstendenzen setzten sich nach 1985 fort. So stieg zwar die Arbeitslosenzahl saisonbedingt vom vierten Quartal 1984 zum ersten Quartal 1985, doch lag sie trotz der strengen winterlichen Witterung um 3,2 % unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Die weitere Entwicklung wird von der anhaltenden Erholung der Industriekonjunktur geprägt, wobei die Ausrichtung auf Export und Investitionen Beschäftigungseffekte im Land erwarten läßt. So lag die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe Ende März 1985 bereits um 1,9 % höher als ein Jahr zuvor, weit überdurchschnittlich war dabei mit 3,3 % der Anstieg im Investitionsgüterbereich. Welchen Effekt hierbei die zum 1. April 1985 in der Metallindustrie in Kraft getretene Verkürzung der Wochenarbeitszeit bereits hatte oder noch haben wird, läßt sich bisher nicht absehen. Weitere, den Arbeitsmarkt derzeit entlastende Komponenten sind das Beschäftigungsförderungsgesetz, die Vorruhestandsregelungen, die in diesem Jahr allerdings wieder etwas geringere Abwanderung von Ausländern und der geringere altersbedingte Anstieg des deutschen Erwerbspersonenpotentials. Belastend wirkt sich die Verschlechterung der Baukonjunktur aus, so war Ende März 1985 im Bauhauptgewerbe die Beschäftigung bereits um 10 % gesunken. Trotzdem wurde im April des laufenden Jahres die Grenzmarke von 200 000 Arbeitslosen erstmals wieder seit 1982 unterschritten.

Die Aussichten für eine weitere günstige Wirtschaftsentwicklung sind gut. Die Antriebskräfte - eine hohe Investitionsgüternachfrage sowohl aus dem Ausland wie aus dem Inland und eine allgemein starke Auslandsnachfrage - sprechen für die Tragfähigkeit der derzeitigen positiven Konjunkturentwicklung. Für die Ausfuhr wird im Frühjahrsgutachten eine weitere Steigerung im Ausmaß des ver-

gangenen Jahres erwartet, wobei sich eine gewisse Verlagerung von den USA zu den europäischen Industrieländern ergeben dürfte. Bevorzugt nachgefragt werden wiederum Investitionsgüter. Entsprechend stieg noch stärker als im vergangenen Jahr zu Anfang 1985 die Nachfrage nach Investitionsgütern und hierbei besonders stark aus dem Inland. Im ersten Quartal lagen die preisbereinigten Auftragseingänge hier um 12 % über dem entsprechenden Vorjahreswert, woran die Inlandsnachfrage mit einem Plus von 14 % und das Ausland mit knapp + 9 % beteiligt waren. Die Produktionssteigerung lag bei + 7 %. Diese positiven Entwicklungen werden gestützt durch die nach wie vor günstigen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens: Ein gemäßigtes Zinsniveau und gemäßigte sowie überschaubare Lohn- und Gehaltssteigerungen bei weiterhin durch Rationalisierung möglichen Produktivitätssteigerungen verbessern zusammen mit nur mäßigen Preissteigerungen die Kostenseite und damit bei lebhafter Nachfrage die Ertragsaussichten. Da Baden-Württemberg von der Export- und Investitionsentwicklung aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur besonders begünstigt wird, ist es möglich, daß die für den Bund im Frühjahrsgutachten angenommene Zunahme der realen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) um 2,5 % im Land übertroffen wird.

Bevölkerungsbewegung

Die Gesamtbevölkerungszahl Baden-Württembergs blieb im Jahr 1984 praktisch konstant (- 2 200 Personen), sie betrug am Jahresende 9 241 100 Personen. Diese annähernde Konstanz resultiert aus einem kleinen Geburtenüberschuß von 3 544 Personen und einem ebenfalls geringen Wanderungsverlust von 5 762 Personen. Dabei wurde die Nettoabwanderung von 38 100 Ausländern zum großen Teil aufgewogen durch einen Nettozustrom von Deutschen (+ 32 300) (Tabelle 2).

Bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ergaben sich folgende Veränderungen zum Vorjahr: Während 1983 noch 95 447 Kinder geboren wurden, waren es im Jahr 1984 nur noch 94 414 (- 1,1 %). Die Zahl der Gestorbenen hat sich gleichzeitig um 5,1 % auf 90 870 vermin-

Tabelle 2

Bevölkerungsbewegung

Merkmal	1983			1984			
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon		
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer	
Anzahl							
Lebendgeborene	95 447	83 043	12 404	94 414	83 517	10 897	
Sterbefälle	95 750	94 258	1 492	90 870	89 535	1 335	
Geburtenüberschuß bzw. -verlust (—)	— 303	— 11 215	+ 10 912	+ 3 544	— 6 018	+ 9 562	
Zuzüge	} über die Landesgrenze	165 198	99 417	65 781	183 645	111 024	72 621
Fortzüge		192 202	94 928	97 274	189 407	78 698	110 709
Wanderungssaldo	— 27 004	+ 4 489	— 31 493	— 5 762	+ 32 326	— 38 088	
Ein- bzw. Ausbürgerung (—)	—	+ 2 434	— 2 434	—	+ 2 549	— 2 549	
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme (—)	— 27 307	— 4 292	— 23 015	— 2 218	+ 28 857	— 31 075	
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 243 301	8 349 445	893 856	9 241 083	8 378 302	862 781	

dert. Der Rückgang der Geburtenzahl war 1984 ausschließlich durch die ausländische Bevölkerung verursacht (— 12,1 %), was auf Auswirkungen der gegenwärtigen Nettoabwanderung von Ausländern, aber auch auf die Anpassung der überdurchschnittlichen Fruchtbarkeit des ausländischen Bevölkerungsteils an deutsche Verhältnisse zurückzuführen sein dürfte. Von den Geburten des Jahres 1984 entfielen mit einer Zahl von 10 897 ein Anteil von 11,5 % (1983: 13,0 %) auf Ausländer. Dagegen nahm die Geburtenzahl beim deutschen Bevölkerungsteil, allerdings nur geringfügig, zu (+ 0,6 %). So kamen 1984 83 517 deutsche Kinder zur Welt, 1983 waren es 83 043 gewesen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß nach wie vor stärker besetzte Jahrgänge in das fortpflanzungsfähige Alter nachrücken. Offenbar liegt somit ein Anhalten des schon bisher zu beobachtenden leichten Rückgangs der Fruchtbarkeit des deutschen Bevölkerungsteils vor.

Die Einwohnerzahl der Deutschen hatte in den vergangenen Jahren aufgrund von Zuwanderungen kontinuierlich zugenommen, allerdings wurde diese Entwicklung im Vorjahr unterbrochen, da 1983 der auf eine Zahl von 4 500 stark abgesunkene Wanderungsüberschuß nicht mehr ausreichte, das Geburtendefizit bei der

deutschen Bevölkerung zu kompensieren. Allerdings waren die Wanderungszahlen des Jahres 1983 durch die Auswirkungen des neuen Melderechts mit gewissen Unsicherheiten behaftet.

Im Jahr 1984 stieg der Wanderungssaldo der Deutschen wieder kräftig an auf einen Wert von 32 326 Personen. So konnte das Geburtendefizit der Deutschen (— 6 018) durch diesen Wanderungsüberschuß und durch die 2 549 Einbürgerungen, die den Deutschen zugeordnet und bei den Ausländern abgezogen werden, mehr als aufgewogen werden. Ende 1984 lebten so 8,378 Mill. Deutsche in Baden-Württemberg, dies war die bisher höchste Zahl von deutschen Einwohnern in der Geschichte des Landes.

Die Zahl der Ausländer hatte 1981 mit einer Zahl von 942 400 Personen (Stand: Jahresende) ihren Gipfelwert erreicht. Seither ist durch die Nettoabwanderung von Ausländern ein stetiger Rückgang zu beobachten, der sich 1984, vor allem durch die Rückkehrförderung, aber auch durch die für Ausländer überdurchschnittlich ungünstige Arbeitsmarktlage, verstärkt fortsetzte. Im Jahr 1984 betrug der negative Wanderungssaldo der Ausländer 38 100 Personen (1983: 31 500). Von der Nettoabwanderung von Auslän-

dern über die Landesgrenze entfielen 27 000 auf Türken und 7 400 auf Italiener.

Im Gegensatz zu den Deutschen wiesen die Ausländer auch 1984 einen Geburtenüberschuß auf (+ 9 562), der allerdings wieder kleiner war als im Vorjahr, wo er einen Wert von 10 912 hatte (1982: 13 833), wobei sich auch der Wegzug von Ausländern auswirkte. Im ganzen (einschließlich des Abzugs durch Einbürgerungen) hat sich die ausländische Bevölkerung im Jahr 1984 auf 862 800 (- 3,5 %) vermindert. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank damit von 9,7 % auf 9,3 %. Damit wohnen aber noch 19,4 % aller im Bundesgebiet lebenden Ausländer in Baden-Württemberg, bei einem Bevölkerungsanteil des Landes von 15,1 %.

Die kurzfristige Bevölkerungsentwicklung ist in starkem Maß vom Wanderungsverhalten beeinflußt. Bei den Deutschen war 1984 eine erhebliche Zuwanderung zu verzeichnen, auch im Zusammenhang mit der besseren heimischen Arbeitsmarktsituation. Die Unterschiede bei den Arbeitsmarktdaten zwischen den Bundesländern dürften sich auch 1985 nicht verringern, so daß auch im laufenden Jahr eine spürbare Nettozuwanderung von Deutschen zu erwarten ist. Dagegen dürfte der negative Wanderungssaldo bei den Ausländern abflachen, da die 1984 wirksamen Sondereinflüsse durch die zeitlich begrenzte Rückkehrförderung in diesem Jahr nicht mehr gelten. So könnte per Saldo 1985 ein leichter Wanderungsgewinn eintreten.

In der Geburtenentwicklung könnte sich - bedingt durch die Zunahme der Müttergeneration - ein leichter Anstieg der Geburtenzahlen der Deutschen ergeben. Bei nahezu unveränderter Sterblichkeit würde dies eine leichte Verringerung des Geburtendefizits der Deutschen bedeuten. Eine Tendenzwende im Fruchtbarkeitsverhalten der einzelnen (jungen) Ehen ist dagegen nach wie vor nicht auszumachen. Bei den Ausländern ist mit einer weiteren Abnahme der Geburten zu rechnen, auch als Folge der spürbaren Nettoabwanderung der letzten Jahre. Hierdurch dürfte sich für die Gesamtbevölkerung der geringe Geburtenüberschuß des letzten Jahres noch deutlich

vermindern. Damit könnte die erwartete kleine Nettozuwanderung ausschlaggebend sein für eine geringfügige Bevölkerungszunahme im Jahr 1985.

Weniger Schüler an allen allgemeinbildenden Schularten

Als Folge des Geburtenrückgangs der 70er Jahre hat sich im Schuljahr 1984/85 die schon in den vergangenen Jahren registrierte Abnahme der Schülerzahlen an den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen fortgesetzt. An den Grundschulen wurden 87 500 Erstklässler und damit 3,9 % weniger als im Vorjahr unterrichtet.

Insgesamt wurden an den Grundschulen 353 700 Schüler gezählt (- 3,2 %). Von der vierten Klassenstufe wechselten zum Schuljahr 1984/85 40,3 % auf die Hauptschule, 27,1 % auf die Realschule und 28,0 % auf das Gymnasium. Damit lagen die Übergangsquoten bei Realschule und Gymnasium um 0,8 bzw. 1,2 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Dagegen ging der Anteil der Schüler, die in die Hauptschule eingetreten sind, um 1,6 Prozentpunkte zurück.

An den Hauptschulen war der Rückgang der Schülerzahlen besonders groß (- 8,3 %), hier wurden noch 219 700 Schüler unterrichtet. An den Realschulen betrug der Schülerbestand 216 300 (- 6,3 %), an den Gymnasien 288 400 (- 6,1 %). Bei den Sonderschulen fiel die Schülerzahl um 5,8 % auf 47 300. Beim Rückgang der Schülerzahlen an Grundschulen und insbesondere bei der deutlich rückläufigen Entwicklung an den Hauptschulen dürfte die starke Nettoabwanderung von Ausländern eine Rolle gespielt haben. So ist im gesamten Grund- und Hauptschulbereich bei einem Rückgang der Schülerzahlen um - 5,2 % die Zahl der ausländischen Schüler um - 7,1 % gesunken, die der deutschen dagegen um - 4,8 %. An den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sind im Sommer letzten Jahres 39 700 Schüler mit Hochschulreife abgegangen, das sind 1 000 (+ 2,6 %) mehr als 1983.

An den beruflichen Schulen werden im Schuljahr 1984/85 447 800 Schüler unterrichtet, das sind 3 100 (+ 0,7 %) mehr

als im Vorjahr. Dieser leichte Anstieg läßt aufgrund der rückläufigen Abgängerzahlen bei Hauptschulen auf ein anhaltend zunehmendes Interesse von Absolventen aus Realschulen und Gymnasien am beruflichen Schulsystem schließen. Die bereits im Vorjahr registrierte Verlagerung von den beruflichen Vollzeit- zu den Teilzeitschulen hat sich deutlich verstärkt. So ist im Teilzeitbereich (Berufs- und Sonderberufsschulen sowie kooperatives Berufsgrundbildungsjahr) die Schülerzahl um rund 9700 auf 291 900 (+ 3,4 %) angestiegen. An diesem Zuwachs sind die weiblichen Schüler mit über zwei Dritteln beteiligt. Der Anteil der Schülerinnen an Teilzeitberufsschulen hat sich so auf 40,7 % erhöht. Die Gesamtzahl der Schüler im beruflichen Vollzeitzbereich ging dagegen auf 156 000 zurück (- 4,0 %). Bemerkenswert ist vor allem der Rückgang bei den beruflichen Gymnasien (- 4,4 % auf 31 700), da die Zahl der Abgänger mit mittlerem Bildungsabschluß im vergangenen Schuljahr nochmals leicht angestiegen war. Die Zahl der ausländischen Schüler an den Berufs- und Sonderberufsschulen ist gegenüber dem Vorjahr auf 15 850 zurückgegangen (- 2,9 %), der Ausländeranteil beträgt jetzt 5,5 %.

An den Hochschulen in Baden-Württemberg haben sich im Wintersemester 1984/85 trotz erneut gestiegener Abiturientenzahlen nur 27 000 Studenten neu eingeschrieben (- 5,6 % gegenüber Wintersemester 1983/84). Ob damit allerdings auch für das gesamte Studienjahr ein Rückgang der Erstimmatrikulierten zu verzeichnen sein wird, muß abgewartet werden. Im übrigen ist zu beachten, daß der zahlenmäßige Rückgang der Erstimmatrikulierten nicht mit einem entsprechenden Rückgang im ersten Fachsemester gleichgesetzt werden kann, da die Zahl der Studenten im ersten Fachsemester nur geringfügig abnahm (- 1,5 %). Stärker abgenommen hat die Zahl der männlichen Studienanfänger (- 7,7 %), während der Rückgang bei den weiblichen Studienanfängern schwächer war (- 2,2 %). Differenziert war - wohl auch im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Berufschancen - die Entwicklung nach Hochschularten. Besonders groß war, wie bereits in den Vorjahren, der Rückgang der Studienanfänger bei den Pädagogischen Hochschulen (- 10,9 %), über-

durchschnittlich auch bei den Universitäten (- 6,5 %), während die Gesamtheit der Fachhochschulen einen leicht unterdurchschnittlichen Rückgang aufwies (- 2,7 %).

Wie bereits im laufenden Schuljahr wird auch im Schuljahr 1985/86 die Gesamtzahl der Schüler an allen allgemeinbildenden Schularten aufgrund der geringer besetzten Altersjahrgänge erneut abnehmen. Jedoch wird bei dem Einschulungsjahrgang 1985/86 auf Grund der durch die gegenüber dem Tiefpunkt von 1978 leicht höheren Geburtenzahlen - trotz der sich auch hier sicherlich bemerkbar machenden Nettorückwanderung von Ausländern - ein leichter Anstieg der Zahl der Erstklässler um etwa 1 % erwartet. Deshalb wird der Schülerrückgang im gesamten Grundschulbereich nur sehr leicht sein, dagegen wird der Rückgang an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien deutlicher ausfallen. Im Schuljahr 1985/86 dürfte erstmals auch die Zahl der Abiturienten leicht abnehmen (1 bis 2 %). An den beruflichen Schulen dürfte vor allem durch die gestiegene Ausbildungsbereitschaft von Abiturienten und Realschülern trotz rückläufiger Absolventenzahlen vor allem im Hauptschulbereich noch kein Rückgang eintreten.

Die Zahl der Studienanfänger zum Wintersemester 1985/86 dürfte trotz der erwarteten leichten Abnahme der Abiturientenzahlen im Herbst konstant bleiben oder eventuell nochmals geringfügig steigen, da Absolventen älterer Abiturjahrgänge einen wesentlichen Anteil der Erstsemester bilden. Diese dürften - auch durch die Aufnahme eines Studiums im Anschluß an eine Berufsausbildung - den leichten Rückgang beim Abiturjahrgang 1985 in etwa kompensieren. Im übrigen ist zu erwarten, daß der Studentenbestand im WS 1985/86 weiter steigen wird, da die Zahl der Erstsemester wegen der immer noch starken Jahrgänge deutlich über den Abgängerzahlen liegen wird.

Ausbildungsplatzsituation gegen Jahresende entspannt

Für Bewerber um einen Ausbildungsplatz blieb die Situation auch 1984 angespannt. Im vom Oktober 1983 bis Ende September

1984 laufenden Ausbildungsjahr hatten sich mit 105 200 nochmals rund 4 100 Jugendliche mehr (+ 4,1 %) als ein Jahr zuvor bei den Arbeitsämtern um eine Lehrstelle bemüht, während die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen mit einer Zahl von 73 400 in etwa stagnierte (- 0,5 %). Diese gegenläufige Entwicklung führte dazu, daß zum Stand Ende September 1984 in Baden-Württemberg mit einer Zahl von 6 900 - wie bereits im Vorjahr - mehr noch nicht vermittelte Bewerber vorhanden waren als unbesetzte Ausbildungsplätze (4 800). Besonders schwierig war die Suche nach einem Ausbildungsplatz für Mädchen, auf die allein zwei Drittel der zu diesem Zeitpunkt noch unversorgten Lehrstellensuchenden entfielen. Das Verhältnis zwischen noch freien Ausbildungsstellen und noch nicht vermittelten Bewerbern war am schlechtesten in Karlsruhe, wo auf 810 noch nicht vermittelte Bewerber rechnerisch nur 190 Stellen entfielen, wie auch in Konstanz (310 zu 90), Rottweil (260 zu 75) und Heidelberg (600 zu 150). Besonders günstig war die Situation für Lehrstellensuchende im Mittleren Neckarraum, so gab es im Arbeitsamtsbezirk Ludwigsburg fast fünfmal so viel Stellen wie noch nicht vermittelte Bewerber.

Die Ausbildungsplatzsituation war in Baden-Württemberg weniger ungünstig als bundesweit. Während hier Ende September auf eine noch freie Lehrstelle rechnerisch 1,4 unversorgte Bewerber kamen, waren es im Bundesgebiet mit 2,8 gerade doppelt so viel.

Bis zum Ende des Kalenderjahres hatte sich die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber in Baden-Württemberg auf 3 483 weiter reduziert. Damit waren rund 97 % der Bewerber untergekommen.

Im jetzt laufenden Ausbildungsjahr, das sich bis Ende September 1985 erstreckt, zeichnete sich Ende April folgendes Zwischenergebnis ab: Die Zahl der bis April gemeldeten Ausbildungsstellen lag um 8,7 % über dem Stand des Vorjahres, während die Zahl der Bewerber etwa auf gleicher Höhe blieb (- 0,2 %). Die Zahl der bis dahin unvermittelten Bewerber lag so 2,5 % unter dem Stand des Vorjahres, so daß sich insgesamt gesehen eine leichte Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt andeutet. Allerdings sind

regionale Engpässe weiterhin nicht auszuschließen. Ebenso dürfte die Lehrstellensuche für Mädchen auch in diesem Jahr besonders schwierig bleiben.

Bei diesen Zahlen, die allein auf den den Arbeitsämtern bekannt gewordenen Vermittlungswünschen basieren, ist allerdings zu berücksichtigen, daß bei angespannter Ausbildungsplatzsituation der Einschaltungsgrad der Arbeitsämter bei den Bewerbern erfahrungsgemäß steigt, bei den angebotenen Ausbildungsplätzen dagegen sinkt.

Auch 1985 Besserungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten

Bereits im Herbst 1983 war der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Gang gekommen, er geriet aber zu Beginn des Berichtsjahres etwa bis zum Frühsommer 1984 ins Stocken, wobei sich schon im Vorfeld der erwarteten Tarifauseinandersetzungen ein Verharren des Konjunkturaufschwungs andeutete, was auch auf den Arbeitsmarkt ausstrahlte. Als die Arbeitskämpfe im Frühsommer beendet waren, faßte die Konjunktur wieder Tritt und der Abbau der Arbeitslosigkeit machte weitere Fortschritte.

So lag die Zahl der Arbeitslosen im ersten Quartal von 1984 nur 3,5 % unter dem Vorjahresstand, der Abstand vergrößerte sich dann von Quartal zu Quartal, im vierten Quartal betrug er bereits 8,4 %. Am Jahresende betrug bei 214 777 arbeitslosen Personen die Arbeitslosenquote 5,5 %, nachdem sie ein Jahr zuvor noch 6,0 % erreicht hatte (Tabelle 3).

Insgesamt waren jahresdurchschnittlich 217 168 Personen arbeitslos, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,6 % für 1984 (1983: 5,9 %). Damit hatte sich der deutliche Abstand zur Arbeitsmarktlage im Bundesgebiet nochmals vergrößert, da bundesweit die Arbeitslosenquote mit einem Wert von 9,1 % auf dem Vorjahresstand verharnte. Baden-Württemberg hatte auch 1984 die geringste Arbeitslosenquote unter den Bundesländern.

Die leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt zeigte sich deutlich auch bei der Entwicklung der Zahl der offenen Stel-

Tabelle 3

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung

Nachweis	Einheit	1984						1985
		1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Jahresdurchschnitt:		1. Vierteljahr
						Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	
Arbeitslose (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl	240 335	208 105	209 352	207 665	217 168	2 265 559	232 585
	Veränderung zum Vorjahr in %	- 3,5	- 6,0	- 7,5	- 8,4	- 5,9	0,3	- 3,2
Arbeitslosenquote (Voll- und Teilzeitarbeit)	%	5,9 ¹⁾	5,1 ¹⁾	5,3 ¹⁾	5,5 ¹⁾	5,6	9,1	5,7 ¹⁾
Kurzarbeiter	Anzahl	88 753	58 767	26 169	41 377	53 766	383 704	82 936
	Veränderung zum Vorjahr in %	-54,0	-50,9	-56,0	-49,5	-52,6	- 43,2	- 6,6
Offene Stellen (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl	16 758	21 061	20 850	18 002	18 992	87 929	20 457
	Veränderung zum Vorjahr in %	30,1	29,9	23,8	25,8	27,1	16,0	22,1

1) Stand: jeweils zum Quartalsende.

len, die im Jahresdurchschnitt 1984 um 27,1 % über dem Vorjahresstand lag. Über das Jahr betrachtet fielen trotzdem noch auf eine offene Stelle rechnerisch 11,4 Arbeitslose (1983: 15,4); auch hier wird der große Abstand zum entsprechenden Bundeswert (25,8) deutlich (1983: 29,8) (Schaubild 2).

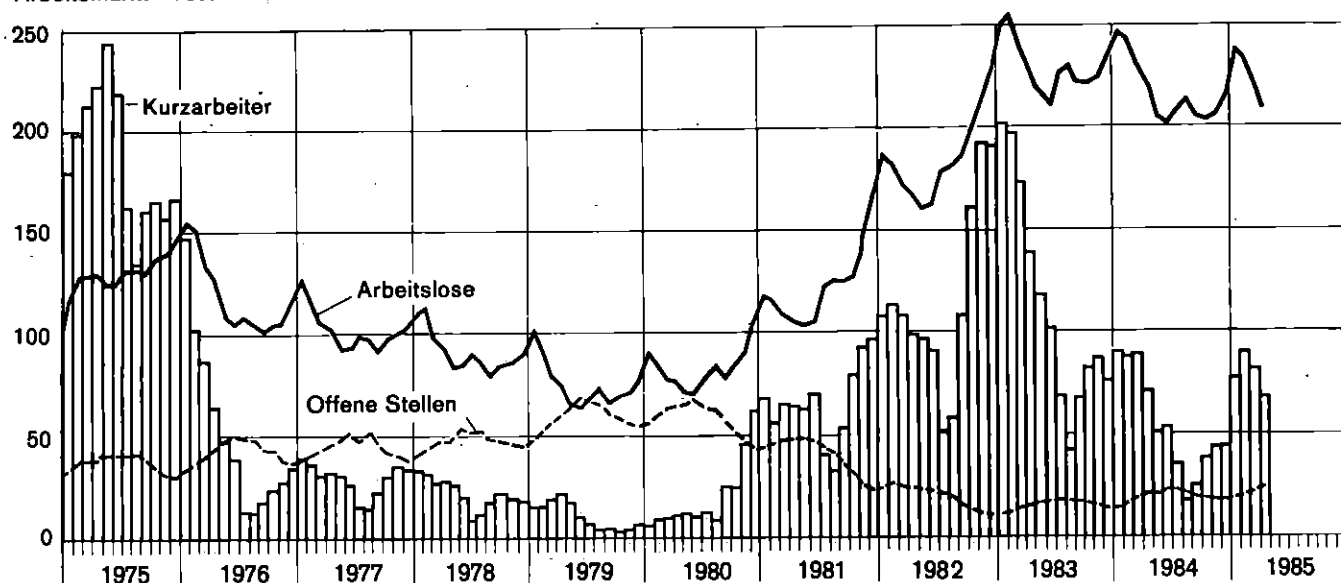
Die Zahl der Kurzarbeiter lag 1984 mit 53 766 im Jahresdurchschnitt spürbar unter dem Vorjahresstand (- 52,6 %), vor allem bei diesem Frühindikator für den Arbeitsmarkt hatte sich bereits seit dem Herbst 1983 eine deutliche Trendwende gezeigt: Bereits im vierten Quartal von 1983 wie auch im ersten Quartal des Berichtsjahres hatte sich die Zahl der Kurzarbeiter im Vorjahresvergleich mehr als halbiert. Entsprechend dem Schwerpunkt des Konjunkturaufschwungs im Investitionsgüterbereich ist 1984 die Zahl der Kurzarbeiter auch in den dortigen Branchen am meisten zurückgegangen, so im Maschinenbau auf 11 918 im Jahresdurchschnitt (- 61,5 %), im Straßenfahrzeugbau auf 2 762 (- 72,2 %) und in der Elektrotechnik auf 5 157 (- 67,5 %). Zugenommen hat vor allem in der zweiten Jahreshälfte die Zahl der Kurzarbeiter im Baubereich, wo im Jahresdurchschnitt 11 829 Personen kurzarbeiten mußten (+ 6,9 %).

Bei der Arbeitslosigkeit einzelner Personengruppen bot sich auch 1984 ein unterschiedliches Bild. Auch zum Jahresende war die Arbeitslosenquote bei den Frauen (6,5 %) deutlich höher als bei den Männern (4,8 %). Stark überdurchschnittlich blieb trotz der spürbaren Nettoabwanderung die Arbeitslosenquote der Ausländer mit 9,0 % (Dezember 1983: 10,2 %), fast jeder fünfte (18,3 %) der Arbeitslosen in Baden-Württemberg war ein Ausländer. Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren konnte die Arbeitslosigkeit spürbar abgebaut werden, hier fiel die Arbeitslosenquote weit überdurchschnittlich, von 6,0 % (Dezember 1983) auf 4,8 %. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war dagegen die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten nur leicht rückläufig (- 4,6 %).

Die bisherige Entwicklung des Jahres 1985 zeigt im Vorjahresvergleich eine weitere Aufhellung der Arbeitsmarktsituation. So war die Zahl der Arbeitslosen im ersten Quartal trotz der strengen winterlichen Witterung um 3,2 % unter dem Vorjahresstand. Im April vergrößerte sich mit 208 950 Arbeitslosen der Abstand zum Vorjahresmonat (- 4,5 %). Weitere Entlastungseffekte zeigten sich bei den Kurzarbeitern (1. Quartal - 6,6 %, April - 5,3 %). Im April gab es

Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg

Arbeitsmarkt Tsd.



67 115 Kurzarbeiter, davon allein 29 180 im Baubereich, hier stieg entgegen der allgemeinen Tendenz die Kurzarbeit gegenüber dem Vorjahr stark an (+ 68,4 %). Positive Tendenzen zeigten auch die offenen Stellen, die Ende April 14,6 % über dem Vorjahresstand waren.

Die weitere Entwicklung für dieses Jahr wird geprägt sein von der konjunkturellen Erholung, die nunmehr seit dem letzten Quartal von 1982 anhält. Es ist zu erwarten, daß die Ausstrahlung auf den Arbeitsmarkt durch vermehrte Neueinstellungen sich noch verstärkt fortsetzen wird, zumal die Beschäftigung erfahrungsgemäß nur mit Verzögerung auf Änderungen der Auftragslage reagiert. Für Baden-Württemberg kommt hinzu, daß die Konjunkturbelebung bislang vorwiegend vom Export und der in- und ausländischen Nachfrage nach Investitionsgütern getragen wird; durch die sektorale Struktur dieses Landes sind damit für die heimische Wirtschaft überdurchschnittliche direkte Effekte zu erwarten. So lag die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe Ende März 1985 bereits 1,9 % höher als ein Jahr zuvor. Besonders deutlich war entsprechend dem bisherigen konjunkturellen Grundmuster der Beschäftig-

tenanstieg im Investitionsgüterbereich (+ 3,3 %); welche Effekte hierbei die zum 1. April 1985 in der Metallindustrie in Kraft getretene Verkürzung der Wochenarbeitszeit bereits hatte, bzw. noch haben wird, läßt sich bisher nicht absehen.

Gedämpft wird diese positive Entwicklung allerdings durch die Bauwirtschaft, wo – wie auch bei deren Zulieferern in der Grundstoffindustrie – ein Beschäftigungsrückgang zu erwarten ist. Bereits Ende März 1985 wurden im Bauhauptgewerbe 9,6 % weniger Beschäftigte gezählt als ein Jahr zuvor.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften könnte zusätzlich auch durch das inzwischen in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetz gestützt werden, vor allem durch die Erleichterung von befristeten Arbeitsverträgen. Auf das Arbeitskräftepotential soll sich dagegen das Vorruhestandsgesetz auswirken; nach den meisten Tarifverträgen ist es seit Jahresanfang möglich, entsprechend dieser Regelung in den vorzeitigen Ruhestand zu gehen. Bis Ende März waren bei den Arbeitsämtern des Landes rund 900 Anträge auf einen entsprechenden Zuschuß eingegangen. Entlastungseffekte, wenn auch

in geringerem Ausmaß als in den letzten beiden Jahren, dürften von der Abwanderung von Ausländern ausgehen, während das deutsche Erwerbspersonenpotential altersstrukturbedingt weiter steigen dürfte, jedoch weniger stark als in den Vorjahren.

Bei der Annahme eines Wirtschaftswachstums von 3 % im Bundesdurchschnitt, wie es auch der Sachverständigenrat prognostizierte, könnte nach einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg im Jahresdurchschnitt von 217 000 (1984) auf 193 000 fallen, dies entspräche einer Arbeitslosenquote von 4,9 % (1984: 5,6 %). Auch nach einer pessimistischeren Variante, die von einem Wirtschaftswachstum von 2 % ausgeht - was noch unter dem vom Frühjahrsgutachten erwarteten Wachstum von 2,5 % liegt - würde die Arbeitslosenzahl in Baden-Württemberg im Jahresdurchschnitt die 200 000-Grenze gerade erreichen, bei einer Arbeitslosenquote von 5,1 %. Je nach Variante wird für das Bundesgebiet eine Zahl von 2,12 bis 2,20 Mill. Arbeitslosen geschätzt, was einer Quote von 8,6 % bzw. 8,9 % entspricht.

Konjunkturbelebung setzt sich fort

Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, die bereits um die Jahreswende 1982/83 erkennbar wurde, setzte sich 1984 fort. Im vergangenen Jahr wiesen erstmals in den 80er Jahren alle wichtigen Konjunkturindikatoren auf eine günstige Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe hin. Die positiven Konjunktursignale wurden lediglich durch die Auswirkung des Arbeitskampfes im Frühsommer vorübergehend beeinträchtigt.

Die Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen baden-württembergischer Hersteller, sowie sie im Index des Auftragseingangs zum Ausdruck kommt, stieg 1984 real um 7,1 %. Besonders kräftig nahm der Bestelleingang aus dem Ausland zu (real + 10,8 %), während vom Inland ein weniger starker Orderschub ausging (real + 5,1 %) (Tabelle 4). Immerhin war die Inlandsnachfrage lebhafter als im gesamten Bundesgebiet (real + 3,4 %), das allerdings eine etwas höhere Zuwachsrate

bei den Auslandsbestellungen verbuchen konnte (real + 12 %). Insgesamt übertraf die Dynamik des Auftragseingangs in Baden-Württemberg mit + 7,1 % diejenige des gesamten Bundesgebietes, wo sich ein reales Plus von 6,4 % einstellte.

Im abgelaufenen Jahr konnten alle großen Wirtschaftsbereiche ein Auftragsplus verzeichnen. Überwiegend ist die Nachfrageexpansion in Baden-Württemberg jedoch vom Investitionsgütergewerbe getragen worden. Hier gingen dem Volumen nach 1984 9,7 % mehr Bestellungen ein als im Vorjahr. Die Angebotspalette des Maschinenbaus scheint dabei besonders gut zu den Tendenzen der Nachfrage zu passen, denn dieser Bereich konnte ein Auftragsplus von 13,3 % verbuchen. Im Straßenfahrzeugbau waren die lang anhaltenden Tarifauseinandersetzungen besonders stark zu spüren. Entsprechend blieb die Zunahme der Bestelltätigkeit in Höhe von 5,3 % hinter dem Gesamtergebnis im Verarbeitenden Gewerbe zurück. Dagegen sah sich die Elektrotechnik einer überdurchschnittlich starken Nachfragebelebung gegenüber (+ 8,2 %). Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe wurden 1984 lediglich real 2,5 % mehr Aufträge hereingenommen als im Vorjahr, wobei die chemische Industrie mit einem Plus von 5 % relativ gut abschnitt. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe war die Entwicklung gekennzeichnet durch eine schwache Inlandsnachfrage (+ 1,1 %) und eine dynamische Bestelltätigkeit des Auslands (+ 8,5 %). Dies gilt insbesondere für die in Baden-Württemberg stark vertretene Textilindustrie (Inland: - 2,4 %, Ausland: + 9,3 %).

Die rege Bestelltätigkeit in den letzten Monaten des Jahres 1983 hatte zu einer zügigen Ausweitung der Produktion zu Beginn des Jahres 1984 geführt. So lag die Ausbringung im Verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal um 6,5 % über dem entsprechenden Vorjahresausstoß. Der Aufschwung wurde dann Mitte Mai mit Einsetzen des Arbeitskampfes in der Metallindustrie abrupt abgebremst. Die Produktionsleistung fiel im zweiten Quartal um 5,9 % hinter das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück. Nach Abschluß des ersten Halbjahres war damit der gesamte Wachstumsgewinn der ersten Monate aufgezehrt. Nicht zuletzt wegen der intensiven Auf-

Tabelle 4

In- und ausländische Nachfrageentwicklung 1984

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang (1980 = 100)		Umsatz	
	Veränderung 1984 gegen 1983		insgesamt	Veränderung 1984 gegen 1983
	Wertindex	Volumenindex		
	%		Mill. DM	%
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	10,1	7,1	236 555,1	5,5
Inland	8,0	5,1	163 487,9	2,7
Ausland	14,1	10,8	73 067,1	12,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	6,7	2,5	45 098,2	11,6
Inland	3,0	- 0,8	35 162,5	10,0
Ausland	17,2	11,7	9 935,7	17,8
Chemische Industrie	8,7	5,0	16 977,4	10,1
Inland	4,6	1,4	11 241,0	5,9
Ausland	17,1	12,2	5 736,3	19,3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	12,4	9,7	132 488,9	4,1
Inland	11,4	8,8	78 382,1	- 0,1
Ausland	13,8	11,0	54 106,8	10,9
Maschinenbau	16,5	13,3	34 414,2	4,6
Inland	14,2	10,9	18 610,8	- 0,1
Ausland	19,1	15,9	15 803,4	10,8
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	9,2	5,3	38 197,8	- 1,8
Inland	9,2	5,1	19 130,4	- 10,6
Ausland	9,3	5,6	19 067,4	9,0
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	9,7	8,2	33 443,0	2,7
Inland	10,7	9,2	23 069,0	3,2
Ausland	7,7	6,1	10 374,1	1,6
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren ¹⁾	13,3	10,5	6 642,0	6,9
Inland	10,7	8,1	4 111,6	5,6
Ausland	16,7	13,7	2 530,4	9,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	5,5	2,4	40 111,9	5,6
Inland	4,0	1,1	32 736,7	4,1
Ausland	12,6	8,5	7 375,1	13,1
Textilgewerbe	3,2	0,2	10 452,9	1,8
Inland	0,6	- 2,4	8 159,0	0,6
Ausland	12,8	9,3	2 293,9	6,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-	-	18 856,0	0,8
Inland	-	-	17 206,6	- 0,3
Ausland	-	-	1 649,4	13,9
Nachrichtlich Bundesgebiet:				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	9,6	6,4	1 362 912,2	6,4
Inland	6,3	3,4	966 360,6	4,0
Ausland	15,9	12,0	396 551,6	13,0

1) Auftragseingang ohne Herstellung von Uhren.

holbemühung setzte sich im Anschluß an die Beilegung des Tarifkonflikts die Wachstumsdynamik wie zu Jahresbeginn fort. So lag die Ausbringung im dritten Vierteljahr um 6,1 % höher als im Vorjahresquartal, auch im vierten Quartal hielt das Produktionstempo unvermindert an (+ 6,4 %). Für den gesamten Berichtszeitraum ist eine um 3 % höhere Ausbringung als 1983 zu verzeichnen.

Unter den Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes fiel der Zuwachs des Produktionsausstosses im Investitionsgüterbereich mit 4 % am stärksten aus. Das

höchste Plus ergab sich bei der Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten (+ 26,7 %), während die dominierenden Wirtschaftsgruppen Maschinenbau und Straßenfahrzeugbau mit + 0,1 % bzw. - 2,6 % auf dem Vorjahresniveau verharrten bzw. darunter blieben. Demgegenüber erzielte die Elektrotechnik ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis (+ 8,2 %). Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe erhöhte seine Fertigung gegenüber 1983 um 1,7 %, wobei sich die Mehrproduktion in der chemi-

schen Industrie auf 2,1 % belief. Die Verbrauchsgütererzeugung stieg 1984 im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 %, während die Produktion im Nahrungs- und Genußmittelbereich stagnierte (+ 0,3 %).

Der nominale Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes stieg 1984 um 5,5 % auf 236,6 Mrd. DM. Der Anstieg des Inlandsumsatzes (163,5 Mrd. DM) blieb dabei mit + 2,7 % deutlich hinter dem Auslandsumsatz (+ 12,1 %) zurück, wodurch die Exportquote von 29,1 % auf 30,9 % anstieg, wie übrigens auch im Bundesgebiet (von 27,4 % auf 29,1 %).

Erstmals seit 1980 konnte im vergangenen Jahr der Beschäftigungsstand im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs gehalten werden (monatsdurchschnittlich 1,361 Mill.) (Tabelle 5). Im gesamten Bundesgebiet sank dagegen die Zahl der Arbeitnehmer in der Industrie um 1 % auf 6,634 Mill. Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden im Verarbeitenden Gewerbe des Landes sank im Berichtszeitraum um 0,8 %. Die geringfügige Abnah-

me des Arbeitseinsatzes bei steigender Produktion weist auf einen Produktivitätsanstieg hin. Im Investitionsgüterbereich des Landes kam es sogar zu einer leichten Ausdehnung der Beschäftigtenzahl (+ 0,4 %), wodurch die Rückgänge im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (- 0,2 %) sowie in der Konsumgüterindustrie (- 1,5 %) kompensiert wurden.

Die Lohn- und Gehaltssumme betrug im vergangenen Jahr 54,895 Mrd. DM und lag damit um + 3,1 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Umgerechnet je Beschäftigten belief sie sich damit auf mehr als 40 000 DM (+ 3,1 %).

Zu Beginn des Jahres 1985 war eine lebhaftere Entwicklung der Auftragseingänge in der Industrie zu verzeichnen (1. Quartal: + 7 %). Die Impulse gingen dabei nicht nur von der Auslandsnachfrage (+ 7,7 %), sondern ebenfalls deutlich von der Inlandsnachfrage (+ 6,6 %) aus (Tabelle 6). Im März hatten die Inlandsbestellungen die Auslandsaufträge

Tabelle 5

Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes 1984

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Beschäftigte		Arbeiterstunden		Produktion		Exportquote		Erzeugerpreise 1980=100 ¹⁾
	insgesamt MD ²⁾	Ver- änderung 1984 gegen 1983	insgesamt	Ver- änderung 1984 gegen 1983	Index MD ²⁾	Ver- änderung 1984 gegen 1983	1984	1983	Ver- änderung 1984 gegen 1983
	1000	%	Mill.	%	1980=100		%		
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 361,1	- 0,1	1 488,9	- 0,8	101,0	2,8	30,9	29,1	2,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	162,0	- 0,2	180,7	- 0,8	100,9	2,2	22,0	20,9	4,1
Chemische Industrie	65,0	3,0	56,6	2,7	108,7	3,3	33,8	31,2	3,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	859,0	0,4	902,5	- 0,8	103,4	3,2	40,8	38,3	2,2
Maschinenbau	239,9	- 0,9	254,5	0,2	93,1	- 0,4	45,9	43,4	2,6
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	209,0	1,2	236,7	- 4,2	105,1	- 5,0	49,9	45,0	3,3
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	224,2	0,9	213,7	0,2	102,3	8,3	31,0	31,4	1,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	49,0	- 2,8	52,9	- 0,2	92,8	6,5	38,1	37,3	1,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	285,2	- 1,5	342,4	- 1,0	94,1	2,8	18,4	17,2	3,2
Textilgewerbe	77,4	- 4,3	94,6	- 3,4	90,2	2,6	21,9	21,0	3,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	54,9	- 0,4	63,3	- 0,3	96,5	0,7	8,7	7,7	1,4
Nachrichtlich Bundesgebiet:									
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	6 633,8	- 1,0	7 591,7	- 0,7	99,7	3,5	29,1	27,4	2,8

1) Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Bundesgebiet, ohne Mehrwertsteuer. — 2) Monatsdurchschnitt.

Tabelle 6

Entwicklung des Auftragseingangs und der Produktion (1980 = 100)

— Veränderung 1. Quartal 1985 gegen 1. Quartal 1984 —

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang			Produktion
	Volumen- index	davon		
		In- land	Aus- land	
	%			
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	7,0	6,6	7,7	3,3
Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	- 4,1	- 6,8	2,2	- 4,2
Investitionsgüter produ- zierendes Gewerbe	11,9	14,1	8,7	7,0
darunter Maschinenbau	11,8	11,4	12,4	9,8
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	34,4	67,1	6,4	3,7
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	- 2,3	- 3,9	1,0	10,8
Verbrauchsgüter produ- zierendes Gewerbe	- 1,0	- 2,6	6,1	- 1,1
darunter Textilgewerbe	- 3,2	- 5,8	6,2	3,4
Nachrichtlich Bundesgebiet:				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	3,2	- 1,4	11,2	1,8

erstmals seit längerem wieder überflügelt (+ 8,6 % gegenüber + 5,6 %). Bei den Wirtschaftsgruppen zeigten sich im Quartalsvergleich in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe Auftragseinbußen (- 4,1 % bzw. - 1 %), während der Investitionsgüterbereich um knapp 12 % zulegte. Das deutliche Anziehen der Inlandskonjunktur spiegelt sich in diesem Sektor in einer Zuwachsrate von 14,1 % wider. Maßgeblich hierfür war die überaus kräftig gestiegene Nachfrage im Straßenfahrzeugbau (+ 67,1 %) und die im Vergleich zu früheren Jahren deutlich höhere Nachfrage nach Maschinenbauerzeugnissen (+ 11,4 %).

Das Produktionswachstum im Verarbeitenden Gewerbe verlangsamte sich zu Beginn des Jahres 1985 nicht zuletzt wegen der ungewöhnlich harten Kälteeinbrüche etwas (1. Quartal: + 3,3 %). Nach einem

Minus von 1,2 % im Februar gab es im März allerdings wieder ein deutliches Plus (5 %). Positive Impulse gingen im 1. Quartal des laufenden Jahres überwiegend von der Investitionsgüterindustrie aus (+ 7 %), und hierbei insbesondere vom Maschinenbau (+ 9,8 %) und von der Elektrotechnik (+ 10,8 %). Die weitere Entwicklung im Jahre 1985 dürfte wie auch 1984 in hohem Maße durch das Auslandsgeschäft bestimmt sein. Dennoch vermehren sich die Anzeichen für ein nachhaltiges Anziehen der Inlandskonjunktur, insbesondere im Investitionsgüterbereich. Die Konjunkturforschungsinstitute gehen in ihrem Frühjahrsgutachten für das Bundesgebiet von einer Zuwachsrate der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe aus, die deutlich über dem Wert von 2,5 % liegt, der für das Wachstum des realen Brutto sozialprodukts vorausgesagt wird.

Wachsende Investitionsbereitschaft

Die realen Ausrüstungsinvestitionen stiegen 1984 im Bundesgebiet nur mäßig an (+ 0,4 %). Allerdings muß berücksichtigt werden, daß durch die Ende 1983 ausgelassene Investitionszulage das Niveau der Ausrüstungsinvestitionen 1983 in die Höhe getrieben wurde; gegenüber 1982 gab es 1984 immerhin einen realen Anstieg um gut 6 %. Im vergangenen Jahr war der Verlauf der Ausrüstungsinvestitionen zunächst durch einen Rückgang im 1. Halbjahr um 2,6 % geprägt. Maßgeblich hierfür waren die Vorzieheffekte von Ende 1983 - Ausrüstungsgüter, für die die Investitionszulage in Anspruch genommen werden sollte, mußten bis Ende 1983 ausgeliefert sein - und die Arbeitskämpfe im Frühsommer 1984. Im 2. Halbjahr setzte dann ein ebenso rascher Anstieg (+ 2,8 %) ein, nicht zuletzt wegen der Aufholbemühungen arbeitskampfbedingter Produktionsausfälle.

Im Berichtszeitraum hat sich die Ertragslage der Unternehmen weiter verbessert. So stieg das von der Deutschen Bundesbank errechnete Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen um 11 % (1983 gegenüber 1982: + 15 %). Der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen erhöhte sich dadurch auf 23 %; ein Wert, der zuletzt 1979 erreicht wurde. Zudem fiel der

Anstieg der Lohnstückkosten im vergangenen Jahr recht mäßig aus (Baden-Württemberg: + 1 %), wodurch die Kostenseite zur Konsolidierung der Ertragslage beitrug.

Angeichts der günstigen Auftragsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt des Jahres 1984 und im 1. Quartal 1985 ist eine wachsende Investitionsbereitschaft festzustellen. Dies zeigen nicht nur die Umfragen des Ifo-Instituts, sondern - für Baden-Württemberg - auch die Umfragen der Industrie- und Handelskammern. Dort wird berichtet, daß die Unternehmen des Landes ihre vor und während des Arbeitskampfes bestehende Investitionszurückhaltung aufgegeben haben und für 1985 einen steigenden Investitionsaufwand vorsehen. Erstmals nach Jahren seien auch wieder mehr Erweiterungsinvestitionen geplant.

Die Belebung der Investitionsneigung zeigt sich auch bei den realen inländischen Bestelleingängen der baden-württembergischen Investitionsgüterindustrie, die im 1. Quartal 1985 mit + 11,9 % deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau lagen. Die Entwicklung in den einzelnen Branchen verlief hierbei allerdings sehr unterschiedlich: Maschinenbau: + 11,8 %, Fahrzeugbau: + 34,4 %, Elektrotechnik: - 2,3 %. Die Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern lag in den ersten drei Monaten des Jahres um 14,1 % höher als im 1. Quartal 1984. Hierbei stiegen die Ordereingänge im Maschinenbau um 11,4 % und im Fahrzeugbau um 67,1 %, während sich in der Elektrotechnik ein Minus von 3,9 % einstellte.

Das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute erwartet bundesweit einen realen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 7 %. Davon dürfte das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Württemberg, allein vom Gewicht der Investitionsgüterindustrie im Land, besonders begünstigt werden.

Ausgeprägte Abschwächung in der Bauwirtschaft

Das Jahr 1983 stand für die Bauwirtschaft des Landes ganz im Zeichen von zum Teil außergewöhnlich hohen Zuwachsraten bei nahezu allen für diesen

Wirtschaftsbereich wichtigen Konjunkturindikatoren. Das günstige Ergebnis war nicht unerheblich durch zeitlich befristete staatliche Förderungsmaßnahmen sowie zwei Großaufträge mitbestimmt worden. Das Jahr 1984 brachte dagegen für viele Bereiche der Bauwirtschaft stark ausgeprägte Rückgänge, die teilweise über die reinen Auswirkungen des Basiseffekts erheblich hinausgingen (Tabelle 7).

So verzeichneten die Betriebe des Bauhauptgewerbes im vergangenen Jahr eine starke Abnahme der nominalen Auftrags-eingänge (- 12 %). Hierdurch fiel das Jahresergebnis nach den hohen Auftragswerten im Jahr 1983, die vor allem auf konjunkturfördernde Maßnahmen und Großaufträge zurückzuführen waren, auf das relativ niedrige Auftragsniveau von 1982 zurück. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war die hohe Minusrate im Hochbaubereich, die im Jahresdurchschnitt einen Wert von nahezu 20 % erreichte. In den maßgeblichen Hochbaupartnern Wohnungsbau und Wirtschaftsbau ergaben sich sogar Minusraten von 21 % bzw. 26 %. Im Wohnungsbau hielt der mit Ende des Jahres 1983 einsetzende negative Trend an, wobei in der zweiten Jahreshälfte 1984 noch eine Verstärkung zu verzeichnen war. Diese Tendenz ist nicht allein mit dem Auslaufen der konjunkturfördernden Maßnahmen, die sich 1983 noch deutlich in den Auftragsbüchern niederschlugen, zu erklären (Basiseffekt), sondern dürfte ebenso auf Sättigungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt zurückzuführen sein. Im Wirtschaftsbau kann der durch Sonderfaktoren hervorgerufene Basiseffekt teilweise dadurch berücksichtigt werden, daß die durch einen Großauftrag ausgelöste Auftragspitze im September 1983 rechnerisch eliminiert wird. Doch selbst nach Ausschaltung dieses Sondereinflusses liegt der Rückgang der Auftragseingänge im Wirtschaftsbau jahresdurchschnittlich immer noch bei fast einem Fünftel und erreicht damit etwa die Minusrate im Wohnungsbau. Nur im öffentlichen Hochbau war 1984 (einschließlich der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost), ausgehend von einem äußerst niedrigen Auftragsniveau im Jahr 1983, ein durch einen Großauftrag hervorgerufenen Auftragsplus zu registrieren, allerdings lediglich in Höhe von 2 %.

Tabelle 7

Nominale Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 1984 (1980 = 100)

Zu- bzw. Abnahme (—) gegen Vorjahr in %

Zeitraum	Bauhaupt- gewerbe insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zu- sammen	darunter			zu- sammen	darunter		
			Woh- nungs- bau	gewerblicher und industrieller Bau	Gebiets- körper- schaften ¹⁾		Straßen- bau	gewerblicher und industrieller Bau	Gebiets- körper- schaften ¹⁾
1. Vierteljahr	— 11,2	— 14,2	— 12,8	— 25,2	12,5	— 3,9	23,0	— 31,8	— 15,9
2. Vierteljahr	— 14,0	— 23,9	— 18,3	— 33,7	— 14,2	7,8	— 3,7	12,9	2,6
1. Halbjahr	— 12,8	— 19,6	— 15,7	— 30,0	— 3,7	2,9	6,2	— 10,2	— 5,6
3. Vierteljahr	— 4,6	— 13,2	— 15,0	— 27,0	9,2	11,7	7,1	— 5,5	25,1
4. Vierteljahr	— 17,8	— 26,8	— 37,9	— 13,1	— 16,9	2,6	— 21,8	19,3	— 16,1
2. Halbjahr	— 10,6	— 19,6	— 27,0	— 21,4	— 3,4	7,8	— 5,9	4,5	4,9
Jahr 1984	— 11,7	— 19,6	— 21,1	— 25,8	— 3,6	5,3	— 0,1	— 3,0	— 0,3
1. Vierteljahr 1985	— 10,5	— 17,3	— 30,8	1,8	— 16,7	4,1	— 9,3	26,0	7,3
Nachrichtlich Bundesgebiet:									
Jahr 1984	— 5,8	— 13,5	— 19,6	— 11,6	0,2	9,0	6,7	13,6	10,2

1) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie öffentliche Auftraggeber.

Günstiger verlief die Entwicklung im Tiefbaubereich. Hier setzte sich die seit 1982 zu beobachtende leichte Auftragsbelegung fort, allerdings auf vergleichsweise niedrigem Niveau. So wurden 1984 im Tiefbau gut 5 % mehr Aufträge heringenommen als ein Jahr zuvor. Dieses Plus geht ausschließlich auf die Deutsche Bundesbahn zurück, die im Rahmen eines Großbauvorhabens mehrere Großaufträge vergab, wodurch in der Bausparte "Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost" rund 51 % mehr Aufträge erteilt wurden. Demgegenüber stagnierten im Straßenbau und im übrigen öffentlichen Tiefbau die Ordereingänge auf dem Vorjahresniveau, während im Wirtschaftstiefbau eine Minusrate von 3 % zu verzeichnen war.

Die im vergangenen Jahr rückläufigen Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe blieben nicht ohne Auswirkung auf das Auftragsbestandsvolumen, zumal die reale Bauproduktion im Jahresvergleich unverändert blieb. So lagen die Auftragsbestände am Ende des 4. Quartals 1984 um fast 16 % unter dem Vorjahreswert. Im Hochbau unterschritt das Volumen der

noch unerledigten Aufträge den Auftragsbestand des korrespondierenden Vorjahresstichtages um 26 %, während es im Tiefbau um 6 % höher war.

Die insgesamt schlechte Auftragslage im Bauhauptgewerbe führte 1984 zu einem jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsrückgang um gut 1 %. Nachdem es im 1. Quartal noch ein Plus von 3 % gegeben hatte, stagnierte die Beschäftigtenzahl im 2. Quartal und fiel im 3. Quartal um 3 % und im 4. Quartal um 5 % (jeweils Quartalsdurchschnitte). Gleichzeitig nahm die Kurzarbeit deutlich zu. Im vergangenen Jahr waren durchschnittlich 192 900 Personen in den Baubetrieben tätig. Auf dem Arbeitsmarkt der Bauberufe standen — ebenfalls im Jahresdurchschnitt — den 996 offenen Stellen 10 191 Arbeitslose gegenüber. Rein rechnerisch kam damit auf etwa 10 Arbeitslose durchschnittlich eine offene Stelle.

Als Frühindikator für die zukünftige Entwicklung der Hochbaunachfrage lassen sich die Baugenehmigungen für den Hochbau heranziehen, die das insgesamt zum Bau freigegebene Hochbauvolumen

angeben. Gemessen an der Kubikmeterzahl umbauten Raumes lag das genehmigte Hochbauvolumen 1984 um nahezu 28 % unter dem Vorjahresniveau. Hierbei fiel der Rückstand gegenüber dem Vorjahr im Nichtwohnbau mehr als doppelt so hoch aus wie im Wohnungsbau (nahezu - 39 % gegenüber - 18 %). Der Anteil des Nichtwohnbaus am 1984 insgesamt genehmigten Hochbauvolumen sank damit auf nur noch zwei Fünftel. Bei einer Tendenzaussage über die weitere Entwicklung im Hochbaubereich muß zunächst berücksichtigt werden, daß die Genehmigungen im Nichtwohnbau 1984 einen relativ stabilen Verlauf nahmen, wenn auch auf niedrigem Niveau. Diese Entwicklung setzte sich im 1. Quartal 1985 fort; so erreichte das genehmigte Bauvolumen das Niveau des 1. Quartals 1984. Es erscheint als durchaus wahrscheinlich, daß sich die Auftragseingänge im Wirtschaftshochbau und im öffentlichen Hochbau schon 1984 weitgehend auf das niedrige Niveau der Genehmigungen eingependelt haben, so daß sie sich 1985 wohl kaum noch gegenüber 1984 abschwächen dürften. Im 1. Quartal 1985 gab es beim Wirtschaftshochbau sogar ein leichtes Plus von knapp 2 %. Beim Wohnungsbau ist dagegen nicht auszuschließen, daß die Auftragseingänge im Verlauf des Jahres 1985 eher noch unter dem Durchschnitt des Jahres 1984 liegen werden. Hierfür spricht vor allem die deutliche Genehmigungsabschwächung im letzten Jahresdrittel 1984 und im 1. Quartal 1985, in dem die Zahl der zum Bau freigegebenen Neubauwohnungen gegenüber dem 1. Quartal 1984 mit - 35 % um mehr als ein Drittel zurückging. Entsprechend unterschritt der Wert der Auftragseingänge in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres den korrespondierenden Vorjahreswert um rund 31 %. Wegen der Bedeutung der Wohnungsbauaufträge für die gesamte Auftragsentwicklung im Hochbau ist eine weitere Abnahme der gesamten Hochbauaufträge 1985 nicht auszuschließen, wenn auch nicht annähernd mit einer so hohen Jahresdurchschnittsrate wie 1984. Für den Tiefbau, der zu rund drei Vierteln von der Auftragsvergabe der Gebietskörperschaften abhängt, ist angesichts der Bemühungen der öffentlichen Hände zur Stützung der Baukonjunktur 1985 mit einer leichten Zunahme der Auftragseingänge zu rechnen. Im 1. Quartal 1985 verzeichnete der gesamte Tiefbau im

Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal ein Auftragsplus von 4 %; die Gebietskörperschaften vergaben hierbei 7 % mehr Aufträge.

Kräftiger Anstieg der Ausfuhr

Nachdem 1983 die Ausfuhr in etwa auf dem Niveau von 1982 stagnierte, erfuhren die Exporte Baden-Württembergs 1984 eine kräftige Ausweitung um 11,6 % auf 81,417 Mrd. DM (Tabelle 8). Eine Zuwachsrate in dieser Höhe wurde zuletzt 1981 erreicht. Unter Berücksichtigung der Preissteigerung bei Ausfuhrsgütern

Tabelle 8

Ausfuhr nach Handelspartnern 1984

Handelspartner	Mill. DM	%	Veränderung gegen Vorjahr in %
Europa	51 918	63,8	+ 9,8
davon			
EG-Länder	31 541	38,7	+ 9,3
Frankreich	10 220	12,6	+ 1,6
Belgien-Luxemburg	3 121	3,8	+ 6,7
Niederlande	4 713	5,8	+ 11,2
Italien	6 037	7,4	+ 15,2
Großbritannien	5 302	6,5	+ 15,5
Republik Irland	256	0,3	+ 28,6
Dänemark	1 188	1,5	+ 22,4
Griechenland	705	0,9	+ 9,8
EFTA-Länder ¹⁾	15 470	19,0	+ 14,5
Staatshandelsländer ²⁾	2 155	2,6	- 5,7
Übriges Europa	2 751	3,4	+ 4,6
Afrika	4 015	4,9	+ 10,1
Amerika	15 434	19,0	+ 32,3
darunter			
Vereinigte Staaten	13 170	16,2	+ 33,6
Asien	8 989	11,0	- 5,7
Australien und Ozeanien	1 060	1,3	+ 30,6
Ausfuhr insgesamt	81 417	100	+ 11,6
davon			
Industrialisierte Länder	68 105	83,6	+ 15,8
Entwicklungsländer	10 831	13,3	- 7,0
darunter OPEC-Länder ³⁾	4 995	6,1	- 15,9
Staatshandelsländer insgesamt ⁴⁾	2 481	3,0	- 1,1

1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich, Portugal. — 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. — 3) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela. — 4) Europäischer und asiatischer Ostblock.

um 3,5 % ergab sich im vergangenen Jahr ein realer Anstieg von rund 8 %. Das beachtliche Exportwachstum ist stark beeinflusst durch anhaltende Abwertung der DM gegenüber dem US-Dollar. Es ist weiterhin auf positive Nachfrageeffekte im Zuge der vor allem durch den kräftigen Aufschwung in den Vereinigten Staaten ausgelösten weltweiten konjunkturellen Erholung zurückzuführen.

Die Auslandsverkäufe erwiesen sich damit wieder als bedeutende Konjunkturstütze. Bedingt durch den Arbeitskampf in der baden-württembergischen Metallindustrie im Frühsommer 1984 verlief das Exportgeschäft des letzten Jahres allerdings recht uneinheitlich. So stieg die nominale Ausfuhr im 1. Quartal um 17,3 % und im 2. Quartal nur noch um 4,9 %. Im 3. und 4. Quartal wurden dann wieder mit 8,8 % bzw. 15,2 % deutlich kräftigere Zuwächse verbucht. Die schwerpunktmäßig in Baden-Württemberg spürbar gewordenen Auswirkungen des Arbeitskampfes lassen sich auch als Grund dafür nennen, daß das Ausfuhrplus des Jahres 1984 in unserem Land geringer ausfiel als im Bundesgebiet (11,6 % gegenüber 12,9 %). Der Anteil der Exporte

Baden-Württembergs am Bundesgebiet ging infolgedessen geringfügig von 16,9 % auf 16,7 % zurück.

Der Absatz in Europa verlief im Durchschnitt des Jahres 1984 mit einem Plus von 9,8 % schwächer als die Gesamtentwicklung. Hierbei wurden in die traditionell wichtigsten Handelsblöcke EG und EFTA wertmäßig 9,3 % bzw. 14,5 % mehr Produkte als 1983 geliefert. Unter den für Baden-Württemberg wichtigen EG-Ländern gab es im Export nach Italien und Großbritannien besonders starke Zunahmen (+ 15,2 % bzw. + 15,5 %), während Frankreich nominal lediglich 1,6 % mehr Waren abnahm als im Vorjahr - eine Folge der anhaltenden Konjunkturschwäche unseres Nachbarlandes. Im Verlauf dieser Entwicklung sank der Anteil der für Frankreich bestimmten Ausfuhren an den gesamten Ausfuhren Baden-Württembergs von 13,8 % (1983) auf 12,6 % (1984). Bemerkenswert ist noch der weiterhin rückläufige Export in die europäischen Staatshandelsländer. Nach einem Minus von rund 5 % im Jahre 1983 ist für das vergangene Jahr eine Abnahme in Höhe von rund 6 % zu verzeichnen.

Tabelle 9

Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung

Land	Anteil an der Ausfuhr Baden-Württembergs 1984	Veränderung des Außenwerts der DM gegenüber Ende 1983 ¹⁾	Saldo der Leistungsbilanz 1984 ²⁾	Veränderung gegen Vorjahr			
				Brutto-sozialprodukt real	Verbraucherpreise	Brutto-sozialprodukt real	Verbraucherpreise
				1984		1985 ³⁾	
				%		%	
Bundesrepublik Deutschland	—	—	+ 6	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,5
Frankreich	12,6	+ 0,2	— 0	+ 1,5	+ 7,3	+ 1,5	+ 6,0
Italien	7,4	+ 3,8	— 3	+ 2,4	+ 10,8	+ 2,5	+ 8,0
Niederlande	5,8	+ 0,8	—	+ 2,0	+ 3,3	+ 2,0	+ 2,5
Belgien	} 3,8	— 1,2	—	+ 2,0	+ 6,3	+ 1,5	+ 5,0
Luxemburg			—
Großbritannien	6,5	+ 6,5	+ 0	+ 2,4	+ 5,0	+ 3,0	+ 5,5
Schweiz	8,2	+ 6,3	—	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 3,0
Österreich	5,5	— 0,3	—	+ 2,2	+ 5,6	+ 3,0	+ 3,5
USA	16,2	— 17,0	— 102	+ 6,8	+ 4,3	+ 3,0	+ 4,0
Japan	1,8	— 8,4	+ 35	+ 5,8	+ 2,2	+ 4,5	+ 2,5

1) Stand März 1985 (Monatsdurchschnitt). — 2) Schätzungen der Deutschen Bundesbank. — 3) Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, Ifo München, RWI Essen und IfW Kiel (Frühjahrsgutachten 1985).

Begünstigt durch die Dollarentwicklung gab es 1984 einen Exportboom in die USA. Die Lieferungen an diesen Handelspartner stiegen um 33,6 % auf 13,17 Mrd. DM, wodurch die USA einen Exportanteil von 16,2 % erreichten und Frankreich (12,6 %) als wichtigsten ausländischen Absatzmarkt Baden-Württembergs ablösten (Tabelle 9). Beachtlich ist ebenfalls die Zunahme der Ausfuhren nach Kanada (+ 39,6 %). Kanada und die USA vereinigten allein 91 % der 1984 in Amerika verkauften Waren auf sich.

Der Export in die Länder Asiens verlief unterschiedlich. Insgesamt gab es im abgelaufenen Jahr ein Minus von 5,7 %, nachdem 1983 noch ein Plus von 8,1 % zu verzeichnen war. Im wesentlichen schlug der sinkende Absatz in den OPEC-Ländern (- 17,6 %) und hier insbesondere bei den großen Abnehmern Iran (- 15,4 %) und Saudi-Arabien (- 16,6 %) zu Buche. Dem steht ein Plus bei der Ausfuhr nach Japan (+ 11,1 %) und in die südostasiatischen Schwellenländer (+ 15,1 %) gegenüber.

Nachdem 1983 die Exporte nach Afrika um 22,4 % zurückgegangen waren, nahmen sie 1984 um 10,1 % zu. Dieser Anstieg geht allein auf die Absatzsteigerung in der Republik Südafrika zurück (+ 48,6 %), da die Verkäufe an die afrikanischen Entwicklungsländer um 9 % sanken. In der Region Australien/Ozeanien konnten 1984 wertmäßig 30,6 % mehr Waren verkauft werden als 1983.

Baden-Württemberg exportierte 1984 Waren im Wert von 68,105 Mrd. DM in die industrialisierten westlichen Länder. Das waren knapp 16 % mehr als ein Jahr zuvor. In den Entwicklungsländern sank der Absatz um 7 % auf 10,831 Mrd. DM und in den Staatshandelsländern um rund 1 % auf 2,481 Mrd. DM.

Die wichtigsten Exportprodukte Baden-Württembergs waren im vergangenen Jahr die Kraftfahrzeuge, deren Auslandsabsatz um 12,9 % stieg. Ihr Anteil an der Gesamtausfuhr belief sich mit 26,3 % auf mehr als ein Viertel. An zweiter Stelle folgten die Maschinenbauerzeugnisse mit einem Anteil von 22 %, der infolge eines unterdurchschnittlichen Ausfuhrergebnisses (+ 7,7 %) unter dem Wert des Jahres 1983 lag (22,8 %). Überdurch-

schnittlich hohe Zuwachsraten errechnen sich u.a. beim Export von elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 13,7 %), chemischen Erzeugnissen (+ 14 %), Textilien (+ 12,2 %), Eisenwaren (+ 12,3 %), Waren aus NE-Metallen sowie feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (jeweils + 13,7 %).

1984 wurden Waren im Wert von 58,527 Mrd. DM aus dem Ausland nach Baden-Württemberg eingeführt. Das waren 12,7 % mehr als im Jahr zuvor. Die Einfuhrpreise stiegen im Durchschnitt um 6 %, wobei eine Abschwächung gegen Ende des Jahres zu verzeichnen war (November: + 5,2 %, Dezember: + 4,8 %). Dem Volumen nach erhöhten sich damit die Importe des Landes um knapp 7 %. Hierin spiegelt sich die deutlich zu spürende Belebung der Binnenkonjunktur wider. So nahmen die nominalen Rohstoffimporte, die 15 % der gesamten Importe ausmachten, um 20 % zu. Beim Erdöl gab es ein Plus von 21 %. Hier erhöhte sich infolge gestiegener Durchschnittspreise die mengenmäßige Einfuhr um 13 % auf 12,4 Mill. Tonnen. Überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten waren außerdem bei elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 23 %), chemischen Erzeugnissen (+ 15 %), Textilien (+ 15 %) und Waren aus NE-Metallen (+ 20 %) zu verzeichnen. Nach Ländergruppen entwickelten sich die baden-württembergischen Warenbezüge gegenüber dem Vorjahr recht unterschiedlich. Aus den industrialisierten westlichen Ländern wurden dem Werte nach 12 % mehr Waren eingeführt, wobei sich für Nordamerika (USA und Kanada) ein Plus von mehr als 20 % ergab. Überdurchschnittlich hoch fiel auch die Zuwachsrate der Importe aus den Staatshandelsländern aus (+ 35 %). Die Bezüge aus den Entwicklungsländern stiegen um 13 %. Während sich der Wert der Käufe in den OPEC-Ländern nur geringfügig erhöhte (knapp 1 %), lieferten die übrigen Entwicklungsländer gegenüber 1983 nominal rund 31 % mehr Waren an Baden-Württemberg.

Infolge der anhaltenden Expansion in den Industrieländern und infolge des Vorsprungs im Preiswettbewerb, den die deutschen Exporteure aufgrund der starken realen Abwertung der DM erzielt haben, wird die Ausfuhr 1985 nochmals kräftig steigen. Die Forschungsinstitute

kommen in ihrem Frühjahrsgutachten für das Bundesgebiet zu einer ebenso hohen realen Zuwachsrate wie 1984 (etwa 9 %). Hierbei werden je nach Absatzmarkt unterschiedliche Verläufe erwartet. Da der Konjunkturaufschwung in den USA schwächer geworden ist, muß mit einer weniger starken Ausfuhr in diese Region gerechnet werden. Dagegen spricht die konjunkturelle Belebung in den europäischen Industrieländern für ein verstärktes Wachstum der Exporte in diese Länder. Wegen einer fast überall belebten Investitionstätigkeit dürfte der Auslandsabsatz insbesondere von den Investitionsgütern getragen werden. Der Frühindikator der preisbereinigten Bestelleingänge aus dem Ausland lag im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs im 1. Quartal 1985 um knapp 8 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Im Investitionsgütergewerbe war beim Volumenindex des Auftragseingangs sogar ein Plus von annähernd 9 % zu vermelden.

Im Maschinenbau zeichnet sich angesichts einer Zuwachsrate von mehr als 12 % ein Ende der ungünstigen Absatzentwicklung ab, die sich zwischen 1975 und 1984 in einem Rückgang des Anteils der Maschinenexporte an der Gesamtausfuhr Baden-Württembergs von 29 % auf 22 % niederschlug.

Weitere Stabilisierung des Preisniveaus

Die seit Ende 1981 festzustellende Dämpfung der Teuerungstendenzen hielt auch 1984 an. Begünstigt durch die ruhige Preisentwicklung auf vorgelagerten Wirtschaftsstufen einerseits und durch die zurückhaltende Nachfrage der Verbraucher andererseits stieg der Preisindex für die Lebenshaltung in Baden-Württemberg 1984 im Jahresdurchschnitt um lediglich 2,5 % (1983: + 3,1 %). Günstig verlief auch die Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise sowie der Groß-

Tabelle 10

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1984 (1980 = 100)

Veränderung gegen Vorjahr in %

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft ¹⁾		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inland) ¹⁾	Großhandelsverkaufspreise ¹⁾	Einzelhandelspreise ²⁾	Preisindex für	
								Bauleistungen an neuen Wohngebäuden ²⁾	die Lebenshaltung ³⁾
Bundesgebiet ⁴⁾								Baden-Württemberg	
Januar	+ 5,8	+ 3,2	− 1,3	+ 1,3	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,4	−	+ 2,7
Februar	+ 5,5	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,6	+ 4,3	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,0
März	+ 6,1	+ 3,5	+ 3,8	+ 3,0	+ 3,1	+ 4,6	+ 2,9	−	+ 3,1
April	+ 6,6	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,1	+ 4,4	+ 2,7	−	+ 3,0
Mai	+ 6,9	+ 3,6	+ 1,9	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,9	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,9
Juni	+ 6,6	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,0	+ 4,0	+ 2,6	−	+ 2,8
Juli	+ 6,1	+ 3,4	+ 1,9	+ 3,8	+ 3,2	+ 3,5	+ 2,0	−	+ 2,3
August	+ 4,7	+ 3,2	− 1,1	+ 2,5	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,7
September	+ 5,4	+ 3,4	− 2,3	+ 1,1	+ 2,7	+ 1,0	+ 1,2	−	+ 1,6
Oktober	+ 7,0	+ 3,8	− 3,0	+ 0,9	+ 3,1	+ 2,1	+ 1,7	−	+ 2,2
November	+ 5,2	+ 3,6	− 3,9	+ 0,3	+ 2,9	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,1
Dezember	+ 4,8	+ 3,3	− 4,5p	− 0,2	+ 2,8	+ 0,7	+ 1,5	−	+ 2,0
Jahresdurchschnitt	+ 6,0	+ 3,5	− 0,1p	+ 2,0	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,5

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) Aller privaten Haushalte. —

4) Quelle: Statistisches Bundesamt.

handels- und Einzelhandelspreise (Tabelle 10). Hier gab es bundesweit Zuwachsraten unter 3 %. Eine Ausnahme bildeten die Einfuhrpreise. Der hohe Dollarkurs bewirkte einen spürbaren Anstieg des Index der Einfuhrpreise, der im Mai und Oktober Spitzen von + 7 % und im Jahresdurchschnitt einen Wert von + 6 % erreichte.

Der Preisindex für die Lebenshaltung wies Ende 1983 (Dezember) eine Jahresveränderung von + 2,6 % auf. Im März 1984 gab es dann einen Anstieg um + 3,1 % im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat. Im weiteren Jahresverlauf verlangsamte sich der Preisauftrieb bis auf + 1,6 % im September. Bei der rückläufigen Tendenz in den Sommermonaten muß allerdings der Basiseffekt durch die zum 1. Juli 1983 erhöhte Mehrwertsteuer berücksichtigt werden. Ende 1984 (Dezember) lag die Veränderung zum entsprechenden Vorjahreszeitraum bei + 2 %. Im Jahresdurchschnitt ergaben sich relativ stabile Preise für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (+ 1,7 %), demgegenüber gab es einen überdurchschnittlich hohen Preisauftrieb bei den Ausgaben für Wohnungsmieten und Energie (+ 3,4 %).

Die ruhige Preisentwicklung machte sich bundesweit auf allen Handelsstufen bemerkbar. So lag der Index der Großhandelsverkaufspreise im Durchschnitt um 2,8 % höher als im Vorjahr, einen ähnlichen Verlauf nahm der Index der Einzelhandelspreise (+ 2,1 %).

Auch der Anstieg des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) vollzog sich in relativ bescheidenem Rahmen. Hier wirkte sich positiv aus, daß die insbesondere von den kräftig gestiegenen Importpreisen ausgehenden Impulse nicht voll auf die Preisentwicklung im produzierenden Gewerbe durchschlugen, nicht zuletzt eine Folge der weitgehend stabilen Lohnstückkosten. So war der Index 1984 jahresdurchschnittlich um 2,9 % höher als 1983. Über diesem Durchschnitt lag die Teuerung bei "Elektrischem Strom, Gas, Fernwärme und Wasser" sowie bei "Bergbaulichen Erzeugnissen, ohne Erdgas", während die Preissteigerung bei "Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes" unterdurchschnittlich ausfiel.

Die Verteuerung von Bauleistungen an neuen Wohngebäuden schwächte sich im Verlauf des vergangenen Jahres ab. So lag der Preisindex für die Bauleistungen im Februar und im Mai noch um 3,5 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Im August betrug die Veränderungsrate + 2,1 %, im November war sie auf 1,5 % zurückgegangen.

Zu Beginn des Jahres 1985 sind die Teuerungsraten wieder leicht gestiegen. So lag der Preisindex für die Lebenshaltung in Baden-Württemberg im 1. Quartal um 2,4 % höher als im entsprechenden Vorjahresquartal. Solche Erhöhungen sind allerdings nicht untypisch für den Jahresbeginn, der vor allem durch Verteuerungen bei den saisonabhängigen Nahrungsmitteln sowie beim Heizöl gekennzeichnet ist. Hier spielte der starke Kälteeinbruch eine nicht unwesentliche Rolle. Für den weiteren Jahresverlauf darf durchaus eine Fortsetzung der günstigen Preisentwicklung angenommen werden, da eine ruhige Preisentwicklung auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen auch für 1985 erwartet wird. Im Frühjahrsgutachten wird ein durchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise in Höhe von etwa 2,5 % als wahrscheinlich angenommen. Unsicherheit geht von der nur schwer absehbaren Dollarentwicklung aus, aber auch die Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich können derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Nur schwache Zunahme des privaten Verbrauchs

Die nominalen Lohn- und Gehaltssteigerungen fielen 1984 geringfügig höher aus als im Jahr zuvor. So erhöhte sich in Baden-Württemberg der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe von Oktober 1983 bis Oktober 1984 um 3,5 % (Vorjahreszeitraum: + 3,1 %). Im Oktober betrug das durchschnittliche Bruttogehalt der männlichen Angestellten 4 191 DM (+ 4 %), während ihre Kolleginnen ein Durchschnittsgehalt von 2 592 DM (+ 3,9 %) erzielten.

Im selben Zeitraum stieg der Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste aller in der Industrie beschäftigten

Arbeiter um 2,6 %. Ein Anstieg in dieser Höhe wurde auch im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres erreicht. Eine stärkere Zunahme weist der Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste auf (+ 3,5 %). Dies erklärt sich aus der Zunahme der bezahlten Wochenstunden (+ 1 %) aufgrund der gestiegenen Produktionstätigkeit. Die Arbeiterinnen in der Industrie erhielten im Durchschnitt einen Bruttowochenlohn von 502 DM (+ 4,4 %), während ihre männlichen Kollegen 707 DM (+ 3,5 %) verdienten.

Für die Beurteilung des Lebensstandards ist weniger die nominale Entwicklung der Bruttoverdienste entscheidend als vielmehr die reale, also von Preissteigerungen bereinigte Entwicklung, die mit Hilfe des Reallohnindex ausgedrückt wird. Errechnet wird dieser Index, indem der Index der Bruttowochenverdienste der Arbeiter mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen deflationiert wird. In Folge des weiterhin langsamen Preisanstiegs - die Teuerungsrate betrug zwischen Oktober 1983 und Oktober 1984 + 2,2 % - errechnet sich eine Zunahme der realen Bruttowochenverdienste um 1,3 % (Vorjahr: + 2,7 %). Entsprechend nahm die Kaufkraft zu, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben tendenziell gestiegen ist.

Im gesamten Bundesgebiet war 1984 nur eine schwache Zunahme des privaten Verbrauchs zu verzeichnen (real + 0,6 %). Obwohl der Rückgang der Erwerbstätigen annähernd zum Stillstand kam (- 0,2 %) und die Zahl der Arbeitslosen nicht weiter anstieg (+ 0,3 %), blieben kräftigere Impulse aus. Entsprechend gering war die Umsatzsteigerung des Einzelhandels in Baden-Württemberg, die mit real 1,1 % unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis blieb.

Für 1985 ist weiterhin nur mit einem geringen Anstieg des privaten Verbrauchs zu rechnen. Das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer wird im Jahresdurchschnitt um reichlich 4 % steigen. Der Nettozuwachs wird um 1,5 Prozentpunkte geringer ausfallen, auch wegen der Anhebung der Beitragssätze zur Sozialversiche-

rung. Verstärkt zunehmen dürften die Transfereinkommen, da erwartet wird, daß etwa 50 000 Arbeitnehmer von den Vorruhestandsregelungen Gebrauch machen. So gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten von einem Anstieg des realen verfügbaren Einkommens um knapp 1,5 % aus und rechnen weiterhin bei einer in etwa unveränderten Sparquote mit einer Zunahme des realen privaten Konsums um 1 %.

Nur geringer Anstieg des Haushaltsvolumens

Der Staatshaushaltsplan 1984 von Baden-Württemberg wurde einschließlich des Zweiten Nachtrags auf 34,044 Mrd. DM festgestellt. Die Zuwachsrate gegenüber dem Haushalt 1983 beträgt somit 1,3 %, sie war damit etwas niedriger als im Vorjahr (+ 1,9 %). Bezüglich der Entwicklung der Ausgaben ist kennzeichnend, daß der Anteil der Personalausgaben von 39,2 % im Jahr 1983 auf 38,5 % im Jahr 1984 gesunken ist, während die Investitionsquote nahezu stabil geblieben ist. Auf Zuweisungen und Zuschüsse entfallen ferner 30,9 % und auf sächliche Verwaltungsausgaben und Schuldendienst 17,0 % des Haushaltsvolumens. Bei den Einnahmen entfallen 71,0 % auf Steuern und steuerähnliche Einnahmen, 5,3 % auf Verwaltungseinnahmen sowie 23,7 % auf übrige Einnahmen. Die haushaltsgesetzliche Kreditermächtigung beträgt 3,447 Mrd. DM und liegt damit deutlich unter dem Wert des Jahres 1983 in Höhe von 3,714 Mrd. DM.

Mit dem Zweiten Nachtragshaushalt wurde unter anderem die Grundlage für eine flexiblere Gestaltung der Teilzeitbeschäftigung in der Landesverwaltung und zur Regelung des vom Landtag beschlossenen "Reduzierungsmodells im Schulbereich" geschaffen. Weiterhin wurden auch Mehrausgaben für das Existenzgründungsprogramm, die wirtschaftsnahe Forschung und Technologie, die Exportförderung sowie für die Förderung bleifreien Benzins berücksichtigt. Außerdem schaffte der Zweite Nachtrag den haushaltsgesetzlichen Rahmen für das Ausbildungsplatzsonderprogramm, nach dem in der Landesverwaltung, den Landesbetrieben und den Beteiligungsgesellschaft-

ten insgesamt 1 225 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Ist-Steuereinnahmen des Landes betrugen im Jahr 1984 rund 23,7 Mrd. DM und sind damit gegenüber dem Vorjahr um 4,8 % gestiegen. Im Haushaltsplan 1984 waren die Steuereinnahmen mit 23,8 Mrd. DM veranschlagt worden, die erwartete Steigerung gegenüber dem Ist-Ergebnis 1983 belief sich auf 5,3 %. Die tatsächlichen Steuereinnahmen 1984 sind somit um 99,2 Mill. DM hinter dem erwarteten Aufkommen zurückgeblieben, wobei vor allem im 4. Quartal eine tendenzielle Abschwächung der Steuereinnahmen festgestellt wurde. Dabei wurde das Ergebnis des Jahres 1984 durch Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer, den nicht-veranlagten Steuern vom Ertrag sowie der Einfuhrumsatzsteuer bestimmt, was auf die wirtschaftliche Belebung und die damit verbundene günstige Beschäftigungslage bedingt ist. Rückläufig war dagegen wegen der rezessiven Phase anfang der achtziger Jahre die veranlagte Einkommensteuer und als Folge des Steuerentlastungsgesetzes 1984 die Gewerbesteuerumlage. Aber auch bei der Körperschaftssteuer, der Umsatzsteuer und der Vermögensteuer wurden Mindereinnahmen festgestellt.

Schwächer stiegen mit 1,8 % die übrigen Einnahmen, hier wurden 7,81 Mrd. DM verbucht. Die Bruttokreditaufnahme belief sich im Jahr 1984 auf 4 167,5 Mill. DM. Darin enthalten sind 508 Mill. DM Darlehensaufnahmen für vorzeitige Tilgungen. Nach Abzug der gesamten Tilgungsausgaben für Kreditschulden in Höhe von 2 545,5 Mill. DM ergibt sich eine haushaltsmäßige Nettokreditaufnahme für 1984 von 1 622 Mill. DM, das waren 6,6 % weniger als im Vorjahr. Damit lag die tatsächliche Nettokreditaufnahme 1984 um 222 Mill. DM über dem Haushaltssoll von 1 400 Mill. DM. Verantwortlich für diese Sollüberschreitung sind unter anderem die hinter den Erwartungen gebliebenen Steuereinnahmen sowie Überschreitungen bei den Personalausgaben.

Die Gesamteinnahmen des Landes betrugen im Jahr 1984 rund 35,7 Mrd. DM und lagen um 4,1 % über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Die Gesamtausgaben beliefen sich im Berichtszeitraum auf 35,68 Mrd. DM (+ 4,3 %). Dabei betrugen die Personalausgaben rund 13,407 Mrd. DM und waren um 1,4 % höher als im Vorjahr. Die Steuereinnahmen allein deckten 66,5 % der Gesamtausgaben (1983: 66,2 %).

Der Staatshaushaltsplan 1985 wurde auf 35,896 Mrd. DM festgestellt. Die Einnahmen des Landes werden voraussichtlich zu 70,7 % aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, zu 24,4 % aus übrigen Einnahmen und zu 4,9 % aus Verwaltungseinnahmen gedeckt. An Personalkosten werden 1985 voraussichtlich rund 13,75 Mrd. DM anfallen, das sind 38,3 % der Gesamtausgaben. Für investive Zwecke sollen 1985 rund 5,01 Mrd. DM oder 14,0 % der Landesausgaben eingesetzt werden. Auf Zuweisungen und Zuschüsse sollen 30,9 % des gesamten Haushaltsvolumens entfallen. Gefördert wird u.a. der soziale Wohnungsbau und Städtebau. Weiterhin gefördert wird ein Bauprogramm zur Forschungsförderung und zum Emissionsschutz landeseigener Heizwerke.

Die Gemeindefinanzen waren von geringen Zuwachsraten bei den Einnahmen und Ausgaben gekennzeichnet. So stiegen die Nettoeinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus Steuern in den ersten drei Quartalen 1984 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4,7 % auf rund 6,231 Mrd. DM an (gegenüber einem Anstieg von 4,3 % im Vorjahr), die Gesamteinnahmen der Gemeinden betrugen in den ersten drei Quartalen 1984 rund 20,521 Mrd. DM und lagen damit um 0,9 % über dem entsprechenden Vorjahresergebnis (20,333 Mrd. DM), was auf einen Anstieg der Steuereinnahmen und steuerähnlichen Einnahmen zurückzuführen war. Auch die Gesamtausgaben der Gemeinden lagen mit 20,307 Mrd. DM nur knapp über dem Vorjahresniveau (+ 1,6 %). Deutlich zurück gingen jedoch die Investitionsausgaben der Gemeinden. So gaben die Gemeinden, nachdem schon im Vorjahr etwa ein Achtel (- 12,3 %) weniger für Baumaßnahmen ausgegeben wurde als 1982, im Jahr 1984 (1. bis 3. Quartal) nochmals um 6,3 % weniger für Baumaßnahmen aus als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Sie investierten hier 3,01 Mrd. DM gegenüber 3,21 Mrd. DM

in den ersten drei Quartalen 1983. Entsprechend ging der Anteil der Baumaßnahmen an den Gesamtausgaben auf 14,8 % zurück (1983: 16,1 %).

Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände ist zum 31.12.1984 gegenüber dem Vorjahresende um nur 104,3 Mill. DM (+ 0,7 %) gestiegen. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung beträgt jetzt 1545 DM (Vorjahr: 1532 DM). Insbesondere die kreisangehörigen Gemeinden haben zu dieser Konsolidierung mit einem Rückgang ihrer Verschuldung um - 0,7 % beigetragen.

Teil II

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

1. Wirtschaft

1.1 Sektorale Aspekte der Beschäftigtenentwicklung, insbesondere im Dienstleistungsbereich

Wandlungen im sektoralen Wachstumsmuster

Die Gesamtzahl der Beschäftigten war 1984 mit 3,616 Mill. Personen fast genauso groß wie 1974; 1985 dürfte wegen der vergleichsweise günstigen Beschäftigtenentwicklung die damalige Zahl von 3,626 Mill. Personen überschritten werden¹. Hinter dieser globalen Konstanz verbergen sich allerdings im Zeitablauf konjunkturell bedingte Veränderungen der Beschäftigtenzahl - wie auch gravierende strukturelle Verschiebungen, die sich sowohl auf die sektorale Umsetzung vom Sekundären zum Tertiären Sektor beziehen wie auch auf einen veränderten Arbeitseinsatz, der bei zunehmender Teilzeitbeschäftigung in einem sinkenden Arbeitsvolumen bei gleicher Beschäftigtenzahl zum Ausdruck kommt.

Die Tatsache, daß eine zwischen 1974 und 1984 um mehr als ein Fünftel (21,5 %) gestiegene Wirtschaftsleistung - das entspricht einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts auf 205 Mrd. DM (in Preisen von 1976) - mit einer fast gleichen Zahl an Beschäftigten und darüber hinaus mit einem sinkenden Einsatz an Arbeitsstunden erreicht wurde, zeigt den Produktivitätsfortschritt. Die im Zeitablauf aufgetretenen Unterschiede im Auslastungsgrad der Beschäftigung beleuchten demgegenüber neben konjunkturalen

Einflußfaktoren die Auswirkungen der in den 70er Jahren geänderten Rahmenbedingungen des Wirtschaftens. So ist die Rezession der Jahre 1974/76 eine Reaktion sowohl auf die erste Energiekrise wie auf die in Verbindung mit der Freigabe der Wechselkurse in Gang gekommene neue internationale Standortbestimmung von Industrien. Die neuerliche Abschwächung Ende der siebziger Jahre ist sowohl auf eine erneute drastische Energiepreiserhöhung wie auch auf eine technologische Herausforderung expansiver Exportnationen wie den USA und Japan zurückzuführen. Beiden Herausforderungen haben die europäischen Länder und damit auch Baden-Württemberg standhalten können. Doch haben sich in Verbindung damit neben Schwankungen in der Beschäftigtenzahl verstärkt auch sektorale Verschiebungen und grundsätzliche Veränderungen in der Nutzung des Arbeitspotentials ergeben.

Bei der Wandlung des sektoralen Wachstumsmusters spielt auch jetzt die Beobachtung und Analyse der seitherigen und möglichen zukünftigen Entwicklung des Dienstleistungssektors eine besondere Rolle^{2,3}. Der Tertiäre Sektor um-

1 Bei den Beschäftigtendaten in dieser Untersuchung handelt es sich um Angaben, bei denen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus der Beschäftigtenstatistik um die Zahl der Beamten ergänzt wurde. Nachfolgend werden die Begriffe "Beschäftigte", "Arbeitnehmer" und "Arbeitskräfte" synonym verwendet. Selbständige und geringfügig Beschäftigte sind nicht enthalten, desgleichen keine Soldaten. Es sind nur solche Wehr- und Zivildienstleistende mitgezählt, die ihren Dienst aus einem weiterhin bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben.

2 Die Entwicklung des Dienstleistungssektors versuchte die aus den fünfziger Jahren stammende Drei-Sektoren-These von Colin Clark und Jean Fourastié zu erklären. Danach verändert sich im historischen Prozeß und in Abhängigkeit vom erreichten Entwicklungsniveau die Bedeutung der drei unterschiedlichen Wirtschaftssektoren - Primärer (Land- und Forstwirtschaft), Sekundärer (Warenproduzierendes Gewerbe) und Tertiärer Sektor (Dienstleistungen). Das gegenwärtige und zukünftige Wachstumsmuster sei dabei durch eine Verschiebung der Nachfrage-, der Produktions- und damit auch der Beschäftigungsstrukturen vom Primären über den Sekundären hin zum Tertiären Sektor charakterisiert. Schließlich werde der tertiäre Bereich überwiegen.

3 Bereits im Statistisch-prognostischen Bericht 1981/82 wurde in dem Beitrag "Veränderung der Dienstleistungsstruktur" zu diesem Thema Stellung genommen.

faßt dabei eine Fülle heterogener Dienste, Erstellungsprozesse und Organisationsformen, die entsprechend von sehr verschiedenartigen Bestimmungsfaktoren abhängig sind. Die seitherige Argumentation geht im wesentlichen davon aus, daß die Zunahme dieses Bereichs insbesondere von zwei Komponenten bestimmt wird: So wachse zum einen bei steigendem Einkommen die Nachfrage nach Dienstleistungen überproportional und zum anderen rufe eine bestimmte Nachfrage nach Dienstleistungen wegen der in der Regel hohen Arbeitsintensität dieses Bereichs überproportionale Beschäftigungseffekte und damit auch ein höheres nominales Wachstum hervor. Die neueren Entwicklungen verdeutlichen jedoch, daß diese Analyse in verschiedener Hinsicht zu erweitern ist. Die Zunahme des privaten Dienstleistungsgewerbes gerade auch im Beratungsbereich wie überhaupt die starke Zunahme tertiärer Tätigkeiten innerhalb des Produzierenden Gewerbes zeigen, daß der Bedarf der Unternehmen an Dienstleistungen in den letzten 10 Jahren enorm gestiegen ist. Dies ist ein Zeichen dafür, daß technologisch fortschrittliche Güter in wachsendem Umfang tertiäre Funktionen erfordern, und dies sowohl bei der Produktion - durch Forschung, Entwicklung, Planung und Steuerung - wie auch bei der Durchsetzung auf nationalen und zunehmend internationalen Märkten durch Akquisition, Vertrieb, Werbung, Service und Weiterbildung. Hinzu treten Impulse aus gesellschaftlichen Strukturänderungen. In den siebziger Jahren bis Anfang der achtziger Jahre hat der öffentliche Bereich das überproportionale Wachstum des Dienstleistungssektors mitbestimmt durch die Ausweitung der Aufgabenfelder Gesundheit und Bildung. Wenngleich niveaumäßig von geringerer Bedeutung, so haben auch die Organisationen ohne Erwerbscharakter, die eine Vielzahl von gemeinnützigen Institutionen mit politischen, kulturellen, religiösen und sozialen Zielsetzungen umfassen⁴, eine besonders stürmische Beschäftigtenentwicklung entfaltet. Sie decken offenbar einen

sehr verschiedenartig motivierten Bedarf an Diensten ab, der in einer offenen, strukturierten Gesellschaft, die sich nicht zuletzt durch den internationalen Verbund immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt sieht, ständig steigt. Nicht zuletzt rufen das steigende Einkommensniveau in Verbindung mit einer auch durch die Internationalisierung hervorgerufenen Erweiterung kultureller Horizonte zunehmend höhere Ansprüche an Kultur- und Freizeitangebote hervor.

Der höhere Beschäftigteneinsatz im tertiären Bereich ist allerdings nicht mit einem gleich hohen Anstieg des Arbeitsvolumens verbunden. Vielmehr steigt dieses wegen der Zunahme der Teilzeitschäftigung schwächer. Hier zeichnet sich eine weitere gesellschaftliche Umstrukturierung in Richtung flexibler gehandhabter Arbeitszeiten ab, wovon derzeit noch primär die erwerbstätigen Frauen profitieren.

Die nachfolgende Untersuchung hat das Ziel, einige der hier aufgezeigten Aspekte statistisch darzustellen, - auch im Vergleich der Landesentwicklung zu den Entwicklungen im Bundesgebiet. Basis hierfür ist die Beschäftigtenstatistik, die für alle Wirtschaftsbereiche und angesprochenen Merkmale bis hin zum Bundesvergleich konsistentes Datenmaterial für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit 1974 zur Verfügung stellt⁵. Über eine Sonderaufbereitung werden dabei zusätzlich zu dem sonst üblichen funktionalen Nachweis jetzt auch die Träger der Dienstleistungen ermittelt, so daß die privaten und die öffentlichen Dienstleistungen für das Land und den Bund getrennt ausgewiesen werden können. Dies ist von erheblicher Bedeu-

4 Beispiele für Organisationen ohne Erwerbscharakter sind Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe, Organisationen und Verbände der Wissenschaft (z.B. Max-Planck-Gesellschaft) und kulturelle Vereinigungen.

5 Während sich im kleinen Bereich der Landwirtschaft eher eine Übererfassung der Arbeitnehmer ergeben dürfte (vor allem durch die Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für mithelfende Familienangehörige und Selbständige), ist für die anderen Bereiche und somit insgesamt mit einer leichten Untererfassung der Gesamtzahl der Arbeitnehmer zu rechnen, da nur geringfügig (d.h. nicht versicherungspflichtig) beschäftigte Arbeitnehmer nicht mitenthalten sind. Die Daten beziehen sich in der Regel auf Ende Juni eines Jahres (1984: 31. März). Der Charakter der Daten als Stichtagsdaten und andere konzeptionelle Unterschiede (z.B. die Art der schwerpunktmäßigen Zuordnung zu den Wirtschaftsbereichen) bedingen im allgemeinen geringfügige Abweichungen zu anderen Datenquellen. Die in dieser Arbeit verwendeten Daten wurden entsprechend der Wirtschaftszweigesystematik der Bundesanstalt für Arbeit aufbereitet.

tung, da beide Bereiche sehr unterschiedlichen Bestimmungsfaktoren auch im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung unterliegen. Des weiteren ist es über umfangreiche Schätzarbeiten gelungen, die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter um die Zahl der Beamten – aus der Personalstandsstatistik und aus anderen Datenquellen – durchgehend für die ausgewiesene wirtschaftssystematische Untergliederung, die einzelnen Jahre und Merkmale sowie für Land und Bund zu ergänzen. Damit ist es in dieser Untersuchung erstmals möglich, die strukturellen Verschiebungen für alle abhängig Beschäftigten in der vorliegenden Differenzierung zu beschreiben.

Die nachfolgende Analyse bezieht sich auf die institutionelle Zuordnung der Wirtschaftsbereiche, danach werden zum Dienstleistungssektor jene Betriebe gezählt, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt in der Erbringung von Dienstleistungen liegt. Folgende Dienstleistungszweige werden dabei unterschieden

- Handel
- Verkehr
- Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
- Private Dienstleistungen (Gewerbliche und freiberufliche Dienstleistungen)
- Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte
- Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung).

Diese Dienstleistungsbereiche bilden den Tertiären Sektor. Die anderen Wirtschaftszweige werden zum Primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft) bzw. zum Sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) zusammengefaßt. Internationale Vergleiche der Wirtschaftsstruktur basieren in der Regel auf dieser Klassifikation.

Geht man demgegenüber von der Art der Tätigkeit aus, also davon, ob die Ausübung des Berufes primär darin besteht, ein Produkt zu erstellen oder eine Dienstleistung zu erbringen, so wird

Tabelle 1

Sektorale Struktur der Arbeitnehmer

Wirtschaftliche Gliederung	1974		1976		1980		1984	
	Arbeitnehmer	Struktur	Arbeitnehmer	Struktur	Arbeitnehmer	Struktur	Arbeitnehmer	Struktur
	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	27,5	0,8	27,2	0,8	33,8	0,9	34,8	1,0
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	30,2	0,8	30,2	0,9	30,9	0,8	33,7	0,9
Verarbeitendes Gewerbe	1 800,7	49,7	1 624,2	47,2	1 711,9	46,5	1 588,7	43,9
Baugewerbe	287,0	7,9	250,8	7,3	263,0	7,1	255,8	7,1
Handel	390,9	10,8	382,4	11,1	402,2	10,9	394,5	10,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	188,1	5,2	181,7	5,3	190,6	5,2	187,1	5,2
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	112,3	3,1	111,0	3,2	116,5	3,2	122,7	3,4
Private Dienstleistungen	241,3	6,7	252,2	7,3	300,7	8,2	326,9	9,0
Organisationen o. E., private Haushalte	93,4	2,6	105,9	3,1	125,5	3,4	143,9	4,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	453,9	12,5	477,8	13,9	503,3	13,7	527,5	14,6
Insgesamt 1)	3 625,5	100	3 443,5	100	3 679,6	100	3 616,0	100
Nachrichtlich:								
Primärer Sektor	27,5	0,8	27,2	0,8	33,8	0,9	34,8	1,0
Sekundärer Sektor	2 118,0	58,4	1 905,2	55,3	2 005,7	54,5	1 878,1	51,9
Tertiärer Sektor:	1 479,9	40,8	1 511,0	43,9	1 638,8	44,6	1 702,6	47,1

1) Einschließlich "Ohne Angaben".

deutlich, daß auch im Produzierenden Gewerbe tertiäre Leistungen erbracht werden. Dabei ist es eine Frage der traditionell gewachsenen Arbeitsteilung zwischen den Sektoren, ob und in welchem Umfang Dienstleistungsfunktionen im Sekundären Sektor selbst erbracht werden oder in den Tertiären Sektor "ausgelagert" und institutionell verselbständigt werden. Produktionsorientierte tertiäre Funktionen - insbesondere Forschung und Entwicklung, Planung und Steuerung - aber auch marktorientierte Funktionen wie Akquisition, Verkauf, Transport und Service, gewinnen derzeit im Sekundären Sektor zunehmend an Gewicht, weshalb man von der "Tertiärisierung des Sekundären Sektors" spricht. Von herausragender Bedeutung besonders für eine exportorientierte Wirtschaft wie die baden-württembergische ist dabei der Funktionsbereich Forschung und Entwicklung⁶. Im Statistisch-prognostischen Bericht 1981/82 wurde davon ausgegangen, daß 1980 33 % der im Produzierenden Gewerbe Beschäftigten in tertiären Berufen tätig war. Eine Ermittlung auf Basis der Beschäftigtenstatistik ergibt, daß dieser Anteil 1984 bereits 35 % beträgt.

Bewegungen der Beschäftigtenzahl

Ein Höchststand in der Zahl der Arbeitnehmer wurde 1973 mit 3,637 Mill. beschäftigten Personen erreicht. Danach erfolgte, bedingt durch Energiekrise und Wechselkursfreigabe, ein starker und lang anhaltender Einbruch von Produktion und Nachfrage mit der Konsequenz einer erheblichen Beschäftigtenfreisetzung. Als konjunktureller Spätindikator reagierte die Beschäftigung allerdings mit einer gewissen Verzögerung darauf, so lag die Zahl der Arbeitnehmer 1974 - dem statistisch bedingten Ausgangsjahr der nachfolgenden Untersuchung - mit 3,626 Mill. nur um rund 12 000 Personen unter dem Niveau von 1973. Die schwierigen Anpassungsprozesse beim Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit wirkten sich erst 1975 und 1976 aus (Tabellen 1

und 2). Zwischen 1974 und 1976 fiel die Zahl der Arbeitnehmer um 182 000 und damit um 5 %. Erst 1976 setzte eine wirtschaftliche Erholungs- und Aufschwungsphase ein, entsprechend stagnierte die Arbeitnehmerzahl im Jahr 1977 zunächst und nahm dann bis 1980 wieder deutlich um 233 000 zu (+ knapp 7 %).

Unter anderem als Folge sowohl der zweiten drastischen Energiepreiserhöhung wie einer überraschenden Exportoffensive der USA und Japan setzte 1980 erneut eine Periode der Wachstumsabschwächung ein, die in die längste Rezession der Nachkriegszeit mündete. Wiederum stagnierte die Beschäftigtenzahl zunächst (1981), sank dann aber bis 1983 um insgesamt 78 000 Personen und damit um 2,1 %. Anfang 1984 zeigte die beginnende konjunkturelle Erholung erst geringe Spuren bei der Beschäftigung. Ende März war die Zahl der Arbeitnehmer mit 3,616 Mill. nur knapp 0,3 % höher als im Vorjahr. Die im Jahresverlauf anhaltenden günstigen Tendenzen, die auch 1985 weiter wirkten, weisen allerdings inzwischen auf eine deutlich gebesserte Beschäftigtenlage hin⁷.

Die Beschäftigung von deutschen und ausländischen Arbeitnehmern verlief unterschiedlich. Durch den Anwerbestop, aber vor allem durch die schlechteren Aussichten auf dem Arbeitsmarkt ergab sich in den meisten Jahren ein Wanderungsdefizit ausländischer Erwerbspersonen, so daß trotz des Hineinwachsens der zweiten Ausländergeneration in das erwerbsfähige Alter die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen sank. Im Jahr 1984 waren 186 000 ausländische Arbeitnehmer weniger beschäftigt als 1974, was einen Rückgang um nahezu ein Drittel

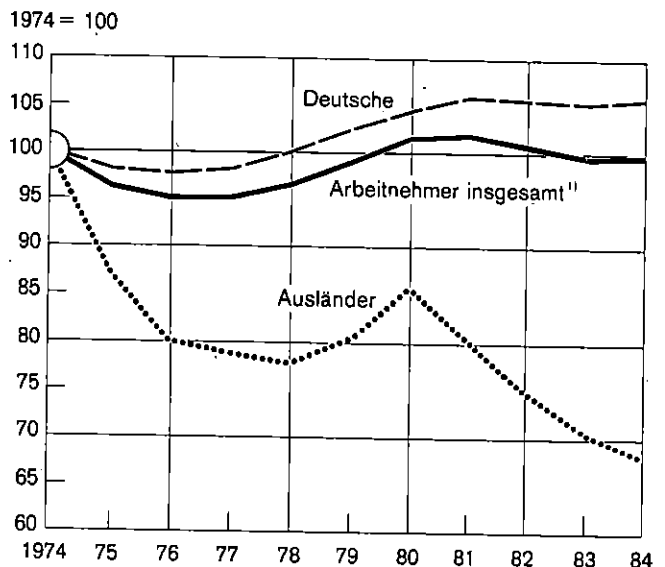
6 Eine ausführliche Analyse dieses Funktionsbereichs wurde im Statistisch-prognostischen Bericht 1982/83 mit dem Beitrag "Struktur der Forschungskapazitäten im öffentlichen Bereich und in der Wirtschaft" vorgelegt.

7 Während die Zahl der Arbeitnehmer in Baden-Württemberg 1984 praktisch wieder auf dem Stand von 1974 war - wobei 1980/81 sogar der bisherige Höchststand des Jahres 1973 leicht übertroffen worden war -, reichte die per Saldo unveränderte Zahl der Arbeitsplätze nicht aus, die durch das ständig steigende Erwerbspersonenpotential gestiegene Nachfrage nach Arbeitsplätzen zu decken. Durch den Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter bei gleichzeitigem Ausscheiden nur schwach besetzter Jahrgänge stieg von 1974 bis 1983 die Zahl der Erwerbspersonen kräftig an, und zwar um 242 000 Personen (+ 6%). Bei einer nicht entsprechend gestiegenen Zahl von Arbeitsplätzen wuchs die Zahl der Arbeitslosen von 52 000 im Jahr 1974 (Jahresdurchschnitt) bis auf den Gipfelwert von 231 000 im Jahr 1983, bis 1984 sank sie anschließend leicht auf 217 000.

bedeutet (- 32 %)(Schaubild 1). Gleichzeitig waren die Ausländer überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen.

Schaubild 1

Entwicklung der Zahl der deutschen und ausländischen Arbeitnehmer



1) Einschließlich „ohne Angaben“.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

191 85

Starker Beschäftigtenabbau im Produzierenden Gewerbe

Die Wechsellagen der Beschäftigung gingen im wesentlichen zu Lasten der Produzierenden Bereiche. So gingen im Zeitraum 1974 bis 1984 im Verarbeitenden Gewerbe fast 12 % aller Arbeitsplätze verloren, und im Baugewerbe 11 %. Mit 1 588 700 Beschäftigten waren 1984 212 000 Personen weniger im Verarbeitenden Gewerbe tätig als 1974, im Baugewerbe waren es bei 255 800 Beschäftigten 31 200 Personen weniger (Tabellen 1 und 2).

Der stärkste Einbruch war Mitte der siebziger Jahre zu verzeichnen. Im Verarbeitenden Gewerbe gingen allein zwischen 1974 und 1976 177 000 Arbeitsplätze verloren. Besonders stark war der Beschäftigteneinbruch in der Elektrotechnik (jährlich - 6,4 %) und im Maschinenbau (jährlich - 6,0 %), wo sich neben der zurückgehenden inländischen Investitionsneigung die verschlechterten Exportaussichten durch die weltweite Rezession auswirkten. Auch die Beschäftigung in der Chemischen Industrie, die vom Mineralöl als Energieträger und Rohstoff besonders abhängt, war vom Schock der Energiepreiserhöhung betroffen (jährlich - 3,1 %).

In der Erholungsphase 1976 bis 1980 (jährliche Zuwachsraten der Beschäftigung + 1,3 %) konnte der vorangegangene Beschäftigungsverlust des Verarbeitenden

Gewerbes mit einem Plus von 88 000 Arbeitsplätzen nur etwa zur Hälfte aufgeholt werden. Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnete in diesem Zeitabschnitt vor allem der Straßenfahrzeugbau (jährlich + 3,7 %), wo neue energiesparende Modelle am Markt eingeführt wurden.

In der anschließenden erneuten Rezession 1980/83 verlor das Verarbeitende Gewerbe wiederum 123 000 Arbeitsplätze (jährlich - 2,4 %). Mit am stärksten betroffen war die Elektrotechnik (jährlich - 3,1 %), wo bedeutende Unternehmen der Haushalts- und Unterhaltungsgeräteindustrie wegen der wachsenden Konkurrenz ausländischer Anbieter auf dem Inlandsmarkt in Schwierigkeiten kamen. Strukturelle Verschiebungen auf den Weltmärkten waren auch für den starken Beschäftigungsverlust in der Textilverarbeitung mit maßgeblich (jährlich - 7,1 %); diese Branche hatte auch in der vorangegangenen Erholungsphase einen Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen gehabt. Unterdurchschnittlich von der Rezession betroffen waren die Chemische Industrie (jährlich - 0,5 %), der Straßenfahrzeugbau (- 1,3 %) und auch der Maschinenbau (- 1,2 %), der

Tabelle 2

Jahresveränderungsraten der Arbeitnehmer

Wirtschaftliche Gliederung	Gesamt- veränderung 1984 gegen 1974	Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate			
		1974 – 1976	1976 – 1980	1980 – 1983	1983 – 1984
	%				
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	26,4	– 0,7	5,6	2,0	1,0
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	11,6	0,1	0,5	2,3	1,9
Verarbeitendes Gewerbe	– 11,8	– 5,0	1,3	– 2,4	– 0,6
darunter					
Chemische Industrie	– 1,5	– 3,1	1,5	– 0,5	0,7
Maschinenbau	– 14,3	– 6,0	0,4	– 1,2	– 2,1
Straßenfahrzeugbau	9,6	– 1,4	3,7	– 1,3	1,0
Elektrotechnik	14,4	– 6,4	1,5	– 3,1	0,8
Feinmechanik, Optik	– 2,1	– 2,5	2,3	– 1,8	– 2,6
EBM-Waren	– 12,3	– 5,4	1,8	– 3,3	0,9
Textilverarbeitung	– 33,6	– 5,5	– 1,9	– 7,1	– 1,3
Baugewerbe	– 10,9	– 6,5	1,2	– 0,4	1,7
Handel	0,9	– 1,1	1,3	– 0,8	– 0,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	– 0,5	– 1,7	1,2	– 0,4	– 0,6
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	9,3	– 0,6	1,2	1,3	1,2
Private Dienstleistungen	35,5	2,2	4,5	2,4	2,3
Organisationen o.E., private Haushalte	54,0	6,4	4,3	3,7	3,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	16,2	2,6	1,3	1,7	0,5
Insgesamt ¹⁾	– 0,3	– 2,5	1,7	– 0,6	0,3
Nachrichtlich:					
Primärer Sektor	26,4	– 0,5	5,6	2,0	1,0
Sekundärer Sektor	– 11,3	– 5,2	1,3	– 2,1	– 0,3
Tertiärer Sektor	15,0	1,1	2,1	1,0	0,9

1) Einschließlich "Ohne Angaben".

allerdings in der vorangegangenen Aufschwungphase nur unterdurchschnittlich aufgeholt hatte (Tabelle 2 und 3).

Noch bis März 1984 war die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig (– 0,6 %). Allerdings zeigt gegenwärtig die konjunkturelle Belebung auch hier Auswirkungen, so lag im März 1985 die Zahl der Beschäftigten deutlich über dem Vorjahresstand (+ 1,9 %).

Die Lage in der Bauwirtschaft ist weniger günstig. Nach einem kleinen Beschäftigungsgewinn 1984 (+ 1,7 %) ist zum März 1985 ein starker Rückgang um 9,6 % gegenüber März 1984 zu verzeichnen. Diese rückläufigen Tendenzen dürf-

ten vor allem durch die Sättigungerscheinungen im Wohnungsbau noch weiter anhalten.

Kontinuierlicher Beschäftigtenanstieg im Dienstleistungssektor

Anders als der produzierende Sektor baute der Dienstleistungssektor seinen Beschäftigungsanteil kontinuierlich aus. Mit 1.702.600 Beschäftigten stellte er 1984 223 000 Arbeitsplätze mehr zur Verfügung (+ 15 %) als 1974. Innerhalb dieses Bereichs zeichnen sich allerdings zwei Entwicklungslinien ab (Schaubild 2).

Die klassischen und eng mit den Entwicklungen im produzierenden Bereich

verbundenen Dienstleistungen der Distribution, des Transports und der Nachrichtenübermittlung sowie der Finanzierung und Versicherung wiesen im Zeitraum 1974 bis 1984 eine nur mäßige Beschäftigtenentwicklung auf, wobei in den rezessiven Phasen jeweils auch gewisse Beschäftigteneinbußen eintraten. Diese waren Mitte der 70er Jahre stärker als Anfang der 80er Jahre. Sie konnten aber in den Erholungsphasen jeweils wieder ausgeglichen werden. Während die Kreditinstitute insbesondere durch einen kontinuierlichen Beschäftigtenanstieg nach 1980 ihre Bedeutung mit einem Anteil von 5,4 % an den Arbeitnehmern des tertiären Bereichs aufrecht erhalten konnten, mußten der Handel (1984: 23,2 %), der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (1984: 11 %) – hier insbesondere hervorgerufen durch den Beschäftigtenabbau bei der Bundesbahn – und das Versicherungsgewerbe (1984: 1,8 %) Anteilseinbußen von zusammen gut 5 Prozentpunkten gegenüber 1974 hinnehmen (Tabelle 4).

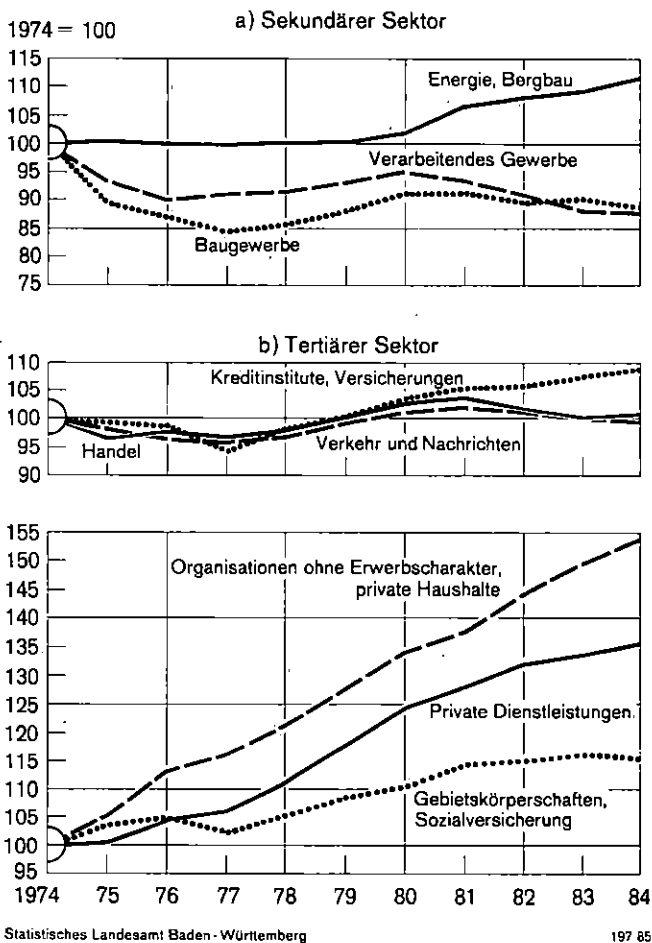
Im gewerblich und freiberuflich geprägten privaten Dienstleistungsbereich sowie bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter war demgegenüber die Beschäftigtenentwicklung kontinuierlich bis in die jüngste Zeit hinein expansiv. Im Zehnjahreszeitraum 1974/84 stieg die Arbeitnehmerzahl bei den gemeinnützigen Institutionen um mehr als die Hälfte (+ 54 %) auf 144 000 Personen, das entspricht einer Zunahme von 50 000 Arbeitsplätzen. Hieran waren die Sparten Bildung, Gesundheit und insbesondere die Führung von Heimen beteiligt.

Die privaten, sehr heterogen zusammengesetzten Dienstleistungsunternehmen bauten ihren Beschäftigtenstand insgesamt um mehr als ein Drittel (+ 35,5 %) auf 327 000 Personen im Jahr 1984 aus, das entspricht fast 86 000 Arbeitsplätzen mehr als 1974. Besonders hohe Zunahmen ergaben sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Die Sparten der Rechts- und Wirtschaftsberatung und des Gesundheitswesens expandierten überdurchschnittlich stark.

Mit einem Anteil von 31 % an den Beschäftigten des Tertiären Sektors ist der Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) der größte Arbeitgeber.

Schaubild 2

Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmer nach 9 Wirtschaftsbereichen



1984 waren hier 527 500 Personen einschließlich der Beamten (auch solcher von Bundesbehörden in Baden-Württemberg) beschäftigt, das waren fast 74 000 mehr als 1974 (+ 16,2 %). Die Beschäftigtenausdehnung beim Staat vollzog sich weitgehend antizyklisch und wirkte so stabilisierend. Der höchste Anstieg fiel in die Rezessionsperiode 1974/76 (jährlich + 2,6 %), danach sank die durchschnittliche Jahresrate auf die Hälfte ab (+ 1,3 %), um in der folgenden Rezessionsphase von 1980/83 wieder leicht zu steigen (+ 1,7 %). Seit 1981 kommen jedoch zunehmend die aus gesamtwirtschaftlichen Gründen durchgeführten Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte zum Tragen. Sie wirkten sich vor allem 1984 aus, wo die Zahl der Arbeitnehmer auf dem Niveau von 1983 verblieb. Während der Anteil des Staates an den Beschäftigten des tertiären Bereichs von 1974 bis 1984 bei etwa 31 %

Tabelle 3

Arbeitnehmer im Sekundären Sektor in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1974 und 1984

Wirtschaftliche Gliederung	Baden-Württemberg					Bundesgebiet		
	30.6. 1974	Anteil an den Arbeit- nehmern im Sekundären Sektor	31.3. 1984	Anteil an den Arbeit- nehmern im Sekundären Sektor	Veränderung 1984 gegen 1974	30.6. 1974	Anteil an den Arbeit- nehmern im Sekundären Sektor	31.3. 1984
	1000	%	1000	%		1000	%	1000
Energiewirtschaft und Wasserver- sorgung, Bergbau	30,2	1,4	33,7	1,8	11,6	449,6	3,9	482,3
Verarbeitendes Gewerbe	1 800,7	85,0	1 588,7	84,6	- 11,8	9 219,4	80,2	7 857,9
darunter								
Chemische Industrie	67,4	3,2	66,4	3,5	- 1,5	651,2	5,7	591,9
Kunststoff- und Gummiindustrie	67,4	3,2	65,6	3,5	- 2,7	351,5	3,1	330,5
Steine und Erden	41,4	2,0	30,3	1,6	- 26,8	261,3	2,3	185,5
Eisen- und Stahlindustrie	20,2	1,0	14,4	0,8	- 28,7	413,8	3,6	276,1
Gießerei	22,0	1,0	15,3	0,8	- 30,5	142,2	1,2	104,6
Zieherei, Stahlverformung u.ä.	49,5	2,3	46,8	2,5	- 5,5	274,5	2,4	257,1
Stahl- und Leichtmetallbau	48,3	2,3	46,6	2,5	- 3,5	367,3	3,2	330,1
Maschinenbau	278,0	13,1	238,2	12,7	- 14,3	1 109,1	9,7	940,3
Straßenfahrzeugbau	207,7	9,8	227,6	12,1	9,6	862,9	7,5	928,1
Luftfahrzeugbau	4,2	0,2	6,4	0,3	52,4	45,2	0,4	52,9
Herstellung und Reparatur von DV-Anlagen und Büromaschinen	23,3	1,1	23,4	1,2	0,4	94,4	0,8	72,3
Elektrotechnik	272,7	12,9	233,3	12,4	- 14,4	1 163,0	10,1	942,1
Feinmechanik und Optik	52,8	2,5	51,7	2,8	- 2,1	174,1	1,5	179,9
Herstellung und Reparatur von Uhren	27,4	1,3	12,4	0,7	- 54,7	32,2	0,3	15,8
Herstellung von EBM-Waren	87,8	4,1	77,0	4,1	- 12,3	442,5	3,9	353,5
Säge- und Hobelwerke, Holzindustrie	86,0	4,1	77,7	4,1	- 9,7	443,2	3,9	402,8
Druckerei und Vervielfältigung	46,1	2,2	43,8	2,3	- 5,0	233,3	2,0	208,5
Textilverarbeitung	131,1	6,2	87,1	4,6	- 33,6	421,4	3,7	260,5
Bekleidungsgewerbe, Nähereien usw.	54,6	2,6	36,3	1,9	- 33,5	362,8	3,2	245,1
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	102,9	4,9	102,1	5,4	- 0,8	745,4	6,5	700,2
Baugewerbe	287,0	13,6	255,8	13,6	- 10,9	1 823,8	15,9	1 466,2
Sekundärer Sektor insgesamt	2 118,0	100	1 878,1	100	- 11,3	11 492,8	100	9 806,4

konstant blieb, ist die Bedeutung der privaten Dienstleistungen um knapp 3 Prozentpunkte auf 19,2 % und damit auf fast ein Fünftel gestiegen, die der Organisation ohne Erwerbscharakter um gut 2 Prozentpunkte auf 8,4 %.

Sektorale Strukturverschiebungen in Baden-Württemberg und im Bund

Durch die gegenläufige Beschäftigtenentwicklung im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe hat sich innerhalb von 10 Jahren eine starke Änderung in der sektoralen Verteilung der Arbeitnehmer ergeben. Waren 1974 im Land noch fast 60 % (58,4 %) aller Arbeitnehmer im Sekundären Sektor beschäftigt gewesen, so

waren es 1984 mit 1,878 Mill. Personen nur noch gut die Hälfte (51,9 %). Demgegenüber stieg der Beschäftigtenanteil des Tertiären Sektors von gut 40 % auf 47 %, was 1,703 Mill. Arbeitsplätzen entspricht.

Vergleichbare sektorale Verschiebungen haben sich auch im Bundesgebiet ergeben, ausgehend allerdings von einer anderen Struktur als im Land. Seit jeher hat der Bund einen geringeren Beschäftigtenanteil im Sekundären Sektor, der sich von fast 52 % im Jahr 1974 auf knapp 45 % im Jahr 1984 weiter verringert hat, das entspricht 9,806 Mill. Arbeitnehmern (Tabelle 5). Umgekehrt hatte der tertiäre Bereich mit einem Beschäftigtenanteil von 47,5 % im Bund

Bundesgebiet		Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet	
Anteil an den Arbeit- nehmern im Sekundären Sektor	Veränderung 1984 gegen 1974		
		30.6.1974	31.3.1984
%			
4,9	7,3	6,7	7,0
80,1	- 14,8	19,5	20,2
6,0	- 9,1	10,3	11,2
3,4	- 6,0	19,2	19,9
1,9	- 29,0	15,8	16,3
2,8	- 33,3	4,9	5,2
1,1	- 26,4	15,5	14,6
2,6	- 6,3	18,0	18,2
3,4	- 10,1	13,1	14,1
9,6	- 15,2	25,1	25,3
9,5	7,6	24,1	24,5
0,5	17,0	9,3	12,1
0,7	- 23,4	24,6	32,3
9,6	- 19,0	23,4	24,8
1,8	3,3	30,3	28,8
0,2	- 50,9	85,2	78,5
3,6	- 20,1	19,8	21,8
4,1	- 9,1	19,4	19,3
2,1	- 10,6	19,8	21,0
2,7	- 38,2	31,1	33,5
2,5	- 32,4	15,1	14,8
7,1	- 6,1	13,8	14,6
15,0	- 19,6	15,7	17,4
100	- 14,7	18,4	19,2

Zahlen verdeutlichen, daß, anders als im Land - wo global gesehen der Beschäftigtenrückgang im produzierenden Bereich durch die Beschäftigtenzunahme im Dienstleistungsbereich aufgefangen wurde -, im Bund dieser Ausgleich nicht gelang. Entsprechend sank die Gesamtzahl der Arbeitnehmer im Bundesgebiet zwischen 1974 und 1984 um - 2,1 % (oder 462 000) auf 21,87 Mill.

Ein differenzierter Bund-Land-Vergleich nach Branchen zeigt, daß bei tendenziell gleicher Entwicklungsrichtung in Baden-Württemberg - von wenigen Ausnahmen abgesehen - eine schwächere Abnahme in Bereichen mit rückläufiger Beschäftigtenzahl und eine stärkere Zunahme in Bereichen mit expandierender Beschäftigtenzahl festgestellt werden kann (Tabellen 3 und 4). Dieser günstigere Verlauf führte dazu, daß der Landesanteil am Bundeswert fast durchgehend sowohl in den Branchen des sekundären wie des tertiären Bereichs gestiegen ist. 1984 sind mit 19,2 % knapp ein Fünftel aller Arbeitnehmer des produzierenden Bereichs im Bundesgebiet in Baden-Württemberg beschäftigt, der Beschäftigtenanteil im Tertiären Sektor stieg von 13,9 % (1974) auf 14,4 % im Jahr 1984.

Der Tertiäre Sektor im Land-Bund-Vergleich

Anders als im sekundären Bereich, wo Baden-Württemberg eindeutige Produktionsschwerpunkte im Investitionsgütergewerbe aufweist - so beträgt der Anteil der Arbeitnehmer im Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und in der Elektrotechnik rund 37 % an den Arbeitnehmern des produzierenden Sektors gegenüber nur knapp 29 % im Bundesdurchschnitt - ist die Landes- und Bundesstruktur innerhalb des Tertiären Sektors sehr ähnlich. Bereits kleine Anteilsunterschiede können deshalb bemerkenswert sein. Stärker unterschiedlich ist die Entwicklung in den einzelnen Dienstleistungszweigen, ohne daß sich dies wegen der generell stärkeren Besetzung der Dienstleistungsbereiche im Bund bisher in einer strukturellen Verschiebung niedergeschlagen hat (vgl. dazu Tabelle 4).

Mit einem Anteil von jeweils 31 % ist der Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) sowohl im Land wie im

bereits 1974 die Bedeutung, die er heute im Land hat. Inzwischen sind im Bund mit 54 % weit über die Hälfte der Arbeitnehmer in diesem Sektor tätig und damit über 2 Mill. Personen mehr als im sekundären Bereich.

Allerdings war im Bundesgebiet der Beschäftigtenabbau im Jahrzehnt 1974/84 im produzierenden Gewerbe mit einer Abnahme um fast 15 % - das entspricht einem Verlust von 1,69 Mill. Arbeitsplätzen - deutlich stärker als im Land (- 11,3 %). Gleichzeitig war der Beschäftigtenanstieg im tertiären Bereich im Bundesgebiet mit einem Zuwachs von 11,5 % - das entspricht 1,22 Mill. zusätzlichen Arbeitsplätzen - deutlich schwächer als im Land (+ 15 %). Die

Tabelle 4

Arbeitnehmer im Tertiären Sektor in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1974 und 1984

Wirtschaftliche Gliederung	Baden-Württemberg					Bundesgebiet		
	30.6. 1974	Anteil an den Arbeit- nehmern im Tertiären Sektor	31.3. 1984	Anteil an den Arbeit- nehmern im Tertiären Sektor	Ver- änderung 1984 gegen 1974	30.6. 1974	Anteil an den Arbeit- nehmern im Tertiären Sektor	31.3. 1984
	1000	%	1000	%		1000	%	1000
Handel	390,9	26,4	394,5	23,2	0,9	2 840,8	26,7	2 760,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung darunter	188,1	12,7	187,1	11,0	- 0,5	1 533,4	14,4	1 433,8
Eisenbahnen	57,5	3,9	43,0	2,5	- 25,2	446,1	4,2	325,2
Deutsche Bundespost	72,5	4,9	76,6	4,5	5,7	499,4	4,7	508,7
Straßenverkehr	28,6	1,9	29,5	1,7	3,1	239,5	2,3	250,0
Spedition	23,3	1,6	32,0	1,9	37,3	189,0	1,8	198,6
Kreditinstitute	80,9	5,5	92,3	5,4	14,1	508,3	4,8	545,0
Versicherungsgewerbe	31,4	2,1	30,5	1,8	- 2,9	224,8	2,1	224,2
Private Dienstleistungen darunter	241,3	16,3	326,9	19,2	35,5	1 744,1	16,4	2 208,3
Gastgewerbe und Heime	53,0	3,6	67,5	4,0	27,4	350,8	3,3	436,6
Wäscherei, Reinigung, Körperpflege	36,3	2,5	41,5	2,4	14,3	290,7	2,7	310,0
Gesundheits- und Veterinärwesen	42,9	2,9	66,9	3,9	55,9	267,0	2,5	419,4
Rechts- und Wirtschaftsberatung	20,7	1,4	33,9	2,0	63,8	170,3	1,6	249,9
Ingenieurberatung, Werbung, Foto	47,3	3,2	63,4	3,7	34,0	333,5	3,1	406,1
Kunst, Publizistik	23,2	1,6	26,8	1,6	15,5	177,6	1,7	184,0
Organisationen ö.E., private Haushalte darunter	93,4	6,3	143,9	8,4	54,1	709,9	6,7	980,7
Heime	14,2	1,0	23,9	1,4	68,3	95,2	0,9	150,6
Wissenschaftliche Hochschulen, Schulen	15,3	1,0	21,2	1,2	38,6	(60,5) ²⁾	x ²⁾	98,1
Sonstige Bildung, Erziehung und Sport	9,8	0,7	15,4	0,9	57,1	57,8	0,5	87,1
Gesundheitswesen	16,0	1,1	25,9	1,5	61,9	184,4	1,7	245,5
Gebietskörperschaften, Sozial- versicherung	453,9	30,7	527,5	31,0	16,2	3 049,1	28,7	3 652,1
davon Dienstleistungseinrichtungen	191,4	12,9	234,6	13,8	22,6	1 224,9	11,5	1 545,1
darunter								
Wissenschaftliche Hochschulen, Schulen	114,1	7,7	135,4	8,0	18,7	693,8	6,5	884,8
Gesundheitswesen	58,6	4,0	77,8	4,6	32,8	350,6	3,3	445,4
Verwaltung	262,6	17,7	292,9	17,2	11,5	1 824,2	17,2	2 107,0
Tertiärer Sektor insgesamt	1 479,9	100	1 702,6	100	15,0	10 610,4	100	11 834,6

1) Berechnet als Anzahl der Arbeitnehmer im jeweiligen Wirtschaftsbereich je 1000 Einwohner. — 2) Die Zahl der Beamten (als Teil der Gewerte und Veränderungsdaten) verzichtet. In der Gruppensumme wirken sich die Fehler allerdings nur noch geringfügig aus.

Bund der größte Arbeitgeber im Tertiären Sektor. Dies entspricht 1984 im Land 528 000 beschäftigten Personen. In Baden-Württemberg war diese Bedeutung bereits 1974 erreicht, mitbedingt durch den im Vergleich zum Bund bereits damals hohen Personalbesatz in den Bereichen Bildung und Wissenschaft sowie Gesundheitswesen. Im Bundesgebiet ergab sich damals ein Anteil von 28,7 %. Besonders im Bildungsbereich hat der Bund seither aufgeholt, während Baden-

Württemberg im Gesundheitsbereich nochmals stark zulegen. In beiden Sparten hat aber das Land nach wie vor einen relativ stärkeren Personalbesatz als der Bund.

Der nächstgrößere Bereich ist der Handel, auf den in Land und Bund jeweils gut 23 % und damit anteilmäßig gleichviel Beschäftigte entfallen, auch der Bedeutungsabbau verlief parallel (1974: noch jeweils gut 26 %), damit waren 1984

Bundesgebiet		Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet		Dichteziffern ¹⁾			
Anteil an den Arbeit- nehmern im Tertiären Sektor	Ver- änderung 1984 gegen 1974			Baden-Württemberg		Bundesgebiet	
				30.6.1974	31.3.1984	1974	1984
%				Anzahl je 1000 Einwohner			
23,3	— 2,8	13,8	14,3	42,3	42,7	45,8	45,2
12,1	— 6,5	12,3	13,1	20,4	20,2	24,7	23,5
2,7	— 27,1	12,9	13,2	6,2	4,7	7,2	5,3
4,3	1,9	14,5	15,1	7,8	8,3	8,1	8,3
2,1	4,4	11,9	11,8	3,1	3,2	3,9	4,1
1,7	5,1	12,4	16,1	2,5	3,5	3,0	3,3
4,9	7,2	15,9	16,2	8,8	10,0	8,2	9,4
1,9	— 0,3	14,0	13,6	3,4	3,3	3,6	3,7
18,7	26,6	13,8	14,8	26,1	35,4	28,1	36,2
3,7	24,5	15,1	15,5	5,7	7,3	5,7	7,2
2,6	6,6	12,5	13,4	3,9	4,5	4,7	5,1
3,5	57,1	16,1	16,0	4,6	7,2	4,3	6,9
2,1	46,7	12,2	13,6	2,2	3,7	2,7	4,1
3,4	21,8	14,2	15,6	5,1	6,9	5,4	6,7
1,6	3,6	13,1	14,5	2,5	2,9	2,9	3,0
8,2	38,1	13,2	14,7	10,1	15,6	11,5	16,1
1,3	58,2	14,9	15,9	1,5	2,6	1,5	2,5
0,8	x ²⁾	x ²⁾	21,6	1,7	2,3	x ²⁾	1,6
0,7	50,7	16,9	17,7	1,1	1,7	0,9	1,4
2,1	33,1	8,7	10,6	1,7	2,8	3,0	4,0
30,9	19,8	14,9	14,4	49,1	57,1	49,9	59,8
13,1	26,1	15,6	15,2	20,7	25,4	19,8	25,3
7,5	27,5	16,4	15,3	12,3	14,7	11,2	14,5
3,8	27,0	16,7	17,5	6,3	8,4	5,7	7,3
17,8	15,5	18,6	13,9	28,4	31,7	29,4	34,5
100	11,5	13,9	14,4	160,1	184,2	171,2	193,9

samtbeschäftigung) ließ sich für das Bundesgebiet 1974 nicht zuverlässig ermitteln. Deshalb wurde auf die Angabe der zugehörigen Anteile-

in Baden- Württemberg 395 000 Personen im Handel beschäftigt. Übereinstimmend war und ist auch die Bedeutung des Versicherungsgewerbes mit einem Beschäftigtenanteil von 1,8 % bzw. 1,9 % (1984, Land: knapp 31 000 Beschäftigte).

Der heterogene Bereich der privaten Dienstleistungen ist mit jeweils einem knappen Fünftel an den Beschäftigten des Tertiären Sektors in Land und Bund

in der gleichen Größenordnung vertreten. Das entspricht im Land 327 000 Beschäftigten. Trotzdem ist bemerkenswert, daß der Anteil an den Beschäftigten des Tertiären Sektors im Land mit 19,2 % etwas höher ist als im Bund mit 18,7 % (Tabelle 4). Ausgehend von einem 1974 in etwa gleichen Bedeutungsstand (Land: 16,3 %, Bund: 16,4 %) geht dies auf eine stärkere Beschäftigtenzunahme im Land zurück. Während in Baden-Württemberg das Personal in diesem Bereich im Zehn-

Tabelle 5

Sektorale Struktur der Arbeitnehmer 1974 und 1984 im Bundesgebiet

Wirtschaftliche Gliederung	1974		1984		Veränderung 1984 gegen 1974
	Arbeitnehmer	Struktur	Arbeitnehmer	Struktur	
	1000	%	1000	%	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	210,4	0,9	223,8	1,0	6,4
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	449,6	2,0	482,3	2,2	7,3
Verarbeitendes Gewerbe	9 219,4	41,3	7 857,9	35,9	- 14,8
Baugewerbe	1 823,8	8,2	1 466,2	6,7	- 19,6
Handel	2 840,8	12,7	2 760,4	12,6	- 2,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 533,4	6,9	1 433,8	6,6	- 6,5
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	733,1	3,3	799,2	3,7	9,0
Private Dienstleistungen	1 744,1	7,8	2 208,3	10,0	26,6
Organisationen o. E., private Haushalte	709,9	3,2	980,7	4,5	38,2
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	3 049,1	13,6	3 652,1	16,7	19,8
Insgesamt ¹⁾	22 329,5	100	21 867,1	100	- 2,1
Nachrichtlich:					
Primärer Sektor	210,4	0,9	223,8	1,0	6,4
Sekundärer Sektor	11 492,8	51,5	9 806,4	44,8	- 14,7
Tertiärer Sektor	10 610,4	47,5	11 834,6	54,1	11,5

1) Einschließlich "Ohne Angaben".

jahreszeitraum 1974 bis 1984 um ein Drittel aufgestockt wurde, geschah dies im Bund nur um gut ein Viertel. Besonders expansiv im Vergleich zum Bund waren im Land die Sparten der Rechts- und Wirtschaftsberatung - hier gab es 1984 zwei Drittel Beschäftigte mehr als 1974, so daß der Bedeutungsanteil des Bundes fast eingeholt wurde - sowie der Ingenieurberatung. Durch den hier um ein Drittel höheren Personalbestand wurde der bereits 1974 bestehende leichte Bedeutungsvorsprung des Landes bis 1984 deutlich ausgebaut (Land: 3,7 %, Bund 3,4 %). Auch die kleine Sparte von Kunst und Publizistik nahm im Land mit 15,5 % sichtlich stärker zu als im Bund (+ 3,6 %). In Land und Bund gleich stark expansiv - mit jeweils mehr als 50 % Beschäftigtenzunahme - war der Bereich des Gesundheits- und Veterinärwesens, damit hat Baden-Württemberg seine im Vergleich zum Bund stärkere Besetzung gehalten (Land: 3,9 %, Bund: 3,5 %). Vergleichbares gilt für die Sparte Gastgewerbe und Heime.

Im gleichfalls sehr heterogenen Bereich der Organisationen ohne Erwerbszweck hat Baden-Württemberg durch eine Personalaufstockung um mehr als die Hälfte den Bund eindeutig überholt (Land 1984: 144 000 beschäftigte Personen). Waren hier 1974 6,3 % aller Beschäftigten des tertiären Bereichs tätig gegenüber 6,7 % im Bund, so hat sich der Bedeutungsanteil im Land bis 1984 auf 8,4 % gegenüber 8,2 % im Bund erhöht.

Im Vergleich zur Gesamtentwicklung im Dienstleistungsbereich ist in den Sparten Kreditinstitute sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowohl im Land wie im Bund die Beschäftigtenentwicklung unterdurchschnittlich bzw. sogar rückläufig. Bedeutungsverschiebungen haben sich nicht ergeben. Nach wie vor sind im Land im Kreditgewerbe (1984: 92 000 Beschäftigte) aufgrund einer Bankenstruktur, die durch ein dichtes Netz von Zweigstellen charakterisiert ist, relativ mehr Personen tätig als im Bund, umge-

kehrt sind es im Verkehr und Nachrichtenwesen weniger (Land 1984: 187 000 Beschäftigte).

Starke Zunahme der Teilzeitbeschäftigung

Was den höheren Dienstleistungsbesatz des Bundesgebietes betrifft, so zeigt eine Analyse der Dichteziiffern - hierbei werden die Beschäftigten einer jeden Dienstleistungssparte auf die jeweilige Bevölkerung bezogen -, daß der Bund in den Bereichen Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Verwaltung deutlich stärker besetzt ist als das Land (Tabelle 4). Ursächlich hierfür ist, daß sich der Sitz von großen Handels- und bedeutenden Verkehrs- und Nachrichtenunternehmen sowie auch die Zentralen bundesweiter Verwaltungsinstitutionen oftmals in anderen Bundesländern befindet. Vergleichbares gilt für das Versicherungsgewerbe. Im Bereich der Kreditinstitute weist Baden-Württemberg, bedingt durch ein dichtes Zweigstellennetz, eine höhere Beschäftigtendichte aus als das Bundesgebiet.

1974 wies der Bund auch für die Sparten der Privaten Dienstleistungen und der Organisation ohne Erwerbscharakter eine wesentlich höhere Ausstattung aus. Hier hat aber das Land durch weit überdurchschnittliche Beschäftigtenzunahme in den jeweiligen Dienstleistungsaktivitäten stark aufgeholt, so daß der Ausstattungsunterschied zum Bund 1984 in beiden Bereichen deutlich geringer geworden ist. Im Bereich der Privaten Dienstleistungen ist bemerkenswert, daß das Land bei der Ingenieurberatung inzwischen eine höhere Dichteiffer erreicht hat als der Bund. In der Sparte Werbung, Kunst und Publizität wurde der dort noch 1974 relativ große Abstand inzwischen fast aufgeholt. Die seither bereits höhere Besetzung im Gesundheitswesen blieb bestehen. Dagegen ist die Dichteiffer in der Rechts- und Wirtschaftsberatung trotz hoher Beschäftigtenzunahme im Land nach wie vor niedriger als im Bund. Geringer ist auch - wie seither schon - die Ausstattung in der Sparte "Wäscherei und Reinigung". Im Bereich der Organisation ohne Erwerbscharakter liegt in Baden-Württemberg der Schwerpunkt im Bildungswesen, hier liegen die Dichteiffern deutlich über denen des Bundes. Im Bundesgebiet weist demgegenüber das Gesundheitswesen dieses Organisationstyps eine höhere Ausstattung auf.

Die Zunahme der Gesamtbeschäftigung im Dienstleistungsbereich, bzw. die Stagnation in der Gesamtwirtschaft, verdecken, daß Voll- und Teilzeitbeschäftigung sich sehr unterschiedlich entwickeln. Dies läßt sich allerdings erst seit 1978 aufzeigen, da erst ab da Voll- und Teilzeitbeschäftigte getrennt ausgewiesen werden (Tabelle 6).

Zwischen 1978 und 1984 hat die Zahl der Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft um 117 100 Personen auf 3,616 Mill. zugenommen (+ 3,3 %). Von der Zunahme waren mit 44 000 Personen knapp 40 % Vollzeitkräfte - deren Zahl damit um 1,3 % stieg -, und rund 60 % Teilzeitkräfte. Ihre Zahl stieg damit um 73 000 oder 29,2 % auf 324 300. Der Anteil der Teilzeitkräfte an allen Arbeitnehmern hat somit im Jahr 1984 auf 9 % zugenommen gegenüber 7,2 % 1978.

Die Beschäftigungszunahme geht - von der Landwirtschaft abgesehen - ausschließlich auf Entwicklungen im Dienstleistungsbereich zurück. Hier nahmen bei einem Anstieg der Gesamtbeschäftigung um 163 800 Personen (+ 10,6 %) die Vollzeitbeschäftigten um 97 600 Personen (+ 7,2 %) und die Teilzeitbeschäftigten um 66 200 (+ 38 %) zu. Damit gehen im Dienstleistungsbereich 60 % der Beschäftigtenzunahme auf Vollzeit- und 40 % auf Teilzeitarbeitskräfte zurück. Mit dieser neben der starken Zunahme der Teilzeitkräfte sehr beachtlichen Zunahme der Vollzeitkräfte gelang es dem Dienstleistungsbereich, den Abbau der Vollzeitbeschäftigung im Produzierenden Bereich um 59 000 Personen voll auszugleichen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist im Sekundären Sektor typischerweise gering (1984: 4,4 %), doch nahm auch hier die Teilzeitbeschäftigung etwas zu (um 7 000 Personen oder 9,1 %).

Der Tendenz nach vergleichbare Entwicklungen ergaben sich im Bundesgebiet, wobei allerdings die Veränderungs-raten weniger günstig ausfielen als im Land (Anhangtabelle 1). So stagnierte die Gesamtbeschäftigung zwischen 1978 und 1984, da ein Beschäftigtenabbau um 6,7 % im Sekundären Sektor durch Zunahmen im Tertiären Sektor um 6,5 % ge-

Tabelle 6

Sektorale Struktur der Voll- und Teilzeitarbeitnehmer und Teilzeitquote 1978 und 1984

Wirtschaftliche Gliederung	1978				1984				Veränderung 1984 gegen 1978		
	Arbeitnehmer			Teil- zeit- quote	Arbeitnehmer			Teil- zeit- quote			
	ins- gesamt	Voll- zeit	Teil- zeit		ins- gesamt	Voll- zeit	Teil- zeit		ins- gesamt	Voll- zeit	Teil- zeit
	1000			%	1000			%			
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	29,8	28,7	1,2	4,0	34,8	33,5	1,3	3,8	16,6	16,8	11,9
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	30,3	29,1	1,2	4,1	33,7	32,1	1,6	4,6	11,2	10,6	26,6
Verarbeitendes Gewerbe	1 653,1	1 582,0	71,1	4,3	1 588,7	1 513,1	75,5	4,8	- 3,9	- 4,4	6,2
Baugewerbe	246,8	243,3	3,5	1,4	255,8	250,1	5,7	2,2	3,6	2,8	61,1
Handel	384,0	335,0	49,0	12,8	394,5	334,5	59,9	15,2	2,7	- 0,1	22,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	182,8	168,1	14,7	8,1	187,1	170,0	17,2	9,2	2,4	1,1	21,2
Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	110,7	99,5	11,2	10,1	122,7	108,2	14,5	11,8	10,9	8,8	29,8
Private Dienstleistungen	268,7	246,6	22,1	8,2	326,9	291,7	35,2	10,8	21,6	18,3	59,3
Organisationen o.E., private Haushalte	113,4	97,0	16,4	14,5	143,9	116,7	27,1	18,9	26,9	20,4	65,3
Gebietskörperschaften, Sozial- versicherung	479,2	418,5	60,7	12,7	527,5	441,2	86,3	16,4	10,1	5,4	42,3
Insgesamt ¹⁾	3 498,9	3 247,8	251,1	7,2	3 616,0	3 291,6	324,3	9,0	3,3	1,3	29,2
Nachrichtlich:											
Primärer Sektor	29,8	28,7	1,2	4,0	34,8	33,5	1,3	3,8	16,6	16,8	11,9
Sekundärer Sektor	1 930,2	1 854,4	75,8	3,9	1 878,1	1 795,3	82,7	4,4	- 2,7	- 3,2	9,1
Tertiärer Sektor	1 538,8	1 364,7	174,1	11,3	1 702,6	1 462,3	240,3	14,1	10,6	7,2	38,0

1) Einschließlich "Ohne Angaben".

rade ausgeglichen wurde. Die Teilzeitbeschäftigung nahm auch hier weit überdurchschnittlich zu, in der Gesamtwirtschaft um knapp 25 % (Land: 29,2 %) und im tertiären Bereich um 30,4 % (Land: 38 %). Entsprechend stieg die Teilzeitquote des tertiären Bereichs von 10,9 % auf 13,3 % (Land: von 11,3 % auf 14,1 %). Der Anteil der Teilzeitbeschäftigung in diesem Bereich ist also im Land geringfügig höher als im Bund.

Bei generell hoher Teilzeitbeschäftigung im Dienstleistungsbereich sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Sparten dieses Bereichs doch sehr beachtlich. In Land und Bund weisen die Organisationen ohne Erwerbscharakter mit jeweils knapp bzw. gut einem Fünftel den höchsten Teilzeitbesatz aus (Anhangtabelle 2), gefolgt vom staatlichen Bereich (Land: 16,4 %, Bund: 14,2 %) und vom Handel (jeweils gut 15 %). Mit Teilzeitkräften unterdurchschnittlich besetzt sind jeweils die Sparten Verkehr und

Nachrichtenübermittlung (Land: 9,2 %, Bund: 7,6 %), Versicherungsgewerbe (Land: 8,2 %, Bund: 8,1 %), Kreditinstitute - hier weist allerdings das Land aufgrund seiner Bankenstruktur mit einer Teilzeitquote von 13,1 % einen deutlich höheren Anteil aus als der Bund mit 10,7 % - sowie der heterogene Bereich der Privaten Dienstleistungen mit in Land und Bund jeweils 11 %. Innerhalb dieses Bereichs bestehen allerdings wiederum erhebliche Unterschiede (Anhangtabelle 2).

Die sowohl im Land wie im Bund stärkste Beschäftigtenzunahme in den beiden Sparten Private Dienstleistungen und Organisation ohne Erwerbscharakter wurden bereits herausgestellt. Bemerkenswert ist, daß dies nicht nur auf eine überdurchschnittliche Zunahme der Teilzeitbeschäftigten sondern auch auf eine weit überdurchschnittliche Zunahme der Vollzeitbeschäftigten zurückgeht. So nahmen im Land zwischen 1978 und 1984 im ge-

samen Dienstleistungsbereich: die Teilzeitbeschäftigten um 38 % und die Vollzeitbeschäftigten um 7,2 % zu. In den beiden expansiven Sparten Private Dienstleistungen und Organisationen ohne Erwerbscharakter betrugen die entsprechenden Raten um die 60 % bzw. um die 20 % (Tabelle 6). Damit war die Zunahme der Vollzeitbeschäftigung hier wesentlich stärker als in den anderen Sparten des Dienstleistungsbereichs und relativ gesehen auch sehr viel stärker als die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung. Von den 97 600 zusätzlich beschäftigten Vollzeitkräften des tertiären Bereichs entfielen allein 67 000 oder knapp 70 % auf diese beiden Bereiche, bei den Teilzeitbeschäftigten betrug die entsprechende Relation nur ein gutes Drittel.

Schwächer steigendes Arbeitsvolumen

Sektorale Strukturverschiebungen führen in Verbindung mit dadurch geänderten Leistungsangeboten und Erstellungsprozessen auch zu Änderungen der traditionellen Arbeitszeitstrukturen. Die starke Verbreitung der Teilzeitbeschäftigung im Dienstleistungssektor ist hierfür ein markantes Beispiel. Denn zunehmende Teilzeitbeschäftigung führt bei gleicher oder nur unterproportional zunehmender Beschäftigtenzahl zu einem Rückgang des Arbeitsvolumens. Informationen über das Arbeitsvolumen werden aber benötigt, um über die Gegenüberstellung der Aufwandskategorie "Arbeitseinsatz" und der Ertragskategorie "Bruttoinlandsprodukt" Anhaltspunkte für die Effizienz des Wirtschaftsprozesses zu erhalten. Denn Pro-Kopf-Zahlen der Beschäftigten führen bei verringerten Arbeitszeiten zu einer Unterschätzung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität.

Da es einen statistischen Nachweis der geleisteten Arbeitsstunden auf Landesebene nicht gibt, können nachfolgend nur Anhaltspunkte über die Entwicklung des Arbeitsvolumens in Mannjahren gegeben werden. Hierzu werden ab 1978, dem frühestmöglichen Beobachtungsjahr, die Teilzeitbeschäftigten mit dem Faktor 1/2 in Rechnung gestellt. Danach ist zwischen 1978 und 1984 die Beschäftigtenzahl um gut 3 %, das Arbeitsvolumen aber nur um 2 % gestiegen (Schaubild 3). Während die Zahl der Arbeitnehmer

um 117 000 zunahm, stieg das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen in Mannjahren gerechnet um 80 000. Da im Sekundären Sektor Vollzeitbeschäftigte freigesetzt wurden, ohne daß sich die Teilzeitbeschäftigung nennenswert erhöhte, sank hier das Arbeitsvolumen besonders stark. Bei einem Rückgang der Beschäftigtenzahl um 52 000 reduzierte sich das Arbeitsvolumen um etwa 56 000 Mannjahre.

Im Tertiären Sektor stieg demgegenüber die Zahl der Arbeitnehmer um 164 000 Personen und damit um 10,6 %. Da aber hier gleichzeitig die Teilzeitbeschäftigung eine große Rolle spielt, nahm das Arbeitsvolumen weniger stark zu, und zwar um rund 130 000 Mannjahre und damit um etwa 9 %. Im Vergleich hierzu ergab sich in den expansiven Dienstleistungsbereichen der Organisationen ohne Erwerbszweck und der privaten Dienstleistungen mit rund 24 % bzw. 20 % ein überdurchschnittlich hoher Anstieg des Arbeitsvolumens, da hier, wie bereits dargestellt, nicht nur die Teilzeit-, sondern auch die Vollzeitbeschäftigung stark zunahm. Die Entwicklung der Arbeitseinsatzgröße "Mannjahre" blieb damit nur geringfügig hinter der Entwicklung der Gesamtbeschäftigung zurück (Organisation ohne Erwerbscharakter: + 27 %, private Dienstleistungen: + 22 %). Wegen des vergleichsweise starken Anstiegs der Vollzeitbeschäftigung trifft dies auch für die Sparte "Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe" zu (Gesamtbeschäftigung: + 10,8 %; Arbeitsvolumen: + 9,9 %).

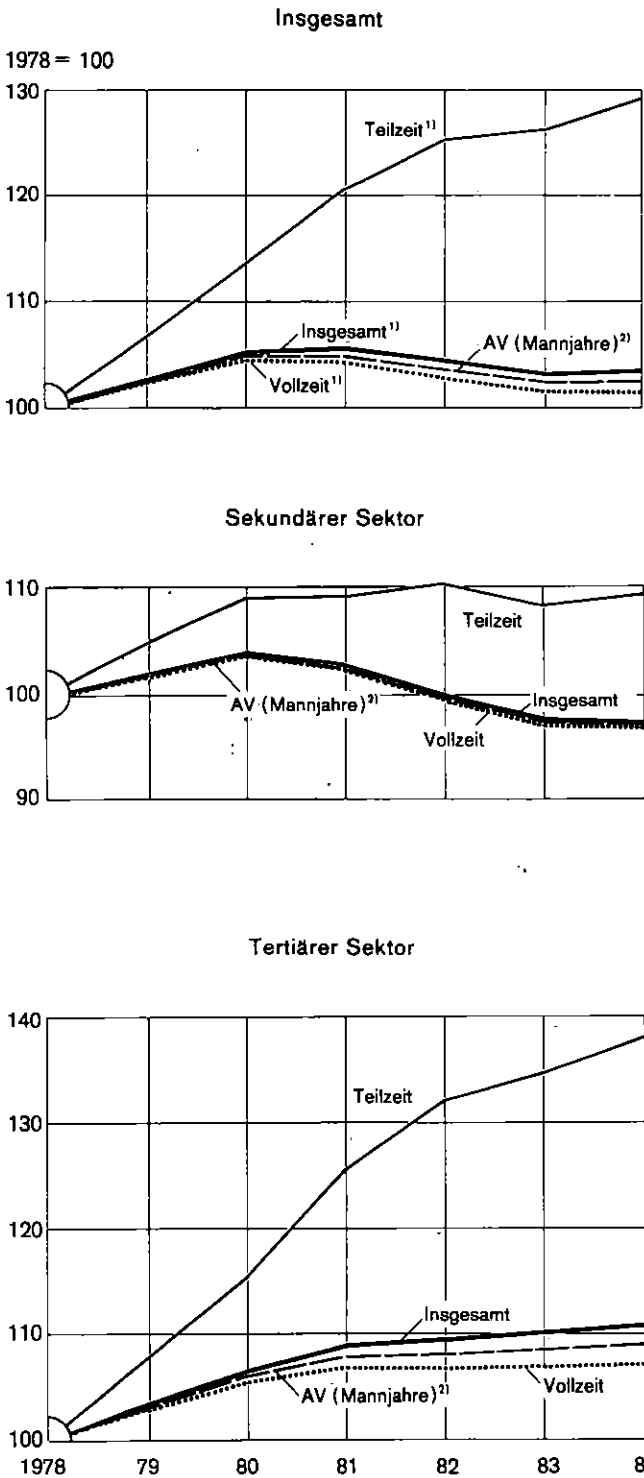
Im Vergleich zu den zuvor genannten Bereichen bleibt im staatlichen Sektor die Entwicklung des Arbeitsvolumens mit einer Zuwachsrate von 7 bis 8 % wegen des schwachen Anstiegs der Vollzeitkräfte deutlicher hinter der Gesamtbeschäftigung (+ 10,1 %) zurück. Verstärkt gilt dies für die Bereiche Verkehr und Handel, wo die Zunahmen der Beschäftigung von 2,4 % bzw. 2,7 % mit Zunahmen des Arbeitsvolumens um nur 1,7 % bzw. 1,4 % einhergehen.

Anteil der weiblichen Arbeitnehmer im Tertiären Sektor über 50%

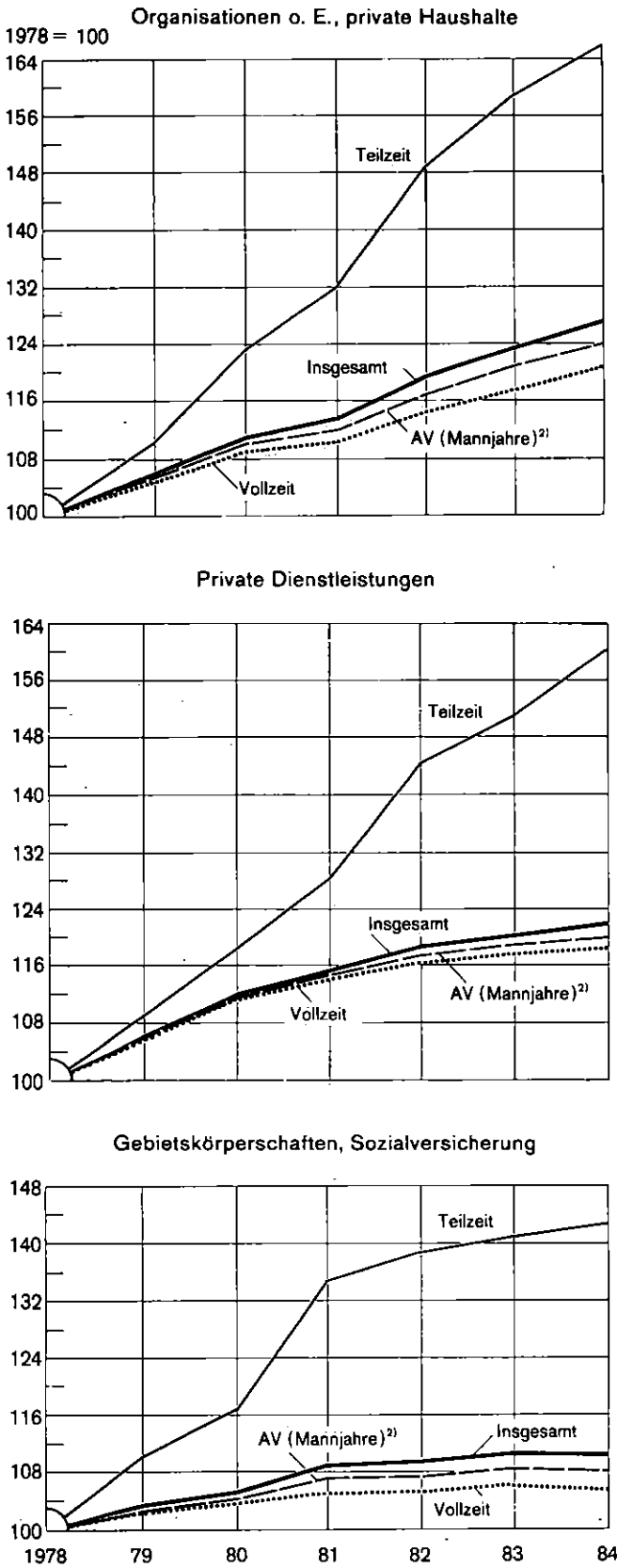
Die Beschäftigung von Frauen ist zwischen 1974 und 1984 sowohl in Baden-

Entwicklung der Beschäftigung

a) In der Wirtschaft insgesamt sowie im Sekundären und Tertiären Sektor



b) Ausgewählte Bereiche des Tertiären Sektors mit stark steigender Teilzeitbeschäftigung



1) Einschließlich „ohne Angaben“. – 2) Arbeitsvolumen (AV bzw. Mannjahre): Teilzeit mit Faktor 1/2 in Vollzeit umgerechnet.

Württemberg als auch im gesamten Bundesgebiet um rund 3 % gestiegen auf im Land 1,422 Mill. Personen (Anhangtabelle 3). Hierbei gab es im Sekundären Sektor einen Rückgang um 18 % im Land bzw. um 20 % im Bund und im Tertiären Sektor einen Anstieg um 22 % bzw. 16 %. Die Veränderungen fielen damit kräftiger aus als bei der Gesamtbeschäftigung (Männer und Frauen zusammen), die im Sekundären Sektor um 11 % (Baden-Württemberg) bzw. 15 % (Bund) abnahm und im Tertiären Sektor um 15 % bzw. 12 % anstieg. Diese Entwicklung führte zu einem Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit im Sekundären Sektor bzw. umgekehrt zu einer zunehmenden Bedeutung der Frauenarbeit im Tertiären Sektor. Im Dienstleistungsbereich von Baden-Württemberg waren mit 892 000 Frauen 52,4 % aller Arbeitsplätze von weiblichen Personen eingenommen; in der Bundesrepublik waren es 50,4 %. Die entsprechenden Quoten im Sekundären Sektor beliefen sich auf knapp 28 % - das entspricht im Land 521 000 Frauen - bzw. 24 % (Bundesgebiet).

Im Vergleich zum Bund sind damit in Baden-Württemberg relativ viel Frauen im Produzierenden Bereich tätig, was mit Besonderheiten der Branchenstruktur - insbesondere einem hohen Anteil der Textilindustrie und Elektrotechnik - zusammenhängt. Bei vielen der von Frauen eingenommenen Arbeitsplätzen handelt es sich um eine Teilzeitbeschäftigung. Der Anstieg der Zahl der weiblichen Beschäftigten im Tertiären Sektor vollzog sich in Baden-Württemberg nahezu in allen Teilbereichen schneller als im Bundesgebiet (Anhangtabelle 3). Besonders hohe Zuwachsraten gab es bei den Privaten Dienstleistungen - hier sind insbesondere das private Gesundheits- und Veterinärwesen und die Rechts- und Wirtschaftsberatung mit durchschnittlichen jährlichen Veränderungsraten von rund 5 % zu nennen - und bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter. Fast gleich starke Zuwächse gab es im Bereich der Organisationen ohne Erwerbszweck bei den Einrichtungen Heime, sonstige Bildung, Erziehung und Sport sowie Gesundheitswesen. Hier dominieren ohnehin die weiblichen Arbeitnehmer, deren Anteil an allen beschäftigten Personen rund 80 bis 90 % erreicht. Ähnlich hohe Quoten gibt es ebenfalls bei den Privaten Dienstlei-

stungseinrichtungen in den Sparten Wäscherei, Reinigung, Körperpflege, Gesundheits- und Veterinärwesen sowie Rechts- und Wirtschaftsberatung. Im staatlichen Gesundheitswesen entfallen immerhin drei Viertel der Arbeitsplätze auf weibliche Personen. Im Bundesgebiet erreicht der Anteil der Frauen an der Beschäftigung nahezu die gleichen Werte wie in Baden-Württemberg. Das gilt für die Sektoren mit überdurchschnittlich hohen Quoten wie auch für die anderen Zweige des Tertiären Sektors.

Zusammenfassung

- Die Gesamtzahl der Beschäftigten ist 1984 mit 3,616 Mill. Personen fast genauso groß wie 1974; 1985 dürfte sich wegen der vergleichsweise günstigen Beschäftigtenentwicklung die Lage etwas verbessern. Hinter dieser globalen Konstanz verbergen sich allerdings im Zeitablauf erhebliche konjunkturelle Wechsellagen der Beschäftigung, wie auch gravierende strukturelle Verschiebungen vom Sekundären zum Tertiären Sektor.
- Bedingt durch Energiekrise und Wechselkursfreigabe im ersten Drittel der siebziger Jahre fiel die Zahl der Arbeitnehmer zwischen 1974 und 1976 um 182 000 und damit um 5 %. In der Erholungsphase zwischen 1976 und 1980 nahm sie dann wieder um 236 000 (+ 7 %) zu. Als Folge der zweiten Energiepreiserhöhung setzte 1980 erneut eine Wachstumsabschwächung ein. Bis 1983 sank die Beschäftigtenzahl um 74 000, seit 1984 nimmt sie, wenngleich langsam, zu.
- Die Wechsellagen der Beschäftigung gingen zu Lasten des Produzierenden Bereichs. Im Zeitraum 1974 bis 1984 gingen im Verarbeitenden Gewerbe fast 12 % aller Arbeitsplätze verloren und im Baugewerbe 11 %. Mit 1 588 700 Beschäftigten waren 1984 212 000 Personen weniger im Verarbeitenden Gewerbe tätig als 1974, im Baugewerbe waren es bei 255 800 Beschäftigten 31 200 Personen weniger.
- Anders als der Produzierende Sektor baute der Dienstleistungssektor seinen Beschäftigungsanteil kontinuierlich

aus. Mit 1 702 600 Beschäftigten stellte er 1984 223 000 Arbeitsplätze mehr zur Verfügung (+ 15 %) als 1974.

- Im Bundesgebiet war der Beschäftigtenabbau im Jahrzehnt 1974/84 im Produzierenden Gewerbe mit einer Abnahme um fast 15 % deutlich stärker als im Land (- 11,3 %). Der Beschäftigtenanstieg im tertiären Bereich war im Bund mit einem Zuwachs von 11,5 % deutlich schwächer (+ 15 %). Anders als im Land - wo global gesehen der Beschäftigtenrückgang im produzierenden Bereich durch die Beschäftigtenzunahme im Dienstleistungsbereich aufgefangen wurde -, gelang im Bund dieser Ausgleich nicht. Entsprechend sank die Gesamtzahl der Arbeitnehmer im Bundesgebiet zwischen 1974 und 1984 um - 2,1 % (oder 462 000) auf 21,87 Mill.

- Durch die gegenläufige Beschäftigtenentwicklung im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe hat sich innerhalb von 10 Jahren eine starke Änderung in der sektoralen Verteilung der Arbeitnehmer ergeben. Waren 1974 im Land noch fast 60 % (58,4 %) aller Arbeitnehmer im Produzierenden Sektor beschäftigt gewesen, so waren es 1984 nur noch gut die Hälfte (51,9 %). Demgegenüber stieg der Beschäftigtenanteil des Tertiären Sektors von gut 40 % auf 47 %.

- Vergleichbare sektorale Verschiebungen haben sich auch im Bundesgebiet ergeben, ausgehend allerdings von einer anderen Struktur als im Land. Der im Bund seit jeher geringere Beschäftigtenanteil im Sekundären Sektor verringerte sich von fast 52 % im Jahr 1974 auf knapp 45 % im Jahr 1984 weiter. Umgekehrt nahm die Bedeutung des Tertiären Bereichs mit einem Beschäftigtenanteil von 47,5 % auf weit über die Hälfte (54 %) erheblich zu.

- Der höhere Dienstleistungsbesatz des Bundes geht zurück auf die Sparten Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Verwaltung. 1974 galt dies auch für die Privaten Dienstleistungen und für solche, die von Organisationen ohne Erwerbscharakter angeboten werden. Hier hat aber das

Land stark aufgeholt, so daß der Ausstattungsunterschied nur noch gering ist.

- Innerhalb des Dienstleistungsbereichs waren die Organisationen ohne Erwerbscharakter - hierbei handelt es sich um gemeinnützige Institutionen mit politischer, sozialer, religiöser oder kultureller Zielsetzung - besonders expansiv. Von 1974 bis 1984 stieg hier die Beschäftigtenzahl im Land um mehr als die Hälfte auf 144 000 (Bund: + 38 %).

- Die gewerblich und freiberuflich geprägten, sehr heterogen zusammengesetzten Privaten Dienstleistungen bauten ihren Beschäftigtenstand um mehr als ein Drittel auf 327 000 Personen aus (Bund: + 26,6 %).

- Das starke Wachstum der beiden Sparten Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Dienstleistungen verdeutlicht die Intensität der Impulse zum einen aus einem primär gesellschaftlich motivierten Dienstleistungsbedarf, zum anderen von seiten des Unternehmensbereichs. Eben dies zeigt, daß die Produktion und der teils weltweite Absatz technologisch fortschrittlicher Güter in wachsendem Umfang tertiäre Funktionen erfordert.

- Hierfür spricht auch die "Tertiarisierung des Sekundären Sektors": Waren 1980 schätzungsweise 33 % der im Produzierenden Gewerbe Beschäftigten in dienstleistenden Berufen tätig, so waren es 1984 bereits 35 %.

- Voll- und Teilzeitbeschäftigung haben sich sehr unterschiedlich entwickelt, wobei dies erst ab 1978 statistisch erfaßt wird. Von der Zunahme der Gesamtbeschäftigung zwischen 1978 und 1984 um 117 000 Personen waren 40 % Vollzeit- und 60 % Teilzeitkräfte.

- Die Beschäftigtenzunahme sowohl im Bereich der Vollzeit wie der Teilzeit vollzog sich praktisch ausschließlich im Dienstleistungssektor. Hier stieg die Vollzeitbeschäftigung um 97 600 Personen, womit der Vollzeitabbau im Sekundären Sektor um 59 000 Personen voll aufgefangen wurde.

- Die Teilzeitbeschäftigung nahm weit überdurchschnittlich zu, um knapp 30 % in der Gesamtwirtschaft auf 324 300 Personen - damit ist fast jeder Zehnte teilzeitbeschäftigt -, um 38 % im Dienstleistungssektor (Teilzeitquote 14,1 %) und um 9 % im Sekundären Sektor (Teilzeitquote 4,4 %).
- Die zunehmende Teilzeitbeschäftigung ging einher mit einem geringen Anstieg des Arbeitsvolumens. Diese Größe ist relevant zur Beurteilung der Effizienz des Wirtschaftsprozesses. Schätzungsweise nahm von 1978 bis 1984 bei einer Zunahme der Beschäftigten um 117 000 Personen (+ 3,3 %) das Arbeitsvolumen um 80 000 Mannjahre und damit nur um rund 2 % zu.

1.2 Selbständige, Unternehmen und Unternehmensgründungen - derzeitige Entwicklungstrends

Unternehmensgründungen – ein Indikator für die Flexibilität der Wirtschaft

Angesichts der sich gegen Ende der siebziger Jahre abzeichnenden Wachstumsschwäche stellt sich bei der Ursachendiagnose die Frage, ob der Mangel an gesamtwirtschaftlicher Produktion nicht auch mit einem Mangel an Produzenten zusammenhängt, – das heißt, ob eine Erosion des Bestandes an Unternehmen bzw. selbständiger Existenzen eingetreten ist. Eine zu niedrige Gründungstätigkeit, die den Bestand an Unternehmen nicht sichert, kann auch eine Verkrustung der Marktwirtschaft bedeuten. Ein ständiger Strom von neuen Unternehmen ist also essentiell für die Erneuerungskraft der Wirtschaft. Dies schließt auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein.

Junge Unternehmen sind im besonderen Maß gezwungen, Marktlücken zu finden, indem sie entweder neue Anwendungsgebiete für überkommene Produkte oder Dienstleistungen entdecken oder neuartige Produkte oder Produktionsverfahren am Markt einführen. Im weitesten Sinne ist damit jedes erfolgreiche neue Unternehmen innovativ, nicht nur Unternehmensgründungen in technologiegeprägten Branchen.

Eine globale Betrachtung der Entwicklung der Unternehmenszahlen und deren Komponenten Gründungen und Schließungen ist jedoch unzureichend, denn entscheidend ist, ob gerade in den wachstumsrelevanten Branchen die Gründungsaktivitäten ausreichend sind, um die Abnahme der Unternehmenszahlen in Branchen mit sinkender Nachfrage auszugleichen. Wichtig neben der Zahl der Gründungen ist also auch ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Branchen. Der Strukturwandel der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage muß sich auch in der sektoralen Struktur des Unternehmensbestandes und naturgemäß verstärkt in der Struktur der Gründungen widerspiegeln, wenn die Produktionsstruktur die Wachstumschan-

cen ausschöpfen soll, die die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bieten.

Das Ziel dieser Arbeit ist es also, mit Hilfe größtenteils erstmals ausgewerteter Datenquellen Informationen über das Gründungsgeschehen bereitzustellen. Hierzu gibt es generell keine konsistente Statistik. Durch umfangreiche Sonderaufbereitungen war es aber möglich, das Gründungsgeschehen seit Beginn der 80er Jahre für zentrale Wirtschaftsbereiche in tiefer sektoraler Gliederung erstmals zu analysieren¹. Die verwendeten Datenquellen, Untersuchungsmethoden und Definitionen, insbesondere auch der Begriff der Gründung, werden im Anhang ausführlich beschrieben.

In einem ersten Kapitel wird versucht, ein Gesamtbild zu umreißen über die Entwicklung der Zahl der Selbständigen und über die Insolvenzentwicklung. Anschließend werden für die Industrie und den Baubereich die Entwicklung der Unternehmenszahlen in den 80er Jahren und deren Komponenten Gründungen und Liquidationen sowie die damit verknüpften Beschäftigungswirkungen untersucht. Liquidationen sind die Gesamtheit der Unternehmensschließungen, nicht nur die insolvenzbedingten.

In einem weiteren Kapitel wird weitgehend analog das Handwerk betrachtet. Hier reicht der Zeithorizont bis in die Mitte der 70er Jahre zurück, allerdings können über die Beschäftigungsentwicklung nur globale Aussagen gemacht werden.

1 Die vorliegende Arbeit und eine kürzlich erschienene Untersuchung für Baden-Württemberg (B. Volkert, Analyse der Struktur und Entwicklung der Existenzgründungen und -auflösungen in Baden-Württemberg anhand des Handelsregisters, Herausgeber Institut für Südwestdeutsche Wirtschaftsforschung) ergänzen sich so gerade auch wegen der unterschiedlichen Datenquellen. Während die Studie des ISW praktisch alle Wirtschaftsbereiche abdecken kann, muß sie sich auf den Teilbereich der ins Handelsregister eingetragenen Unternehmen sowie auf eine grobe Wirtschaftsbereichsgliederung beschränken.

Während für die Industrie, den Baubereich und das Handwerk die Gründungen analysiert werden können, liegen für die übrigen Unternehmensbereiche (Dienstleistungen) keine vergleichbaren Daten vor. Trotzdem wird versucht, wenigstens über die Entwicklung der Unternehmensbestände in diesem heterogenen und wachstumsträchtigen Bereich Informationen zu geben.

Untersuchungen auf Bundes- und Länderebene zu diesem Thema sind bisher noch sehr selten. Ein weiteres Kapitel vergleicht die Ergebnisse über Gründungsaktivitäten mit anderen Untersuchungen, die teilweise auch Ergebnisse für Baden-Württemberg enthalten.

Zahl der Selbständigen auch im Produzierenden Gewerbe wieder ansteigend

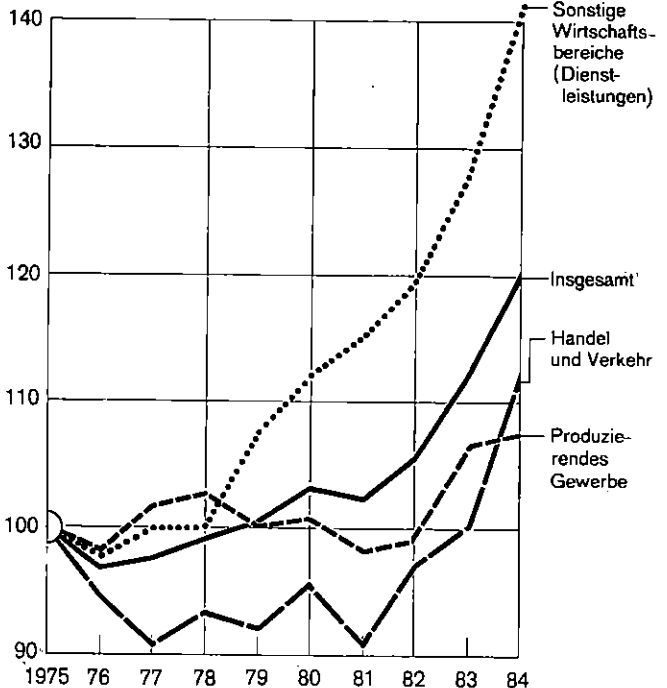
Ersten Aufschluß über die Zahl der selbständigen Existenzen im Bereich der Unternehmen und freien Berufe gibt die Zahl der Selbständigen (ohne mithelfende Familienangehörige). Ein Vergleich mit zurückliegenden Jahren ist hier wegen des Wegfalls des Mikrozensus in den Jahren 1983 bis 1984 allerdings nur eingeschränkt möglich. Im Jahr 1984 wurden im Rahmen der EG-Arbeitskräftestichprobe außerhalb der Landwirtschaft 326 000 Selbständige gezählt, das waren 22 000 (+ 7 %) mehr als ein Jahr zuvor. Die Daten deuten darauf hin, daß mit Ausnahme des Jahres 1981 die Zahl der Selbständigen stetig gestiegen ist, von 1975 bis 1984 um insgesamt ein Fünftel (Schaubild 1).

Dieses positive Bild differenziert sich, wenn man die einzelnen großen Wirtschaftsbereiche betrachtet. Der Zuwachs an Selbständigen erstreckte sich bis 1982 nahezu ausschließlich auf den Dienstleistungsbereich. Im Dienstleistungsbereich stieg deren Zahl von 1975 bis 1984 um über 40 %, von 1983 bis 1984 allein um 10 %. Dagegen stagnierte die Zahl der Selbständigen im Produzierenden Gewerbe bis 1982, erst seither deuten die Zahlen einen leichten Zuwachs an. Der Bereich Handel und Verkehr weist seit 1981 eine steigende Zahl von Selbständigen aus, allerdings ausgehend von einem gegenüber 1975 reduzierten Niveau. Entsprechend hat sich auch die Struktur der

Schaubild 1

Selbständige nach Wirtschaftsbereichen¹⁾

1975 = 100



1) Ohne Landwirtschaft. - Quelle: Bis 1982 Mikrozensus, 1983 und 1984 EG-Arbeitskräftestichprobe.

Selbständigen gewandelt, 1975 waren 39 % im Produzierenden Gewerbe tätig, 1984 waren es nur noch 35 %. Geringe Anteilsverluste hatte auch der Bereich Handel und Verkehr, entsprechend stieg der Anteil der Selbständigen im Dienstleistungsbereich von 34 % auf 40 %.

Im Vergleich zum Bundesgebiet ist die Zahl der Selbständigen im Land etwas schneller gestiegen, von 1975 bis 1982 wuchs sie in Baden-Württemberg um knapp 6 %, im Bundesgebiet um 3 %.

Interessant ist auch die Altersstruktur der Selbständigen (Tabelle 1). Im Jahr 1982 waren 8 % der Selbständigen unter 30 Jahre, 10 Jahre zuvor waren es noch 6 % gewesen. Die (kumulierten) Anteile der unter 40jährigen sind dagegen innerhalb dieses Jahrzehnts konstant geblieben (jeweils 31 %). Stark gestiegen ist der Anteil der 40 - 50jährigen, und zwar von 26 % auf 34 %, wobei diese Umschichtung im Produzierenden Gewerbe nochmals stärker war (von 25 % auf 40 %). Der Anteil der über 50jährigen ist andererseits gesunken, von 43 % auf 35 %. Insbesondere der Anteil der äl-

Tabelle 1

Selbständige nach Alter und Wirtschaftsbereichen ¹⁾

Alter von ... bis unter ... Jahren	Selbständige insgesamt		Davon im Wirtschaftsbereich						Erwachsene Erwerbstätige ²⁾
			Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Dienstleistungen		
	1972	1982	1972	1982	1972	1982	1972	1982	1982
	%								
unter 30	6	8	(5)	(6)	(.)	(7)	(8)	10	26
30 – 40	25	23	26	20	22	21	24	27	24
40 – 50	26	34	25	40	28	32	26	29	28
50 – 60	20	22	20	21	20	25	22	21	18
60 und mehr	23	13	24	12	25	15	20	13	4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Ohne Land- und Forstwirtschaft. – 2) Altersgliederung aller Erwerbstätigen von 20 und mehr Jahren; ohne Land und Forstwirtschaft.
Quelle: Mikrozensus.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

teren Selbständigen über 60 Jahre ist sowohl insgesamt als auch in den einzelnen Wirtschaftsbereichen deutlich gesunken. Im Vergleich zur Altersstruktur aller erwachsenen Erwerbstätigen (wieder ohne Landwirtschaft) sind die Selbständigen in der Altersklasse unter 40 Jahren unterrepräsentiert, so sind 31 % aller Selbständigen, aber 50 % der erwachsenen Erwerbstätigen jünger als 40 Jahre. Dies deutet darauf hin, daß der Schritt in die Selbständigkeit oft erst in mittleren Jahren gewagt wird. Hier sind die Ergebnisse einer auf Nordrhein-Westfalen bezogenen Studie interessant², die nachweist, daß das Durchschnittsalter der Unternehmensgründer in den 70er Jahren praktisch konstant bei einem Wert von knapp 37 Jahren lag, wobei bei den einzelnen Branchen kaum Unterschiede auftraten.

Nun ist jedoch der Begriff der Selbständigen eher ein gesellschaftspolitischer Begriff, der mit dem ökonomischen Begriff des Unternehmens nicht allzu eng gekoppelt ist³. So gibt es einerseits Un-

ternehmen (rechtlich selbständige Einheiten), die keinen Selbständigen aufweisen, so z.B. Kapitalgesellschaften in Streubesitz und vor allem Unternehmen im Verbund eines Konzerns oder einer Holding, die von "Angestellten-Unternehmern" geleitet werden. Andererseits gibt es viele Unternehmen, die auf partnerschaftlicher Basis entstanden sind oder als Familienunternehmen mehrere tätige Inhaber haben.

Die eben zitierte Untersuchung der Unternehmensgründungen auf der Basis von Gewerbeanmeldungen für Nordrhein-Westfalen weist einen hohen Anteil von 20 % der partnerschaftlichen Gründungen an den Gesamtunternehmensgründungen auf. Dieser Anteil ist global gesehen in den 70er Jahren recht konstant geblieben. Doch zeigen sich hier interessante Strukturverschiebungen. Der Anteil der Gründungen von Einzelpersonen stieg im Bereich der Dienstleistungen und teilweise im Handel, ging dagegen stark zurück im Verarbeitenden Gewerbe, hier war der Anteil der partnerschaftlichen Gründungen im Lauf der 70er Jahre von 25 % auf nahezu 50 % gestiegen, dies deutet hier darauf hin, daß die Unternehmerfunktionen oft so vielfältig geworden sind, daß sie ein einzelner Gründer nicht bewältigen kann, so daß z.B. mindestens die Kombination Techniker/Kaufmann erforderlich ist, bzw. daß die notwendige Eigenkapitalausstattung eine partnerschaftliche Gründung zunehmend

2 Siehe hierzu Szyperski, G., Kirchbaum, N., Unternehmensfluktuation in NRW, Beiträge für Mittelstandsforschung Heft 75, Göttingen 1981.

3 So ist die Definition der Selbständigen recht weit gefaßt, darin enthalten sind z.B. auch nicht anderweitig erwerbstätige Personen wie Hausfrauen, Rentner, Arbeitslose, die einer wenn auch geringfügigen "selbständigen" Tätigkeit nachgehen, z.B. als Heimarbeiter, Versicherungsvermittler oder Sammelbesteller eines Versandhauses.

erforderlich macht. Aus diesen Gründen kann die Entwicklung der Selbständigen nur in groben Zügen die Unternehmensentwicklung darstellen, dennoch ist sie praktisch der einzige umfassende Indikator, der gegenwärtig zur Verfügung steht.

Junge Unternehmen besonders insolvenzgefährdet

Der Unternehmensbestand läßt sich in seiner Entwicklung durch die beiden Komponenten Gründungen und Liquidationen beschreiben. Anhaltspunkte über die Entwicklung der Schließungen geben die Insolvenzen von Unternehmen. Nach dem Höhepunkt der Insolvenzwelle im Krisenjahr 1975 flachte die Zahl der zusammengebrochenen Unternehmen erst langsam, dann schneller ab und lag so 1980 in Baden-Württemberg um 46 % unter dem Wert von 1975 (Anhangtabelle 1). Im Jahr 1981 stieg die Zahl wieder stark an, (+ 50,5 % gegenüber dem Vorjahr) und erreichte im Jahr 1983 mit 1497 Unternehmensinsolvenzen den Gipfelpunkt, flachte 1984 aber wieder leicht ab (Schaubild 2). In Baden-Württemberg waren die Insolvenzfälle 1984 gegenüber 1975 um 22,7 % gestiegen, damit war die Entwicklung weniger ungünstig als im Bundesgebiet (+ 72,8 %). Entsprechend liegt die Insolvenzhäufigkeit im Land unter dem Bundesdurchschnitt. So wurden hier 1984 je 10 000 Unternehmen 51 Insolvenzfälle gezählt, im Bundesgebiet dagegen 69.

Es zeigt sich, daß jüngere Unternehmen besonders insolvenzbedroht sind. Im Durchschnitt der Jahre seit 1975 waren fast 80 % der zusammengebrochenen Unternehmen jünger als 8 Jahre. In Zeiten mit besonders vielen Insolvenzfällen zeigt sich allerdings, daß dann auch der An-

Tabelle 2

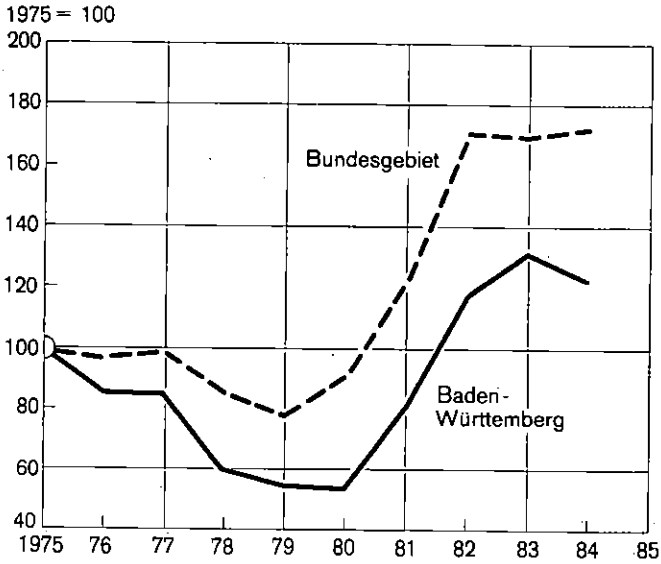
Insolvenzen¹⁾ von Unternehmen nach dem Alter des Unternehmens

Alter des Unternehmens	1975	1980	1983	1984
	in % der Unternehmen insgesamt			
bis unter 8 Jahre	74,6	86,2	76,1	69,8
8 Jahre und älter	25,4	13,8	23,9	30,2

1) Ohne Anschlußkonkurse.

Schaubild 2

Entwicklung der Insolvenzen¹⁾ von Unternehmen im Bundesgebiet und Baden-Württemberg



1) Konkurs- und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.
Statistisches Landesamt Baden - Württemberg 119 85

teil der älteren Unternehmen (8 Jahre und älter) höher liegt, dies gilt besonders für 1984, wo 30 % der Unternehmen zu dieser älteren Gruppe gehörten. Dies deutet darauf hin, daß in solchen Jahren die Gefährdung auch für solche Unternehmen wächst, die die Gründungs- und Konsolidierungsphase längst hinter sich haben (Tabelle 2).

Die Insolvenzen scheinen ein weniger günstiges Bild für die Unternehmensentwicklung zu zeichnen. Nun ist dieser Indikator nur einer unter mehreren, der zudem nur die eine Komponente der Unternehmensentwicklung (nämlich die Liquidationen) beleuchtet, und dazu noch sehr unvollständig. Es wird später gezeigt werden, daß die Zahl der Insolvenzen - d.h. die gerichtlich und damit auch statistisch erfaßten Zahlungsschwierigkeiten - weit geringer ist als die Zahl der jährlichen Unternehmensliquidationen. Das Gros der Unternehmensschließungen wird also von der Insolvenzstatistik nicht erfaßt, die Abwicklung der Schließung erfolgt außergerichtlich. Umgekehrt führen nicht alle Insolvenzen zur Unternehmensauflösung. Vielmehr kommt es häufig vor, daß solche Unternehmen, wenn auch meist in anderer

Rechtsform bzw. mit anderen Inhabern und in geschrumpfter Form, als betriebswirtschaftliche Einheit fortbestehen. Solche Fälle zählen im Rahmen dieser Arbeit nicht als Liquidation.

Außerdem hat es den Anschein, daß zwei rechtlich bedingte Sonderfaktoren den Anstieg der Insolvenzen etwas überzeichnet haben. Zum einen dürfte die Einführung des Konkursausfallgeldes die "Einschaltquote" der Konkursgerichte erhöht haben. Durch das Konkursausfallgeld sahen sich die Krankenkassen zunehmend veranlaßt, Konkursantrag auch in aussichtslosen Fällen zu stellen, um über den Weg des Konkursausfallgeldes säumige Arbeitgeberbeiträge der zahlungsunfähig gewordenen Unternehmen erstattet zu bekommen. Für das Jahr 1982 wurde geschätzt, daß bundesweit ohne dieses Gesetz etwa 30 - 40 % der Konkursanträge nicht gestellt worden wären⁴. Die betroffenen Unternehmen wären statt dessen natürlich fast immer ohne Einschaltung der Gerichte (und damit ohne statistisch in Erscheinung zu treten) aufgelöst worden.

Zum zweiten dürfte auch der starke Trend zur Gesellschaftsform der GmbH (bei Gründungen sowie durch Umgründungen) eine Rolle spielen, vor allem dadurch, daß im Fall der Zahlungsunfähigkeit die geschäftsführenden Gesellschafter (quasi als Ausgleich für die fehlende Durchgriffshaftung) verpflichtet sind, einen Konkursantrag zu stellen. Viele solcher Unternehmen wären bei der Wahl einer anderen Rechtsform ohne Einschaltung der Gerichte - und damit ohne in der Insolvenzstatistik aufzutreten - liquidiert worden⁵.

Die Auswirkung der Insolvenzen auf den Arbeitsmarkt darf ebenfalls nicht überbewertet werden. Für die Jahre 1981/82 wurde geschätzt, daß maximal 3 bis 4 % der Zugänge an Arbeitslosen im Bundesgebiet hierauf zurückzuführen sind⁶.

Trotz dieser Relativierung der Insolvenzen in ihrer Bedeutung als Indikator für die Unternehmensentwicklung bleibt festzuhalten, daß die außerordentlich starke Zunahme der Insolvenzfälle einen Substanzverlust an Unternehmen anzeigt. Wesentlich ist jedoch, ob den insolvent gewordenen Unternehmen bzw. der Gesamtzahl der aus dem Markt ausgeschiedenen Unternehmen eine entsprechende Zahl von Markteintritten in Form von Gründungen gegenübersteht. In den folgenden Kapiteln wird hier der Schwerpunkt dieser Arbeit liegen.

Dabei werden jeweils die Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg betrachtet, die - vor allem im industriellen Bereich - auch Betriebe und damit Beschäftigte in anderen Bundesländern haben können. Diese auf die Gründungsaktivitäten zugeschnittene Betrachtung gibt jedoch über die Beschäftigung in Baden-Württemberg kein "landesscharfes" Bild. Deshalb wird anschließend für das Verarbeitende Gewerbe noch die Beschäftigtenentwicklung unter besonderer Berücksichtigung dieser Land-Bund-Verflechtung analysiert.

Global gesehen Rückgang der Zahl der Industrie-Unternehmen

Im folgenden werden zunächst die Unternehmen der Verarbeitenden Industrie (kurz: Industrie) betrachtet, also ohne das Verarbeitende Handwerk, das später im Rahmen des Handwerks mitbehandelt wird. Diese Trennung ist datentechnisch bedingt, jedoch auch sinnvoll, da Handwerksunternehmen sowohl von den Gründungsvoraussetzungen her (Meisterprüfung) als auch von den Produktionsbedingungen her sich von der Industrie abheben. Die Daten enthalten auch die industriellen Kleinunternehmen (Unternehmen mit i.a. weniger als 20 Beschäftigte).

Ende 1984 hatten 14 829 Industrieunternehmen ihren Sitz in Baden-Württemberg, das waren rund 190 weniger als Ende 1980 (- 1,3 %). Dies entspricht einer Abnahme von - 0,3 % im Jahresdurchschnitt (Tabelle 3)⁷.

4 Siehe hierzu Cuny, H. Haberstroh, D., Insolvenzen: Verzerrungen im statistischen Abbild, in: Wirtschaftsdienst, Heft 1, Januar 1984.

5 Siehe hierzu Forster, E., sich selbständig machen - gewußt wie, Düsseldorf 1984 sowie Cuny H. Haberstroh, D. a.a.O.

6 Kohlhuber, F., Insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit - welche Bedeutung kommt ihr zu?, in: IAB-Mitteilungen Heft 2, Februar 1983

7 Stichtag für den Unternehmensbestand ist jeweils das Jahresende, Stichtag für die Zahl der Beschäftigten der 30. September.

Tabelle 3

Eckdaten der Unternehmen der Verarbeitenden Industrie

Merkmal	Einheit	Wert
Unternehmensbestand Ende 1984	Anzahl	14 829
Unternehmensbestand Ende 1980	Anzahl	15 021
Veränderung des Unternehmensbestandes 1980 bis 1984	%	- 1,3
	Anzahl	- 192
Unternehmensgründungen 1981 bis 1984	Anzahl	2 949
Unternehmensliquidationen 1981 bis 1984	Anzahl	3 139
Beschäftigte der Unternehmen Ende 1984	1000	1 461,2
Beschäftigte der Unternehmen Ende 1980	1000	1 561,6
Veränderung der Beschäftigtenzahl 1980/1984	%	- 6,4
	1000	- 100,4
Davon durch		
unmittelbare Auswirkungen von Gründungen und Liquidationen	1000	- 36,6
bestehende Unternehmen und mittelbare Effekte von Gründungen und Liquidationen	1000	- 63,8

Die langanhaltende Rezession zu Beginn der achtziger Jahre zeigte deutlichere Spuren bei der Beschäftigtenentwicklung. Von 1980 bis 1984 (jeweils September) gingen in den heimischen Unternehmen der Verarbeitenden Industrie 100 400 Arbeitsplätze verloren (- 6,4 %). Welche Rolle hierbei der Nettoeffekt von Unternehmensgründungen- und -schließungen spielte, läßt sich abschätzen. Rund 36 600 der verlorengegangenen Arbeitsplätze (37 % der Arbeitsplatzverluste) dürften unmittelbar auf Unternehmensauflösungen (vermindert um unmittelbare Arbeitsplatzzuwächse durch Gründungen) zurückzuführen sein. Hierbei sind natürlich nur die unmittelbaren Effekte von Gründungen bzw. Schließungen berücksichtigt, bei einer Schließung z.B. die Zahl der Arbeitsplätze, die bei der letztmaligen Registrierung vorhanden war. Unberücksichtigt bei dieser Zahl sind Arbeitsplatzverluste, die das aufgelöste Unternehmen, das vielleicht schon Jahre vorher Marktanteile eingebüßt hatte, eventuell bereits zuvor erlitten hatte. Solche mittelbaren Effekte treten analog bei Gründungen auf, wenn das neu gegründete Unternehmen nach der erstmaligen Registrierung der Arbeitsplätze weiter expandiert.

Andererseits gingen von 1980 bis 1984 schätzungsweise 63 800 Arbeitsplätze (63 % der Beschäftigungsverluste) in

bestehenden Unternehmen verloren, einschließlich der oben nicht enthaltenen mittelbaren Wirkungen vorhergegangener Gründungen bzw. späterer Unternehmensliquidationen. Die Hauptquelle des Beschäftigungsrückganges lag also bei den bestehenden Unternehmen, während der saldierte Nettoeffekt von Gründungen und Liquidationen nur zu gut einem Drittel hierzu beitrug.

Dem globalen Unternehmens- und Beschäftigungsrückgang von Ende 1980 bis Ende 1984 steht in den einzelnen Jahren, entsprechend dem Konjunkturverlauf, eine differenzierte Entwicklung gegenüber. Von 1980 bis 1981 nahm die Zahl der Unternehmen noch leicht zu (+ 1,5 %), während die Beschäftigtenzahl bereits rückläufig war (- 1,9 %). In den beiden Folgejahren nahm auch der Unternehmensbestand ab (1982: - 1,4 %; 1983: - 0,9 %), allerdings wieder weniger stark als die Beschäftigten (1982: - 3,0 %; 1983: - 3,1 %). Im Zuge des 1984 einsetzenden konjunkturellen Aufschwungs flachte die rückläufige Tendenz der Unternehmensbestände stark ab (- 0,4 %), während die Beschäftigungsentwicklung erstmals im Beobachtungszeitraum nach oben zeigte (+ 1,5 %).

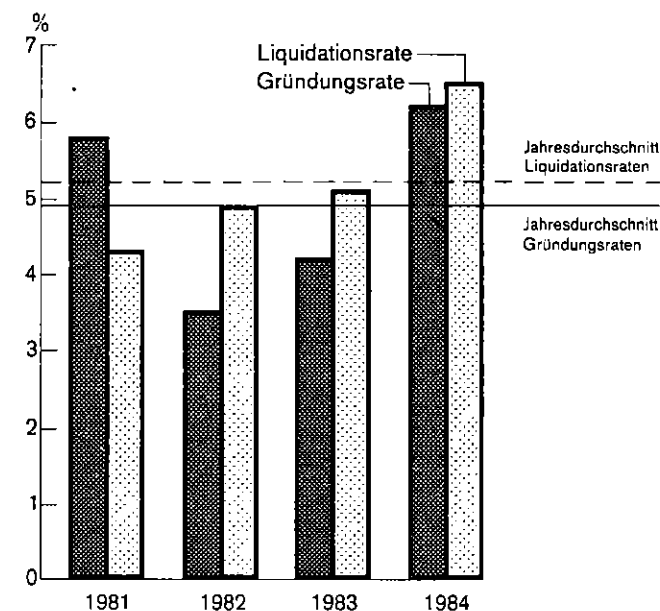
In den letzten vier Jahren 2950 Industrieunternehmen gegründet

Hinter den unauffällig erscheinenden Veränderungen der Zahl der Unternehmen verbergen sich jedoch außerordentlich dynamische Entwicklungen: ständig scheiden Unternehmen aus dem Markt aus, und neue Unternehmen kommen hinzu. Im Zeitraum 1981 bis 1984 wurden in der Verarbeitenden Industrie rund 2 950 Unternehmen gegründet, denen rund 3 140 Unternehmensauflösungen gegenüberstanden. Einblick in die quantitative Bedeutung von Gründungen und Liquidationen geben die entsprechenden Raten (Gründungen und Auflösungen eines Jahres bezogen auf den Anfangsbestand), die gelegentlich auch anschaulich als Geburts- und Sterberaten von Unternehmen bezeichnet werden.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre betrug so die Gründungsrate pro Jahr durchschnittlich 4,9 %, der jedoch eine etwas höhere Liquidationsrate von 5,2 %

Schaubild 3

Gründungs- und Liquidationsraten¹⁾ von Unternehmen der Verarbeitenden Industrie



1) Gründungen bzw. Schließungen in Prozent des Unternehmensbestandes am Ende des Vorjahres.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

150 85

gegenüberstand (Schaubild 3). Die Gründungsrate erreichte ihren Tiefpunkt 1982, stieg danach 1983 und vor allem 1984 stärker an, so daß diese Rate 1984 im Beobachtungszeitraum ihren höchsten Stand erreichte. Allerdings erreichte auch die Liquidationsrate 1984 ihren höchsten Stand, nachdem sie seit 1980 kontinuierlich gestiegen war.

Der gestiegenen Zahl der Unternehmensgründungen 1983/84 steht also eine gleichfalls gestiegene Zahl der Liquidationen gegenüber. Nur 1981 überwog die Zahl der Gründungen, so daß in diesem Jahr ein Bestandszuwachs erfolgte, während in den übrigen Jahren, auch 1984, trotz der stark gestiegenen Gründungsrate eine leichte Abnahme des Bestandes an Unternehmen erfolgte.

Die bisherige globale Betrachtung der Verarbeitenden Industrie verdeckt jedoch, daß die Wachstumsbedingungen in den einzelnen Branchen unterschiedlich sind: Branchen mit traditioneller Produktpalette, die auf Sättigungsgrenzen stoßen, stehen Branchen gegenüber, die von Produktinnovationen geprägt sind. Andere wichtige konstitutive Faktoren sind Orientierung nur am Inlandsmarkt oder Weltmarktorientierung sowie das

Ausmaß der ausländischen Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt. Ein weiteres Kriterium für Gründungsaktivitäten dürften die branchenmäßig sehr unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen für einen erfolgreichen Eintritt in den Markt sein.

Während im Beobachtungszeitraum (Ende 1980 bis Ende 1984) im Branchendurchschnitt sowohl die Zahl der Unternehmen (- 1,3 %) wie auch deren Beschäftigtenstand (- 6,4 %) zurückgingen, war die Entwicklung in den einzelnen Branchen sehr differenziert (Anhangtabelle 2). Den größten Unternehmenszuwachs hatte die ADV- und Büromaschinenherstellung, wo sich die Zahl der Unternehmen verdoppelte (+ 52,8 %). Von den großen Branchen der Investitionsgüterindustrie wiesen der Straßenfahrzeugbau (+ 9,5 %) - hierzu zählt auch die Herstellung von Fahrzeugteilen -, die Elektrotechnik (+ 9,6 %) und der Maschinenbau (+ 6,7 %) Zuwächse beim Unternehmensbestand auf.

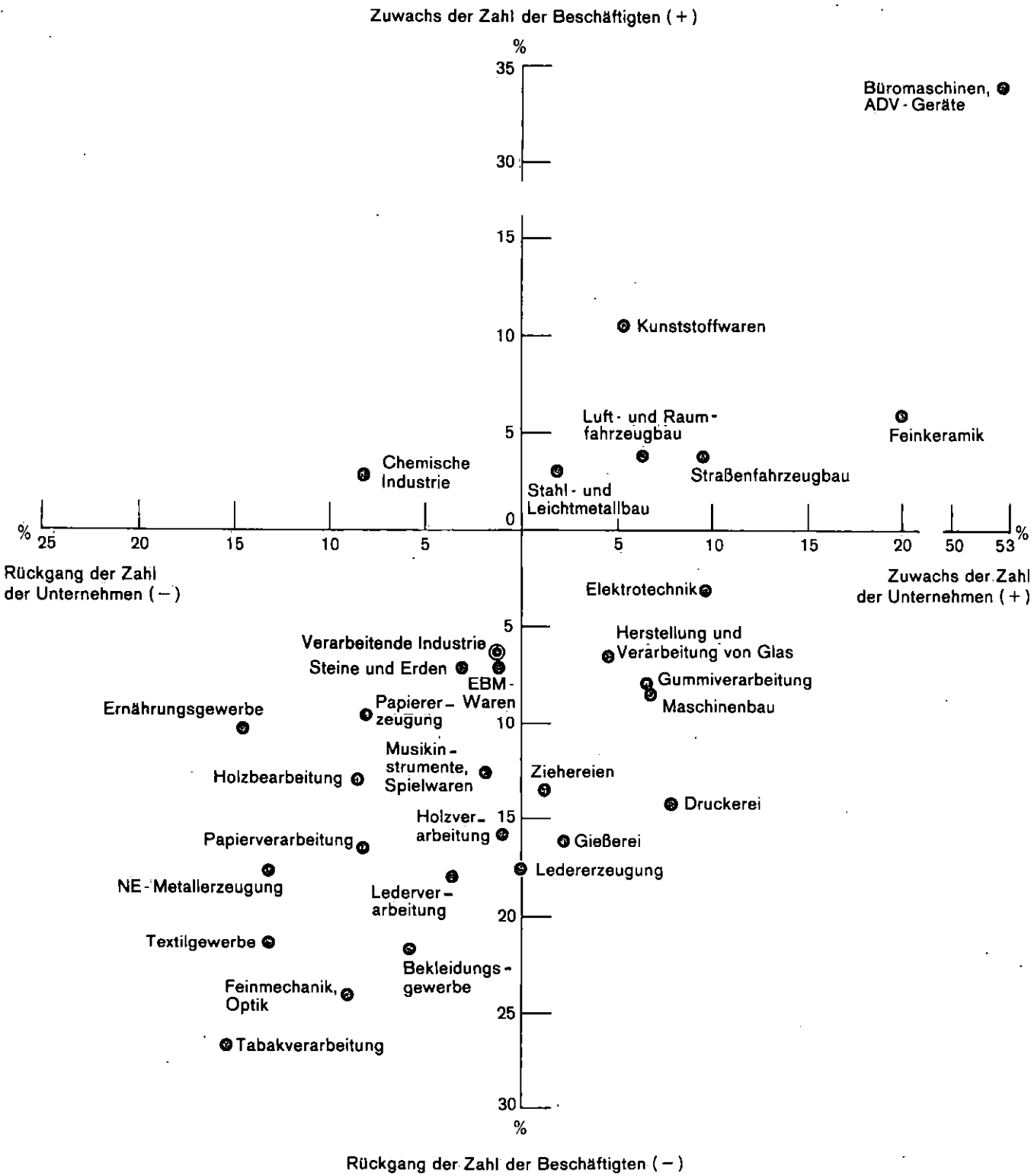
In dem vierjährigen Beobachtungszeitraum waren auch der Bereich Druckerei und Vervielfältigung (+ 7,8 %), die Herstellung von Kunststoffwaren (+ 5,4 %) und die Glasherstellung und -verarbeitung (+ 4,5 %) gewachsen, gemessen an der Unternehmenszahl.

Jedoch ging nur in einem Teil der Branchen die Zunahme der Unternehmenszahl mit einem Anwachsen der Beschäftigtenzahl einher (Schaubild 4). Die mit großem Abstand dynamischste Branche war auch bei der Beschäftigtenentwicklung die ADV/Büromaschinenherstellung (+ 33,9 %), deren quantitative Bedeutung allerdings bisher noch nicht überschätzt werden darf: hier wurden Ende 1984 81 Unternehmen mit zusammen rund 44 000 Beschäftigten gezählt, dies entspricht rund einem Fünftel der Beschäftigtenzahl der Unternehmen des Maschinenbaus.

Im ersten Quadranten des Schaubilds und damit im Kreis der Branchen, bei denen die Zunahme der Zahl der Unternehmen von einer positiven Beschäftigungsentwicklung begleitet war, befinden sich neben dem Luft- und Raumfahrzeugbau nur der Straßenfahrzeugbau (Beschäftigte + 3,8 %) sowie die Kunststoffwarenherstellung, während die Unternehmen der Elektrotechnik (- 3,2 %) und des Maschinenbaus (- 8,4 %) trotz einer

Schaubild 4

Zusammenhang zwischen Beschäftigten- und Unternehmensentwicklung
der Verarbeitenden Industrie 1980/84



gestiegenen Unternehmenszahl 1984 weniger Beschäftigte zählten als 1980, wie auch die Bereiche Druck/Vervielfältigung (-14,2 %) sowie, wenn auch weniger stark ausgeprägt, die Glasherstellung und -verarbeitung und die Gummiverarbeitung.

Zu den Branchen, die bei stagnierender Unternehmenszahl Beschäftigungsrückgänge aufwiesen, gehört die Ledererzeugung und die Lederverarbeitung sowie die Bereiche EBM-Waren und Musikinstrumente/Spielwaren.

Als einzige Branche hatte die Chemische Industrie trotz des Rückgangs der Zahl der Unternehmen (- 8,2 %) einen wenn auch leichten Beschäftigungsgewinn. Das Gros der Branchen mußte dagegen sowohl Rückgänge der Unternehmenszahl als auch Einbußen an Arbeitsplätzen hinnehmen. Hierzu gehören die Unternehmen der Feinmechanik/Optik, deren Zahl (- 9,1 %) wie auch deren Beschäftigung (- 24,1 %) unter den größeren Investitionsgüterherstellern am meisten schrumpfte. Auch das Textilgewerbe (Unternehmen - 13,2 %; deren Beschäftigte - 21,8 %) und das Bekleidungs-gewerbe (- 5,9 %; - 21,8 %) hatten rückläufige Entwicklungen zu verzeichnen.

Bei einigen wenigen Branchen ist jedoch zu beachten, daß eine Veränderung der Zahl der dort tätigen Unternehmen auch davon beeinflußt ist, daß zwischen Beginn und Ende des vierjährigen Beobachtungszeitraums einzelne Unternehmen den wirtschaftlichen Schwerpunkt in andere Branchen verlagert haben⁸. So haben gerade dynamische und innovative Branchen per saldo nicht nur durch Gründungsaktivitäten, sondern auch durch Schwerpunktverlagerungen von Unternehmen Zuwächse beim Unternehmensbestand erzielt, so die ADV/Büromaschinenherstellung, wo ein Viertel des Anstiegs der Zahl der Unternehmen sich hierauf zurückführen läßt, beim Straßenfahrzeugbau liegt dieser Anteil sogar bei

40.%, beim Maschinenbau bei immerhin 7 %. Umgekehrt sind fast zwei Drittel des Rückgangs der Unternehmenszahl der EBM-Waren-Herstellung und ein Fünftel des Rückgangs im Bereich Feinmechanik/Optik auf Schwerpunktverlagerungen zurückzuführen. Die entsprechenden Unternehmen dürften sich durch eine Verlagerung der Produktpalette hin zu den oben genannten expansiveren Branchen dem Strukturwandel der Nachfrage angepaßt haben.

Hohe Gründungsraten bei technologiegeprägten Branchen

Noch mehr als für Verarbeitende Industrie als ganzes gilt für die einzelnen Branchen, daß die bloße Betrachtung der Entwicklung der Unternehmensbestände die Dynamik des Gründungsgeschehens verdeckt. Auch hierbei sind die absoluten Zahlen von Gründungen und Liquidationen (Anhangtabelle 3) für diese Betrachtung weniger geeignet, da sie sowohl von der Größe der Branche als auch von der branchentypischen Größenklassenstruktur abhängen. Als Indikatoren wurden daher wieder die entsprechenden Raten verwendet.

Die Dynamik der Gründungen zeigt sich wie erwartet am stärksten bei der ADV/Büromaschinenherstellung, die gemessen an der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigtenzahl die expansivste Entwicklung hatte. Hier betrug im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1984 die jährliche Gründungsrate 15,1 % - sie war damit dreimal so hoch wie im Branchendurchschnitt -, die jährliche Liquidationsrate 5,2 % (Tabelle 4).

Dies ist nicht erstaunlich bei einer Branche, die als Prototyp einer Branche der Hochtechnologie gilt, die geprägt ist von einer sehr hohen Forschungsintensität und rasch aufeinander folgenden Produktinnovationen. Die Produkte dieser Branche stehen meist am Anfang ihres Lebenszyklus und stoßen nicht auf Sättigungsgrenzen. Dies macht natürlich Unternehmensgründungen besonders attraktiv und erfolversprechend für Gründer, seien es Existenzgründer oder Neugründungen aus bestehenden Unternehmensgruppen heraus (z.B. als rechtlich selbstständiges Tochterunternehmen).

⁸ Jedes Unternehmen wird mit seiner ganzen Beschäftigtenzahl derjenigen Branche zugeordnet, in der zum jeweiligen Berichtszeitpunkt der wirtschaftliche Schwerpunkt, das heißt das hauptsächliche Betätigungsfeld liegt. Die Gründungen und Liquidationen enthalten dagegen - anders als die Bestandszahlen - die durch den Schwerpunktwechsel von Unternehmen bewirkten Zu- und Abgänge nicht mehr.

Tabelle 4

Gründungs- bzw. Liquidationsraten von Unternehmen der Verarbeitenden Industrie

Sypro-Nr.	Ausgewählte Wirtschaftsgruppen	Gründungsrate ¹⁾					Liquidationsrate ¹⁾				
		1981	1982	1983	1984	1981 bis 1984 ²⁾	1981	1982	1983	1984	1981 bis 1984 ²⁾
		%									
32	Maschinenbau	9,5	5,7	5,5	6,9	7,3	3,5	4,3	5,0	8,6	5,7
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	10,1	3,1	5,2	7,7	6,8	4,5	4,2	3,7	9,2	5,7
36	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	10,4	7,2	5,6	10,7	8,8	5,9	5,7	5,0	7,9	6,4
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	4,9	3,8	4,9	8,2	5,3	4,0	9,0	6,4	10,1	7,1
38	Herstellung von EBM-Waren	6,8	3,7	4,5	5,2	5,1	2,5	3,8	7,1	7,1	5,2
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	5,0	3,0	4,6	4,6	4,3	3,8	4,5	5,6	5,0	4,7
40	Chemische Industrie	3,5	1,1	2,4	4,5	2,7	5,0	4,0	5,9	5,4	4,9
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	22,6	11,3	2,9	15,9	15,1	5,7	3,2	5,8	2,9	5,2
54	Holzverarbeitung	4,8	2,8	5,2	6,9	4,8	4,9	5,4	6,0	4,6	5,2
56	Papier- und Pappeverarbeitung	3,5	4,1	2,6	2,3	3,1	3,1	5,3	4,2	3,9	4,1
57	Druckerei, Vervielfältigung	7,7	3,3	5,0	7,6	6,0	4,3	3,8	4,4	3,9	4,2
58	Herstellung von Kunststoffwaren	5,3	3,4	3,9	9,0	5,4	3,3	3,9	3,7	5,7	4,2
63	Textilgewerbe	3,1	2,4	2,1	2,6	2,5	5,7	6,7	5,0	6,5	5,7
64	Bekleidungsgewerbe	5,0	3,4	6,1	7,8	5,4	6,0	8,4	7,4	7,5	7,1
68	Ernährungsgewerbe	2,0	2,1	3,1	2,6	2,3	5,9	6,6	6,3	5,9	5,8
	Verarbeitende Industrie	5,8	3,5	4,2	6,2	4,9	4,3	4,9	5,1	6,5	5,2

1) Unternehmenszu- bzw. -abgänge in Prozent des Bestandes an Unternehmen am Ende des Vorjahres. — 2) Jahresdurchschnitt.

Das Beispiel der ADV/Büromaschinenherstellung legt die Hypothese nahe, daß auch in anderen innovativen Hochtechnologiebranchen die Gründungsrate besonders hoch ist. Nun läßt sich allerdings durch Branchenbetrachtungen allein das Feld solcher technologieorientierter Unternehmen höchstens näherungsweise herauskristallisieren, hierzu wären Untersuchungen über die Hersteller von bestimmten Produkten der Hochtechnologie weit geeigneter – wobei das Definitionsproblem: was ist Hochtechnologie? immer noch zu lösen bleibt –. Als Maßstab für eine Branchenuntersuchung wird im folgenden behelfsweise die Forschungsintensität einer Branche – Beschäftigte in Forschung und Entwicklung bezogen auf die Gesamtbeschäftigtenzahl der Branche – und die damit weitgehend korrespondierende Ingenieurdichte – Ingenieure und Naturwissenschaftler bezogen auf die gewerblichen Arbeitnehmer –

herangezogen; diese Indikatoren wurden bereits in zwei früheren Arbeiten untersucht⁹.

Bei diesen Kriterien für Hochtechnologie steht nun wieder die ADV/Büromaschinenherstellung zusammen mit dem sehr kleinen Bereich Luft- und Raumfahrzeugbau an der Spitze.

Zu den, gemessen an den oben genannten Indikatoren, stark technologiegeprägten Branchen zählt, zumindest global gesehen, die Elektrotechnik. Hier war die jährliche Gründungsrate ebenfalls stark überdurchschnittlich (8,8 %). Nun ist diese Branche sehr heterogen. Dabei zeigt sich, daß gerade technologieorien-

9 Siehe hierzu: Keller, K., Forschungskapazitäten in Baden-Württemberg, Teil 1: Wirtschaft, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl Heft 9, September 1983 sowie: zur beruflichen Qualifikationsstruktur der Beschäftigten, in: Statistisch-prognostischer Bericht 1983/84.

tierte Zweige der Elektrotechnik von einer noch größeren Gründungsaktivität geprägt sind. So die Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung und ähnlichen (Sypro Nr. 3620), hier betrug die Gründungsrate 9,5 %. Eine besonders hohe Gründungsrate weist auch die Herstellung von Zählern, Fernmelde-, Mess- und Regelgeräten auf (9,0 %), zu diesem Zweig zählt auch die Herstellung elektronischer Bauelemente.

Als weitere technologieorientierte Branche hat auch der Maschinenbau eine hohe jährliche Gründungsrate (7,3 %). Innerhalb des Maschinenbaus war die Gründungsrate am höchsten im Zweig Herstellung von Hütten- und Walzwerkeinrichtungen, Hebezeugen und Förderungstechnik (10,8 %) und beim "sonstigen Maschinenbau" (9,0 %), wo auch die Herstellung neuartiger Maschinenbauerzeugnisse angesiedelt ist, das heißt von Produkten, die (bisher) in die traditionellen Systematikpositionen nicht "hineinpassen". Etwas niedriger, aber immer noch mit Abstand größer als im Schnitt des Verarbeitenden Gewerbes, war die Rate bei der Herstellung von Metallbearbeitungsmaschinen (Werkzeugmaschinen) mit 6,0 %.

Zu den technologieorientierten Branchen gehört auch der Straßenfahrzeugbau, zu dem auch die Herstellung von Kfz-Teilen zählt. Da hier nur industrielle Unternehmen betrachtet werden, ist zu beachten, daß handwerklich geprägte Teile wie der Reparaturbereich und ähnliches weitgehend ausgeschlossen sind. In dieser Branche war die jährliche Gründungsrate mit 6,8 % ebenfalls hoch.

Dieser hohen Gründungsaktivität in den technologiegeprägten Branchen steht hier andererseits eine überdurchschnittliche Zahl von Unternehmensschließungen gegenüber. Die hohen Liquidationsraten (die jedoch niedriger sind als die Gründungsraten) dürften unmittelbar mit den hohen Gründungsraten zusammenhängen, da, wie im ersten Abschnitt gezeigt wurde, junge, neu gegründete Unternehmen weit überdurchschnittlich gefährdet sind. So beträgt die Liquidationsrate in der ADV/ Büromaschinenherstellung, wo der Abstand zur Gründungsrate am höchsten ist, immerhin 5,2 %. Entsprechend hoch

sind die "Sterberaten" auch in der Elektrotechnik (6,4 %), im Maschinenbau (5,7 %) und im Straßenfahrzeugbau (5,7 %).

Die übrigen großen Branchen des Investitionsgüterbereichs zeigen etwas geringere Gründungsaktivitäten, die jedoch noch immer im Branchenvergleich überdurchschnittlich sind, so die Feinmechanik/Optik, Herstellung von Uhren (jährliche Gründungsrate 5,3 %), und die Herstellung von EBM-Waren (5,1 %). In beiden Branchen überwogen jedoch die Schließungen, in der Feinmechanik/Optik mit einer jährlichen Liquidationsrate von 7,1 % jedoch ausgeprägter als in der EBM-Waren-Herstellung (5,2 %).

Die Chemische Industrie als im Branchendurchschnitt zum Hochtechnologiebereich zählende Branche weist eine recht geringe jährliche "Geburtsrate" auf (2,7 %), bei einer leicht unterdurchschnittlichen Rate der Unternehmensauflösungen (4,9 %), hier könnte die global gesehen hohe Kapitalintensität der Branche den Marktzutritt erschwert haben.

Gleichwohl nahm in dieser Branche die Zahl der Beschäftigten zu. Eine hohe Kapitalintensität zeichnet im ganzen gesehen auch das (industrielle) Ernährungsgewerbe aus, auch hier war die jährliche Gründungsrate niedrig (2,3 %).

Im Verbrauchsgütersektor weist die Druckerei/Vervielfältigung die größte jährliche Gründungsrate auf (6,0 %), hier dürften die Einführung der neuen Techniken und die vereinfachte Handhabung der Print-Medien ("Copy-Shops") die Unternehmensgründungen begünstigt haben. Branchen mit wachsenden Unternehmenszahlen und hohen Gründungsaktivitäten sind noch die Kunststoffwarenherstellung (jährliche Gründungsrate 5,4 %) und die kleinere Branche Gummiverarbeitung.

Von Interesse ist im Verbrauchsgüterbereich vor allem noch die Entwicklung im Textil- und Bekleidungsgewerbe, wo eine langanhaltende Strukturkrise durch Anpassungsprozesse inzwischen überwunden scheint. Das Textilgewerbe weist bei einer geringen jährlichen Gründungsrate (2,5 %) eine höhere Liquidationsrate auf (5,7 %). Dagegen sind im Bekleidungsgewerbe bei einer hohen Rate der Unter-

nehmensauflösungen (7,1 %) auch die Gründungsaktivitäten deutlich über dem Branchendurchschnitt (5,4 %). Diese erstaunlich hohe Zahl der Unternehmenszüge erklärt sich daraus, daß über ein Viertel der Gründungen im Bekleidungsgewerbe auf den Zweig "Mit dem Bekleidungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten" (Sypro Nr. 6499) entfällt, hierzu gehören auch die Änderungsschneidereien (die nicht als Handwerksgewerbe zählen). Dieser Teilbereich hatte allein eine jährliche Gründungsrate von 24 %. Die tatsächliche Gründungswelle bei den oft von Ausländern bzw. Ausländerinnen eingerichteten Änderungsschneidereien, Flickschneidereien und ähnlichen dürfte noch bedeutend höher liegen. In den in dieser Arbeit verwendeten Daten sind jedoch alle Gründungen, die erkennen lassen, daß die "Unternehmertätigkeit" nur nebenberuflich bzw. nur zeitweise oder in Heimarbeit ausgeübt wird, nicht berücksichtigt.

Für die Verarbeitende Industrie als Ganzes wurde konstatiert, daß in den Jahren 1983 und vor allem 1984 die Zahl der Gründungen, aber auch die Zahl der Unternehmensschließungen wieder deutlich gestiegen ist. Es stellt sich die Frage, ob dies auch für die stärker technologiegeprägten Branchen zutrifft. Allerdings ist bei Jahresdaten für Branchen einzuschränken, daß durch die kleinen Besetzungszahlen Zufallsschwankungen und eventuelle Schwankungen bei der periodengerechten Abgrenzung ins Gewicht fallen können.

Deutlich höhere Gründungsaktivitäten waren 1984 vor allem im ADV-Bereich (1984: 15,9 %) und der Elektrotechnik festzustellen (10,7 %), wie auch im Straßenfahrzeugbau (7,7 %) und im Maschinenbau (6,9 %) sowie in der Feinmechanik/Optik (8,2 %). Allerdings waren auch - mit Ausnahme der ADV/Büromaschinenherstellung - die Liquidationen auf erhöhtem Niveau, nur in dieser Branche überwogen 1984 per saldo die Gründungen die Schließungen (Gründungsüberschuß 9 Unternehmen) sowie in der Elektrotechnik (35 Unternehmen).

Die hohe gegenwärtige Zahl der Gründungen allein erweckt den Anschein einer "Gründungswelle" in den technologieorientierten Branchen. Dabei ist al-

lerdings zu beachten, daß die Daten für 1981 (dem ersten Jahr des dateitechnisch beschränkten Beobachtungszeitraums) eine mindestens ebenso hohe Gründungsrate bei diesen Branchen zeigen, wie sie 1984 wieder erreicht wurde. Je nach dem betrachteten Zeithorizont relativiert sich also die Konstatierung einer Gründungswelle. Zieht man nun aber auch die 1983/84 gestiegene Zahl der Unternehmensschließungen in Betracht, geht also von dem Saldo aus Gründungen und Schließungen aus, so bleibt bei den technologieorientierten Branchen immerhin ein spürbarer Gründungsüberschuß 1983/84 bei der Elektrotechnik und der ADV/Büromaschinenherstellung übrig.

Hohe Fluktuation bei kleinen Unternehmen

Neugegründete Unternehmen starten naturgemäß fast immer mit einer kleinen Zahl von Beschäftigten. Ausnahmen sind dann denkbar, wenn die Unternehmensgründung als neugegründete Tochtergesellschaft einer Unternehmensgruppe (Konzern) erfolgt. Größere Beschäftigtenzahlen bei einer Gründung werden insbesondere dann zu erwarten sein, wenn ein Unternehmen durch rechtliche Verselbständigung eines bereits bestehenden Unternehmensteils ins Leben gerufen wird. Der "Normalfall" einer Gründung, das heißt einer selbständigen Existenzgründung, wird jedoch zunächst als Kleinunternehmen in Erscheinung treten und erst im Lauf des "Lebenszyklus" eventuell zu einem größeren Unternehmen heranwachsen.

Trotzdem ist es auch unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten interessant, zu untersuchen, wie die Gründungstätigkeit bezogen auf Unternehmensgrößenklassen aussieht. Wie zu vermuten ist, entfiel von den insgesamt 2 949 Gründungen von Unternehmen der Verarbeitenden Industrie im Beobachtungszeitraum mit 2 369 der Hauptteil (80,3 %) auf Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten.

Betrachtet man nun die größenklassenbezogene Gründungsrate, so ist zu beachten, daß das Gros des Unternehmensbestandes (die Bezugsgröße) ebenfalls in dieser Größenklasse liegt. Trotzdem liegt die jahresdurchschnittliche Gründungsra-

te, bezogen allein auf Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten, mit einem Wert von 6,5 % deutlich über dem Wert für die Industrieunternehmen aller Größenklassen (4,9 %). Bereits in der Größenklasse von 20 bis unter 50 Beschäftigten beträgt die Gründungsrate nur noch 2,6 % und sinkt bei der nächsthöheren Größenklasse weiter ab (Tabelle 5).

In der Tabelle sind einige technologiegeprägte Branchen mit besonders hoher Gründungsaktivität noch besonders ausgewiesen. Hier zeigt sich noch stärker als im Branchendurchschnitt, daß die Gründungsrate bezogen auf kleine Unternehmen besonders hoch sind.

Betrachtet man die Unternehmensliquidationen ebenfalls differenziert nach Größenklassen, so zeigt sich, daß sich nicht nur die Gründungstätigkeit vor allem in kleinen Unternehmen abspielt, sondern daß diese Unternehmen auch die Haupt-

last der Liquidationen tragen. Somit fielen auf die Größenklasse unter 20 Beschäftigte allein ein Anteil von 73,8 % an allen Unternehmensschließungen. Weitere 10,0 % betrug der Anteil der Unternehmen bis zu 50 Beschäftigten, während nur 16,1 % der Liquidationen Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigte betrafen. Entsprechend sind auch die größenklassenbezogenen Liquidationsraten bei kleinen Unternehmen höher: Das Auflösungsrisiko war in der kleinsten Größenklasse (unter 20 Beschäftigte) mit 6,4 % fast doppelt so hoch wie in den beiden übrigen Größenklassen (3,4 % bzw. 3,5 %). Auch in den gesondert aufgeführten technologiegeprägten Branchen galt diese allgemeine Tendenz.

Für diese weit überproportionale Gefährdung der Existenz kleiner Unternehmen dürften mehrere Faktoren maßgebend sein. Unter den kleinen Unternehmen befinden sich besonders viele junge Unternehmen, die in ihrer Startphase und in

Tabelle 5

Struktur der Gründungen und Liquidationen in den Unternehmen der Verarbeitenden Industrie 1981 bis 1984 nach Beschäftigtengrößenklassen

Sypro-Nr.	Merkmal	Gründungen				Liquidationen			
		Unternehmen insgesamt	davon in Unternehmen mit . . . Beschäftigten			Unternehmen insgesamt	davon in Unternehmen mit . . . Beschäftigten		
			unter 20	20 bis 49	50 u. mehr		unter 20	20 bis 49	50 u. mehr
Struktur der Gründungen bzw. Liquidationen									
	Verarbeitende Industrie insgesamt	100	80,3	8,3	11,3	100	73,8	10,0	16,1
	darunter								
32	Maschinenbau	100	76,6	10,5	12,9	100	67,8	11,3	20,9
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	100	61,2	12,2	26,5	100	63,4	2,4	34,1
36	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	100	82,0	6,5	11,5	100	80,2	5,0	14,9
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	100	87,5	3,1	9,4	100	72,7	18,2	9,1
Gründungs- bzw. Liquidationsraten im Jahresdurchschnitt									
	Verarbeitende Industrie insgesamt	4,9	6,5	2,6	2,3	5,2	6,4	3,4	3,5
	darunter								
32	Maschinenbau	7,3	13,8	4,4	2,2	5,7	9,6	3,8	2,8
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	6,8	12,5	6,8	3,4	5,7	10,8	1,1	3,6
36	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	8,8	12,1	4,8	3,6	6,4	8,6	2,6	3,4
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	15,1	24,1	3,6	4,4	5,2	6,9	7,1	1,5

den ersten Jahren danach besonders gefährdet sind. Außerdem sind kleine Unternehmen von der Führungskraft her personengebundener als größere Unternehmen, so daß Krankheit, Alter oder Tod des Inhabers zur Unternehmensauflösung führen können. Maßgeblich ist auch, daß kleine Unternehmen oft vom Markterfolg weniger Produkte bzw. als Zulieferer von der Einkaufspolitik weniger großer Unternehmen abhängig sind, während größere Unternehmen Mißerfolge in einzelnen Märkten eher kompensieren können. Schließlich ist die Eigenkapitalbeschaffung und Fremdfinanzierung für notwendige Investitionen schwieriger.

Gründungen und Auflösungen von Unternehmen verursachen zusammen (abgesehen von der Verlagerung der Tätigkeit in eine andere Branche) die Änderung der Zusammensetzung des Unternehmensbestandes, das heißt die Unternehmensfluktuation. So betrug 1984 in der Verarbeitenden Industrie die Gründungsrate 6,2 %, andererseits schieden 6,5 % der am Jahresanfang bestehenden Unternehmen im Laufe dieses Jahres aus dem Markt aus. Dies ergibt – als Summe der beiden Einzelraten – eine Fluktuationsrate von 12,7 %. Da sowohl die Gründungstätigkeit als auch die Liquidationshäufigkeit 1984 am höchsten war, ergibt sich für den Zeitraum 1981–1984 eine etwas geringere jahresdurchschnittliche Fluktuationsrate (10,1 %), das heißt im Beobachtungszeitraum ist im Laufe eines Jahres jedes zehnte Unternehmen neu gegründet worden oder aus dem Markt ausgeschieden.

Auch die Fluktuationsrate ist naturgemäß unter kleinen Unternehmen am höchsten. Unter den Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten betrug die jährliche Fluktuationsrate 12,9 %, in der nächsthöheren Größenklasse (20 bis unter 50 Beschäftigte) 6,0 %. Wie zu erwarten war, ändert sich die Zusammensetzung des Unternehmensbestandes am schnellsten bei den kleinen Unternehmen.

Leicht zunehmendes Gewicht der Kleinunternehmen

Eine weitere interessante Frage ist, ob die Bedeutung kleiner Unternehmen im

Tabelle 6

Unternehmen und Beschäftigte der Verarbeitenden Industrie nach Beschäftigtengrößenklassen 1980 und 1984

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Unternehmen		Beschäftigte ¹⁾	
	1980	1984	1980	1984
	%			
unter 20	60,4	62,1	3,9	4,2
20 – 49	15,5	15,6	4,8	5,0
50 – 99	9,5	8,8	6,4	6,3
100 – 499	11,5	10,8	23,7	23,3
500 und mehr	3,1	2,7	61,2	61,2
Insgesamt	100	100	100	100

1) Von Unternehmen der Verarbeitenden Industrie.

Zeitablauf zugenommen hat. Betrachtet man zunächst die Struktur der Unternehmen der Verarbeitenden Industrie, gegliedert nach Beschäftigtengrößenklassen (Tabelle 6, Anhangtabelle 4), so zeigt sich, daß der Anteil der kleinen Unternehmen von 1980 – 1984 zugenommen hat: hatten 1980 noch 60,4 % der Unternehmen unter 20 Beschäftigte, so stieg dieser Anteil bis 1984 auf 62,1 %. Auch die Beschäftigtengrößenklasse bis 50 Beschäftigte hatte noch einen leichten Anteilsgewinn, während auf die oberen Größenklassen 1984 ein geringerer Anteil entfiel als 1980 (Tabelle 6), ähnliche Veränderungen ergeben sich bei der Verteilung der Beschäftigten.

Allerdings belegen diese Daten noch nicht, daß diese leichten Anteilsverschiebungen hin zu den kleinen Unternehmen durch einen höheren Gründungsüberschuß (bzw. ein geringeres Gründungsdefizit) bei kleineren Unternehmen zustande gekommen ist. Von 1980 bis 1984 ist ja die Beschäftigtenzahl der Unternehmen der Verarbeitenden Industrie zurückgegangen (– 6,4 %). Dabei sind auch Unternehmen von einer Größenklasse in eine kleinere Größenklasse hineingeglitten, das heißt dieser Schrumpfungsprozeß hat allein schon dazu geführt, daß das Strukturgewicht der kleineren Unternehmensklassen sich erhöht hat.

Allerdings waren auch die Unternehmenszugänge bei Kleinunternehmen unter

Ausschaltung der Pseudozugänge aus rückläufiger Beschäftigung, also allein die Zugänge durch die Gründungstätigkeit, höher als die Zahl der Liquidationen (Tabelle 5): bei Unternehmen bis zu 20 Beschäftigten lag die jährliche Gründungsrate (6,5 %) leicht über der Liquidationsrate (6,4 %), während alle anderen Größenklassen ein Gründungsdefizit verzeichneten, das allerdings in der nächsthöheren Größenklasse (20 bis unter 50 Beschäftigte) immerhin noch geringer ausfiel als in größeren Unternehmen. Auch ein Blick auf die ausgewählten technologiegeprägten Branchen verdeutlicht das etwas höher gewordene Gewicht der kleinen Unternehmen gerade auch in diesen Branchen.

Dieser Gründungsüberschuß bei den Kleinunternehmen darf als positives Zeichen gewertet werden für die vorhandene Erneuerungskraft dieses Wirtschaftsbereichs, er vermindert die bestehenden Konzentrationstendenzen und stärkt den Wettbewerb.

Arbeitsplätze heimischer Unternehmen außerhalb des Landes

Für eine Analyse der Zahl der Arbeitsplätze in Baden-Württemberg konnte die bisherige Betrachtung jedoch kein "landesscharfes" Bild liefern, da zum einen heimische Unternehmen auch Betriebsstätten und damit Beschäftigte in anderen Bundesländern besitzen, zum anderen da "auswärtige" Unternehmen mit Sitz in einem anderen Bundesland umgekehrt auch hier Betriebe und Beschäftigte haben. Von besonderer Bedeutung ist diese Land-Bund-Verflechtung gerade im Verarbeitenden Gewerbe (die folgenden Zahlen enthalten aus datentechnischen Gründen auch die Handwerksbestandteile).

Für diesen Wirtschaftsbereich soll daher im folgenden noch mit Zahlen, die betriebsbezogen sind, also von den örtlichen Einheiten statt von Unternehmen ausgehend, die Beschäftigtenentwicklung in Baden-Württemberg dargestellt wer-

Tabelle 7

Land-Bund-Verflechtung der Beschäftigung in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes 1984¹⁾

Betriebsart (Beschäftigungsort)	Beschäftigte insgesamt	Davon im Gewerbe der				Veränderung 1984 gegen 1980				
		Grundstoff- und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittel	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittel
		1000				%				

Beschäftigte mit Arbeitsplatz in Baden-Württemberg

Betriebe insgesamt	1 458,1	174,0	902,0	318,7	63,4	- 8,0	- 6,6	- 6,1	- 14,0	- 7,4
darunter										
von heimischen Mehrländer-Unternehmen ²⁾	429,1	38,1	341,1	41,8	8,2	- 4,5	- 11,6	- 2,0	- 18,5	+ 17,0
von auswärtigen Mehrländer-Unternehmen ³⁾	100,5	22,2	62,8	10,6	4,9	- 17,3	+ 1,6	- 23,0	- 17,0	- 7,6

Beschäftigte von Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg

Betriebe insgesamt	1 553,3	168,4	994,5	325,6	64,8	- 6,4	- 6,6	- 3,6	- 14,0	- 6,9
darunter										
von heimischen Mehrländer-Unternehmen ²⁾	624,9	54,7	496,5	59,2	14,5	- 3,2	- 7,2	- 0,9	- 17,9	+ 7,6

Nachrichtlich:

Beschäftigte in Baden-Württemberg in Betrieben mit Unternehmenssitz außerhalb Baden-Württembergs

Beschäftigte außerhalb Baden-Württembergs in Betrieben mit Unternehmenssitz in Baden-Württemberg

Saldo

100,5	22,2	62,8	10,6	4,9	- 17,2	+ 1,8	- 23,0	- 16,5	- 7,5
195,8	16,6	155,4	17,4	6,3	- 0,3	+ 4,4	+ 1,6	- 17,1	- 3,1
95,3	- 5,6	92,6	6,8	1,4	+ 27,2	+ 5,1	+ 29,7	- 18,1	+ 16,7

1) Stand: jeweils 30. September. — 2) Unternehmenssitz in Baden-Württemberg. — 3) Unternehmenssitz außerhalb Baden-Württembergs.

den.¹⁰ Dabei stehen, auch im Hinblick auf die bisherige Analyse der heimischen Unternehmen, vor allem die folgenden Aspekte der Bund-Land-Verflechtung der Beschäftigung im Vordergrund¹¹:

- Wie hat sich die Zahl der Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe im Land entwickelt, differenziert nach Betriebsstätten heimischer und auswärtiger Unternehmen?
- Haben heimische Unternehmen mehr Arbeitsplätze in anderen Bundesländern eingerichtet als umgekehrt?

In Baden-Württemberg waren Ende September 1984 1,458 Mill. Personen im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt (Tabelle 7, obere Hälfte). Hierbei sind die Beschäftigten in industriellen Betrieben von Kleinunternehmen (das heißt Unternehmen mit im allgemeinen weniger als 20 Beschäftigten) enthalten¹². Betrachtet man die Struktur der Unternehmen, denen diese in Baden-Württemberg bestehenden Arbeitsplätze zugeordnet sind, so lassen sich Unternehmen mit einer bzw. mehreren Betriebsstätten unterscheiden, wobei das Unternehmen ausschließlich in Baden-Württemberg tätig ist, und Unternehmen, die in mehreren Bundesländern Betriebe besitzen. In Einbetriebsunternehmen waren 677 000 Beschäftigte tätig, in Mehrbetriebsunternehmen, die ausschließlich in Baden-Württemberg tätig sind, 251 400. In Mehrländerunternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg waren in Baden-Württemberg 429 100 Personen tätig, während in Mehrländerunternehmen, deren Sitz sich in einem anderen Bundesland befindet, in Baden-Württemberg 100 500 Personen beschäftigt waren, dies waren 6,9 % der in Baden-Württemberg bestehenden Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe.

Am größten war dieser Anteil im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, wo mit einem Anteil von 12,7 % jeder achte Beschäftigte einem Unternehmen angehörte, das den Unternehmenssitz in einem anderen Bundesland hat. Im Investitionsgüterbereich (7,0 %) und im Nahrungs- und Genußmittelbereich (7,7 %) lag dieser Anteil im Branchendurchschnitt, während im Verbrauchsgüterbereich (3,3 %) nur ein geringer Teil der Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu "auswärtigen" Unternehmen gehört.

Interessant ist auch die strukturelle Analyse der Beschäftigtenentwicklung. Seit Ende September 1980 gingen in Baden-Württemberg im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt 8 % der Arbeitsplätze verloren. Dabei war der Beschäftigungsrückgang in Betrieben von Unternehmen, die ihren Sitz in einem anderen Bundesland haben, stark überdurchschnittlich (- 17,3 %). Ursächlich war fast ausschließlich die Entwicklung in der Investitionsgütererzeugung (- 6,1 % bzw. - 23,0 %).

Bisher wurden Beschäftigte (das heißt Arbeitsplätze) in Baden-Württemberg betrachtet, ganz gleich ob der Sitz des Unternehmens in oder außerhalb Baden-Württembergs liegt. Nun wird die Perspektive gewechselt, es werden jetzt Beschäftigte in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes betrachtet, die zu heimischen Unternehmen gehören. Als Beschäftigte zählen dabei alle Beschäftigten, gleich ob die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg oder in anderen Bundesländern liegen (Tabelle 7, untere Hälfte).

Hier wurden Ende September 1984 bundesweit 1,553 Mill. Beschäftigte gezählt, davon waren 624 900 in Unternehmen tätig, die in mehreren Bundesländern Betriebsstätten haben. Hiervon wiederum waren 195 800 Personen in anderen Bundesländern beschäftigt. Vergleicht man diese Zahl mit den oben genannten Daten von Mehrländerunternehmen, so ergibt sich ein Saldo von 95 300 Beschäftigten, besonders hoch ist dieser Wert im Investitionsgütersektor mit 92 600 Beschäftigten. Um diesen Betrag haben heimische Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe im Laufe der Zeit mehr Arbeitsplätze in anderen Bundesländern ge-

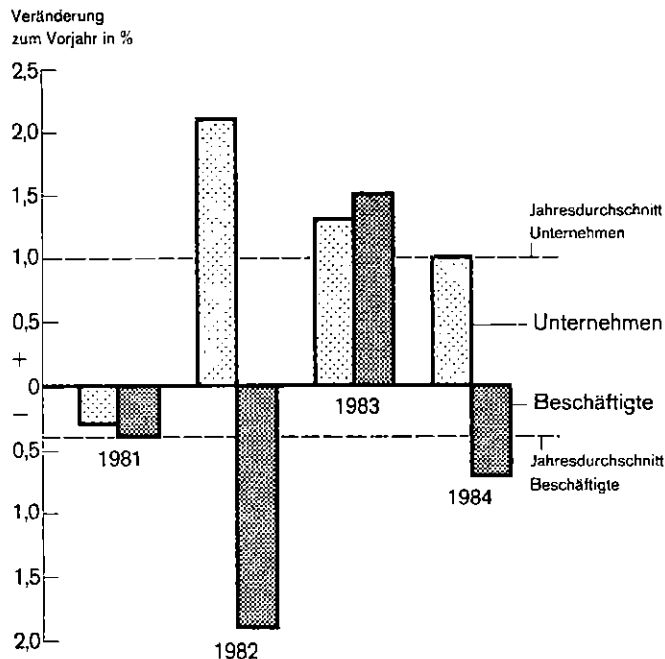
10 Präziser, aber umständlich formuliert, betrachten wir Betriebe in Baden-Württemberg von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie (in Ausnahmefällen) auch von Unternehmen, deren Schwerpunkt in einem anderen Wirtschaftsbereich (z.B. im Handel) liegt. Vergleiche hierzu den methodischen Anhang.

11 Siehe hierzu auch: Sinn, H., Betriebs- und Unternehmenszusammenhänge im Verarbeitenden Gewerbe, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10/Okttober 1981.

12 Jedoch ohne entsprechende handwerkliche Kleinbetriebe.

Schaubild 5

Entwicklung der Unternehmen und Beschäftigten im Bauhauptgewerbe



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

162 85

schaffen oder übernommen, als umgekehrt Arbeitsplätze in Baden-Württemberg existieren, die zu Unternehmen mit Sitz außerhalb Baden-Württembergs gehören. Interessant ist auch, daß heimische Unternehmen 1984 praktisch ebenso viele Arbeitsplätze in anderen Bundesländern hatten wie 1980 (- 0,3 %). Dagegen sank die Zahl der Beschäftigten in Baden-Württemberg, die für Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern tätig waren, um 17,2 %. Heimische Unternehmen haben damit einen überproportionalen Beitrag zur Stützung des Arbeitsmarkts gerade auch in anderen Bundesländern geleistet, auch unter dem Gesichtspunkt der Branchenstruktur.

Andererseits dürften allerdings in einigen Bereichen des tertiären Sektors in nicht unerheblichem Ausmaß Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu auswärtigen Unternehmen gehören, so bei Kreditinstituten und im Einzelhandel, da in diesen Sparten viele große bundesweit tätige Unternehmen ihren Sitz außerhalb des Landes haben. Jedoch sind in diesem Bereich die Produktionsbedingungen prinzipiell anders: Während die "Dienstleistungsproduktion" weitgehend am Ort

der Inanspruchnahme erfolgt, ist die Warenproduktion im allgemeinen nicht standortgebunden.

Lebhaftige Gründungstätigkeit im Baubereich auch noch 1984

Das Bauhauptgewerbe ist ein Wirtschaftsbereich, der besonders stark den konjunkturellen Ausschlägen der Nachfrageentwicklung unterworfen ist. In der jüngsten Zeit treten beim Teilbereich Wohnungsbau Sättigungserscheinungen auf. Auch von den Bauinvestitionen der öffentlichen Auftraggeber zeichnen sich derzeit teils wegen des erreichten hohen Niveaus der Infrastruktureinrichtungen, teils wegen der fortgesetzten Notwendigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte noch keine größeren Nachfrageimpulse ab. Dies hat Auswirkungen auf die Kapazitätsauslastung. Deshalb ist es bemerkenswert, daß in diesem Bereich (hier wieder einschließlich Handwerksbestandteile) die Zahl der Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg Ende 1984 mit einer Zahl von 10 647 um 4,1 % über dem Stand von 1980 lag, wobei sich, von einem leichten Rückgang 1981 abgesehen (- 0,3 %), die Zahl kontinuierlich erhöhte, wenn auch mit leicht abflachender Tendenz. 1984 betrug der Anstieg noch 1,0 % (Schaubild 5).

Gleichzeitig sank die Beschäftigtenzahl dieser Unternehmen von Mitte 1980 bis Mitte 1984 um 1,4 %, eine Entwicklung, die relativ günstiger war als in den Unternehmen der Verarbeitenden Industrie. Allerdings könnte zu erwarten sein, daß die Beschäftigtenentwicklung im Baubereich 1985 und voraussichtlich auch in weiterer Zukunft deutlich ungünstiger ausfällt¹³.

Die bis 1984 nicht allzu ungünstig erscheinende Lage des Bauhauptgewerbes relativiert sich jedoch etwas, wenn man die einzelnen Branchen getrennt betrachtet. So weist der Kernbereich des Bauhauptgewerbes, der Hoch- und Tiefbau, der primär von der Neubautätigkeit und öffentlichen und gewerblichen Investitionen abhängt, eine deutlich ungünsti-

¹³ Die Beschäftigtenzahlen beziehen sich im Bauhauptgewerbe auf den Stichtag 30.6., die Unternehmensbestände weiterhin auf den Stichtag Jahresende.

Tabelle 8

Unternehmen, Beschäftigte sowie Gründungen und Liquidationen im Bauhauptgewerbe¹⁾

Sypro-Nr.	Branche	Bestände an Unternehmen Ende 1984	Unternehmen	Beschäftigte ²⁾	Gründungen	Liquidationen
			Veränderung 1984 gegen 1980		1981 bis 1984	
		Anzahl	%		Anzahl	
72	Hoch- und Tiefbau	5 346	2,2	- 4,9	1 250	1 145
73	Spezialbau	606	43,6	35,3	416	195
74	Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei	2 140	3,4	12,9	338	301
75	Zimmerer, Dachdeckerei	2 555	2,0	6,5	331	277
	Insgesamt	10 467	4,1	- 1,4	2 335	1 918

1) Einschließlich Handwerk. — 2) Dieser Unternehmen, Stand 30.6.

gere Bilanz aus (Tabelle 8). Hier stieg die Zahl der Unternehmen von 1980 bis 1984 nur um 2,2 % auf einen Wert von 5 346, wobei 1984 der Unternehmensbestand bereits leicht rückläufig war (- 0,3 %). Die Zahl der Beschäftigten dieser Unternehmen sank um 4,9 %, (1984 zum Vorjahr: - 1,6 %).

Eine völlig andere Entwicklung nahm der Spezialbau, wo im Beobachtungszeitraum die Zahl der Unternehmen (+ 43,6 %) als auch deren Beschäftigtenzahl (+ 35,3 %) geradezu boomartig zunahm. Diese Branche profitierte stark von den von energiepolitischen und umweltbezogenen öffentlichen Förderungsmaßnahmen gestützten Trend zur Sanierung, Energieeinsparung, Wärme und Schalldämmung: Zu die-

ser Wirtschaftsgruppe gehören Gebäudeabdichtung, Schornstein- und Feuerungsbau und Wärmedämmung. Positiv wenn auch verhaltener, war die Entwicklung im Wirtschaftszweig "Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei" (Unternehmen + 3,4 %, Beschäftigte + 12,9 %) und im Zweig "Zimmerei, Dachdeckerei" (+ 2,0 % bzw. + 6,5 %).

Von 1981 bis 1984 wurden im Bauhauptgewerbe 2 335 Unternehmen gegründet, gleichzeitig wurden 1 918 Unternehmen geschlossen. Betrachtet man die Gründungsaktivitäten in Relation zu den Beständen an Unternehmen, so hat das Bauhauptgewerbe im Durchschnitt des Beobachtungszeitraums eine höhere jährliche Gründungsrate (5,7 %) als die Ver-

Tabelle 9

Gründungs- und Liquidationsraten der Unternehmen des Bauhauptgewerbes¹⁾

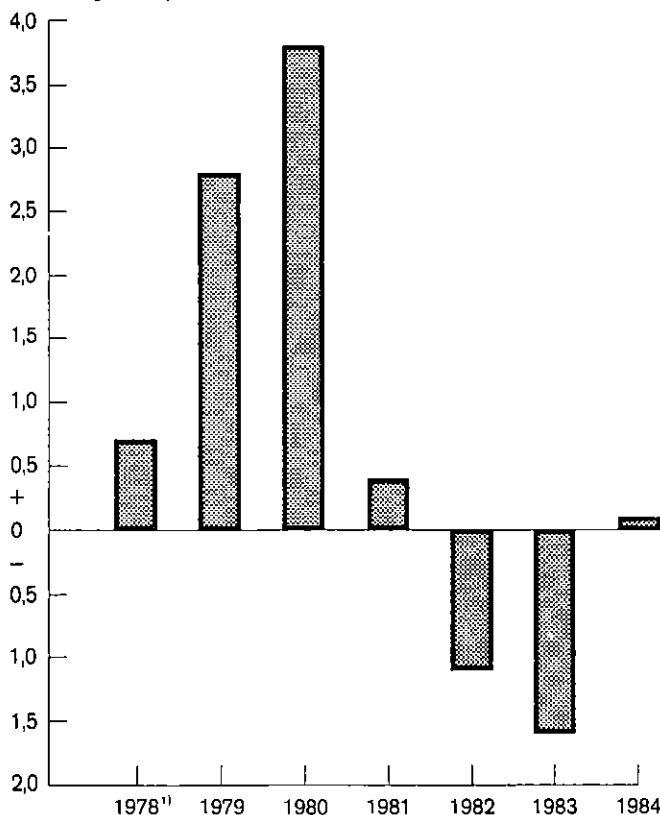
Sypro-Nr.	Branche	Gründungsraten					Liquidationsraten				
		1981	1982	1983	1984	1981 bis 1984 ²⁾	1981	1982	1983	1984	1981 bis 1984 ²⁾
		%									
72	Hoch- und Tiefbau	3,7	6,9	6,5	6,5	6,0	4,1	5,3	5,4	7,0	5,5
73	Spezialbau	9,2	24,8	22,4	30,7	24,6	6,4	9,5	13,0	12,2	11,6
74	Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei	1,8	5,4	4,7	4,3	4,1	2,7	3,5	3,7	4,5	3,6
75	Zimmerer, Dachdeckerei	1,6	3,4	3,9	4,3	3,3	1,8	2,4	3,6	3,2	2,8
	Insgesamt	3,1	6,5	6,2	6,8	5,7	3,3	4,4	5,0	5,8	4,7

1) Einschließlich Handwerk. — 2) Jahresdurchschnitt.

Schaubild 6

Beschäftigtenentwicklung im Handwerk (selbständige Handwerksunternehmen)

Veränderung zum Vorjahr in %



1) Veränderung gegen 1976.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

154 85

arbeitende Industrie (4,9 %). Dabei nahm die Gründungsfreudigkeit von Jahr zu Jahr recht stetig zu, 1984 erreichte die Gründungsrate sogar 6,8 % (Tabelle 9). Aber auch das Risiko der Unternehmensauflösung nahm stetig zu, 1984 erreichte die Liquidationsrate den Wert von 5,8 %.

In den einzelnen Branchen differiert die relative Häufigkeit des Markteintritts und Marktaustritts noch weit mehr. Im Hoch- und Tiefbau lag die Gründungsrate im Jahresdurchschnitt mit 6,0 % etwas über dem Branchenmittel, während im Spezialbau der enorme Wert von jährlich 24,6 % erreicht wurde. Die restlichen beiden, stark handwerklich geprägten, Wirtschaftszweige (Stukkateurgewerbe usw., Zimmerer, Dachdeckerei) hatten eine nur mäßige Gründungsrate, aber auch die Liquidationsraten in diesen beiden Sparten war unterdurchschnittlich, so daß einiges darauf hindeutet, daß Handwerksunternehmen des Bauhauptgewerbes eine stetigere Entwicklung nehmen als nicht-

handwerkliche Unternehmen. Der Markteintritt ist bei Handwerksunternehmen auf Gründer beschränkt, deren Qualifikation (in der Regel Meisterprüfung) einen Erfolg eher erwarten läßt, andererseits ist hierdurch das Risiko des erzwungenen Marktaustritts geringer. Dafür spricht auch die hohe jährliche Liquidationsrate im kaum handwerklich geprägten Spezialbau (11,6 %). Beim Spezialbau dürfte als Besonderheit noch hinzukommen, daß, angelockt durch dessen boomartige Entwicklung, überdurchschnittlich viele unsolide Gründungen die Geburts- und Sterberaten der dortigen Unternehmen in die Höhe getrieben haben. Hier betrug die Fluktuationsrate (die Summe aus Gründungs- und Liquidationsrate) jährlich 36,2 %, das heißt mehr als jedes dritte Unternehmen ist in einem Jahr gegründet oder stillgelegt worden. Dagegen betrug die Fluktuation z.B. im handwerklich geprägten Zweig "Zimmerei, Dachdeckerei" nur 6,1 % jährlich.

Seit 1983 Stabilisierung des Unternehmensbestandes im Handwerk

Das Handwerk umfaßt eine Vielzahl von Funktionen, die sich über verschiedene Wirtschaftsbereiche hin erstrecken. Handwerkliche Tätigkeiten fallen in der Warenverarbeitung einschließlich der Reparatur an, im Baubereich, im Handel und in den Dienstleistungen¹⁴. Typisch für die Handwerksproduktion ist ein hohes Maß von Handfertigkeit und individueller Beherrschung der Werkstoffe sowie die Orientierung an Bedürfnissen der Kunden z.B. durch Einzelfertigung¹⁵. Für die Abgrenzung des berufsständisch definierten Handwerks innerhalb einer Branche von nichthandwerklichen Unternehmen ist die Eintragung in die Handwerksrolle ausschlaggebend.

Die folgenden Daten basieren auf zwei verschiedenen Quellen. Grundlage der Beschäftigtenzahlen ist die Fortschrei-

14 Dies hat zur Folge, daß Handwerksunternehmen im vorher dargestellten Bauhauptgewerbe wie im später noch zu betrachtenden tertiären Sektor mit enthalten sind. Nur in dem Abschnitt, der die Verarbeitende Industrie behandelte, waren Handwerksunternehmen (aus datentechnischen Gründen) nicht enthalten.

15 Siehe hierzu: Sinn, H.: Aufgaben und Stellung des Handwerks, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1, Januar 1978.

bung der letzten Handwerkszählung von 1976. Die Daten über Handwerksunternehmen und die Gründungstätigkeit stammen dagegen aus der Geschäftsstatistik der Handwerkskammern (Handwerksrollenstatistik). Letztgenannte Daten enthalten neben selbständigen Handwerksunternehmen auch die handwerklichen Nebenbetriebe von nichthandwerklichen Unternehmen (z.B. die in die Handwerksrolle eingetragene Metzgerei eines Kaufhauses).

Betrachten wir zunächst die Beschäftigtenentwicklung der (selbständigen) Handwerksunternehmen. Von 1976 bis 1984 (Stichtag 30. September) hat sich die Zahl der im Handwerk Tätigen um 5,3 % erhöht, damit war die Entwicklung günstiger als im Bundesgebiet (1,2 %). Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von 0,6 % bzw. 0,2 % (Bundesgebiet). Dabei spiegelt sich die konjunkturelle Entwicklung im Zeitverlauf auch im Handwerk wider (Schaubild 6). Den Zuwachsraten bis 1981 steht eine Abnahme der Beschäftigung in den Folgejahren gegenüber, die vor allem 1983 noch ausgeprägt war (- 1,6 %). Erst 1984 zeichnete sich eine Stabilisierung der Beschäftigungssituation ab (+ 0,1 %). Im Herbst 1984 waren im baden-württembergischen Handwerk

689 600 Personen tätig, das waren 18,5 % der im Handwerk bundesweit Beschäftigten.

Das Handwerk zählte Ende 1984 98 311 Unternehmen (einschl. Nebenbetriebe), das waren 0,9 % weniger als 1980 oder 3,3 % weniger als 1976 (Tabelle 10). Im Vergleich zum Vorjahr hat der Unternehmensbestand 1984 jedoch erstmals seit Mitte der 70er Jahre wieder leicht zugenommen (+ 0,1 %). Nach vorläufigen Angaben des Deutschen Handwerkskammertags hat sich auch im Bundesgebiet 1984 die Unternehmenszahl leicht positiv entwickelt. Genauere Zahlen lagen bei Redaktionsschluß erst für den Stichtag Ende 1983 vor. Hier betrug die Anzahl der Unternehmen im Bundesgebiet 536 892, davon waren 18,3 % in Baden-Württemberg. Längerfristig gesehen sind von Ende 1976 bis Ende 1983 im Land (- 3,4 %) wie im Bund (- 3,0 %) die Unternehmenszahlen zurückgegangen.

Hervorzuheben ist, daß die Absatzrichtung des Handwerks vielgestaltig ist. Das Handwerk ist nicht nur für den privaten Verbrauch tätig - hierhin floß 1976 nur knapp die Hälfte der Lieferungen und Leistungen des baden-württembergischen Handwerks-, sondern auch für die gewerbliche Wirtschaft (40 %) und für

Tabelle 10

Handwerksunternehmen¹⁾ nach Handwerksgruppen

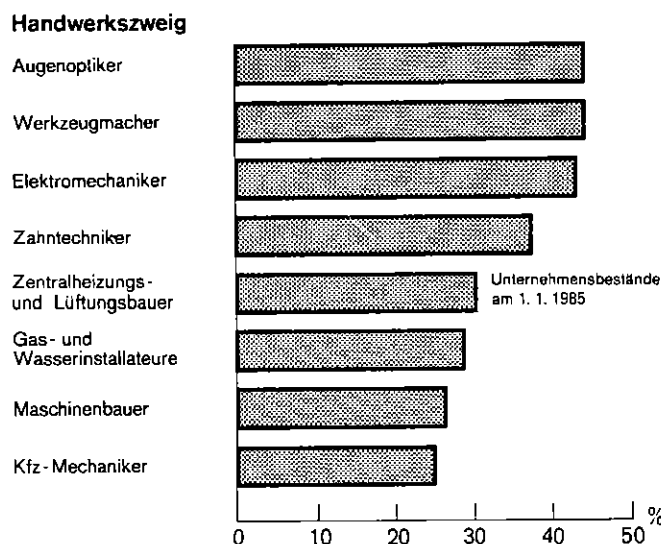
Handwerksgruppe	Bestände			Veränderungen		
	Ende 1976	Ende 1980	Ende 1984	1984 gegen 1976	1980 gegen 1976	1984 gegen 1980
	Anzahl			%		
Bau- und Ausbaugewerbe	21 952	21 715	21 330	- 2,8	- 1,1	- 1,8
Metallgewerbe	31 976	33 775	35 337	10,5	5,6	4,6
Holzgewerbe	9 408	8 614	8 151	- 13,4	- 8,4	- 5,4
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	11 610	9 330	7 802	- 32,8	- 19,6	- 16,4
Nahrungsmittelgewerbe	13 434	12 407	11 703	- 12,9	- 7,6	- 5,7
Gesundheits- und Körperpflege sowie chemisches- und Reinigungsgewerbe	9 601	9 724	10 281	7,1	1,3	5,7
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	3 682	3 679	3 707	0,7	- 0,1	0,8
Insgesamt	101 663	99 244	98 311	- 3,3	- 2,4	- 0,9

1) Einschließlich handwerklicher Nebenbetriebe.
Quelle: Baden-Württembergischer Handwerkstag.

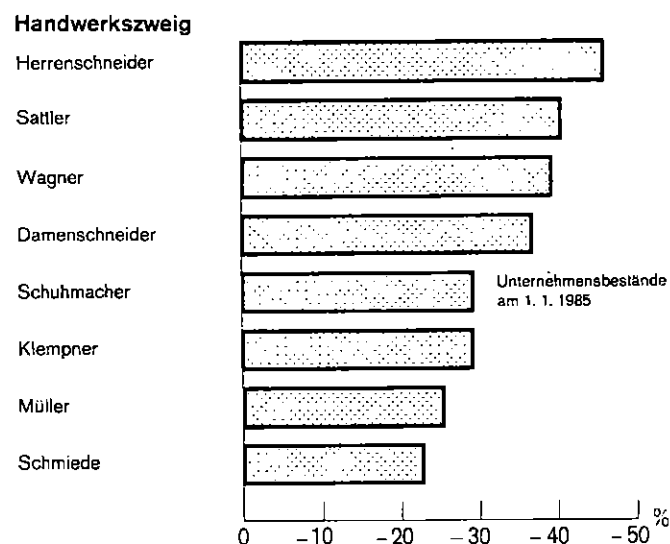
Schaubild 7

Entwicklung der Unternehmensbestände¹⁾ ausgewählter Handwerkszweige 1977/1984

a) Handwerkszweige mit starker Zunahme (in %)



b) Handwerkszweige mit starker Abnahme (in %)



1) Einschließlich handwerklicher Nebenbetriebe, Stichtag jeweils zum Jahresende.
Quelle: Baden-Württembergischer Handwerkstag.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

155 85

öffentliche Auftraggeber (12 %). Das Handwerk hat also auch eine wichtige Funktion als Zulieferer.

Wie die Industrie ist auch das Handwerk dem Strukturwandel unterworfen. Entsprechend haben sich die einzelnen Berufsgruppen des Handwerks (Handwerks-

gruppen) durchaus verschieden entwickelt. Den dynamischsten Verlauf, gemessen an der Zahl der Unternehmen, nahm das Metallgewerbe, (von 1976 bis 1984 + 10,5 %). Diese Entwicklung war in den 80er Jahren (+ 4,6 %) kaum geringer ausgeprägt als in der zweiten Hälfte der 70er Jahre (5,6 %). Wachsende Unternehmensbestände verzeichnete auch der Bereich Gesundheits- und Körperpflege, Reinigungsgewerbe (1976 bis 1984 + 7,1 %). Negativ vom Strukturwandel betroffen wurden vor allem das Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe, wo sich seit 1976 die Zahl der Unternehmen um ein Drittel verringerte, sowie das Holzgewerbe (- 13,4 %) und das Nahrungsmittelgewerbe (- 12,9 %).

Verschiedene Ursachen haben zu dieser unterschiedlichen Entwicklung geführt. Hierzu gehören der Wandel in den Gewohnheiten und im Geschmack der privaten Verbraucher, die vielfach gegebene Konkurrenz zur industriellen Fertigung und die Importsubstitution, aber auch der technologische Wandel, der zahlreiche Handwerkssparten schrumpfen ließ, aber auch durch Anpassung Wachstumschancen bot (z.B. vom ehemals kleinen Wagnerbetrieb zum Karosserie- und Omnibusbauer mit Zweigwerken im Ausland).

Die unterschiedlichen Entwicklungsverläufe im Handwerk werden bei einzelnen Handwerksberufen besonders sichtbar. (Schaubild 7). Mit den größten Zuwachs am Unternehmensbestand hatten die im Gesundheitsbereich tätigen Berufe, so die Augenoptiker (+ 44,2 % seit 1977). Aber auch die stark als Zulieferer tätigen Werkzeugmacher (+ 44,2 %) und die Maschinenbauer (+ 26,5 %) befanden sich in der Spitzengruppe. Umgekehrt gibt es Gewerbebezweige, die oft traditionsreiche Berufe umfassen, die stark geschrumpft sind (Schaubild 7). So die Herrenschneider (- 45,9 %), wie auch die Damenschneider (- 36,8 %), die Schuhmacher (- 29,2 %), sowie die Sattler (- 40,5 %), Wagner (- 39,2 %) und Schmiede (- 22,7 %). Allerdings dürften in gewissem Umfang Umschichtungen von Gewerbebezweigen mit schrumpfender Nachfrage hin zu verwandten Zweigen mit besseren Entwicklungschancen stattgefunden haben (z.B. vom Klempner zum Gas- und Wasser-Installateur).

Im Handwerk niedrige Unternehmensfluktuation

Im Hinblick auf das Ausmaß von Gründungen einerseits und Schließungen andererseits ergibt sich für das gesamte Handwerk (Tabelle 11), daß im langfristigen Durchschnitt seit 1976 jährlich 3,6 % der Unternehmen neu gegründet wurden¹⁶.

Für den Zeitraum von 1981 bis 1984 - für den Vergleichszahlen für die anderen Wirtschaftsbereiche vorliegen - war diese jährliche Gründungsrate sogar etwas höher (3,8 %). Im Vergleich zur Verarbeitenden Industrie (4,9 %) und zum Bauhauptgewerbe (5,7 %) zeigt sich damit eine deutlich geringere Gründungstätigkeit im Handwerk. Das gleiche gilt für die Liquidationshäufigkeit. Die jährliche Liquidationsrate lag im Handwerk mit 4,0 % ebenfalls unter dem Wert in der Verarbeitenden Industrie (5,2 %) bzw. des Bauhauptgewerbes (4,7 %), das

ohne seine Handwerksbestandteile eine eher noch höhere Liquidationsrate haben dürfte.

Es zeigt sich also, daß das Handwerk ein Bereich mit relativ stetiger Entwicklung ist, die jährliche Fluktuation betrug im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1984 7,8 %, während die Industrie (10,1 %) und das Bauhauptgewerbe (10,4 %) eine größere Umschlagshäufigkeit des Unternehmensbestandes hatten. Dies ist vor allem im Vergleich zur Verarbeitenden Industrie bemerkenswert, denn dort zeigte sich, daß gerade bei den kleinen Unternehmen die Fluktuation besonders hoch war. (Bei Unternehmen bis 20 Beschäftigten z.B. 12,9 %). Andererseits dominieren im Handwerk gerade diese Kleinunternehmen, denn 95 % der Handwerksunternehmen hatten 1977 weniger als 20 Beschäftigte. Umso augenfälliger ist die Stabilität der Handwerksunternehmen.

Die Weiterführung von Familienbetrieben über den Generationswechsel hinweg, weitgefächerte Maßnahmen zur Schulung, Weiterbildung und Beratung und die hohen Qualifikationsanforderungen (in der Regel Meisterprüfung) dürften die Hauptquellen dieser stetigen Entwicklung sein. Die in der Handwerksordnung vor-

16 Allerdings haben diese Daten nur den Charakter von Schätzungen. Die Gründungen bzw. Liquidationen wurden ermittelt, in dem von den Zugängen bzw. Abgängen aus der Betriebsstatistik jeweils die Zahl der Löschungen wegen Betriebsübergabe aus der Eintragungsstatistik abgezogen wurde.

Tabelle 11
Gründungen und Liquidationen von Handwerksunternehmen¹⁾ nach Handwerksgruppen

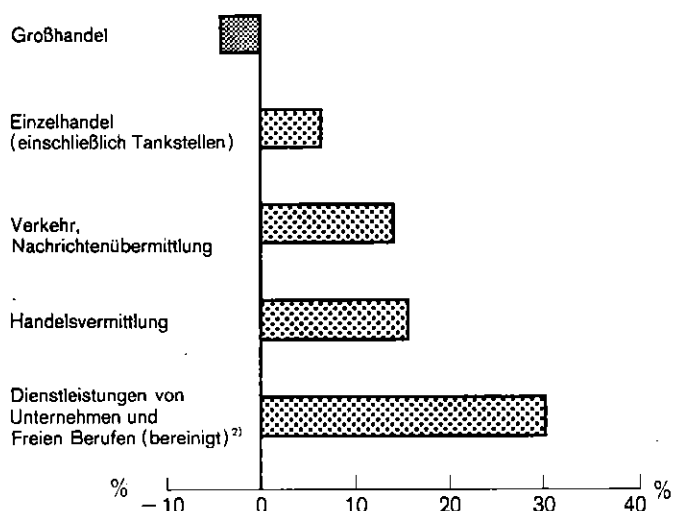
Handwerksgruppe	Gründungen			Gründungsraten ²⁾			Liquidationen			Liquidationsraten ²⁾		
	1977 bis 1984	1977 bis 1980	1981 bis 1984	1977 bis 1984	1977 bis 1980	1981 bis 1984	1977 bis 1984	1977 bis 1980	1981 bis 1984	1977 bis 1984	1977 bis 1980	1981 bis 1984
	Anzahl			%			Anzahl			%		
Bau- und Ausbaugewerbe	6 355	3 278	3 077	3,6	3,7	3,5	6 965	3 503	3 462	4,0	4,0	4,0
Metallgewerbe	13 314	6 588	6 726	5,2	5,2	5,0	9 961	4 789	5 172	3,9	3,7	3,8
Holzgewerbe	1 661	805	856	2,2	2,1	2,5	2 915	1 596	1 319	3,9	4,2	3,8
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	1 241	577	664	1,3	1,2	1,8	5 040	2 848	2 192	5,4	6,1	5,9
Nahrungsmittelgewerbe	2 256	1 084	1 172	2,1	2,0	2,4	3 985	2 109	1 876	3,7	3,9	3,8
Gesundheits- und Körperpflege sowie chemisches- und Reinigungsgewerbe	3 385	1 519	1 866	4,4	4,0	4,8	2 703	1 394	1 309	3,5	3,6	3,4
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	1 122	581	541	3,8	3,9	3,7	1 095	582	513	3,7	4,0	3,5
Insgesamt	29 334	14 432	14 902	3,6	3,5	3,8	32 664	16 821	15 843	4,0	4,1	4,0

1) Einschließlich handwerklicher Nebenbetriebe. — 2) Jeweils Jahresdurchschnitt.
Quelle: Baden-Württembergischer Handwerkstag, eigene Berechnungen und Schätzungen.

Schaubild 8

Unternehmen¹⁾ in ausgewählten Bereichen des tertiären Sektors

Veränderung 1982 gegenüber 1976 in %



1) Jeweils Unternehmen ab 20 000 DM Jahresumsatz. - 2) Ohne Grundstücks- und Wohnungsverwaltung und -vermittlung und Sonstiges Grundstückswesen (Systematik-Nr. 71704 und 71707 der WZ 1970).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

158 85

geschriebene Qualifikationsanforderung stellt andererseits eine Zugangsbeschränkung dar¹⁷.

In den verschiedenen Handwerksgruppen weist die Gründungsintensität eine mäßige Spannweite auf. Am höchsten war die jährliche Gründungsrate naturgemäß in den beiden Gruppen mit expansiver Unternehmenszahl, dem Metallgewerbe (5,0 %) und dem Gesundheits- und Reinigungsbereich (4,8 %). Aber während für ähnlich wachsende Branchen der Industrie das Gründungsrisiko, ausgedrückt in der Liquidationsrate, ebenfalls hoch war, lag diese Rate in

den beiden Handwerksgruppen mit 3,8 % bzw. 3,4 % eher unter dem Handwerksdurchschnitt, auch dies ist ein Zeichen für die besondere Stabilität der Handwerksunternehmen. Auffallend hoch war die "Sterberate" im Bekleidungsbereich (5,9 %), der allerdings viele Berufe mit stark geschrumpftem Bestand umfaßt, wie vorhin gezeigt wurde.

In längerfristiger Betrachtung zeigt sich eine Zunahme der Gründungsaktivitäten. Im Zeitraum 1977 bis 1980 betrug die jährliche Gründungsrate im Handwerk 3,5 %, im Zeitraum danach erhöhte sie sich auf 3,8 %, zugleich verminderte sich die Schließungshäufigkeit, wenn auch nur leicht von 4,1 % auf 4,0 %. Beide Faktoren haben also bewirkt, daß die Bestandsverluste seit 1980 etwas geringer ausfielen als vorher. Wie bereits erwähnt, war 1984 erstmals seit Mitte des 70er Jahre eine, wenn auch geringe Bestandszunahme an Handwerksunternehmen zu verzeichnen (0,1 %), der 1983 noch ein geringer Bestandsverlust (- 0,1 %) gegenüberstand, der aber deutlich geringer war als in den Jahren zuvor. Bereits 1983 hatte sich die Gründungsrate deutlich verstärkt, von 3,5 % in den Vorjahren auf 4,1 %. Die Gründungsaktivität blieb auch 1984 auf hohem Niveau (4,0 %), dabei war im Unterschied zum Vorjahr die Liquidationshäufigkeit etwas geringer (4,0 % gegenüber 4,2 %). Wie in der Verarbeitenden Industrie hat sich also auch im Handwerk die Gründungstätigkeit 1983/84 verstärkt, wobei die Zunahme der Starts von neuen Unternehmen im Handwerk bereits 1983 deutlicher ausfiel.

Anhaltende expansive Entwicklung im Dienstleistungsbereich

Der nachfolgend untersuchte tertiäre Sektor umfaßt die Bereiche Handel, Verkehr, Banken und Versicherungen und den sehr heterogen zusammengesetzten, zugleich auch sehr wachstumsträchtigen Bereich der Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen, der in der folgenden Analyse im Vordergrund stehen soll. Daten über Gründungen und Liquidationen können hierzu jedoch nicht vorgelegt werden. Als Datenquelle dient hier die Umsatzsteuerstatistik, die Anhaltspunkte für die Entwicklung der Un-

17 Siehe hierzu Schmidt, K.-D. u.a.: Im Anpassungsprozeß zurückgeworfen, Kieler Studien Nr. 185 (Strukturberichterstattung 1984). Herausgeber Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1984. Eine andere Frage ist, ob die Berechtigung zur Lehrlingsausbildung an eine besondere Prüfung geknüpft wird.

ternehmensbestände gibt, aber keine Informationen über Gründungen und Liquidationen enthält¹⁸.

Unter den großen Bereichen des tertiären Sektors ist längerfristig gesehen die Unternehmenszahl allein im Großhandel geschrumpft, wo von 1976 bis 1982 ein Rückgang um - 4,3 % eintrat (Schaubild 8)¹⁹. Maßgeblich dürfte hier zum einen die gestiegene Konzentration im Einzelhandel sein, der mit überregional operierenden Unternehmen bzw. Einkaufsvereinigungen die traditionelle Großhandelsfunktion weniger als früher benötigt, zum anderen die Tatsache, daß die Produzenten zunehmend Großhandelsfunktionen selbst wahrnehmen. Die Zahl der Einzelhandelsunternehmen nahm im gleichen Zeitraum um 6,5 %, die der in der Handelsvermittlung tätigen Unternehmen um 15,7 % zu. Im Bereich Verkehr, Nachrichtenübermittlung stieg die Zahl der Unternehmen um 14,3 %. (Für den

Bereich Kreditinstitute/Versicherungen läßt sich ein längerfristiger Zeitvergleich nicht herstellen).

Für den äußerst vielschichtigen Bereich der Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen (im folgenden kurz als "privater Dienstleistungsbereich" bezeichnet) ergab sich die bei weitem expansivste Entwicklung mit einem Unternehmenszuwachs von über 40 %. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß die hierin enthaltene Branche des Grundstücks- und Wohnungswesens statistisch durch steuerrechtlich bedingte Sonderentwicklungen (Inanspruchnahme der Mehrwertsteueroption in Verbindung mit Bauherrenmodellen) eine erhebliche Zunahme an Steuerpflichtigen aufweist, die ökonomisch gesehen kaum als Unternehmen angesehen werden können. Bereinigt man den privaten Dienstleistungsbereich um diejenigen Teile, die von dieser Sonderentwicklung stark dominiert werden, so ergibt sich immerhin noch eine bereinigte Zuwachsrate der Unternehmenszahl von 30,4 %. Innerhalb dieses sehr heterogenen Bereichs war allerdings eine stark differenzierte Entwicklung festzustellen (Schaubild 9). Am expansivsten war die Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung und -prüfung (+ 76,3 %). Zu diesem dynamischen Wirtschaftszweig, der mehrheitlich unternehmensbezogene Dienste erbringt, gehören auch die EDV-bezogenen Dienstleistungen. Besonders stark erhöhte sich die Unternehmenszahl auch im Bereich der Architektur- und Ingenieurbüros (+ 28,6 %). Hier war der bautechnische Bereich allerdings weit weniger expansiv (knapp 12 %) als der technisch-naturwissenschaftliche Bereich der Ingenieurbüros und Laboratorien (über 60 %). Auch der Bereich der Wirtschaftswerbung erfuhr eine starke Ausweitung der Unternehmenszahl (+ 52,9 %). Einen stärkeren Anstieg verbuchte weiterhin der Bereich Kunst, Theater, Film, Rundfunk usw. (+ 26,6 %), während der Bereich Verlags-, Literatur- und Pressewesen sich nur mäßig ausdehnte (+ 6,5 %). Weit weniger expansiv als die oft von Freien Berufen ausgeübten typischen unternehmensbezogenen Dienste waren die mehr traditionellen, oft handwerklich geprägten Dienstleistungen, deren Klienten in der Regel die privaten Haushalte sind. So wuchs die Unternehmenszahl im Be-

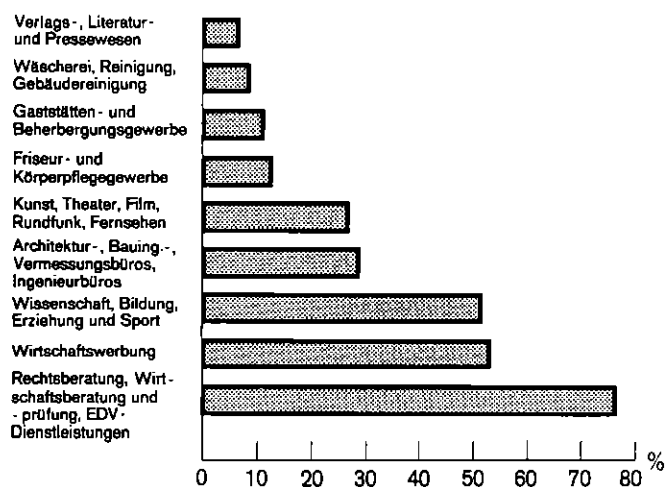
18 Erfasst werden in der Umsatzsteuerstatistik die Steuerpflichtigen, die im folgenden mit den Unternehmen gleichgesetzt werden. Hier ist zunächst einzuschränken, daß Organschaften (Mutter- und Tochterunternehmen), obwohl die Tochterunternehmen rechtlich selbständig sind, nur als ein Steuerpflichtiger (und folglich nur als ein Unternehmen) gezählt werden. Diese geringfügige Untererfassung der Zahl der Unternehmen wird allerdings überlagert durch eine nicht unerhebliche Übererfassung dadurch, daß die Umsatzsteuerstatistik keine Stichtagserhebung ist, es werden vielmehr prinzipiell alle Unternehmen gezählt, die im Lauf des Berichtsjahres, wenn auch eventuell nur in einem Teilzeitraum, bestanden haben. Zu Doppelzählungen desselben Unternehmens kann ein Inhaberwechsel oder eine Änderung der Rechtsform im Lauf des Berichtsjahres führen. Ökonomisch nicht ins Gewicht fallen dürfte dagegen die Tatsache, daß die Erfassung erst bei einem Mindestjahresumsatz von gegenwärtig 20 000 DM einsetzt, dies ist sicherlich der erforderliche Mindestumsatz, um selbst ein Ein-Mann-Unternehmen zu alimentieren, das nicht nur nebenberuflich geführt wird. Für die Berufe im Bereich des Gesundheitswesens liegen aus dieser Datenquelle keine verwertbaren Angaben vor.

19 Der längerfristige Zeitvergleich ist vor allem dadurch beeinträchtigt, daß ab 1980 infolge Änderungen des Umsatzsteuerrechts organschaftsähnliche Verhältnisse aufgespalten wurden. Während früher z.B. eine Gesellschaftsform wie die GmbH & Co. KG als ein Steuerpflichtiger (d.h. als ein Unternehmen) gezählt wurde, wird nunmehr jeder Teil eines solchen organschaftsähnlichen Verhältnisses (also z.B. die GmbH und die KG) als ein getrenntes Unternehmen erfasst, was eine entsprechende rein statistisch bedingte Erhöhung der Unternehmenszahl bewirkte. Darüber hinaus erfolgten 1980 andere wichtige Änderungen der Erhebungsmethoden. Rechnerisch bereinigt werden konnte die Erhöhung der Mindesterfassungsgrenze auf 20 000 DM Jahresumsatz sowie der Übergang auf die neue Systematik der Wirtschaftszweige. Nicht bereinigt werden konnte dagegen die Tatsache, daß 1980 zugleich eine Überprüfung der branchenmäßigen Zuordnung der Steuerpflichtigen erfolgte, dies hatte in einigen Wirtschaftszweigen, so bei den Kreditinstituten, nicht unerhebliche Auswirkungen auf den dort zugeordneten Bestand an Unternehmen. Per Saldo dürften die Zuwachsraten etwas überhöht sein.

Schaubild 9

Ausgewählte Dienstleistungen von Unternehmen¹⁾ und Freien Berufen

Veränderung der Zahl der Unternehmen 1982 gegen 1976 in %



1) Jeweils Unternehmen ab 20 000 DM Jahresumsatz.

reich Wäschereien, Reinigung, Gebäudereinigung um 8,1 %, im Friseur- und Körperpflegegewerbe um 12,1 % und im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe um 10,9 %.

Aufschlußreich ist auch eine detailliertere Betrachtung der jüngsten Vergangenheit (Tabelle 12). Im Jahr 1982 zählte der Handel 75 393 Unternehmen, das waren 2,2 % mehr als 1980. Während sich auch in diesem Zeitraum die Unternehmenszahl im Großhandel leicht verminderte (- 0,5 %), war die Entwicklung in der Handelsvermittlung (+ 3,3 %) und im Einzelhandel (+ 2,7 %) positiv. Größere Zuwachsraten wiesen auch der Verkehrsbereich auf (+ 4,8 %) und vor allem das Kredit- und Versicherungsgewerbe (+ 11,6 %). Dynamisch entwickelte sich auch in diesem Zeitraum der Bereich der

Tabelle 12

Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen und Steuerbarer Umsatz in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1982 nach ausgewählten Wirtschaftsklassen

Systematik-Nr. (WZ 1979)	Branche	Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen			Steuerbarer Umsatz			
		Baden-Württemberg		Bundesgebiet	Baden-Württemberg		Bundesgebiet	Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet 1982
		1982	Veränderung 1982 gegen 1980	Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet 1982	1982	Veränderung 1982 gegen 1980		
		Anzahl	%		Mill. DM	%		
4	Handel	75 393	2,2	1,3	136 055,7	8,0	6,3	12,0
40/41	Großhandel	13 655	- 0,5	0,7	79 960,4	6,4	6,0	11,3
42	Handelsvermittlung	11 263	3,3	0,9	3 098,8	4,1	2,4	12,9
43	Einzelhandel	50 475	2,7	1,5	52 996,5	10,7	7,0	13,2
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	10 633	4,8	1,6	8 743,0	8,5	5,3	8,1
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	885	11,6	3,5	1 783,6	16,6	8,3	7,9
7	Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	94 043	11,6	9,8	38 722,4	20,4	16,5	13,3
711	Beherbergungsgewerbe	2 912	- 7,4	11,6	1 329,0	0,2	12,1	14,2
713	Gaststättengewerbe	25 132	6,8	2,3	5 383,4	9,7	8,4	
731	Wäscherei, Reinigung	1 515	- 3,0	2,1	471,0	2,3	2,8	14,7
735	Friseur- u. sonstige Körperpflegegewerbe	6 752	5,4	4,0	835,2	12,5	10,5	14,5
741	Gebäudereinigung u.ä.	1 870	12,2	7,2	804,2	-50,0	17,6	12,0
7811	Rechtsberatung	3 036	12,2	9,2	1 068,2	22,9	21,5	13,5
7814	Steuerberatung	3 712	8,9	8,1	1 321,4	24,8	22,6	15,0
7817	Wirtschaftsprüfung u.ä.	223	- 0,4	6,4	299,1	18,9	21,3	17,2
7819	Sonstige Wirtschaftsberatung	1 796	22,3	19,4	613,1	33,4	7,4	9,0
784	Technische Beratung und Planung	11 344	12,4	9,6	4 434,2	29,3	15,4	15,3
787	Werbung	3 032	16,2	12,2	1 845,7	5,7	10,3	11,8
7892	EDV-Dienstleistungen	1 202	39,3	54,1	946,8	45,5	49,1	22,3
Nachrichtlich:								
7 ohne								
7945	Grundstücks- und Wohnungsverwaltung							
7949	u.-vermittlung, Sonst. Grundstückswesen	80 488	7,9	8,0	35 311,8	20,5	15,4	13,4

unternehmerischen und freiberuflichen Dienstleistungen (bereinigt um von der Mehrwertsteueroption dominierte Zweige: + 7,9 %).

Hierbei steht weit an der Spitze der Entwicklung der Wirtschaftszweig der EDV-Dienstleistungen (+ 39,3 %), wie auch andere Branchen, die überwiegend unternehmensbezogene Dienste anbieten, so die Wirtschaftsberatung (+ 22,3 %), die Werbung (+ 16,2 %), die technische Beratung und Planung, zu der auch die Architekten gehören (+ 12,4 %), die Rechtsberatung (+ 12,2 %) und auch die Gebäudereinigung (+ 12,2 %).

Diesen expansiven Dienstleistungszweigen stehen vergleichsweise schmale Zunahmen der Unternehmensbestände bei den traditionellen Dienstleistungen gegenüber, so im Friseur- und Körperpflegegewerbe (+ 5,4 %) und im Gaststättengewerbe (+ 6,8 %). Allerdings könnten hier Schwerpunktverlagerungen aus dem Beherbergungsgewerbe (- 7,4 %) stattgefunden haben. Beide Bereiche zusammen haben jedoch einen Zuwachs registriert, da die Unternehmenszahl stark vom Gaststättengewerbe dominiert wird. Eine negative Entwicklung nahm der Bereich Wäscherei/Reinigung (- 3,0 %).

Die Unternehmenszahlen wie auch deren Umsatzentwicklung zeigen, daß die zunehmende gesamtwirtschaftliche Bedeutung des privaten Dienstleistungssektors weniger von einer Nachfrageausweitung der privaten Haushalte als vielmehr von einem wachsenden Bedarf der Unternehmen nach Beratungs- und Service-Funktionen im ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Bereich ausgeht. Parallel dazu dürfte ein Prozeß der Auslagerung von solchen Funktionen vor allem aus den hier besonders tangierten Unternehmen des Produzierenden Gewerbes hinaus in rechtlich selbständige Unternehmen des Dienstleistungssektors stattgefunden haben. Dienstleistungsfunktionen werden also vermehrt von externen Spezialisten eingekauft, statt im eigenen Haus erbracht. Ein typisches Beispiel dürfte die Branche der EDV-Dienstleistungen sein, die 1982 bereits ein Umsatzvolumen von knapp 1 Mrd. DM erzielte. Ein weiterer Beitrag in dieser Publikation, der die Beschäf-

tigtenentwicklung gerade auch im Dienstleistungsbereich behandelt, beschreibt diese Tendenzen detaillierter²⁰.

Im Vergleich zum Bundesgebiet ist die Zahl der Unternehmen in Baden-Württemberg meist etwas stärker gestiegen, so im gesamten Handelsbereich mit Ausnahme des Großhandels, im Verkehrsbereich und im Kredit- und Versicherungsgewerbe. Im (bereinigten) privaten Dienstleistungsbereich erfolgte die Expansion global gesehen praktisch im Gleichschritt, jedoch mit einigen auffälligen Unterschieden in den einzelnen Branchen (Tabelle 12). In Baden-Württemberg waren die Zuwachsraten größer vor allem in der Wirtschaftsberatung, der Rechtsberatung und der technischen Beratung und Planung, sowie bei der Gebäudereinigung. Dagegen waren die Wachstumsraten unterdurchschnittlich bei den EDV-Dienstleistungen, hier war die Zunahme im Bundesgebiet deutlich stärker; hier könnte die boomartige Expansion dieser Branche in Baden-Württemberg bereits in den Vorjahren verstärkt erfolgt sein, denn trotzdem waren hier mit einem Anteil von 26,3 % im Jahr 1982 überdurchschnittlich viele Unternehmen in Baden-Württemberg ansässig.

Während der Anteil der heimischen Unternehmen am Bundesgebiet in den meisten Branchen des tertiären Sektors dicht beim entsprechenden Bevölkerungsanteil von 15 % liegt, zeigen der Handel, hier insbesondere der Großhandel, und das Kredit- und Versicherungsgewerbe einen deutlich darunterliegenden Anteil, was darauf zurückzuführen ist, daß zahlreiche überregional tätige Unternehmen ihren Sitz außerhalb Baden-Württembergs haben und dort (mit ihrem gesamten Umsatz) statistisch nachgewiesen werden.

Daten über Gründungen und Schließungen liegen im tertiären Sektor für Baden-Württemberg nicht vor. Aufgrund bundesweiter Schätzungen ist jedoch bekannt, daß in diesem Bereich, vor allem im Handel, Gastgewerbe und bei den privaten Dienstleistungen, die Grün-

20 Siehe hierzu den Beitrag "Sektorale Aspekte der Beschäftigtenentwicklung, insbesondere im Dienstleistungsbereich" in diesem Bericht.

dungsraten weit über dem Durchschnitt liegen, dies gilt aber auch, wenn auch weniger deutlich, für die Schließungshäufigkeit. Die Unternehmensexpansion dieser Bereiche wird also begleitet von einer außerordentlich hohen Fluktuation.

Unternehmensfluktuation in Baden-Württemberg geringer als im Bundesdurchschnitt

Das Dilemma aller Untersuchungen über die Rolle von Gründungen und Liquidationen von Unternehmen läßt sich prägnant mit folgendem Zitat wiedergeben: "... Was der amtlichen Statistik völlig fehlt, sind breitgefächerte Informationen über die Zu- und Abgänge von Unternehmen ... In den letzten Jahren sind allerdings einige Arbeiten erschienen, die versuchen, diese Lücke zu füllen. Sie basieren... teils auf der Auswertung anderer Quellen, wie den Eintragungen und Löschungen im Handelsregister oder den Anmeldungen und Abmeldungen bei den Gewerbeämtern... Alle genannten Untersuchungen weisen offensichtlich Schwachstellen auf, ihre Ergebnisse sind daher mit Vorsicht zu interpretieren²¹."

Auch die vorliegende Arbeit kann sich diesem Dilemma nicht ganz entziehen. Sie konnte die Gründungsaktivitäten mit Daten, die der amtlichen Statistik zur Verfügung stehen, nur für die Wirtschaftsbereiche Verarbeitende Industrie und Bauhauptgewerbe darstellen sowie für das Handwerk durch die dort geführten Geschäftsstatistiken.

Einige methodische Kompromisse mußten dabei in Kauf genommen werden (siehe Anhang). Umso interessanter ist der Vergleich mit anderen Untersuchungen, wobei die nicht selbstverständliche Einheitlichkeit in der Tendenz der Ergebnisse bemerkenswert ist²².

21 Siehe hierzu K.W. Schatz: Die Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen im Strukturwandel, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 103, 1984, Herausgeber Institut für Weltwirtschaft Kiel.

22 Ein Vergleich mit der gleichfalls auf Baden-Württemberg bezogenen Studie des ISW (Volkert, B., a.a.O.) ist nur schwer möglich, unter anderem da diese Studie nur für das 1. Halbjahr 1984 und das 2. Halbjahr 1983 Ergebnisse enthält. Hieraus läßt sich für das Produzierende Gewerbe eine Gründungsrate von 7,2% schätzen. Dieser Wert liegt der Gründungsrate für 1984 von 6,6% sehr nahe, die sich für diesen zusammengefaßten Wirtschaftsbereich in der vorliegenden Arbeit ergibt, wenn man die Unterschiede in der Datengrundlage und die jeweils notwendigen Über- und Untererfassungen berücksichtigt.

Eine Schätzung im Rahmen der Strukturberichterstattung 1984 des Instituts für Weltwirtschaft Kiel umfaßt die Jahre 1970 - 1979. Für diesen Zeitraum wurde bundesweit für das Verarbeitende Gewerbe eine jährliche Gründungsrate von 6,0 % geschätzt, für das Baugewerbe 11,0 % (jeweils einschließlich Handwerk), für das gesondert ausgewiesene Handwerk von 5,5 %. Diesen hohen Gründungsraten stehen jedoch auch höhere Liquidationsraten gegenüber (Verarbeitendes Gewerbe 8,5 %, Baugewerbe 12,5 %, Handwerk 7,3 %). Diese bundesweiten Raten geben zwar die gleiche Rangfolge der Branchen bei der Fluktuation wider, liegen allerdings jeweils über den für die Jahre 1981/84 errechneten Werten für Baden-Württemberg.

Drei Ursachen für diese Unterschiede sind wahrscheinlich. Zunächst sind die unterschiedlichen Zeitperioden zu berücksichtigen. So geht aus der zitierten Studie hervor, daß die Gründungsintensität in den konjunkturrell günstigen Jahren 1978/79 auf hohem Niveau war.

Zum zweiten sind - neben den nicht identisch abgegrenzten Wirtschaftsbereichen - vor allem die unterschiedlichen Datenquellen zu berücksichtigen. Diese zum Vergleich herangezogene Arbeit fußt auf den Gewerbeanmeldungen: hier ist zu befürchten, daß vor allem Scheingründungen (also Gewerbeanmelder, die nicht nachhaltig bzw. ernsthaft ein Gewerbe ausüben wollen) und andere durch die Art der Datenquelle erzwungenen systematischen Übererfassungen eine Rolle gespielt haben.

Zum dritten ist es allerdings nicht ausgeschlossen, daß sowohl die Gründungs- als auch die Liquidationsraten und folglich die Unternehmensfluktuation in Baden-Württemberg geringer sind als im Bundesdurchschnitt. Hierfür sprechen folgende Beobachtungen:

Die Insolvenzhäufigkeit aller Wirtschaftsbereiche zusammen liegt - wie bereits ausgeführt - in Baden-Württemberg in der Regel deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. 1984 z.B. wurden hier je 10 000 Unternehmen 51 Insolvenzfälle gezählt, im Bundesgebiet dagegen 69. Dies ist allerdings nur ein Indiz für die geringere Liquidationshäufigkeit in Baden-

Württemberg, denn nur ein kleiner Teil der Unternehmensauflösungen schlägt sich bei den Insolvenzen nieder. So dürften im Handwerk weniger als 10 % der gesamten Unternehmensschließungen insolvenzbedingt sein; hier wurden seit 1981 bei einer Zahl von 1 316 Insolvenzen rund 14 900 Unternehmensauflösungen registriert.

Aber auch andere Studien weisen auf eine geringere Unternehmensfluktuation in Baden-Württemberg hin. So ergab eine mit einer Stichprobe aus den Gewerbean- und -abmeldungen arbeitende, primär auf Nordrhein-Westfalen bezogene Studie – die aber auch Zahlen für andere Bundesländer schätzt – für die Jahre 1973 bis 1979, daß in Baden-Württemberg im Durchschnitt dieser Jahre 13,0 % der bei den Industrie- und Handelskammern registrierten Unternehmen angesiedelt waren, gleichzeitig in Baden-Württemberg aber nur 11,6 % der bundesweiten Gründungen, sowie gleichfalls nur 11,6 % der bundesweiten Unternehmenslösungen erfolgten. Dies ergab einen ebenfalls unterdurchschnittlichen Anteil von 12,3 % an der bundesweiten Unternehmensfluktuation. Obwohl der Gründungsbegriff, entsprechend der verfügbaren und gerade auch durch Baden-Württemberg in hohem Umfang durch Schätzungen ermittelten Daten wohl sehr weit gefaßt sein dürfte, deuten diese Ergebnisse darauf hin, daß die Unternehmensfluktuation, und deren Komponenten Gründungen und Liquidationen in Baden-Württemberg geringer sind.

Der Verband der Vereine Creditreform veröffentlicht ebenfalls Daten über Unternehmensgründungen und -auflösungen, die wieder auf einer anderen Datenquelle, den im Handelsregister neu eingetragenen Unternehmen, basieren²³. Auch die Qualität dieser Untersuchung im Bezug auf eine trennscharfe Gründungsdefinition ist schwer einzuschätzen. Dennoch sind diese Zahlen für den Regionalvergleich aufschlußreich. Wiederum zeigt sich, daß, bezogen auf

den Bestand an den im Handelsregister eingetragenen Unternehmen, die Gründungsrate in Baden-Württemberg zusammen mit Bayern und Niedersachsen am unteren Ende der Skala rangiert, was (wiederum mit Bayern) auch für die Liquidationen gilt. Auch hier weist also Baden-Württemberg eine unterdurchschnittliche Unternehmensfluktuation auf.

Allerdings beschreiben alle zitierten Arbeiten nur die globale Gründungsaktivität, nach Wirtschaftsbereichen differenzierte Daten liegen nicht vor. Eindeutige Aussagen ließen sich nur gewinnen, wenn Daten zumindest in der Gliederung nach den großen Wirtschaftsbereichen vorlägen, die die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur der Bundesländer berücksichtigen. Dies ist deshalb wichtig, da, wie bundesweite Schätzungen zeigen, die Gründungs- und Liquidationsraten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr stark unterschiedlich sind. So zeigte die bereits zitierte Untersuchung im Rahmen der Strukturberichterstattung, daß die Gründungsrate im Verkehrsbereich und im Gastgewerbe mehr als das Doppelte, im Handel mehr als das Anderthalbfache der Raten im Verarbeitenden Gewerbe betragen. Auch bei den Liquidationsraten (und somit auch bei der Fluktuation) sind die Unterschiede deutlich, wenn auch etwas weniger krass. Berücksichtigt man nun, daß von den Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche in Baden-Württemberg 20,6 %, im Bundesgebiet aber nur 16,3 % auf das Verarbeitende Gewerbe entfallen (gemessen an der Umsatzsteuerstatistik 1982), in Baden-Württemberg also die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes z.B. mit ihrer unterdurchschnittlichen Fluktuation deutlich mehr ins Gewicht fallen, so wirkt schon dieser Struktureffekt auf eine niedrige globale Unternehmensfluktuation in Baden-Württemberg hin²⁵.

23. Siehe hierzu N. Szypinski, a.a.O.

24. Unternehmensentwicklung 1984, Herausgeber Verband der Vereine Creditreform e.V. 1984 sowie Jahresbericht 1983/84.

25. Die These, daß in Baden-Württemberg in einem Bereich wie z.B. dem Verarbeitenden Gewerbe die Fluktuation besonders niedrig ist, würde sich also erst belegen lassen, wenn zumindest grob nach Wirtschaftsbereichen differenzierte Untersuchungen existieren, die für Land und Bund mit gleichen Methoden arbeiten, d.h. dem gleichen Beobachtungszeitraum, der gleichen Datenquelle und auch der gleichen Gründungs- und Liquidationsdefinition. Eine derartige Untersuchung liegt jedoch bisher nicht vor.

Betrachtet man die Entwicklung der Unternehmensbestände, die sich aus der Differenz der Gründungs- und Liquidationsraten ergibt, so deuten die Ergebnisse darauf hin, daß sich die Entwicklung der Zahl der Unternehmen in Baden-Württemberg etwas günstiger entwickelt hat als im Bundesgebiet. So weist die Umsatzsteuerstatistik zwischen 1980 und 1982 im Verarbeitenden Gewerbe in Baden-Württemberg ein leichtes Plus beim Unternehmensbestand auf (+ 0,2 %), dagegen im Bundesgebiet einen leichten Rückgang (- 0,1 %). Das gleiche gilt, etwas stärker ausgeprägt, im Bauhauptgewerbe (+ 0,2 % gegenüber - 0,4 %). Eine für Baden-Württemberg relativ günstigere Entwicklung weisen auch aktuellere Daten aus fachspezifischen Erhebungen auf, die allerdings die große Zahl der Unternehmen mit unter 20 Beschäftigten nicht berücksichtigen, und folglich Unternehmen, die bis zum Ende des Beobachtungszeitraums in diese Größenklasse aufgrund der konjunkturellen Lage "hineingeschrumpft" sind, als Bestandsabnahme ausweisen, obwohl diese Unternehmen sehr wohl (als kleinere Unternehmen) weiterbestehen können. Die so gemessene Unternehmensentwicklung ist also für den Zeitvergleich weniger geeignet, jedoch immerhin als Näherungswert für den Land-Bund-Vergleich. Für das Verarbeitende Gewerbe ergab sich für 1980 bis 1984 ein Rückgang bei den so abgegrenzten Unternehmen von 7 %, im Bundesgebiet um 9 %, im Bauhauptgewerbe (Unternehmen mit vollem Geschäftsjahr) bis 1983 in Baden-Württemberg ein Rückgang von 3 %, im Bundesgebiet von 11 %.

Schlußbemerkungen

In den letzten beiden Jahren war in allen betrachteten Bereichen eine gestiegene Gründungstätigkeit festzustellen, die allerdings in der Industrie von einer gleichfalls hohen Rate der Unternehmensaufgaben überlagert war. Eine interessante Frage ist hierbei, inwieweit öffentliche Förderungsmaßnahmen das Gründungsgeschehen beeinflussen. Das bereitgestellte Fördervolumen und die Inanspruchnahme dieser Mittel ist in den letzten Jahren stark gestiegen. So hat die Landeskreditbank 1984 im Rahmen des Existenzgründungsprogramms der

Landesregierung 3 989 Existenzgründungsdarlehen gewährt, das waren nochmals 256 mehr als im bisherigen Spitzenjahr 1983.

Durch die stark gestiegene Zahl der geförderten Unternehmensgründungen ist sicherlich deren Anteil an den gesamten Gründungen gestiegen. Wichtig dabei ist die Beobachtung, daß öffentlich geförderte Gründungen sehr erfolgreich verlaufen und ihre weitere Überlebenswahrscheinlichkeit überdurchschnittlich hoch ist. Dies ist bedeutsam angesichts der im Verlauf dieser Arbeit mehrfach gezeigten Beobachtung, daß in der Regel junge Unternehmen besonders gefährdet sind.

So haben beispielsweise von dem 1973 mit Hilfe des Landes geförderten Existenzgründungen 10 Jahre später noch 90 % bestanden, deren Beschäftigtenzahl hat sich gleichzeitig um 87 % erhöht. Ähnliche Ergebnisse zeigte das Eigenkapitalhilfeprogramm des Bundes, hier bestanden vom ältesten Gründungsjahrgang 1979 im Jahr 1984 noch 95 % dieser Unternehmen. Ein wesentlicher Effekt der öffentlichen Existenzgründungsförderung dürfte also darin bestehen, daß die Liquidationsraten niedriger werden, einmal durch die natürliche Auslese, die die Prüfung der Förderungsvoraussetzungen mit sich bringt, aber vor allem durch die infolge der finanziellen Förderung verbesserten Startbedingungen und die intensive Beratung, die die Überlebensfähigkeit eher sichern.

Das zunehmende Gewicht der geförderten Gründungen läßt so in der Zukunft erwarten, daß die vor allem in der Industrie noch hohe Liquidationshäufigkeit etwas absinken wird. Wenn die Gründungstätigkeit auf dem gegenwärtigen Niveau bleibt, kann davon ausgegangen werden, daß auch im Produzierenden Sektor die Zahl der Unternehmen wieder spürbar steigen wird.

Zusammenfassung

- Die Ursachendiagnose der Ende der 70er Jahre sich abzeichnenden Wachstumsschwäche und der damit einhergehenden hohen Arbeitslosigkeit hat auch danach zu fragen, ob nicht eine Erosion des Bestandes an Unterneh-

men durch ein Defizit an Gründungen eingetreten ist. Um den Strukturwandel des Gründungsgeschehens darstellen zu können, das modellhaft gesehen durch einen Gründungsüberschuß in wachstumsrelevanten Branchen bei einem Defizit in schrumpfenden Branchen den Wandel der Nachfrage widerspiegelt, ist eine branchenorientierte Untersuchung notwendig. Die vorliegende Untersuchung kann erstmals auf der Grundlage von Sonderauswertungen das Gründungsgeschehen seit Beginn der 80er Jahre in tiefer sektoraler Gliederung für ausgewählte Wirtschaftsbereiche in Baden-Württemberg beschreiben.

- Die Zahl der Selbständigen kann die Unternehmensentwicklung nur in grober Näherung wiedergeben. Immerhin zeigen diese Zahlen, daß bei einem stetigen Zuwachs an Selbständigen im Dienstleistungsbereich deren Zahl im Produzierenden Gewerbe bis 1982 stagnierte, seither aber leicht gewachsen ist. Die Altersstruktur der Selbständigen hat sich im letzten Jahrzehnt eher verjüngt.
- Die Seite der Unternehmensschließungen beleuchten zunächst die Unternehmensinsolvenzen, die 1983 und auch noch 1984 auf sehr hohem Niveau waren, ihre Zahl lag 1984 mehr als doppelt so hoch wie 1980. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen jedoch wieder leicht gesunken. Die Insolvenzhäufigkeit liegt in Baden-Württemberg unter dem Bundesdurchschnitt. Allerdings machen die insolvent gewordenen Unternehmen nur einen kleinen Teil der gesamten Liquidationen von Unternehmen aus. Dennoch deuten die stark gestiegenen Insolvenzfälle einen verschärften Ausleseprozeß an. Entscheidend ist jedoch, ob dem eine entsprechende Zunahme an Gründungen gegenübersteht.
- Die Zahl der heimischen Unternehmen der Verarbeitenden Industrie (einschließlich aller Kleinunternehmen) lag Ende 1984 mit einer Zahl von 14 829 um 192 Unternehmen niedriger als 1980 (- 1,3 %), stärker ging deren Beschäftigtenzahl zurück (- 6,4 %). Rund 63 % dieser Arbeitsplatzverluste

dürften auf den Arbeitsplatzabbau in bestehenden Unternehmen zurückgehen, die restlichen 37 % unmittelbar auf das Gründungsdefizit. Der Rückgang der Zahl der Unternehmen hat sich jedoch 1984 stark abgeflacht, gleichzeitig stieg deren Beschäftigtenzahl erstmals wieder leicht an.

- In den letzten 4 Jahren wurden 2 950 Industrieunternehmen gegründet, gleichzeitig aber 3 140 Unternehmen liquidiert, nur ein kleiner Teil davon jedoch durch Insolvenzen. Bezogen auf den Unternehmensbestand bedeutet dies eine Gründungsrate pro Jahr von 4,9 % und eine jährliche Schließungsrate (Liquidationsrate) von 5,2 %.
- Die Gründungsrate stieg 1983 und vor allem 1984 stärker an und erreichte in diesem Jahr ihren bisherigen Gipfelwert im Beobachtungszeitraum (6,2 %). Allerdings erreichte auch die Liquidationsrate 1984 ihren höchsten Stand (6,5 %).
- Die Entwicklung des Unternehmensbestandes und des Gründungsgeschehens war in den einzelnen Branchen sehr differenziert. Am höchsten war die jährliche Gründungsrate in der ADV/Büromaschinenherstellung (1981 bis 1984: 15,1 %). Auch andere technologiegeprägte Branchen, so der Fahrzeugbau (6,8 %), der Maschinenbau (7,3 %) und vor allem die Elektrotechnik (8,8 %), wiesen überdurchschnittliche Gründungsaktivitäten auf. Dies zeigt sich besonders, wenn man einige Zweige dieser Branchen näher untersucht. Diese und andere Branchen, die eine hohe Gründungsrate aufweisen, sind aber auch überdurchschnittlich von Unternehmensschließungen betroffen. Dieser Zusammenhang, wie auch andere Datenquellen, deuten darauf hin, daß neugegründete Unternehmen besonders gefährdet sind.
- Den größten Unternehmenszuwachs hatte der ADV-Bereich, mit Abstand folgte der Fahrzeugbau, die Elektrotechnik und der Maschinenbau, aber auch der Bereich Druckerei/Vervielfältigung und die Kunststoffwarenherstellung wiesen steigende Unterneh-

menszahlen auf. Das Gros der Branchen hatte jedoch einen Verlust an Unternehmen. Die steigenden Unternehmenszahlen in den dynamischen Branchen sind nicht gänzlich auf einen Gründungsüberschuß zurückzuführen, sondern teilweise auch darauf, daß Unternehmen, die früher in anderen Branchen tätig waren, in diese Branchen hineingewechselt haben.

- Die Unternehmensfluktuation (d.h. die Summe aus Gründungen und Schließungen eines Jahres) ist bei kleinen Unternehmen am höchsten. Die Bedeutung kleiner Unternehmen hat im Zeitverlauf etwas zugenommen, d.h. es wurden mehr kleine Unternehmen gegründet als geschlossen.
- Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Zahl der Beschäftigten in Baden-Württemberg seit 1980 zurückgegangen (- 8,0 %). Dabei war der Beschäftigtenrückgang in denjenigen baden-württembergischen Betrieben, deren Unternehmenssitz in anderen Bundesländern liegt, weit überproportional (- 17,2 %). Dagegen haben heimische Unternehmen, die auch in anderen Bundesländern Betriebsstätten haben, dort ihre Beschäftigtenzahl praktisch halten können (- 0,3 %).
- Baden-württembergische Unternehmen haben in anderen Bundesländern mehr Personen beschäftigt, als umgekehrt "auswärtige Unternehmen" Arbeitsplätze in Baden-Württemberg unterhalten. 1984 betrug dieser Saldo 95 300 Personen, er weist eine steigende Tendenz auf.
- Im Baubereich (Bauhauptgewerbe einschließlich Handwerksteile) ist die Zahl der Unternehmen im Zeitraum von 1980 noch bis 1984 angestiegen, allerdings mit abflachender Tendenz. Die Zunahme war jedoch weniger deutlich im Hoch- und Tiefbau. Sehr stark stieg die Unternehmenszahl dagegen in Baubranchen, die vom Trend zur Sanierung und Energieeinsparung profitierten, ein Teil dieser Branchen erlebte einen regelrechten Gründungsboom, während die jährliche Gründungsrate im gesamten Bauhauptgewerbe immerhin 5,7 % betrug, bei

einer Liquidationsrate von 4,7 %. Stark handwerklich geprägte Baubranchen weisen eine unterdurchschnittliche Anzahl von Gründungen und Liquidationen auf, die Fluktuation ist hier also geringer und damit die Entwicklung stabiler als in den übrigen Teilen des Baubereichs.

- Im Handwerk hat sich die Unternehmenszahl 1983 und vor allem 1984 wieder stabilisiert. Das Handwerk ist geprägt von einer niedrigen jährlichen Gründungsrate (1981 bis 1984: 3,8 %) und einer gleichfalls niedrigen Schließungsrate (4,0 %), also einer geringen Fluktuation. Bemerkenswert ist, daß in expansiven Handwerksbranchen mit überdurchschnittlicher Gründungstätigkeit, so im Metallgewerbe und dem Gesundheits- und Reinigungsbereich, die Schließungshäufigkeit eher unterdurchschnittlich war, während dynamische Branchen in anderen Wirtschaftsbereichen eine ebenfalls hohe Liquidationsrate aufwiesen.
- Die niedrige Fluktuation bei Handwerksunternehmen ist umso auffallender, da im Handwerk Kleinunternehmen dominieren. Kleinunternehmen in der Industrie weisen dagegen eine besonders hohe Fluktuation auf. Ursächlich für die besondere Stabilität der Handwerksunternehmen dürften vor allem die hohen Qualifikationsanforderungen (in der Regel Meisterprüfung) sein.
- Für den tertiären Bereich liegen keine Angaben über Gründungsaktivitäten vor. Die expansive Entwicklung der Unternehmensbestände zeigt jedoch einen stetigen Gründungsüberschuß an. In längerfristiger Betrachtung hatte der Bereich der privaten Dienstleistungen die größte Dynamik, aber auch im Handel und Verkehrsbereich war die Unternehmenszahl steigend. Dies gilt auch für die Jahre 1980 bis 1982, für die eine tiefe branchenmäßige Differenzierung vorliegt. Am expansivsten waren mit Abstand die EDV-Dienstleistungen (1980 bis 1982: + 39,3 %) und die Wirtschaftsberatung (+ 22,3 %). Aber auch andere unternehmensbezogene Dienstleistungen wiesen innerhalb eines Zeitraums von nur zwei Jahren zweistellige Zuwachs-

raten auf, während konventionelle, meist auf den privaten Kunden bezogene Dienste weit schwächer expandierten oder sogar einen Rückgang der Unternehmenszahlen aufwiesen. Dies gilt auch, wenn auch weniger detailliert belegbar, für die langfristige Entwicklung seit 1976.

- In allen betrachteten Bereichen war die Gründungstätigkeit 1984 auf vergleichsweise hohem Niveau, bei allerdings vor allem in der Industrie ebenfalls hohen Liquidationsraten,

- In den letzten Jahren ist andererseits die Anzahl der öffentlich geförderten Existenzgründungen stark angestiegen. Solche Gründungen haben offensichtlich eine sehr hohe Überlebenswahrscheinlichkeit. Deshalb kann bei einem weiter wachsenden Anteil von geförderten Gründungen erwartet werden, daß die gegenwärtig noch zahlreichen Unternehmensliquidationen zurückgehen werden. Bei einer auch nur gleichbleibenden Zahl von Gründungen würde dies eine Bestandszunahme gerade auch von Unternehmen des produzierenden Sektors in der Zukunft erwarten lassen.

1.3 Exportstruktur und Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf nichteuropäischen Märkten

Verbesserte internationale Wettbewerbslage

Es wird allgemein angenommen, daß die starke Exportausweitung der vergangenen 1 1/2 Jahre mit einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition der Bundesrepublik und damit auch Baden-Württembergs einhergeht. Dazu wäre es erforderlich, daß die bundesdeutschen bzw. baden-württembergischen Exporte - sei es nun insgesamt oder zumindest in mehreren wichtigen Exportsparten - stärker wachsen als die gesamte Weltausfuhr. Hiermit wäre auch verbunden, daß die Abwertungsvorteile, die sich derzeit aus einer Abwertung der DM gegenüber dem US-Dollar ergeben, in voller Höhe in eine Exportausweitung umgesetzt werden¹. Ob dies in den Jahren 1984/85 in dieser Weise tatsächlich der Fall ist, kann derzeit noch nicht festgestellt werden, da die zu diesem internationalen Vergleich erforderlichen Daten erst in etwa zwei Jahren seitens der Vereinten Nationen zur Verfügung stehen werden.

Daß die Annahme einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit allerdings durchaus berechtigt ist, läßt sich aus der Entwicklung der Weltmarktanteile in den Jahren 1982/83 ableiten, die nachfolgend

näher analysiert wird. Sie zeigt, daß der "kontinentalen Herausforderung Europas" durch die USA und Japan, die etwa in den Jahren zwischen 1979 und 1981 zu einer z.T. deutlichen Verschlechterung der Weltmarktposition europäischer Industrieländer geführt hatte², in den nachfolgenden Jahren standgehalten wurde. So sind die Anteile am Weltexport der meisten europäischen Länder nicht weiter gesunken, z.T. haben sich auch wieder leichte Anteilsverbesserungen ergeben (Tabelle 1). War der Anteil Baden-Württembergs am Weltexport von 1,8 % im Jahr 1979 auf 1,5 % (1981) gesunken, so stieg er in den Jahren 1982 und 1983 wieder leicht auf 1,6 %. In den anderen Bundesländern lief die Entwicklung in etwa parallel, die entsprechenden Weltmarktanteile betrugen hier zunächst 8,7 %, dann 7,4 % und zuletzt 7,9 %.

Die Bedeutung Baden-Württembergs als internationaler Handelspartner drückt sich bereits darin aus, daß dieses Land, in dem etwa 0,2 % der Weltbevölkerung leben, zuletzt rund 1,6 % der Weltexporte stellte. Damit übertrifft es die Position von Nationen wie Schweden und der Schweiz. Bei einigen Warenarten beläuft sich der Anteil Baden-Württembergs sogar auf mehr als ein Zehntel, dies gilt für die Werkzeugmaschinen (1982: 11,3 %) - die allerdings an Bedeutung verloren haben -, wie besonders für die Druckerei- und Buchbindereimaschinen, bei denen das Land 1982 mit einem Anteil von knapp 15 % der drittgrößte Anbieter auf dem Weltmarkt war (Schaubild 1). Auch kleinere Produktsparten erreichen hohe Weltmarktanteile, so Zähler und Tachometer (13,0 %) und optische Instrumente und Geräte (11,9 %). Von den in die Untersuchung einbezogenen Waren hatten des weiteren acht Sparten einen Weltmarktanteil zwischen 5 % und 10 %,

1 Alle von den Vereinten Nationen veröffentlichten Daten zum Welthandel werden in US-Dollar angegeben. Die Zahlen sind das Ergebnis einer Umrechnung der verschiedenen nationalen Meldungen der Exportwerte mit dem jeweiligen offiziellen Wechselkurs der Landeswährung zum amerikanischen Dollar. Dementsprechend werden die bundesdeutschen Zahlen mit Hilfe des Wechselkurses zwischen DM und Dollar umgerechnet. Angesichts der zunehmenden Abwertung der DM gegenüber dem US-Dollar im Jahre 1983 und insbesondere im Jahre 1984 kann der Effekt eintreten, daß die deutschen Ausfuhrwerte auf Dollar-Basis langsamer wachsen als die entsprechenden Werte auf DM-Basis oder sogar fallen. Offensichtlich hängt die Entwicklung der Dollarwerte davon ab, in welchem Verhältnis die Abwertungsrate der DM und die Wachstumsrate der DM-Exporte zueinander stehen. Vollzieht sich die Abwertung schneller, gehen die Dollar-Ausfuhrwerte absolut zurück. Dieser Rückgang kann zu Anteilsverlusten am Weltmarkt führen. Anders ausgedrückt: Eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition ist möglich, wenn der Abwertungsvorteil in nicht genügendem Maße genutzt wird, um die Exporte auszudehnen. Zu dieser Problematik kann hier keine weitergehende Aussage gemacht werden, da die neuesten UN-Daten aus dem Jahre 1982 stammen, die Phase der stürmischen Dollar-Hausse von der Datenseite her somit noch nicht auftritt.

2 Im Statistisch-prognostischen Bericht 1982/83 wurde die Entwicklung der Weltmarktanteile der 17 größten Exportnationen seit 1970 dargestellt und ausführlich kommentiert.

Tabelle 1

Anteil Baden-Württembergs, anderer Bundesländer sowie der zehn wichtigsten westlichen Industrienationen am Weltexport

Jahr	Welt-export	Export Baden-Württemberg	Anteil am Weltexport								
			Baden-Württemberg	andere Bundesländer	USA	Japan	Großbritannien	Frankreich	Italien	Kanada	Niederlande
			Mill. DM		%						
1970	1 144 866	22 641	2,0	9,0	13,6	6,2	6,2	5,7	4,2	5,3	3,8
1971	1 219 780	23 675	1,9	9,2	12,5	6,9	6,4	5,8	4,3	5,1	4,0
1972	1 336 300	26 535	2,0	9,2	12,0	6,9	5,9	6,2	4,5	4,9	3,9
1973	1 544 700	30 803	2,0	9,6	12,4	6,4	5,3	6,2	3,9	4,4	4,2
1974	2 176 600	37 283	1,7	8,9	11,7	6,6	4,6	5,5	3,6	3,9	3,9
1975	2 146 800	35 917	1,7	8,6	12,3	6,4	5,0	5,9	4,0	3,7	4,0
1976	2 491 900	41 942	1,7	8,6	11,6	6,8	4,7	5,6	3,7	3,9	4,1
1977	2 608 500	45 575	1,8	8,7	10,7	7,2	5,1	5,6	4,0	3,7	3,9
1978	2 613 900	47 698	1,7	9,1	11,0	7,5	5,5	5,9	4,3	3,5	3,9
1979	3 010 000	53 109	1,8	8,7	11,1	6,3	5,5	6,0	4,4	3,4	3,9
1980	3 647 000	59 287	1,6	8,0	11,0	6,5	5,7	5,5	3,9	3,1	3,7
1981	4 459 000	66 299	1,5	7,4	11,8	7,7	5,6	5,1	3,8	3,6	3,5
1982	4 503 000	72 105	1,6	7,9	11,5	7,5	5,2	5,0	4,0	3,6	3,6
1983	4 537 000	72 951	1,6	7,9	11,3	8,3	5,2	5,1	4,1	4,1	3,7

so die Spezialfahrzeuge (9,2 %), Acker-schlepper (7,8 %), Pkw (7,4 %) und Textil- und Ledermaschinen (7,4 %) sowie die Kolbenverbrennungsmotoren (6,6 %), Flüssigkeitspumpen (5,4 %) und elektrischen Geräte zum Schließen und Öffnen (5,8 %)³.

Allein zwischen 1983 und 1984 stieg die Ausfuhr Baden-Württembergs um gut 11 % auf 81,4 Mrd. DM. Damit hat sie sich zwischen 1975 und 1984 weit mehr als verdoppelt (127 %). Bei Berücksichtigung der Preissteigerung entspricht dies einem Anstieg um etwa zwei Drittel (63 %). Die damit verbundene herausragende Bedeutung der Ausfuhr für das Land – auch im Vergleich zum Bund – zeigen einige weitere Indikatoren. So belief sich der Ausfuhrwert je Kopf der Bevölkerung 1984 im Land auf 8810 DM und lag damit um 10 % über dem Bundesdurchschnitt (8000 DM). Im Verarbeitenden Gewerbe, das sich in erster Linie im

internationalen Wettbewerb behaupten muß, wurden 1984 im Land 31 % des Gesamtumsatzes exportiert gegenüber 24 % im Jahr 1975. Im Bundesgebiet betragen die entsprechenden Relationen 29 % und knapp 24 %. Die Exportintensität des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes liegt dabei 1984 mit einer Exportquote von 41 % im Land und 40 % im Bundesgebiet (gegenüber jeweils gut 34 % im Jahr 1975) noch erheblich über dem Durchschnitt der Gesamtindustrie.

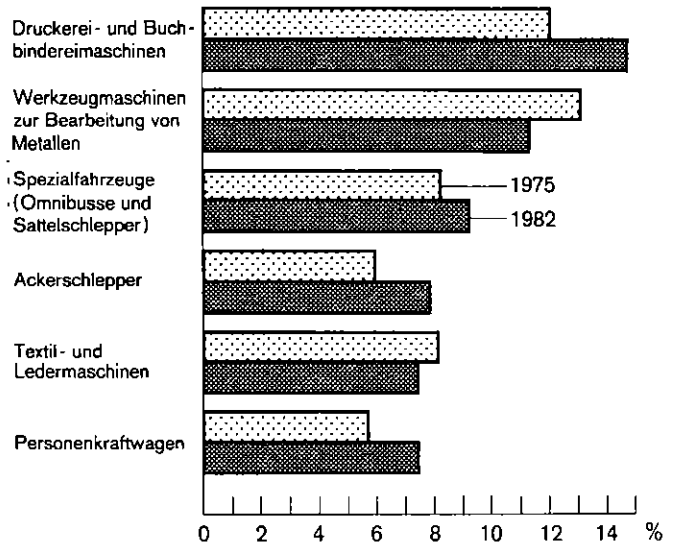
Bei diesen Exportziffern ist nur der direkte Export berücksichtigt, nicht einbezogen wurde die exportinduzierte Vorleistungsproduktion, also die indirekten Exporte. Berücksichtigt man auch diese Zuliefereffekte, so erhöht sich die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes des Landes schätzungsweise auf etwa 35 %, die des Investitionsgütergewerbes sogar auf etwa 45 %. Der von der Ausfuhr abhängige Anteil am Gesamtumsatz steigt weiter – schätzungsweise um mindestens etwa 5 Prozentpunkte –, wenn auch solche Zuliefereffekte einbezogen werden, die in Baden-Württemberg durch eine exportinduzierte Nachfrage in anderen Bundesländern hervorgerufen

3 Im Anhang befinden sich Schaubilder, in denen für ausgewählte Warengruppen die Entwicklung der Weltexportanteile der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Württembergs sowie der vier wichtigsten Konkurrenzländer zwischen 1975 und 1982 dargestellt wird.

Schaubild 1

Exportgüter mit hohen Weltmarktanteilen 1975 und 1982

Anteil am Weltexport				
Belgien und Luxemburg	Schweden	Schweiz	aufgeführte Länder zusammen	nachrichtlich Saudi-Arabien
%				
3,7	2,2	1,6	63,4	0,8
3,6	2,1	1,6	63,4	1,1
3,9	2,1	1,7	63,0	1,3
3,9	2,1	1,6	61,8	1,6
3,4	1,9	1,4	57,0	4,2
3,3	2,0	1,5	58,4	3,2
3,3	1,9	1,5	57,3	3,9
3,3	1,7	1,5	57,2	3,7
3,4	1,7	1,8	59,4	3,1
3,4	1,7	1,6	57,5	3,9
3,2	1,5	1,5	55,3	5,4
2,8	1,4	1,4	55,6	6,1
2,8	1,4	1,4	55,5	4,3
2,9	1,5	1,4	57,1	—



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

169 85

werden, was sich insbesondere im Investitionsgüterbereich niederschlägt⁴. Diese hohe Exportintensität der baden-württembergischen Wirtschaft hat zur Konsequenz, daß im Verarbeitenden Gewerbe des Landes etwa jeder dritte Erwerbstätige direkt oder indirekt vom Export abhängig ist.

Bei diesen Größenordnungen der Abhängigkeit kommt der Beobachtung der Außenhandelsströme größte Bedeutung zu. In der vorliegenden Untersuchung werden hierzu zwei Aspekte herausgestellt, zum einen eine Analyse der Veränderung der Absatzmärkte in Verbindung mit der Warenstruktur der Exporte in bestimmte Länder bzw. Ländergruppen, sodann eine Untersuchung der Konkurrenzsituation des Landes auf nichteuropäischen Märkten.

4 Die Berechnung der exportinduzierten Zulieferernachfrage wie auch der Exportabhängigkeit der Beschäftigten erfolgt über die Input-Output-Tabelle von Baden-Württemberg. Vgl. dazu: W. Münzenmaier: Direkte und indirekte Exportabhängigkeit der Wirtschaftsbereiche, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7, 1980; ders.: Erweiterung der regionalen Input-Output-Analyse durch Einbeziehung interregionaler Ströme, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, 29. Jahrgang, 1984.

Die stark steigenden Exporte des Landes gingen einher mit einer erheblichen Verschiebung in den regionalen Absatzmärkten. Nach wie vor erfolgt zwar der größte Warenaustausch mit den Ländern Europas, doch hat sich Baden-Württemberg im Vergleich zum Bund seit jeher stärker auf nichteuropäischen Märkten engagiert, allerdings in den letzten 10 Jahren zunehmend mehr. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erfolgte bereits ein Ausbau auf dem amerikanischen Markt, wobei sich hier eine erhebliche regionale Verschiebung insofern ergab, als die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten intensiviert, diejenigen zu den süd- und mittelamerikanischen Ländern demgegenüber abgebaut wurden. Die noch in der ersten Hälfte der siebziger Jahre als Zukunftsmärkte angesehenen lateinamerikanischen Schwellenländer sind durch die Verschuldungskrise und die restriktiven Auflagen der Weltbank derzeit aus dem Kreis expansiver Nachfrager auf dem Weltmarkt ausgeschlossen. Genau umgekehrt haben sich die Verbindungen mit dem asiatischen Raum entwickelt (Tabelle 2). Seit Ende der siebziger Jahre hat sich Baden-Württemberg in verstärktem Maße den Zugang zu asiatischen Märkten erschlossen, hierzu gehören insbesondere Länder wie Japan, China, Taiwan, Hongkong, Singapur,

Tabelle 2

Gesamte Exporte Baden-Württembergs und des Bundesgebietes nach Erdteilen 1975 bis 1984

Erdteil	1975		1980		1983		1984		Veränderung		Durchschnittliche jährliche Veränderung	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM		1984 gegen 1975	1983 gegen 1975	1983 gegen 1975	1983 gegen 1980
									%			
Exporte Baden-Württembergs												
Europa	25 193	70,1	41 376	69,8	47 291	64,8	51 918	63,8	106	88	8,2	4,6
EG	14 608	40,7	25 247	42,6	28 860	39,6	31 541	38,7	116	98	8,9	4,6
Frankreich	4 997	13,9	8 331	14,1	10 055	13,8	10 220	12,6	105	101	9,1	6,5
Amerika	4 408	12,3	8 288	14,0	11 663	16,0	15 434	19,0	250	165	12,9	12,1
USA	2 787	7,8	5 898	9,9	9 855	13,5	13 170	16,2	373	254	17,1	18,7
Asien	3 934	11,0	5 602	9,4	9 536	13,1	8 989	11,0	128	142	11,7	19,4
Japan	541	1,5	933	1,6	1 306	1,8	1 451	1,8	168	141	11,6	11,9
Afrika	2 007	5,6	3 428	5,8	3 648	5,0	4 015	4,9	100	82	7,8	2,1
Südafrika	625	1,7	900	1,5	1 206	1,7	1 792	2,2	187	93	8,6	10,2
Australien/Ozeanien	376	1,0	593	1,0	812	1,1	1 060	1,3	182	116	10,1	11,0
Australien	321	0,9	530	0,9	703	1,0	904	1,1	182	119	10,3	9,9
Insgesamt ¹⁾	35 917	100	59 287	100	72 951	100	81 417	100	127	103	9,3	7,2
Exporte des Bundesgebietes												
Europa	160 431	72,4	260 355	74,3	311 076	72,0	346 924	71,1	116	94	8,6	6,1
EG	99 225	44,8	171 993	48,9	207 771	48,1	232 812	47,7	135	109	9,7	5,5
Frankreich	25 962	11,7	46 615	13,3	55 564	12,9	61 336	12,6	136	114	10,0	6,0
Amerika	23 995	10,8	35 146	10,0	46 011	10,6	63 126	12,9	163	92	8,5	9,4
USA	13 146	5,9	21 478	6,1	32 847	7,6	46 834	9,6	256	150	12,1	15,2
Asien	22 224	10,0	31 688	9,0	51 190	11,8	51 106	10,5	130	130	11,0	17,3
Japan	2 351	1,1	3 960	1,1	5 603	1,3	6 918	1,4	194	138	11,5	12,3
Afrika	12 475	5,6	19 198	5,5	19 235	4,4	21 103	4,3	69	54	5,6	0,1
Südafrika	3 390	1,5	4 595	1,3	4 982	1,2	6 649	1,4	96	47	4,9	2,7
Australien/Ozeanien	1 773	0,8	2 469	0,7	3 391	0,8	4 459	0,9	151	91	8,4	11,2
Australien	1 482	0,7	2 092	0,6	2 763	0,6	3 691	0,8	149	86	8,1	9,7
Insgesamt ¹⁾	221 589	100	350 328	100	432 281	100	488 223	100	120	95	8,7	7,3

1) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf und nicht ermittelte Länder.

Südkorea und Indonesien im Fernen Osten sowie Saudi-Arabien und Iran im Mittleren Osten. Gleichzeitig sorgte in neuerer Zeit der kräftige Konjunkturaufschwung in den Vereinigten Staaten, begleitet von einem die Weltkonjunktur ankurbelnden Importsog, für einen insgesamt überdurchschnittlichen Anstieg der Verkäufe Baden-Württembergs in Länder außerhalb Europas.

Die Daten dieser Analyse der Länder- und Warenstruktur baden-württembergischer Exporte - jeweils im Vergleich zum Bundesgebiet - entstammen einer Sonderaufbereitung der Außenhandelsstatistik für die Jahre 1975 bis 1983. Differenzierte Angaben für das Jahr 1984 standen hierzu noch nicht zur Verfügung. Nach den ersten Exportdaten für das abgelaufene Jahr dürften sich die bislang

abzeichnenden Tendenzen im wesentlichen fortsetzen. Zwar hat sich die Entwicklung nach Asien von 1983 nach 1984 abgeschwächt, doch war dies auch bereits Ende der siebziger Jahre einmal der Fall gewesen. Strukturelle Gründe für eine tendenzielle Wende liegen nicht vor.

An die Darstellung der Waren- und Länderstruktur der Exporte Baden-Württembergs schließt sich eine Analyse der Konkurrenzsituation des Landes auf nichteuropäischen Märkten an. Bereits im Statistisch-prognostischen Bericht 1982/83 wurde eine Untersuchung zur Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf Auslandsmärkten für das Jahr 1980 veröffentlicht. Dort sind jeweils die 6 generell größten Abnehmer baden-württembergischer Erzeugnisse berücksichtigt. Hierzu zählen in der Regel EG- und

EFTA-Länder, zu denen traditionell intensive außenwirtschaftliche Beziehungen bestehen. In einigen Fällen kommen die USA und Japan hinzu. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich die Konkurrenzsituation in Europa von 1980 auf 1982 nicht gravierend verändert hat. Hierfür spricht die im Außenhandel zu beobachtende Langfristigkeit von Geschäftsverbindungen und Lieferverträgen. Besonders in den politisch und wirtschaftlich stabilen Ländern Westeuropas sind keine abrupten Änderungen der Rahmenbedingungen im Außenhandel zu beobachten. In diesem Bericht werden demgegenüber, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß derzeit der asiatisch-pazifische Raum als die wachstumsstärkste Wirtschaftsregion der Welt eingeschätzt wird, speziell die nichteuropäischen Exportpartner Baden-Württembergs einschließlich der asiatischen Schwellenländer analysiert. Dabei wird untersucht, auf welche ausländische Konkurrenz die wichtigen Exportprodukte Baden-Württembergs auf den jeweiligen außereuropäischen Märkten treffen, wobei diese Märkte in den letzten Jahren zum Teil neu bzw. intensiver erschlossen wurden.

Die Untersuchung zur Konkurrenzsituation des Landes auf ausländischen Märkten basiert auf einem Datensystem, für das umfangreiche Sonderaufbereitungen und Schätzarbeiten erforderlich waren⁵. Dabei wird insbesondere auf länder- und warenspezifische Ein- und Ausfuhrdaten der Vereinten Nationen zurückgegriffen. Die neuesten Angaben wurden im Jahrbuch der UN Ende 1984 veröffentlicht und beziehen sich auf das Jahr 1982, so daß hierdurch der Aktualitätsgrad vorgegeben wird.

Zunehmende Bedeutung der Exporte nach Nordamerika und Asien

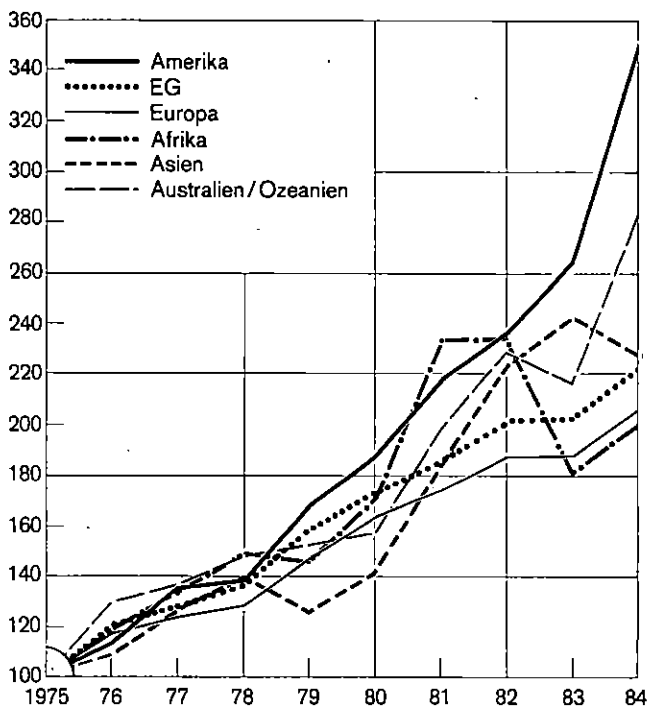
Bedingt durch die geographische Lage, den differenzierten Stand der industriellen Entwicklung und das hohe Konsumniveau geht der größte Teil der

⁵ Eine ausführliche Methodenbeschreibung befindet sich im Anhang. Für die Umstellung der Daten aus der nationalen Außenhandelsstatistik auf die internationale Systematik der UN-Statistiken hat das Statistische Bundesamt Leitbänder zur Verfügung gestellt.

Schaubild 2

Entwicklung der Exporte nach Erdteilen

1975 = 100



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

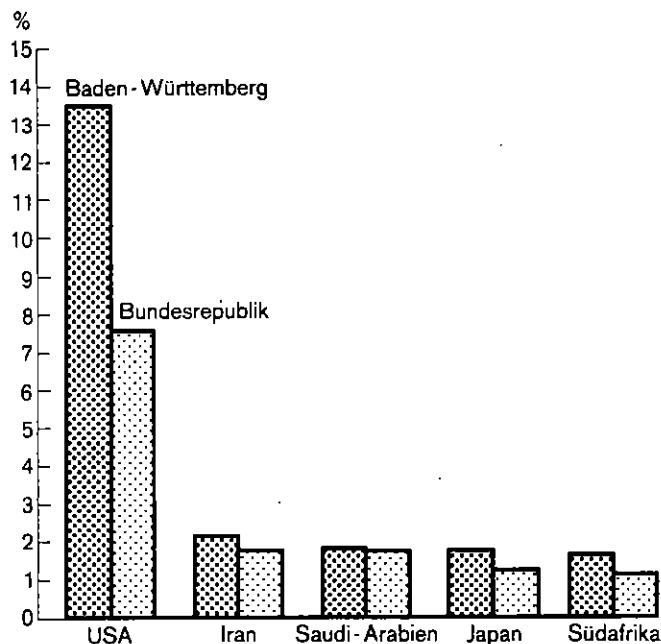
161 85

baden-württembergischen Ausfuhren in europäische Länder, und hierbei insbesondere in die Mitgliedstaaten der EG und EFTA. So betrugen die Lieferungen nach Europa 1983 rund 65 % der Gesamtausfuhr in Höhe von knapp 73 Mrd. DM. Der Absatz in die EG-Länder belief sich im selben Jahr auf 28,9 Mrd. DM oder knapp 40 % und in die EFTA-Länder auf 13,5 Mrd. DM oder 18,5 %. In den europäischen Staatshandelsländern wurden Waren im Wert von 2,3 Mrd. DM verkauft, das entsprach gut 3 % der Gesamtausfuhr. Die Exporte in das übrige Europa erreichten einen Wert von 2,6 Mrd. DM (knapp 4 %). Zu den bedeutendsten europäischen Abnehmern baden-württembergischer Erzeugnisse gehörten 1983 Frankreich mit einem Exportanteil von 13,8 %, die Schweiz mit 7,8 %, Italien mit 7,2 %, Großbritannien mit 6,3 %, die Niederlande mit 5,8 % und Österreich mit 5,5 %.

Zwei Aspekte der regionalen Exportstruktur Baden-Württembergs sind besonders hervorzuheben. Einmal ist festzustellen, daß der Anteil der Ausfuhren nach Europa von 70 % im Jahre 1975 auf 65 % im Jahre 1983 zurückging. Die Lie-

Schaubild 3

Die fünf größten außereuropäischen Handelspartner Baden-Württembergs und der Bundesrepublik Deutschland 1983¹⁾



1) Anteil an der Gesamtausfuhr.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

158 85

ferungen in außereuropäische Gebiete haben damit für Baden-Württemberg an Bedeutung gewonnen, wobei zwischen 1975 und 1983 der Anteil Amerikas von 12 % auf 16 % und der Asiens von 11 % auf 13 % stieg. Die Anteile von Afrika und Australien/ Ozeanien blieben in etwa unverändert bei 5 % bzw. 1 % (Tabelle 2 und Schaubild 2). Der zweite interessante Aspekt betrifft den Vergleich mit der Exportstruktur der Bundesrepublik. Hier zeigt sich, daß Baden-Württembergs Exporte in Länder außerhalb Europas generell über dem Bundesdurchschnitt liegen, und zwar in den letzten Jahren stärker: Während 1975 beim Land 30 % der Waren Abnehmer im nichteuropäischen Ausland fanden, betrug der Anteil 1983 bereits 35 %, während er für das gesamte Bundesgebiet in beiden Jahren 28 % ausmachte, wovon auf Amerika jeweils rund 11 % entfielen und auf Asien rund 12 % (10 %).

Der wichtigste außereuropäische Handelspartner Baden-Württembergs sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Ihr Anteil an der Gesamtausfuhr stieg zwischen 1975 und 1983 von 7,8 % auf

13,5 %. Der Wert der Ausfuhr in die Vereinigten Staaten wuchs in diesem Zeitraum um das 3,5fache, während sich die wertmäßige Gesamtausfuhr Baden-Württembergs verdoppelte. Im Jahre 1984 wurden die USA vor Frankreich zum wichtigsten Abnehmerland mit einem Exportanteil von rund 16 % (Frankreich: rund 13 %).

Neben den USA zählten 1983 zu den bedeutsamen nichteuropäischen Handelspartnern der Iran (Exportanteil: 2,2 %), Saudi-Arabien (1,9 %), Japan (1,8 %) und die Republik Südafrika (1,7 %). Diese fünf Länder sind - in derselben Reihenfolge - auch für die Bundesrepublik die wichtigsten Abnehmer, allerdings mit deutlich geringeren Exportanteilen (Schaubild 3). Daneben gibt es eine Reihe von Ländern, deren Anteil an der Gesamtausfuhr Baden-Württembergs relativ klein ist, das heißt unter 1 % liegt, deren Importe aus Baden-Württemberg dem Werte nach jedoch in den letzten Jahren kräftig gestiegen sind, und die wegen ihrer Bedeutung als zukünftige Märkte nicht unbeachtet bleiben sollten. Schaubild 4 enthält Daten für 10 Länder, für die Baden-Württemberg seine Exporte in den Jahren 1975 bis 1983, gemessen am Zuwachs der Gesamtausfuhr in Höhe von ca. 100 %, überdurchschnittlich ausdehnen konnte. Neun der zehn Länder gehören dem asiatischen Raum an, zu dem vom Grad der ökonomischen Entwicklung her so unterschiedliche Nationen wie das OPEC-Land Kuwait, das Entwicklungsland Indien und das Schwellenland Südkorea zählen.

Bereits eine Aufspaltung der asiatischen Länder nach geographischen Gesichtspunkten in die Regionen "Naher und Mittlerer Osten" sowie "übrige Länder Asiens", wie sie in der amtlichen Statistik vorgenommen wird, zeigt, daß die Exporte Baden-Württembergs in diese beiden Regionen einen unterschiedlichen Verlauf genommen haben. So nahmen die Lieferungen in den Nahen und Mittleren Osten zwischen 1975 und 1983 um 130 % zu und die Lieferungen in die übrigen Länder Asiens um 163 %. Die jeweiligen Anteile an der Gesamtausfuhr Baden-Württembergs stiegen von 6,7 % auf 7,6 % bzw. von 4,2 % auf 5,5 %. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch für die Exporte der Bundesrepublik, allerdings

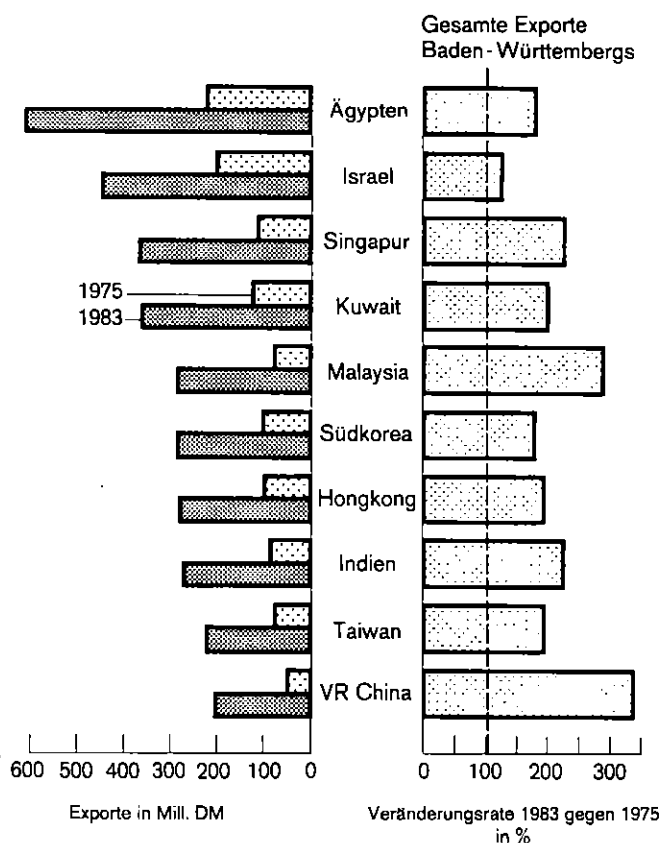
mit geringeren Zuwachsraten. Bei einem Anstieg der Gesamtexporte um 95 % lag der Wert der deutschen Exporte in den Nahen und Mittleren Osten 1983 um 121 % über dem Wert von 1975, wodurch sich der Exportanteil dieser Länder von 5,8 % auf 6,5 % erhöhte. Die Ausfuhren in die übrigen Länder Asiens nahmen im selben Zeitraum um 144 % zu, was zu einem Anstieg der Ausfuhrquote von 4,3 % auf 5,3 % führte. Hier zeigt sich, daß - insbesondere in den letzten Jahren - das Geschäft mit den OPEC-Ländern schwieriger wurde, da diese aufgrund geringerer Einnahmen aus dem Erdölgeschäft die Nachfrage drosselten. Demgegenüber liegen im asiatisch-pazifischen Raum derzeit die - neben den USA - dynamischen Märkte, da diese Länder eine weltoffene und expansive Wachstumspolitik betreiben.

Eine Einteilung der asiatischen Länder nach ökonomischen Kriterien in die Gruppe der asiatischen OPEC-Länder, der ASEAN-Länder (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand und Brunei) und in die Gruppe der südostasiatischen Schwellenländer Hongkong, Indonesien, Singapur, Südkorea und Taiwan läßt eine noch differenziertere Aussage über die Entwicklung der baden-württembergischen Exporte in diese Ländergruppen zu. So stiegen die Ausfuhren in die asiatischen OPEC-Länder zwischen 1975 und 1983 um 134 %, wodurch sich der Exportanteil dieser Länder von 5,6 % auf 6,5 % erhöhte. Der Anteil der ASEAN-Länder an der gesamten Ausfuhr Baden-Württembergs war 1983 mit 1,7 % zwar relativ gering, doch hat sich der Absatz in diese Länder zwischen 1975 und 1983 mit 164 % weit überdurchschnittlich erhöht. Auch die Lieferungen in die fünf südostasiatischen Schwellenländer stiegen im genannten Zeitraum in etwa gleicher Höhe (+ 167 %) und machten 1983 bereits fast 2 % der gesamten Exporte Baden-Württembergs aus.

Bei den Exporten nach Amerika hat es zwischen 1975 und 1983 ebenfalls eine deutliche Verschiebung in der Länderstruktur gegeben. Dies gilt sowohl für Baden-Württemberg als auch für die Bundesrepublik. 1975 waren 12,3 % der baden-württembergischen Exporte für den amerikanischen Kontinent bestimmt,

Schaubild 4

Exporte in ausgewählte außereuropäische Länder 1975 und 1983



Statistisches Landesamt Baden · Württemberg

165 85

wobei der Anteil Nordamerikas (Vereinigte Staaten und Kanada) 8,7 % ausmachte und der von Mittel- und Südamerika 3,6 %. Im Jahre 1983 hatten die Vereinigten Staaten und Kanada ihren Anteil auf 14,4 % ausgedehnt, während die Quote von Mittel- und Südamerika auf 1,6 % schrumpfte. Während damit der Wert der Exporte Baden-Württembergs nach Nordamerika 1983 mehr als das Dreifache des Wertes von 1975 (+ 236 %) betrug, gingen gleichzeitig die Ausfuhren in die Länder Mittel- und Südamerikas um 9 % zurück. Das größte Minus gab es bei den Lieferungen nach Brasilien (- 55 %) und Venezuela (- 50 %), wodurch der Exportanteil dieser beiden Länder von 2 % im Jahre 1975 auf lediglich 0,4 % im Jahre 1983 absank.

Von den 10,8 % der deutschen Gesamtausfuhr, die 1975 für Amerika bestimmt waren, entfielen 6,8 % auf Nordamerika und die restlichen 4 % auf Mittel- und Südamerika. Im Jahre 1983 war der Wert

der nach Nordamerika gelieferten Waren gegenüber 1975 um 139 % gestiegen, während die nominale Ausfuhr nach Mittel- und Südamerika lediglich ein Plus von rund 13 % aufwies. Unter den bedeutendsten Ländern der Region war ein Minus für Brasilien (- 47 %) und Venezuela (- 31 %) zu verzeichnen. Dem steht eine Zunahme der Lieferungen nach Argentinien (+ 284 %) und Mexiko (+ 21 %) gegenüber. Insgesamt hatten die Länder Mittel- und Südamerikas 1983 für den Bund eine etwas größere Bedeutung als für Baden-Württemberg. Die jeweiligen Exportanteile betrugen 2,3 % bzw. 1,6 %.

Der große afrikanische Kontinent ist als Exportregion nur von untergeordneter Bedeutung. So betrugen die Ausfuhren nach Afrika 1983 nur noch 5 % aller Exporte Baden-Württembergs (Bundesrepublik: 4,4 %). 1975 belief sich dieser Anteil auf 5,6 % (Bund: 5,6 %), er hatte 1981 einen Höchststand von 7,1 % (Bund: 6,3 %) (Tabelle 2). Von den 5 % des Jahres 1983 entfielen allein zwei Drittel auf die drei wichtigsten Verbrauchsländer der Republik Südafrika (1,7 %), Algerien (0,8 %) und Ägypten (0,8 %). Der starke Rückgang der Exporte nach Afrika zwischen 1981 und 1983 ist in erster Linie auf eine deutliche Abschwächung der Lieferungen nach Nigeria (- 77 %),

Libyen (- 39 %), Algerien (- 20 %) und Südafrika (- 15 %) zurückzuführen. Der Exportanteil dieser Länder sank von 5 % im Jahre 1981 auf 3,2 % im Jahre 1983.

Kräftige Zunahme der Maschinenausfuhren in die USA und nach Saudi-Arabien

Die bisher gemachten Angaben bezogen sich auf die Summe aller Exporte in die genannten Regionen bzw. Länder. Eine nach Warengruppen disaggregierte Betrachtung zeigt, daß Richtung und Stärke der Verschiebung der Länderstruktur mit den Warengruppen variiert. Dies läßt sich für die wichtigsten Exportprodukte - die Erzeugnisse des Maschinen- und Fahrzeugbaus sowie der Elektrotechnik - besonders gut aufzeigen.

Bei den baden-württembergischen Maschinenexporten sank der Anteil Europas zwischen 1975 und 1983 von nahezu 67 % auf rund 61 % (Tabelle 3). Der asiatische Raum hat in dieser Zeit erheblich an Bedeutung gewonnen und lag 1983 mit einem Anteil von 17 % noch vor Amerika (14,3 %). Der Exportanteil Afrikas blieb etwa gleich. Die kräftige Zunahme von Maschinenexporten in außereuropäische Gebiete richtete sich ebenfalls auf die

Tabelle 3

Maschinenexporte Baden-Württembergs und des Bundesgebietes 1975 und 1983

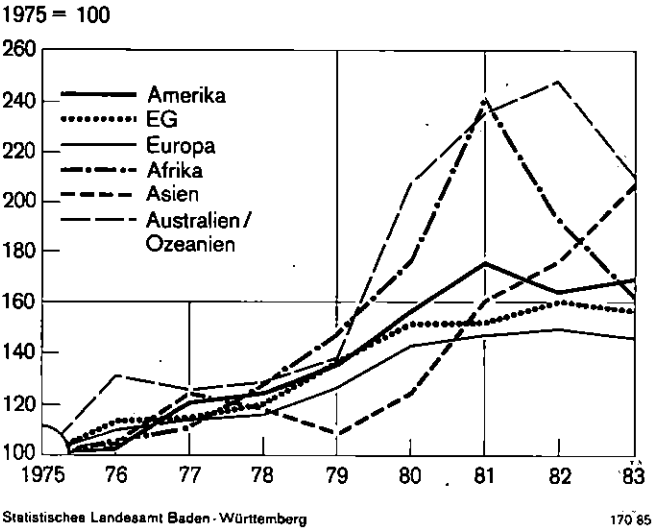
Erdteil	1975				1983				Veränderung 1983 gegen 1975	
	Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Baden-Württemberg	Bundesgebiet
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	%	
Europa	6 962	66,8	30 922	66,6	10 192	61,4	46 471	64,0	+ 46	+ 50
EG	3 717	35,7	16 389	35,3	5 673	34,2	26 437	36,4	+ 53	+ 61
Frankreich	1 376	13,2	5 059	10,9	2 055	12,4	7 983	11,0	+ 49	+ 58
Amerika	1 388	13,3	5 912	12,7	2 366	14,3	8 639	11,9	+ 70	+ 46
USA	600	5,8	2 527	5,4	1 849	11,1	6 246	8,6	+ 208	+ 147
Asien	1 360	13,0	5 998	12,9	2 829	17,0	11 852	16,3	+ 108	+ 98
Japan	224	2,1	598	1,3	361	2,2	987	1,4	+ 61	+ 65
Afrika	594	5,7	3 131	6,7	962	5,8	4 707	6,5	+ 62	+ 50
Australien/Ozeanien	119	1,1	479	1,0	250	1,5	903	1,2	+ 110	+ 89
Insgesamt	10 422	100	46 443	100	16 599	100	72 572	100	+ 59	+ 56

Region Australien/Ozeanien, in die 1983 mehr als doppelt so viel Maschinenbauerzeugnisse geliefert wurden wie 1975 (Schaubild 5).

Auch für die Bundesrepublik verloren die europäischen Länder als Abnehmer von Erzeugnissen der Maschinenbauindustrie an Bedeutung, allerdings weniger stark. Nach knapp 67 % im Jahre 1975 exportierte die Bundesrepublik 1983 noch 64 % aller Waren dieser Branche nach Europa (Tabelle 3). Demgegenüber konnte der Absatz in Asien überdurchschnittlich ausgeweitet werden; der entsprechende Exportanteil stieg von 12,9 % auf 16,3 %. Die asiatischen Länder hatten damit 1983 für die Bundesrepublik eine ähnlich wichtige Position wie für Baden-Württemberg. Dies gilt allerdings nicht für die Länder Amerikas, da die bundesdeutschen Maschinenausfuhren nach Amerika anders als die des Landes nur unterdurchschnittlich stiegen und 1983 lediglich knapp 12 % aller Exporte dieser Branche ausmachten. Die Ausfuhranteile von Afrika und Australien/Ozeanien blieben nahezu unverändert bei 7 % bzw. 1 %.

Innerhalb der Erdteile gab es zwischen 1975 und 1983 prägnante Verschiebungen zwischen den einzelnen Abnehmerländern. So konzentrierten sich die baden-

Schaubild 5
Entwicklung der Maschinenexporte nach Erdteilen



württembergischen Maschinenexporte nach Amerika immer stärker auf die Vereinigten Staaten, den größten nichteuropäischen Abnehmer in dieser Branche. 1983 wurden dem Werte nach gut dreimal so viel Erzeugnisse des Maschinenbaus in die USA ausgeführt wie 1975. Der Exportanteil der Vereinigten Staaten stieg damit von 5,8 % auf 11,1 %. Allein 78 % der baden-württembergischen Lieferungen dieser Warengruppe in Länder des amerikanischen Kontinents waren 1983

Tabelle 4

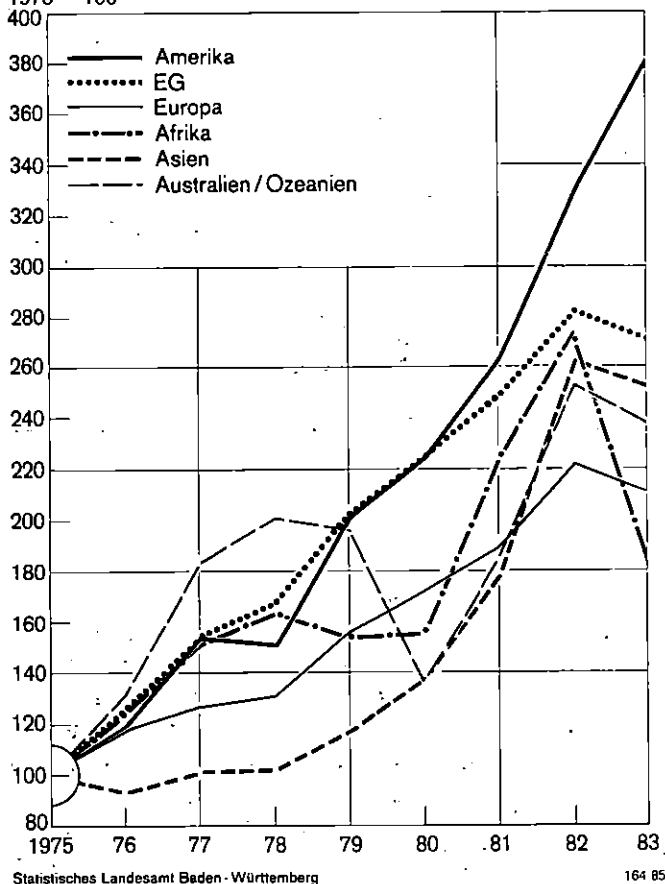
Kraftfahrzeugexporte Baden-Württembergs und des Bundesgebietes 1975 und 1983

Erdteil	1975				1983				Veränderung 1983 gegen 1975	
	Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Baden-Württemberg	Bundesgebiet
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	%	
Europa	3 794	50,8	16 260	55,0	8 015	42,3	45 216	63,4	+ 111	+ 178
EG	2 000	26,8	10 502	35,5	5 222	27,6	32 773	46,0	+ 161	+ 212
Frankreich	693	9,3	2 517	8,5	1 675	8,8	7 005	9,8	+ 142	+ 178
Amerika	1 653	22,2	5 919	20,0	6 297	33,3	13 052	18,3	+ 281	+ 121
USA	1 362	18,2	4 706	15,9	5 791	30,6	11 504	16,1	+ 325	+ 144
Asien	1 200	16,1	4 619	15,6	3 037	16,0	9 140	12,8	+ 153	+ 98
Japan	100	1,3	241	0,8	399	2,1	982	1,4	+ 297	+ 307
Afrika	718	9,6	2 401	8,1	1 351	7,1	3 393	4,8	+ 88	+ 41
Australien/Ozeanien	97	1,3	352	1,2	231	1,2	507	0,7	+ 138	+ 44
Insgesamt	7 464	100	29 550	100	18 930	100	71 309	100	+ 154	+ 141

Schaubild 6

Entwicklung der Kraftfahrzeugexporte nach Erdteilen

1975 = 100



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

164 85

raum um das 7fache stieg, betrug die Steigerung für die Länder des Nahen und Mittleren Ostens lediglich 58 %. Insbesondere konnten die Verkäufe an den Irak nur geringfügig erhöht werden (+ 4 %). Demgegenüber bewirkte die Vervierfachung der Lieferungen an Indonesien und die Verdreifachung der Lieferungen an Singapur und Malaysia einen insgesamt kräftigen Anstieg des Exportanteils der ASEAN-Länder von 1,6 % (1975) auf 2,5 % (1983). Die Bedeutung der südostasiatischen Länder für den Maschinenbau kommt auch im Anstieg des Exportanteils der fünf Schwellenländer Hongkong, Indonesien, Singapur, Südkorea und Taiwan von 1,8 % (1975) auf 3,1 % (1983) zum Ausdruck.

Für den Absatz von Maschinenbauerzeugnissen auf dem afrikanischen Kontinent ist als wichtigste Entwicklung die zunehmende Bedeutung von Ägypten hervorzuheben. Ägypten vervierfachte zwischen 1975 und 1983 die Maschinenimporte aus Baden-Württemberg und erhöhte damit seinen Anteil an der gesamten Ausfuhr Baden-Württembergs bei dieser Warengruppe von 0,5 % (1975) auf 1,3 % (1983). Im Jahre 1983 vereinten Ägypten, die Republik Südafrika und Algerien 68 %, also gut zwei Drittel, der Maschinenausfuhr von Baden-Württemberg nach Afrika auf sich.

für die USA bestimmt (1975: 43 %). Eine stark rückläufige Tendenz zeigten im betrachteten Zeitraum die Maschinenausfuhren nach Brasilien (- 68 %), Venezuela (- 60 %) und Kanada (- 18 %). Brasilien war 1975 auf dem amerikanischen Kontinent hinter den USA der zweitgrößte Abnehmer von Maschinenbauerzeugnissen aus Baden-Württemberg und hielt einen Exportanteil von knapp 3 %. Im Jahre 1983 war dieser Anteil auf lediglich 0,6 % abgesunken.

Die baden-württembergische Ausfuhr von Maschinen nach Asien konnte zwischen 1975 und 1983 wertbezogen mehr als verdoppelt werden. Hierbei wuchsen die Lieferungen in den Nahen und Mittleren Osten (+ 94 %) langsamer als die Lieferungen in die übrigen Länder Asiens (+ 124 %). Ohne die Ausfuhr nach Saudi-Arabien, deren Wert im genannten Zeit-

Über 30 % der Fahrzeugexporte 1983 für die USA bestimmt

Im Jahre 1975 gingen die baden-württembergischen Kraftfahrzeugexporte je zur Hälfte in die europäischen und in die außereuropäischen Länder (Tabelle 4). Diese "Aufteilung" schwankte zwischen 1975 und 1980 nur geringfügig, verschob sich aber ab 1981 deutlich zugunsten der nichteuropäischen Länder. Insbesondere konnte der Absatz von Kraftfahrzeugen auf dem amerikanischen Markt weit überproportional gesteigert werden, wobei der kräftigste Zuwachs des amerikanischen Exportanteils zwischen 1982 und 1983 verzeichnet wurde (plus 5 Prozentpunkte). Die zunehmende Ausrichtung der Kraftfahrzeugausfuhr auf den amerikanischen Kontinent ging einher mit einer entsprechenden Abschwächung der Lieferungen nach Europa und Afrika. Die Exportanteile Asiens und der Region Au-

stralien/Ozeanien befanden sich 1983 auf etwa demselben Niveau wie 1975 (Tabelle 4 und Schaubild 6).

Für die regionale Exportstruktur der Bundesrepublik ergibt sich ein anderes Bild. Zwischen 1975 und 1983 wurde der Absatz in Europa überdurchschnittlich ausgeweitet, während die Verkäufe außerhalb Europas unterproportional anstiegen. So erhöhte sich der Exportanteil Europas auf etwas mehr als 63 % (Tabelle 4). Gleichzeitig verringerte sich der Anteil von Amerika von 20 % auf rund 18 % und der Asiens von knapp 16 % auf knapp 13 %. Noch deutlicher waren die Einbußen bei den Fahrzeugausfuhren nach Afrika, dessen Anteil an den gesamten deutschen Exporten dieser Branche von 8 % auf knapp 5 % schrumpfte.

Die Verschiebung in der regionalen Exportstruktur Baden-Württembergs ist in erster Linie auf die äußerst kräftige Zunahme der Fahrzeugimporte der Vereinigten Staaten zurückzuführen. Im Fahrzeugbau sind die USA das mit deutlichem Abstand wichtigste außereuropäische wie auch insgesamt wichtigste Abnehmerland Baden-Württembergs. Ihr Anteil an den gesamten Kraftfahrzeugexporten betrug 1983 über 30 %. Auf Bundesebene belief sich der Anteil im gleichen Jahr auf 16 %. Das Gewicht dieser Handelsbeziehung zeigt sich auch darin, daß im Jahre 1983 allein 8 % aller baden-württembergischen Exporte aus Kraftfahrzeuglieferungen in die Vereinigten Staaten bestanden.

Die Struktur der Ausfuhr von Erzeugnissen des Fahrzeugbaus in den asiatischen Raum ist deutlich geprägt von der Nachfrage der OPEC-Länder. So entfielen auf die OPEC-Länder im Nahen und Mittleren Osten 1983 allein 67 % der baden-württembergischen Fahrzeuglieferungen nach Asien. Für die übrigen Länder Asiens ist die Entwicklung der Exporte nach Japan und in die vier südostasiatischen Schwellenländer Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan zu nennen. Japan bezog 1983 dem Werte nach ungefähr viermal so viel Kraftfahrzeuge aus Baden-Württemberg wie 1975 und war 1983 mit einem Anteil von 2,1 % der fünftgrößte nichteuropäische Abnehmer. Der Wert der Fahrzeuge, die in die vier genannten südostasiatischen Schwellen-

länder geliefert wurden, machte 1983 das 4,5fache des Wertes von 1975 aus. Der Exportanteil dieser Länder erhöhte sich dadurch von 0,8 % (1975) auf 1,4 % (1983).

Die vergleichsweise schwache Entwicklung der Kraftfahrzeugexporte nach Afrika (+ 88 % gegenüber + 154 % bei der gesamten Ausfuhr dieser Branche zwischen 1975 und 1983), verbunden mit einem Rückgang des Exportanteils von 9,6 % auf 7,1 %, ist auf eine deutliche Abschwächung der Lieferungen in die afrikanischen Entwicklungsländer zurückzuführen (+ 61 %). Besonders stark waren die Ausfuhren nach Nigeria betroffen (- 75 %), dessen Exportanteil von 1,4 % im Jahre 1975 auf 0,1 % im Jahre 1983 fiel. Nigeria war 1975 noch der sechstgrößte außereuropäische Abnehmer von Fahrzeugbauprodukten aus Baden-Württemberg gewesen. Der Exportanteil von Australien/Ozeanien blieb im Zeitraum von 1975 bis 1983 relativ konstant bei etwas mehr als 1 %. Etwa 90 % aller Kraftfahrzeuglieferungen in diese Region sind für Australien bestimmt, das 1983 an zehnter Stelle der bedeutendsten nichteuropäischen Abnehmer stand.

Exportanteil Asiens bei der Elektrotechnik 1983 bereits 16 %

Die Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse, der nach Kraftfahrzeugen und Maschinen drittgrößten Exportbranche Baden-Württembergs, weist bezüglich der regionalen Zusammensetzung und der Entwicklung in den Jahren 1975 bis 1983 einige Besonderheiten auf. So sind zwar auch die Lieferungen elektrotechnischer Erzeugnisse nach Europa zwischen 1975 und 1983 weniger stark gestiegen als der Gesamtexport dieser Produktgruppe (Tabelle 5), doch lag ihr Anteil 1983 mit über 68 % nach wie vor deutlich höher als die entsprechenden Anteile des Maschinen- und Fahrzeugbaus (61,4 % bzw. 42,3 %). Weiterhin ist bemerkenswert, daß der Anteil Asiens zwischen 1975 und 1983 über dem Amerikas lag, in einigen Jahren nahezu um das Doppelte, wobei die Bedeutung asiatischer Märkte für elektrotechnische Produkte seit Anfang der achtziger Jahre nochmals zugenommen hat. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß die Lieferungen

Tabelle 5

Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse Baden-Württembergs und des Bundesgebietes 1975 und 1983

Erdteil	1975				1983				Veränderung 1983 gegen 1975	
	Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Baden-Württemberg	Bundesgebiet
	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	Mill. DM	Anteil in %	%	
Welt	4 598	100	20 973	100	9 370	100	41 331	100	+ 104	+ 97
Europa	3 447	75,0	15 277	72,8	6 410	68,4	28 313	68,5	+ 86	+ 85
Amerika	336	7,3	1 638	7,8	843	9,0	3 883	9,4	+ 151	+ 137
Asien	507	11,0	2 474	11,8	1 497	16,0	6 453	15,6	+ 195	+ 161
Afrika	263	5,7	1 281	6,1	514	5,5	2 242	5,4	+ 96	+ 75
Australien/Ozeanien	46	1,0	304	1,4	107	1,1	440	1,1	+ 133	+ 45

nach Asien in dieser Zeit überdurchschnittlich zunahm, wogegen die Ausfuhr nach Amerika nur im Durchschnitt der gesamten Warengruppe verlief. Der Exportanteil Asiens stieg dementsprechend zwischen 1980 und 1983 von gut 10 % auf 16 %, während der Anteil Amerikas im selben Zeitraum bei rund 9 % verharrte (Tabelle 5 und Schaubild 7).

Der Absatz elektrotechnischer Erzeugnisse aus Baden-Württemberg in Afrika und in Australien/Ozeanien verlief zwischen

1975 und 1983 ohne große Schwankungen; die jeweiligen Anteile an der Gesamtausfuhr der Warengruppe lagen bei rund 6 % bzw. 1 %.

Anders als beim Maschinen- und Fahrzeugbau ähnelt im Fall elektrotechnischer Produkte die regionale Exportstruktur des Bundes derjenigen Baden-Württembergs. Bezogen auf die grobe Unterteilung nach fünf Erdteilen ergeben sich somit gleichgelagerte Absatzschwerpunkte (Tabelle 5).

Tabelle 6

Ausfuhr Baden-Württembergs 1983 nach Warengruppen und Regionen

<div>Region</div> <div>Warengruppe</div>	Welt				Europa			Nichteuropäische Länder			Amerika		
	Mill. DM	Veränderung 1983 gegen 1975 in %	Anteil in %	Anteil 1975 in %	Mill. DM	Veränderung 1983 gegen 1975 in %	Anteil in %	Mill. DM	Veränderung 1983 gegen 1975 in %	Anteil in %	Mill. DM	Veränderung 1983 gegen 1975 in %	Anteil in %
Insgesamt	72 951	103	100	100 ¹⁾	47 291	88	100	25 660	139	100	11.663	165	100
davon													
Kraftfahrzeuge	18 930	154	25,9	20,8	8 015	111	16,9	10 916	197	42,5	6 297	281	54,0
Maschinen	16 599	59	22,8	29,0	10 192	46	21,6	6 407	85	25,0	2 366	70	20,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	9 370	104	12,8	12,8	6 410	86	13,6	2 961	157	11,5	843	151	7,2
Chemie-Erzeugnisse	5 626	139	7,7	6,6	4 325	130	9,1	1 301	175	5,1	568	173	4,9
Textilien	3 975	78	5,4	6,2	3 387	74	7,2	587	112	2,3	173	132	1,5
Eisenwaren	2 454	72	3,4	4,0	1 914	74	4,0	540	66	2,1	166	42	1,4
Feinmechanik, Optik	2 291	95	3,1	3,3	1 447	89	3,1	844	105	3,3	386	78	3,3
NE-Metallwaren	2 265	113	3,1	3,0	1 787	106	3,8	479	148	1,9	202	148	1,7
Sonstige	11 441	121	15,7	14,3	9 814	122	20,8	1 625	113	6,3	662	99	5,7

1) Ausfuhr 1975 insgesamt: 35 917 Mill. DM.

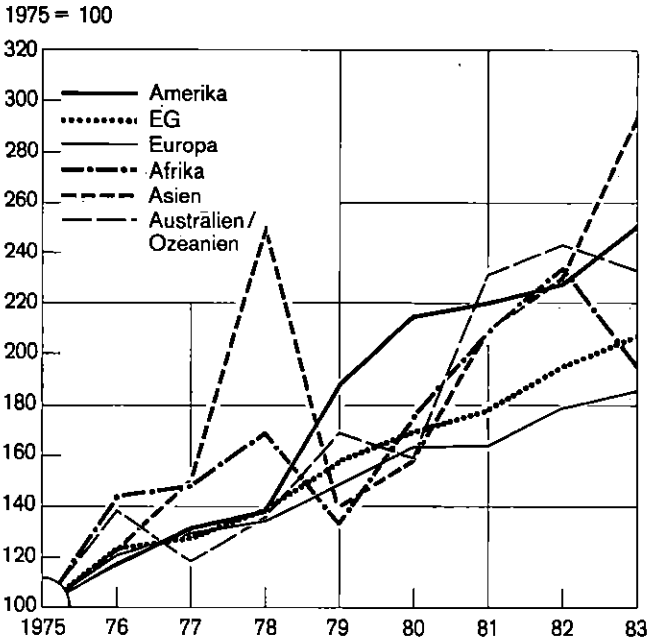
Nahezu die Hälfte aller elektrotechnischen Erzeugnisse, die 1983 aus Baden-Württemberg nach Asien ausgeführt wurden, gingen in die drei Länder Iran (Exportanteil: 4,3 %), Saudi-Arabien (2,0 %) und Irak (1,5 %). Diese drei Abnehmer haben 1983 wertmäßig fast viermal so viel Waren dieser Branche aus Baden-Württemberg importiert wie 1975. Weitere 20 % der Verkäufe in Asien entfielen 1983 auf die drei wichtigsten Abnehmer im südostasiatischen Raum: Japan, die Philippinen und Singapur.

Für die Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse nach Amerika ist zwischen 1975 und 1983 eine zunehmende Ausrichtung auf die Vereinigten Staaten festzustellen. Entfielen 1975 rund 53 % der Exporte nach Amerika auf die Vereinigten Staaten, so waren es 1983 bereits über 75 %. Im gleichen Zeitraum verlor Brasilien als Bezieher elektrotechnischer Erzeugnisse aus Baden-Württemberg ganz erheblich an Bedeutung. 1975 war das südamerikanische Land mit einem Anteil von 1,3 % noch viertgrößter außereuropäischer Exportpartner in dieser Branche. Im Jahre 1983 nahm Brasilien wertmäßig rund 50 % weniger elektrotechnische Produkte auf, wodurch der Exportanteil auf 0,3 % zurückging.

Darunter					
Asien			Afrika		
Mill. DM	Veränderung 1983 gegen 1975 in %	Anteil in %	Mill. DM	Veränderung 1983 gegen 1975 in %	Anteil in %
9 536	142	100	3 648	82	100
3 037	153	31,8	1 351	88	37,0
2 829	108	29,7	962	62	26,4
1 497	195	15,7	514	96	14,1
526	197	5,5	136	97	3,7
200	99	2,1	183	117	5,0
261	98	2,7	90	40	2,5
333	157	3,5	95	109	2,6
202	191	2,1	52	121	1,4
651	152	6,8	265	85	7,3

Schaubild 7

Entwicklung der Exporte elektrotechnischer Erzeugnisse nach Erdteilen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

167 85

Von der Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse nach Afrika entfielen 1983 rund 60 % auf die Republik Südafrika (41 %) und auf Ägypten (19 %). Die zunehmende Bedeutung Ägyptens ist daran abzulesen, daß das Land zwischen 1975 und 1983 den Wert der Importe von Waren dieser Branche verfünffacht hat und damit an achter Stelle der wichtigsten nichteuropäischen Abnehmer Baden-Württembergs steht.

Starke Konzentration der baden-württembergischen Exporte auf Investitionsgüter

Die Produktpalette des Exports ist durchaus breiter und weist neben Kraftfahrzeugen, Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen auch chemische Erzeugnisse, Textilien, Eisen- und NE-Metallwaren sowie Produkte der Feinmechanik und Optik aus (Tabelle 6). Trotzdem ist die Produktkonzentration sehr hoch, umfassen doch die genannten acht Warengruppen - die allerdings in sich durchaus heterogen sind - 1983 fast 85 % aller Exporte des Landes. Auf die drei bedeutendsten Exportzweige Baden-Württembergs entfielen dabei allein 61,5 % aller Exporte, das entspricht na-

Tabelle 7

Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland 1983 nach Warengruppen und Regionen

Region Warengruppe	Welt				Europa		
	Mill. DM	Veränderung 1983 gegen 1975 in %	Anteil 1983 in %	Anteil 1975 in %	Mill. DM	Veränderung 1983 gegen 1975 in %	Anteil 1983 in %
Insgesamt	432 281	95	100	100 ¹⁾	311 076	94	100
davon							
Kraftfahrzeuge	71 309	141	16,5	13,3	45 216	178	14,5
Maschinen	72 572	56	16,8	21,0	46 471	50	14,9
Elektrotechnische Erzeugnisse	41 332	97	9,6	9,5	28 313	85	9,1
Chemie-Erzeugnisse	60 462	128	14,0	11,9	43 621	124	14,0
Textilien	21 538	83	5,0	5,3	18 705	80	6,0
Eisenwaren	31 380	24	7,3	11,4	22 747	19	7,3
Feinmechanik, Optik	7 918	89	1,8	1,9	5 172	84	1,7
NE - Metallwaren	11 064	135	2,6	2,1	8 675	131	2,8
Sonstige	114 706	120	26,5	23,5	92 156	117	29,6

1) Ausfuhr 1975 insgesamt: 221 589 Mill. DM.

Tabelle 8

Daten zur Ausfuhr der 17 wichtigsten Exportländer¹⁾

Land	Exportvolumen		Anteil am Weltexport		Export je Einwohner	
	1982	1983	1982	1983	1982	1983
	Mill. DM		%		DM je Einwohner	
USA	515 827	511 371	11,5	11,3	2 186	2 184
Bundesrepublik Deutschland	427 741	432 281	9,5	9,5	6 943	7 044
darunter						
Baden-Württemberg	72 105	72 951	1,6	1,6	7 769	7 881
Japan	336 760	374 758	7,5	8,3	2 843	3 142
Großbritannien	234 598	234 151	5,2	5,2	4 191	4 153
Frankreich	224 430	232 560	5,0	5,1	4 137	4 272
Sowjetunion	211 286	234 389	4,7	5,2	783	864
Italien	178 729	185 467	4,0	4,1	3 157	3 264
Kanada	162 754	188 221	3,6	4,1	6 608	7 562
Niederlande	160 954	166 801	3,6	3,7	11 248	11 614
Belgien-Luxemburg	125 745	132 196	2,8	2,9	12 316	12 922
Schweden	64 893	69 952	1,4	1,5	7 790	8 397
Schweiz	62 251	65 270	1,4	1,4	9 562	10 099
Indonesien	54 174	—	1,2	—	346	—
Taiwan	53 956	64 063	1,2	1,4	2 924	3 446
VR China	53 159	56 100	1,2	1,2	512	—
Südkorea	53 104	—	1,2	—	1 350	—
Australien	51 567	52 660	1,1	1,2	3 399	4 128 ²⁾
OPEC-Länder	547 679	—	12,2	—	—	—
Übrige Länder	983 393	—	21,8	—	—	—
Welt	4 503 000	4 537 000	100	100	—	—

1) Ohne Saudi-Arabien. — 2) Einwohnerzahl 1983 geschätzt.

Nichteuropäische Länder		
Mill. DM	Veränderung 1983 gegen 1975 in %	Anteil 1983 in %
121 205	98	100
26 093	96	21,5
26 101	68	21,5
13 019	129	10,7
16 841	140	13,9
2 833	107	2,3
8 633	38	7,1
2 746	101	2,3
2 389	150	2,0
22 550	133	18,6

hezu drei Viertel aller exportierten End-
erzeugnisse. Für die Exporte der Bun-
desrepublik ist eine solche starke Kon-
zentration auf wenige Warengruppen bei
weitem nicht gegeben. Der Anteil von
Maschinen, Kraftfahrzeugen und elektro-
technischen Produkten an der gesamten
Ausfuhr der Bundesrepublik betrug 1983
nur rund 43 % (Tabelle 7). Des weiteren
sind im Bund die chemischen Erzeugnisse
vor den elektrotechnischen Produkten die
drittgrößte Warengruppe, sie haben mit
einem Exportanteil von 14 % knapp die
gleiche Bedeutung wie Kraftfahrzeuge
und Maschinen. Die breitere Warenstruk-
tur der Exporte des Bundes zeigt sich
auch darin, daß die genannten acht Wa-
renarten hier nur drei Viertel aller Ex-
porte abdecken gegenüber 85 % im Land.
Entsprechend hat Baden-Württemberg an
den Bundesexporten nicht nur bei eini-
gen Spezialitäten, wie z.B. Uhren (1983:
73 %), sondern auch bei den großen Ex-
portzweigen einen hohen Anteil (Schaubild 8).

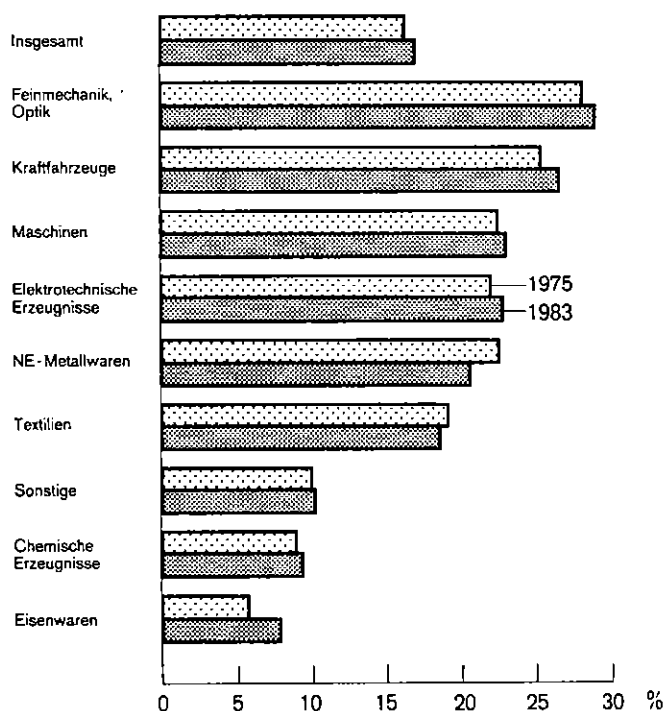
Während sich die Bedeutung elektrotech-
nischer Erzeugnisse für die Exporte des
Landes zwischen 1975 und 1983 mit einem
Anteil von jeweils fast 13 % nicht geän-
dert hat, haben sich die Positionen von
Maschinenbau und Kraftfahrzeugen umge-
kehrt. Die Kraftfahrzeugexporte haben
weit überdurchschnittlich an Bedeutung

gewonnen und tragen zu mehr als einem
Viertel zu den Ausfuhren des Landes
bei, womit sie die Maschinenbauerzeug-
nisse als wichtigsten Exportzweig abge-
löst haben (knapp 23 %). Dieselbe Ent-
wicklung, wenngleich auf geringerer
Konzentrationsstufe, vollzog sich im
Bund (Tabellen 6 und 7). Ursächlich
hierfür dürften in erster Linie die Pro-
duktverschiebungen auf dem amerikani-
schen Markt sein. Lag der Anteil von
Kraftfahrzeugen an der gesamten Aus-
fuhr des Landes nach Amerika im Jahr
1975 noch bei 37,5 %, so hat er sich bis
1983 auf 54 % gesteigert (Tabelle 6).
Dem Werte nach wurden damit 1983 rund
viermal so viel Fahrzeuge nach Amerika
ausgeführt wie 1975. Demgegenüber hat
sich der Anteil der zweitgrößten Waren-
gruppe im Export nach Amerika, und
zwar der Maschinenbauerzeugnisse, deut-
lich reduziert, von 31,5 % noch im Jahr
1975 auf gut 20 % im Jahr 1983.

Der allgemein rückläufige Exportanteil
des Maschinenbaus ist durch eine im
Vergleich zum Gesamtexport (+ 103 %) nur
unterdurchschnittliche Zuwachsrate

Schaubild 8

Anteil der Exporte Baden-Württembergs am
Gesamtexport des Bundesgebietes 1975 und 1983



(+ 59 %) verursacht, die ihrerseits wiederum auf unterdurchschnittliche Zunahmen des Ausfuhrwertes von Werkzeugmaschinen (+ 25 %) und Maschinen für die Spinnstoff- und Lederindustrie (+ 6 %) zwischen 1975 und 1983 zurückzuführen ist. Der Exportanteil von Werkzeugmaschinen verringerte sich dadurch von 6,4 % auf 3,9 %, während der Anteil von Spinnstoff- und Ledermaschinen von 3,4 % auf 1,8 % sank. Eine überdurchschnittliche Zunahme der Ausfuhr errechnet sich im Beobachtungszeitraum lediglich für Papier- und Druckmaschinen (+ 123 %), deren Exportanteil 1983 bei 2 % lag.

Der Handel mit Europa ist warenmäßig stärker diversifiziert als derjenige mit den nichteuropäischen Ländern, wobei diese Diversifikation im Bundesdurchschnitt stärker ist als im Land (Tabellen 6 und 7). So bestanden 1983 die Exporte des Bundes nach Europa zu 70 % aus den genannten acht Warengrup-

pen. Immerhin 30 % aber setzten sich aus einer Vielzahl anderer Produkte zusammen, bei der Ausfuhr in nichteuropäische Länder machten diese immer noch knapp 20 % aus. Demgegenüber besteht der Absatz Baden-Württembergs nach Europa bereits zu 80 % aus den genannten Produktgruppen, bei der Ausfuhr ins nicht-europäische Ausland sind es über 90 %. Hierbei vereinen der Fahrzeugbau und der Maschinenbau bereits mehr als zwei Drittel auf sich, gegenüber knapp 40 % im Warenaustausch mit Europa.

Wenngleich die anderen Warengruppen dementsprechend eine geringere Bedeutung haben, so weisen sie doch in einigen Fällen für die Jahre 1975 bis 1983 Zuwachsraten auf, die über dem Durchschnitt von 139 % für den Handel mit dem nichteuropäischen Ausland liegen. Beispielsweise nahmen diese Länder 1983 157 % mehr elektrotechnische Erzeugnisse aus Baden-Württemberg auf als 1975. Bei

Tabelle 9

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen europäischen Märkten 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾					
			Frankreich		Italien		Schweiz	
	Mill. US-\$	% ³⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
Alle Exportländer	1 853 862	100	115 453,7	100	83 834,1	100	28 577,1	100
darunter aus								
Baden-Württemberg	29 746	1,6	3 221,0	2,8	2 358,3	2,8	2 195,8	7,7
anderen Bundesländern	146 682	7,9	16 241,3	14,1	11 456,9	13,7	6 318,5	22,1
USA	212 275	11,5	9 109,6	7,9	5 790,3	6,9	2 055,3	7,2
Japan	138 911	7,5	3 059,8	2,7	1 096,0	1,3	1 060,2	3,7
Großbritannien	97 028	5,2	7 014,2	6,1	3 387,1	4,0	1 567,8	5,5
Frankreich	92 629	5,0	x	x	10 776,2	12,9	3 281,5	11,5
Italien	73 490	4,0	11 107,8	9,6	x	x	2 826,1	9,9
Kanada	68 499	3,7	801,7	0,7	740,0	0,9	142,5	0,5
Niederlande	66 322	3,6	6 377,0	5,5	3 724,9	4,4	1 233,4	4,3
Belgien/Luxemburg	52 381	2,8	8 924,4	7,7	2 774,2	3,3	1 157,9	4,1
Schweden	26 817	1,4	1 703,6	1,5	911,8	1,1	535,9	1,9
Schweiz	26 024	1,4	2 251,4	2,0	1 931,3	2,3	x	x
Indonesien	22 294	1,2	—	—	235,7	0,3	23,5	0,1
Südkorea	21 853	1,2	330,5	0,3	—	—	76,5	0,3
Australien	22 002	1,2	568,5	0,5	457,0	0,5	50,2	0,2
Hongkong	20 985	1,1	344,2	0,3	—	—	316,0	1,1
Singapur	20 788	1,1	279,2	0,2	—	—	41,8	0,1

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang und die VR China, für die keine detaillierten Angaben über bilaterale Handelsströme veröffentlicht sind, und Saudi-Arabien, das als ölexportierendes Land tritt. — 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang der Importe der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. — 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Export-

chemischen Erzeugnissen erreichte die Zuwachsrate einen Wert von 175 % (Tabelle 6). Bei allen genannten acht Warengruppen war der Ausfuhranstieg ins nichteuropäische Ausland im Land stärker als im Bund. Der Export nach Europa entwickelte sich – mit Ausnahme des Kraftfahrzeugbaus – bei den einzelnen Warenarten in Land und Bund mehr oder weniger gleich stark.

Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf europäischen und nichteuropäischen Märkten

Der Exporterfolg eines Landes ist in hohem Maße abhängig von den Konkurrenten, auf die es in den jeweiligen ausländischen Produktmärkten trifft. Bereits ein globaler Vergleich für die Außenhandelsituation auf europäischen und nicht-europäischen Märkten zeigt, daß in Europa, besonders in den "kontinentalen" Ländern, die europäischen Partnerländer, und hier vor allem Frankreich und

Italien, nach wie vor die stärksten Exportkonkurrenten sind. Demgegenüber sind die USA und Japan auf allen betrachteten nichteuropäischen Märkten die dominanten Wettbewerber. Umso höher ist die Intensivierung der Exportbeziehungen Baden-Württembergs mit diesen Ländern einzustufen.

Der nachfolgenden Globalanalyse sind länderspezifische Importdaten aus UN-Statistiken (in US-Dollar) sowie vergleichbare Daten für die Bundesrepublik zugrunde gelegt, wobei die entsprechenden Angaben für Baden-Württemberg, wie im Anhang dargestellt, über Sonderaufbereitungen ermittelt wurden. In den Tabellen 9 und 10 sind in der Kopfspalte jeweils die sechs größten europäischen bzw. nichteuropäischen Abnehmerländer Baden-Württembergs aufgeführt. Für jedes dieser Länder ist die Länderstruktur seiner Importe dargestellt (für 1982), wobei die 17 größten Exportnationen der Welt berücksichtigt wurden (Tabelle 8). Baden-Württemberg wird hierbei als achtzehnte eigenständige Exportregion aufgefaßt.

Importland ²⁾					
Großbritannien		Niederlande		Österreich	
Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
99 100,9	100	62 583,2	100	19 514,4	100
1 851,4	1,9	1 547,3	2,5	1 462,5	7,5
11 086,5	11,2	12 317,2	19,7	6 464,5	33,1
11 459,9	11,6	5 738,6	9,2	736,4	3,8
4 653,3	4,7	1 327,4	2,1	550,5	2,8
x	x	5 888,2	9,4	428,4	2,2
7 443,5	7,5	4 068,8	6,5	756,7	3,9
4 784,2	4,8	1 905,1	3,0	1 687,9	8,6
2 498,2	2,5	501,2	0,8	88,7	0,5
7 895,0	8,0	x	x	539,7	2,8
4 983,7	5,0	6 858,0	11,0	380,0	1,9
2 919,2	2,9	1 204,7	1,9	342,4	1,8
2 787,6	2,8	728,0	1,2	931,3	4,8
—	—	157,0	0,3	—	—
562,3	0,6	244,2	0,4	62,2	0,3
862,0	0,9	193,7	0,3	23,5	0,1
1 516,6	1,5	289,8	0,5	95,1	0,5
373,5	0,4	142,1	0,2	22,6	0,1

fang ihrer Weltexporte geordnet. Unberücksichtigt blieben die UdSSR und das Land auf dem Weltmarkt nicht in Konkurrenz zu Baden-Württemberg. — 3) Anteil der Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Auf den kontinentalen Märkten Europas, also hier der Schweiz, Österreichs, Frankreichs und Italiens, aber auch für die bereits stärker überseeisch orientierten Niederlande, hat die Bundesrepublik als Lieferregion eine herausragende, teilweise eine dominante Position (Tabelle 9). So bezog die Schweiz 1982 fast 30 % ihrer Importe aus Deutschland, bei Österreich waren es sogar gut 40 %. Mit einem Anteil von 7,7 % ist Baden-Württemberg dabei auf dem Schweizer Markt der viertgrößte Importpartner hinter den anderen Bundesländern (22,1 %), Frankreich (11,5 %) und Italien (9,9 %), in Österreich ist es mit 7,5 % der drittgrößte Anbieter hinter den anderen Bundesländern (33 %) und Italien (8,6 %). Die USA und Japan spielen auf dem österreichischen Markt mit Anteilen am Import von 3,8 % bzw. 2,8 % derzeit eine vergleichsweise untergeordnete Rolle, ihr Einfluß in der Schweiz ist größer (7,2 % bzw. 3,7 %).

Die Lieferantenstruktur Frankreichs und Italiens ist stärker diversifiziert. Zwar ist die Position der Bundesrepublik herausragend, doch ist auch der gegenseitige Warenaustausch intensiv und von

Tabelle 10

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾					
			USA		Saudi-Arabien		Japan	
	Mill. US-\$	% ³⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
Alle Exportländer	1 853 862	100	253 033,1	100	40 472,6	100	130 318,6	100
darunter aus								
Baden-Württemberg	29 746	1,6	3 660,3	1,4	776,1	1,9	527,1	0,4
anderen Bundesländern	146 682	7,9	8 832,1	3,5	3 689,6	9,1	1 792,9	1,4
USA	212 275	11,5	x	x	8 519,1	21,0	24 224,4	18,6
Japan	138 911	7,5	39 896,6	15,8	7 778,4	19,2	x	x
Großbritannien	97 028	5,2	13 522,3	5,3	2 674,4	6,6	1 346,1	1,0
Frankreich	92 629	5,0	5 814,9	2,3	2 174,0	5,4	1 215,5	0,9
Italien	73 490	4,0	5 653,9	2,2	2 469,2	6,1	941,9	0,7
Kanada	68 499	3,7	45 676,6	18,1	271,4	0,7	4 434,1	3,4
Niederlande	66 322	3,6	2 644,7	1,0	1 005,3	2,5	347,3	0,3
Belgien/Luxemburg	52 381	2,8	2 497,2	1,0	698,6	1,7	338,6	0,3
Schweden	26 817	1,4	2 092,1	0,8	609,7	1,5	352,0	0,3
Schweiz	26 024	1,4	2 277,8	0,9	682,5	1,7	679,6	0,5
Indonesien	22 294	1,2	4 508,5	1,8	—	—	12 005,0	9,2
Südkorea	21 853	1,2	6 002,9	2,4	1 092,6	2,7	3 253,5	2,5
Australien	22 002	1,2	2 551,3	1,0	744,6	1,8	6 961,1	5,3
Hongkong	20 985	1,1	5 888,0	2,3	338,9	0,8	621,2	0,5
Singapur	20 788	1,1	2 273,1	0,9	418,9	1,0	1 814,4	1,4

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Um- und die VR China, für die keine detaillierten Angaben über bilaterale Handelsströme veröffentlicht sind, und Saudi-Arabien, das als Ölexportier- temberg tritt. — 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang porte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. — 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Export-

Bedeutung sind weiterhin Handelspartner wie die USA, Großbritannien, die Niederlande und Belgien-Luxemburg. In globaler Hinsicht ist Japan auf diesen Märkten im Vergleich zu seinem Weltmarktanteil derzeit unterdurchschnittlich vertreten. Frankreich und Italien sind im Hinblick auf den Warenwert die größten Abnehmer baden-württembergischer Produkte, der Importanteil lag 1982 in beiden Ländern bei 2,8 %, womit die Bedeutung der Schweiz (mit 2,0 % bzw. 2,3 %) übertroffen wird.

Die Niederlande beziehen mehr als ein Fünftel ihrer Exporte aus der Bundesrepublik, doch ist mit einem Importanteil von nur 2,5 % Baden-Württemberg im Vergleich zur Bedeutung auf den anderen betrachteten Märkten hieran nur unterdurchschnittlich beteiligt. Hier, wie auch in anderen Fällen, zeigt sich, daß trotz der Intensivierung weltweiter Handelsbeziehungen auch die geographische Lage der Handelspartner die Konkur-

renzsituation mitbestimmt. So ist Belgien-Luxemburg für die Niederlande der zweitgrößte Lieferant, obwohl diese Region weltweit lediglich den neunten Platz unter den Exportnationen einnimmt. Auch die Beziehungen zu Großbritannien und den USA sind stärker als im Durchschnitt der "kontinentalen" Länder Europas.

Die überseeische Orientierung wird für Großbritannien besonders deutlich: Die Position von Exportnationen wie den USA, Japan, Kanada und Schweden ist wesentlich stärker als auf anderen europäischen Märkten. Umso bemerkenswerter ist es, daß die Bundesrepublik 1982 mit einem Importanteil von 13 % noch vor den USA (11,6 %) der größte Handelspartner war. Baden-Württemberg ist mit etwas mehr als einem Sechstel hieran beteiligt.

Die bedeutendsten nichteuropäischen Abnehmer baden-württembergischer Ausführerzeugnisse waren im Jahr 1982 die

Importland ²⁾					
Australien		Kanada		Ägypten	
Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
23 671,8	100	54 259,1	100	9 077,9	100
322,7	1,4	238,4	0,4	191,5	2,1
1 075,0	4,5	877,3	1,6	728,6	8,0
5 097,0	21,5	38 233,8	70,5	1 726,5	19,0
4 725,4	20,0	2 859,3	5,3	412,0	4,5
1 696,5	7,2	1 539,2	2,8	398,0	4,4
575,7	2,4	711,1	1,3	681,3	7,5
542,4	2,3	587,4	1,1	686,5	7,6
533,7	2,3	x	x	107,7	1,2
338,9	1,4	216,7	0,4	318,3	3,5
144,0	0,6	213,3	0,4	131,4	1,4
326,5	1,4	296,4	0,5	156,9	1,7
217,1	0,9	289,4	0,5	174,9	1,9
745,3	3,1	—	—	13,9	0,2
330,5	1,4	471,6	0,9	41,4	0,5
x	x	355,7	0,7	213,4	2,4
534,5	2,3	542,2	1,0	29,4	0,3
655,1	2,8	132,5	0,2	31,0	0,3

fang ihrer Weltexporte geordnet. Unberücksichtigt blieben die UdSSR
rendes Land auf dem Weltmarkt nicht in Konkurrenz zu Baden Würt-
ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. — 3) Anteil der Ex-
regionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

USA, Südafrika, Saudi-Arabien, Irak, Japan, Algerien, Australien, Kanada und Ägypten. In die nachfolgende Untersuchung der globalen Konkurrenzsituation in diesen Ländern (Tabelle 10) konnten Südafrika und der Irak nicht aufgenommen werden, da die UN-Statistiken deren Importe nicht nach Lieferländern differenziert ausweisen. Im Falle des Irak stammen die letzten Angaben aus dem Jahr 1978. Auf den in die Betrachtung einbezogenen nichteuropäischen Märkten sind die USA und Japan die mit weitem Abstand dominanten Lieferländer. Daneben wird auch hier deutlich, daß in manchen Fällen die geographische Lage der Handelspartner Stärke und Richtung der Warenströme nachhaltig beeinflußt. Neben der sehr engen Verflechtung des Außenhandels der USA und Kanadas zeigt sich auch ein intensiver Warenaustausch zwischen einigen Ländern des sog. pazifischen Beckens. So stellt Indonesien 9,2 % der Importe Japans und 3,1 % der Importe Australiens, während

der Weltmarktanteil dieses Landes nur bei 1,2 % liegt. Australien und Südkorea bestreiten 5,3 % bzw. 2,5 % der Einfuhren Japans, womit sie deutlich über dem jeweiligen Durchschnitt liegen. Japan seinerseits setzt überdurchschnittlich viel Waren in Australien ab, wo es gemeinsam mit den Vereinigten Staaten der größte Anbieter ist. Auch historisch gewachsene Handelsbeziehungen spielen in diesen Märkten eine Rolle.

Trotz der erschwerenden Komponenten der Existenz überragender Wettbewerber, der geographischen Ferne und traditioneller Handelsbeziehungen ist die Position der Bundesrepublik und speziell Baden-Württembergs als Importpartner der betrachteten Länder im Vergleich insbesondere zu anderen europäischen Wettbewerbern als besonders gut einzustufen. So ist die Bundesrepublik auf dem mit Abstand größten Markt der USA mit einem Importanteil von knapp 5 % fast stark vertreten wie der größte europäische Anbieter Großbritannien (5,3 %). Baden-Württemberg übertrifft mit seinem Anteil von 1,4 % Länder wie die Niederlande, Belgien-Luxemburg, die Schweiz und Schweden, aber auch Exportregionen des asiatisch-pazifischen Raums, wie Indonesien, Australien und Singapur.

Der Importanteil der Bundesrepublik wie auch Baden-Württembergs in Japan ist mit 1,8 % bzw. 0,4 % nur gering, doch ist der Bund damit der größte europäische Handelspartner Japans und Baden-Württemberg übertrifft, wie bereits den USA, europäische Konkurrenznationen oder zieht mit ihnen gleich. Vergleichbares gilt für Kanada, dessen Importe zu 70 % aus den USA kommen und zu weiteren knapp 10 % aus Japan und Großbritannien. Auch in Australien ist die Bundesrepublik mit einem Importanteil von knapp 6 % stark vertreten und erreicht fast den Anteil des traditionell besonders engen Handelspartners Großbritannien (7,3 %), wobei wiederum Baden-Württemberg mit einem Anteil von 1,4 % europäische Exportnationen übertrifft bzw. erreicht oder fast erreicht (z.B. Frankreich: 2,4 %).

Die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Ländern des vorderen Orients sind traditionell gut, was in den hohen Importanteilen sowohl des Bundes wie des

Landes in Saudi-Arabien und Ägypten zum Ausdruck kommt. Sie liegen jeweils mit gut 10 % bzw. etwa 2 % über dem durchschnittlichen Weltmarktanteil. Allerdings haben auf diesen Märkten neben den USA und Japan, das allerdings bislang in Ägypten noch vergleichsweise schwach vertreten ist, auch die anderen europäischen Exportnationen ein größeres Gewicht als auf den zuvor betrachteten nichteuropäischen Märkten.

Konkurrenzsituation auf einzelnen Produktmärkten im nichteuropäischen Ausland

Die Wettbewerbssituation auf den einzelnen Produktmärkten kann sowohl hinsichtlich des Konkurrenzdrucks wie der konkurrierenden Länder ganz anders sein als in globaler Betrachtung. Im Statistisch-prognostischen Bericht 1982/83 wurden bereits solche Warengruppen näher untersucht, bei denen sich seit den 70er Jahren erhebliche Veränderungen in den Weltmarktanteilen ergeben haben.

Weiterhin wurde für wichtige Exportprodukte die Konkurrenzsituation auf den jeweils sechs generell wichtigsten ausländischen Absatzmärkten genauer analysiert, wobei es sich hierbei in der Regel um EG-Länder, die Nachbarländer Schweiz und Österreich sowie die USA handelt. In Ergänzung hierzu wird nachfolgend diese Analyse weitergeführt unter dem Gesichtspunkt, auf welche ausländischen Konkurrenten Baden-Württemberg bei wichtigen Exportprodukten auf den jeweils sechs größten nichteuropäischen Importmärkten trifft. Bei den wichtigsten nichteuropäischen Märkten, die gemäß der Datenverfügbarkeit erfaßt wurden, handelt es sich in erster Linie um die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Saudi-Arabien, Japan, Singapur, Südafrika und Australien. Bei einigen Warengruppen zählen aber auch Hongkong, Indonesien, Mexiko und der Irak zu den bedeutsamen Abnehmerländern. Generell gilt, daß in den Tabellen und den zugehörigen Kommentierungen die jeweils sechs größten nichteuropäi-

Tabelle 11

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Druckerei- und Buchbindereimaschinen 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾					
			USA		Japan		Australien	
	Mill. US-\$	% ³⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
Alle Exportländer	3 210,6	100	461,2	100	101,4	100	95,4	100
darunter aus								
Baden-Württemberg	472,5	14,7	95,2	20,6	28,8	28,4	17,6	18,4
anderen Bundesländern	687,0	21,4	138,0	29,9	19,6	19,3	11,4	11,9
USA	644,6	20,1	x	x	22,1	21,8	40,9	42,9
Großbritannien	353,0	11,0	49,1	10,6	5,9	5,8	7,1	7,4
Schweiz	240,0	7,5	23,6	5,1	7,2	7,1	3,9	4,1
Japan	195,6	6,1	71,4	15,5	x	x	7,0	7,3
Italien	160,8	5,0	35,3	7,7	5,5	5,4	1,6	1,7
Frankreich	134,6	4,2	5,8	1,3	0,9	0,9	0,8	0,8
Schweden	83,4	2,6	8,8	1,9	3,6	3,6	0,8	0,8
Niederlande	69,1	2,2	1,9	0,4	1,5	1,5	1,0	1,0
Kanada	34,2	1,1	13,6	2,9	.	.	0,5	0,5
Belgien/Luxemburg	27,4	0,9	2,4	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6
Hongkong	15,0	0,5	2,6	0,6	0,2	0,2	.	.
Spanien	12,8	0,4	1,0	0,2

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umsatz geordnet. — 2) In Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (3 304 Mill. US-\$) von den Weltexporten (3 211 Mill. US-\$) geringfügig abgeht. — 3) Anteil der Exporte der

4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. — 5) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

schen Importländer, geordnet nach dem Umfang ihrer Einfuhren aus Baden-Württemberg, Berücksichtigung fanden. Diese sechs Länder wurden aus den zweiundzwanzig generell größten (europäischen und außereuropäischen) Importnationen ausgewählt, für die UN-Daten vorliegen. So ist es durchaus möglich, daß ein für Baden-Württemberg wichtiges Abnehmerland wegen fehlender Daten nicht in die Untersuchung aufgenommen werden konnte.

In die Untersuchung wurden solche Erzeugnisse einbezogen, die mindestens 1 % der baden-württembergischen Gesamtausfuhr des Jahres 1982 ausmachten. Allerdings konnten wegen Unstimmigkeiten in den internationalen Statistiken nicht alle für die Exportindustrie Baden-Württembergs bedeutenden Waren berücksichtigt werden (vgl. Anhang). Die in die Untersuchung einbezogenen 16 Warengruppen umfaßten im Jahr 1982 immerhin rund 50 % aller Exporte Baden-Württembergs, sie sind hier nach ihrer Bedeutung für

die Ausfuhr geordnet. Nachfolgend wird die Konkurrenzsituation für die acht größten Produktgruppen dargestellt⁶. Die jeweils ausgewiesenen "Marktanteile" beziehen sich dabei stets auf die Anteile der einzelnen Exportländer an den Importen der jeweils betrachteten Verbrauchsländer. Gemeint sind also nicht Marktanteile im eigentlichen Sinne, da diese auch auf die Produktion des jeweiligen Importlandes für den Inlandsabsatz Bezug nehmen.

Druckerei- und Buchbindereimaschinen

Bei den Druckerei- und Buchbindereimaschinen hat Baden-Württemberg den größten Weltmarktanteil von allen hier untersuchten Waren inne. Dieser Anteil in Höhe von 14,7 % ist gegenüber 1980, als er 15,5 % ausmachte, leicht zurückgegangen. Dennoch hat Baden-Württemberg in der Rangfolge der wichtigsten Exportländer seinen dritten Platz hinter den anderen Bundesländern (21,4 %) und den Vereinigten Staaten (20,1 %) deutlich gegenüber Großbritannien (11 %) und der Schweiz (7,5 %) behauptet (Tabelle 11). Leichte Anteilsverluste gegenüber 1980 mußten ebenfalls die anderen Bundesländer (- 0,8 Prozentpunkte) und Großbritannien (- 0,7) hinnehmen. Die Weltexporte von Druckerei- und Buchbindereimaschinen haben sich zwischen 1980 und 1982 nominal um rund 9 % verringert. Anteilsgewinne an diesem schrumpfenden Markt konnten die USA (+ 0,6 Prozentpunkte), Japan (+ 0,9), die Niederlande und Kanada (jeweils + 0,4 Prozentpunkte) verbuchen.

Der weltweit wichtigste Abnehmer Baden-Württembergs sind die USA. Auf diesem Markt hatte das Land 1982 einen Anteil von 20,6 % und war damit hinter den anderen Bundesländern der zweitgrößte Lieferant. Gegenüber 1980 konnte Baden-Württemberg seinen Marktanteil um mehr als 3 Prozentpunkte erhöhen, die anderen Bundesländer sogar um 9 Prozentpunkte. Diese Verbesserung der Marktposition ging zu Lasten der Hauptkonkurrenten Japan (- 0,7 Prozentpunk-

Importland ²⁾					
Kanada		Südafrika		Hongkong	
Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁵⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
154,8	100	80,4	100	42,4	100
10,1	6,5	7,9	9,8	7,2	17,0
5,5	3,6	15,3	19,0	5,1	12,0
112,8	72,9	36,6	45,5	3,2	7,5
11,7	7,6	19,9	24,8	3,8	9,0
4,5	2,9	4,4	5,5	1,2	2,8
1,8	1,2	3,3	4,1	11,2	26,4
1,8	1,2	3,2	4,0	0,6	1,4
3,5	2,3	3,0	3,7	0,1	0,2
0,2	0,1	0,8	1,0	6,4	15,1
0,2	0,1	1,7	2,1	0,4	0,9
.	.	0,2	0,2	.	.
0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2
0,1	0,1	.	.	x	x
.	.	0,3	0,4	0,1	0,2

fang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der weicht. — 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport, — 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Export-

6 Die Analyse für die acht verbleibenden Warengruppen befindet sich im Anhang.

Tabelle 12.

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Metallen 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾					
			USA		Südafrika		Japan	
	Mill. US-\$	% ³⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁵⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
Alle Exportländer	9 337,6	100	1 707,2	100	363,5	100	259,0	100
darunter aus								
Baden-Württemberg	1 059,0	11,3	116,7	6,8	38,4	10,6	37,6	14,5
anderen Bundesländern	1 529,0	16,4	155,9	9,1	39,9	11,0	33,0	12,7
Japan	1 384,4	14,8	676,6	39,6	21,8	6,0	x	x
USA	1 184,0	12,7	x	x	31,8	8,7	75,7	29,2
Schweiz	859,3	9,2	92,1	5,4	17,0	4,7	45,8	17,7
Italien	748,1	8,0	59,9	3,5	21,8	6,0	6,2	2,4
Großbritannien	636,1	6,8	142,4	8,3	42,8	11,8	3,8	1,5
Frankreich	400,3	4,3	19,8	1,2	3,1	0,9	1,5	0,6
Kanada	232,1	2,5	127,8	7,5	1,2	0,3	0,2	0,1
Spanien	183,5	2,0	24,4	1,4	7,3	2,0	0,1	0,0
Schweden	177,2	1,9	37,0	2,2	1,8	0,5	5,8	2,2
Belgien/Luxemburg	159,7	1,7	13,9	0,8	3,0	0,8	7,3	2,8
Österreich	148,5	1,6	21,4	1,3	2,9	0,8	1,2	0,5
Singapur	45,5	0,5	12,9	0,8	.	.	7,8	3,0
Südkorea	35,4	0,4	20,5	1,2	.	.	8,4	3,2

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umsatzen in den Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (9 189 Mill. US-\$) von den Weltexporten (9 338 Mill. US-\$) geringfügig abgeht.

2) Die Importländer sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. — 3) Anteil der Exporte der Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

te), Großbritannien (- 2,5) und Italien (- 6,0), wobei zu berücksichtigen ist, daß Japan und Italien überdurchschnittlich stark in den USA engagiert sind.

Für Japan ist Baden-Württemberg der wichtigste Lieferant von Druckerei- und Buchbindereimaschinen. Der Marktanteil betrug 1982 28,4 % und war damit deutlich höher als der Anteil der USA und der anderen Bundesländer. Im Vergleich zu 1980 konnte Baden-Württemberg seine Position auf dem japanischen Markt behaupten, während der Anteil der anderen Bundesländer von 27,9 % auf 19,3 % absank. Verantwortlich für diesen Rückgang ist - zumindest rein rechnerisch - die zunehmende Konkurrenz seitens der USA, Großbritanniens und der Schweiz. Diese Länder gewannen jeweils zwischen zwei und drei Prozentpunkten hinzu.

Überdurchschnittlich hohe Marktanteile hält Baden-Württemberg außerdem in Australien (18,4 %) und Hongkong (17,0 %)

und ist damit jeweils der zweitgrößte Lieferant. Dies ist umso bedeutender als sich das Land gegen Konkurrenten behaupten muß, die einen Wettbewerbsvorteil aufgrund ihrer geographischen Lage haben. So stammen 42,9 % aller Importe von Australien aus den USA und 26,4 % aller Importe von Hongkong aus Japan. Unter dem Gesichtspunkt regionaler Lieferverflechtungen ist auch der Marktanteil Baden-Württembergs in Kanada zu beurteilen. Zwar liegt dieser mit 6,5 % unter dem Durchschnitt, dennoch ist damit in der Rangfolge der wichtigsten Exporteure ein dritter Platz hinter den USA und knapp hinter Großbritannien verbunden. Immerhin bezieht Kanada rund 73 % aller Importe aus den USA.

Werkzeugmaschinen

Mehr als ein Viertel der Weltexporte von Werkzeugmaschinen zum Bearbeiten von Metallen und Hartmetallen kommt aus der Bundesrepublik Deutschland. 41 % der

Importland ²⁾					
Mexiko		Indien		Australien	
Mill. US-\$	% ⁵⁾	Mill. US-\$	% ⁵⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
605,7	100	198,6	100	181,3	100
34,0	5,6	14,5	7,3	11,2	6,2
33,6	5,5	47,7	24,0	17,3	9,5
68,6	11,3	22,3	11,2	56,6	31,2
184,6	30,5	22,0	11,1	23,8	13,1
6,0	1,0	17,3	8,7	6,2	3,4
14,1	2,3	4,7	2,4	7,9	4,4
27,9	4,6	27,3	13,7	15,6	8,6
9,7	1,6	1,6	0,8	3,4	1,9
24,1	4,0	0,4	0,2	1,3	0,7
31,5	5,2	3,7	1,9	3,6	2,0
1,3	0,2	3,2	1,6	2,4	1,3
1,6	0,3	1,4	0,7	0,5	0,3
0,9	0,1	11,7	5,9	0,7	0,4
.	.	0,2	0,1	1,6	0,9
.	.	.	.	0,7	0,4

fang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der weicht.— 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. — 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Export-

Das für Baden-Württemberg wichtigste marktwirtschaftlich orientierte Importland sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Sie nahmen 1982 rund 11 % der gesamten Exporte auf. Dennoch besaß das Bundesland lediglich einen Marktanteil von 6,8 % (1980: 7,1 %). Der amerikanische Markt wird allerdings recht deutlich von Japan beherrscht, das 1982 einen Importanteil von rund 40 % aufwies. Gegenüber 1980 bedeutet dies ein Plus von 5 Prozentpunkten. Infolge dieser Entwicklung setzte Japan nahezu 50 % seiner Ausfuhren von Werkzeugmaschinen in den USA ab. Interessant ist weiterhin, daß Großbritannien als insgesamt siebtgrößte Exportnation für die Vereinigten Staaten (hinter Japan und den anderen Bundesländern) der drittgrößte Lieferant von Werkzeugmaschinen ist.

Eine günstigere Konkurrenzsituation zeigt sich für Baden-Württemberg auf dem japanischen Markt. Hier ist das Land mit einem Anteil von 14,5 % der drittgrößte Handelspartner und liegt damit noch vor den anderen Bundesländern. Die für Japan wichtigsten Exportnationen sind die USA und die Schweiz, die einen Marktanteil von 29,2 % bzw. 17,7 % besitzen. Die USA, die Schweiz, Baden-Württemberg und die anderen Bundesländer bestreiten knapp drei Viertel aller Werkzeugmaschinenimporte Japans. Auf die anderen Lieferländer entfallen dadurch verhältnismäßig geringe Marktanteile. Beachtlich ist die Stellung Südkoreas, das aufgrund seiner wirtschaftlichen Entwicklung und geographischen Nähe zum japanischen Markt inzwischen der fünftgrößte Lieferant ist. Für Australien sind die USA und Japan die führenden Exportnationen. Baden-Württemberg liegt hier hinter den anderen Bundesländern und Großbritannien an fünfter Stelle, obwohl der Marktanteil — gemessen am Weltmarktanteil von 11,3 % — lediglich 6,2 % beträgt. Für die anderen nichteuropäischen Länder, die in Tabelle 13 aufgeführt sind, existieren nur Exportdaten, so daß die Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren sind (vgl. die methodischen Erläuterungen im Anhang). Baden-Württemberg erweist sich für Südafrika und Mexiko als drittgrößter und für Indien als sechstgrößter Lieferant. Zu den wichtigsten Konkurrenten zählen Großbritannien, Japan, die USA und die anderen Bundesländer.

deutschen Ausfuhr wurden 1982 von Baden-Württemberg getätigt, das einen Weltmarktanteil von 11,3 % aufwies. Das Land liegt damit hinter den anderen Bundesländern (16,4 %), Japan (14,8 %) und der USA (12,7 %) an vierter Stelle der führenden Exportnationen (Tabelle 12). Es exportiert wertmäßig deutlich mehr Werkzeugmaschinen als die Schweiz, Italien, Großbritannien und Frankreich, die unter den bedeutendsten Ausfuhrländern auf den Rängen fünf bis acht folgen. Im Jahr 1980 war Baden-Württemberg noch vor den USA der drittgrößte Exporteur von Werkzeugmaschinen. Der Weltmarktanteil betrug 11,6 %. Zwischen 1980 und 1982 konnten die USA ihren Anteil von 11,4 % auf 12,7 % erhöhen und sich damit vor das Bundesland schieben. Auch Japan baute im genannten Zeitraum seine Marktposition aus (+ 0,8 Prozentpunkte), während die anderen Bundesländer 1,3 Prozentpunkte einbüßten, ohne jedoch ihre Vorrangstellung zu verlieren.

Maschinen für die Textil- und Lederindustrie

Die Bundesrepublik Deutschland stellte 1982 über ein Viertel der Exporte von Textil- und Ledermaschinen und war damit weltweit der wichtigste Exporteur. Aus Baden-Württemberg stammten rund 28 % aller deutschen Ausfuhren. Das Land lag mit einem Weltexportanteil von 7,4 % hinter den anderen Bundesländern (19,4 %), der Schweiz (15,2 %), Japan (14,7 %), Italien (10,2 %) und den USA (7,8 %) auf Rang 6 und hatte einen deutlich höheren Anteil als Großbritannien (6 %) und Frankreich (4 %) (Anhangtabelle 1). Im Vergleich zu 1980 hat Baden-Württemberg einen leichten Anteilsverlust hinnehmen müssen (- 0,3 Prozentpunkte) und ist dadurch in der Rangfolge hinter die USA, die ihren Anteil halten konnten, zurückgefallen. Japan verzeichnete gegenüber 1980 ein Plus von 0,5 Prozentpunkten, während Großbritannien und Frankreich Einbußen in Höhe von 1,4 bzw. 1,2 Prozentpunkten hinnehmen mußten.

In den afrikanischen Ländern (hier: Ägypten und Südafrika) trifft Baden-Württemberg in erster Linie auf die Konkurrenz der anderen Bundesländer und der Schweiz. Für Ägypten ist das Land der drittgrößte Importpartner mit einem Marktanteil von 13,3 %. Die Schweiz als wichtigster Lieferant stellt 19,3 % der gesamten Einfuhren Ägyptens, die anderen Bundesländer stellen 18,1 %. Die Republik Südafrika wird etwa zur Hälfte von den anderen Bundesländern, der Schweiz, von Großbritannien, Italien, Japan und Baden-Württemberg beliefert. Hier liegt der Marktanteil Baden-Württembergs mit 4,9 % unter dem Durchschnitt von 7,4 %. Dennoch ist das Bundesland der sechstgrößte Lieferant von Südafrika.

Die USA sind Baden-Württembergs bedeutendster außereuropäischer Absatzmarkt für Textil- und Ledermaschinen. Ein Vergleich mit 1980 zeigt, daß das Bundesland auf diesem Markt an Konkurrenzfähigkeit verloren hat. 1980 kamen 6,3 % aller amerikanischen Importe aus Baden-Württemberg, 1982 waren es nur noch 4,5 %. Der größte Wettbewerber, die Schweiz, konnte in dieser Zeit ihren Marktanteil um 1,6 Prozentpunkte auf 24,4 % erhöhen. Auch Japan gelang

es, die Stellung auf dem amerikanischen Markt auszubauen (+ 2,4 Prozentpunkte). Demgegenüber verloren die anderen Bundesländer (- 1,0 Prozentpunkte), Großbritannien (- 1,8) und Frankreich (- 1,5) an Bedeutung.

Eine vergleichsweise gute Marktposition hat Baden-Württemberg in Hongkong. Zwar liegt der Anteil an der Gesamteinfuhr Hongkongs mit 6,1 % unter dem Weltmarktanteil des Bundeslandes, dennoch ist das Land der viertgrößte Lieferant von Hongkong. Hier wirkt sich insbesondere die regionale Nähe Japans aus, die ihren Niederschlag in einem Marktanteil von nahezu 50 % findet. Eine ähnlich dominante Rolle spielen die USA bei den Importen Kanadas. Rund 52 % aller Einfuhren stammten 1982 aus den Vereinigten Staaten. Die nächst größeren Exportländer erreichten Marktanteile zwischen 4 % und 7 %, wobei Baden-Württemberg mit 4,7 % den sechsten Rang einnimmt.

Ackerschlepper

Der Weltexport von Ackerschleppern wird zu rund 81 % von den fünf größten Exportnationen getätigt. Im Jahre 1982 kamen 24,2 % aus den USA, 15,7 % aus der Bundesrepublik, 15 % aus Japan, 13,4 % aus Großbritannien und 12,6 % aus Italien. Rund die Hälfte der deutschen Ausfuhren dieser Warengruppe stammten aus Baden-Württemberg, das einen Weltmarktanteil von 7,8 % aufwies (Anhangtabelle 2). Für die USA ist das Bundesland der drittgrößte Lieferant von Ackerschleppern hinter Japan (30,3 %) und Kanada (24,5 %). 15,8 % ihrer Importe bezogen die USA 1982 aus Baden-Württemberg, das damit einen deutlichen Vorsprung vor Italien (10,4 %) und Großbritannien (8,5 %) hatte. Die anderen Bundesländer stellten lediglich ein Fünftel der deutschen Ausfuhr nach Amerika und erlangten damit einen Marktanteil von 4,2 %.

An den Weltexporten in den Irak ist Baden-Württemberg mit einer Quote von 11 % beteiligt, womit es den fünften Rang unter den sechs bedeutendsten Anbietern einnimmt. Diese sechs Länder, zu denen noch Italien (Exportanteil: 27,8 %), Großbritannien (12,8 %), Japan

(12,4 %), die USA (12,4 %) und Schweden (7,8 %) gehören, vereinigen allein 84 % der Ausfuhren von Ackerschleppern in den Irak auf sich. In Australien besitzt Baden-Württemberg einen Marktanteil in Höhe von 4,1 %. Hier wird die Konkurrenzsituation von der beherrschenden Stellung der USA bestimmt, die nahezu die Hälfte der Einfuhr von Australien bestreiten. Die Marktanteile der anderen bedeutenden Anbieter liegen zwischen 2 % (Belgien-Luxemburg) und knapp 10 % (Großbritannien). In Saudi-Arabien und noch mehr in Kanada nehmen die USA ebenfalls eine dominierende Position unter den Exportländern ein. Baden-Württemberg hat auf diesen Märkten recht geringe Anteile am Importvolumen (2,9 % bzw. 0,5 %).

Kolbenverbrennungsmotoren

Bei Kolbenverbrennungsmotoren hatte Baden-Württemberg 1982 einen Anteil am Weltexport in Höhe von 6,6 %, womit das Land unter den größten Exportnationen an fünfter Stelle lag (Anhangtabelle 3). Der Ausfuhrwert war immerhin etwa gleich hoch wie der von Frankreich. Die größten Exporteure in dieser Branche waren 1982 die USA (26,6 %) und Japan (13,1 %). Eine überdurchschnittlich gute Position hielt Baden-Württemberg in Südafrika, im Iran sowie in Singapur und Südkorea. Für die Republik Südafrika war das Bundesland der wichtigste Lieferant von Kolbenverbrennungsmotoren. Der Marktanteil betrug mehr als 44 %. Die führende Stellung auf dem südafrikanischen Markt muß allerdings mit der Einschränkung gesehen werden, daß die Angaben für Südafrika keine Importwerte sind. Hierdurch können Ungenauigkeiten auftreten, deren Ausmaß nicht abzuschätzen ist (vgl. den Anhang zu den methodischen Erläuterungen). Dieselbe Einschränkung gilt für die Beurteilung der Konkurrenzsituation auf dem iranischen Markt, wo Baden-Württemberg mit einem Anteil von knapp 16 % der zweitgrößte Lieferant hinter Großbritannien ist.

Die Lieferungen nach Südkorea werden nahezu zur Hälfte von Japan getätigt. Baden-Württemberg nahm 1982 mit einem Marktanteil von knapp 9 % den dritten Rang hinter den USA (13,3 %) ein und

lag gleichzeitig deutlich vor Singapur (3,6 %), dem viertgrößten Lieferanten von Südkorea. Singapur selbst bezog vorrangig Kolbenverbrennungsmotoren aus den USA (Marktanteil: 38,7 %), Japan (20,7 %) und Großbritannien (11,7 %). Baden-Württemberg folgt hier mit 8,9 % auf dem vierten Rang. Ein Vergleich mit den anderen Bundesländern zeigt, daß Baden-Württemberg deutlich mehr Waren als die anderen Bundesländer in die Länder ausführt, in denen es überdurchschnittlich hohe Marktanteile hat (Südafrika, Iran, Südkorea, Singapur). Beispielsweise stammen fast 80 % aller deutschen Exporte nach Südafrika aus dem Bundesland. Für die gesamte Warengruppe beträgt dieser Anteil knapp 40 %. Auffallend wenig Waren nehmen die USA aus Baden-Württemberg auf (1,9 %), obwohl die USA der zweitwichtigste Käufer sind. Für die anderen Bundesländer sind die Vereinigten Staaten mit großem Abstand der wichtigste Abnehmer. Dennoch liegt der Marktanteil mit 6,9 % deutlich unter dem Durchschnitt (10,5 %).

Kraftfahrzeuge

Japan ist der weltweit größte Exporteur von Kraftfahrzeugen (28,4 %), gefolgt von den anderen Bundesländern (18 %), Kanada (11 %), Frankreich (7,3 %), Baden-Württemberg (6,7 %), USA (6,6 %) und Belgien-Luxemburg (6,1 %) (Tabelle 13). Gegenüber 1980 verbesserte Baden-Württemberg seinen Weltmarktanteil um 0,7 Prozentpunkte und schob sich damit vor die USA und Belgien-Luxemburg, die ihrerseits Anteilsverluste in Höhe von 1,5 bzw. 0,4 Prozentpunkten hinnehmen mußten. Frankreich (- 2,8 Prozentpunkte), Großbritannien (- 1,9) und Italien (- 1,4) verloren ebenfalls an Bedeutung, während die anderen Bundesländer (+ 0,8), Japan (+ 1,0) und Kanada (+ 3,4) ihre Kraftfahrzeugausfuhren überdurchschnittlich steigern konnten. Baden-Württemberg setzte 1982 gut ein Drittel seiner Ausfuhren dieser Warengruppe in den USA ab und besaß dort einen Marktanteil von 7,5 %. Obwohl der Anteil 1980 noch bei 8,5 % lag, verbesserte sich das Bundesland in der Reihenfolge der wichtigsten Lieferanten der Vereinigten Staaten von Rang vier auf Rang drei. Ursache hierfür ist die über-

Tabelle 13

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Kraftfahrzeugen 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾					
			USA		Saudi-Arabien		Japan	
	Mill. US-\$	% ³⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
Alle Exportländer	85 969,4	100	26 085,2	100	4 505,5	100	347,7	100
darunter aus								
Baden-Württemberg	5 738,3	6,7	1 961,6	7,5	300,8	6,7	121,5	34,9
anderen Bundesländern	15 467,4	18,0	1 391,6	5,3	928,9	20,6	154,1	44,3
Japan	24 415,0	28,4	12 269,4	47,0	1 951,9	43,3	x	x
Kanada	9 465,9	11,0	8 757,1	33,6	21,0	0,5	1,2	0,3
Frankreich	6 275,5	7,3	341,5	1,3	57,9	1,3	2,1	0,6
USA	5 655,1	6,6	x	x	936,7	20,8	43,6	12,5
Belgien/Luxemburg	5 244,0	6,1	8,5	0,0	2,9	0,1	.	.
Großbritannien	2 606,8	3,0	344,7	1,3	75,2	1,7	10,4	3,0
Schweden	2 540,2	3,0	864,3	3,3	68,2	1,5	7,7	2,2
Italien	2 446,1	2,8	112,3	0,4	26,4	0,6	6,4	1,8
Niederlande	967,4	1,1	0,7	0,0	20,2	0,4	.	.
Brasilien	884,6	1,0	.	.	23,6	0,5	.	.
Österreich	448,0	0,5	1,4	0,0	10,0	0,2	0,3	0,1

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umsatz in den Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (87 312 Mill. US \$) von den Weltexporten (85 969 Mill. US \$) geringfügig abgehebt. Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. — 3) Anteil der Exporte der Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. — 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

aus starke Verschlechterung der Konkurrenzsituation der anderen Bundesländer, deren Importanteil von 8,9 % auf 5,3 % absank. Beherrscht wird der US-amerikanische Markt von Japan und Kanada, die 1982 47 % bzw. 33,6 % der Einfuhren der USA stellten. Japan setzte in diesem Jahr die Hälfte seiner Ausfuhren in den Vereinigten Staaten ab. Das Land ist auch in Saudi-Arabien der mit großem Abstand wichtigste Anbieter. Saudi-Arabien bezog allein 43,3 % seiner Importe aus Japan, während auf den zweitgrößten Lieferanten, die USA, 20,8 % entfielen. Einen nahezu gleich hohen Marktanteil erreichten auch die anderen Bundesländer (20,6 %). Baden-Württemberg war immerhin der viertgrößte Importpartner von Saudi-Arabien (6,7 %), obwohl das Land dem Werte nach weit weniger Kraftfahrzeuge in das Ölland ausführte als die drei genannten Anbieter. Die Stellung Baden-Württembergs ist weitgehend unangefochten, da die nächst größeren Exportländer Marktanteile von nicht einmal 2 % aufweisen.

Eine herausragende Stellung nimmt Baden-Württemberg gemeinsam mit den anderen Bundesländern auf dem japanischen Markt ein. Knapp 80 % seiner Kraftfahrzeugimporte bezieht Japan aus der Bundesrepublik; 34,9 % aus Baden-Württemberg und 44,3 % aus den anderen Bundesländern. Hier folgen die USA mit deutlichem Abstand auf Rang drei (12,5 %). Die anderen Exportnationen weisen angesichts der Dominanz der drei führenden Anbieter nur äußerst geringe Marktanteile auf.

Kuwait war 1982 der viertgrößte nicht-europäische Abnehmer baden-württembergischer Fahrzeugbauerzeugnisse und bezog rund 10 % seiner Importe aus dem Bundesland. Lediglich Japan und die USA erreichten höhere Marktanteile (31,8 % bzw. 15,5 %), während sich die Importquote der anderen Bundesländer ebenfalls auf rund 10 % belief. Die Angaben zeigen, daß die Hälfte der deutschen Kraftfahrzeugausfuhren nach Kuwait in Baden-Württemberg gefertigt wurde. Diese Quote ergab sich auch bei

Importland ²⁾					
Kuwait		Kanada		Australien	
Mill. US-\$	% ⁵⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾	Mill. US-\$	% ⁴⁾
988,9	100	4 118,5	100	1 372,0	100
100,3	10,1	85,5	2,1	73,5	5,4
100,9	10,2	85,6	2,1	41,2	3,0
314,7	31,8	833,4	20,2	1 051,9	76,7
45,2	4,6	x	x	6,0	0,4
9,9	1,0	67,3	1,6	16,1	1,2
153,2	15,5	2 994,9	72,7	67,7	4,9
2,3	0,2	0,2	0,0	.	.
24,9	2,5	13,0	0,3	55,9	4,1
29,0	2,9	9,1	0,2	42,5	3,1
12,2	1,2	4,3	0,1	15,5	1,1
6,2	0,6	0,1	0,0	0,1	0,0
0,5	0,1	4,2	0,1	.	.
5,1	0,5

fang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der weicht. — 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. — 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Export-

den Exporten nach Kanada, wo die Marktanteile Baden-Württembergs und der anderen Bundesländer mit jeweils 2,1 % vergleichsweise niedrig ausfielen. Hier wirkte sich die beherrschende Stellung der USA (72,7 %) und auch von Japan (20,3 %) aus. Japan besitzt darüber hinaus eine führende Position unter den Anbietern in Australien. Das Land stellte 1982 mehr als drei Viertel der Einfuhren Australiens. Der zweitgrößte Lieferant war bereits Baden-Württemberg, dessen Importanteil allerdings bei lediglich 5,4 % lag. Die anderen Bundesländer belegten auf diesem Markt hinter den USA, Großbritannien und Schweden Rang sechs der bedeutendsten Exporteure.

Elektrische Geräte zum Schließen, Öffnen, Schützen und Verbinden von Stromkreisen etc.

Diese Warengruppe beinhaltet typische Vorerzeugnisse für die Herstellung von Investitionsgütern wie z.B. Schalter, Relais, Sicherungen, Schalt- und Ver-

teilungstafeln. Baden-Württemberg ist der sechstgrößte Exporteur dieser Erzeugnisse. 1982 stammten 5,8 % des Weltexports aus dem Bundesland. Die wichtigsten Abnehmer Baden-Württembergs sind unter den europäischen Industrienationen zu finden (Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweiz). Dort hat das Land überdurchschnittlich hohe Marktanteile. Die Konkurrenzsituation auf nichteuropäischen Märkten ist demgegenüber schwächer (Anhangtabelle 4). Der größte Käufer baden-württembergischer Erzeugnisse sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Hier besaß das Bundesland 1982 einen Marktanteil von 3,7 %, womit es für die USA der sechstgrößte Lieferant war. Eine führende Position auf dem amerikanischen Markt nehmen Japan (27,4 %), Mexiko (17,6 %) und Kanada (10,7 %) ein, die zusammen deutlich mehr als die Hälfte der Importe stellen. Die Marktanteile der nächst wichtigen Lieferanten fallen vergleichsweise gering aus und liegen dicht beisammen: andere Bundesländer: 4,9 %, Schweiz: 3,9 %, Baden-Württemberg: 3,7 %, Großbritannien: 3,5 %, Hongkong: 3,2 % und Singapur: 3 %. Beachtlich ist die Bedeutung der südostasiatischen Schwellenländer, die auch auf dem japanischen Markt, der von den USA dominiert wird (Importanteil: 66,3 %), zu den wichtigsten Konkurrenten zählen. Südkorea war 1982 sogar der zweitgrößte Lieferant von Japan. Baden-Württemberg nahm den achten Rang ein, den es auch in Saudi-Arabien, Australien und Südafrika innehatte. Für Singapur war das Bundesland 1982 zwar der sechstgrößte Exporteur, dennoch lag der Marktanteil Baden-Württembergs mit 2,9 % deutlich unter dem Durchschnitt von 5,8 %. Auch hier wirkt sich die führende Position von Japan und den USA aus, die allein nahezu 60 % aller Importe Singapurs auf sich vereinigen.

Erwähnenswert erscheint noch der Vergleich mit den anderen Bundesländern. Vom gesamten Export der Bundesrepublik stammten 1982 rund 28 % aus Baden-Württemberg. Bei den Lieferungen in die USA belief sich der Anteil des Bundeslandes sogar auf 43 %, bei den Lieferungen nach Singapur und Japan auf 35 % bzw. 34 %. Ein unterdurchschnittlicher Anteil errechnet sich bei den Exporten nach Saudi-Arabien (11 %), Australien (19 %) und Südafrika (17 %).

Diese Angaben erklären, warum die anderen Bundesländer etwa für Saudi-Arabien und Südafrika der zweitgrößte Lieferant sind, während Baden-Württemberg lediglich auf Rang acht liegt.

Uhrmacherwaren

Rund drei Viertel der Weltexporte von Uhrmacherwaren entfallen auf die Schweiz, Hongkong und Japan, die jeweils einen Anteil von über 20 % aufweisen (Anhangtabelle 5). Baden-Württemberg ist mit einem Weltmarktanteil von 4,7 % der viertgrößte Exporteur von Uhrmacherwaren, gefolgt von Südkorea (4,1 %) und Frankreich (3,8 %). Allein 72 % der 1982 aus Deutschland ausgeführten Uhrmacherwaren wurden in Baden-Württemberg gefertigt.

Gegenüber 1980 hat es bedeutende Veränderungen bei den Marktanteilen der wichtigsten Exportnationen gegeben. So sank der Anteil der Schweiz um 1,5, der Frankreichs um 1,1 und der Japans um 0,8 Prozentpunkte. Hongkong und Südkorea erhöhten hingegen ihre Quoten um jeweils 1,6 Prozentpunkte. Hongkong schob sich dadurch vor Japan an die zweite Stelle, und Südkorea löste Frankreich als fünftgrößte Exportnation ab. Baden-Württemberg mußte einen Anteilsverlust von 0,5 Prozentpunkten hinnehmen.

Der größte nichteuropäische Abnehmer baden-württembergischer Uhrmacherwaren sind die USA. Der amerikanische Markt wird beherrscht von Japan (30,7 %), Hongkong (25,2 %) und der Schweiz (15,6 %). Baden-Württemberg lag 1982 auf Rang 5; allerdings mit deutlichem Vorsprung vor Südkorea und Großbritannien. Der Absatz der anderen Bundesländer in den USA war äußerst gering, da allein 91 % aller deutschen Exporte aus Baden-Württemberg stammten. Ein ähnlich hoher Anteil errechnet sich auch für die Ausfuhren nach Saudi-Arabien und Südkorea. Dennoch ist das Bundesland für Saudi-Arabien lediglich der sechstgrößte Anbieter mit einem Importanteil von 1,4 %. Ausschlaggebend hierfür ist die herausragende Stellung der Schweiz sowie von Japan und Hongkong. Diese drei Länder bestreiten knapp 91 % aller Einfuhren Saudi-Arabien.

Einen relativ hohen Marktanteil hält Baden-Württemberg mit 4,2 % in Australien. Damit liegt das Land auf Rang fünf der größten Anbieter. Es fällt auf, daß die Exporte der Schweiz weit unter ihrem Durchschnitt liegen und daß Japan und Hongkong zusammen rund 62 % der Importe Australiens auf sich vereinigen.

Zusammenfassung

- Die Bedeutung Baden-Württembergs als internationaler Handelspartner zeigt sich darin, daß dieses Land, in dem etwa 0,2 % der Weltbevölkerung leben, rund 1,6 % der Weltexporte stellt. Damit übertrifft es die Position von Schweden und der Schweiz. Bei einigen Warenarten beläuft sich 1982 der Anteil des Landes sogar auf mehr als ein Zehntel, so bei den Druckerei- und Buchbindereimaschinen (knapp 15 %), bei Zählern und Tachometern (13,0 %), Werkzeugmaschinen (11,3 %) und optischen Instrumenten und Geräten (11,9 %).
- Der Anteil Baden-Württembergs - wie auch anderer Industrieländer - am Weltexport war von 1,8 % im Jahr 1979 auf 1,5 % 1981 gesunken, er nahm jedoch - ähnlich wie auch in anderen Ländern - wieder zu, und zwar auf 1,6 % in den Jahren 1982/83. Damit haben die europäischen Länder der "kontinentalen Herausforderung" durch die USA und Japan standgehalten.
- Allein zwischen 1983 und 1984 stieg die Ausfuhr Baden-Württembergs um etwas mehr als 11 % auf 81,4 Mrd. DM. Damit hat sie sich zwischen 1975 und 1984 weit mehr als verdoppelt (127 %). Preisbereinigt entspricht dies einem Anstieg um 63 %. Die damit verbundene herausragende Bedeutung des Exports für das Land zeigt sich auch darin, daß der Ausfuhrwert je Kopf der Bevölkerung 1984 im Land bei 8 810 DM und damit um 10 % über dem Bundesdurchschnitt von 8 000 DM lag.
- 31 % des Gesamtumsatzes des Verarbeitenden Gewerbes des Landes wurden 1984 exportiert, im Investitions-

- gütersektor sind es 41 % (direkte Exporte). Berücksichtigt man auf der Grundlage einer Input-Output-Analyse auch die exportinduzierten Zulieferungen, die sich aus der Nachfrage von baden-württembergischen Unternehmen sowie Unternehmen aus anderen Bundesländern ergeben (indirekte Exporte), so erhöhen sich die entsprechenden umfassenden Exportquoten auf schätzungsweise 40 % bzw. 50 %.
- Aufgrund dieser hohen Exportintensität der baden-württembergischen Wirtschaft ist im Verarbeitenden Gewerbe des Landes jeder dritte Erwerbstätige direkt oder indirekt vom Export abhängig.
- Die stark steigenden Exporte des Landes gingen einher mit einer erheblichen Verschiebung in den regionalen Absatzmärkten. Gingen 1975 noch 70 % der Ausfuhren nach Europa, so waren es 1983 65 % und 1984 nur noch 64 %. Damit gehen inzwischen rund 36 % der baden-württembergischen Exporte in außereuropäische Länder.
- Die nichteuropäischen Märkte haben somit für das Land eine größere Bedeutung als für den Bund, hier macht der entsprechende Absatz seit Jahren rund 28 % aus. Zwischen 1975 und 1984 hat Baden-Württemberg seine Exportaktivitäten außerhalb Europas überdurchschnittlich stark erhöht (+ 175 %), während die entsprechende Zunahme der deutschen Ausfuhren mit + 130 % in etwa der Gesamtentwicklung (+ 120 %) entsprach.
- Die Vereinigten Staaten von Amerika sind mit deutlichem Abstand der größte Absatzmarkt Baden-Württembergs im nichteuropäischen Ausland. Im Jahre 1984 bezogen die USA etwa 16 % der Ausfuhren des Landes und lösten damit Frankreich als insgesamt wichtigsten Exportpartner ab. Weitere bedeutsame außereuropäische Abnehmer baden-württembergischer Erzeugnisse sind der Iran, Saudi-Arabien, Japan und die Republik Südafrika mit Exportanteilen von jeweils rund 2 %.
- Der Exportanteil der früher wichtigen süd- und mittelamerikanischen Handelspartner schrumpfte, mitbedingt durch die Verschuldungskrise, von 3,6 % (1975) auf 1,6 % (1983).
- Zwischen 1975 und 1983 haben sich die nominalen Ausfuhren Baden-Württembergs in etwa verdoppelt. Weit über dieser Zuwachsrate lagen die Lieferungen nach Ägypten, Kuwait, in die Volksrepublik China und in die südostasiatischen Länder Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea und Taiwan. Der Ausfuhrwert in diese Länder ist derzeit noch gering, doch sollten sie wegen ihrer möglichen zukünftigen Bedeutung nicht außer acht bleiben. Asien hat im Untersuchungszeitraum generell an Bedeutung gewonnen. Nach 11 % im Jahre 1975 setzte Baden-Württemberg 1983 13 % seiner Exporte in den Ländern Asiens ab.
- Die Verkäufe in Afrika nahmen einen unterdurchschnittlichen Verlauf, der zu einem Rückgang des Exportanteils auf 5 % führte. Allein zwei Drittel der in Afrika verkauften Waren wurden 1983 an Südafrika, Algerien und Ägypten geliefert.
- Eine warenspezifische Betrachtung der Länderstruktur der Exporte zeigt unter anderem, daß die Ausfuhr von Maschinenbauerzeugnissen nach Asien seit 1982 den Wert der Ausfuhren dieser Warengruppe nach Amerika übertrifft. 1983 gingen 17 % der Maschinenexporte nach Asien und 14 % nach Amerika, bzw. 11 % in die USA. Bei elektrotechnischen Erzeugnissen setzte Baden-Württemberg im gesamten Beobachtungszeitraum mehr Waren in Asien ab als in Amerika. Die entsprechenden Exportanteile betrugen 16 % bzw. 9 %.
- Für den Export von Kraftfahrzeugen aus Baden-Württemberg nehmen die Länder Amerikas eine herausragende Stellung ein. 1983 ging ein Drittel der im Ausland verkauften Fahrzeugbauerzeugnisse nach Amerika. Hier von waren über 90 % für die USA bestimmt. Allein der Wert der an die Vereinigten Staaten gelieferten Fahr-

zeuge machte 1983 8 % des gesamten Warenexports von Baden-Württemberg aus.

- Die wichtigsten Exportzweige des Landes sind der Maschinenbau, der Fahrzeugbau und die Elektrotechnik, auf die 1983 61,5 % aller Ausfuhren entfielen gegenüber nur 43 % im Bundesdurchschnitt. In den vergangenen Jahren haben die Ausfuhren von Fahrzeugbauerzeugnissen stark an Bedeutung gewonnen und besitzen seit 1982 einen höheren Exportanteil als die Maschinenbauerzeugnisse (1984: 26 % bzw. 23 %). Hervorstechend ist die Dominanz der Kraftfahrzeugausfuhren in nichteuropäische Länder. 1983 bestanden 42,5 % des Absatzes im nichteuropäischen Ausland aus Erzeugnissen dieser Warengruppe. Beim Export nach Amerika erreichten Kraftfahrzeuge sogar einen Anteil von 54 %. Für Europa belief sich die Quote auf 17 %. Auch bei Maschinenbauerzeugnissen ist Baden-Württemberg auf nichteuropäischen Märkten relativ stärker vertreten als in Europa.
- Der Exporterfolg eines Landes ist abhängig von den Konkurrenzländern, auf die es in den jeweiligen ausländischen Produktmärkten trifft. Ein globaler Vergleich für die Außenhandelssituation auf europäischen Märkten zeigt, daß in der Regel Frankreich und Italien nach wie vor die stärksten Konkurrenten sind.
- In Österreich ist Baden-Württemberg mit einem Anteil von 7,5 % an den österreichischen Importen der drittgrößte Anbieter hinter den anderen Bundesländern - die hier als eigenständige Exportregion verstanden werden - und Italien, in der Schweiz ist es mit einem Importanteil von 7,7 % der viertgrößte, zusätzlich hinter Frankreich. Auf den Märkten Frankreichs und Italiens treten verstärkt auch die USA, Großbritannien und die Niederlande in Erscheinung, doch übertrifft Baden-Württemberg mit einem Importanteil von jeweils 2,8 % immerhin die Schweiz.
- Auf allen betrachteten nichteuropäischen Märkten sind die USA und Ja-

pan die mit Abstand dominanten Wettbewerber. Umso höher ist die Intensivierung der Exportbeziehungen Baden-Württembergs mit diesen Ländern einzustufen. So übertrifft Baden-Württemberg mit einem Importanteil von 1,4 % auf dem US-amerikanischen Markt Länder wie die Niederlande, Belgien-Luxemburg, die Schweiz und Schweden, aber auch Exportregionen des asiatisch-pazifischen Raums, wie Indonesien, Australien und Singapur. Auch auf dem japanischen Markt übertrifft das Land europäische Konkurrenznationen oder zieht mit ihnen gleich, wobei der Importanteil mit 0,4 % hier allerdings gering ist.

- Die internationale Konkurrenzsituation auf den verschiedenen produktspezifischen Märkten unterscheidet sich erheblich von der globalen Situation und ist sehr uneinheitlich. In eine entsprechende Analyse für nichteuropäische Märkte wurden 16 der wichtigsten Warengruppen einbezogen. Die größten Konkurrenten waren jeweils die USA, Japan, Großbritannien, die anderen Bundesländer, Südkorea, Hongkong, Frankreich und Italien. Die Konkurrenzsituation auf den nichteuropäischen Märkten wird vielfach durch die geographische Lage der Handelspartner mitbestimmt. So hat Südkorea auf dem japanischen Markt in einigen Fällen beträchtliche Marktanteile erreicht (Werkzeugmaschinen; elektrische Geräte und Maschinen). In Australien stößt Baden-Württemberg auf eine massive Konkurrenz durch die USA und Japan (Werkzeugmaschinen; Pumpen und Kompressoren; elektrische Maschinen, Apparate und Geräte). In den Ländern Südostasiens nimmt Japan eine führende Marktposition ein, die in einigen Fällen mit den USA geteilt wird (Kolbenverbrennungsmotoren; Textil- und Ledermaschinen; elektrische Geräte zum Schließen, Öffnen etc.). Baden-Württemberg kommt auf diesen Märkten dennoch unter den Anbietern mit relativ geringen Importanteilen oftmals eine große Bedeutung zu. Hierzu wird auf die detaillierte Analyse einzelner Warenmärkte verwiesen.

2. Bildungswesen

2.1 Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen

Angebot und Nachfrage gegenwärtig steigend

Nach den Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik ist 1984 die bisher höchste Zahl an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen registriert worden. Bereits Ende 1984 deutete die erhebliche Zunahme der Zahl der Berufsschüler und der Neueintritte in das schulische Teilsystem auf diese Entwicklung hin. Schon zwischen 1977 – dem ersten Jahr einer Berufsbildungsstatistik – und 1983 war die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um fast 24 % gestiegen, obwohl sich in diesem Zeitraum die Zahl der Schulabgänger von allgemeinbildenden Schulen nur um 10 % erhöht hatte (Tabelle 1). Innerhalb dieser Zeitspanne hatte die Gesamtzahl der Auszubildenden (= Lehrlinge) von 197 742 auf 257 368 und damit um über 30 % zugenommen. Die Zahl der weiblichen Lehrlinge nahm binnen 6 Jahren sogar um 42 % zu, obwohl sich auch die Zahl der Schulabgängerinnen in diesem Zeitraum nicht wesentlich erhöhte (+ 11 %).

Demographische Komponente erklärt Nachfragesteigerung unzureichend

Wie bereits an den Schulabgängerzahlen zu erkennen, bietet die Betrachtung der demographischen Komponente – also der unterschiedlichen Stärke der entsprechenden Altersjahrgänge zu bestimmten Zeitpunkten – keinen ausreichenden Erklärungsansatz für die beträchtliche Zunahme der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Ein Vergleich der für die Berufsausbildung charakteristischen Altersjahrgänge der 16- bis 18jährigen innerhalb der Wohnbevölkerung zum Jahresende 1983 bzw. 1977 ergibt für diese Zeitspanne nur eine Steigerung von 7 %. Die sehr viel größere Wachstumsrate der Ausbildungsplätze deutet zunächst darauf hin, daß sich Jugendliche gegenwärtig eher für eine Berufsausbildung entscheiden als zum Ende der 70er Jahre. Hierbei ist zu beachten, daß je nach Abschlußniveau der Abgänger das Interesse am dualen System bereits früher sehr unterschiedlich war. Eine Steigerung der Nachfrage könnte also nicht

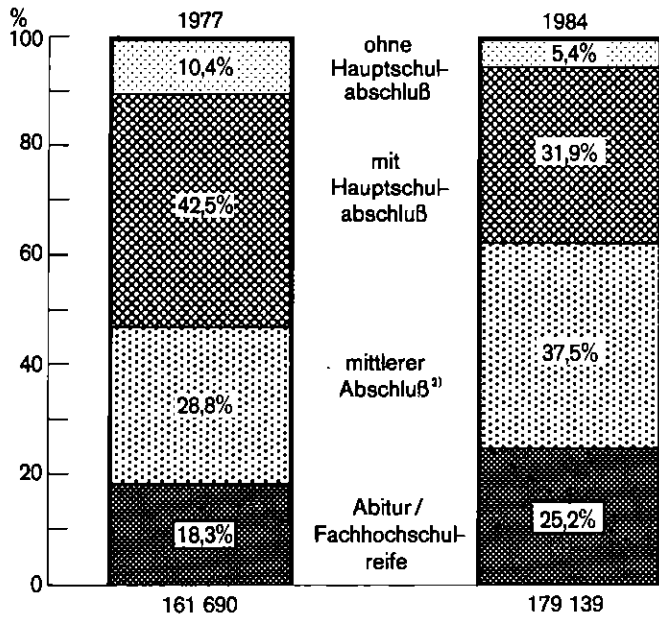
Tabelle 1

Elemente des Angebots und der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen

Jahr	Schulabgänger		Lehrstellenbewerber ²⁾³⁾	Gemeldete Lehrstellen ²⁾³⁾	Unbesetzte Lehrstellen ²⁾⁴⁾	Noch nicht vermittelte Bewerber ²⁾⁴⁾	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach den Kriterien		Auszubildende insgesamt ⁵⁾
	insgesamt ¹⁾	darunter von allgemeinbildenden Schulen					des Berufsbildungsberichts ⁴⁾	der amtlichen Statistik ⁵⁾	
Anzahl									
1977	161 690	140 211	70 199	51 820	3 307	4 201	81 496	81 699	197 742
1978	168 910	147 177	74 434	59 401	3 777	3 366	89 719	91 796	222 495
1979	170 808	147 484	78 563	71 768	7 807	2 626	96 152	97 690	244 111
1980	175 989	151 481	74 203	81 564	9 863	2 423	99 599	100 892	260 190
1981	177 146	150 175	73 515	82 221	8 831	2 716	94 610	95 933	255 437
1982	182 915	153 397	83 728	76 847	5 100	4 655	95 065	97 592	253 054
1983	185 566	154 494	101 030	73 728	4 008	6 799	100 535	104 102	257 368
1984	179 139	149 575	105 582	73 349	4 789	7 000	107 938	108 740 ^P	270 260 ^P

1) Von allgemeinbildenden Schulen sowie Abgänger mit Fachschul-, Fachhochschul- und Hochschulreife von beruflichen Schulen im Zeitraum Herbst des Vorjahres bis Sommer/Herbst des betreffenden Jahres. – 2) Angaben des Landesarbeitsamtes. – 3) Zeitraum: 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September des betreffenden Jahres. – 4) Stichtag 30. September des jeweiligen Jahres. – 5) Stichtag 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

Schaubild 1

Struktur der Schulabgänger¹⁾

1) Von allgemeinbildenden Schulen sowie von beruflichen Schulen mit Fachschul-, Fachhochschul- und Hochschulreife. - 2) Einschließlich entsprechendem Abschluß an beruflichen Schulen (Fachschulreife).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

177 85

nur von der Situation auf dem Arbeitsmarkt oder von stärkeren Altersjahrgängen beeinflusst sein, sondern u.U. auch darauf zurückzuführen sein, daß sich das Gewicht der einzelnen Abschlußarten innerhalb der Schulabgänger verlagert hat. Für den betrachteten Zeitraum 1977 bis 1984 trifft dies auch tatsächlich zu: Während die Zahl der Abgänger mit und ohne Hauptschulabschluß um fast 15 % abnahm, stieg die Zahl der Absolventen mit mindestens mittlerem Abschluß um über 49 %; der Anteil dieser Absolventengruppe an der Gesamtzahl der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen sowie aus beruflichen Schulen mit mindestens mittlerem Abschluß betrug infolgedessen 1984 bereits 52,2 % gegenüber 47,1 % im Jahre 1977 (Schaubild 1). Da je nach Abschlußniveau das Interesse an Ausbildungsplätzen sehr unterschiedlich ist, kann durch eine Verlagerung bei den Anteilen der einzelnen Abschlußarten bereits eine Nachfrageverschiebung ausgelöst werden, ohne daß die Gesamtzahl der Abgänger sich verändert.

Legt man die früheren Ausbildungsgewohnheiten zugrunde, so hätte sich aus dieser Verschiebung zu mittleren und höheren Abschlüssen allerdings eher eine

Nachfrageverlangsamung ergeben müssen: So bemühen sich Hauptschüler traditionellerweise häufiger um eine Lehre als Realschüler und Gymnasiasten; dies zeigt Tabelle 2 für das Jahr 1978 sehr deutlich. Auch im Jahre 1984 liegen die (fiktiven) Übergangsquoten bei Absolventen mit Hauptschulabschluß höher als bei Realschul- und Gymnasialabsolventen. Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, daß die vorgestellten Quoten nur eine allgemeine Tendenzaussage erlauben, da sie auf einer Gegenüberstellung von Schulabgängern und Berufsschulanfängern mit Ausbildungsvertrag und entsprechendem Abgangsniveau im gleichen Jahr beruhen und damit zeitliche Verschiebungen zwischen Schulabgang und Eintritt in das duale System nicht berücksichtigen können. Insbesondere diejenigen neu eingetretenen Teilzeitschüler mit Ausbildungsvertrag, die zuvor eine berufliche Vollzeitschule besucht und dort keinen zusätzlichen Abschluß erworben haben, verfälschen die Bilanz des Übergangs in das duale System, da sie nicht im gleichen Jahr in der Berufsschule in Erscheinung treten, in dem sie ihren letzten Abschluß erworben haben.

Trotz der geschilderten Mängel ermöglicht Tabelle 2 einen Einblick in die unterschiedlichen Präferenzen der Entlaßschüler. Folgt man diesen Unter-

Tabelle 2

Übergangsquoten in das duale System nach Abschlußarten und Geschlecht 1978 und 1984

Zuletzt erreichter Schulabschluß	Fiktive Übergangsquote ¹⁾			
	männlich		weiblich	
	1978	1984	1978	1984
	%			
Ohne Hauptschulabschluß	24,6	36,7	8,6	12,8
Mit Hauptschulabschluß	75,0	83,7	50,4	58,0
Realschulabschluß ²⁾	62,3	68,7	58,3	64,7
Fachschulreife	39,4	64,5	33,1	62,8
Abitur/Fachhochschulreife ³⁾	10,5	18,6	11,5	25,1

1) Neueingetretene Berufsschüler mit Ausbildungsvertrag in % der Abgänger von allgemeinbildenden Schulen mit entsprechendem Schulabschluß im vorangegangenen Schuljahr (bei den Zeilen 4 und 5 wurden auch Abgänger von beruflichen Schulen berücksichtigt). -

2) Oder gleichwertiger Abschluß an einer allgemeinbildenden Schule. - 3) Einschließlich Abschlüsse an beruflichen Schulen.

schieden, so hätte sich aus der Verschiebung in der Abschlußstruktur (mehr Abitur- und mittlere Reifeprüfungen, weniger Hauptschulabschlüsse) bei konstanten Übergangsquoten in das duale System zwischen 1978 und 1984 ein Rückgang bei der Zahl der Lehrstellenbewerber ergeben müssen. Tatsächlich aber ist die Zahl der Neueintritte in das duale System in diesem Zeitraum beträchtlich gewachsen, da sich die Übergangsquote in allen Abschlußarten nach oben verändert hat. Ein Teil dieser Quotensteigerung mag auf die oben bereits erwähnte Verfälschung durch verzögertes Überwechseln in das Ausbildungssystem zurückzuführen sein, doch ist auf alle Fälle auch das Interesse am dualen System seit Ende der 70er Jahre gestiegen.

Statistische Hinweise auf "Warteschleife"

Beide Phänomene, sowohl das gestiegene Interesse an Ausbildungsplätzen als auch ein gewisser Rückstau aus früheren Jahren, werden bei Betrachtung der Altersstruktur der Auszubildenden in Tabelle 3 deutlich. Da die Berufsbildungsstatistik die Altersgliederung der Lehrlinge noch nicht zu liefern vermag, wurde auf die Beschäftigtenstatistik mit einem etwas erweiterten Begriff des "Auszubildenden" zurückgegriffen. Nach dieser Statistik nahm der Anteil der Auszubildenden an der Wohnbevölkerung zwischen 1977 und 1984 in allen betrachteten Altersjahren zu, am stärksten jedoch bei den 20jährigen: von diesem Altersjahrgang waren 1977 nur (noch) 13,8 % in Ausbildung, während es 1984 20,7 % waren. Nur ein kleiner Teil dieser Steigerung (etwa 1 bis 2 Prozentpunkte) ist auf die Verlängerung der durchschnittlichen Besuchsdauer an allgemeinbildenden Schulen zurückzuführen; der größere Teil ist dem Warteschleifen-Faktor und dem gestiegenen Interesse am dualen System zuzuordnen. Unter dem Begriff "Warteschleife" werden im allgemeinen solche Ausbildungsgänge verstanden, die nicht dem ursprünglichen Wunsch des Lehrstellenaspiranten entsprechen und deren Absolvierung nur dazu dienen soll, den eigentlichen Berufswunsch aufrecht zu erhalten oder die Realisierungschancen zu erhöhen. Bestimmte Ausbildungsgänge wie etwa einjährige Berufsfachschulen können im we-

Tabelle 3

Anteil der Auszubildenden¹⁾ nach Alter an der jeweiligen Altersgruppe der Wohnbevölkerung²⁾ 1977 und 1984

Alter (in Jahren)	Geschlecht	1977	1984
		%	
15	männlich	0,3	0,4
	weiblich	0,2	0,3
	zusammen	0,2	0,4
16	männlich	10,5	13,8
	weiblich	6,1	8,0
	zusammen	8,3	11,0
17	männlich	30,3	35,6
	weiblich	20,3	26,2
	zusammen	25,4	31,0
18	männlich	46,9	47,4
	weiblich	34,3	39,0
	zusammen	40,7	43,3
19	männlich	32,7	34,6
	weiblich	23,2	32,0
	zusammen	28,1	33,4
20	männlich	14,1	18,7
	weiblich	13,6	22,9
	zusammen	13,8	20,7
21	männlich	7,2	9,7
	weiblich	7,3	13,3
	zusammen	7,2	11,4

1) Laut Beschäftigtenstatistik am 30.6. – 2) Stand 1.1. der Bevölkerungsfortschreibung.

sentlichen nicht der Warteschleife zugeordnet werden; vielmehr werden solche Schulen oft mit Billigung oder auf Anordnung eines Ausbildungsbetriebs oder des Trägers der Berufsausbildung besucht, teilweise auch aus eigenem An-

Tabelle 4

Schülerzahlen in ausgewählten Schulformen

Jahr	Schüler im Berufs- vorbereitungs- jahr	Teilzeitschüler ¹⁾ ohne Ausbildungsvertrag		
		insgesamt	und zwar	
			Neueintritte	Arbeitslose
Anzahl				
1977	720	25 479	11 467	6 440
1978	865	26 286	13 405	6 884
1979	936	25 093	13 389	6 375
1980	2 177	25 741	13 846	8 391
1981	2 977	24 780	13 649	11 606
1982	3 624	23 281	12 095	10 364
1983	4 177	18 884	10 790	7 829
1984	3 874	15 979	9 604	6 243

1) Öffentliche und private Berufs- und Sonderberufsschulen einschließlich kooperatives Berufsgrundbildungsjahr.

trieb des Lehrstellenaspiranten. Von ihrer Definition im Schulgesetz her gesehen dürfte noch am ehesten die Schulform des Berufsvorbereitungsjahrs (BVJ) der Warteschleife zuzurechnen sein. Diese in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut Vollzeitschule ist für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag eingeführt worden. In Tabelle 4 wurde das Anwachsen der Schülerzahlen im BVJ der Entwicklung bei der Zahl der Teilzeitschüler ohne Ausbildungsvertrag gegenübergestellt. Auf diese Weise wird erkennbar, daß sich hinsichtlich der unversorgten Lehrstellenbewerber eine gewisse Verschiebung vom Teilzeit- in den Vollzeitbereich ergeben hat. Außerdem ist zu beachten, daß die deutliche Reduzierung der Zahl der lehrstellenlosen Teilzeitschüler zwischen 1982 und 1983 zum Teil auch auf Rückwanderungen bei den Ausländern zurückzuführen ist. Dies ist u.a. daran zu erkennen, daß die Zahl der ausländischen Jungarbeiter um 31 % zurückgegangen ist.

Einen weiteren statistischen Hinweis auf die Beeinflussung der Nachfrage durch die Wiederholung von Bewerbungen in mehreren Jahren liefert eine Statistik des Landesarbeitsamtes, die sich auf eine Umfrage unter den Bewerbern stützt, die am Ende des Beratungsjahres 1982/83 bzw. 1983/84 ihren Berufswunsch aufrechterhalten. Neben den offiziell ausgewiesenen 7000 unvermittelten Bewerbern (Tabelle 1, Spalte 6) wurden vom LAA weitere 6 300 Jugendliche festgestellt, die zwar gegenwärtig durch den Besuch einer Vollzeitschule oder anderer Einrichtungen als vorläufig versorgt gelten, die aber im Prinzip ihren Vermittlungswunsch nicht aufgegeben haben. Auch wenn man diese Jugendlichen - zu etwa drei Vierteln Mädchen - nicht zu den unversorgten Bewerbern hinzuaddieren darf, so dürfte doch ein erheblicher Teil von ihnen im darauffolgenden Jahr wieder als Bewerber auf dem Lehrstellenmarkt auftreten.

Bewerber nehmen Arbeitsämter häufiger in Anspruch

Allein aus der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge kann abgeleitet werden, daß die tatsächliche Nachfrage (wie auch das Angebot) in den vergan-

genen Jahren über die demographische Komponente hinaus angestiegen ist. Die wesentlich höhere Steigerung der von der Arbeitsverwaltung in ihrer Geschäftsstatistik dokumentierten Bewerberzahlen (Tabelle 1, Spalte 3) dürfte zum einen auf den Warteschleifen-Effekt, zum andern auf die Erhöhung des Einschaltungsgrads der Arbeitsämter seitens der Bewerber zurückzuführen sein. In Anlehnung an die Gepflogenheiten im jährlichen Berufsbildungsbericht der Bundesregierung kann man den Einschaltungsgrad auf der Nachfrageseite durch Bezug der beim Arbeitsamt gemeldeten Bewerber auf die Gesamtzahl der neuabgeschlossenen Ausbildungsverträge (zuzüglich Nichtvermittelte) näherungsweise bestimmen. Diese Quote ist in den vergangenen Jahren gestiegen, während von seiten der Anbieter das Arbeitsamt weniger häufig in Anspruch genommen wurde, der Einschaltungsgrad hier also gesunken ist.

Trotz der Problematik der nicht vollständigen und hinsichtlich ihres Vermittlungsanteils schwankenden Einschaltung der Arbeitsverwaltung soll die dort festgestellte Struktur der Bewerberwünsche und der angebotenen Stellen näher untersucht werden.

Zunächst ist hierbei eine Unterscheidung nach dem Geschlecht notwendig, da beispielsweise 58 % der männlichen, aber nur 5 % der weiblichen Bewerber nach den Ergebnissen des Beratungsjahres 1982/83 eine Lehrstelle in Metall-, Elektro- oder Bau-/Baunebenberufen suchen. Umgekehrt wollen 51 % der Mädchen, aber nur 21 % der Jungen einen anerkannten Ausbildungsberuf im kaufmännischen/administrativen Bereich erlernen. Eine ähnliche Differenzierung der Berufswünsche ist auch bei Berücksichtigung des Merkmals "Schulische Vorbildung" zu erkennen. Für Abiturienten und Abgänger mit mittlerem Abschluß sind etwa Metall- oder Bauberufe sehr viel weniger attraktiv als für Hauptschulabsolventen. Die Berufsgruppe "Waren- und Dienstleistungskaufleute" scheint bei allen Vorbildungsniveaus mit einem Anteil von rund einem Fünftel ähnlich interessant zu sein, doch sind in dieser heterogenen Gruppe sowohl Verkäuferinnenberufe (hoher Hauptschüleranteil) als auch

Die von Lehrstellenbewerbern am häufigsten gewünschten Berufe getrennt nach Vorbildung und Geschlecht

Abgänger mit Hauptschulabschluß		Abgänger mit mittlerem Abschluß		Abgänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife	
männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Kfz - Schlosser	Verkäuferin	Industriekaufmann	Bürokauffrau	Industriekaufmann	Industriekauffrau
Elektroinstallateur	Friseur	Kaufmann im Groß- und Außenhandel	Arzthelferin	Bankkaufmann	Bankkauffrau
Tischler	Bürofachkraft	Elektroinstallateur	Industriekauffrau	Tischler	Hotelfachfrau
Maurer	Verkäuferin (NMH)	Bürokaufmann	Bankkauffrau	Kaufmann im Groß- und Außenhandel	Arzthelferin
Koch	Einzelhandelskauffrau	Bankkaufmann	Verwaltungsfachkraft	Gärtner	Steuergehilfin

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Daten des Berufsberatungsjahres 1983/84.

von Abiturienten gesuchte Berufe wie Bank- oder Versicherungskaufmann enthalten. Aus diesem Grund wurden in Übersicht 1 die fünf am häufigsten gewünschten Einzelberufe - und zwar getrennt nach Geschlecht und Vorbildung - zusammengestellt. Hier wird sichtbar, daß bei den Mädchen unabhängig von der besuchten Schulart in erster Linie kaufmännische Berufe begehrt sind, während die männlichen Hauptschulabsolventen eher an gewerblich-technischen Berufen interessiert sind. Es ist an dieser Stelle allerdings darauf hinzuweisen, daß die dargestellten Präferenzen sich nur auf das duale System beziehen; anderweitige Berufswünsche, die z.B. über eine Vollzeitschul- oder Hochschulausbildung erfüllt werden könnten, wurden nicht in die Betrachtung einbezogen.

Stellenvergabe auch ohne Einschaltung der Arbeitsverwaltung

Wenn man die ursprünglichen Berufswünsche, die von den Bewerbern im ersten Gespräch mit den Berufsberatern geäußert werden, mit den bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten Stellen vergleichen will, so muß dabei zunächst beachtet werden, daß der Einschaltungsgrad der Arbeitsverwaltung auf der Angebotsseite niedriger ausfällt als auf der Nachfrageseite. Aus diesem Grunde soll von einem globalen Vergleich Abstand genommen werden. Allerdings wird es als sinnvoll angesehen, die Struktur der gewünschten und der gemeldeten Stellen gegenüberzustellen; dies ge-

schieht in den Anhangtabellen 1 und 2. In der groben Differenzierung nach Berufsgruppen erscheinen Angebot und Nachfrage von ihrer Struktur her gesehen einigermaßen deckungsgleich. Metall- und Bauberufe haben allerdings bei den gemeldeten Stellen ein größeres Gewicht als bei den Berufswünschen; dies könnte für Hauptschüler gute Chancen eröffnen, da diese ein stärkeres Interesse an solchen Berufen zeigen. Umgekehrt übertrifft die Nachfrage nach Dienstleistungsberufen in vielen Fällen das Angebot, was vor allem für weibliche Schulabgänger mit mittlerem Abschluß verschlechterte Chancen auf Erlernen des Wunschberufs bedeuten dürfte.

Unterstellt wird bei diesen Vergleichen, daß die verschiedenen "Teilmengen" der Abgänger, soweit sie die Hilfe der Arbeitsverwaltung bei der Vermittlung suchen, jeweils repräsentativ sind für die tatsächliche Nachfrage der betreffenden Gruppe. Diese zu bestimmen erscheint jedoch mit den vorhandenen statistischen Mitteln nahezu unmöglich.

Um die tatsächliche Entwicklung unter strukturellen Aspekten zu dokumentieren, wurden in Anhangtabelle 3 die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze nach der amtlichen Berufsbildungsstatistik für die Jahre 1977, 1982 und 1984 gegenübergestellt. Hierbei wird deutlich, daß bestimmte Bauberufe ein sehr starkes Wachstum zu verzeichnen hatten, aber andererseits traditionelle Metallberufe von der Ausbildungsplatzzahl her gese-

Tabelle 5

Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen nach den Definitionen des Berufsbildungsberichts¹⁾

Jahr	Unbesetzte Ausbildungsplätze	Nicht vermittelte Bewerber	Saldo	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	Angebot	Nachfrage	Angebots-Nachfrage-Relation	Nachrichtlich: Angebots-Nachfrage-Relation im Bundesgebiet
	1	2	3 = 1 - 2	4	5 = 1 + 4	6 = 2 + 4	7 = (5:6) x 100	
	Anzahl						%	
1977	3 307	4 201	— 894	81 496	84 803	85 697	99,0	99,7
1978	3 777	3 366	+ 411	89 719	93 496	93 085	100,4	99,3
1979	7 807	2 626	+ 5 181	96 152	103 959	98 778	105,2	102,5
1980	9 863	2 423	+ 7 440	99 599	109 462	102 022	107,3	104,1
1981	8 831	2 716	+ 6 115	94 610	103 441	97 326	106,3	102,4
1982	5 100	4 655	+ 445	95 065	100 165	99 720	100,4	97,9
1983	4 008	6 799	— 2 791	100 535	104 543	107 334	97,4	96,2
1984	4 789	7 000	— 2 211	107 938	112 727	114 938	98,1	95,1

1) Stichtag 30. September des jeweiligen Jahres.

hen wenig expandierten. Dies war bereits in Anhangtabelle 2 bei der Teilmenge der den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen festzustellen. Andererseits ist in der Zusammenfassung nach Berufsgruppen nicht zu erkennen, daß einzelne Berufe wie Bank- oder Versicherungskaufmann eine überdurchschnittliche Zunahme bei der Zahl der Lehrlinge erfahren haben, während für den Verkäuferberuf eher das Gegenteil festzustellen ist. Hohe Lehrlings-Zuwachsraten sind auch bei den Berufen "Energieanlagen-elektroniker" und "Informationselektroniker" - wohl zu Lasten traditioneller Elektroberufe - zu verzeichnen.

Bilanzierung von Angebot und Nachfrage schwierig

Die im Berufsbildungsbericht ausgewiesene Gesamtnachfrage beruht zum einen auf den Meldungen der Träger der Berufsbildung über die im Berichtsjahr bis zum 30. September neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Zu diesen Neuabschlüssen werden die in der Statistik des Landesarbeitsamts (LAA) am gleichen Stichtag als noch nicht vermittelt geführten Bewerber addiert. Da jedoch die Arbeitsverwaltung nicht in allen Fällen in Anspruch genommen wird, dürften auch unter den nicht amtlich registrierten Bewerbern noch Erfolgreiche zu finden sein, die der Nachfrage zuzuordnen wären. Außerdem wird auch darüber disku-

tiert, ob nicht auch diejenigen Bewerber berücksichtigt werden sollten, die von der Arbeitsverwaltung infolge einer anderen Lösung (z.B. durch Antritt einer Arbeitsstelle) zunächst als versorgt geführt werden, obwohl sie ihren Wunsch nach einer Lehrstelle aufrechterhalten.

Die beiden letztgenannten Faktoren sind in der Gegenüberstellung der LAA-Zahlen in den Spalten 1 bis 3 der Tabelle 5 nicht enthalten, weshalb das dort für 1983 und 1984 ausgewiesene Lehrstellendefizit möglicherweise zu niedrig ausfällt. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß auch seitens der Lehrstellenanbieter nicht immer die Arbeitsverwaltung beteiligt wird, so daß auch die Zahl der unbesetzten Stellen höher liegen dürfte. Trotzdem bleibt festzuhalten, daß die Gegenüberstellung von nicht vermittelten Bewerbern und nicht besetzten Ausbildungsplätzen, die auch bei der Angebots-/ Nachfragebilanzierung im Berufsbildungsbericht angewandt wird, nur ein sehr unvollkommenes Instrument zur Darstellung der Lehrstellensituation abgibt.

Die geschilderte Problematik der Angebots-/Nachfragebilanzierung gilt im besonderen bei einer regionalen Betrachtungsweise, da sich hierbei erhebliche Unterschiede in der Versorgung zeigen. Im Hinblick auf die anstehende Diskussion über die Entwicklung neuer Krite-

rien zur Darstellung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und Neuabgrenzung von Engpaßgebieten soll dieser Aspekt vorläufig ausgeklammert werden.

Langfristig Abnahme der Bewerberzahlen

Aus der jüngsten Entwicklung bei der Lehrstellennachfrage, die allen Trendaussagen zuwiderlief, erscheint eine Zurückhaltung bei der Vorausschätzung des kurz- und mittelfristigen Verlaufs geboten. Zunächst (1985 und 1986) dürfte der Überhang aus den Bewerbungen früherer Jahre dazu führen, daß sich der zu erwartende Rückgang der Schulabgängerzahlen noch nicht in einer wesentlichen Reduzierung der Bewerberzahlen bei den Ausbildungsstellen niederschlägt. Erst ab 1987/88 kann mit einer Entlastung des Lehrstellenmarkts gerechnet werden.

Als Unsicherheitsfaktoren bei der Prognose der weiteren Entwicklung seien hier vor allem genannt:

1. Das Abgangsverhalten in den allgemeinbildenden Schularten, z.B. die Wahl zwischen mittlerer Reife und Abitur.
2. Die Attraktivität vollzeitschulischer Bildungsgänge im Beruflichen Schulwesen als Alternative zum dualen System.
3. Die Aufnahmekapazität und Attraktivität der Hochschulen für Gymnasiasten.
4. Die Direkteinstiegsmöglichkeiten in die Arbeitswelt ohne berufliche Ausbildung.
5. Die Berufschancen der Absolventen des dualen Systems.

Dem Arbeitsmarkt kommt dabei eine zentrale Funktion zu, denn die veränderte Ausbildungsneigung der vergangenen Jahre dürfte vor allem auf die geringer gewordenen Berufschancen für Absolventen vollzeitschulischer Bildungsgänge im beruflichen Schulwesen und die selteneren Direkteinstiegsmöglichkeiten in den Beruf zurückzuführen sein.

Zusammenfassung

- Obwohl 1984 ein vorläufiger Höchststand an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen verzeichnet wurde, überstieg die Nachfrage das Angebot an Ausbildungsplätzen.
- Die Steigerung der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zwischen 1977 und 1984 ist nur zu einem Teil auf stärkere Altersjahrgänge zurückzuführen; stärker ins Gewicht fällt das veränderte Bildungsverhalten nach Abschluß der allgemeinbildenden Schule.
- Das Interesse an Lehrstellen hat generell zugenommen, vergleichsweise besonders stark bei Abiturienten und Abgängerinnen von (zweijährigen) Berufsfachschulen.
- Verschiedene Hinweise sprechen dafür, daß die derzeitige hohe Nachfrage zu einem beachtlichen Teil aus der Wiederholung früherer Bewerbungen besteht.
- Die Bilanzierung von Angebot und Nachfrage ist schwierig, da der Einschaltungsgrad der Arbeitsverwaltung bei der Vermittlung von Lehrstellen auf der Angebots- und der Nachfrageseite unterschiedlich ist und außerdem im Zeitverlauf schwankt.
- Eine Bilanzierung von unbesetzten Stellen (4 789 am 30.9.1984) und nicht vermittelten Bewerbern (7 000 zum gleichen Zeitpunkt), wie sie im Berufsbildungsbericht vorgenommen wird, ergibt seit 1983 einen negativen Saldo.
- Bezüglich der Unversorgten muß berücksichtigt werden, daß es Bewerber gibt, die zunächst eine Ersatzlösung gewählt haben, aber ihre Bewerbung aufrechterhalten wollen (1983 und 1984 jeweils rund 6 300). Diese sind, wie auch die offiziell gemeldeten nicht vermittelten Bewerber, überwiegend weiblichen Geschlechts.
- Der Struktur des Angebots an Lehrstellen kommen (männliche) Hauptschüler am nächsten, da diese häufiger Metall- und Bauberufe nachfragen als andere Absolventen.

- Die Mehrzahl der Berufe des Bau- und Ausbaugewerbes verzeichneten zumindest noch in den Jahren bis 1984 - wobei in diesem Jahr eine Abschwächung zutage trat - eine erhebliche Angebotssteigerung. Für traditionelle Metallberufe ist ein geringeres Wachstum festzustellen. Im kaufmännischen Bereich wurden erheblich mehr Lehrstellen für Bank- und Versicherungskaufleute angeboten; dagegen sind die Ausbildungsplätze für Verkäufer(innen) zahlenmäßig kaum ausgeweitet worden.
- Längerfristig (ab dem Ende dieses Jahrzehnts) zeichnet sich eine Entspannung am Lehrstellenmarkt ab, doch können in den nächsten 2-3 Jahren rückläufigen Schulabgängerzahlen eventuell höhere Bewerberzahlen aus der "Warteschleife" gegenüberstehen.

2.2 Entwicklung der Fachstudienzeiten und der Verweildauer im Hochschulbereich

Studienzeitverlängerung in der Diskussion

Das Phänomen von Studienzeitverlängerungen und einer damit verbundenen Kritik an der Effizienz des Hochschulsystems und der Studienorganisation wurde bereits in den frühen sechziger Jahren u.a. vom Deutschen Wissenschaftsrat diskutiert und beklagt. Angesichts eines Studentenberges¹, der auf mittlere Sicht noch bestehen bleiben wird, knapper werdender Finanzmittel und sich verschärfender Probleme auf dem Arbeitsmarkt für Akademiker ist dieses Thema auch Mitte der achtziger Jahre von unverminderter Aktualität. Dies umso mehr, als die verfügbaren Statistiken trotz gestraffter Studien- und Prüfungsordnungen, der - mittlerweile aufgehobenen - Regelstudienzeit mit entsprechenden Durchsetzungsstrategien und trotz intensiver Arbeiten der Studienreformkommissionen keine Rückgänge in der Entwicklung steigender, durchschnittlicher Studienzeiten nachweisen.

Anlaß für Aktivitäten zu einer Reduzierung oder zumindest spürbaren Einschränkung steigender Studienzeiten waren die Auswirkungen der starken Expansionsphase im deutschen Bildungswesen in den siebziger Jahren, die von hohen quantitativen Zunahmen in fast allen Fachbereichen gekennzeichnet war. Verstärkter Zulauf zu Gymnasien und Realschulen, zunehmende Studierneigung der Abiturienten sowie der Absolventen des zweiten Bildungsweges und das Nachrücken geburtenstarker Jahrgänge in den Bildungsbereich waren die hierfür maßgeblichen Faktoren.

Die verfügbaren Angaben über eine bestimmte fachbezogene oder allgemeine Studienzeit gehen allerdings auf unterschiedliche Datenbasen, Erhebungsverfahren und Berechnungsgänge zurück. Die Vergleichbarkeit der Darstellungen ist somit nur bedingt sichergestellt, vor allem dann, wenn sie auf einzelne Bundesländer, Hochschulen oder Studienfächer beschränkt sind.

Im folgenden soll insbesondere dargestellt werden, welche Aussagen sich hinsichtlich der Verweildauer und der Fachstudienzeit in Baden-Württemberg ab 1979 treffen lassen. Dies sowohl unter Berücksichtigung des amtlichen Datenerhebungsmaterials, als auch repräsentativer Untersuchungen sowie der Studien- und Prüfungsordnungen. Unter der Verweildauer ist dabei die in Hochschulsemestern angegebene Gesamtdauer des Studiums (einschließlich Studiengangwechsel, Zweitstudium etc.) zu verstehen. Die Fachstudienzeit dagegen geht von der Zahl der Semester in dem Fach aus, in dem die Abschlußprüfung durchgeführt wurde.

Geklärt werden soll die Frage, wie die anfangs pauschal erwähnte Studienzeitverlängerung ihren Niederschlag in der Statistik gefunden hat und ob es sich nicht - zumindest teilweise - um Entwicklungen aufgrund von Erhebungs- und Auswertungsbedingungen oder um statistische Artefakte handelt, denen in der Realität Strukturverschiebungen etwa aufgrund von Änderungen der entsprechenden Prüfungsordnungen zugrunde liegen. Hierzu werden die Studienzeiten jeweils nach Hochschulart und Prüfungsgruppe sowie nach Fächergruppe, Studienfach und Geschlecht zu differenzieren sein. Vergleichsweise werden auch Bundesergebnisse herangezogen.

Unterschiedliche Datengrundlagen und Methoden

Nach dem Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen² werden zwei voneinander unabhängige Statistiken über das Merkmal "Prüfungen" erhoben. Zum einen handelt es sich um die Verwaltungsmeldungen der Hochschulen und Prüfungsämter in summarischer Form (Kollektivstatistik), zum anderen liegen Angaben über Prüfungskandidaten als Individualmeldungen vor (Individualstatistik). Bei Zusammenführung der Gesamtzahlen dieser beiden Statistiken hat sich in den letzten Jahren eine steigende

¹ Vgl. Sekretariat der Kultusministerkonferenz (Hrsg.), Angebot und Bedarf an Studienplätzen bis 1995, Bonn, Juli 1984.

² Hochschulstatistikgesetz (HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1980 (BGBl. I S. 453).

Übereinstimmung auf Bundesebene ergeben³, wobei jedoch, etwa nach Ländern und Prüfungsarten, noch Unterschiede auftreten können.

Angaben zur hier anstehenden Problematik der Studienzeiten sind im wesentlichen aus der Individualstatistik zu gewinnen, die neben der Zahl der bestandenen und nicht bestandenen Prüfungen auch zeitliche Aspekte des Studienverlaufs umschließt (z.B. Zeit von der Ersteinschreibung oder dem Erwerb der Hochschulreife bis zu einem Prüfungsabschluß, Alter der Kandidaten etc.). Darüber hinaus war das Interesse von Fachvertretern und Öffentlichkeit bereits früh auf die Ermittlung und Interpretation der Verweildauer (besonders an Universitäten) gerichtet, was zusätzlich eine Fülle unterschiedlicher Verfahren zu einer schlüssigen Berechnung, teilweise auch unter Einbeziehung der Studienabbrecher und Fachwechsler, hervorgerufen hat.

Die amtliche Statistik kann hierfür bisher lediglich Hilfsgrößen zur Verfügung stellen.⁴ Aufgrund fehlender verlaufsstatistischer Auswertungen entsprechender amtlicher Daten – auch wegen methodischer Probleme – werden in der aktuellen Diskussion auch globale Ergebnisse aus Studien mit repräsentativem Charakter herangezogen. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft stellt hierzu fest, "daß ein Teil der negativen Kritik am Hochschulbereich auch auf unterschiedlichen und vor allem hinsichtlich ihrer Prämissen nicht hinreichend offengelegten Methoden bei der Ermittlung, Definition und Bewertung von Daten beruht."⁵

Um dem hier gestellten Problem insoweit gerecht zu werden, ist es deshalb angezeigt, neben den verfügbaren amtlichen Daten deshalb auch anderweitig gewonnene Erkenntnisse einzubeziehen. Damit

sollen Datenlücken geschlossen und mögliche Verzerrungen aufgedeckt werden (etwa hinsichtlich der Studienabbrecher, die in der Individualstatistik der Prüfungskandidaten nicht berücksichtigt werden).

Erste Erhebungen der Individualprüfungsstatistik – auf die sich die folgenden Ausführungen im wesentlichen stützen – waren damals zum Teil noch unvollständig. Die Einbeziehung neuer Hochschulen (Verwaltungsfachhochschulen) in den Erhebungsbereich oder die Umstellung von Prüfungsverfahren (1977/78 bei den medizinischen und pharmazeutischen Prüfungen) brachten weitere Schwierigkeiten mit sich.⁶ Im zeitlichen Verlauf der Aufbereitungen zeigten sich zudem Schwankungen bei einigen Merkmalen, die nicht eindeutig erklärbar sind (z.B. geringfügige Schwankungen der Verweildauer von einem Berichtsjahr zum nächsten). Aus diesen Gründen wird bei der Analyse hauptsächlich vom Zeitraum 1979 bis 1983 (Prüfungsjahr: Wintersemester und darauf folgendes Sommersemester) ausgegangen, da somit die Datenkonsistenz ausreichend gesichert ist.

Starke Zunahme der Staatsprüfungen

Die Bedeutung einzelner Prüfungsabschlüsse im Kontext der Hochschularten geht aus Tabelle 1 hervor: Stark erhöht haben sich an Universitäten die Zahlen der staatlichen und kirchlichen Prüfungen (+ 117,5 %) und der Promotionen (+ 80,2 %) sowie an Kunsthochschulen die Diplomprüfungen (+ 533,3 %). Zurückgegangen sind die Lehramtsprüfungen an Pädagogischen Hochschulen um 45,1 % und an Universitäten um 4,9 %. Die Steigerungsrate an Fachhochschulen – hier ohne Verwaltungsfachhochschulen – liegt bei 8,5 %. Bedingt durch die stark fallenden Studienanfängerzahlen in den Lehramtsstudiengängen werden die Lehramtsprüfungen noch weiterhin zurückgehen. Dagegen konnte sich im Fachhochschulbereich der starke Ausbau

3 Vgl. Möncke, A.-F., Prüfungen an Hochschulen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 5, 1983, S. 420 f.

4 Vgl. hierzu beispielsweise: Festerling, K.-H., Zum Problem der Verweildauer an Universitäten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7, 1976, S. 206 – 209.

5 Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Studien-erfolg – Aufwand und Ertrag, Bonn 1982, S. 27.

6 Vgl. Prüfungen an Hochschulen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 3, 1983, S. 210 – 215.

Tabelle 1

Absolventen 1979 und 1983 nach Hochschularten und Prüfungsgruppen

Prüfungsgruppe	Jahr ¹⁾	Universität		Pädagogische Hochschule		Kunsthochschule		Fachhochschule ²⁾		Hochschulen insgesamt	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Diplom	1979	2 679	39,1	74	1,8	21	7,5	4 425	100,0	7 199	45,7
	1983	3 872	36,8	75	3,2	133	27,8	4 801	100,0	8 881	49,0
Magister/künstlerischer Abschluß	1979	215	3,1	—	—	203	72,2	—	—	418	2,7
	1983	362	3,4	—	—	261	54,6	—	—	623	3,4
Staatliche und kirchliche Prüfung (ohne Lehramt)	1979	1 302	19,0	—	—	—	—	—	—	1 302	8,3
	1983	2 832	26,9	—	—	—	—	—	—	2 832	15,6
Lehramtsprüfung	1979	1 560	22,8	4 108	98,2	57	20,3	—	—	5 725	36,4
	1983	1 483	14,1	2 257	96,8	84	17,6	—	—	3 824	21,1
Promotion ³⁾	1979	1 093	16,0	—	—	—	—	—	—	1 093	6,9
	1983	1 969	18,7	—	—	—	—	—	—	1 969	10,9
Prüfungen zusammen	1979	6 849	100	4 182	100	281	100	4 425	100	15 737	100
	1983	10 518	100	2 332	100	478	100	4 801	100	18 129	100

1) Wintersemester 1978/79 bzw. 1982/83 und jeweils folgendes Sommersemester. — 2) Ohne Verwaltungsfachhochschulen. — 3) Promotionen werden der Vollständigkeit halber hier und in den folgenden Tabellen nachgewiesen.

rein zeitlich noch nicht in ebenfalls stark gestiegenen Absolventenzahlen niederschlagen.

Durch die Veränderungen im Berichtszeitraum haben sich auch die Gewichte der einzelnen Prüfungsarten insgesamt verschoben: Fast die Hälfte der Prüfungen entfiel 1983 auf Diplome; nur noch etwas mehr als ein Fünftel auf Lehramtsprüfungen und ein Zehntel auf Promotionen; stark gestiegen auf über 15 % sind die staatlichen und kirchlichen Prüfungen (ohne Lehrämter).

Nach Hochschularten differenziert entsprechen die 10 518 Prüfungen an Universitäten 1983 einem Anteil von 58,0 %. An Fachhochschulen haben 26,5 % der Absolventen eine Prüfung abgelegt und an den Pädagogischen Hochschulen nur noch 12,9 % (gegenüber noch 26,6 % im Prüfungsjahr 1979). Bereits an dieser Stelle wird deutlich, daß sich Verschiebungen im Gefüge der Prüfungen unmittelbar auf die globalen Verweilzeiten erhöhend auswirken, da sich 1983 besonders die, in der Regel kürzer studierenden, Lehramtskandidaten nicht nur prozentual sondern auch absolut verringert haben, bei nur geringfügig gestiegenen Zahlen der Fachhochschulabsolventen mit ebenfalls kurzen Studienzeiten.

Durchschnittliche Verweildauer gestiegen

Die Entwicklung der Verweil- und Fachstudiendauer verlief insgesamt in Baden-Württemberg weitgehend analog zum Bundesdurchschnitt (Tabelle 2). Ab dem Studienjahr 1981 stagnierte die Verweildauer (bis auf die Fachhochschulen) bzw. weist geringere Erhöhungen auf (Universität). An Universitäten und an Fachhochschulen lagen die Durchschnittswerte für die Fachstudiendauer über dem Bundesergebnis. An Fachhochschulen dürfte diese Abweichung auf eine stärkere erhebungstechnisch bedingte Ausgliederung der Verwaltungsfachhochschulen (mit niedrigerer Fachstudiendauer) zurückzuführen sein, sowie teilweise auch auf die in Baden-Württemberg vorgeschriebenen Praxissemester. Die leicht höheren Werte an Universitäten könnten indes auf die in den übrigen Bundesländern stärker übliche Zusammenlegung der Pädagogischen Hochschulen (mit niedrigeren durchschnittlichen Verweil- und Fachstudienzeiten) mit dieser Hochschulart zurückgehen.

Während sich im Bundesgebiet der Anstieg der Verweildauer (+ 0,5 Jahre) relativ gleichmäßig über die Jahre erstreckte, entfällt für Baden-Württemberg

Tabelle 2

Verweildauer und Fachstudiendauer der erfolgreichen Absolventen 1979¹⁾ bis 1983 nach Hochschularten in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Hochschulart	Verweildauer					Fachstudiendauer				
	Durchschnitt in Jahren									
	1979	1980	1981	1982	1983	1979	1980	1981	1982	1983
Baden-Württemberg										
Universität	6,0	6,3	6,5	6,7	6,8	5,5	5,7	5,9	6,0	6,1
Pädagogische Hochschule	4,2	4,5	4,7	4,7	4,8	3,5	3,8	3,6	3,9	3,9
Kunsthochschule	5,5	5,4	5,5	5,5	5,5	4,5	4,3	4,5	4,6	4,5
Fachhochschule ²⁾	4,4	4,2	4,3	4,6	4,7	4,1	3,9	4,0	4,3	4,3
Insgesamt ³⁾	5,1	5,4	5,6	5,6	5,6	4,6	4,8	5,0	5,0	5,0
Bundesgebiet										
Universität	6,3	6,4	6,5	6,6	6,7	5,5	5,6	5,7	5,7	5,8
Pädagogische Hochschule	4,7	4,7	4,7	4,8	4,9	3,9	4,0	3,7	4,0	4,0
Kunsthochschule	5,7	5,7	6,0	5,9	6,0	4,6	4,6	4,7	4,7	4,8
Fachhochschule ²⁾	4,0	4,1	4,1	4,4	4,5	3,7	3,8	3,8	4,0	4,1
Insgesamt ³⁾	5,4	5,6	5,7	5,7	5,8	4,8	5,0	5,0	5,1	5,1

1) Wintersemester 1978/79 bzw. 1982/83 und jeweils folgendes Sommersemester. — 2) Ohne Verwaltungsfachhochschulen. — 3) Alle Prüfungen.

– durchgängig für die meisten Hochschularten – der größte Teil der Zunahme auf Veränderungen zwischen 1979 und 1980. Inwieweit sich hierunter aufbereitungstechnisch bedingte "Ausreißer" befinden oder ob es sich aufgrund stärkerer Differenzierungen im Bundesgebiet insgesamt (Gesamthochschulen, Graduerungen, Aufbaustudiengänge etc.) um strukturelle Unterschiede handelt, läßt sich retrospektiv nicht mehr eindeutig klären. Festzuhalten bleibt jedoch, daß in Baden-Württemberg sowohl die Verweildauer als auch die Fachstudiendauer im Durchschnitt über alle Hochschularten geringer ist als im Bundesdurchschnitt.

Die durchschnittliche Verweildauer in Baden-Württemberg ist, gemessen in Hochschulsesemestern, an Hochschulen von 1979 bis 1983 für beide Geschlechter gestiegen. Weibliche Absolventen an Kunsthochschulen bilden die einzige Ausnahme. Die Erhöhung beträgt insgesamt für Frauen ein Semester, für Männer 1,2 Semester (Tabelle 3). An den Universitäten wurde 1983 insgesamt am längsten bis zu einem Abschluß studiert (Männer 6,9 und Frauen 6,6 Jahre), was im wesentlichen auf die Absolventen mit Staatsexamen und Promotion (mit teil-

weise früher bereits abgelegter akademischer Prüfung) zurückzuführen ist. Promotionen an Universitäten werden im Durchschnitt nach 7,7 Jahren (Männer) und 7,6 Jahren (Frauen) abgelegt. Absolventen der Fachhochschulen studieren dagegen in der kürzesten Zeit (4,7 bzw. 4,6 Jahre). Die Aussage, daß Frauen generell schneller studieren, ist allerdings ursächlich in einer geschlechtsspezifischen Fächerwahl begründet.⁷ Verstärkt wird dieser Effekt durch eine Konzentration der Frauen auf insgesamt kürzere Studiengänge, vorzugsweise an Pädagogischen Hochschulen. Bezogen auf alle Studiengänge läßt sich insgesamt kein durchgängiger Trend zu einem schnelleren Studium der Frauen erkennen. Die höhere Verweildauer besonders bei Männern deutet dagegen auf eine größere Bereitschaft hin, längere Wartezeiten in anderen Fächern in Kauf zu nehmen (was insbesondere bei NC-Fächern zu einer längeren Verweildauer führt).

7 Vgl. Schittenhelm, G., Zur Entwicklung der Studierenden im Hochschulbereich, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4, 1984, S. 100.

Werden die Fachsemester bei der Betrachtung der Fachstudiendauer als Maßstab herangezogen, wird an den Universitäten die meiste Zeit bis zu einem Abschluß benötigt (6,2 bzw. 5,9 Jahre), bei einem Durchschnitt über alle Hochschularten hinweg von insgesamt 5,2 Jahren für männliche bzw. 4,7 Jahren für weibliche Absolventen. Die kürzeste Fachstudiendauer hatten, wie bereits erwähnt, die Prüfungskandidaten an Pädagogischen Hochschulen zu verzeichnen. Auffallend ist hier noch der relativ hohe Unterschied zwischen Hochschul- und Fachsemestern von 1,4 Jahren bei den Männern, der auf eine größere Zahl von "Umsteigern" sowie auf eine höhere Zahl bereits früher abgelegter Prüfungen schließen läßt. Demgegenüber haben die weiblichen PH-Absolventen offensichtlich das abgeschlossene Studium zielbewußter ergriffen und auch beendet.

Die geringe Differenz zwischen Verweildauer und Fachstudiendauer an Fachhochschulen ist auf ein zügigeres Studium an dieser Hochschulart zurückzuführen. In Baden-Württemberg besteht dieses Studium aus sechs Semestern zuzüglich zwei Praxissemestern, die aufgrund vorhergehender, qualifizierter Berufstätigkeit teilweise erlassen werden können. Abweichungen zwischen Verweil- und Fachstudiendauer ergeben sich hier unter anderem dann, wenn durch einen Fachwechsel, auch bei einem Wechsel von der Universität zur Fachhochschule, Studienzeiten nicht angerechnet werden.

Bereits früher wurde für Baden-Württemberg eine kaum spürbar gestiegene Fachstudiendauer an den Universitäten zwischen den Prüfungsjahren 1968 und 1974 sowie zwischen dem Wintersemester 1972/73 und 1975/76 festgestellt.⁸ Kontrollrechnungen nach dem angegebenen Schema auf der Grundlage der jeweiligen Studentenbestände haben allerdings ergeben, daß sich dieser Anstieg - auf einem höheren Niveau als es die Prüfungsindividualstatistik nachweist - sowohl bei den Fachsemestern als auch bei den Hochschulsemestern bis zum Wintersemester 1984/85 fortgesetzt hat. Als möglicher Grund für eine generelle Verlängerung der Fachstudienzeit wird allgemein eine strukturelle Verschiebung im Kreis

der Absolventen vermutet⁹: Statt kurzer werden verstärkt längere Studiengänge gewählt und auch die Einbeziehung von Praxissemestern (z.B. an Fachhochschulen) oder Propädeutika verlängert diese Zeit. Hierauf wird noch einzugehen sein.

Frauen bei Studienbeginn jünger

Nicht nur im Prüfungsjahr 1983, sondern bereits 1979 waren Frauen insgesamt bei Aufnahme des Studiums etwa ein Jahr jünger als ihre Kommilitonen. Zieht man vom Alter bei Prüfungsabschluß den Zeitraum seit der Erstimmatrikulation ab, so ergibt sich für sie zu beiden Zeitpunkten ein Durchschnittsalter von 20,6, für die Männer von 21,5 (1979) bzw. 21,6 Jahren (1983). Diese für weibliche Absolventen ermittelten geringeren Durchschnittswerte beruhen auf einem früheren Abiturabschluß infolge tendenziell früherer Einschulung und weniger häufigem Wiederholen im Gymnasium sowie einer früheren Aufnahme des Studiums, unter anderem wegen des entfallenden Wehrdienstes. Seltenerer Fachwechsel, insbesondere beim Lehramts- und Fachhochschulstudium sowie die vergleichsweise kürzere Fachstudiendauer dagegen beeinflussen das Studienende.

Hieraus resultieren Altersunterschiede bei Prüfungsabschluß für die weiblichen Prüfungsteilnehmer im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen je nach Hochschulart und Prüfungsgruppe. Die Spanne reicht 1983 von etwas mehr als einem halben Jahr an Fachhochschulen bis zu 2,4 Jahren an Pädagogischen Hochschulen. Außerdem errechnet sich für beide Geschlechter ein höheres Alter bei Prüfungsabschluß als 1979. Zusammenhänge zwischen diesen Altersunterschieden und einer Erhöhung der Verweil- und Fachstudiendauer sind nicht erkennbar.

Auf die statistischen Auswirkungen von Verschiebungen innerhalb der Prüfungsgruppen (mehr Diplom-, weniger Lehramtsprüfungen) wurde bereits hingewiesen. Daraus können - für die glo-

8 Vgl. Festerling, K.-H., Verweildauer, s. Fußn. 4, S. 206 f.

9 Vgl. hierzu auch: Reissert, R., Studienzeiten - Entwicklung und Ursachen, in: HIS-Kurzinformationen, A 5/83, Juli 1983, S. 6.

Tabelle 3

Alter und durchschnittliche Studiendauer der Hochschulabsolventen 1979 und 1983 nach Hochschularten und Geschlecht

Hochschulart Prüfungsgruppe	Jahr ¹⁾	Männer					Frauen				
		Alter	durchschnittliche Studiendauer				Alter	durchschnittliche Studiendauer			
			vom Zeitpunkt der		Hochschul- semester	Fach- semester		vom Zeitpunkt der		Hochschul- semester	Fach- semester
			Hochschul- berechtigung	Erstimmatri- kulation				Hochschul- berechtigung	Erstimmatri- kulation		
			bis Abschluß					bis Abschluß			
			Durchschnitt in Jahren								
Universität	1979	27,9	8,1	6,8	6,1	5,5	26,3	7,1	6,3	5,8	5,3
	1983	28,7	9,1	7,7	6,9	6,2	27,3	7,9	7,0	6,6	5,9
darunter Diplom ²⁾	1979	27,3	7,5	6,2	5,8	5,4	26,3	7,1	6,3	5,9	5,4
	1983	27,8	8,1	6,9	6,6	6,1	27,1	7,7	6,8	6,5	5,9
Staatsprüfung ³⁾	1979	27,1	7,5	6,2	5,8	5,3	25,7	6,8	5,8	5,4	5,1
	1983	28,4	8,9	7,5	7,2	5,9	27,1	7,7	6,7	6,5	5,7
Kirchliche Prüfung	1979	26,8	7,0	5,9	5,7	5,4	26,1	6,3	5,5	5,5	5,4
	1983	26,8	7,4	6,3	6,1	5,6	26,3	7,2	6,4	6,3	5,8
Lehramt an Gymnasien ⁴⁾	1979	26,9	7,1	5,9	5,7	5,2	25,5	6,4	5,7	5,6	5,1
	1983	27,2	7,6	6,3	6,2	5,6	26,1	6,9	6,3	6,2	5,5
Höheres Lehramt an beruflichen Schulen ⁴⁾	1979	27,8	7,2	6,1	5,8	4,9	25,1	5,7	5,2	5,2	5,1
	1983	27,8	7,2	5,9	5,7	5,2	25,8	5,9	5,3	5,3	5,2
Promotion	1979	31,1	11,5	10,1	7,4	6,7	29,8	10,8	9,7	7,4	6,7
	1983	31,6	12,1	10,5	7,7	7,0	30,0	10,8	9,5	7,6	6,9
Pädagogische Hochschule	1979	27,1	6,2	5,0	4,5	3,5	25,0	4,9	4,3	4,0	3,6
	1983	28,2	8,0	6,6	5,2	3,8	25,8	6,2	5,4	4,7	3,9
Kunsthochschule	1979	26,8	7,5	5,9	5,5	4,6	26,6	7,1	5,6	5,4	4,5
	1983	26,9	7,6	6,1	5,7	4,5	26,3	6,7	5,6	5,3	4,5
Fachhochschule ⁵⁾	1979	26,5	5,5	4,5	4,4	4,1	25,7	5,3	4,4	4,3	4,1
	1983	26,7	6,1	4,8	4,7	4,3	26,1	5,8	4,7	4,6	4,3
Insgesamt ⁶⁾	1979	27,3	6,9	5,8	5,2	4,7	25,6	5,8	5,0	4,7	4,3
	1983	27,9	7,8	6,3	5,8	5,2	26,2	6,6	5,6	5,2	4,7

1) Wintersemester 1978/79 bzw. 1982/83 und jeweils folgendes Sommersemester. — 2) Einschließlich Magister- und entsprechende Hochschulprüfungen. — 3) Ohne Lehramtsprüfungen. — 4) Ohne Zusatzprüfungen. — 5) Ohne Verwaltungsfachhochschulen. — 6) Alle Prüfungen.

balen Veränderungen im Hochschulbereich – Erklärungen für die steigenden Hochschul- und Fachsemesterzahlen nach Hochschularten abgeleitet werden. So weist eine Aufgliederung der Abschlußprüfungen (Tabelle 3) nach, daß 1983 z.B. die Promotionen an der Erhöhung der durchschnittlichen Fachstudiendauer an Universitäten maßgeblich beteiligt sind und daß sich anteilmäßig auch die Erhöhungen bei den Diplomstudiengängen auswirken. Allerdings sollte man vermuten, daß sich innerhalb der Fächergruppen einzelner Prüfungsgruppen nicht nur Erhöhungen, sondern auch in größerem Maße Verringerungen ergeben. Es zeigen sich aber an allen zahlenmäßig 1979 ausreichend besetzten Fächergruppen an Universitäten keine Rückgänge. An Pädagogischen Hochschulen ist in Diplomstudiengängen bei konstanter Verweildauer die Fachstudienzeit durch die Einführung von kürzeren Studiengängen gesunken; bei Zusatzprüfungen für das Lehramt ist insgesamt die Verweildauer konstant geblieben und in den Fächer-

gruppen Mathematik/Naturwissenschaften gesunken (bei rückläufigen Absolventenzahlen und geringfügig gestiegener Fachstudiendauer). Für künstlerische Abschlußprüfungen an Kunsthochschulen ist die Verweildauer der Absolventen bei gesunkener Fachstudienzeit konstant geblieben und an Fachhochschulen ist einzig bei Sprach- und Kulturwissenschaften ein leichtes Sinken beider Studienzeiten zu verzeichnen.

Abweichungen von der Regelstudienzeit

Tendenziell muß also davon ausgegangen werden, daß in der überwiegenden Mehrzahl der zahlenmäßig bedeutsamen Fächergruppen an allen Hochschularten ein Ansteigen der Zahl der Hochschul- und Fachsemester bei Prüfungsabschluß zu beobachten ist. Überlegungen hinsichtlich der Veränderungen im Zusammenhang mit Prüfungsordnungen führten nicht zu plausiblen Erklärungen. Auch in Einzelfällen konnten institutionel-

le Rahmenbedingungen nicht unbedingt mit Studienzeiterhöhungen in Verbindung gebracht werden, z.B. im Zusammenhang mit der Anpassung der Prüfungsordnung an das Hochschulrahmengesetz. Da in Baden-Württemberg keine Statistik der Vor- bzw. Zwischenprüfungen geführt wird, sind hierzu keine tiefergehenden Untersuchungen möglich.

Betrachtet man 1983 beispielsweise an Universitäten die Fachstudiendauer im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Regelstudienzeit, so tritt das Auseinanderklaffen einer "beabsichtigten" von der statistisch erfaßten Studienzeit deutlich hervor (Tabelle 4), ohne daß sich hierfür aus den vorliegenden Daten auf strukturelle Unterschiede schließen läßt. Besonders hoch sind die Abweichungen in den Studienbereichen Architektur und Mathematik mit 14,6 bzw. 13,6 Fachsemestern bei einer Regelstudienzeit von 9 Semestern. In Physik (13,4) und Chemie (13,0) liegt die Fachstudiendauer auch deutlich über der Regelstudienzeit von 10 Semestern, ebenso wie in den Studienbereichen Rechtswissenschaft (10,8) und Informatik (12,8) mit 8 bzw. 9 Semestern Regelstudienzeit. Offensichtlich tragen auch gute Berufsaussichten nicht unbedingt zu einem schnellen Durchgang durch das Studium bei: während Mediziner in der Regel nur ein Semester länger studieren, zeigen sich in den Studienbereichen Wirtschaftsingenieurwesen und Informatik mit zweifellos gefragten Absolventen ebenfalls recht gravierende Abweichungen von den in Ansatz gebrachten Regelstudienzeiten. Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in anderen Bundesländern¹⁰ und auf Bundesebene lassen sich solche Abweichungen nachweisen.

Geändertes Fächerwahlverhalten

Ein Teil der globalen Erhöhungen der Verweildauer läßt sich zweifellos auf ein geändertes Fächerwahlverhalten der

Tabelle 4

Fachsemester und Regelstudienzeiten an Universitäten 1983¹⁾ nach ausgewählten Studienbereichen

Prüfungsgruppe Studienbereich	Regelstudienzeit	Fachsemester	Abweichung der Fachsemester von der Regelstudienzeit
	Semester		%
Diplom und entsprechende Hochschulprüfung			
darunter			
Architektur,	9	14,6	62,2
Innenarchitektur	9	13,2	46,7
Bauingenieurwesen	9	11,8	31,1
Biologie	10	13,0	30,0
Chemie	9	12,4	37,8
Elektrotechnik	9	12,8	42,2
Informatik	9	13,6	51,1
Mathematik	10	13,4	34,0
Physik, Astronomie	9	12,6	40,0
Politik- und Sozialwissenschaften	9	10,2	13,3
Psychologie	10	12,2	22,0
Wirtschaftsingenieurwesen	9	11,0	22,2
Wirtschaftswissenschaften			
Staatsprüfung			
darunter			
Allgemeinmedizin	12	13,0	8,3
Pharmazie	7	8,6	22,9
Rechtswissenschaft	8	10,8	35,0
Zahnmedizin	10	11,0	10,0

1) Wintersemester 1982/83 und Sommersemester 1983.

Studierenden zurückführen. Vergleicht man hierfür an Universitäten die Zuwachsraten der Absolventen mit der durchschnittlichen Hochschulsemesterzahl innerhalb einzelner Fächergruppen, so finden sich hohe Zuwächse überwiegend in den Gruppen, die bereits 1979 eine überdurchschnittlich hohe Verweildauer aufweisen (Sprach- und Kulturwissenschaften, Mathematik und Naturwissenschaften). Die Hochschul- und Fachsemesterzahlen der einzelnen Studienbereiche entwickelten sich demgegenüber uneinheitlicher, d.h. relativ unabhängig von der Zahl der Absolventen (Tabelle 5). So weisen die Absolventenzahlen im Diplomstudiengang Chemie mit + 156,2 % die höchste Steigerungsrate auf, ohne daß die Hochschul- und Fachsemester sich überdurchschnittlich erhöht haben.

¹⁰ Vgl. hierzu etwa: Ewert, P., Regelstudienzeit und Studienreform, Zur Problematik überlanger Studienzeiten, in: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (Hrsg.), Beiträge zur Hochschulforschung, Band 3, München 1983, S. 223; auch: Reissert, R., Studienzeiten, s. Fußn. 10, S. 19 ff.

Tabelle 5

Ausgewählte Prüfungsgruppen, Fächergruppen und Studienbereiche 1979 und 1983 nach Hochschularten, Hochschul- und Fachsemestern, Veränderung der Absolventenzahlen und Frauenanteilen

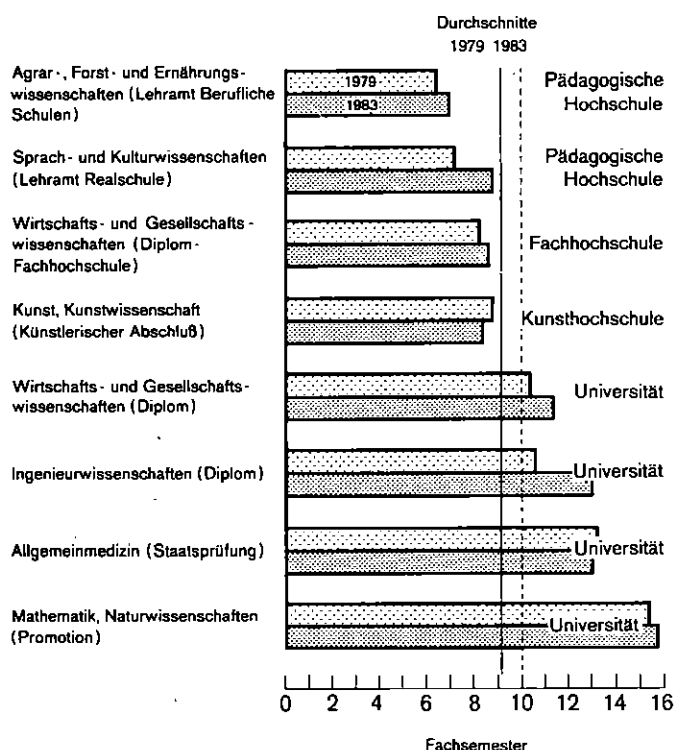
Prüfungsgruppe Fächergruppe Studienbereich	Jahr ¹⁾	Hochschul- semester	Veränderung 1983/1979	Fach- semester	Veränderung 1983/1979	Differenz Hochschul- zu Fachsemester	Absolventenzahl Zunahme (+) Abnahme (-)	Frauen- anteil
		Jahre	%	Jahre	%			
Universität								
Diplom ²⁾	1979	5,8	+ 13,8	5,4	+ 13,0	7,4	+ 46,3	19,6
	1983	6,6		6,1		8,2		23,8
Germanistik	1979	6,0	+ 20,0	5,4	+ 14,8	11,0	+ 87,0	47,8
	1983	7,2		6,2		16,1		57,0
Psychologie	1979	6,5	- 1,5	5,5	- 7,3	18,2	+ 10,1	43,9
	1983	6,4		5,1		25,5		58,8
Erziehungswissenschaften	1979	6,6	+ 6,1	5,6	+ 10,7	17,9	+ 49,0	53,1
	1983	7,0		6,2		12,9		53,4
Politik- und Sozialwissenschaften	1979	6,3	+ 15,9	5,6	+ 12,5	12,5	+ 8,3	34,4
	1983	7,3		6,3		15,9		38,5
Wirtschaftswissenschaften	1979	5,6	+ 5,4	5,2	+ 5,8	7,7	- 8,2	15,5
	1983	5,9		5,5		7,3		19,8
Mathematik	1979	6,2	+ 14,5	6,0	+ 13,3	3,3	+ 2,7	11,3
	1983	7,1		6,8		4,4		20,0
Physik, Astronomie	1979	6,2	+ 12,9	6,0	+ 11,7	3,3	+ 89,4	5,3
	1983	7,0		6,7		4,5		4,8
Chemie	1979	6,3	+ 9,5	6,1	+ 6,6	3,3	+ 162,2	15,0
	1983	6,9		6,5		6,2		23,4
Agrarwissenschaften	1979	5,9	+ 3,4	5,3	+ 5,7	11,3	+ 32,3	32,3
	1983	6,1		5,6		8,9		32,7
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	1979	5,5	+ 18,2	5,3	+ 18,9	3,8	+ 67,3	0,8
	1983	6,5		6,3		3,2		2,9
Elektrotechnik	1979	5,2	+ 25,0	5,0	+ 24,0	4,0	+ 129,6	-
	1983	6,5		6,2		4,8		2,3
Architektur, Innenarchitektur	1979	6,8	+ 16,2	6,2	+ 17,4	9,7	+ 17,0	18,4
	1983	7,9		7,3		8,2		24,9
Promotion	1979	7,4	+ 4,1	6,7	+ 4,5	10,5	+ 80,2	19,5
	1983	7,7		7,0		10,0		21,5
Wirtschafts- und Gesellschafts- wissenschaften	1979	6,5	+ 6,2	5,7	+ 10,5	14,0	+ 57,9	10,3
	1983	6,9		6,3		9,5		15,4
Mathematik, Naturwissenschaften	1979	8,4	+ 1,2	7,7	+ 2,6	9,1	+ 64,5	11,3
	1983	8,5		7,9		7,6		16,6
Humanmedizin	1979	6,9	+ 8,7	6,3	+ 4,8	9,5	+ 85,9	29,8
	1983	7,5		6,6		13,6		28,8
Staatsprüfung	1979	5,7	+ 22,8	5,3	+ 11,3	7,6	+ 117,1	28,0
	1983	7,0		5,9		18,6		33,2
Wirtschafts- und Gesellschafts- wissenschaften	1979	5,6	+ 7,1	5,2	+ 3,9	7,7	- 15,8	27,8
	1983	6,0		5,4		11,1		28,9
Mathematik, Naturwissenschaften	1979	4,3	+ 18,6	3,8	+ 15,8	13,2	+ 310,6	54,6
	1983	5,1		4,4		15,9		59,4
Humanmedizin	1980	7,4	+ 5,4	6,4	- 1,6	19,0	+ 26,9	27,6
	1983	7,8		6,3		23,8		30,9
Allgemeinmedizin	1980	7,5	+ 6,7	6,6	- 1,5	13,6	+ 27,0	29,0
	1983	8,0		6,5		23,1		32,4
Lehramt Gymnasium	1979	5,6	+ 10,7	5,1	+ 7,8	9,8	+ 6,2	51,2
	1983	6,2		5,5		12,7		49,4
Sprach- und Kulturwissenschaften	1979	5,7	+ 10,5	5,2	+ 7,7	9,6	+ 6,8	60,8
	1983	6,3		5,6		12,5		59,2
Wirtschafts- und Gesellschafts- wissenschaften	1979	6,1	+ 9,8	5,2	+ 11,5	17,3	+ 6,4	29,8
	1983	6,7		5,8		15,5		50,0
Mathematik, Naturwissenschaften	1979	5,4	+ 13,0	5,1	+ 9,8	5,9	- 12,6	39,1
	1983	6,1		5,6		8,9		36,0
Pädagogische Hochschule								
Diplom ²⁾	1979	6,3	+ 0	3,6	- 27,8	75,0	+ 1,4	40,5
	1983	6,3		2,6		142,3		40,0
Lehramt Grund- und Hauptschule	1979	4,0	+ 15,0	3,8	+ 10,5	5,3	- 59,1	67,3
	1983	4,6		4,2		9,5		75,9

Ausgewählte Prüfungsgruppen, Fächergruppen und Studienbereiche 1979 und 1983 nach Hochschularten, Hochschul- und Fachsemestern, Veränderung der Absolventenzahlen und Frauenanteilen

Prüfungsgruppe Fächergruppe Studienbereich	Jahr ¹⁾	Hoch- schul- semester	Veränderung 1983/1979	Fach- semester	Veränderung 1983/1979	Differenz Hochschul- zu Fachsemester	Absolventenzahl Zunahme (+) Abnahme (-)	Frauen- anteil
		Jahre	%	Jahre	%			
Noch: Pädagogische Hochschule								
Germanistik	1979	4,0	+ 17,5	3,8	+ 10,5	5,3	- 72,7	75,4
	1983	4,7		4,2		11,9		77,7
Mathematik, Naturwissenschaften	1979	4,0	+ 10,0	3,7	+ 10,8	8,1	- 53,8	62,4
	1983	4,4		4,1		7,3		78,4
Mathematik	1979	4,0	+ 10,0	3,7	+ 13,5	8,1	- 74,8	58,4
	1983	4,4		4,2		4,8		79,4
Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften	1979	3,7	+ 16,2	3,6	+ 11,1	2,8	- 54,0	-
	1983	4,3		4,0		7,5		-
Kunst, Kunstwissenschaft	1979	4,2	+ 11,9	3,8	+ 10,5	10,5	- 47,4	57,8
	1983	4,7		4,2		11,9		67,6
Lehramt Realschule	1979	4,2	+ 19,1	3,7	+ 18,9	13,5	- 18,6	58,1
	1983	5,0		4,4		13,6		59,9
Sprach- und Kulturwissenschaften	1979	4,1	+ 19,5	3,6	+ 22,2	13,9	- 4,6	67,3
	1983	4,9		4,4		11,4		62,3
Mathematik, Naturwissenschaften	1979	4,1	+ 24,4	3,7	+ 18,9	10,8	- 28,7	52,0
	1983	5,1		4,4		15,9		52,8
Lehramt Sonderschule	1979	4,4	+ 9,1	4,1	+ 7,3	7,3	+ 70,8	73,1
	1983	4,8		4,4		9,1		69,8
Lehramt Berufliche Schulen	1979	3,7	+ 8,1	3,2	+ 12,5	15,6	- 42,0	54,9
	1983	4,0		3,6		11,1		78,6
Kunsthochschule								
Lehramt Gymnasium	1979	5,8	+ 5,2	5,0	+ 4,0	16,0	+ 47,4	47,4
	1983	6,1		5,2		17,3		51,2
Künstlerischer Abschluß	1979	5,3	+ 0	4,4	- 4,6	20,5	+ 28,6	50,3
	1983	5,3		4,2		26,2		49,4
Fachhochschule ³⁾								
Diplom	1979	4,4	+ 6,8	4,1	+ 4,9	7,3	+ 8,5	20,0
	1983	4,7		4,3		9,3		26,9
Sprach- und Kulturwissenschaften	1979	4,2	- 2,4	3,4	- 2,9	23,5	+ 10,3	61,3
	1983	4,1		3,3		24,2		76,6
Wirtschafts- und Gesellschafts- wissenschaften	1979	4,4	+ 9,1	4,2	+ 2,4	4,8	+ 377,6	17,4
	1983	4,8		4,3		11,6		43,9
Sozialwesen	1979	4,4	+ 6,8	4,2	+ 2,4	4,8	+ 22,6	56,3
	1983	4,7		4,3		9,3		63,2
Wirtschaftswissenschaften	1979	4,3	+ 9,3	4,2	+ 7,1	2,4	+ 27,2	16,3
	1983	4,7		4,5		4,4		34,7
Wirtschaftsingenieurwesen	1979	5,2	+ 1,9	3,0	+ 23,3	73,3	+ 103,0	2,2
	1983	5,3		3,7		43,2		13,2
Informatik	1979	4,4	+ 9,1	4,2	+ 4,8	4,8	- 2,3	12,4
	1983	4,8		4,4		9,1		19,4
Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften	1979	4,3	+ 2,3	4,2	+ 0	2,4	+ 136,1	54,2
	1983	4,4		4,2		4,8		34,7
Ingenieurwissenschaften	1979	4,4	+ 6,8	4,2	+ 4,8	4,8	- 8,0	7,8
	1983	4,7		4,4		6,8		7,0
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	1979	4,3	+ 6,9	4,2	+ 4,8	2,4	+ 2,8	3,9
	1983	4,6		4,4		4,5		6,7
Elektrotechnik	1979	4,3	+ 6,9	4,2	+ 4,8	2,4	- 7,0	1,0
	1983	4,6		4,4		4,5		2,2
Architektur, Innenarchitektur	1979	4,5	+ 8,9	4,3	+ 6,9	4,7	- 28,6	31,4
	1983	4,9		4,6		6,5		31,2
Bauingenieurwesen	1979	4,7	+ 6,4	4,3	+ 6,9	9,3	- 25,1	6,5
	1983	5,0		4,6		8,7		3,8
Vermessungswesen	1979	4,3	+ 11,6	4,2	+ 4,8	2,4	- 29,1	6,8
	1983	4,8		4,4		9,1		8,4

1) Wintersemester 1978/79 bzw. 1982/83 und jeweils folgendes Sommersemester. — 2) Und entsprechende Hochschulprüfungen; überwiegend Aufbaustudiengänge an Pädagogischen Hochschulen. — 3) Ohne Verwaltungsfachschulen.

Fachstudiendauer an Hochschulen 1979 und 1983 nach ausgewählten Fächergruppen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

141 85

Demgegenüber hat sich die Zahl der Prüflinge im Studienbereich Architektur/Innenarchitektur nur um 17,0 % erhöht bei einer überdurchschnittlichen Zunahme der Verweil- und Fachstudiendauer. In den Bereichen Germanistik, Maschinenbau/Verfahrenstechnik sowie Elektrotechnik hingegen sind in allen Fällen Erhöhungen zu beobachten. Die Verteilung hoher Differenzen zwischen Hochschul- und Fachsemestern (als Indikator für Fachwechsel, Zweit- oder Parkstudium usw.) zeigt ebenfalls ein uneinheitliches Bild: in Psychologie, mit unterdurchschnittlichem Zuwachs der Absolventenzahl, ist diese Differenz 1983 bei rückläufiger Verweil- und Fachstudiendauer am höchsten, im Studienbereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik bei relativ starken Erhöhungen der übrigen beobachteten Werte dagegen am niedrigsten.

An den Pädagogischen Hochschulen haben nur die Absolventenzahlen für das Lehramt an Sonderschulen (+ 70,8 %) sowie für Diplom-Studiengänge (+ 1,4 %) zugenommen, in allen übrigen Fällen schlägt sich das ungünstiger gewordene Arbeitsplatzangebot für Pädagogen in zum Teil drastischen Abnahmen nieder. Der Rückgang der durchschnittlichen Fachsemesterzahlen in den Diplom-Studiengängen beruht dabei auf den verstärkt eingeführten Kurzstudiengängen (Aufbaustudium), was sich auch an hohen Differenzen zu den Hochschulsemestern zeigt. Im Vergleich zu den anderen Hochschularten fällt die prozentuale Erhöhung der Verweil- und Fachstudiendauer an Pädagogischen Hochschulen recht hoch aus. Ob es sich hierbei um eine von der Studentenseite bewußt gewollte Verlängerung handelt, ist nicht erkennbar, die allgemeine starke Zunahme der Fachsemesterzahlen scheint aber darauf hinzudeuten, daß die Prüfungen zeitlich so weit wie möglich hinausgeschoben werden.

An Kunsthochschulen sind die Studienzeiten vergleichsweise am geringsten gestiegen, bei künstlerischen Abschlußprüfungen sanken die durchschnittlich benötigten Fachsemester bis zu einem Abschluß sogar um 4,6 % (Schaubild 1). Hier schlägt sich insbesondere die gute Betreuung der Studierenden nieder sowie der vermutlich höhere Anteil Hochmotivierter, der sich zu einem Studium aus Neigung entschlossen hat. An Fachhochschulen - ohne Verwaltungsfachhochschulen - zeigen sich Erhöhungen der Verweil- und Fachstudiendauer in stark unterschiedlichem Maße. So hat sich beispielsweise die Absolventenzahl des Studienbereichs Wirtschaftsingenieurwesen mehr als verdoppelt, was mit einer starken Erhöhung der Fachstudiendauer einherging (Tabelle 5). In der Fächergruppe Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften dagegen hat sich bei einer noch stärkeren Erhöhung der Hochschulabgängerzahlen keine Veränderung der Fachstudiendauer ergeben. Selbst rückläufige Absolventenzahlen führten bei den Ingenieurwissenschaften nicht zu einer Senkung der durchschnittlichen Verweil- und Fachstudienzeiten; sie liegen für einzelne Studienbereiche häufig noch über den Zeiten der Diplomprüfungen insgesamt an dieser Hochschulart.

Gründe für die Studienzeitverlängerung

Die Diskussion der Ergebnisse aus der Prüfungsindividualerhebung für Baden-Württemberg hat gezeigt, daß anhand der vorliegenden Merkmalsausprägungen Aussagen zur Begründung der Studienverlängerungen zwischen dem Prüfungsjahr 1979 und 1983 nur der Tendenz nach möglich sind. Eindeutige Abhängigkeiten im Sinne kausaler Zusammenhänge lassen sich allein anhand des Datenmaterials nur für Teilbereiche ermitteln. So schlagen sich zwar in den berechneten Differenzen zwischen den Hochschul- und den Fachsemestern auch Fachwechsel nieder (Tabelle 5), die Entscheidungen einzelner Studenten zur Verlängerung des Studiums lassen sich jedoch ungleich schwerer erfassen und hiervon abgrenzen. Reissert führt für die Erhöhung der Fachstudiendauer in erster Linie strukturelle Gründe an¹¹, die durch Verschiebungen in der Zusammensetzung der Absolventen zum Ausdruck kommen (weniger kurze, mehr lange Studiengänge). Aber auch individuelle Faktoren wie Motivationsstrukturen und Leistungsvermögen wirken sich im Verlauf eines Studiums aus. Hinzu kommen weitere – eher dem strukturellen Bereich zuzurechnende – besondere Bedingungen der Hochschule, des Studienfachs oder gar des Lehrpersonals¹², so daß sich vielschichtige Aspekte auf den Studienverlauf auswirken.

Verschiebungen der Absolventen hin zu bereits 1979 längeren Studiengängen konnten für Baden-Württemberg nachgewiesen werden (Tabelle 5). Diese Erhöhungen der Studienzeiten nach Prüfungs- oder Fächergruppen setzen sich in den einzelnen Studienbereichen nicht gleichmäßig stark fort. Die Vermutung, daß hierfür in stärkerem Maße Frauen mit einer vermutlich kürzeren Studiendauer maßgebend sein könnten, läßt sich nicht hinreichend belegen, zum einen – hierauf wurde bereits hingewiesen – konzentriert sich das Studieninteresse der

Frauen verstärkt auf einige wenige generell kürzere Studienbereiche, zum anderen weisen die entsprechenden Werte in längeren Studiengängen mit geringeren Frauenanteilen nicht unbedingt auf ein schnelleres Studium hin. Besonders bei geringen Besetzungszahlen schlagen hier allerdings – zufällige – kürzere oder längere Studienzeiten sehr schnell auf den Durchschnitt durch.

Überlegungen hinsichtlich der Verwendung des arithmetischen Mittelwertes für die Beschreibung durchschnittlicher Semesterzahlen ergeben Anhaltspunkte über möglicherweise noch fehlende notwendige Angaben wie etwa die Varianz oder die Standardabweichung. Bei einer, wie im vorliegenden Fall, ausgeprägt rechtsschiefen Verteilung der Absolventen nach einzelnen Semestern (mit relativ vielen Prüflingen im Bereich des frühestmöglichen Prüfungszeitpunktes und abnehmenden Zahlen bei höheren Semestern) reagiert das arithmetische Mittel besonders empfindlich auf – prozentual eventuell sogar geringe – Verschiebungen zu höheren Semestern hin.¹³ Kontrollrechnungen haben jedoch erbracht, daß der Anstieg der Verweil- und Studienfachdauer bei der Verwendung bzw. Hinzuziehung anderer Beschreibungsmaße (Modus, Standardabweichung) zwar niedriger ausfällt, die Richtung aber bestätigt wird.

Wenngleich für Teilbereiche plausible Erklärungen zur Erhöhung der Studienzeiten möglich sind, beinhalten die Auswertungsverfahren zur Individualerhebung zusätzlich einige schwer abschätzbare Faktoren. So werden die Angaben der Studienzeiten aus ganzzahligen Semesterangaben gebildet. Verspätet eingehende Erhebungsbogen müssen angepaßt werden, Fehlzeiten unter Berücksichtigung der Regelstudienzeiten werden entsprechend ergänzt. Hinzu kommt, daß die Kandidaten in der Regel als letztes Studiensemester dasjenige angeben, in dem sie die Prüfungsanmeldung vornehmen. Aus der Prüfungsstatistik läßt sich daraus nicht unbedingt ersehen, ob der Kandidat während des eigentlichen Prüfungszeitraumes noch an der Hochschule

¹¹ Reissert, R., Studienzeiten, s. Fußn. 10, S. 6.

¹² Vgl. hierzu und im folgenden besonders: Claßen, L., Schmidt, J., Langzeitstudenten und Studienzeitverlängerung, Universität – Gesamthochschule – Essen, Dezember 1983.

¹³ Vgl. hierzu Claßen, L., Schmidt, J., Langzeitstudenten, s. Fußn. 13, S. 2 ff.

eingeschrieben ist. Allein durch die genannten Erfassungs- und Berechnungsverfahren ergeben sich aber bereits Schwankungen im Zeitablauf, die, im Zusammenhang mit Rundungsdifferenzen, durchaus zu statistischen Veränderungen – besonders bei kleinen Gruppen – führen, über deren Richtung allerdings keine Aussage möglich ist.

Strukturelle Veränderungen

Der direkte Einfluß von Prüfungsordnungen bzw. von Änderungen hierzu auf die Verweildauer ließ sich für den Beobachtungszeitraum nicht in dem Maße nachweisen, daß quantifizierbare Ergebnisse vorliegen.¹⁴ Es ist festzuhalten, daß die Prüfungen in unterschiedlichen Formen abgelegt werden:

- Juristen und Volkswirte beispielsweise legen am Ende des Studiums eine Gesamtprüfung ab, während in anderen Studiengängen (z.B. Ingenieurwissenschaften) einzelne Fächer bereits in früheren Semestern geprüft werden, so daß eventuell nicht bestandene Einzelprüfungsfächer statistisch nicht mehr in Erscheinung treten.
- An Fachhochschulen sind regelmäßige Prüfungen vorgesehen, ohne deren Bestehen ein Überwechseln in das nächste Studiensemester nicht möglich ist. Auch hier erscheinen früher bestandene Einzelprüfungen nicht in der Statistik.
- Unterschiedliche Prüfungsmodalitäten bestimmen auch die Studien- und Verweilzeiten im Hochschulbereich, was sich insbesondere bei einem Vergleich einzelner Studiengänge nachweisen läßt. Die Lehramtskandidaten bilden hierbei eine Gruppe, in der beispielsweise Aufbau- und Zusatzprüfungen eine gewichtige Rolle spielen. An den Fachhochschulen erfordern – teilweise erlassene – Praxissemester eine differenziertere Betrachtungsweise der Fachstudiendauer.

Dennoch muß auf die relativ einheitliche Tendenz zur Erhöhung der Studienzeiten in den einzelnen Studienbereichen verwiesen werden, die Einzelaspekten keine allzu große Bedeutung zukommen lassen kann. Änderungen im Fachstudiengang oder eine Verringerung der Prüfungsanforderungen werden wohl auch von seiten der Studenten nicht unbedingt zur Verbesserung ihrer Studiensituation für notwendig gehalten.¹⁵ Zudem ist es auch möglich, durch Beurlaubungen Zeit für Prüfungsvorbereitungen zu gewinnen; diese Zeiten der Unterbrechungen werden für das Fachstudium nicht gezählt.

Individuelle Faktoren

Nicht nur von strukturellen Bedingungen, sondern auch von individuellen Entscheidungen gehen Auswirkungen auf eine allgemeine Studienzeitverlängerung der Studierenden aus. So wird z.B. auf eine höhere Motivation von BAföG-Empfängern zu einem schnelleren Studienabschluß hingewiesen¹⁶ und auf die damit zusammenhängenden Probleme bei der Studienfinanzierung allgemein. Inwieweit sich hierdurch jedoch Veränderungen für Baden-Württemberg erklären lassen, konnte nicht überprüft werden, da die Daten der BAföG-Statistik keine fachspezifische Gliederung aufweisen. Immerhin wurden im Sommersemester 1983 nach vorläufigen Ergebnissen an Hochschulen rund 30 % der Studenten nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz unterstützt.¹⁷

Von Interesse erscheint in diesem Zusammenhang auch die Frage, inwieweit Änderungen des Familienstandes sich auf die Verlängerung des Studiums auswirken. Bisher liegen hierzu nur wenige

14. An Pädagogischen Hochschulen wurde die Regelstudienzeit für Grund- und Hauptschul- sowie Realschullehrer ab Studienbeginn November 1978 von 6 auf 7 Semester heraufgesetzt.

15. Vgl. Bargel, T., Framhein, G., u.a., Studiensituation und studentische Orientierung, in: Bildung und Wissenschaft aktuell, Heft 7, 1984, S. 38 f.

16. Vgl. Reissert, R., Auswirkungen der Studienfinanzierung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz auf den Studienverlauf, in: HIS-Kurzinformationen, A/1982, S. 4.

17. Vgl. Rückert, G.-R., Hoffmann H. J., Analyse der strukturellen Veränderungen in der staatlichen Ausbildungsförderung (BAföG) in den letzten zehn Jahren, Materialien und Berichte der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Heft 11, Stuttgart 1984, S. 85.

Anhaltspunkte vor. Im Rahmen der 10. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes wurden 1982 Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen darauf hin befragt, ob ihrer Meinung nach - und wenn ja, in welcher Weise - das Zusammenleben mit einem Partner, eine Heirat oder die Geburt eines Kindes studienzeitverlängernd sind.¹⁸ Nach den Ergebnissen dieser Untersuchung lassen sich hierfür tatsächlich in gewissem Umfang Bestätigungen finden. So gaben 18 % der männlichen und 16 % der weiblichen Studierenden an, daß sich durch ihre Heirat eine Verlängerung des Studiums ergeben hatte bzw. daß sie es voraussichtlich aus diesem Grunde würden verlängern müssen. Die entsprechenden Werte für ledige Studierende, die mit einem Partner zusammenleben, liegen bei 10 % bzw. 7 %. Wirklich gravierende Konsequenzen scheinen sich jedoch erst durch die Geburt eines Kindes einzustellen: 48 % der männlichen und 57 % der weiblichen Studierenden mit Kindern sahen in der Geburt ihres Kindes einen Grund, der sie veranlaßt hatte bzw. noch veranlassen würde, ihr Studium zu verlängern.

Auswirkungen auf die Studienzeit ergeben sich auch aus einem geänderten Verhalten der Studenten nach einem ersten Studienabschluß.

Auf Bundesebene konnte bereits eine erhöhte Bereitschaft zur Aufnahme und zum Abschluß eines Zweit- bzw. Aufbaustudiums nachgewiesen werden, was zweifellos zu einer Erhöhung der Studiendauer beiträgt, wenn Studenten nach Bestehen einer ersten Abschlußprüfung die Hochschule nicht verlassen, sondern ihr Studium fortsetzen. Allerdings sind "echte" Zweitstudiengänge eher die Ausnahme, Qualifikationen in kurzen Zusatz- und Aufbaustudiengängen oder auch Doppelabschlüsse mit zwei Prüfungen im gleichen Studienfach dagegen weitaus häufiger (Staatsexamen und Promotion in Medizin, Lehramt, Gymnasium und Magisterprüfung, Graduierung und Universitätsdiplom in einem technischen Fach). Entsprechend gering sind die nachgewie-

senen Unterschiede in der Fachstudien-dauer der Zweitabsolventen im Vergleich zu den Erstabschlüssen.¹⁹

Ein weiteres Moment möglicher Studienzeitverlängerung aufgrund individueller Entscheidungen muß in der persönlichen Planung des Studierenden gesehen werden. So kommt der Abschlußbericht der Westdeutschen Rektorenkonferenz 1980 über einen Kennzahlenvergleich an deutschen Vororthochschulen zu dem Schluß, daß der Grad der Verschulung (hier: Reglementierung) eines Studienganges die Dauer nicht unbedingt beeinflusst.²⁰ Verständlich werden die persönlichen Entscheidungen zu einer Studienzeitverlängerung allerdings auch vor dem Hintergrund starker Zunahmen der Studienanfänger, überfüllter Seminare und dem Wunsch, mit guten Noten bessere Berufsaussichten herzustellen. In den erstgenannten Fällen kann sicherlich nicht immer ein optimaler Ablauf des Studiums sichergestellt werden. Ausfälle bei Prüfungen, Prüfungstermine nur in bestimmten Semestern, Propädeutika-Kurse und persönliche Fehlentscheidungen können ebenfalls studienverlängernd wirken, wenn keine Bereitschaft zur Wahrnehmung der Informationsangebote besteht.

Im letzten Fall hängt die Entscheidung zu einer Verlängerung des Studiums direkt mit den antizipierten Berufsaussichten zusammen, was sowohl als zusätzliche Bildungschance als auch als Wartezeit bis zu einer angemessenen Tätigkeit interpretiert werden kann. Reissert führt im Rahmen einer Untersuchung der Hochschul-Informationen-System GmbH eine Befragung von bereits schon einmal befragten Studenten durch und kommt auf einen relativ hohen Anteil "noch" Immatrikulierter: unter anderem sind von 67 % mittlerweile voll Berufstätigen noch 11 % und von 6 % derjenigen in Berufsausbildung sogar noch 26 % an einer Hochschule eingeschrieben. Von den Absolventen unter ihnen, die mindestens einen Hochschulabschluß erreicht haben, wollen

19 Vgl. Möncke, A.-F., Prüfungen, s. Fußn. 3, S. 427 f; für Baden-Württemberg lagen noch keine Ergebnisse einer diesbezüglichen Auswertung vor.

20 Vgl. Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hrsg.), Kennzahlvergleich an deutschen Vororthochschulen, in: Dokumente zur Hochschulreform, XLII/1980, S. 73 ff.

18 Vgl. Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, 10. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, Bonn 1983, S. 29.

13 % ihr Studium fortsetzen um zu promovieren, 6 % einen weiteren Hochschulabschluß erwerben und 3 % ein Aufbaustudium beginnen. Etwa 14 % bleiben ohne feste Studienabsicht oder aus sonstigen Gründen eingeschrieben bzw. haben sich nicht sofort exmatrikuliert.²¹

Zusammenfassend läßt sich somit sagen, daß die festgestellten Studienzeitverlängerungen nicht monokausal erklärbar sind. Vielmehr führt ein Bündel miteinander verflochtener struktureller und individueller Faktoren zu einer geänderten Wahrnehmung der Studienchancen. Hierzu gehören u.a. die Wahl längerer Studiengänge sowie überlaufene Veranstaltungen mit entsprechend ungünstigeren Arbeits- und Lernmöglichkeiten. Aber auch Gefahren und Risiken nicht ausreichend in Anspruch genommener Informationsmöglichkeiten oder die soziale Absicherung durch eine nicht durchgeführte Exmatrikulation bzw. spätere Ablösung von der Hochschule ("Wartehalle") führen zu einer längeren Immatrikulationsphase, was durchaus auch unter dem Blickwinkel der Arbeitsmarktsituation zu sehen ist.

Zusammenfassung

- Der Anstieg der durchschnittlichen Verweildauer 1983 beträgt in Baden-Württemberg für Männer 1,2, für Frauen 1 Semester. An Universitäten schließen Männer im Durchschnitt nach 6,9 Jahren, Frauen nach 6,6 Jahren ihr Studium durch eine Prüfung ab. An Fachhochschulen wird dagegen mit 4,7 bzw. 4,6 Jahren am kürzesten studiert. Trotz des Anstieges ist festzustellen, daß in Baden-Württemberg über alle Hochschularten hinweg schneller studiert wird als im Bundesdurchschnitt.
- Auf die Fachstudienzeit bezogen benötigen Männer an Pädagogischen Hochschulen mit 3,8 Jahren und Frauen mit 3,9 Jahren die kürzeste Zeit. Auffal-

lend gering ist die Differenz zwischen Verweildauer und Fachstudiendauer an Fachhochschulen, was auf ein zügiges Studium hindeutet.

- Im Beobachtungszeitraum 1979 bis 1983 haben sich bei den Prüfungsarten im Hochschulbereich stärkere Verschiebungen ergeben. Deutlich an Gewicht gewonnen haben die Staats- und Diplomprüfungen (+ 117,5 % bzw. 80,2 %). Fast ein Viertel der Prüfungen entfiel 1983 auf Diplome und nur noch etwas mehr als ein Fünftel auf Lehramter.
- Knapp 60 % der Absolventen ließen sich 1983 an Universitäten, etwas mehr als 25 % an Fachhochschulen prüfen. An Pädagogischen Hochschulen halbierte sich der Anteil von 26,6 % auf nur noch 12,9 %.
- Deutliche Auswirkungen zeigen diese genannten Verschiebungen auf die Verweildauer; besonders der Rückgang der Absolventen an Pädagogischen Hochschulen (in kürzeren Studiengängen) und die verstärkte Wahl längerer Studiengänge an Universitäten führte zu einem allgemeinen Ansteigen der Hochschul- und Fachsemester um etwa ein Semester in der Statistik. Getrennt nach Hochschularten zeigt sich auch im Bundesgebiet eine analoge Entwicklung auf teilweise unterschiedlichem Niveau. Der Anstieg der Studienzeiten erfolgt in Baden-Württemberg zum größten Teil zwischen den Prüfungsjahren 1979 und 1981.
- Bedingt durch einen früheren Abiturabschluß, eine frühere Aufnahme des Studiums und seltenere Fachwechsel sind Frauen bei Studienabschluß jünger als ihre Kommilitonen. Das Durchschnittsalter ist für beide Geschlechter zwischen 1979 und 1983 um 0,6 Jahre gestiegen, es differiert jedoch nach Hochschularten.
- Ein Zusammenhang zwischen Verschiebungen in der Struktur der Absolventen aufgrund des geänderten Fächerwahlverhaltens und einer Erhöhung der Studienzeit konnte aufgrund stark gegenläufiger Tendenzen in einzelnen Fächergruppen und Studienbereichen nur in Teilbereichen

21 Vgl. Reissert, R., Beitrag zum Thema "Studentenstatistik im Wandel des studentischen Verhaltens" anläßlich der Fachtagung im Rahmen der 34. Sitzung des Ausschusses der Hochschulstatistik am 19. April 1985, Manuskript vom 12.3.1985, S. 4 f.

festgestellt werden. Bei deutlich gestiegenen Absolventenzahlen finden sich sowohl überdurchschnittliche als auch unterdurchschnittliche Anstiege der Verweil- und Fachstudiendauer.

- Überlegungen hinsichtlich Veränderungen im Zusammenhang mit Prüfungs- und Studienordnungen führten nicht zu plausiblen Erklärungen. Auch in Einzelfällen konnten institutionelle Rahmenbedingungen nicht unbedingt mit Studienzeiterhöhungen in Verbindung gebracht werden. Eine stärkere Erhöhung der Hochschul- und Fachse-mesterzahlen deutet allerdings auf wahrgenommene Möglichkeiten einer individuellen Studienzeitverlängerung hin.
- Bei einem Vergleich mit der Fachstudiodauer zeigen sich starke Abweichungen von der Regelstudienzeit an Universitäten. Dies trifft auch für andere Bundesländer und somit das Bundesgebiet insgesamt zu. Es ist aber festzuhalten, daß 1983 überdurchschnittlich gestiegene Absolventenzahlen vorwiegend bei Fächergruppen zu verzeichnen sind, die bereits 1979 eine überdurchschnittlich hohe Verweildauer aufweisen. Die Studienzeiten einzelner Studienbereiche entwickelten

sich demgegenüber uneinheitlicher, das heißt relativ unabhängig von der Zahl der Absolventen.

- Anhand des vorliegenden Datenmaterials lassen sich eindeutige Abhängigkeiten im Sinne kausaler Zusammenhänge nur bedingt erkennen. Strukturelle Veränderungen im Bestand der Absolventen bzw. ihrer Merkmale können nur sehr bedingt mit Erhöhungen oder Verringerungen der Studienzeiten in Verbindung gebracht werden.
- Individuelle Entscheidungen der Studierenden in Verbindung mit strukturellen Gegebenheiten der Hochschulen wirken sich nach Ergebnissen vorliegender Studien zunehmend auf die Erhöhung der Verweildauer und Fachstudienzeit aus. Hierzu gehören unter anderem die Organisation und Finanzierung des Studiums, die eigene familiäre Situation, die Zunahme der Zweit-, Doppel- und Zusatzprüfungen sowie antizipierte Berufsaussichten der Absolventen; besonders die Arbeitsmarktsituation der letzten Jahre scheint sich nach einer neueren HIS-Untersuchung studienverlängernd auszuwirken ("Wartehalle"). Dieses insgesamt komplexe Bündel von Faktoren mit gegenseitigen Abhängigkeiten und Verstärkungen läßt sich allerdings nicht eindeutig auf quantifizierbare Größen reduzieren.

3. Sozialordnung

3.1 Die Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen in Baden-Württemberg

– Analysen und Prognosen auf der Grundlage eines Gesundheitsbudgets –

Die Stellung des Gesundheitswesens im sozialen Umfeld

Wie in allen sozialpolitischen Bereichen, so hat sich die finanzielle Situation auch im Gesundheitswesen seit Mitte der siebziger Jahre zunehmend verschärft. Durch die mäßige wirtschaftliche Entwicklung sowie durch das erreichte hohe Niveau der Abgabenbelastung, insbesondere der Arbeitnehmer, wurden Grundfragen der Sozialpolitik aufgeworfen: So treten die Sicherung der zukünftigen Rentenfinanzen, das Problem der Arbeitslosigkeit, aber auch die wirtschaftliche Sicherung der Familie zunehmend in ein ausgabenorientiertes Konkurrenzverhältnis zueinander. Bei einem nur noch mäßig ansteigenden Ausgaben-niveau der Sozialhaushalte verbunden mit dem Ziel einer Senkung der Sozialleistungsquote¹ treten zwangsläufig Prioritätsfragen im sozialpolitischen Raum stärker in den Vordergrund. Betrachtet man die vergangene Entwicklung, so ergaben sich im Spektrum der sozialen Leistungspalette durchaus Verschiebungen, wie das Beispiel der Gesundheitsausgaben zeigt. Der Anteil der ausgewiesenen Gesundheitsausgaben am Sozialbudget der Bundesregierung ist von 29,9 % (1970) auf 31,7 % (1983) relativ kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 1980 erreichte der Anteil mit 33,1 % einen Höhepunkt. Diese Anteilssteigerung bedeutet in absoluten Zahlen bundesweit für 1983 gegenüber dem Jahre 1970 ca. 10 Mrd. DM, deren "Umverteilung" in den Gesundheitssektor nur um den Preis eines relativen Rückganges anderer Sozialbereiche möglich war. Zu beachten ist dabei, daß bei dem Ausweis der Gesundheitsausgaben nach dem Sozialbudget der Bundesregierung nicht unwesentliche Ausgabenteile (z.B. Investitionsausgaben) unberücksichtigt blieben.

1 Die Sozialleistungsquote ergibt sich aus dem Quotient: Sozialleistungen nach dem Sozialbudget bezogen auf das Bruttosozialprodukt. Nach dem Sozialbericht der Bundesregierung soll die Sozialleistungsquote von 32,3% (1983) auf 29,9% (1987) zurückgeführt werden.

Aber nicht nur innerhalb der Bereiche der Sozialpolitik, auch im Verhältnis zu ökonomisch-orientierten Ausgabenbereichen ergeben sich Spannungen. Die sich im Strukturwandel befindende Wirtschaft erfordert in zunehmendem Maße wachstumsfördernde Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiet der Struktur- sowie der Forschungs- und Technologiepolitik, die staatlicherseits ausgabewirksam werden. Konsolidierungen müssen daher auch die Sozialhaushalte umfassen und diese in eine veränderte Situation einpassen. Dies gilt auch für den Gesundheitssektor, zumal langfristig eine grundlegende Wachstumsvorsorge nicht nur vom Sozialbereich im engeren Sinne ausgehen kann, sondern sich vor allem auf investive, wertschöpfende Bereiche der "Zukunftstechnologien" stützen muß². Für die Gesundheitspolitik bedeutet dies, im Gegensatz zur ersten Hälfte der siebziger Jahre eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik anzustreben und eine weitere relative Expansion der Gesundheitsausgaben zu vermeiden. Dies dürfte nicht ohne Schwierigkeiten zu erreichen sein, da bereits in naher Zukunft unter anderem auch solche Ausgabenprobleme auftreten, die mit Veränderungen der demographischen Altersstruktur im Zusammenhang stehen. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß ältere Menschen im Vergleich zu jüngeren Altersklassen ein höheres Niveau der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen aufweisen.

Die Erfassung der Gesundheitsausgaben

Um Verlauf und Strukturen der Gesundheitsausgaben zu untersuchen, wird der Weg einer "Gesamtanalyse" beschritten. Die hierzu verwendete Daten- und Informationsgrundlage ist das "Gesundheitsbudget", das zwar im fiskalischen Sinne keine strenge Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben darstellt,

2 Bericht der Kommission "Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen", erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, Stuttgart, 1983.

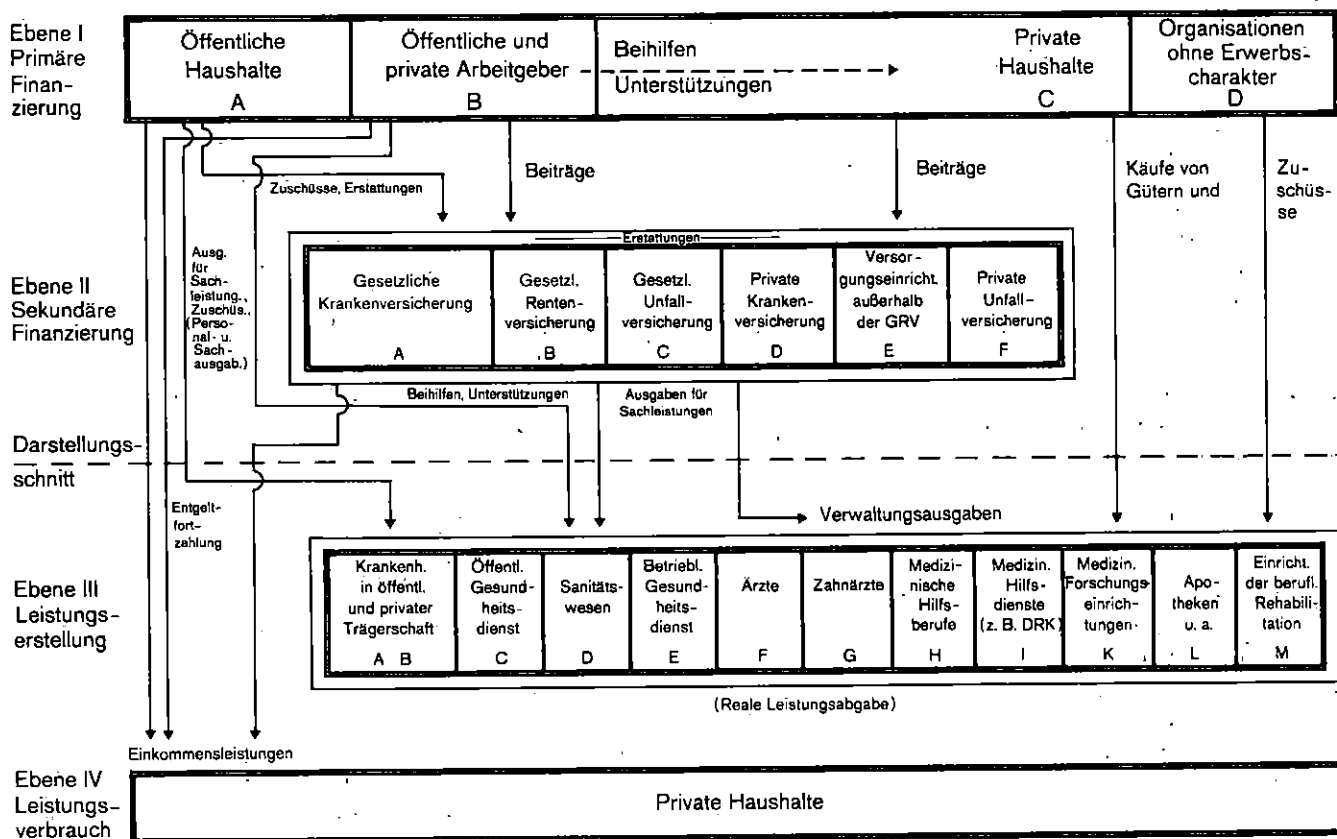
in dem aber eine systematische Zusammenstellung von gesundheitsrelevanten Ausgabenströmen unterschiedlicher Leistungsträger vorgenommen wird. Entscheidend bei der Interpretation der Nachweise ist die Schaffung von Transparenz auf verschiedenen Ebenen, die in möglichst umfassender Sicht das Zusammenspiel der Ausgabenakteure aufzeigen soll. Als Vorteil einer solchen Betrachtungsweise bieten sich mehrere Aspekte an. So läßt sich anhand des Gesundheitsbudgets der gesamte volkswirtschaftlich relevante Aufwand an Ressourcen für die Gesundheit abschätzen und damit eine Einordnung des Gesundheitswesens in die globalen Wachstumsproportionen der Gesamtwirtschaft vornehmen. Dies ist eine Voraussetzung, um über die rein fiskalische Bedeutung hinaus zu Kenntnissen von Produktions- und Verteilungswirkungen zu gelangen. Über Gesundheitsquoten (Gesundheitsleistungen bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) läßt sich das Gewicht der Produk-

tions- und Nachfragewirkungen des Gesundheitswesens am gesamtwirtschaftlichen Ergebnis abschätzen. Transferquoten im Gesundheitssektor machen aber auch Aussagen über Umverteilungsvorgänge, die, nach den Kriterien Erwerbspersonen bzw. Nichterwerbspersonen aufgliedert, über generationenspezifische Transferströme Auskunft geben können.

Eine intrainstitutionelle Sicht, welche die ausgabenorientierte Zusammensetzung der Leistungsträger aufzeigt, gibt Auskunft über Zahl, Gewicht und Ausgabenstruktur dieser Träger. Dies ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil sich ständig Kostenverlagerungen zwischen den Ausgabenträgern ergeben. Beispiele hierfür sind das Gesetz zur Lohn- und Gehaltsfortzahlung 1970, welches eine Ausgabenverlagerung von der gesetzlichen Krankenversicherung zu den Arbeitgebern gebracht hat, sowie die Bundespflegesatzverordnung 1973, die die Ausgabenstruktur zwischen den öffentli-

Schaubild 1

Die Ausgabenverflechtung im Gesundheitsbereich nach dem Finanzierungsmodell



Quelle: Forschungsbericht: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Die Struktur der Ausgaben im Gesundheitsbereich und ihre Entwicklung seit 1970.

chen Haushalten und der gesetzlichen Krankenversicherung verschoben hat. Um eine Gesamtbeurteilung der Lage zu geben, stellt sich also die Notwendigkeit, die Gesamtausgaben so umfassend wie möglich darzustellen und aussagefähig zu gliedern.

Die Gesundheitsausgaben können für Bund und Land grundsätzlich in zwei sozialen Rechensystemen - dem Gesundheits- und dem Sozialbudget - dargestellt werden. Die umfassendste Übersicht der Gesundheitsausgaben gibt das Gesundheitsbudget, das alle gegenwärtig statistisch nachweisbaren Ausgaben für die Gesundheit aus den unterschiedlichsten Datenquellen zusammenfaßt und in einer Übersicht nach einheitlichen Gesichtspunkten gliedert. Das Erfassungssystem

stützt sich dabei auf ein sogenanntes Finanzierungsmodell (Schaubild 1). Der Nachweis der Ausgaben erfolgt beim Gesundheitsbudget nach Leistungsarten (gesundheitspolitisches Kriterium), nach Ausgabeträgern (finanziell-institutionelles Kriterium) und nach Ausgabearten (leistungsspezifisches Kriterium). Bei der Datenerfassung und Datengruppierung müssen bei der Berechnung des Budgetsystems Lücken im Zahlenmaterial durch Schätzungen, die auf bestimmten Annahmen beruhen, geschlossen werden. Die Datenbasis des Gesundheitsbudgets wurde Anfang der siebziger Jahre erstmals konzipiert³. Im Laufe der siebziger Jahre

3 Szameitat, K.; Wuchter, G.: Was kostet die Gesundheit? - Versuch einer Darstellung der im Zusammenhang mit der Erhebung und Wiederherstellung der Gesundheit entstehenden Aufwendungen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5, 1970, 126 ff.

Tabelle 1
 Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten

Leistungsart	Leistungen							
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
	Mill. DM							
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	498	631	734	861	1 082	1 246	1 303	1 355
Gesundheitsdienste	186	221	243	304	389	416	444	447
Gesundheitsvorsorge und Früherkennung	64	104	134	163	193	223	209	213
Betreuende Maßnahmen	248	306	357	394	500	607	650	695
Mutterschaftshilfe	82	97	110	118	147	161	173	177
Maßnahme zur Pflege	166	209	247	276	353	446	477	518
Behandlung	5 100	6 155	7 107	8 402	9 977	11 795	12 737	13 051
Ambulante Behandlung	1 634	1 952	2 171	2 474	2 879	3 269	3 484	3 636
Stationäre Behandlung	1 650	2 053	2 426	3 005	3 754	4 326	4 608	4 737
Stationäre Kurbehandlung	375	420	475	552	600	638	649	678
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	1 441	1 730	2 035	2 371	2 744	3 562	3 996	4 000
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	1 113	1 310	1 542	1 801	2 098	2 381	2 601	2 713
Zahnersatz	328	420	493	570	646	1 181	1 395	1 287
Krankheitsfolgeleistungen	3 723	3 998	4 406	5 336	5 742	6 071	6 653	7 135
Berufliche und soziale Rehabilitation	89	132	162	218	276	349	409	454
Berufliche Rehabilitation	62	102	136	181	236	300	355	396
Soziale Rehabilitation	27	30	26	37	40	49	54	58
Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bei Krankheit und Invalidität	3 633	3 864	4 242	5 116	5 453	5 704	6 225	6 660
Entgeltfortzahlung	1 908	1 966	2 149	2 796	2 920	2 893	3 246	3 512
Sonstige Einkommensleistungen im Krankheitsfall	659	743	830	928	1 019	1 149	1 190	1 220
Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten	1 066	1 155	1 263	1 392	1 514	1 662	1 789	1 928
Sonstige Krankheitsfolgeleistungen	1	2	2	2	13	18	19	21
Ausbildung und Forschung	121	148	162	173	197	220	217	292
Ausbildung von medizinischem Personal, medizinische Forschung an Hochschulen	80	99	103	116	129	134	128	191
Forschung außerhalb von Hochschulen	41	49	59	57	68	86	89	101
Verwaltung	453	523	592	704	838	921	983	996
Insgesamt	9 895	11 455	13 001	15 476	17 836	20 253	21 893	22 829

hat das Budget mehrere konzeptionelle Phasen durchlaufen⁴. Die vorliegenden Berechnungen lehnen sich methodisch weitgehend an die Erfassungs- und Verbuchungsgrundsätze des Bundesbudgets an, das vom Statistischen Bundesamt erstellt wird⁵. Vergleichbare Berechnungen

4 Linder, P.: Zur Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen – Methodik des neuen Gesundheitsbudgets –, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1979; ders.: – Ergebnisse des neuen Gesundheitsbudgets –, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1979; ders.: Modellrechnungen für die zukünftige Entwicklung –, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1980, sowie: Statistisch-prognostischer Jahresbericht 1980/81, hrsg. v.d. Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt: Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen der 70er Jahre, Stuttgart, 1981, S. 80 ff.

5 Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Die Struktur der Ausgaben im Gesundheitsbereich und ihre Entwicklung seit 1970, Forschungsbericht 7, bearbeitet von H. Essig, E. Gauch und W. Müller, Bonn 1978, sowie: Müller, Wolfgang: Ausgaben für Gesundheit 1982, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 9, 1984, S. 791 ff.

der Gesundheitsausgaben für andere Bundesländer sind bislang nicht bekannt. In einem zweiten sozialen Rechen-system, dem Sozialbudget, kann neben anderen sozialen Funktionsbereichen wie Familie, Alter, Beschäftigung usw. auch die Funktion Gesundheit ausgewiesen werden⁶. Im Vergleich zur Funktion Gesundheit im Sozialbudget, steckt das Gesundheitsbudget grundsätzlich einen weiteren Ausgabenbereich ab. Dies gilt vor allem für den Einbezug der Gesundheitsinvestitionen, der Ausbildungs- und Forschungsausgaben, aber auch der privaten Krankenversicherung sowie der nichterstatteten Ausgaben der privaten Haushalte. Schließlich erhält das Gesundheitsbudget seine spezifische Bedeutung nach den dort angewendeten Gliederungskriterien. Insbesondere der Gliederung nach gesundheitspolitischen Teilaggregaten, die an der Ausgabenentwicklung ganz unterschiedlich teilhaben und die nach dem Sozialbudget nicht nachweisbar sind (Leistungsarten), kommt ein weiterer Aussagewert hinsichtlich der Identifikation von Leistungsbe-reichen mit Ausgabenexpansionen zu.

Als Fragen, die im folgenden mit Hilfe des Gesundheitsbudgets untersucht werden sollen, lassen sich anführen:

- Was kostet unser Gesundheitswesen und wie wird es finanziert?
- Welche Einflußfaktoren wirken auf die Entwicklung der Gesundheitsausgaben?
- Welche Leistungen werden von welchem Träger in welcher Form erbracht?
- Was ist Mengeneffekt und was ist Preiseffekt bei den zu verzeichnenden Steigerungen der Gesundheitsausgaben?
- Wie ist die Ausgabenentwicklung gesamtwirtschaftlich zu beurteilen?
- Wie partizipieren die Bevölkerungsgruppen nach Alter und Geschlecht am Gesundheitsbudget, oder welche quantitative Bedeutung kommt im Gesundheitswesen der Umverteilung zu?
- Welche zukünftigen Ausgabenperspektiven zeichnen sich kurz- und langfristig aufgrund leistungsorientierter und demographischer Faktoren ab?

6 Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Sozialbericht 83, Bonn, 1984.

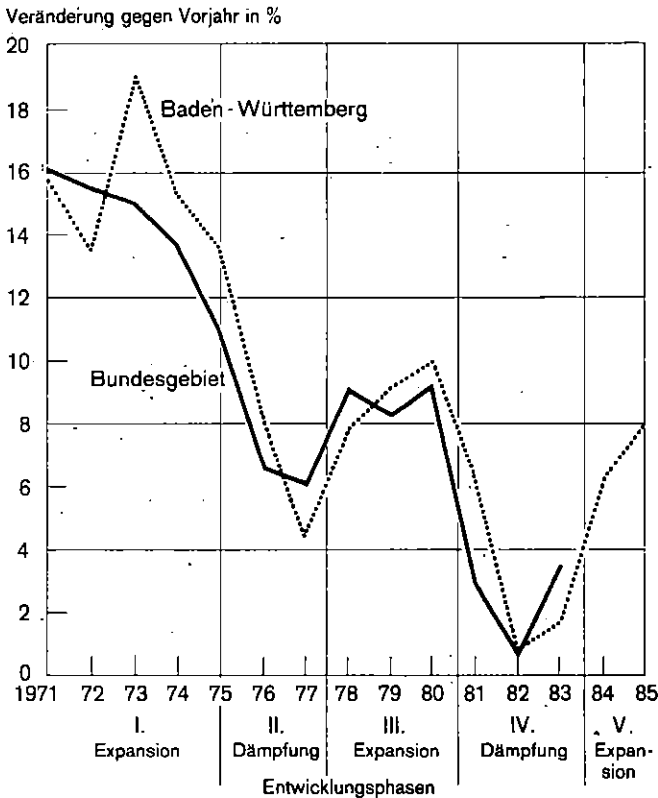
Leistungen					
1978	1979	1980	1981	1982	1983
Mill. DM					
1 368	1 450	1 609	1 753	1 801	1 870
441	461	491	519	553	549
203	204	226	262	237	261
724	785	892	972	1 011	1 060
178	197	229	256	229	244
546	588	663	716	782	816
13 917	15 201	16 891	18 316	18 637	18 784
3 939	4 222	4 553	4 973	5 005	5 262
5 023	5 556	6 290	6 689	7 150	6 956
645	709	804	897	869	790
4 310	4 714	5 244	5 757	5 613	5 776
3 024	3 276	3 616	3 957	3 978	4 186
1 286	1 438	1 628	1 800	1 635	1 590
7 993	8 797	9 474	9 724	9 509	9 803
493	533	660	807	897	947
434	469	589	733	823	875
59	64	71	74	74	72
7 478	8 239	8 784	8 885	8 574	8 817
4 104	4 551	4 684	4 573	4 104	4 244
1 303	1 479	1 766	1 806	1 731	1 654
2 071	2 209	2 334	2 506	2 739	2 919
22	25	30	32	38	39
341	390	501	457	404	409
236	265	371	310	252	253
105	125	130	147	152	156
991	1 032	1 094	1 231	1 376	1 440
24 610	26 870	29 569	31 481	31 727	32 306

Die Ausgabenentwicklung 1970 bis 1975

Die Ausgaben für die Gesundheit nach dem Gesundheitsbudget sind von 9,9 Mrd. DM im Jahre 1970 auf 32,3 Mrd. DM im Jahre 1983 gestiegen (Tabelle 1). Dieser Zuwachs der Gesundheitsausgaben um 226 % läßt sich sowohl im Bund wie für das Land aus heutiger Sicht in fünf unterschiedliche Entwicklungsphasen einteilen (Schaubild 2). Die erste Entwicklungsperiode, die sich über den Zeitraum von 1970 bis 1975 erstreckt, war charakterisiert durch extrem hohe jährliche Zuwachsraten. Im Höhepunkt des Jahres 1973 trat im Gesamtbudget – im Vergleich zu einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von 9,5 % im Zeitraum zwischen 1970 und 1983 – eine jährliche Zuwachsrate von 19 % auf. Dies macht deutlich, daß es sich hierbei nicht um Effekte von Kostenverlagerungen innerhalb des Gesundheitsbereichs, sondern um echte Ausga-

bensteigerungen handelte. Dabei haben alle Leistungsarten fast gleichermaßen mit sehr hohen Zuwachsraten zum Gesamtergebnis beigetragen. An der Spitze standen die Ausgaben für den Zahnersatz mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate zwischen 1970 und 1975 von ca. 29 %, sowie die stationäre Behandlung (ca. 21 %) und der vorbeugenden und betreuenden Maßnahmen (ca. 20 %). Inwieweit die stark ausgebauten Prävention der Vorbeugung und Früherkennung, die trotz der raschen Entwicklung bis 1975 mit 6,2 % nur einen Bruchteil der Ausgaben des Gesamtbudgets ausmachte und deren Anteil in den Folgejahren eher wieder leicht rückläufig war, zu einer Verminderung der kurativen Behandlungsausgaben beigetragen hat, läßt sich anhand der Budgetdaten nicht nachweisen. Insbesondere kann nicht ausgeschlossen werden, daß dämpfende Wirkungen auf die Ausgaben von Behandlung und Krankheitsfolgen nur von relativ geringem Ausmaß gewesen sind. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der Ausgaben für ambulante Behandlung und Arzneien, Heil- und Hilfsmittel fiel mit ca. 15 % bzw. 16 % etwas geringer aus. Der gleichen Größenordnung waren auch die Verwaltungsausgaben im Gesundheitsbereich (ca. 15 %) zuzurechnen. Niedriger gestaltete sich nur der jahresdurchschnittliche Zuwachs bei Ausbildung und Forschung (ca. 12,7 %) und bei den Kuren (ca. 11,2 %). Noch heute, nach über 10 Jahren, steht die Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen unter dem Eindruck dieser Entwicklung, da in der ersten Hälfte der siebziger Jahre die Gesundheitsausgaben auf ein solch hohes Niveau angehoben wurden, von dem aus selbst mäßige – eigentlich im Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung stehende – Ausgabensteigerungen als problematisch im Hinblick auf ihre Finanzierung angesehen werden müssen.

Schaubild 2
Entwicklung der Gesundheitsausgaben in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet nach dem Gesundheitsbudget¹⁾



1) 1984: Angaben nur für die Gesetzliche Krankenversicherung, 1985: Schätzung.

(insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung) zu nennen⁷: Aufgrund gesetzlicher Maßnahmen, aber auch durch die Rechtsprechung der Sozialgerichte und der Selbstverwaltung der verschiedenen Kassen, die untereinander in Konkurrenz und Wettbewerb stehen, ergab sich eine beachtliche Ausdehnung des Leistungsspektrums vor allem im Ausbau beim Vorsorge- und Krankheitsfolgebereich, aber auch ganz allgemein durch eine Ausweitung des Krankheitsbegriffs. Im einzelnen sind in dem hier betrachteten Zeitraum von 1970 bis 1975 folgende Maßnahmen zu nennen:

1970: Einbeziehung der Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen als gesetzliche Regelleistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung.

1973: Anspruch auf unbefristete Übernahme der Kosten für Krankenhausaufenthalt.

Gewährung von Haushaltshilfen in besonderen Fällen bei Krankenhausaufenthalt oder Kur.

Freistellung von der Arbeit und Zahlung von Krankengeld bei Betreuung eines kranken Kindes bis zu 5 Arbeitstagen im Jahr.

Neuordnung der Arbeitssicherheit durch das Gesetz betreffend die Arbeitgeber über die Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte.

1974: Einbeziehung der gesetzlichen Krankenkassen als Rehabilitations-träger und der sich hieraus ergebenden Leistungen für versicherte und mitversicherte Angehörige für Rehabilitation, soweit kein anderer Träger zuständig ist.

1975: Übernahme der Kosten durch die gesetzliche Krankenversicherung für Beratung zur Empfängnisverhütung sowie für Sterilisationen und Schwangerschaftsabbrüche.

Eine mengenorientierte Ausweitung der Gesundheitsleistungen ging nicht nur von einem zunehmend umfangreicheren Leistungsspektrum, sondern auch von der Einbeziehung neuer Bevölkerungsgruppen in den Krankenversicherungsschutz aus. Auch hier konzentrieren sich die gesetzlichen Maßnahmen, mit einer Ausnahme, auf die erste Hälfte der siebziger Jahre:

1971: Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für alle Angestellten.

1972: Aufnahme der selbständigen Landwirte und deren mithelfenden Familienangehörigen in die gesetzliche Krankenversicherung.

1975: Einbeziehung der Studenten in den Versicherungsschutz der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der Behinderten, die in Werkstätten für Behinderte tätig sind, als auch der Schwerbehinderten.

1981: Aufnahme von Künstlern und Publizisten in den Versicherungsschutz der gesetzlichen Krankenversicherung.

Neben einer Ausweitung des Versicherungsschutzes, insbesondere auch auf "beitragsschwache Gruppen", hat sich in der gesetzlichen Krankenversicherung die Mitgliederstruktur während der sechziger und siebziger Jahre aus demographischen Gründen verändert (Tabelle 2a und 2b). Sowohl bei den RVO-Kassen als auch den Ersatzkassen haben die Rentneranteile an der Mitgliederzahl erheblich zugenommen, wobei sich die Situation in Baden-Württemberg noch relativ günstig gestaltet im Vergleich zum Bundesgebiet. Darin sind Effekte der flexiblen Altersgrenze, aber auch einer durchschnittlich ansteigenden Lebenserwartung der Bevölkerung enthalten. Einerseits stieg in Baden-Württemberg, vor allem auch als Ergebnis steigender Gesundheitsleistungen, die durchschnittliche Lebenserwartung eines Mannes von 68,5 Jahren (1970/72) auf 71,4 Jahre (1979/81), die einer Frau entsprechend von 74,5 Jahren auf 77,7 Jahre. Andererseits fiel das durchschnittliche Zugangsalter der Rentenempfänger bei den Versichertenrenten der Arbeiterrentenversicherung bei Männern von 61,1 Jahren (1970) auf 57,9

7 Hamm, W.; Jessen, J.; Nord, D.; Pehlke, H.: Aspekte zur GKV-Strukturreform, hrsg v.d. Medizinisch Pharmazeutischen Studiengesellschaft e.V., Stuttgart, New York, 1984.

Tabelle 2a

Entwicklung der Mitgliederstruktur der RVO-Kassen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Jahr ¹⁾	Mitglieder insgesamt		Davon					
			Pflichtmitglieder (ohne Rentner)		Freiwillige Mitglieder		Rentner	
	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
	1000							
1960	3 004	19 247	2 059	12 790	393	2 243	552	4 214
1965	3 171	19 843	2 169	13 059	404	2 452	598	4 332
1970	3 386	20 888	2 226	13 098	287	1 780	873	6 010
1975	3 551	22 165	2 257	13 457	232	1 483	1 061	7 225
1980	3 701	22 757	2 348	13 839	239	1 506	1 114	7 412
1983 ²⁾	3 691	23 155	2 316	13 958	262	1 549	1 113	7 648
	%							
1960	100	100	68,5	66,4	13,1	11,7	18,4	21,9
1965	100	100	68,4	65,8	12,7	12,4	18,9	21,8
1970	100	100	65,7	62,7	8,5	8,5	25,8	28,8
1975	100	100	63,6	60,7	6,5	6,7	29,9	32,6
1980	100	100	63,4	60,8	6,5	6,6	30,1	32,6
1983 ²⁾	100	100	62,7	60,3	7,1	6,7	30,2	33,0
	Anteil am Bund							
1960	15,6	100	16,1	100	17,5	100	13,1	100
1965	16,0	100	16,6	100	16,5	100	13,8	100
1970	16,2	100	17,0	100	16,1	100	14,5	100
1975	16,0	100	16,8	100	15,8	100	14,7	100
1980	16,3	100	17,0	100	15,9	100	15,0	100
1983 ²⁾	15,9	100	16,6	100	16,9	100	14,6	100

1) Jahresdurchschnitt. — 2) Vorläufige Zahlen.

Jahre (1983), entsprechend bei den Frauen von 61,6 Jahren auf 59,7 Jahre. Bei der Angestelltenversicherung läßt sich ein gleicher Trend nachweisen. Diese Faktoren werden im Rahmen der künftigen demographischen Gesamtentwicklung (weiterhin steigender Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung) eine zunehmende Bedeutung der Krankenversicherung der Rentner am gesamten Krankenversicherungssystem mit sich bringen. Hieraus ergeben sich für die künftige Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung erhebliche Probleme, wenn man bedenkt, daß innerhalb der RVO-Kassen in Baden-Württemberg ein Rentner 1983 an Beiträgen durchschnittlich 1653 DM beisteuerte, jedoch 3523 DM an Leistungsausgaben verursachte. Die "Beitragsdeckungsrelation" beträgt also lediglich 47 %, während sie sich bei den Mitgliedern ohne Rentner auf 136 % beläuft. Dies zeigt, daß auch in der gesetzlichen Krankenversicherung eine "intergenerative Umverteilung" in nicht unerheblichem Maße stattfindet.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Einbeziehung insbesondere von "beitragsschwachen" Bevölkerungsgruppen in die gesetzliche Krankenversicherung in Verbindung mit dem wachsenden Rentneranteil zu Finanzierungsschwierigkeiten sowohl von der Einnahmen- wie auch der Ausgabenseite geführt haben, die in Zukunft verschärft auftreten werden. Diese Situation wird auch dadurch nicht entscheidend entlastet, daß vor allem durch die Anhebung der Versicherungspflichtgrenze neue "beitragsstarke" Bevölkerungsgruppen in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen wurden (Tabelle 3), da dieser Effekt relativ gering bleibt.

Spezielle Marktstrukturen als Einflußfaktoren der Ausgabenentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung

Ein weiterer wichtiger Bestimmungsgrund des Ausgabenwachses sind die spezifischen Marktstrukturen im Gesundheits-

Tabelle 2b

Entwicklung der Mitgliederstruktur der Ersatzkassen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Jahr ¹⁾	Mitglieder insgesamt		Davon					
			Pflichtmitglieder (ohne Rentner)		Freiwillige Mitglieder		Rentner	
	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
	1000							
1960	721	6 648	443	4 062	228	1 553	50	1 033
1965	915	7 761	487	4 117	352	2 385	76	1 259
1970	1 102	8 657	534	4 163	436	2 883	132	1 611
1975	1 389	10 584	697	5 308	485	3 163	207	2 113
1980	1 641	12 044	892	6 505	469	2 948	280	2 591
1983	1 719	12 722	932	6 951	472	2 954	315	2 817
	%							
1960	100	100	61,5	61,1	31,6	23,4	6,9	15,5
1965	100	100	53,2	53,1	38,5	30,7	8,3	16,2
1970	100	100	48,4	48,1	39,6	33,3	12,0	18,6
1975	100	100	50,2	50,1	34,9	29,9	14,9	20,0
1980	100	100	54,4	54,0	28,6	24,5	17,1	21,5
1983	100	100	54,2	54,6	27,5	23,2	18,3	22,2
	Anteil am Bund							
1960	10,8	100	10,9	100	14,7	100	4,8	100
1965	11,8	100	11,8	100	14,8	100	6,0	100
1970	12,7	100	12,8	100	15,1	100	8,2	100
1975	13,1	100	13,1	100	15,3	100	9,8	100
1980	13,6	100	13,7	100	15,9	100	10,8	100
1983	13,5	100	13,4	100	16,0	100	11,2	100

1) Stichtag 1.10.

wesen, die, gemessen an der Gesamtproduktion, zu überproportionalen Preisniveausteigerungen und zu überhöhten Leistungsinanspruchnahmen ohne entsprechende Marktreaktion des Angebotsvolumens tendieren. Auf der Nachfrageseite entfalten die Kassen in Abhängigkeit von ihrem Mittelaufkommen das Nachfragenvolumen. Die einzelnen Versicherten treffen jedoch unkoordiniert im Hinblick auf diese Restriktion ihre ausgabenwirksamen Entscheidungen, ohne sich der entstandenen Kosten bewußt zu sein. Dieser Nachfragestruktur steht ein Angebot an unterschiedlichen Gesundheitsleistungen gegenüber, das selbst auf die Höhe der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen Einfluß nimmt, indem der Arzt über die Einnahme von Medikamenten, Krankenhauseinweisungen, Arbeitsunfähigkeit und dergleichen entscheidet. In diesen systembedingten Marktstrukturen hat der Preis seine Indikatorfunktion für Überschuß oder Knappheit an Leistungen verloren. Dies bedeutet ein Außerkraftsetzen der Marktmechanismen, wobei immer höhere Preise bei zunehmender Nachfrage nicht zu einem entsprechend höheren Angebot führen, das Preissteigerungstendenzen entgegenwirken könnte. Die Marktmacht der Anbieter ermöglicht so Knappheitsgewinne. Auf der anderen Seite gehen aber auch Gefahren von einer zu starken Angebotsausweitung im personellen sowie materiellen Bereich aus, da es hier zu einem "Wettbewerb unter umgekehrten Vorzeichen" kommen kann, wonach immer mehr Ärzte sich mit der Verteilung von Versicherungsleistungen (Arzneien, Kuren, Arbeitsunfähigkeit und dergleichen) überbieten, um ihr Einkommensziel (Tabelle 4) zu erreichen. Diese These der Angebotsinduziertheit der Nachfrage, insbesondere nach ärztlichen Leistungen, geht davon aus, daß sich mit steigender Arztdichte ein steigendes Volumen ambulanter ärztlicher Leistungen pro Kopf der Bevölkerung einstellt. Dieses Problem einer angebotsinduzierten Nachfrage wird heute im Zusammenhang mit einer in naher Zukunft erwarteten "Ärztenschwemme"

Tabelle 3

Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze im Verhältnis zu den Bruttomonatsverdiensten der Angestellten¹⁾

Jahr	Beitragsbemessungsgrenze in der GKV		Durchschnittliche Bruttomonats- verdienste der Angestellten
	DM/Monat	1980 = 100	
1970	1 350	42,9	46,1
1971	1 425	45,2	51,1
1972	1 575	50,0	55,8
1973	1 725	54,8	61,5
1974	1 875	59,6	67,7
1975	2 100	66,7	73,1
1976	2 325	73,8	77,9
1977	2 550	81,0	83,5
1978	2 775	88,1	88,2
1979	3 000	95,2	93,8
1980	3 150	100,0	100,0
1981	3 300	104,8	104,8
1982	3 525	111,9	109,8
1983	3 750	119,0	113,1
1984	3 900	123,8	116,6
1985	4 050	128,6	-

1) Angestellte in der Industrie (einschließlich Bau), Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe.

diskutiert⁸. In der Tat hat sich seit 1970 das Angebot an Gesundheitsversorgung erheblich erweitert (Tabelle 5). Insbesondere bei den Gebietsärzten (früher: Fachärzte) ist die Arztdichte erheblich gestiegen, was ein spezialisierteres ärztliches Leistungsangebot mit sich brachte⁹. Nur die Zahnärzte haben ihr zahlenmäßiges Versorgungsniveau nicht in so starkem Ausmaß ausweiten können, doch ist auch hier ein (entsprechend flacherer) Trend zu einer höheren Arztdichte zu konstatieren. Ähnlich wie die Arztdichte hat auch die Versorgung der Bevölkerung mit Apotheken zugenommen. Eine gegenläufige Entwicklung ergibt

sich für die Bettendichte in Krankenhäusern, die von 1970 bis 1977 angestiegen, danach wieder gesunken ist. Es zeigt sich im Zeitablauf ein deutlicher Zusammenhang zwischen ansteigender bzw. rückläufiger Bettendichte einerseits und entsprechend rückläufigem bzw. ansteigendem Bettenausnutzungsgrad andererseits. Der Bettenausnutzungsgrad für die Akutkrankenhäuser lag in den Jahren seit 1970 mit seinem höchsten Wert bei 86 % (1971).

Nicht nur das zahlenmäßige Versorgungsniveau des Angebots, auch die qualitative Komponente, die sich vor allem im medizinisch-technologischen Fortschritt ausdrückt, kann in ihrer Wirkung nicht als ausgabenneutral angesehen werden. Technischer Fortschritt, der eine kapitalintensive Produktionsstruktur bewirkt, führt im Bereich des Gesundheitswesens nicht in gleicher Weise wie im Produktionsbereich zu Produktivitätsverbesserungen. Aufgrund der Eigenart des Gutes Gesundheit lassen sich hier durch moderne Ausrüstungen und neue Methoden nicht in dem Maße Einsparungen in Kostenbereichen erzielen wie in der industriellen Produktion – mit dem entsprechenden dämpfenden Einfluß auf die Preisentwicklung¹⁰.

Vielmehr ist zu vermuten, daß aufgrund der Nicht-Lagerfähigkeit von Dienstleistungen im Gesundheitsbereich, sowie der – trotz allem technischen Fortschritt – betont arbeitsintensiven Produktionsstruktur, die technologische Entwicklung eher expansiv als dämpfend auf das Preisniveau einwirkt. Die technologische Entwicklung vollzieht sich im Gesundheitswesen stärker als in anderen Produktionsbereichen in einer Form, die nach wie vor auch einen hohen Arbeitsaufwand erfordert.

Nicht nur von den Strukturen auf der Angebotsseite, sondern auch von der Nachfrageseite gingen während der siebziger Jahre Einflüsse aus, die die Ausgabenexpansion im Gesundheitswesen mit herbeigeführt haben. Dabei muß gesehen werden, daß die Strukturen auf der Nachfrageseite nicht nur durch die Ver-

8 Vgl. Adam, H.: Ambulante ärztliche Leistungen und Arztdichte. Zur These der anbieterinduzierten Nachfrage im Bereich der ambulanten ärztlichen Versorgung; Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung 11, Berlin, 1983 sowie: Breyer, F.: Anbieterinduzierte Nachfrage nach ärztlichen Leistungen und die Zieleinkommens-Hypothese, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. (Vol.) 199/5, Stuttgart, 1984. –

9 Vgl.: Paulus, R.: Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung 1981, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12, 30. Jg., 1982, S. 396 ff.

10 Vgl.: Windisch, R.: Die Baumolsche "Kostenkrankheit" öffentlicher Dienste I, in: Wirtschaftsstudium (WISU), Heft 11, 1980, S. 559 f.

Tabelle 4

Einkünfte aus selbständiger Arbeit je Steuerpflichtiger in ausgewählten freien Berufen¹⁾

Freie Berufe	Positive Einkünfte aus selbständiger Arbeit je Steuerpflichtiger ²⁾			
	1971	1974	1977	1980
	DM			
Insgesamt	72 070	90 383	102 653	107 458
darunter				
Rechtsanwälte, Notare und Patentanwälte	75 253	87 427	105 799	112 645
Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer	85 469	94 380	114 703	133 155
Steuerberater und Steuerbevollmächtigte	51 190	62 833	65 022	106 609
Ärzte	122 833	148 753	160 150	175 933
Zahnärzte	109 908	151 130	219 014	227 342
Tierärzte	45 369	60 793	73 799	95 584
Architekten und Bauingenieure	61 687	69 335	72 549	95 455

1) Einkommensteuerstatistik. – 2) Einkünfte aus selbständiger Arbeit der unbeschränkt Steuerpflichtigen, die Einkünfte überwiegend aus selbständiger Arbeit erzielten. Ehegatten, bei denen eine Zusammenveranlagung durchgeführt wurde, zählen als ein Steuerpflichtiger.

sicherten selbst, sondern – nach der Entscheidung zum Arztbesuch – stellvertretend durch Ärzte, Kassen, Verbände etc. geschaffen werden. Im Zuge eines allgemein angestiegenen Anspruchsniveaus an staatliche Leistungen im Sozial- und Subventionsbereich, hat sich speziell im Gesundheitswesen eine exzessive Nachfrage nach Leistungen herausgebildet, die durch vorhandene Marktunvollkommenheiten entscheidend begünstigt wurde. Bei den Konsumenten von Gesundheitsleistungen, denen im Rahmen des Sachleistungsprinzips die von ihnen ausgelösten Kosten unbekannt bleiben, ergibt sich eine extrem geringe Preiselastizität der Nachfrage. Das heißt: Steigen die Preise für Gesundheitsgüter, so reagiert die volumenmäßige Nachfrage nicht mit einem entsprechenden Rückgang. Speziell bei einer Vollkostenversicherung wird der Konsument von direkt zu zahlenden Kosten bei Inanspruchnahme von Leistungen nicht mehr

Tabelle 5

Indikatoren ausgewählter Versorgungsbereiche im Gesundheitswesen

Jahr	Einwohner je Arzt				Betten je/auf			Betten- aus- nutzung in %	Einwohner je Apotheke
	ins- gesamt	Allgemein- arzt	Gebietsarzt	Zahnarzt	Arzt	Gebietsarzt	10 000 Einwohner		
1970	604	2 156	2 715	1 900	15	32	64,7	85,8	5 456
1971	583	2 194	2 867	1 920	14	30	68,4	86,0	5 308
1972	566	2 208	2 518	1 938	14	31	69,5	84,0	5 175
1973	553	2 241	2 451	1 992	13	29	69,9	84,4	4 904
1974	534	2 146	2 360	1 949	12	28	71,0	82,5	4 655
1975	503	2 083	2 203	1 909	12	25	71,5	80,0	4 452
1976	489	2 107	2 062	1 839	12	25	70,6	80,7	4 255
1977	471	2 057	2 010	1 812	11	24	71,0	80,8	4 090
1978	457	2 035	1 971	1 826	11	24	70,2	82,3	3 956
1979	438	1 997	1 879	1 802	10	23	70,1	82,1	3 876
1980	427	1 995	1 856	1 803	9	22	69,4	82,0	3 784
1981	415	1 989	1 801	1 796	9	21	68,4	81,5	3 709
1982	405	1 970	1 744	1 771	9	20	68,4	81,9	3 647
1983	391	1 870	1 695	1 781	8	19	67,4	83,8	3 558

betroffen. Es bildet sich ein "Moral-Hazard-Verhalten" - auch für Anbieter - aus, das vorhandene Ressourcen in exzessiver Weise nutzt, ungeachtet sozialer Notwendigkeit¹¹. und ökonomisch-gesundheitspolitischer Effizienz. Verschärft wird diese Situation dadurch, daß Gesundheitsgüter in der modernen Industriegesellschaft zu den superioren Gütern zählen. Die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen weist demnach eine Einkommenselastizität von über eins aus, was bedeutet, daß die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit in der Regel überproportional zu Veränderungen des Pro-Kopf-Einkommens zunehmen. Die Höhe der Einkommenselastizität von über eins kann aber auch als Ausdruck einer Mindereinschätzung von Zukunftsgütern interpretiert werden¹². Trotzdem bleibt die Solidargemeinschaft verpflichtet, einen in Zukunft auftretenden "Bedarf" zu befriedigen, was schließlich zu einer nicht vorgesehenen Mengenausweitung im Gesundheitswesen führt.

Neben die Faktoren einer angebots- und nachfrageinduzierten Ausgabenentwicklung tritt als Bestimmungsgröße der Ausgabenentwicklung das Gesundheitsverhalten der Bevölkerung, das sich vor allem in Ernährungs- und Trinkgewohnheiten sowie im Freizeitverhalten als Faktoren des Gesundheitsrisikos niederschlägt. Im Zusammenhang hiermit sowie mit der demographischen und sozioökonomischen Bevölkerungsstruktur steht ein im Zeitablauf sich veränderndes Krankheitspanorama.

Expansions- und Dämpfungsphasen wechseln sich seit den siebziger Jahren ab

Um auf die Dynamik der Ausgabenentwicklung einzuwirken, wurden erstmals 1977 mit dem "Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung" (Kostendämpfungsge-

setz) Maßnahmen zur Begrenzung des Ausgabenzuwachses im Gesundheitswesen eingeleitet. Kernstück des Kostendämpfungsgesetzes war die Einrichtung einer "Konzertierten Aktion", die unter der Beteiligung der Krankenkassen, der Leistungsträger (Ärzte, Krankenhäuser etc.), der Sozialpartner und der Gebietskörperschaften Orientierungsdaten für die Leistungsausgaben erarbeiten sollte, die zu gesamtwirtschaftlich vertäglichen Ausgabensteigerungen führen. Auf der Grundlage freiwilliger Vereinbarungen gelang es, bei fast allen Leistungsarten einen vorübergehenden deutlichen Rückgang der jährlichen Zuwachsrate zu erreichen. Bereits 1976 fiel unter dem Eindruck der Debatte des Gesetzes die Zuwachsrate der Gesundheitsausgaben auf 8,1 % und im Jahre 1977 weiter auf 4,3 %, bei der gesetzlichen Krankenversicherung sogar auf nur noch 2,1 %. In den quantitativ starken Leistungsarten waren 1976 lediglich die Ausgaben für den Zahnersatz und für die Entgeltfortzahlung mit einer Wachstumsrate von 18,1 % bzw. 12,2 % noch unverhältnismäßig hoch. Doch gelang es durch die Begrenzung der Zuschüsse der Kosten für Zahnersatz auf höchstens 80 % und einer entsprechenden Selbstbeteiligung nach dem Kostendämpfungsgesetz bereits 1977, die Ausgaben in diesem wichtigen Leistungsbereich auch absolut zurückzuführen. Somit stellen die Jahre 1976 und 1977 die zweite, durch eine Ausgabendämpfung charakterisierte Periode dar.

Die Expansionsphase in den Jahren 1978 bis 1980, die wiederum Zuwachsraten von über 10 % brachte, ließ erneut Steuerungsdefizite erkennen, da offensichtlich die Kräfte, die bis 1975 wirksam waren, erneut die Oberhand gewannen. Dies galt insbesondere für den Krankenhausbereich, der 1977 noch nicht in die Konzertierte Aktion mit einbezogen wurde, aber auch für die Kuren, Arzneien, Heil- und Hilfsmittel sowie ab 1979 wiederum für den Zahnersatz. Auch die Leistungen für Krankheitsfolgen (vor allem die Entgeltfortzahlung) und für die Ausbildung und Forschung haben zur erneuten Ausgabenexpansion beigetragen (Tabelle 1). Die Folge war eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen, die im Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz 1981, dem Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz 1981

11 Vgl.: Allekotte, H.A.: Hintergründe der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Band 31, Heft 3, 1980, S. 368 ff.

12 Herder-Dorneich, Ph.: Wachstum und Gleichgewicht im Gesundheitswesen - Einführung in die Gesundheitsökonomik -, Opladen, 1976, S. 35 ff.

sowie dem Haushaltsbegleitgesetz 1982 ihren Niederschlag gefunden haben und die sich dann auch speziell auf diese Leistungsbereiche bezogen. Die Einbeziehung des Krankenhausbereichs in die Konzertierte Aktion sowie die Einführung bzw. die Erhöhung von Zuzahlungen der Versicherten bei stationärer Krankenhausbehandlung, bei den Kuren sowie bei Arzneien, Heilmitteln und dem Zahnersatz haben in der vierten Phase im Zeitraum von 1981 bis 1983 erneut zu einem geringeren Ausgabenzuwachs beigetragen. Ausgabenbeschränkungen konnten so vorwiegend in den Leistungsbereichen: ambulante Behandlung, Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz, Kuren aber auch, angesichts der Arbeitsmarktlage, bei der Entgeltfortzahlung erzielt werden. Auch die stationäre Behandlung, die noch bis 1982 unverändert relativ hohe Raten aufwies, verzeichnete 1983 erstmals seit 1970 absolut einen Rückgang der Ausgaben um 2,7 %.

Die aktuelle Entwicklung

Betrachtet man die neuere Entwicklung ab 1984 (5. Entwicklungsphase), was gegenwärtig nur für die gesetzliche Krankenversicherung möglich ist, so lassen sich neue Ansatzpunkte für eine Expansionsphase erkennen. Insbesondere die Ausgabensteigerungen beim Zahnersatz und den Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln drohen wieder eine jährliche Zuwachsrate von 10 % oder darüber zu erreichen. Insgesamt liegt der Zuwachs der Ausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung 1984 bei 6,3 %. Darüber liegen mit 9,3 % bzw. 8,7 % der Zahnersatz bzw. Arzneien, Heil- und Hilfsmittel. Unterproportional entwickelten sich ab 1984 die vorbeugenden und betreuenden Maßnahmen (3,4 %) sowie der Bereich der stationären Behandlung (5,2 %). Im Gesamtdurchschnitt von 6,3 % lag die ambulante Behandlung.

Auf der Frühjahrssitzung der Konzertierte Aktion im März 1985 hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zehn Grundsätze zur Entwicklung eines gesundheitspolitischen Gesamtkonzepts vorgelegt. Zur Ausgabenentwicklung im zahnärztlichen Bereich hat die Konzertierte Aktion eine Empfehlung verabschiedet, die unter anderem wie folgt lautet: "Die Spitzenverbände

der Krankenkassen und die kassenzahnärztliche Bundesvereinigung vereinbaren bzw. empfehlen, die derzeit gültigen Honorarvereinbarungen bis zum 31.12.1985 weiterlaufen zu lassen". Im Anschluß an die Konzertierte Aktion haben sich die kassenzahnärztliche Bundesvereinigung und die Spitzenverbände der Krankenkassen darauf geeinigt, daß der Zuwachs der Ausgaben für ambulante zahnärztliche Leistungen im Zeitraum vom 1.7.1985 bis 30.6.1986 in Einklang mit dem Zuwachs der Grundlohnsumme gehalten werden soll.

Zum 1.1.1985 trat desweiteren das Krankenhausfinanzierungs-Neuordnungsgesetz in Kraft. Nach diesem Gesetz wird die Mischfinanzierung im Krankenhausbereich aufgelöst, so daß künftig die öffentliche Förderung allein von den Ländern aufgebracht wird. Allerdings wird das duale Finanzierungssystem beibehalten, nachdem die Investitionen durch öffentliche Förderung, die laufenden Betriebs- und Behandlungskosten wie bisher von den Patienten bzw. dem Versicherungsträger über die Pflegesätze zu tragen sind. Damit behalten die Länder das Letztentscheidungsrecht bei der Krankenhausplanung und der Aufstellung der Investitionsprogramme. Die Pflegesätze sollen nach dem Vereinbarungsprinzip entsprechend der bisher geplanten Bundespflegesatzverordnung zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen ausgehandelt werden und von der zuständigen Landesbehörde genehmigt werden müssen. Für die Rechtmäßigkeit der Pflegesatzfestlegung wären damit die Länder letztlich verantwortlich. Ein marktwirtschaftliches Element, von welchem in der Zukunft Dämpfungseffekte erhofft werden, besteht darin, daß Krankenhäuser, die Gewinne erzielen, diese einbehalten und unter Umständen für Rationalisierungsinvestitionen weiterverwenden können. Andererseits werden Krankenhäusern unter bestimmten Bedingungen Kostenbestandteile, die nicht durch die im voraus kalkulierten Pflegesätze gedeckt sind, nicht mehr nachträglich erstattet, das heißt, das Krankenhaus muß den "Verlust" selbst tragen. Ob diese Maßnahmen in diesem Ausgabenbereich auf Dauer zu einem verträglichen Anstieg der Kosten führen wird, hängt jedoch in erster Linie von der Höhe der auszuhandelnden Pflegesätze ab.

Die institutionelle Leistungsstruktur des Gesundheitswesens

Die Finanzierungs- und Ausgabenströme laufen im Gesundheitswesen über eine Vielzahl von Institutionen bzw. Träger, die in eine Ausgabenanalyse einzubeziehen sind. Dies resultiert aus dem Umstand, daß Gesundheitsleistungen in ganz unterschiedlicher Form geleistet werden müssen. Um die Grundstruktur institutioneller Leistungserbringung transparent zu machen, sind die einzelnen Träger nach ihren spezifischen Aufgaben zu charakterisieren und ihr Gewicht zueinander sowie ihre Leistungsschwerpunkte aufzuzeigen. Eine fiskalische Einteilung der Ausgabenträger, wie sie im Gesundheitsbudget berücksichtigt sind, kann in folgender Weise vorgenommen werden:

Kollektive Systeme

- Beitragssysteme
 - . Gesetzliche Krankenversicherung
 - . Gesetzliche Rentenversicherung
 - . Unfallversicherung
 - . Arbeitgeber (unterstellte Beiträge¹³)

¹³ Unterstellte Beiträge stellen hier den Gegenwert von Gesundheitsleistungen dar, die die privaten und öffentlichen Arbeitgeber direkt an die Begünstigten zahlen. Beispiele hierfür sind: Lohnfortzahlung und Beihilfen.

- Steuerfinanzierte Systeme
 - . Öffentliche Haushalte

Individuale Systeme

- Beitragssystem
 - . Private Krankenversicherung
- Marktsystem
 - . Private Haushalte

Betrachtet man für das Jahr 1983 die Anteile der einzelnen Ausgabenträger am Gesamtbudget, so nimmt die gesetzliche Krankenversicherung mit 14,7 Mrd. DM oder einem Anteil von 45,4 % den breitesten Raum der hier erfaßten Gesundheitsausgaben ein. Dies mag erstaunlich sein, beschränken sich doch die meisten Analysen zur Ausgabenproblematik nur auf diesen Bereich. An zweiter Stelle folgen mit 5,6 Mrd. DM oder einem Budgetanteil von 17,3 % bereits die privaten und öffentlichen Arbeitgeber, noch vor den öffentlichen Haushalten mit 4,4 Mrd. DM oder einem Anteil von 13,6 %. Einen gleich großen Anteil leisten die privaten Haushalte mit ihren Direktzahlungen in Höhe von 2,5 Mrd. DM (7,6 %) und die gesetzliche Rentenversicherung mit 2,4 Mrd. DM (7,5 %). Die Direktzahlungen der privaten Haushalte enthalten dabei keine Beitragszahlungen, sondern nur rein private Nachfrage und Eigenbe-

Tabelle 6

Ausgaben für die Gesundheit nach Ausgabenträgern

Ausgabenträger	1970	1975	1980	1981	1982	1983
Mill. DM						
Öffentliche Haushalte	1 317	2 835	4 380	4 529	4 777	4 396
Gesetzliche Krankenversicherung	3 578	9 084	13 099	14 343	14 260	14 674
Rentenversicherung	818	1 547	1 980	2 182	2 400	2 435
Gesetzliche Unfallversicherung	432	736	1 007	1 088	1 196	1 208
Private Krankenversicherung	517	877	1 304	1 395	1 453	1 556
Arbeitgeber	2 367	3 767	5 852	5 853	5 367	5 578
Private Haushalte	866	1 407	1 947	2 091	2 274	2 459
Insgesamt	9 895	20 253	29 569	31 481	31 727	32 306
%						
Öffentliche Haushalte	13,3	14,0	14,8	14,4	15,0	13,6
Gesetzliche Krankenversicherung	36,2	44,9	44,3	45,6	44,9	45,4
Rentenversicherung	8,3	7,6	6,7	6,9	7,6	7,5
Gesetzliche Unfallversicherung	4,4	3,6	3,4	3,5	3,8	3,8
Private Krankenversicherung	5,2	4,3	4,4	4,4	4,6	4,8
Arbeitgeber	23,9	18,6	19,8	18,6	16,9	17,3
Private Haushalte	8,7	7,0	6,6	6,6	7,2	7,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

teiligungen. Schließlich sind noch die Ausgaben der privaten Krankenversicherung mit 1,6 Mrd. DM (4,8 %) und die der Unfallversicherung mit 1,2 Mrd. DM (3,8 %) zu erwähnen. Betrachtet man die Gewichte der Ausgabenträger zueinander im Zeitraum 1970 bis 1983, so lassen sich Verschiebungen erkennen (Tabelle 6), die jedoch praktisch bereits auf die Entwicklung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zurückgehen. Entscheidend dabei ist eine Anteilsverlagerung von den Arbeitgebern, die ihren Anteil von 23,9 % (1970) auf 17,3 % (1983) vermindert haben, während die gesetzliche Krankenversicherung ihren Anteil von 36,2 % (1970) auf 45,4 % (1983) stei-

gerte. Die anderen Ausgabenträger haben ihre Anteile gegenüber 1970 nur leicht vermindert oder sind in etwa konstant geblieben. Dies gilt im Prinzip auch für die öffentlichen Haushalte, bei denen allerdings größere Schwankungen in ihren Ausgabenanteilen festzustellen sind, was haushalts- und konjunkturbedingt ist.

Leistungsschwerpunkte der Ausgabenträger

Eine weitere Differenzierung der Betrachtungsweise läßt sich erreichen, wenn man die Leistungsschwerpunkte der einzelnen Ausgabenträger nach Leistungsarten untersucht (Tabelle 7). Da-

Tabelle 7

Ausgaben für die Gesundheit 1983 nach Leistungsarten und Ausgabenträgern

Leigungsart	Ausgabenträger	Ins- gesamt	Davon						Private Haushalte
			Öffent- liche Haus- halte	Gesetz- liche Kranken- ver- sicherung	Gesetz- liche Renten- ver- sicherung	Gesetz- liche Unfallver- sicherung	Private Kranken- ver- sicherung	Arbeit- geber	
		Mill. DM							
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen		1 870	1 055,5	437,0	35,1	74,6	0,4	267,3	—
Gesundheitsdienste		549	210,9	35,2	35,1	—	—	267,3	—
Gesundheitsvorsorge und Früherkennung		261	11,3	175,6	—	74,6	—	—	—
Betreuende Maßnahmen		1 060	833,3	226,2	—	—	0,4	—	—
Mutterschaftshilfe		244	17,4	226,2	—	—	0,4	—	—
Maßnahme zur Pflege		816	815,9	—	—	—	—	—	—
Behandlung		18 784	1 513,4	12 360,7	501,4	278,8	999,0	671,5	2 459,2
Ambulante Behandlung		5 262	164,8	3 661,4	0,1	94,2	296,3	199,9	844,9
Stationäre Behandlung		6 956	1 276,5	4 715,3	—	177,7	467,3	254,0	65,4
Stationäre Kurbehandlung		790	46,4	22,9	497,4	3,1	—	61,6	158,9
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz		5 776	25,7	3 961,1	3,9	3,8	235,4	156,0	1 390,0
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel		4 186	22,5	2 925,8	—	—	145,8	96,5	995,4
Zahnersatz		1 590	3,2	1 035,3	3,9	3,8	89,6	59,5	394,6
Krankheitsfolgeleistungen		9 803	1 417,7	1 151,7	1 840,8	564,1	190,0	4 638,6	—
Berufliche und soziale Rehabilitation		947	881,6	—	40,2	25,7	—	—	—
Berufliche Rehabilitation		875	809,4	—	40,2	25,7	—	—	—
Soziale Rehabilitation		72	72,2	—	—	—	—	—	—
Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bei Krankheit und Invalidität		8 817	535,2	1 131,8	1 783,7	537,3	190,0	4 638,6	—
Entgeltfortzahlung		4 244	—	—	—	—	—	4 244,0	—
Sonstige Einkommensleistungen im Krankheitsfall		1 654	75,4	1 131,8	112,6	97,9	190,0	45,7	—
Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten		2 919	459,8	—	1 671,1	439,4	—	348,9	—
Sonstige Krankheitsfolgeleistungen		39	0,9	19,9	16,9	1,1	—	—	—
Ausbildung und Forschung		409	408,8	—	—	—	—	—	—
Ausbildung von medizinischem Personal, medizinische Forschung an Hochschulen		253	252,8	—	—	—	—	—	—
Forschung außerhalb von Hochschulen		156	156,0	—	—	—	—	—	—
Verwaltung		1 440	—	724,3	58,0	290,9	366,6	—	—
Insgesamt		32 306	4 395,4	14 673,7	2 435,3	1 208,4	1 556,0	5 577,4	2 459,2

nach lassen sich bei den öffentlichen Haushalten Ausgabenschwerpunkte bei den vorbeugenden und betreuenden Maßnahmen (insbesondere der Gesundheitsdienste und der Pflegemaßnahmen), bei der stationären Behandlung, den Rehabilitationsleistungen, den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten sowie den Ausgaben für Ausbildung und Forschung nachweisen. Ein spezielles Problem stellen im Gesundheitsbereich die Pflegekosten dar, die im hier vorliegenden Erfassungsrahmen nur unvollständig dargestellt sind, da sie vor allem nur die Ausgaben im Rahmen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge enthalten. Trotzdem läßt sich erkennen, daß es sich hier um einen ausgabenkritischen Bereich handelt, der allein von den öffentlichen Haushalten getragen, im Zeitraum 1970 bis 1983 mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von ca. 13 % angewachsen ist, und der in den nächsten Jahren auf 1 Milliarde DM ansteigen wird. Die selbst zu den Gesundheitsausgaben überproportional anwachsenden Ausgabensteigerungen im Pflegebereich, die auf eine hohe Kostenintensität in diesem Sektor zurückzuführen sind, haben zu Überlegungen einer selbständigen und obligatorischen Pflegeversicherung geführt, die die Ausgaben im Rahmen der Sozialhilfe entlasten sollen.

Infolge der Tendenz zur Kleinfamilie und der damit einhergehenden Lockerung der Beziehungen zwischen den Generationen in den Familien einerseits und der Kostenintensität der außerhäuslichen Pflege andererseits, ist die Versorgung im Falle einer möglichen Pflegebedürftigkeit im Alter zu einem Problem geworden. Die Ab-

sicherung dieses Risikos erfordert nach allgemeiner Auffassung auf mittlere Sicht eine Lösung. Hierzu existieren gegenwärtig unterschiedliche Vorstellungen. Diese reichen von obligatorischen, kollektiven Systemen nach dem Sozialprinzip bis zur freiwilligen, individuellen Vorsorge nach dem Individualprinzip¹⁴. Da die verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten jeweils Vor- und Nachteile aufweisen, wäre durchaus an eine Lösung zu denken, die verschiedene Elemente des Kollektiv- und Individualsystems miteinander verbindet, wobei insbesondere Entscheidungsspielräume der Betroffenen erhalten bleiben sollen. Bezieht man bei der Einrichtung einer Pflegeversicherung die Erfahrungen mit der Ausgabenproblematik in der gesetzlichen Krankenversicherung ein, so kommt marktwirtschaftlichen Elementen eine besondere Bedeutung zu, um einem "Moral-Hazard-Verhalten" mit der möglichen Folge eines deutlichen Anstiegs von Pflegefällen vorzubeugen. Wenn z.B. bei einer stationären Pflege die reinen Unterbringungs- und Verpflegungskosten (sog. Hotelkosten) vom Einzelnen selbst übernommen werden und getrennt werden von den eigentlichen Pflegekosten, ergäbe sich unter Umständen ein Finanzierungsmodus, der dem "Moral-Hazard-Verhalten" entgegenwirken kann. Mit Blick auf die Sozialhilfeausgaben für Altenpflege sollte ergänzend festgestellt werden, daß exorbi-

14 Henke, H.-D.: Die Finanzierung altersbedingter Pflegekosten, in: Zusammenhänge zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Selbstverlag der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e.V., Wiesbaden, 1984, S. 381 ff.

Tabelle 8

Herkunft der Mittel 1982 nach Primärfinanzierern

Primärfinanzierer	Insgesamt	Davon Ausgabenträger			
		Öffentliche Haushalte	Versicherungen (Sekundärfinanzierer)	Öffentliche und private Arbeitgeber	Private Haushalte
		%			
Öffentliche Haushalte	21,2	15,0	6,2	—	—
Öffentliche und private Arbeitgeber	42,3	—	25,4	16,9	—
Private Haushalte	36,5	—	29,3	—	7,2
Insgesamt	100	15,0	60,9	16,9	7,2

tante Ausgabensteigerungen in der Sozialhilfe kein spezifisches Problem der Pflegekosten sind, sondern dort in vielen Bereichen auftreten, was mit dem sozioökonomischen Strukturwandel unserer Bevölkerung (Tendenz zur Kleinfamilie, Ehescheidungen, Arbeitslosigkeit, Ausländer- und Asylantenproblem) zusammenhängt.

Ein weiterer Ausgabenschwerpunkt bei den öffentlichen Haushalten stellt die stationäre Behandlung dar. Es handelt sich hier vor allem um Leistungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz und umfaßt Investitionsausgaben und -zuschüsse sowie nachträgliche Erstattungen bei durch Pflegesatzeinnahmen nicht gedeckten laufenden Betriebs- und Behandlungskosten. Im Bereich der Krankheitsfolgeleistungen sind die Rehabilitationsaufwendungen (vor allem Bundesanstalt für Arbeit sowie Sozialhilfe), aber auch Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, soweit sie nach dem Bundesversorgungsgesetz geleistet werden, zu nennen. Schließlich verbleiben noch die Ausgaben für Ausbildung und Forschung, die in ihrer Gesamtheit von den öffentlichen Haushalten erbracht werden und die vor allem die Hochschulkliniken enthalten.

Bei der gesetzlichen Krankenversicherung ergibt sich eine breite Leistungspalette, die sich von der Vorbeugung und Betreuung über die Behandlung zu den Krankheitsfolgen erstreckt (Tabelle 8). Schwerpunkte bei den vorbeugenden und betreuenden Maßnahmen liegen hier bei der Vorsorge und Früherkennung sowie der Mutterschaftshilfe. Die eindeutig höchsten Ausgabenblöcke, denen eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung des Gesamtbudgets zukommt, liegen im kurativen Bereich der ambulanten und stationären Behandlung, den Arzneimitteln, Heil- und Hilfsmitteln, sowie beim Zahnersatz. Es sind dies diejenigen Bereiche, deren Entwicklung über Konsolidierung oder weitere Expansion letztlich entscheiden. Bei den Krankheitsfolgen spielt allerdings auch das Krankengeld eine nicht unwesentliche Rolle sowie die Verwaltungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung.

Die gesetzliche Rentenversicherung weist nur zwei eindeutige Ausgabenschwer-

punkte auf: die stationäre Kurbehandlung und die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, die vor der Altersgrenze gezahlt werden. Diese beiden Leistungsarten umfassen 20,4 % bzw. 68,6 % der Gesamtausgaben von 2,44 Mrd. DM.

Die gesetzliche Unfallversicherung erbringt Ausgaben vor allem im ambulanten und stationären Bereich sowie bei den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten vor der Altersgrenze (Männer unter 65 Jahren, Frauen unter 60 Jahren). Neben der ambulanten Behandlung (7,8 %) und der stationären Behandlung (14,7 %) erreichen die Rentenleistungen 36,4 % der gesamten Gesundheitsausgaben dieses Trägers in Höhe von 1,2 Mrd. DM.

Die Leistungen der privaten Krankenversicherung erstrecken sich mit Ausnahme der Einkommensleistungen im Krankheitsfall (Krankengeld) auf den gesamten Bereich der Behandlung. Interessant gestaltet sich hier ein Strukturvergleich mit der gesetzlichen Krankenversicherung. So sind die Anteile an ambulanter Behandlung und Zahnersatz an den gesamten Behandlungskosten in beiden Versicherungen in etwa gleich hoch (ca. 30 % bei ambulanter Behandlung und 8 - 9 % beim Zahnersatz). Unterschiede ergeben sich im stationären Bereich, wo mit 47 % der Behandlungskosten der Anteil der privaten Versicherung deutlich höher liegt als bei der gesetzlichen Versicherung (38 %). Umgekehrt liegt der Sachverhalt bei den Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln, die bei den gesetzlich Versicherten nahezu 24 % der Behandlungskosten ausmachen, bei den privat Versicherten dagegen nur knapp 15 %. Dies läßt auf eine höhere Eigenbeteiligung bzw. auf beihilfeberechtigte Ausgaben der Privatversicherten bei den Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln schließen, so daß die gesamten Krankheitskosten nicht aus den Angaben der privaten Krankenversicherung allein hervorgehen. Zum anderen steht hinter den privaten und gesetzlich Versicherten auch eine unterschiedliche sozioökonomische Struktur und ein verschiedenes Spektrum an Krankheitsarten, was auch durch den hohen Anteil der stationären Behandlungsleistungen zum Ausdruck kommt.

Die Arbeitgeber als Ausgabenträger haben über die Leistungsarten betrachtet

eine beachtliche Spannweite ihrer Leistungen in Höhe von 5,6 Mrd. DM aufzuweisen. In der Vorbeugung (4,8 %) spiegeln sich die Ausgaben für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte wider, im Behandlungsbereich (12,0 %) schlagen sich vor allem die Beihilfen und Fürsorgeleistungen der öffentlichen Arbeitgeber nieder. Mit weitaus größtem Abstand gestalten sich jedoch die Aufwendungen für die Entgeltfortzahlung (76,1 %), die zur Sicherung des Lebensunterhalts bei Krankheit verausgabt werden.

Die Ausgaben der privaten Haushalte in Höhe von 2,5 Mrd. DM konzentrieren sich naturgemäß auf die Nachfrage nach Behandlungsleistungen, in denen erhebliche Teile von Selbstbeteiligungen enthalten sind. Dies ist insbesondere bei Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln (40,5 %), Zahnersatz (16,1 %) aber auch bei Kuren (6,5 %) und ambulanter Behandlung (34,4 %) der Fall.

Leistungszahler und Leistungsträger

Die vorstehend aufgeführten Ausgaben-träger erbringen nur in unmittelbarer Weise Finanzierungsleistungen im Gesundheitsbereich. Die Finanzierungs- und Ausgabenverflechtung soll aber auch Anhaltspunkte über die letztliche Herkunft der Finanzierungsmittel Auskunft geben. Hierzu werden die Ausgabenträger eingeteilt in:

Primärfinanzierer, welche die

- öffentlichen Haushalte
 - Arbeitgeber
 - privaten Haushalte
- umfassen, und die

Sekundärfinanzierer, zu welchen die

- gesetzliche Krankenversicherung
- gesetzliche Rentenversicherung
- gesetzliche Unfallversicherung
- private Krankenversicherung

gezählt werden.

Die Primärfinanzierer (nichtbeitragsgebundene Systeme, jedoch einschließlich Arbeitgeber) tragen mit ihren finan-

ziellen Leistungen zunächst die gesamten gesundheitsbezogenen Maßnahmen und Transferleistungen, wobei ein Anteil über die Leistungsträger der sekundären Finanzierung in Form von Sozialabgaben der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Beiträgen an die private Krankenversicherung und Zuschüssen der öffentlichen Haushalte läuft. Verteilt man die Gesamtausgaben des Budgets auf die Primärfinanzierer, so tragen 1983 nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes¹⁵ die Arbeitgeber (nunmehr einschließlich ihrer gesundheitsrelevanten Beitragsanteile zur Sozialversicherung) 42,3 % des Gesamtbudgets oder 13,7 Mrd. DM (Tabelle 8). Den zweiten Primärfinanzierer stellen mit 36,5 % Anteil oder 11,8 Mrd. DM die privaten Haushalte dar (nunmehr einschließlich ihrer Abgaben und Beiträge an die Versicherungen). Die öffentlichen Haushalte als dritter und letzter Primärfinanzierer stellen einen Anteil von 21,2 % oder 6,8 Mrd. DM, in denen nunmehr die gesundheitsrelevanten Zuschüsse an die Sozialversicherungen enthalten sind.

Aber auch die Verteilung der Ausgaben auf die Primärfinanzierer darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß letztlich allein die Bürger als Steuerzahler und als Verbraucher (nach Kostenüberwälzungen der Arbeitgeber auf die Preise) die gesamten Aufwendungen für das Gesundheitswesen erbringen müssen.

Sachleistungsprinzip dominiert im Gesundheitswesen

Der Nachweis der Gesundheitsleistungen nach Ausgabearten hat insbesondere eine ökonomische Dimension, da unterschiedliche Ausgabearten auch unterschiedliche wirtschaftliche Wirkungen entfalten. Auf der Verwendungsseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zählen die Sachleistungen und die laufenden Ausgaben und -zuschüsse zum Staatsverbrauch; die Investitionsausgaben und -zuschüsse zu staatlichen und privaten Investitionen. Auf der Umverteilungsseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erscheinen schließlich noch die Einkommensleistungen.

15 Müller, W.: Ausgaben für Gesundheit 1982, a.a.O., S. 795.

Tabelle 9

Ausgaben für Gesundheit 1983 nach Ausgabenträgern und Ausgabenarten

Ausgabenarten Ausgabenträger	Insgesamt	Davon			
		Sachleistungen	Einkommensleistungen	Laufende Ausgaben und Zuschüsse	Investitionsausgaben und -zuschüsse
		Mill. DM			
Öffentliche Haushalte	4 395,4	1 514,6	978,3	970,9	931,6
Gesetzliche Krankenversicherung	14 673,7	12 815,6	1 131,9	694,0	32,2
Gesetzliche Rentenversicherung	2 435,3	533,9	1 808,8	57,6	35,0
Gesetzliche Unfallversicherung	1 208,4	364,2	550,2	273,0	21,0
Private Krankenversicherung	1 556,0	1 003,7	190,0	332,5	29,8
Arbeitgeber	5 577,4	938,8	4 638,6	—	—
Private Haushalte	2 459,2	2 459,2	—	—	—
Insgesamt	32 305,4	19 630,0	9 297,8	2 328,0	1 049,6

Die mit Abstand wichtigste Ausgabenart stellen die Sachleistungen mit 19,6 Mrd. DM oder einem Anteil am Gesamtbudget von 60,8 % dar. Sie werden zu über 65 % von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen (Tabelle 9) und stellen Realtransfers dar, die überwiegend für Leistungen der Behandlung sowie der Vorbeugung und Betreuung gezahlt werden. Nach den Sachleistungen folgen die Einkommensleistungen mit 9,3 Mrd. DM oder einem Budgetanteil von 28,8 %. Sie werden zu 50 % von den Arbeitgebern erbracht und enthalten insbesondere die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall.

Daneben sind auch die gesetzliche Krankenversicherung und Rentenversicherung sowie die öffentlichen Haushalte beteiligt, die Krankengeld und Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten leisten. Die laufenden Ausgaben und -zuschüsse in Höhe von 2,3 Mrd. DM oder 7,2 % Budgetanteil stellen, soweit sie bei den Versicherungen anfallen, Personalkosten für Verwaltung dar. Im Falle der öffentlichen Haushalte handelt es sich um Sach- und Personalkostenzuschüsse im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Krankenhausfinanzierung oder der Ausbildung und Forschung.

Tabelle 10

Ausgaben für die Gesundheit nach Ausgabenarten

Ausgabeart	1970	1975	1980	1981	1982	1983
	Mill. DM					
Sachleistungen	5 106	11 999	16 983	18 634	18 905	19 630
Einkommensleistungen	3 672	5 840	9 136	9 338	9 049	9 298
Laufende Ausgaben und Zuschüsse	723	1 589	2 216	2 448	2 490	2 328
Investitionsausgaben und Zuschüsse	394	825	1 234	1 061	1 283	1 050
Insgesamt	9 895	20 253	29 569	31 481	31 727	32 306
	%					
Sachleistungen	51,6	59,2	57,4	59,2	59,6	60,8
Einkommensleistungen	37,1	28,8	30,9	29,7	28,5	28,8
Laufende Ausgaben und Zuschüsse	7,3	7,9	7,5	7,8	7,8	7,2
Investitionsausgaben und Zuschüsse	4,0	4,1	4,2	3,3	4,1	3,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Schließlich verbleiben noch die Investitionsausgaben und -zuschüsse, deren Verteilung nach Träger und Leistungsart sich in gleicher Weise vollzieht wie die der laufenden Ausgaben und -zuschüsse (Tabelle 9). In zeitlicher Entwicklung vollzog sich, korrespondierend mit der Anteilsverschiebung der Ausgabenträger hin zur gesetzlichen Krankenversicherung, eine Verlagerung der Budgetanteile zu den Sachleistungen (Tabelle 10). Betrug ihr Aufkommen am Gesamtbudget 1970 noch 51,6 %, so stieg ihr Anteil im Jahre 1983 auf 60,8 % an. Entsprechend fiel der Anteil der Einkommensleistungen, analog dem Budgetanteil der Arbeitgeber in der Sicht der Ausgabenträger, von 37,1 % (1970) auf 28,8 % (1983). Die Anteilsstrukturen der laufenden Ausgaben und -zuschüsse, sowie der Investitionsausgaben und -zuschüsse sind, von geringen Schwankungen abgesehen, relativ konstant geblieben.

Entwicklung der Nominalausgaben entscheidend von Preisniveausteigerungen beeinflusst

Als ein wichtiger Bestimmungsgrund der Ausgabenentwicklung wurde bereits die Preisentwicklung im Gesundheitswesen erwähnt. Um diesen Faktor abschätzen zu können, wurde eine Preisbereinigung der Leistungen des Gesundheitsbudgets vorgenommen. Es muß aber beachtet werden, daß gerade bei Leistungen im Gesundheitswesen neben quantitativen Komponenten auch qualitative Aspekte eine Rolle spielen, die sich im Preis niederschlagen. Die bei der Preisbereinigung verwendeten Deflatoren beziehen sich dabei auf den Warenkorb von 1980. Sie stellen in der Regel spezielle Unterindizes des Preisindex für die Lebenshaltung dar und beziehen sich auf Arzt- und Krankenhauskosten sowie auf Verbrauchs- und Gebrauchsgüter der Gesundheitspflege. Daneben werden auch

Tabelle 11

Modellmäßige Entwicklung der Preis- und Mengenkomponte nach ausgewählten Leistungsarten des Gesundheitsbudgets ¹⁾

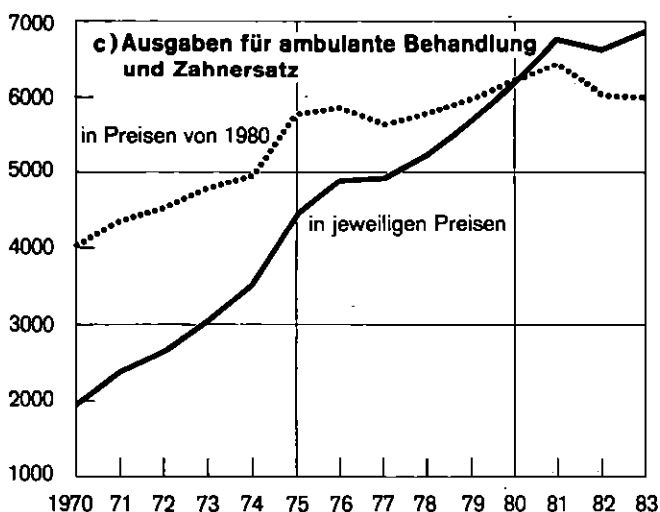
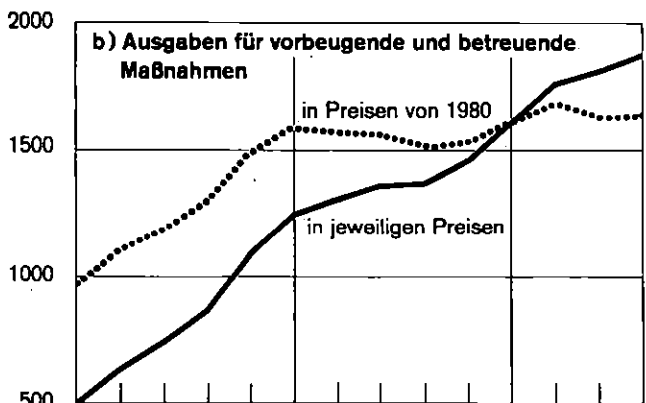
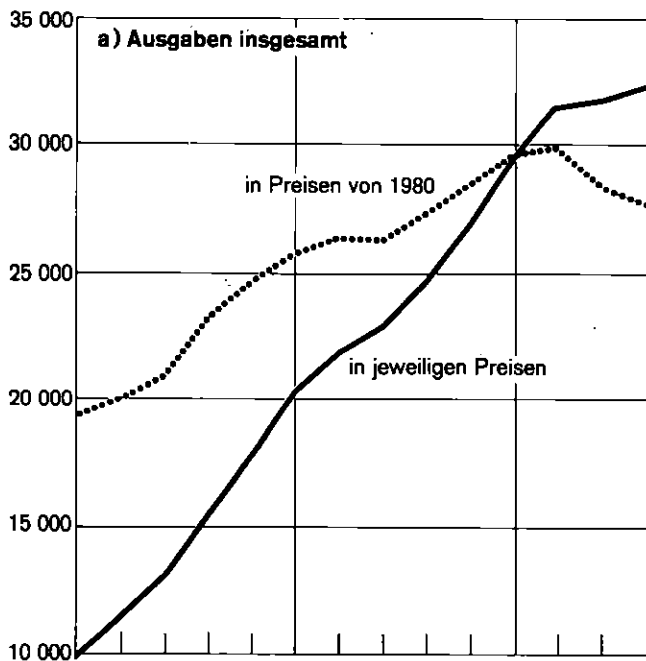
Leistungsart	1975	1980	1983
	%		
Gesundheitsbudget insgesamt			
Preiskomponte	60	61	72
Mengenkomponte	40	39	28
darunter:			
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen			
Preiskomponte	45	58	63
Mengenkomponte	55	42	37
Ambulante Behandlung einschließlich Zahnersatz			
Preiskomponte	57	66	73
Mengenkomponte	43	34	27
Stationäre Behandlung einschließlich Kurzbehandlung			
Preiskomponte	80	84	91
Mengenkomponte	20	16	9
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel			
Preiskomponte	26	28	44
Mengenkomponte	74	72	56
Krankheitsfolgeleistungen			
Preiskomponte	60	53	69
Mengenkomponte	40	47	31

1) Die Preis- bzw. Mengenkomponte ist definiert als der Anteil der Preissteigerungen bzw. Mengenausweitungen an der nominalen Ausgabenveränderung gegenüber 1970, wobei die gemeinsame Preis-Mengen-Komponte proportional aufgeteilt wurde.

Schaubild 3

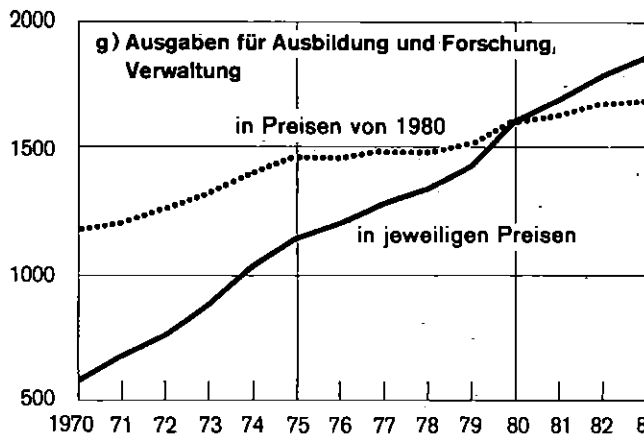
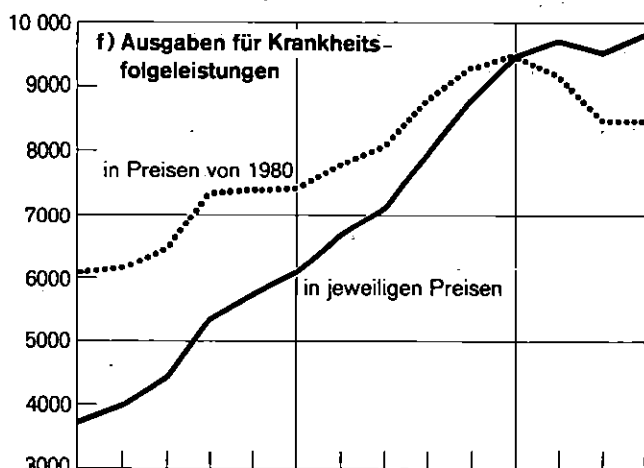
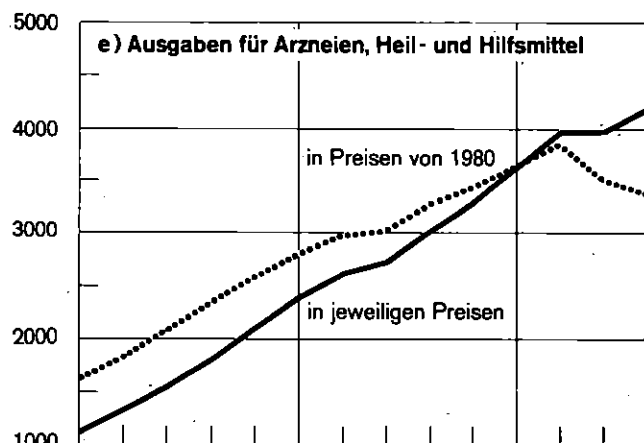
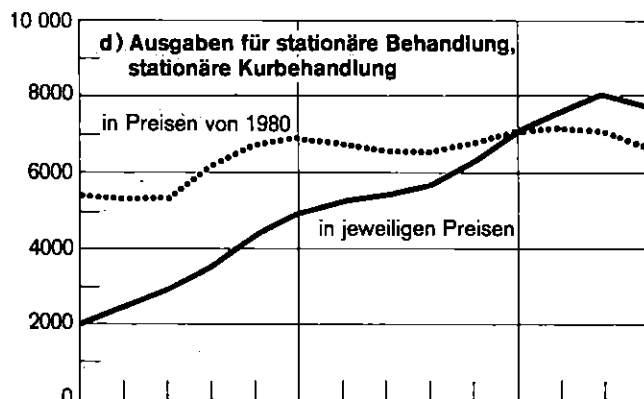
Entwicklung der nominalen und preisbereinigten Ausgaben für die Gesundheit nach Leistungsbereichen

Mill. DM



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Mill. DM



189 85

Lohn- und Gehaltsindizes, sowie Deflatoren für Bauinvestitionen und Einrichtungen berücksichtigt. Geht man für die Gesamtausgaben vom Basisjahr 1970 aus, so erreichen die preisbereinigten Ausgaben 1983 eine Höhe von 14,6 Mrd. DM gegenüber 9,9 Mrd. DM im Jahr 1970 (+ 47,5 %).

Als Ergebnis der Deflationierung des Budgets nach Leistungsarten und Ausgabenarten ist es weiterhin möglich, Größenordnungen abzuleiten, die den Zuwachs bei den Gesundheitsleistungen näherungsweise in eine Mengen- und in eine Preiskomponente aufspalten. Von 1970 bis 1983 ergab sich danach schätzungsweise ein Mengeneffekt in Höhe von 6 Mrd. DM, dem eine preisbedingte Aufblähung des Budgets von rund 16 Mrd. DM gegenüberstand. Bei dieser modellmäßigen Zerlegung wurde der bei solchen Berechnungen auftretende gemeinsame Preis-Mengen-Effekt beiden Komponenten proportional zugeschlagen. Auf Preisniveausteigerungen entfielen demnach rund 70 % der nominalen Ausgabensteigerung (Tabelle 11), nur um knapp 30 % erhöhte sich dagegen die erbrachte volumenmäßige Leistung in Form von Gütern und Dienstleistungen. Die Entwicklung des Anteils der Preis- bzw. Mengenkompente vollzog sich seit 1970 nicht in einer einheitlichen Tendenz. Vielmehr war in der ersten Hälfte der siebziger Jahre eine höhere Mengenkompente - allerdings bereits mit rückläufiger Tendenz - zu beobachten, die jedoch seit dem Jahre 1980 deutlich nach unten abfiel. Dies läßt den Schluß zu, daß die Bemühungen um Kostendämpfung ab Mitte der siebziger Jahre in erster Linie auf Kosten der "realen" Nachfrage nach Gesundheitsleistungen gingen, während auf der Seite des Angebots von Gesundheitsleistungen der volumenmäßige Rückgang an Leistungen mit entsprechend höheren Preisen ausgeglichen wurde (Schaubild 3).

Obwohl für alle Leistungsarten ein einheitlicher Trend zu einer höheren Preiskompente unverkennbar ist, so ergeben sich im Niveau doch recht erhebliche Unterschiede (Tabelle 11). Die höchste Mengenkompente am Ausgabenzuwachs gegenüber 1970 weist 1983 mit einem Anteil von deutlich mehr als der Hälfte der Bereich Arzneien, Heil- und Hilfsmittel

auf. Noch 1980 hatte dieser Anteil allerdings bei rund 70 % gelegen. Der Preisanstieg war somit hier überdurchschnittlich stark. Im Vergleich zum Gesamtbudget ist die Mengenkompente auch bei den vorbeugenden und betreuenden Maßnahmen überdurchschnittlich hoch, wie auch bei den Krankheitsfolgekosten. Hier allerdings hat die Preiskompente in den achtziger Jahren besonders stark zugenommen. Im Durchschnitt der Entwicklung liegt die ambulante Behandlung, während die stationäre Behandlung eine ausgesprochen niedrige Mengenausweitung im Verhältnis zur Preisentwicklung zeigt.

Einflußfaktoren der Mengenausweitung im ambulanten und stationären Bereich

Bei der Beurteilung der Mengenausweitung ist zu berücksichtigen, daß diese nicht mit Veränderungen des Leistungsniveaus pro Behandlungsfall gleichgesetzt werden kann. Weitergehende Strukturuntersuchungen zur volumenmäßigen Ausgabenentwicklung im ambulanten und stationären Bereich weisen vielmehr eine Anzahl weiterer Faktoren aus, mit deren Hilfe sich die Mengenentwicklung zumindest für wichtige Teilbereiche differenzierter betrachten läßt.

Mit Hilfe eines "magischen Erklärungsquadrats" lassen sich mehrere Einflüsse auf die ärztliche Honorarentwicklung isolieren (Tabelle 12)¹⁶. Obwohl sich die Daten der folgenden Untersuchung auf fünf Kassenarten in ausgewählten Regionen der Bundesrepublik Deutschland (darunter Südbaden) beschränken, können sie als weitgehend repräsentativ für das Bundesgebiet und das Land Baden-Württemberg angesehen werden. Die Zahlen geben Veränderungsraten im Zeitraum von 1983 zu 1980 wieder.

Zu spezifischen Aussagen gelangt man über das zeitliche Zusammenspiel folgender Einflußfaktoren:

16 Berg, H.; Eberle, G.; Paffrath, D.: Ärztliche Honorarentwicklung 1980 - 1983 - Ein magisches Erklärungsquadrat -, in: Sozialer Fortschritt, Heft 11, 33. Jg., 1984, S. 245 ff.

Tabelle 12

Veränderungen ausgewählter Orientierungsdaten zur ambulanten ärztlichen Behandlung von 1980 bis 1983 auf der Datenbasis der Frühinformation zur Fallzahlenentwicklung¹⁾

Nenner Zähler	Beziehungsgrößen der Honorarentwicklung						
	Honorarvolumen ²⁾	Punktzahl	Fallzahl	Originalscheine	Anspruchsberechtigte	Mitglied	Arzt
%							
Honorarvolumen ²⁾	+ 12,7	+ 3,1	+ 15,1	+ 17,8	+ 15,5	+ 14,4	+ 5,9
Punktzahl	- 3,0	+ 9,3	+ 11,6	+ 14,2	+ 12,0	+ 11,0	+ 2,7
Fallzahl	- 13,1	- 10,4	- 2,1	+ 2,3	+ 0,3	- 0,6	- 8,0
Originalscheine	- 15,1	- 12,4	- 2,2	- 4,3	- 1,9	- 2,8	- 10,1
Anspruchsberechtigte	- 13,4	- 10,7	- 0,3	+ 2,0	- 2,4	- 0,9	- 8,3
Mitglied	- 12,6	- 9,9	+ 0,6	+ 2,9	+ 0,9	- 1,5	- 7,4
Arzt	- 5,6	- 2,7	+ 8,7	+ 11,2	+ 9,0	+ 8,0	+ 6,4

1) Dieses gemeinsame Projekt des ZI und des WIdO enthält Daten der Orts-, Betriebs-, Innungs-, Landwirtschaftlichen Krankenkassen und der Bundesknappschaft aus den KV-Bereichen Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen-Lippe, Südbaden und Niedersachsen. – 2) Die Veränderungen des Honorarvolumens (Ausgaben für Behandlung durch Ärzte) bezieht sich auf die in ¹⁾ genannten Kassenarten, jedoch auf das gesamte Bundesgebiet, da diese Daten nicht im Rahmen der Frühinformationen erfaßt werden.
Quelle: Berg, H., Eberle, G., Paffrath, D.: Ärztliche Honorarentwicklung 1980 – 1983, in: Sozialer Fortschritt, 33. Jg., Heft 11, Bonn 1984.

- Honorarvolumen
- Punktzahlen
- Fallzahlen
- Zahl der Originalscheine
- Zahl der Anspruchsberechtigten
- Zahl der Mitglieder
- Zahl der niedergelassenen Ärzte.

Die quadratische Anordnung dieser Faktoren, wie sie in Tabelle 12 wiedergegeben ist, enthält in der Diagonalen des Quadrats die Veränderungsraten der Faktoren selbst, in den Feldern oberhalb und unterhalb der Diagonalen befinden sich die Veränderungsraten der jeweiligen Beziehungszahl, die sich aus den entsprechenden Faktoren zusammensetzt. Dabei sind die 21 Werte im linken Drei-

eck des Quadrats, die reziproken Werte der entsprechenden im rechten oberen Dreieck.

Will man das Erklärungsquadrat zur Herleitung verschiedener Einflußkomponenten heranziehen, so lassen sich einmal aus den Veränderungsraten der Diagonalen die Veränderungsraten in den Feldern ableiten. So ergibt sich zum Beispiel die Veränderungsrate des Honorarvolumens pro Fall (+ 15,1 %) aus der Veränderungsrate des Honorarvolumens (+ 12,7 %) und der Veränderungsrate der Fallzahlen (- 2,1 %)¹⁷. In gleicher Weise

17 Zur Berechnungsmethode:
Honorarvolumen pro Fall: 15,1 = $\left(\frac{1,127}{0,979} \cdot 100 \right) - 100$

lassen sich für alle Veränderungsraten der Beziehungsgrößen ober- und unterhalb der Diagonalen, Relationen aus den diagonalen Veränderungsraten errechnen. Insgesamt ergeben sich so 42 Kombinationen, die sich aus je zwei Diagonalwerten ableiten lassen. Als ein weiteres Beispiel sei hier die Beziehung: Fallzahlen je Originalscheine angeführt, die Angaben über die Veränderungen der Zahl der Überweisungen machen. Die Zunahme der Überweisungen (+ 2,3 %) ergibt sich aus einer Abnahme der Originalscheine (- 4,3 %), die größer ist als die Abnahme der Fallzahlen (- 2,1 %).

Komplexere Zusammenhänge lassen sich aufzeigen, wenn man simultane Verknüpfungen von Beziehungszahlen ins Auge faßt. Damit läßt sich eine Darstellung aller interessierenden Zusammenhänge erreichen. Hierzu wird folgende Gesetzmäßigkeit ausgenutzt: bildet man im Erklärungsquadrat beliebige "Erklärungsrechtecke", deren linke untere Ecke ein Element der Diagonalen ist, so läßt sich der gegenüberliegende Wert ausdrücken durch die beiden Eckwerte der Veränderungsraten links oben und rechts unten des Rechtecks. Nach diesem Verfahren läßt sich die Veränderungsrate: Punktzahl je Mitglied (+ 11 %) ausdrücken durch Punktzahl je Fall (+ 11,6 %) und Fallzahl je Mitglied (- 0,6 %), oder in anderer Schreibweise:

$$\frac{\text{Punktzahl}}{\text{Mitglied}} = \frac{\text{Punktzahl}}{\text{Fallzahl}} \cdot \frac{\text{Fallzahl}}{\text{Mitglied.}}$$

In analoger Weise läßt sich das Honorarvolumen je Arzt durch eine ganze Kette von Verknüpfungen beschreiben:

$$\begin{array}{l} \text{Honorarvolumen je} \\ \text{Punkt:} \quad + 3,1 \% (1,031) \\ \quad \quad \quad \times \\ \text{Punkt je Fall:} \quad + 11,6 \% (1,116) \\ \quad \quad \quad \times \\ \text{Fälle je} \\ \text{Originalschein:} \quad + 2,3 \% (1,023) \\ \quad \quad \quad \times \\ \text{Originalschein} \\ \text{je Anspruchs-} \\ \text{berechtigten:} \quad - 1,9 \% (0,981) \\ \quad \quad \quad \times \end{array} \quad \left. \vphantom{\begin{array}{l} \text{Honorarvolumen je} \\ \text{Punkt:} \\ \text{Punkt je Fall:} \\ \text{Fälle je} \\ \text{Originalschein:} \\ \text{Originalschein} \\ \text{je Anspruchs-} \\ \text{berechtigten:} \end{array}} \right] + 17,7 \%$$

$$\begin{array}{l} \text{Anspruchs-} \\ \text{berechtigten} \\ \text{je Mitglied:} \quad - 0,9 \% (0,991) \\ \quad \quad \quad \times \\ \text{Mitglied} \\ \text{je Arzt:} \quad - 7,4 \% (0,926) \\ \quad \quad \quad \times \\ \text{Honorarvolumen} \\ \text{je Arzt:} \quad 5,9 \% (1,059) \end{array} \quad \left. \vphantom{\begin{array}{l} \text{Anspruchs-} \\ \text{berechtigten} \\ \text{je Mitglied:} \\ \text{Mitglied} \\ \text{je Arzt:} \\ \text{Honorarvolumen} \\ \text{je Arzt:} \end{array}} \right] - 10,0 \%$$

Es lassen sich somit wichtige Einflüsse isolieren, die auf die Entwicklung des Honorarvolumens je Arzt in expansiver oder dämpfender Tendenz einwirken.

Die entscheidenden Gesichtspunkte der Entwicklung der ärztlichen Honorarvolumen in den Jahren zwischen 1980 und 1983 lassen sich anhand des Erklärungsquadrats auf folgende wesentliche Faktoren zurückführen:

- Ausweitung des Leistungsvolumens

Hier zeigt sich ein deutlicher Anstieg der abgerechneten Punktzahl (+ 9,3 %), der Punktzahl je Fall (+ 11,6 %) sowie der Punktzahl je Originalschein (+ 14,2 %). Dies bedeutet eine beachtliche Ausweitung des Leistungsvolumens, wenn man bedenkt, daß damit je Mitglied 11 % mehr Punktzahlen und je Anspruchsberechtigter (Mitglieder und mitversicherte Familienangehörige) 12 % mehr Punktzahlen abgerechnet wurden.

- Rückläufige Primärinanspruchnahme

Die Zahl der abgerechneten Originalscheine je Mitglied hat sich von 1980 bis 1983 um 2,8 % verringert, obwohl die Mitglieder nur um 1,5 % abgenommen haben. Damit ergeben sich für die Mitglieder 1983 weniger Primärkontakte (Krankenscheine) als 1980. Bei den Anspruchsberechtigten betrug der Rückgang der Originalscheine je Anspruchsberechtigter 1,9 % bei einem Rückgang der Anspruchsberechtigten von 2,4 %. Der Rückgang der Originalscheine je Anspruchsberechtigter verläuft also unterproportional zur Abnahme der Anspruchsberechtigten selbst. Dies bedeutet, daß der Rückgang der Primärkontakte der Mitglieder die Zunahme der Primärkontakte der anspruchsberechtigten Familienangehörigen überkompensiert hat.

- Zunahme der Überweisungen

Nach dem magischen Erklärungsquadrat nahmen die Primärkontakte um 4,3 % ab, die Fallzahlen jedoch nur um 2,1 %. Damit stiegen die Fallzahlen pro Originalschein (= Überweisungen) um 2,3 % und stehen so in gegenläufiger Tendenz zur rückläufigen Primäranspruchnahme. Gingen die Primärkontakte pro Arzt um 10,1 % zurück, so verminderte sich dieser dämpfende Effekt bei den Fallzahlen je Arzt auf 8 %. Dieses Beispiel macht deutlich die Vielschichtigkeit der vorhandenen Tendenzen sichtbar.

- Wachsende Arztdichte

In Verbindung mit der Zunahme der Überweisungen dürfte die wachsende Arztdichte stehen. Die Zahl der Ärzte hat von 1980 bis 1983 um 6,4 % zugenommen, obwohl im gleichen Zeitraum die Zahl der Mitglieder um 1,5 % und die Zahl der Anspruchsberechtigten um 2,4 % zurückgegangen ist. Aus marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten sind hier zumindest Bedenken angebracht, geht doch eine rückläufige Nachfrage (sieht man von Überweisungen ab) mit einem zunehmenden Angebot einher.

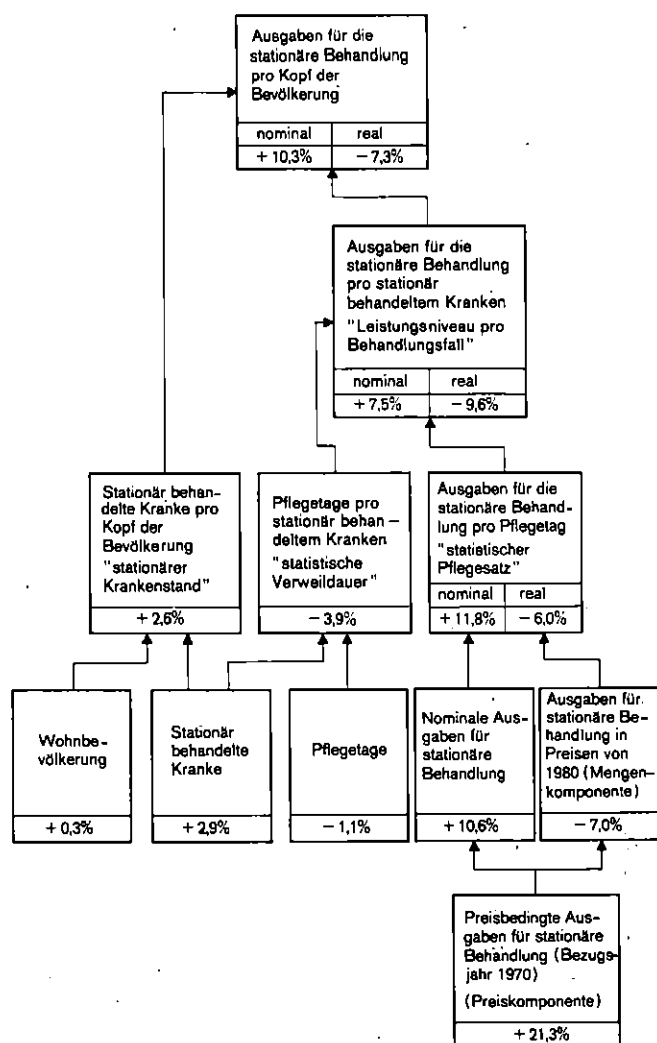
Zusammenfassend läßt sich für den ambulanten Bereich feststellen, daß den Dämpfungsfaktoren: Rückgang der Mitglieder und der Primäranspruchnahme, überkompensierende Expansionseffekte durch Zunahme von Überweisungen und Ausweitung des Leistungsniveaus pro Fall gegenüberstehen, die ihrerseits durch eine steigende Ärztedichte beeinflußt werden.

Ein ähnlicher Ansatz wie für den ambulanten Bereich läßt sich auch für den stationären Sektor aufstellen¹⁸. Dabei werden Zahlen für die Ausgaben der stationären Behandlung nach dem Gesundheitsbudget sowohl nominal als auch preisbereinigt verwendet. Schlüsselt man

Schaubild 4

Gesundheitspolitisches „Schachbrett“ im stationären Bereich

-Veränderungsraten 1983 zu 1980-



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

195 85

die Ausgaben für stationäre Behandlung je Einwohner in einer geeigneten Weise auf (Schaubild 4), so erhält man als Einflußgrößen dieses Leistungsindikators:

- Stationärer Krankenstand
- Leistungsniveau pro Behandlungsfall
- statistische Verweildauer
- statistischer Pflegesatz.

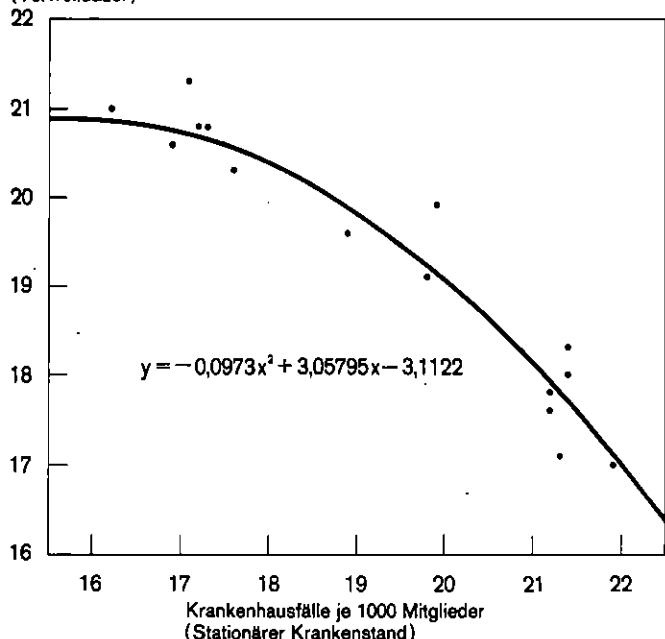
Betrachtet man die Entwicklung des Indikators stationäre Behandlungsausgaben je Einwohner sowie dessen Bestimmungsfaktoren, so zeigen sich parallele und gegenläufige Tendenzen der einzelnen Komponenten. Während der Jahre 1980 bis

18 Vgl.: Statistisch-prognostischer Jahresbericht 1980/81, hrsg. v.d. Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt: Ausgabenentwicklung ..., a.a.O., S. 92 ff.

Schaubild 5

Zusammenhang zwischen Verweildauer und stationärem Krankenstand von 1970 bis 1984

Krankenhaustage je Fall
(Verweildauer)



172 85

1983 sank der preisbereinigte "statistische Pflegesatz" (stationäre Behandlungsausgaben pro Pflegetag) um 6 %, die "statistische Verweildauer" (Pflegetage pro stationär behandeltem Kranken) fiel im gleichen Zeitraum ebenfalls um 3,9 %, was zu einem preisbereinigten Rückgang des Leistungsniveaus pro Behandlungsfall (stationäre Behandlungsausgaben pro stationär behandelter Kranker) in Höhe von 9,6 % führte. Hierin drückt sich - insbesondere ausgehend vom "statistischen Pflegesatz" - ein Dämpfungseffekt im Leistungsvolumen aus, ein Ergebnis, das allerdings nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß dies ausschließlich auf den preisbereinigten Rückgang der Ausgaben im Jahre 1983 zurückzuführen ist. In sämtlichen Vorjahren ergibt sich nämlich eine reale Ausgabensteigerung und damit ein real wachsender "statistischer Pflegesatz"¹⁹. "Statistische Verweildauer" und "statistischer Pflegesatz" verhalten sich also durchaus im Trend gegenläufig, wobei von der Verweildauer ausgangendämpf-

fende und dem Pflegesatz expandierende Effekte ausgehen. Bei der sinkenden Verweildauer dürften sich dabei Wirkungen des technologischen Fortschritts im Diagnose- und Therapiebereich, ein verändertes Krankheitspanorama und eine zunehmend strengere Abgrenzung der Pflege vom Krankheitsbegriff, niederschlagen.

Ausgabensteigernd im Verhältnis zur "statistischen Verweildauer" verhält sich auch der stationäre Krankenstand, da aufgrund der Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung immer mehr ältere Menschen stationäre Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. Die Zahlen der Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung zeigen den in den siebziger und achtziger Jahren erkennbaren Zusammenhang zwischen Verweildauer und stationärem Krankenstand (Schaubild 5). Schließlich läßt sich anhand des "gesundheitspolitischen Schachbretts" neben der preisbereinigten auch die nominale Ausgangensituation betrachten. Hier zeigen sich gegenläufige Effekte von "statistischem Pflegesatz" und Verweildauer - auch im Zeitraum 1980 bis 1983 - einerseits und Verweildauer und stationärem Krankenstand andererseits.

Die Gesundheitsausgaben im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - die Gesundheitsquote

Die Leistungsentwicklung im Gesundheitsbereich soll nun in Relation zum gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnis in Beziehung gesetzt werden. Damit lassen sich strukturelle Veränderungen wie das Ausmaß gesundheitsökonomischer Tätigkeit an der gesamtwirtschaftlichen Aktivität beschreiben. Der Aussagewert solcher "Staatsquoten" im Gesundheitswesen hat einen versorgungsspezifischen, ressourcenorientierten, umverteilungsrelevanten und nicht zuletzt einen ordnungspolitischen Aspekt. Dabei darf allerdings die Aussagefähigkeit und die Schlußfolgerung solcher Beziehungsgrößen nicht überschätzt werden²⁰. Setzt man die Gesundheitsausgaben zum Brut-

19 Vgl. Schaubild 3

20 Vgl. Henke, K.-D.; Adam, H.: Die Finanzlage der sozialen Krankenversicherung 1960 - 1978 - Eine gesamtwirtschaftliche Analyse - Wissenschaftliche Reihe - Band 24, Deutscher Ärzte-Verlag, Köln-Löwenich, 1983, S. 18 ff.

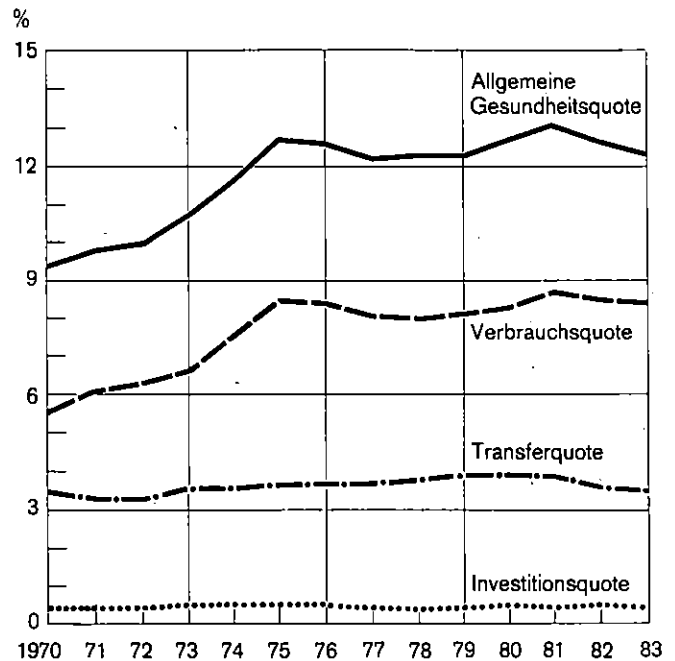
toinlandsprodukt in Bezug, so ist zu prüfen, welche Leistungen zu den "produktionswirksamen Gesundheitsleistungen" gezählt werden können, da nur durch diese eine "echte Quote" gebildet werden kann²¹. Dies trifft auf die Sachleistungen sowie die laufenden Ausgaben und -zuschüsse, die Staatsverbrauch darstellen, zu, aber auch auf die Investitionsausgaben und -zuschüsse. Bezieht man diese Teile der Gesundheitsausgaben auf das Bruttoinlandsprodukt, so kommt man zur sog. reinen Gesundheitsquote. Lediglich die Einkommensleistungen des Budgets, die zum Umteilungsvolumen gehören, stellen keinen echten Teil des Bruttoinlandsprodukts dar. Trotzdem ist es aufschlußreich, auch die monetäre Umverteilung im Gesundheitswesen am Bruttoinlandsprodukt zu messen. Bezieht man sie daher in den Zähler der Quote ein, so erhält man eine "unechte Quote", die in der hier verwendeten Terminologie die allgemeine Gesundheitsquote genannt wird. Sie gibt nicht nur an, wieviel Prozent vom Bruttoinlandsprodukt durch das Gesundheitswesen ressourcenmäßig in Anspruch genommen werden, sondern darüber hinaus im Rahmen der monetären Umverteilung umgeschichtet werden.

Betrachtet man die allgemeine Gesundheitsquote, so ist zu sehen, daß 1983 über 12 % oder jede achte DM des erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts über das Gesundheitswesen in irgendeiner Form geflossen sind. Im Jahre 1970 betrug die Quote noch 9,4 %; danach stieg sie bis zum Jahre 1981 auf ihren Höchststand von 13,1 % an. Sie ist in ihrem Verlauf außer von der Höhe der Gesundheitsausgaben auch von der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts abhängig (Tabelle 13).

Die allgemeine Gesundheitsquote setzt sich, nach Ausgabenarten betrachtet, aus drei Teilquoten zusammen: der Transferquote, deren Höhe 1983 bei 3,5 % lag, der Verbrauchsquote mit 8,4 % und der Investitionsquote mit 0,4 %. Es zeigt sich auch hier, daß der Verbrauch im Gesundheitswesen, hinter dem vor

Schaubild 6

Entwicklung der Gesundheitsquoten



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

171 85

allem die Sachleistungen stehen, die entscheidende Rolle spielt. Von ihm ging in der Vergangenheit auch der Anstieg der allgemeinen Quote aus, während Transferquote und Investitionsquote relativ konstant verliefen (Schaubild 6).

Klammert man von den Gesundheitsausgaben des Budgets die Einkommensleistungen aus, so ergibt sich die reine Gesundheitsquote. Da sie nur die Konsum- und Investitionsausgaben im Gesundheitswesen umfaßt, stellt sie den für die Gesundheit in Anspruch genommenen Anteil am Bruttoinlandsprodukt dar. Diese Quote, die von 5,9 % (1970) auf 8,7 % (1983) anstieg, kann also als Indikator für die Produktion gesundheitsrelevanter Güter und Dienstleistungen aufgefaßt werden.

Gesundheitsquoten lassen sich auch in der Gliederung nach Leistungsarten bilden. Damit läßt sich abschätzen, wie hoch sich die Leistungsbereiche im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Leistungsindikator verhalten (Tabelle 13). Erwartungsgemäß nimmt 1983 der Bereich Behandlung mit 7,1 % (4,8 % im Jahre 1970) den größten Raum ein. Bemerkenswert ist immerhin, daß der Bereich

21 Vgl. Linder, P.: Die Entwicklung staatswirtschaftlicher Quoten; in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7, 1980, S. 232 ff.

Tabelle 13

Ökonomische Leistungsindikatoren (Gesundheitsquoten) nach Ausgaben- und Leistungsarten

Indikatoren	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
	%													
Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen														
Ausgabenart														
Allgemeine Gesundheitsquote ¹⁾	9,4	9,8	10,0	10,7	11,6	12,7	12,6	12,2	12,3	12,3	12,7	13,1	12,6	12,3
Reine Gesundheitsquote ²⁾	5,9	6,4	6,7	7,1	8,0	9,0	8,9	8,5	8,4	8,4	8,8	9,2	9,0	8,7
Laufende Ausgabenquote der Gesundheit ³⁾	9,0	9,4	9,6	10,2	11,1	12,2	12,1	11,8	11,9	12,0	12,2	12,6	12,1	11,9
Transferquote der Gesundheit ⁴⁾	3,5	3,3	3,3	3,6	3,6	3,7	3,7	3,7	3,8	3,9	3,9	3,9	3,6	3,5
Verbrauchsquote der Gesundheit ⁵⁾	5,5	6,1	6,3	6,6	7,5	8,5	8,4	8,1	8,0	8,1	8,3	8,7	8,5	8,4
Investitionsquote der Gesundheit ⁶⁾	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,5	0,4
Leistungsart														
Gesundheitsbudget insgesamt	9,4	9,8	10,0	10,7	11,6	12,7	12,6	12,2	12,3	12,3	12,7	13,1	12,6	12,3
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	0,5	0,5	0,6	0,6	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Behandlung insgesamt	4,8	5,3	5,5	5,8	6,5	7,4	7,3	7,0	6,9	7,0	7,3	7,6	7,4	7,1
Ambulante Behandlung, Zahnersatz	1,9	2,0	2,0	2,1	2,3	2,8	2,8	2,6	2,6	2,6	2,7	2,8	2,6	2,6
Stationäre Behandlung (einschl. Kurbehandlung)	1,9	2,1	2,2	2,4	2,8	3,1	3,0	2,9	2,8	2,9	3,1	3,1	3,2	2,9
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	1,1	1,1	1,2	1,2	1,4	1,5	1,5	1,4	1,5	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6
Krankheitsfolgeleistungen	3,5	3,4	3,4	3,7	3,7	3,8	3,8	3,8	4,0	4,0	4,1	4,0	3,8	3,7
Ausbildung und Forschung, Verwaltung	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen von 1980														
Ausgabenart														
Allgemeine Gesundheitsquote ¹⁾	11,2	11,2	11,1	11,7	12,4	13,3	12,9	12,5	12,6	12,5	12,7	12,8	12,3	11,8
Reine Gesundheitsquote	7,7	7,8	7,7	8,1	8,8	9,6	9,2	8,8	8,7	8,6	8,8	9,0	8,8	8,4
Laufende Ausgabenquote der Gesundheit	10,8	10,8	10,6	11,2	11,8	12,8	12,4	12,0	12,2	12,1	12,2	12,4	11,8	11,4
Transferquote der Gesundheit	3,4	3,4	3,3	3,6	3,6	3,7	3,7	3,7	3,9	3,9	3,9	3,8	3,5	3,4
Verbrauchsquote der Gesundheit	7,3	7,4	7,3	7,6	8,2	9,1	8,7	8,3	8,3	8,2	8,3	8,6	8,3	8,0
Investitionsquote der Gesundheit	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4	0,5	0,4
Leistungsart														
Gesundheitsbudget insgesamt	11,2	11,2	11,1	11,7	12,4	13,3	12,9	12,5	12,6	12,5	12,7	12,8	12,3	11,8
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Behandlung insgesamt	6,4	6,5	6,3	6,7	7,2	7,9	7,6	7,2	7,2	7,1	7,3	7,4	7,2	6,8
Ambulante Behandlung, Zahnersatz	2,3	2,4	2,4	2,4	2,5	3,0	2,9	2,7	2,7	2,6	2,7	2,8	2,6	2,6
Stationäre Behandlung (einschl. Kurbehandlung)	3,1	3,0	2,9	3,1	3,4	3,5	3,3	3,1	3,0	3,0	3,1	3,1	3,1	2,8
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	0,9	1,0	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,4	1,5	1,5	1,6	1,6	1,5	1,4
Krankheitsfolgeleistungen	3,5	3,5	3,4	3,7	3,7	3,8	3,8	3,8	4,0	4,1	4,1	3,9	3,7	3,6
Ausbildung und Forschung, Verwaltung	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7

1) Leistungen nach dem Gesundheitsbudget in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. — 2) Sachleistungen, Laufende Ausgaben und Zuschüsse, Investitionsausgaben und Zuschüsse (Verbrauch und Investitionen im Gesundheitswesen) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. — 3) Einkommensleistungen, Sachleistungen, Laufende Ausgaben und Zuschüsse (monetäre Transferleistungen und Verbrauch im Gesundheitswesen) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. — 4) Einkommensleistung (monetäre Transferleistungen im Gesundheitswesen) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. — 5) Sachleistungen, Laufende Ausgaben und Zuschüsse (Verbrauch im Gesundheitswesen) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. — 6) Investitionsausgaben und Zuschüsse (staatliche Investitionen im Gesundheitswesen) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Krankheitsfolgen mit 3,7 % erheblich über den aufgewendeten Ressourcen für Vorbeugung und Betreuung mit nur 0,7 % liegt. Die gleiche Größenordnung wird auch für die Bereiche Ausbildung, Forschung und Verwaltung aufgewendet.

Eine Gegenüberstellung von nominalen und realen (preisbereinigten) Quoten läßt Schlußfolgerungen zu, inwiefern Preisniveausteigerungen im Gesundheitsbereich im Verhältnis zur Preisentwicklung des gesamten Bruttoinlandsprodukts stehen. Betrachtet man die nominalen und realen Quoten zum Basisjahr 1980 (Tabelle 13), so lassen sich, nach Ausgabenarten gegliedert, insbesondere bei der Verbrauchsquote im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt überdurchschnittliche Preisniveausteigerungen nachweisen, während bei der Transferquote und Investitionsquote sich die Preisentwicklung in etwa durchschnittlich vollzog.

Nach Leistungsarten gegliedert zeigt sich ein zum Bruttoinlandsprodukt überdurchschnittlicher Preiseffekt in den Quoten des Leistungsbereichs Behandlung, während bei Vorbeugung und Betreuung sowie den Krankheitsfolgeleistungen eine eher - gemessen am Bruttoinlandsprodukt - durchschnittliche Preisentwicklung festzustellen ist.

Gesundheitsquoten stellen somit ein differenziertes Beobachtungssystem der Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen dar, das sich insbesondere dafür eignet "ungleichgewichtige Entwicklungen" zu erkennen. Sie geben darüber hinaus auch gewisse Einblicke in den Mechanismus von Ausgabenexpansionen im Gesundheitsbudget. Gibt nämlich ein entscheidender Teilbereich, etwa die ambulante Behandlung, in einem bestimmten Zeitraum eine Quotenkonstanz zugunsten einer expansiven Entwicklung auf, so gerät das Gesamtsystem aus dem Gleichgewicht, da die anderen Sektoren versuchen, ebenfalls im Gefolge des "Schrittmachers" ihren Anteil am gesamtwirtschaftlichen Produkt zu erhöhen. Ein Gleichgewicht wird erst wiedererlangt, wenn das Ausgangsverhältnis, nun allerdings auf höherem allgemeinen Ausgabenniveau, zwischen den konkurrierenden Ausgabensektoren wieder hergestellt ist. Als Initialzündung eines solchen Prozesses gelten dabei insbesondere ausgaben-

wirksame Reformmaßnahmen, wie sie besonders in der ersten Hälfte der siebziger Jahre vorgenommen wurden. "Solange die Konstanz der Quoten wirkt, bildet gewissermaßen jedes Versorgungssystem für das andere eine Leitlinie. Einer paßt sich dem anderen an und insgesamt passen sich alle aneinander an. Sollte tatsächlich ein Sektor führend sein, so gibt er das Wachstumstempo an. Das gesamte System bewegt sich unter Führung eines Schrittmachers vorwärts. Reißt nun ein Sektor aus, wird das ganze System gestört. Zunächst werden die anderen Sektoren versuchen, ihm zu folgen. Sind die Ausreißerraten jedoch zu stark, werden die anderen Sektoren verunsichert. Was soll geschehen? Weiteres Mithalten muß das gesamte System explodieren lassen. Ist jedoch nur ein einzelner Sektor kontraktiv und wird besonnen zurückgesteuert, so kann dies zur Folge haben, daß die Ersparnisse, die in diesem Sektor erzielt werden, alsbald von den jeweils anderen Sektoren aufgezehrt werden. Ein einzelner Sektor kann die Explosion des Gesamtsystems nicht aufhalten, solange die Konstanz der Quoten nicht wiederkehrt."²²

Alters- und geschlechtsspezifische Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen

Im Unterschied zu den ökonomischen Leistungsindikatoren, die das Gewicht des Gesundheitswesens im ökonomischen Leistungsprozeß angeben, lassen sich aus demographischen Leistungsindikatoren Schlüsse auf den personenbezogenen Aufwand ziehen. Es ergeben sich dabei Leistungsniveaus, die je nach Alter und Geschlecht der Konsumenten bzw. Leistungsempfänger in den einzelnen Leistungsarten unterschiedlich ausfallen. Eine Klärung der alters- und geschlechtsspezifischen Leistungsnachfrage im Gesundheitswesen ist vor allem unter dem Gesichtspunkt von Bedeutung, als von Verschiebungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung sowie von Veränderungen der Bevölkerungszahl erhebliche Wirkungen auf die Ausgabensituation ausgehen können. Da

²² Herder-Dorneich, Ph.: Wachstum und Gleichgewicht im Gesundheitswesen - Einführung in die Gesundheitsökonomik -, Opladen, 1976, S. 87 f.

originäre Nachweise der Gesundheitsausgaben nach Altersgruppen und Geschlecht von keiner Institution (mit Ausnahme der privaten Krankenkassen) erhoben werden, wird eine alters- und geschlechtsspezifische Gliederung der Inanspruchnahme von Gesundheitsausgaben anhand bestimmter Zuordnungsvorschriften durchgeführt, die eine Schlüsselung der Ausgaben nach tief gegliederten Leistungsarten vornehmen. Die verwendeten Schlüssel stellen Fallzahlen dar, die sich

auf bestimmte Leistungsbereiche beziehen. Im einzelnen handelt es sich dabei um: Untersuchungsfälle zur Vorsorge und Früherkennung, Geburten nach dem Alter der Mütter, Empfänger von Sozialhilfe für Pflege, Arztbesuche, Krankenhausbesuche, Heilbehandlungen (Kuren), Arzneimittelleinnahme, Rehabilitanten, Berentungen wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, arbeitsunfähige (kranke) Erwerbstätige etc. Die hier skizzierte Vorgehensweise macht deutlich, daß die

Tabelle 14

Ausgaben für die Gesundheit 1983 je Einwohner nach Leistungsarten, Alter und Geschlecht

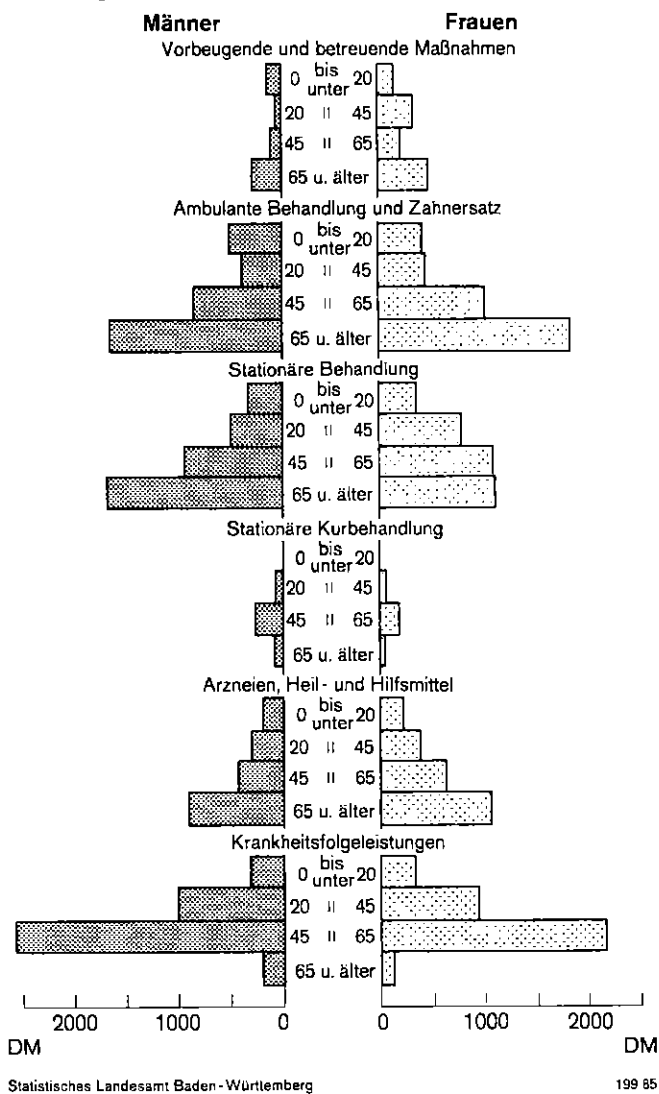
Alter von ... bis unter ... Jahren	Ge- schlecht	Ins- gesamt	Davon							
			Vor- beugende und betreuende Maß- nahmen	Ambulante Behand- lung und Zahn- ersatz	Stationäre Behandlung	Stationäre Kurbel- handlung	Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	Krankheits- folge- leistungen	Ausbildung und Forschung	Ver- waltung
			DM je Einwohner							
In jeweiligen Preisen										
0 — 20	zusammen	1 696	141	461	351	0	211	330	45	157
	männlich	1 712	138	506	343	0	206	322	44	154
	weiblich	1 678	145	413	359	0	216	338	46	161
20 — 45	zusammen	2 965	191	419	648	69	354	1 085	44	155
	männlich	2 772	53	390	515	76	310	1 228	44	156
	weiblich	3 167	335	450	788	61	400	935	44	155
45 — 65	zusammen	5 442	164	948	1 026	219	540	2 350	43	153
	männlich	5 415	109	867	948	269	448	2 576	44	154
	weiblich	5 468	213	1 020	1 097	173	623	2 147	43	151
über 65	zusammen	4 934	411	1 775	1 310	62	1 019	154	45	158
	männlich	5 071	289	1 663	1 688	87	924	216	45	159
	weiblich	4 858	478	1 837	1 102	48	1 071	119	45	158
Zusammen	männlich	3 325	113	661	687	101	376	1 188	44	155
	weiblich	3 643	284	814	811	71	523	939	44	156
Insgesamt		3 490	202	740	752	85	452	1 059	44	156
In Preisen von 1980										
0 — 20	zusammen	1 458	124	402	295	0	169	285	41	143
	männlich	1 473	121	442	288	0	165	278	40	140
	weiblich	1 442	127	360	302	0	173	292	42	147
20 — 45	zusammen	2 542	167	366	545	63	283	937	40	141
	männlich	2 380	47	340	433	70	248	1 061	40	142
	weiblich	2 712	293	392	663	56	320	808	40	141
45 — 65	zusammen	4 673	144	827	863	199	433	2 030	39	139
	männlich	4 658	96	756	797	245	359	2 226	40	140
	weiblich	4 687	187	890	922	157	499	1 855	39	138
über 65	zusammen	4 200	360	1 549	1 102	56	815	133	41	144
	männlich	4 315	253	1 451	1 420	79	739	187	41	144
	weiblich	4 137	419	1 603	926	44	857	103	41	144
Zusammen	männlich	2 854	99	577	578	92	301	1 027	40	141
	weiblich	3 118	249	710	682	64	419	812	40	142
Insgesamt		2 991	177	646	632	78	362	915	40	141

abgeleiteten Nachweise plausible Größenordnungen und Tendenzen abzuschätzen suchen.

Die Ausgaben nach dem Gesundheitsbudget pro Kopf der Bevölkerung betrugen im Jahr 1983 über alle Leistungsbereiche hinweg 3 490 DM. Nach Alter und Geschlecht betrachtet waren jedoch recht unterschiedliche Leistungsprofile zu verzeichnen (Tabelle 14). Über dem Durchschnitt der Pro-Kopf-Ausgaben liegen die Altersgruppen über 45 Jahren, unter dem Durchschnitt die Altersgruppen entsprechend darunter. Die höchste Pro-Kopf-Inanspruchnahme wird mit 5 468 DM von den Frauen zwischen 45 und 65 Jahren entfaltet. Überhaupt liegen die Pro-Kopf-Leistungen der 45- bis 65jährigen über denen der über 65jährigen, was insbesondere mit der Entgeltfortzahlung und den Berufs- und den Erwerbsunfähigkeitsrenten vor der Altersgrenze zu erklären ist. Würde man nur die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung betrachten, so würden sich aufgrund des eingeschränkten Leistungsspektrums andere Leistungsprofile ergeben. Die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben treten bei den Kindern und Jugendlichen bis zum 20. Lebensjahr auf. Sie belaufen sich auf 1 696 DM und betragen mit 48,6 % nicht einmal die Hälfte der durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben. Wie weit die Spanne der unterschiedlichen Inanspruchnahme des Gesundheitswesens reicht, läßt sich daraus ersehen, daß die 45- bis 65jährigen mehr als drei mal so viel Gesundheitsleistungen pro Kopf nachfragen, als die unter 20jährigen. Die Pro-Kopf-Relationen verändern sich allerdings, wenn man die einzelnen Leistungsbereiche betrachtet (Schaubild 7). So sind die Leistungen für Vorbeugung und Betreuung nicht allzu ungleichmäßig auf die betrachteten Bevölkerungsgruppen verteilt, jedenfalls ergibt sich kein signifikanter Anstieg der Ausgaben bei zunehmendem Alter der Bevölkerung. Bei den jüngeren und mittleren Jahrgängen (insbesondere bei den Frauen) stehen Vorsorge und Früherkennung, bei den älteren Jahrgängen dagegen Pflege und Betreuung im Vordergrund.

Ein deutlich ansteigendes Ausgabenprofil zeigt die ambulante Behandlung einschließlich Zahnersatz mit zunehmendem Alter ab dem 45. Lebensjahr. In den Al-

Schaubild 7
Ausgaben für die Gesundheit in jeweiligen Preisen pro Kopf der Bevölkerung nach ausgewählten Leistungsarten, Alter und Geschlecht 1983



tersgruppen von 0 bis 45 Jahren bleiben die Pro-Kopf-Ausgaben auf gleichem Niveau. Auf die Frauen über 65 Jahren entfallen dabei mit 1 837 DM 4,5 mal soviel Pro-Kopf-Ausgaben wie auf die jungen Frauen und Mädchen unter 20 Jahren (mit 413 DM).

Im Falle der stationären Behandlung ist ebenfalls ein Anstieg der Leistungen pro Kopf zu verzeichnen, der allerdings auch bereits die mittleren Altersjahre zwischen 20 und 45 Jahren (648 DM) erfaßt. Bemerkenswert ist die Konstanz der Inanspruchnahme stationärer Leistungen bei den Frauen im Alter von 45 und mehr Jahren (rd. 1 100 DM). Aus den geschlechtsspezifischen Verläufen der Pro-Kopf-Ausgaben läßt sich ablesen, daß offenbar bis ins 45. Altersjahr

Frauen eine höhere Leistungsanspruchnahme aufzuweisen haben als Männer. Im Alter nach 45 Jahren drehen sich die Verhältnisse dann um. Dies dürfte zum einen eine Folge von Entbindungsleistungen bei Mutterschaft sein, welche zum Großteil Frauen unter 45 Jahren betreffen und die sich in Baden-Württemberg 1984 allein bei den RVO-Kassen auf nahezu 100 Mill. DM beliefen. Daneben tritt auch eine erhöhte Morbidität der Frauen in dieser Altersklasse im gynäkologischen Bereich auf.

Die alters- und geschlechtsspezifischen Ausgabenverläufe der stationären Kurbehandlung zeigen einen Anstieg in der Altersgruppe zwischen 45 und 65 Jahren (219 DM). Es sind dies die älteren Arbeitnehmer, auf die der größte Teil der Heilbehandlungsmaßnahmen entfällt. Dabei liegen die Männer (269 DM) über den Frauen (173 DM), was auf eine höhere Erwerbstätigkeit des Mannes zurückzuführen ist.

Im Bereich der Arzneien, Heil- und Hilfsmittel ist eine relativ kontinuierliche, fast um den fünffachen Betrag, ansteigende Inanspruchnahme von Leistungen festzustellen (von 211 DM bei den 0-20jährigen auf 1 019 DM bei den über 65jährigen), wobei die Frauen insbesondere ab dem 20. Lebensjahr ein höheres Pro-Kopf-Niveau gegenüber den Männern aufweisen.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme der großen Ausgabenbereiche der Krankheitsfolgeleistungen ist neben dem Tatbestand Krankheit die Erwerbstätigkeit. Dies gilt vor allem für die Entgeltfortzahlung und die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, aber auch für die berufliche Rehabilitation. Dies erklärt auch die alters- und geschlechtsspezifischen Ausgabenstrukturen, nach denen die Leistungsnachfrage bis zur Altersklasse zwischen 45 und 65 Jahren ansteigt und mit 2 350 DM ihren Höhepunkt erreicht. Nach dem 65. Lebensjahr erfolgt ein Rückgang der Pro-Kopf-Leistungen auf ein vernachlässigbares Niveau, das noch unter dem liegt, das bei den unter 20jährigen aufgewendet werden muß (330 DM).

Die Ausgaben für Ausbildung und Forschung sowie für Verwaltung wurden mit

44 DM bzw. 156 DM pro Kopf auf die Altersgruppen und Geschlechter in gleicher Höhe aufgeteilt. Diese Annahme geht davon aus, daß diese Leistungen unabhängig davon erbracht werden, ob die Morbiditätshäufigkeit zwischen den Bevölkerungsgruppen variiert. Die aus Tabelle 14 erkennbaren minimalen Abweichungen sind rechen- und rundungsbedingt.

Nach der Aufteilung und Zuordnung der Gesundheitsausgaben auf einzelne Empfängergruppen nach Alter und Geschlecht, lassen sich empfängerspezifische Gesundheitsquoten bilden. Das Niveau dieser Quoten ist über die betrachteten Gruppen erwartungsgemäß verschieden hoch. Es drücken sich dabei unterschiedliche "Ansprüche" der Gruppen an das Bruttoinlandsprodukt in Form von Gesundheitsleistungen aus, die bei den 45- bis 65jährigen am höchsten und den unter 20jährigen am niedrigsten ausfallen. Auch hier sei nochmals darauf hingewiesen, daß das Verhältnis dieser Leistungsprofile entscheidend abhängt von der Abgrenzung der Gesundheitsausgaben. Bezieht man monetäre Transferleistungen im Gesundheitsbereich mit ein, wie in der bisherigen Darstellung geschehen, so bekommen die männlichen älteren Arbeitnehmer ein besonderes Gewicht. Würde man sich auf die GKV-Ausgaben beschränken, so würden die über 65jährigen an der Spitze der Leistungsanspruchnahme liegen.

Betrachtet man die Quoten im Zeitablauf, so läßt sich abschätzen, welcher Bevölkerungsgruppe eine Ausweitung des Leistungsspektrums besonders zugute gekommen ist, bzw. welche Gruppe Einsparungen im Gesundheitsbudget nach 1975 vor allem getragen hat. Auskunft über die Entwicklung der empfängerspezifischen Gesundheitsquoten gibt die Tabelle 15. Bei einem Vergleich der Jahre 1970 und 1981 (Jahr mit der höchsten Gesundheitsquote) läßt sich feststellen, daß von der Ausweitung des Ausgabenbereichs im Gesundheitswesen in etwa alle Bevölkerungsgruppen gleich partizipiert haben. Dasselbe gilt auch für den leichten Rückgang der Quote bis zum Jahre 1983, so daß auch von einer hohen Ausgewogenheit bei dem leichten Rückgang des realen Versorgungsniveaus an Gesundheitsleistungen ausgegangen werden kann.

Tabelle 15

Allgemeine Gesundheitsquoten in alters- und geschlechtsspezifischer Gliederung

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ge- schlecht	1970	1975	1980	1981	1982	1983	1970	1975	1980	1981	1982	1983
		in jeweiligen Preisen						in Preisen von 1980					
		%											
unter 20	zusammen	1,0	1,5	1,5	1,6	1,6	1,5	1,3	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5
	männlich	0,5	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
	weiblich	0,5	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6	0,8	0,7	0,8	0,7	0,7
20 — 45	zusammen	3,1	4,1	4,1	4,2	4,0	3,9	3,6	4,3	4,1	4,1	3,9	3,7
	männlich	1,5	2,0	2,0	2,0	1,9	1,8	1,7	2,1	2,0	2,0	1,9	1,8
	weiblich	1,5	2,1	2,1	2,2	2,1	2,0	1,9	2,2	2,1	2,1	2,0	1,9
45 — 65	zusammen	3,7	4,7	4,7	4,7	4,6	4,5	4,2	4,8	4,7	4,6	4,5	4,3
	männlich	1,7	2,2	2,2	2,3	2,2	2,1	2,0	2,3	2,2	2,2	2,1	2,0
	weiblich	1,9	2,4	2,4	2,5	2,4	2,4	2,2	2,5	2,5	2,4	2,4	2,3
über 65	zusammen	1,6	2,4	2,4	2,5	2,4	2,4	2,1	2,6	2,4	2,5	2,4	2,3
	männlich	0,6	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,8	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8
	weiblich	1,0	1,5	1,5	1,6	1,5	1,5	1,3	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5
Insgesamt	zusammen	9,4	12,7	12,7	13,1	12,6	12,3	11,2	13,3	12,7	12,8	12,3	11,8
	männlich	4,4	5,9	5,9	6,0	5,8	5,6	5,2	6,2	5,9	5,9	5,7	5,4
	weiblich	5,0	6,8	6,8	7,0	6,8	6,7	6,0	7,1	6,8	6,9	6,6	6,4

Modellrechnungen der zukünftigen preisbereinigten Ausgaben im Gesundheitswesen

Auf der Basis des Gesundheitsbudgets lassen sich neben Vergangenheits- und Situationsanalysen auch Modellrechnungen für die künftige Inanspruchnahme des Gesundheitswesens durchführen. Im Statistischen Landesamt wurde bereits vor fünf Jahren ein Modell entwickelt, welches nunmehr mit revidierten und aktuellen Daten sowie der heutigen Sicht angepaßten Annahmen neu durchgerechnet wurde²³. Entscheidend bei dieser modellhaften Vorausschau ist es, die Wirkungen bestimmter Einflußgrößen auf das Ausgabenvolumen und die Ausgabenstruktur abzuschätzen.

Die hier untersuchten und quantifizierten Effekte lassen sich zunächst in zwei Kategorien, nämlich in einen demographischen und einen nicht-demographischen Einfluß aufteilen. Die demographischen Auswirkungen auf die zukünftige Ausga-

benentwicklung können weiter unterteilt werden in einen Altersstruktur-, Geschlechterstruktur- und Bevölkerungszahleffekt, während der nicht-demographische Teil der Einflüsse ein Konglomerat ökonomischer und gesellschaftlicher Faktoren darstellt, die auf Veränderungen im Leistungsniveau abstellen. Prinzipiell ist bei Modellrechnungen auf die Grenzen der Vorausschaubarkeit sich zukünftig vollziehender Entwicklungen hinzuweisen, die sich aus einer möglichen Änderung der zugrundegelegten Prämissen ergeben. Während Veränderungen in Leistungsstruktur und Reichweite des Gesundheitssystems auf künftigen politischen Entscheidungen beruhen und sich damit konkreten Annahmen für solche Modellrechnungen weitgehend entziehen, liegen wichtige Eckwerte der Bevölkerungsentwicklung (demographische Faktoren) heute schon fest. So kennt man z.B. recht genau die Größenordnung der Personengruppe, die um die Jahrhundertwende zu der gesundheitspolitisch wichtigen Gruppe der über 60jährigen zählen wird; denn diese Personen leben heute alle schon, und die Entwicklung der Sterblichkeit läßt sich zumindest kurz- bis mittelfristig einigermaßen abschätzen.

23 Statistisch-prognostischer Jahresbericht 1980/81, hrsg. v. d. Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt: Ausgabenentwicklung . . . a.a.O., S. 94 ff.

Ausgangspunkt für die Berechnungen sind die preisbereinigten Pro-Kopf-Ausgaben für die Gesundheit, differenziert nach Leistungsarten sowie nach der Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung. Die beobachteten Trends im Zeitraum 1970 bis 1983 (es handelt sich dabei um 64 Beobachtungsreihen) werden mit Hilfe von Trendfunktionen fortgeschrieben. Die dabei prognostizierten Leistungsniveaus werden dann mit der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung nach Alters- und Geschlechterstruktur zusammengeführt, so daß sich die preisbereinigten zukünftige Ausgabenentwicklung in eine demographische und in eine nicht-demographische Komponente zerlegen läßt. In der Mehrzahl der Fälle werden logistische und logarithmische Funktionen bei der Anpassung an die beobachteten Werte verwendet, die - von Ausnahmen abgesehen - in Zukunft mit abnehmenden Zuwachsraten rechnen. Diese Kurventypen unterstellen somit im Unterschied zur Fortschreibung mit konstanten Zuwachsraten für die Zukunft weiterhin erfolgreiche Maßnahmen zur Kostendämpfung²⁴.

Die Entwicklungsphase zwischen 1980 und 1984 stützt diese Annahme, insbesondere für die preisbereinigten Reihen. Allerdings läßt die Ausgabenentwicklung 1984/85 die Fortsetzung des Kostendämpfungstrends gefährdet erscheinen. Dennoch erscheint es gerechtfertigt, das oben beschriebene Modell zu verwenden, da für die zweite Hälfte der 80er und die 90er Jahre auch im Hinblick auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum mit gemäßigten Zuwachsraten zu rechnen ist²⁵. Von daher ergibt sich ein fortwährender Zwang zur Kostenbegrenzung im Gesundheitswesen.

24 Linder, P.: Zur Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen. — Modellrechnungen für die zukünftige Entwicklung —, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2, 1980, S. 40 ff.

25 Vgl.: Klauder, W.; Schnur, P.; Thon, M.: Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre — Modellrechnungen für Potential und Bedarf an Arbeitskräften —, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1, 18. Jg., 1985, S. 41 ff.
Für das Bruttoinlandsprodukt wird dort bis zur Jahrtausendwende ein Trendwachstum des BIP von 1,2 % p.a. in einer unteren Variante und ein langfristiger Wachstumspfad von 2,5 % p.a. in einer mittleren Variante angenommen. Die obere Variante ist gekennzeichnet durch ein jährliches Wachstum von 2,7 % bis 1990, danach bis 2 000 durch eine Reihe von 3,1 %.

Es wird also bei den nicht-demographischen Abweichungen unterstellt, daß sich die Ausgaben im Gesundheitswesen nicht unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Situation und den in der Vergangenheit auch im Mengenbereich stattgefundenen Ausgabenexpansionen entwickeln. Sollte sich allerdings die expansive Entwicklung im Gesundheitswesen, wie sie insbesondere im Zeitraum zwischen 1970 und 1975 aufgetreten ist, während der nächsten 15 Jahre wiederholen, so wäre mit einem entsprechend höheren Ausgabenwachstum zu rechnen. Zur Berechnung der demographischen Auswirkungen wird abschließend eine Abweichungsanalyse durchgeführt, die die Gesundheitsausgaben für fiktive Bevölkerungen gegenüberstellt. Die sich hieraus ergebenden Differenzen stellen dann die Mehr- oder Minderleistungen aufgrund demographischer Effekte dar.

Ergebnisse der Modellrechnung

In den Jahren zwischen 1970 und 1983 stiegen die preisbereinigten Gesundheitsausgaben (in Preisen von 1980) von 19,3 Mrd. DM auf 27,7 Mrd. DM. Dies entspricht einem realen Zuwachs der Gesundheitsausgaben um jahresdurchschnittlich 2,8 %. Führte man diese Vergangenheitsentwicklung bis zum Jahr 2000 mit dieser konstant gehaltenen Zuwachsrate fort, so würde sich zwischen 1983 und 2000 ein Anstieg der Ausgaben im Gesundheitswesen (in der Abgrenzung des Gesundheitsbudgets) um 60 % auf 44 Mrd. DM (preisbereinigt) ergeben.

Im weiteren soll aber von der oben skizzierten Modellvorstellung ausgegangen werden, die die durch Kostendämpfungsmaßnahmen gekennzeichnete Phase von 1980 bis 1984 vorrangig berücksichtigt. Nach dieser Modellrechnung würden die realen Gesundheitsausgaben bis zum Jahr 2000 nur um 13 % auf etwa 31,4 Mrd. DM steigen (Tabelle 16). Damit verbunden ist ein Anstieg der realen Ausgaben je Einwohner für Gesundheit von 2 991 DM (1983) auf 3 425 DM (2000). Dies bedeutet bis zum Jahr 2000 ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 0,8 %. Für die männliche Bevölkerung ergäbe sich ein Ausgabenbetrag pro-Kopf von 3 358 DM und für Frauen von 3 487 DM. Dieses Ergebnis kommt wegen der ten-

Tabelle 16

Modellrechnung der zukünftigen Entwicklung realer Leistungen im Gesundheitswesen

Leistungsarten	Ausgaben für die Gesundheit	Gesundheits- ziffer 1)	Gesundheitsquote 2)	
			bei einem Wirtschafts- wachstum von 2,5% p.a.	bei einem Wirtschafts- wachstum von 1,2% p.a.
	Mill. DM	DM	%	
1985				
Ausgaben insgesamt	29 549	3 197	12,0	12,1
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	1 676	181	0,7	0,7
Behandlung	16 926	1 831	6,9	6,9
Ambulante Behandlung (einschließlich Zahnersatz)	6 214	672	2,5	2,6
Stationäre Behandlung	6 261	677	2,5	2,6
Stationäre Kurzbehandlung	810	88	0,3	0,3
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	3 641	394	1,5	1,5
Krankheitsfolgeleistungen	9 263	1 002	3,8	3,8
Ausbildung	411	44	0,2	0,2
Forschung	1 273	138	0,5	0,5
1990				
Ausgaben insgesamt	30 775	3 323	11,0	11,9
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	1 729	187	0,6	0,7
Behandlung	17 612	1 902	6,3	6,8
Ambulante Behandlung (einschließlich Zahnersatz)	6 456	697	2,3	2,5
Stationäre Behandlung	6 499	702	2,3	2,5
Stationäre Kurzbehandlung	822	89	0,3	0,3
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	3 835	414	1,4	1,5
Krankheitsfolgeleistungen	9 675	1 045	3,5	3,7
Ausbildung	448	48	0,2	0,2
Forschung	1 311	142	0,5	0,5
1995				
Ausgaben insgesamt	31 212	3 371	9,9	11,4
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	1 759	190	0,6	0,6
Behandlung	17 940	1 937	5,7	6,5
Ambulante Behandlung (einschließlich Zahnersatz)	6 597	712	2,1	2,4
Stationäre Behandlung	6 614	714	2,1	2,4
Stationäre Kurzbehandlung	805	87	0,3	0,3
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	3 924	424	1,2	1,4
Krankheitsfolgeleistungen	9 692	1 047	3,1	3,5
Ausbildung	488	53	0,2	0,2
Forschung	1 333	144	0,4	0,5
2000				
Ausgaben insgesamt	31 398	3 425	8,8	10,8
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	1 764	192	0,5	0,6
Behandlung	18 137	1 978	5,1	6,2
Ambulante Behandlung (einschließlich Zahnersatz)	6 702	731	1,9	2,3
Stationäre Behandlung	6 675	728	1,9	2,3
Stationäre Kurzbehandlung	792	86	0,2	0,3
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	3 968	433	1,1	1,4
Krankheitsfolgeleistungen	9 637	1 051	2,7	3,3
Ausbildung	525	57	0,1	0,2
Forschung	1 335	146	0,4	0,5

1) Ausgaben für die Gesundheit pro Kopf der Bevölkerung. — 2) Anteil der Ausgaben für die Gesundheit am BIP.

denziell höheren Morbidität der Frauen zustande. Nur bei den Krankheitsfolgeleistungen sowie den Kuren, die an Erwerbstätigkeit geknüpft sind, liegen ausgabenmäßig die Männer vorne.

Charakteristisch für dieses Ausgabenmodell ist, daß während der Jahre zwischen 1985 und 2000 nicht nur geringere Zuwachsraten zu verzeichnen sind, sondern daß diese auch einen kontinuierlichen Rückgang erkennen lassen. Dies ist eine Folge der verwendeten Trendfunktionen für die Pro-Kopf-Ausgaben, deren Verlauf stark beeinflusst wird durch die zum Teil erheblichen realen Ausgabendämpfungen, wie sie seit 1980 beobachtet werden konnten. Es wird somit von einem Erfolg weiterer Kostendämpfungsmaßnahmen ausgegangen. Beträgt im Jahrfünft 1985/90 die preisbereinigte Rate noch 4,4 %, so fällt sie nach den Berechnungen im Jahrfünft 1995/2000 auf 0,6 % ab. Es werden in diesem Szenario also durchaus enge Grenzen der Ausgabenentwicklung angenommen mit dem Ziel einer leichten Rückführung der Gesundheitsquote auch bei relativ schwachem Wirtschaftswachstum.

Ein relativ zur Wirtschaftsentwicklung langsames reales Wachstum im Gesundheitsbereich kann jedoch nur erreicht werden, wenn die Mechanismen der Ausgabenexpansion unterbrochen werden, wozu insbesondere eine weitere Verhinderung der Ausweitung des Krankheitsbegriffs, verstärkt marktwirtschaftliche Elemente und ein noch effizienterer Einsatz der Ressourcen im Gesundheitswesen gehören. Schaut man über die Sichtweise preisbereinigter Größen hinaus, so wird deutlich, daß über die Beeinflussung der Mengenentwicklung hinaus finanz-, aber auch gesundheitspolitisch insbesondere eine Eindämmung der Preisentwicklung von entscheidender Bedeutung sein wird.

Der globale Rahmen für Spielräume einer Erhöhung der Gesundheitsausgaben liegt in der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungskraft. Insofern sind die Grenzen für höhere Gesundheitsausgaben in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu sehen, da eine Zunahme der preisbereinigten Ausgaben je Einwohner selbst bei konstant oder leicht rückläufiger Ge-

sundheitsquote zukünftig nur aus einem wachsenden Bruttoinlandsprodukt befriedigt werden kann. Berechnet man für die bis zum Jahr 2000 vorausgeschätzten Gesundheitsausgaben die entsprechende Gesundheitsquote, so hängt ihre Höhe vom ökonomischen Wachstumsverlauf ab. Geht man von einem jahresdurchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,5 % p.a. aus (mittlere Variante der Projektion der Bundesanstalt für Arbeit), so fällt die Gesundheitsquote von 12,0 % (1985) kontinuierlich auf 8,8 % (2000). Bei einem Wachstum von 1,2 % p.a. (untere Variante) fällt dagegen die Gesundheitsquote lediglich auf 10,8 % (2000) (Tabelle 16). Erreicht das gesamtwirtschaftliche Wachstum nicht mehr als 0,8 % p.a., so geht die Gesundheitsquote im zugrunde gelegten Modell nicht weiter zurück, sondern bleibt konstant.

Diese Fragestellung läßt sich auch umkehren, indem man den Verlauf der preisbereinigten Gesundheitsausgaben unter der Annahme der Konstanz der derzeitigen Gesundheitsquote in Höhe von 12,3 % bei alternativen ökonomischen Wachstumsentwicklungen ermittelt. Für die untere Variante der Projektion des Bruttoinlandsprodukts (Zunahme im Jahresdurchschnitt: 1,2 %) ergäbe sich danach im Jahre 2000 ein Ausgabenvolumen für die Gesundheit von 34,4 Mrd. DM gegenüber den im Modell ermittelten 31,4 Mrd. DM. Bei Annahme der mittleren Wachstumsvariante des Bruttosozialprodukts (jahresdurchschnittliche Zunahme + 2,5 %) würden die preisbereinigten Gesundheitsausgaben im Jahr 2000 gar auf 42,2 Mrd. DM ansteigen.

Gegen eine weiter wachsende Gesundheitsquote ist weiterhin einzuwenden, daß die generelle Sozialleistungsquote an eine kritische Grenze gekommen ist, von der aus gesehen Umverteilungsprozesse die Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft einzuschränken drohen. Des weiteren stellt Gesundheit nur ein - wenn auch ein wichtiges - soziales Tätigkeitsfeld dar, das mit anderen Sozialbereichen wie Altersversorgung, Arbeitslosigkeit, Familie, Umwelt, Bildung u.a. in seinem Ausgabenvolumen konkurrieren muß und nicht eine absolute und unantastbare Priorität beanspruchen kann.

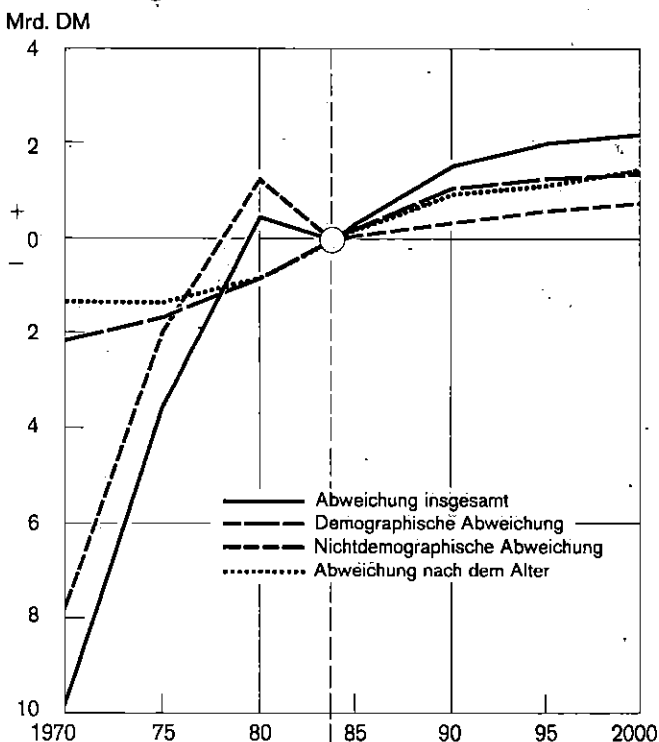
Zukünftig relativ hohe Mehrausgaben für das Gesundheitswesen aufgrund demographischer Veränderungen

Angesichts der in den kommenden Jahrzehnten zu erwartenden Änderungen im Bevölkerungsaufbau wurde versucht, hiervon ausgehende Ausgabeneffekte zu isolieren²⁶. Auch die Bevölkerungsvorausschätzung für Baden-Württemberg²⁷ zeigt bis zum Jahr 2000 weniger eine Veränderung in der Bevölkerungszahl als im Altersaufbau. So steigt bei den Männern der Anteil der über 65jährigen von heute 10 % auf 14 % im Jahre 2000; bei den Frauen von 17 % auf 20 % (Tabelle 17). Entsprechend sinkt der Bevölkerungsanteil der unter 20jährigen ab. Im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Ausgabenprofilen von jungen und alten Menschen ergeben sich so demographische Wirkungen auf die Gesamtausgaben. Die demographische Komponente läßt sich zerlegen in Effekte, die von der Bevölkerungszahl, dem künftigen Altersaufbau und der Geschlechterstruktur ausgehen.

Nachfolgend werden die Ausgabenwirkungen dieser Effekte im Rahmen der obigen Modellrechnung abgeschätzt. Ausgangspunkt dieser Betrachtung ist dabei der in der Modellrechnung ermittelte Wert für das Jahr 1984 (29,2 Mrd. DM), der im Rahmen der zugrundeliegenden Trendfunktion als fiktiver Wert ermittelt wurde. Nach der absehbaren Entwicklung dürfte er nicht unerheblich über dem tatsächlich erwarteten Wert von 1984 liegen. Der Wert für das vorausgegangene Jahr 1983 befindet sich demgegenüber deutlich unterhalb der langfristigen Trendlinie, weshalb ein unmittelbarer Vergleich des effektiven Werts von 1983 mit dem Trendwert von 1984 nicht vorgenommen werden kann.

Schaubild 8

Modellmäßige Entwicklung der realen Mehr- bzw. Minderausgaben bezogen auf das Jahr 1984 nach Abweichungsarten



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

194 85

Betrachtet man das Schaubild 8, in dem die ermittelten Abweichungsarten zusammengestellt sind, so läßt sich erkennen, daß von den Mehrausgaben bis zum Jahr 2000 in Höhe von 2,2 Mrd. DM allein 1,4 Mrd. DM oder 64 % auf den demographischen Effekt entfallen. Dieser Betrag müßte also aufgrund einer veränderten Bevölkerungsstruktur mehr aufgebracht werden, selbst wenn das Versorgungsniveau überhaupt nicht erhöht, sondern konstant gehalten würde. Dagegen ergäben sich aus Leistungsverbesserungen (den sog. nicht-demographischen Effekten) 0,8 Mrd. DM oder 36 % der gesamten Mehraufwendungen im Jahr 2000 gegenüber 1984. Die Höhe des Anteils demographisch bzw. nicht-demographisch bedingter Mehrausgaben am Ausgabenzuwachs insgesamt ist keine feste Größe, sondern abhängig von der Höhe der absoluten Abweichungen. Je größer diese sind, desto geringer gestaltet sich der Prozentsatz der demographischen Abweichungen und umgekehrt. So erklärt sich der hohe Anteil demographischer Mehrausgaben von 64 % durch den relativ bescheidenen Ausgabenzuwachs, der sich

26 M. Wingen: Aspekte der demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Gerontologie, Bd. 17, Heft 6, 1984.

27 Vgl. Gröner, G.: Bevölkerungsvorausschätzungen auf der Basis 1.1.1984 für das Land Baden-Württemberg und seine Regionen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1, 33. Jg, 1985, S. 4 ff.

Tiefgegliederte Ergebnisse für das Land Baden-Württemberg finden sich im: Statistischen Bericht A 18 – Basis 1984 vom 6.7.1984 mit dem Titel: Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung in Baden-Württemberg auf der Basis 1.1.1984.

Tabelle 17

Bevölkerungsentwicklung bzw. -vorausschätzung 1)

a) in 1000

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon									
		männlich					weiblich				
		zusammen	Alter von ... bis unter ... Jahren				zusammen	Alter von ... bis unter ... Jahren			
			0 - 20	20 - 45	45 - 65	65 und mehr		0 - 20	20 - 45	45 - 65	65 und mehr
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1970	8 953,6	4 311,6	1 422,3	1 676,3	802,7	410,3	4 642,0	1 359,7	1 535,7	1 098,6	648,0
1975	9 152,7	4 395,0	1 404,7	1 690,1	841,6	458,6	4 757,7	1 340,7	1 587,6	1 074,0	755,4
1980	9 258,9	4 463,9	1 304,0	1 755,5	921,8	482,6	4 795,1	1 238,8	1 653,8	1 060,1	842,4
1983/84	9 243,3	4 447,7	1 196,2	1 755,3	1 049,4	446,8	4 795,6	1 142,1	1 678,2	1 159,2	816,1
1985	9 243,5	4 446,6	1 157,5	1 753,2	1 089,6	446,3	4 796,9	1 107,8	1 683,1	1 183,8	822,2
1990	9 261,1	4 453,1	1 009,5	1 770,6	1 194,1	478,9	4 808,0	970,0	1 736,9	1 203,9	897,2
1995	9 260,2	4 454,1	969,1	1 738,1	1 198,0	548,9	4 806,1	930,4	1 738,8	1 200,3	936,6
2000	9 167,9	4 408,8	945,4	1 635,9	1 201,2	626,3	4 759,1	908,6	1 649,4	1 247,4	953,7

b) in %

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon									
		männlich					weiblich				
		zusammen	Alter von ... bis unter ... Jahren				zusammen	Alter von ... bis unter ... Jahren			
			0 – 20	20 – 45	45 – 65	65 und mehr		0 – 20	20 – 45	45 – 65	65 und mehr
		Anteil an Sp. 1	Anteil an Sp. 2	Anteil an Sp. 2	Anteil an Sp. 2	Anteil an Sp. 2	Anteil an Sp. 1	Anteil an Sp. 7	Anteil an Sp. 7	Anteil an Sp. 7	Anteil an Sp. 7
1970	100	48,2	33,0	38,9	18,6	9,5	51,8	29,3	33,1	23,7	14,0
1975	100	48,0	32,0	38,5	19,1	10,4	52,0	28,2	33,4	22,6	15,9
1980	100	48,2	29,2	39,3	20,7	10,8	51,8	25,8	34,5	22,1	17,6
1983/84	100	48,1	26,9	39,5	23,6	10,0	51,9	23,8	35,0	24,2	17,0
1985	100	48,1	26,0	39,4	24,5	10,0	51,9	23,1	35,1	24,7	17,1
1990	100	48,1	22,7	39,8	26,8	10,8	51,9	20,2	36,1	25,0	18,7
1995	100	48,1	21,8	39,0	26,9	12,3	51,9	19,4	36,2	25,0	19,5
2000	100	48,1	21,4	37,1	27,2	14,2	51,9	19,1	34,7	26,2	20,0

1) Stichtag Bevölkerungszahl 1970 bis 1983 am Jahresende, 1984 bis 2000 am Jahresanfang.

aufgrund der Modellprämissen bis zum Jahr 2 000 ergab. Die Entwicklung der Leistungszunahme entwickelt sich dabei relativ kontinuierlich. Gleichfalls ist zu erkennen, daß die demographischen Auswirkungen ganz überwiegend vom Altersstruktureffekt bestimmt werden und daß – jedenfalls bis zum Jahr 2000 – die Wirkungen der Bevölkerungszahl und der Geschlechterstruktur vernachlässigt werden können.

Die in der Modellrechnung ermittelten demographisch bedingten Mehraufwendungen im Gesundheitswesen in Höhe von real 1,4 Mrd.DM entfallen zu 834 Mill. DM auf die männliche und zu 571 Mill. DM auf die weibliche Bevölkerung. In beiden Geschlechtern treten Minderausgaben in den Altersgruppen unter 45 Jahren in allen Leistungsarten auf, die jedoch bei weitem überkompensiert werden durch die Mehrausgaben

der Altersgruppen über 45 Jahren. Bei Männern und Frauen spielen hierbei die ambulante Behandlung (einschl. Zahnersatz), die stationäre Behandlung sowie die Arzneien, Heil- und Hilfsmittel eine herausragende Rolle. Erheblich zu den Mehraufwendungen tragen die Krankheitsfolgeleistungen für die Männer - insbesondere zwischen 45 und 65 Jahren - bei, die die Minderaufwendungen für die unter 20jährigen Männer bei weitem kompensieren.

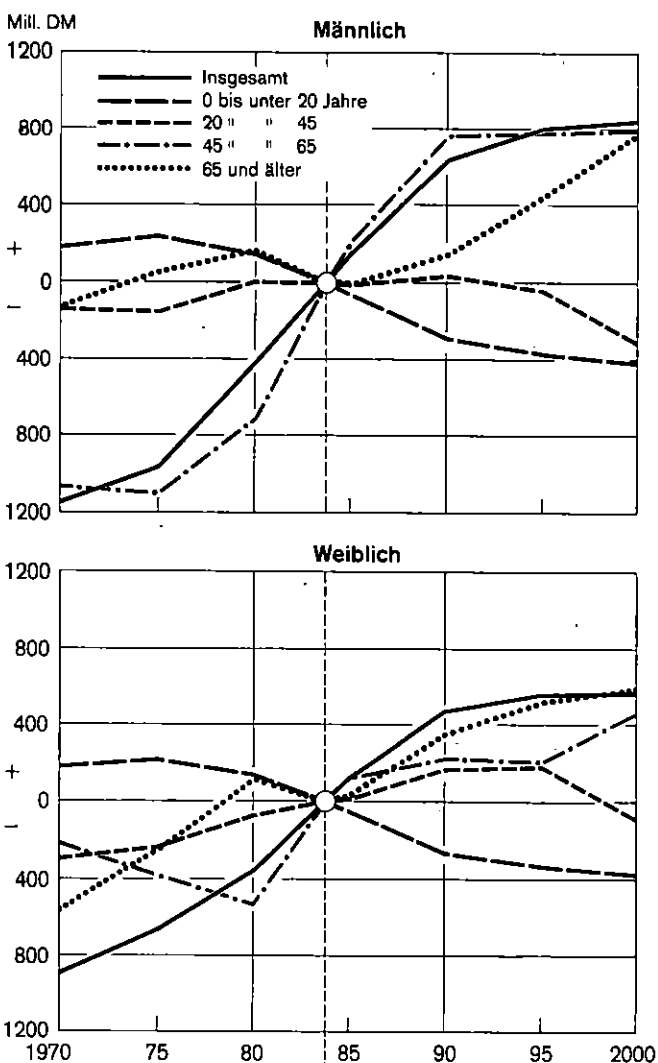
Hohe demographische Entlastungswirkungen gehen bei der männlichen und weiblichen Bevölkerung im Alter unter 20 Jahren von der ambulanten und stationären Behandlung, den Krankheitsfolgeleistungen sowie in schwächerem Maße von den Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln aus. Wie Schaubild 9 vermittelt, treten die Entlastungen der unter 20jährigen bereits gegenwärtig auf und vollziehen sich kontinuierlich in immer stärkerem Maße. Entlastend wird die Entwicklung der 20 - 45jährigen Männer dagegen erst ab 1995; bei den Frauen nennenswert erst nach dem Jahre 2000. Zuvor haben die Frauen in dieser Altersgruppe sogar geringe Belastungen aufzuweisen.

Auf der Belastungsseite ist bei der männlichen Bevölkerung zwischen 45 und 65 Jahren bereits nach dem Jahr 1985 mit erheblichen Mehrausgaben zu rechnen, die ab 1990 konstant bleiben. Dann jedoch treten zunehmend die Mehrausgaben der über 65jährigen Männer in den Vordergrund. Umgekehrt verhält es sich bei den Frauen, die zahlenmäßig geringere kriegsbedingte Verluste erlitten haben. Hier übersteigen bereits nach 1990 die Belastungen in der Altersgruppe über 65 Jahre die der Frauen zwischen 45 und 65 Jahren.

Diese Entwicklungen der Mehr- und Minderausgaben, wie sie sich nach der Modellrechnung in den kommenden Jahren ergeben würden, bräuchten insgesamt gesehen nicht geringe Umverteilungen in den Leistungsströmen des Gesundheitswesens nach Altersgruppen und, allerdings weit abgeschwächer, nach Geschlecht mit sich, die auf mittlere Frist eine rechtzeitige Reaktion auf Veränderungen der demographischen und damit auch ressourcenmäßigen Allokation auf der Ebene der Leistungsabgabe nahelegen.

Schaubild 9

Demographische Abweichungen der Ausgabenentwicklung (Mehr- bzw. Minderausgaben bezogen auf das Jahr 1984)



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

192 85

Zusammenfassung

- Eine Betrachtung der Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen sollte sich an einem Gesamtsystem wie dem Gesundheitsbudget ausrichten, da sich ständig Kostenverlagerungen zwischen den Ausgabenträgern ergeben, die die Entwicklung beeinflussen. Nur eine Gesamtanalyse im Gesundheitswesen kann den volkswirtschaftlichen Aufwand an Ressourcen für die Gesundheit abschätzen und in den Wachstumspfad der Gesamtwirtschaft einordnen.
- Die Ausgaben für die Gesundheit nach dem Gesundheitsbudget sind

- von 9,9 Mrd. DM im Jahr 1970 auf 32 Mrd. DM im Jahr 1983 gestiegen (+ 226 %), wobei sich Expansions- und Dämpfungsphasen unterscheiden lassen.
- Die Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen zwischen den Jahren 1970 und 1975 war durch eine Ausgabenexpansion ohne Vorbild gekennzeichnet. Danach traten Steigerungsraten in dieser Größenordnung nicht mehr auf. Noch heute steht die Ausgabenentwicklung unter dem Eindruck dieser Expansion, da selbst prozentual kleinere Ausgabensteigerungen von diesem hohen Niveau aus von der Finanzierungsseite her als problematisch angesehen werden müssen.
- Die Gründe für diese "explosive" Entwicklung sind einmal in der Ausweitung des Leistungsspektrums und des Versichertenkreises in der gesetzlichen Krankenversicherung zu suchen. Hierbei wirkten die Gesetzgebung, die Rechtsprechung der Sozialgerichte und die Selbstverwaltung der konkurrierenden Krankenkassen zusammen, was eine permanente Ausweitung des Krankheitsbegriffes zur Folge hatte. Marktstrukturen, Wirkungen der technologischen Entwicklung und Probleme des effizienten Faktoreinsatzes im Gesundheitswesen taten das ihrige zu einer immanenten Ausgabensteigerung.
- Eine Reihe von "Dämpfungsgesetzen" hat seit 1977 die Ausgabenentwicklung zu einem langsameren Wachstum gebracht, das sich allerdings nach wie vor in unterschiedliche Entwicklungsphasen einteilen läßt. So läßt die aktuelle Entwicklung 1984/85 die Fortsetzung des Kostendämpfungstrends wieder als gefährdet erscheinen.
- Die Ausgabenträger im Gesundheitswesen sind von unterschiedlicher quantitativer Bedeutung und haben im gesamten Leistungsspektrum unterschiedliche Schwerpunkte, die das Gesamtmosaik der Leistungen ausmachen. Die gesetzliche Krankversicherung nimmt mit 14,7 Mrd. DM oder einem Anteil von 45,4 % den breitesten Raum der hier erfaßten Gesundheitsausgaben ein. 1970 lag dieser Anteil noch bei 36,2 %.
- Die Sachleistungen dominieren im Gesundheitswesen mit einem Anteil von 61 % (1983), das entspricht einem Betrag von knapp 20 Mrd. DM. 1970 lag dieser Anteil noch bei 52 %. Es läßt sich somit ein langfristiger Trend zu einem höheren Sachleistungsanteil auf Kosten der Einkommensleistungen feststellen (1983: 29 % gegenüber 37 % 1970). Die Investitionen spielen rein quantitativ am Gesamtbudget nur eine untergeordnete Rolle. Ihre Bedeutung für infrastrukturelle Ausstattung im Gesundheitswesen und ihre Raumwirksamkeit bleiben davon jedoch unbestritten.
- Untergliedert nach Leistungsarten liegt der Ausgabenschwerpunkt des Gesundheitsbudgets bei der Behandlung mit 18,8 Mrd. DM im Jahr 1983, das entspricht einem Anteil von knapp 60 % am Gesamtbudget. Hier von entfallen 7,7 Mrd. DM auf die stationäre und 5,3 Mrd. DM auf die ambulante Behandlung, 5,8 Mrd. DM gehen zu Lasten der Heil- und Hilfsmittel. Der nächstgrößere Block sind die Krankheitsfolgeleistungen mit knapp 10 Mrd. DM.
- Wichtig für die Beurteilung der Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen ist die Frage nach der Menge und dem Preis der Leistungen. Eine Deflationierung der Leistungen des Gesundheitsbudgets auf Preisbasis 1970 = 100 ergab, daß während des Zeitraums von 1970 bis 1983 die realen Ausgaben von 9,9 Mrd. auf 14,6 Mrd. DM gestiegen sind (+ 47,5 %).
- Eine modellmäßige Aufspaltung der Zunahme der Gesundheitsausgaben in eine Mengen- und eine Preiskomponente ergab, daß näherungsweise 30 % der Ausgabensteigerung auf Mengenausweitungen zurückzuführen sind, 70 % dagegen auf eine preisbedingte Aufblähung des Budgets.
- Entscheidende Einflußfaktoren auf die Mengenausweitung im ambulanten Bereich waren die Ausweitung des Leistungsvolumens (abgerechnete Punktzahl) und eine Zunahme der Überweisungen, die mit einer wachsenden Arztdichte zusammenhängen

dürfte. Im stationären Bereich wirken der stationäre Krankenstand und der "statistische Pflegesatz" (stationäre Behandlungsausgaben pro Pflegetag) im Trend ausgabensteigernd. Ausgabendämpfende Wirkungen gehen von der "statistischen Verweildauer" aus, die signifikant rückläufig ist. Entscheidende Bedeutung kommt in Zukunft der Entwicklung des preisbereinigten "statistischen Pflegesatzes" zu.

- Ein Maß für die ökonomische Bedeutung des Gesundheitswesens ist die Gesundheitsquote (Gesundheitsleistungen bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt). Nach der allgemeinen Gesundheitsquote, die alle Leistungen des Budgets im Zähler einbezieht, sind 1983 über 12 % oder jede achte DM des erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts über das Gesundheitswesen in irgendeiner Form (Verbrauch oder Umverteilung) geflossen.
- Die Verteilung der Gesundheitsausgaben auf die Altersklassen und Geschlechter gibt Auskunft über demographische Umverteilungsprozesse. Die altersspezifischen Leistungsprofile (gemessen an den Pro-Kopf-Ausgaben) steigen mit zunehmenden Alter in beiden Geschlechtern an. Der Anstieg für die Gesamtheit der Leistungen findet jedoch sein Ende jenseits der Altersgrenze von 65 Jahren. Zwar steigen die Leistungen für Behandlung auch für Personen über 65 Jahren weiter an, doch fallen die Leistungen für Krankheitsfolgen (besonders Lohnfortzahlungen) weitgehend fort. Bei einer Beschränkung der Betrachtung auf den Bereich der GKV liegen dagegen die über 65jährigen an der Spitze der Ausgaben für Gesundheitsleistungen.
- Nach Leistungsarten ergeben sich altersspezifisch recht unterschiedliche Ausgabenmuster. Eine mit den Altersjahren ansteigende Tendenz ist bei der ambulanten Behandlung, der stationären Behandlung sowie den Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln gegeben. Bei der Kurbehandlung und den Krankheitsfolgeleistungen dagegen liegt das Gewicht der Ausgaben vorwiegend auf der Altersklasse zwi-

schen 45 und 65 Jahren. Von der Struktur dieser Pro-Kopf-Größen ist die Struktur der altersspezifischen Gesundheitsquoten zu unterscheiden, die die Ausgaben für die zahlenmäßig sehr unterschiedlich besetzten Altersgruppen abbilden.

- Die zukünftige Entwicklung der Ausgaben im Gesundheitsbereich kann in zwei Komponenten unterteilt werden, eine demographische und eine nicht-demographische (sozio-ökonomische Faktoren). Trifft man Modellannahmen, nach denen in Zukunft für ein reales Ausgabenwachstum nur noch enge Grenzen gesetzt sind, da Maßnahmen zur Kostendämpfung greifen, und geht man von der gegenwärtigen Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Landesamtes aus, so kommt man im Jahre 2000 auf ein preisbereinigtes Ausgabenvolumen (Preisbasis 1980 = 100) von 31,4 Mrd. DM gegenüber 27,7 Mrd. DM im Jahr 1983, was 3 425 DM je Einwohner (1983: 2 991 DM) entspricht. Dieser Pro-Kopf-Wert nimmt somit unter den gegebenen Prämissen bis zum Jahre 2000 jahresdurchschnittlich um 0,8 % zu.
- Demographische Auswirkungen auf das Ausgabenniveau im Gesundheitswesen gehen bis zur Jahrhundertwende praktisch nur vom Altersstruktureffekt der Bevölkerung aus. Die Effekte der Bevölkerungszahl sowie der Geschlechterproportion sind dagegen vernachlässigbar gering. Der demographische Effekt umfaßt nach der zugrundeliegenden Modellrechnung im Zeitraum 1984 bis 2000 nahezu 1,4 Mrd. DM von den gesamten Mehrausgaben in Höhe von 2,2 Mrd. DM. Dies sind 64 % der modellmäßig ermittelten zukünftigen Mehrausgaben. 36 % oder 0,8 Mrd. DM entfallen daher auf weitere Leistungsverbesserungen.
- Demographisch bedingte Minderausgaben treten in Zukunft in beiden Geschlechtern in den Altersgruppen unter 45 Jahren auf und zwar in allen Leistungsarten, diese werden jedoch - entsprechend den altersspezifischen Ausgabenmustern - weit überkompensiert durch die Mehrausgaben für die Altersgruppen über 45 Jahren.

4. Landwirtschaft und Umwelt

4.1 Neuere Aspekte des landwirtschaftlichen Strukturwandels

Weniger Betriebe ausgeschieden

Die seit einigen Jahren angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich mäßigend auf das Tempo der strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft ausgewirkt, diese aber keineswegs zum Stillstand gebracht. So wurden anlässlich der Agrarberichterstattung 1983 nur noch 139 964 landwirtschaftliche Betriebe mit mindestens 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) bzw. einer entsprechenden Mindestmarkterzeugung gegenüber 152 428 Betrieben bei der Landwirtschaftszählung 1979 ermittelt; damit ist der Betriebsbestand binnen 4 Jahren um immerhin 12 464 Einheiten geschrumpft, die entweder die Erzeugung vollkommen aufgegeben oder die einschlägigen Erfassungsgrenzen unterschritten haben. Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Abnahmerate von 2,1 %. Im Zeitraum von 1975 bis

1979 wurden dagegen bei einem Anfangsbestand von 178 306 Betrieben noch mehr als 26 000 Einheiten oder jährlich rund 4 % aufgegeben (Tabelle 1 und Schaubild 1).

Eine Anfang der achtziger Jahre auf Basis der Referenzperiode 1966 bis 1979/80 vorgelegte Prognose des Statistischen Landesamts hatte seinerzeit aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen schon eine gewisse Verlangsamung der strukturellen Umschichtungen unterstellt und für 1985 die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab 1 ha LF mit 115 600, für das Jahr 1990 mit 96 200 angenommen¹. Ein Vergleich mit der tatsächlichen

1 Stadler, R.: Zum Wandel der Betriebs- und Besitzstruktur in der Landwirtschaft, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/September 1980, S. 302 ff. Statistischer und Prognostischer Jahresbericht 1980/81: Fortschreitende Konzentration in der Landwirtschaft, S. 144 ff.

Tabelle 1

Strukturentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von ... bis unter ... ha	Landwirtschaftliche Betriebe						Veränderungen			
	1975		1979		1983		1979 gegen 1975		1983 gegen 1979	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	absolut	in %	absolut	in %
unter 1	11 970	6,7	10 261	6,7	11 049	7,9	- 1 709	-14,3	788	7,7
1 - 2	31 437	17,6	26 075	17,1	23 204	16,6	- 5 362	-17,1	- 2 871	-11,0
2 - 5	43 129	24,2	33 738	22,1	29 328	21,0	- 9 391	-21,8	- 4 410	-13,1
5 - 10	36 204	20,3	29 393	19,3	25 698	18,4	- 6 811	-18,8	- 3 695	-12,6
10 - 15	21 681	12,2	18 067	11,9	15 920	11,4	- 3 614	-16,7	- 2 147	-11,9
15 - 20	14 018	7,9	12 484	8,2	11 230	8,0	- 1 534	-10,9	- 1 254	-10,0
20 - 25	8 832	5,0	8 541	5,6	8 034	5,7	- 291	- 3,3	- 507	- 5,9
25 - 30	4 757	2,7	5 357	3,5	5 555	4,0	600	12,6	198	3,7
30 - 40	3 846	2,2	4 894	3,2	5 375	3,8	1 048	27,3	481	9,8
40 - 50	1 269	0,7	1 886	1,2	2 325	1,7	617	48,6	439	23,3
50 - 100	933	0,5	1 457	1,0	1 910	1,4	524	56,2	453	31,1
100 und mehr	230	0,1	275	0,2	336	0,2	45	19,6	61	22,2
Betriebe insgesamt	178 306	100	152 428	100	139 964	100	- 25 878	-14,5	- 12 464	- 8,2
darunter Betriebe mit 1 ha LF und mehr	166 336	93,3	142 167	93,3	128 915	92,1	- 24 169	-14,5	- 13 252	- 9,3

Entwicklung zeigt nunmehr, daß die Verlangsamung des Strukturwandels zu Beginn der achtziger Jahre doch noch etwas unterschätzt worden war, denn bei Fortschreibung der in den letzten Jahren effektiv realisierten Abgänge kann aus heutiger Sicht (Stand 1984: 126 185) damit gerechnet werden, daß 1985 zumindest noch 120 000 Betriebe vorhanden sein werden.

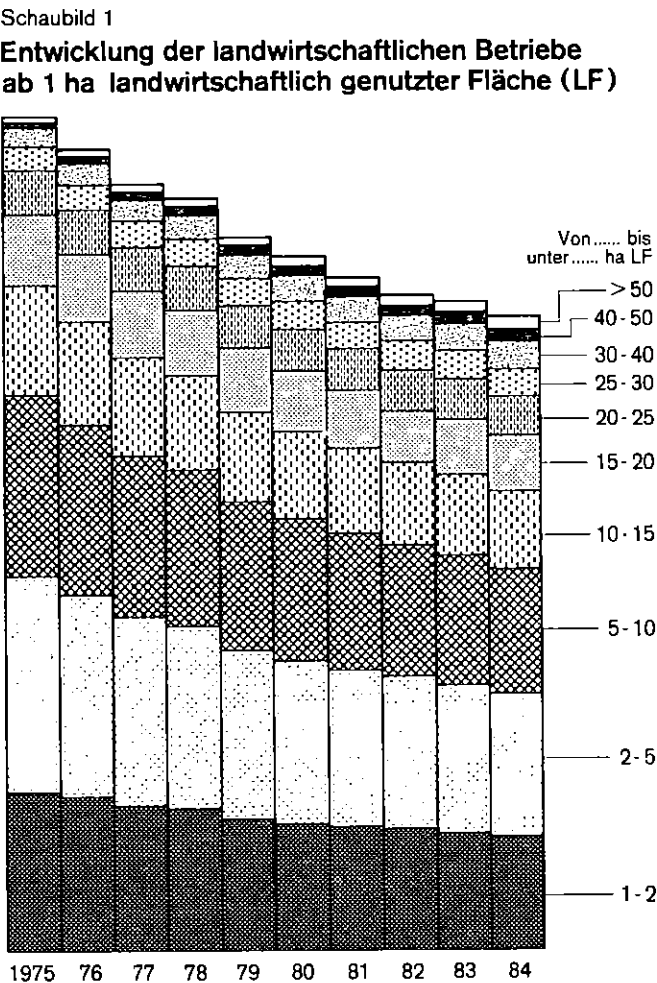
Offensichtlich hat sich die mit der zweiten Ölkrise ausgelöste Stagnation in der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und die damit verbundene zunehmende Beschränkung in den außerlandwirtschaftlichen Erwerbsalternativen mit einer gewissen Zeitverschiebung auch auf den landwirtschaftlichen Strukturwandel ausgewirkt. Die veränderte allgemeine Wirtschaftslage war wohl nicht mehr dazu angetan, Landwirten, die mittel- und langfristig ihre Erwerbsgrundlage in anderen Sektoren der Volkswirtschaft suchen wollten, jenes Maß an Vertrauen in die Sicherheit ihres neuen Arbeitsplatzes zu vermitteln, das eine totale Aufgabe ihrer Betriebe hätte begründen können. Wesentlich stärker als im vergangenen Jahrzehnt blieb daher der Strukturwandel auf den Generationswechsel beschränkt, das heißt, daß Betriebe erst mit dem Erreichen der Altersgrenze der Inhaber ausliefen. (Dies kann wohl bei dem gegebenen Umfeld als die sozial "verträglichste" Form der Betriebsaufgabe bezeichnet werden). Gleichwohl muß auch gesehen werden, daß aufgrund von Unwägbarkeiten am (regionalen) Beschäftigungsmarkt nicht nur zahlreiche abwanderungswillige Kleinbauern ihre Betriebe zunächst weiterführten, sondern darüber hinaus sogar vereinzelt ehemalige Betriebsinhaber, die ihre Markterzeugung bereits weitgehend eingestellt hatten, diese zur Sicherung ihres Lebensunterhalts erneut aufgenommen bzw. ausgeweitet haben.

Wachstumsgrenze bei 30 ha LF

Freilich vollzog sich der Schrumpfungsprozeß in der Landwirtschaft nicht unabhängig von der Größe der Betriebe, sondern in Abhängigkeit von der Flächenausstattung teilweise sogar in gegenläufiger Richtung:

Bis zu einer Betriebsgröße von ca. 25 ha LF nahm die Zahl der Betriebe deutlich ab, in den darüberliegenden Größenbereichen dagegen zu. So sind für die Größenklassen unter 20 ha LF, die 1983 immerhin 116 429 oder 83 % aller landwirtschaftlichen Betriebe vereinigten, Abnahmeraten gegenüber 1979 von mehr als 10 % charakteristisch (ausgenommen Kleinstbetriebe unter 1 ha LF), für die Betriebe mit 2 bis 5 ha LF sogar von 13 %. Wesentlich schwächer ging im gleichen Zeitraum die Zahl der Betriebe mit einer Wirtschaftsgrundlage von 20 bis 25 ha LF zurück (- 6 %).

Demgegenüber weist die nächsthöhere Größenklasse (25 bis 30 ha LF) bereits eine bescheiden positive Entwicklung auf (+ 3,7 %); 1983 entfielen auf diese Gruppe 5 555 Betriebe und damit rund 200 mehr als 1979. Allerdings hatte diese Größenklasse in den Jahren zuvor noch weit stärkere Zunahmen (z.B. zwischen



1975 und 1979 um + 12,6 % oder 600 Betriebe) zu verzeichnen. Nach den Ergebnissen der Strukturauszählung von 1984 zeichnet sich nun hier eine Stagnation, wenn nicht sogar der Beginn einer Entwicklungsumkehr ab, wie sie in der Vergangenheit bekanntlich schon die Gruppe der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe mit weniger als 25 ha LF betroffen hatte. Dabei konnte die nunmehr bedrohte Gruppe der Betriebe mit 25 bis 30 ha LF in der Vergangenheit durch Flächenaufstockung bzw. innerbetriebliche Organisationsänderungen ihre Einkommensbasis meist so erweitern, daß die Existenz der Höfe gesichert schien.

Im Zuge zunehmender Kostenbelastung und schrumpfender Gewinne wurde es aber zunehmend schwieriger, bei dieser Flächenausstattung ein für den Lebensunterhalt der Bewirtschafterfamilie ausreichendes Einkommen und die für ein weiteres Wachstum notwendige Eigenkapitalbildung zu erbringen. Nach dem Agrarbericht der Bundesregierung 1985 bewegt sich der Gewinn je Familienarbeitskraft in landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben heute in etwa auf dem Niveau des Wirtschaftsjahres 1974/75² (rund 21 500 DM). Demgegenüber ist der gewerbliche Vergleichslohn im selben Zeitraum um rund 55 % auf 34 303 DM und der Preisindex für die Lebenshaltung gegenüber 1975 um mehr als 40 % angestiegen. Bei dieser Lage sahen sich viele Betriebe gezwungen, entweder einen außerbetrieblichen Zuerwerb aufzunehmen oder die Produktionsgrundlagen zu erweitern. Die Flächenzupacht als die einfachste Möglichkeit der Kapazitätsaufstockung setzt jedoch ein gewisses Maß an Bodenmobilität voraus, das nicht überall zu tragbaren Bedingungen gegeben ist; scheiden Flächenzupacht oder -kauf aber aus, so ist eine Kapazitätserweiterung nur durch innerbetriebliche Aufstockung über Bestandsausdehnungen in der Viehhaltung möglich.

Wachstumschancen werden genutzt

Daß der Weg der Flächenausdehnung – wo immer möglich – genutzt wird, zeigt sich an der raschen Zunahme der Betriebe mit mehr als 30 ha LF (1983: 9 946 Betriebe, das sind 16 % mehr als 1979).

Besonders stark profitierten bei einem Zuwachs von rund 30 % die Betriebe mit mehr als 50 ha LF (nunmehr 2 246 Betriebe), wobei es sich wohl gleichermaßen um Höfe handelt, die langfristig über mehrere Zwischenstufen diesen Umfang erreicht haben oder die kapitalstark genug waren, um die Aufstockung in einem entscheidenden Wachstumsschritt vollziehen zu können. Allerdings spielt diese Betriebsgruppe zahlenmäßig auch heute noch in unserem Bundesland eine untergeordnete Rolle, wenn sich auch ihr Anteil seit 1975 von 0,65 % auf 1,6 % mehr als verdoppelt hat.

Bedenklich stimmt aber die Tatsache, daß sich für die darunterliegende Größenklasse der für manche Regionen typischen bäuerlichen Haupterwerbsbetriebe mit 30 bis 40 ha LF die Chance einer Kapazitätserweiterung offenbar nur noch in sehr viel bescheidenerem Umfang bietet als bisher. Die Zunahmequote der Zahl dieser Betriebe hat sich jedenfalls im Zeitraum von 1979 bis 1983 sowohl relativ als auch absolut wesentlich vermindert: Wuchs dieser Größenbereich in den vier Jahren zuvor noch um mehr als 1 000 Betriebe oder über ein Viertel seines Ausgangsbestandes an, so konnte er jetzt nur noch 480 Betriebe oder 10 % zulegen. Die Intensität dieser Abschwächung muß wohl als Hinweis darauf verstanden werden, daß die betriebliche Wachstumsschwelle selbst diesen Größenbereich in absehbarer Zeit überrollen könnte. Dabei bleibt zunächst offen, ob diese Entwicklung mehr auf die sich abzeichnende Schrumpfung des (über den Strukturwandel freiwerdenden) Flächenpotentials oder auf eine wirtschaftlich bedingte Umorientierung vom landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieb zum Nebenerwerbsbetrieb zurückzuführen ist.

Abnehmende Bedeutung des Haupterwerbsbetriebs ...

Die "Sicherung einer bäuerlichen Betriebsstruktur aus Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben"³ ist bekanntlich erklärtes Ziel der Bundes- wie der Landesagrarpolitik. Beide gehen vom Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes aus,

² Agrarbericht 1985 der Bundesregierung, S. 22 ff.

³ Zielstruktur des BML, Unterziel A-V, ebenda, S. 56 und S. 109

Tabelle 2

Landwirtschaftliche Betriebe nach sozialökonomischen Betriebstypen¹⁾ und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)

LF von ... bis unter ... ha	Betriebe								
	1975			1979			1983		
	ins- gesamt	davon		ins- gesamt	davon		ins- gesamt	davon	
		Haupterwerb	Nebenerwerb		Haupterwerb	Nebenerwerb		Haupterwerb	Nebenerwerb
Anzahl									
unter 1	11 787	2 044	9 743	10 165	1 768	8 397	10 939	1 718	9 221
1 – 2	31 193	2 543	28 650	25 836	1 665	24 171	22 974	1 495	21 479
2 – 5	42 799	6 272	36 527	33 403	3 908	29 495	29 029	3 208	25 821
5 – 10	35 980	13 514	22 466	29 183	8 283	20 900	25 509	6 414	19 095
10 – 15	35 559	27 268	8 291	17 969	10 366	7 603	15 856	8 101	7 755
15 – 20				12 433	9 973	2 460	11 178	8 289	2 889
20 – 25	13 513	12 779	734	8 505	7 664	841	8 005	6 921	1 084
25 – 30				5 327	4 994	333	5 528	5 060	468
30 – 40	5 041	4 839	202	4 852	4 640	212	5 336	5 034	302
40 – 50				1 848	1 784	64	2 288	2 181	107
50 u. mehr	1 028	944	84	1 578	1 503	75	2 107	2 000	107
Insgesamt	176 900	70 203	106 697	151 099	56 548	94 551	138 749	50 421	88 328
Anteile in %									
unter 1	100	17,3	82,7	100	17,4	82,6	100	15,7	84,3
1 – 2	100	8,2	91,8	100	6,4	93,6	100	6,5	93,5
2 – 5	100	14,7	85,3	100	11,7	88,3	100	11,1	88,9
5 – 10	100	37,6	62,4	100	28,4	71,6	100	25,1	74,9
10 – 15	100	76,7	23,3	100	57,7	42,3	100	51,1	48,9
15 – 20				100	80,2	19,8	100	74,2	25,8
20 – 25	100	94,6	5,4	100	90,1	9,9	100	86,5	13,5
25 – 30				100	93,7	6,3	100	91,5	8,5
30 – 40	100	96,0	4,0	100	95,6	4,4	100	94,3	5,7
40 – 50				100	96,5	3,5	100	95,3	4,7
50 u. mehr	100	91,8	8,2	100	95,2	4,8	100	94,9	5,1
Insgesamt	100	39,7	60,3	100	37,4	62,6	100	36,3	63,7

1) Die sozialökonomische Gliederung erstreckt sich nur auf Betriebe in der Hand natürlicher Personen; Betriebe in der Hand juristischer Personen sind daher nicht enthalten.

dessen Schutz und Sicherung ihnen ein besonderes Anliegen ist. Die Landesregierung sieht darüber hinaus bei agrarpolitischen Entscheidungen den bäuerlichen Familienbetrieb in seiner Strukturvielfalt als Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieb und möchte ein ausgewogenes Verhältnis in der sozialökonomischen Betriebsstruktur gewahrt wissen⁴.

Vergleicht man auf diesem Hintergrund die Entwicklung der vergangenen acht Jahre (1975 bis 1983), so ist deutlich zu

erkennen, daß der Anteil der sog. Haupterwerbsbetriebe⁵, bei denen die Landwirtschaft die einzige oder überwiegende Einkommensgrundlage der Familie des Betriebsinhabers bildet, tendenziell

⁵ In der Agrarstatistik erfolgt die Kennzeichnung des sozialökonomischen Betriebstyps nicht nach dem Erwerbsprinzip, sondern nach dem Anteil betrieblicher und außerbetrieblicher Einkommensarten am Gesamteinkommen des Betriebsinhaberehepaares. Dabei werden Einkommen aus anderer Erwerbstätigkeit, Rente, Arbeitslosengeld, Verpachtung etc. gleichermaßen als außerbetriebliche Einkünfte gewertet. Betriebe mit außerbetrieblichem Einkommen, das niedriger ist als das betriebliche, verhalten sich aus statistischer Sicht relativ instabil; es empfiehlt sich daher, nur folgende zwei Gruppen von Betrieben zu unterscheiden: 1. Betriebe mit überwiegend oder ausschließlich betrieblichem Einkommen des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten. 2. Betriebe mit überwiegend außerbetrieblichem Einkommen des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten.

⁴ Regierungserklärung der Landesregierung für die Legislaturperiode 1984 – 1988, S. 42

sinkt: Lag der entsprechende Wert 1975 noch bei knapp 40 %, so beläuft er sich mittlerweile nur noch auf etwas mehr als 36 %. Dabei sind überraschenderweise nicht nur die unteren Größenkategorien, sondern auch die übrigen Größenklassen betroffen, die allerdings noch immer die Domäne der Haupterwerbslandwirtschaft bilden. So werden bislang unter den Betrieben mit mehr als 30 ha LF reichlich 90 % im Haupterwerb bewirtschaftet (9 215 Betriebe). Selbst in der Betriebsgruppe von 10 bis 15 ha LF gab bei der Agrarberichterstattung 1983 jeder zweite Betriebsinhaber an, sein Einkommen überwiegend aus dem landwirtschaftlichen Betrieb zu beziehen (8 101 Betriebe) (Tabelle 2).

Hier muß allerdings berücksichtigt werden, daß das Spektrum möglicher Einkommenskombinationen sehr breit ist, so daß man in der letztgenannten Klasse verstärkt sog. Zuerwerbsbetriebe vermuten kann, denen ein gewisser Teil des Gesamteinkommens - im Extremfall bis zu 49 % - aus anderen, außerbetrieblichen Quellen, wie außerlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld, Rente oder dgl. zufließt. Andererseits findet man die sog. Vollerwerbsbetriebe, bei denen die Landwirtschaft die alleinige Existenzgrundlage des Bewirtschafters und seiner Familie bildet, mehr im Größenbereich ab 25 bzw. 30 ha LF.

... bei steigendem Anteil von Nebenerwerbsbetrieben

Bei der besonderen Struktureigentümlichkeit Baden-Württembergs galt daher das Augenmerk der Landesregierung seit jeher auch den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben, denen aufgrund zu niedriger Einkommenskapazitäten der Zugang zur Bundes- bzw. EG-Förderung verwehrt blieb. Bereits Mitte der 70er Jahre wurde deshalb landesintern ein Agrarkreditprogramm aufgelegt, mit dessen Hilfe auch solchen Betrieben die Durchführung von Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen erleichtert werden konnte. Neben den kleineren Haupterwerbsbetrieben standen diese Mittel vor allem den Nebenerwerbslandwirten zur Verfügung.

94 % der Landwirte, deren Einkommen überwiegend aus außerbetrieblichen Quellen stammt, bewirtschaften jedoch weniger als 15 ha LF, weit über ein Drittel sogar weniger als 2 ha LF. In den letzten Jahren hatte der sozialökonomische Betriebstyp des Nebenerwerbsbetriebs in den Größenklassen bis unter 10 ha LF Abnahmeraten von etwa 10 % zu verzeichnen, während gleichzeitig die größeren Nebenerwerbsbetriebe (15 ha LF und mehr) zahlenmäßig überproportional zunahmten: Die Zuwachsraten beliefen sich bei Betrieben mit 15 bis 20 ha LF auf 17 %, bei solchen mit 25 bis 40 ha LF auf mehr als 40 % und in der Größenklasse von 40 bis 50 ha LF sogar auf 67 %.

Die mit der Betriebsgröße steigenden relativen Zuwachsraten sind zwar teilweise auf das unterschiedliche absolute Ausgangsniveau zurückzuführen und insofern statistisch bedingt. Gleichwohl lassen sie erkennen, daß die Nebenerwerbslandwirtschaft inzwischen offensichtlich auf allen Betriebsgrößenstufen Beachtung findet. In über 88 300 oder 64 % aller Betriebe bezieht das Inhaberehepaar heute sein Einkommen überwiegend aus außerbetrieblichen Quellen, während es 1979 noch 63 % und 1975 erst 60 % waren. Damit verfügen die Nebenerwerbsbetriebe - ungeachtet der im Vergleich zu Haupterwerbsbetrieben niedrigeren Kapazitätsausstattung - zusammen über ein nicht zu unterschätzendes Produktionspotential: Immerhin befinden sich 462 251 ha oder 30,6 % der LF in der Hand von Nebenerwerbslandwirten. Hinzu kommt ein beachtlicher Beitrag, den dieser sozialökonomische Betriebstyp zur ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung, besonders in benachteiligten Gebieten, leistet. Von besonderer Bedeutung ist schließlich die Sozialfunktion der Nebenerwerbslandwirtschaft, die durch Einkommenssicherung aufgrund wechselnder Erwerbskombinationen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage, besonders in strukturschwachen Räumen, beiträgt und damit einer Bevölkerungsentleerung der ländlichen Gebiete entgegenwirkt. Um so bemerkenswerter ist die Tatsache, daß mit der jüngsten Abschwächung des betrieblichen Strukturwandels auch die Umorientierung vom Haupterwerb zum Nebenerwerb tendenziell nachgelassen hat.

Wandlungen in der Flächennutzung . . .

Mit den Veränderungen der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur und der sozialökonomischen Verhältnisse gingen zugleich Wandlungen in den Produktionsgrundlagen einher, die allerdings sowohl hinsichtlich der fruchtartenspezifischen Flächennutzung als auch des Umfangs der Tierbestände relativ geringere Veränderungsraten aufweisen als die jeweils zugehörige Zahl von Betrieben.

Dies gilt in erster Linie für die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), deren Umfang 1983 in den landwirtschaftlichen Betrieben mit 1,509 Mill. ha gegenüber 1,532 Mill. ha im Jahr 1979 festgestellt wurde (Tabelle 3). Verglichen mit dem Rückgang der Betriebe um 8,2 % nimmt sich die Einschränkung der LF um 23 000 ha oder 1,5 % eher bescheiden aus, so daß im Durchschnitt der Betriebe heute eine größere Flächenkapazität zur Verfügung steht als vor 4 bzw. 8 Jahren.⁶ Es ist aber zu vermuten, daß die freigewordenen Flächen nicht allen

Betrieben gleichermaßen zugutekamen, sondern überwiegend von den größeren, wachstumsorientierten Betrieben aufgenommen wurden.

Mittlerweile sind nämlich mehr als 40 % der LF auf Betriebe konzentriert, deren Flächenausstattung 25 ha LF übersteigt (das sind 11 % aller landwirtschaftlichen Betriebe), während 1979 auf denselben Größenbereich erst 34,9 % der LF und 9,1 % der Betriebe, 1975 sogar nur 26,4 % der Fläche und 6,2 % der Betriebe entfielen.

In diesem Zusammenhang ist gleichwohl bemerkenswert, daß innerhalb der einzelnen Größenklassen die relativen Veränderungen in der Zahl der Betriebe mit denen der LF weitgehend übereinstimmen. Hinsichtlich des absoluten Flächenumfangs und dessen Entwicklung unterscheiden sich die Größenklassen jedoch beträchtlich. So entspricht z.B. der Flächenzuwachs der Größenklassen ab 30 ha LF in etwa den Abgängen im Größenbereich zwischen 5 und 30 ha LF. Allerdings ist ein solcher Vergleich, der auf Saldensummen beruht, wenig geeignet, die Wanderungsbewegung der LF zwischen den Betrieben im einzelnen sicht-

6 Da sich die vergleichbare Entwicklung zwischen 1975 und 1979 sogar mit größerer Intensität vollzog, kann die Aussage auf diesen Zeitraum erweitert werden.

Tabelle 3

Strukturentwicklung der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)

LF von ... bis unter ... ha	Landwirtschaftlich genutzte Fläche in ha						Veränderungen			
	1975		1979		1983		1979 gegen 1975		1983 gegen 1979	
	ha	%	ha	%	ha	%	absolut (ha)	%	absolut (ha)	%
unter 1	6 443	0,4	6 010	0,4	6 237	0,4	— 433	— 6,7	227	3,8
1 — 2	44 652	2,8	36 901	2,4	32 886	2,2	— 7 751	— 17,4	— 4 015	— 10,9
2 — 5	141 773	9,0	110 901	7,2	96 368	6,4	— 30 872	— 21,8	— 14 533	— 13,1
5 — 10	261 932	16,6	213 930	14,0	187 193	12,4	— 48 002	— 18,3	— 26 737	— 12,5
10 — 15	266 699	16,9	222 463	14,5	196 247	13,0	— 44 236	— 16,6	— 26 216	— 11,8
15 — 20	242 444	15,4	216 619	14,1	194 924	12,9	— 25 825	— 10,7	— 21 695	— 10,0
20 — 25	196 293	12,5	190 736	12,5	179 529	11,9	— 5 557	— 2,8	— 11 207	— 5,9
25 — 30	129 601	8,2	146 283	9,6	151 778	10,1	— 16 682	12,9	5 495	3,8
30 — 40	130 652	8,3	166 580	10,9	183 971	12,2	35 928	27,5	17 391	10,4
40 — 50	56 007	3,6	83 422	5,4	103 159	6,8	27 415	49,0	19 737	23,7
50 — 100	60 476	3,8	93 321	6,1	122 321	8,1	32 845	54,3	29 000	21,1
100 und mehr	39 181	2,5	45 241	3,0	54 821	3,6	6 060	15,5	9 580	21,2
Betriebe insgesamt	1 576 153	100	1 532 407	100	1 509 434	100	— 43 746	— 2,8	— 22 973	— 1,5
darunter Betriebe mit 1 ha LF und mehr	1 569 710	99,6	1 526 397	99,6	1 503 197	99,6	— 43 313	— 2,8	— 23 200	— 1,5

bar zu machen. Das ist nur mit Hilfe der nachfolgend dargestellten Verlaufsbeurteilung möglich. Zuvor sollen jedoch die mit dem betrieblichen Strukturwandel verbundenen Veränderungen in den Nutzungsformen der pflanzlichen und tierischen Produktion schlaglichtartig aufgezeigt werden.

Das Ackerland stellt mit einem Anteil von 55,4 % (836 465 ha) die wichtigste Nutzungsform der LF dar. In seine Bewirtschaftung teilten sich 1983 etwa 118 000 oder 85 % aller landwirtschaftlichen Betriebe. Da 1979 noch knapp 133 000 Betriebe einen mehr oder weniger großen Teil ihrer Fläche als Ackerland bewirtschafteten, müssen zwischenzeitlich mehr Betriebe die ackerbauliche Nutzung aufgegeben haben als insgesamt aus dem Erfassungsbereich der Agrarberichterstattung ausgeschieden sind. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß abstockende Betriebe ihre ackerbaulich nutzbaren Flächen oftmals leichter verpachten konnten als Grünland, das sie dann notgedrungen selbst weiterbewirtschafteten. Die Ackerfläche wurde um rund 7 900 ha eingeschränkt; dementsprechend lassen sich etwa 35 % des Rückgangs der landwirtschaftlich genutzten Fläche durch die Reduzierung der Ackerfläche erklären (Tabelle 4).

Das Ackerland wird zu 69 % mit Getreide bestellt (577 000 ha), wobei Weizen als Hauptgetreideart allein knapp 27 % (222 000 ha) beansprucht und von fast 95 000 Betrieben angebaut wird. Obwohl sich der Weizenanbau in den letzten Jahren praktisch stabilisiert hat, sind auch hier Konzentrationserscheinungen erkennbar. Bei dem gleichzeitigen Rückgang des Sommergerste-, Hafer- und Roggenanbaus fand demgegenüber die Wintergerste als ertragsstarke, frühräumende Feldfrucht vermehrt Eingang in die Fruchtfolgen: Hatte sie im Jahr 1979 lediglich 6,7 % der Ackerfläche beansprucht, so waren es im Jahr 1983 schon 9,4 % (78 400 ha). Dabei nahm die Zahl der Wintergersterzeuger nicht nur in größeren, sondern auch in kleinen und mittleren Betrieben (ausgenommen Kleinbetriebe unter 5 ha LF) bei steigenden Zuwachsraten deutlich zu.

Tendenziell vergleichbar, aber in wesentlich größeren Wachstumssprüngen

verlief die Entwicklung bei der Mähdruschfrucht Raps: Günstige Preisverhältnisse, Züchtungsfortschritte, insbesondere die Schaffung moderner, ertragsstabiler Sorten, und die optimale Eingliederung in die vorhandenen Fruchtfolgen begünstigten eine Ausdehnung des Anbauumfangs innerhalb von 4 Jahren von 11 300 auf knapp 31 000 ha oder das 2,7 fache; ähnlich vermehrte sich die Zahl der Rapserzeuger. Bemerkenswerterweise lag der Schwerpunkt der Entwicklung mit Zuwachsraten von 220 % und mehr bei Betrieben, die zwischen 2 und 15 ha LF bewirtschafteten, bei Betrieben also, die überwiegend im Nebenerwerb geführt werden und dazuhin besonders stark vom Strukturwandel betroffen sind.

Weiter eingeschränkt wurde demgegenüber der Anbau von Hackfrüchten, dem zu Beginn der siebziger Jahre noch 13 %, 1983 nurmehr 7 % der Ackerfläche eingeräumt wurde. Dieser Rückgang um 55 000 ha auf 58 500 ha - 25 % davon seit 1979 - ging bei weitgehend stagnierender Zuckerrübenfläche vor allem zu Lasten des Kartoffelbaus und der Futterhackfrüchte, die auf ein Drittel (18 400 ha) bzw. die Hälfte (17 800 ha) schrumpften. Dabei fällt auf, daß der Kartoffelanbau vor allem bei Betrieben der mittleren Größenklassen überproportional reduziert wurde, während sich die Zuckerrübenfläche dort vergleichsweise gut behauptete. Ackerfutterpflanzen werden seit 1979 in nahezu unverändertem Umfang von knapp 153 000 ha (18 % der Ackerfläche) angebaut, wobei Silomais die Leguminosen (Klee, Luzerne) stark zurückdrängte und jetzt über 60 % der Ackerfutterfläche einnimmt. Neben den Erträgen des Dauergrünlands stellt der Mais in vielen rindviehhaltenden Betrieben eine wichtige Grundfutterkomponente dar. Er hat deshalb bevorzugt in mittleren und größeren Betrieben Eingang gefunden.

Dauergrünland wurde 1983 von 116 168 Betrieben im Umfang von 627 500 ha nachgewiesen; nach dem Ackerland (836 500 ha) bildet das Dauergrünland damit die zweitwichtigste Kulturart der LF. Seit 1979 wurden 14 350 ha Grünlandflächen einer anderen Nutzung zugeführt, also beinahe doppelt soviel wie beim Ackerland, obwohl gleichzeitig we-

Tabelle 4

Ausgewählte Merkmale zur pflanzlichen und tierischen Erzeugung der landwirtschaftlichen Betriebe 1979 und 1983

Ausgewählte Merkmale	Betriebe				Fläche (ha) bzw. Tierbestand (Anzahl)			
	1979	1983	Veränderung 1983 gegen 1979		1979	1983	Veränderung 1983 gegen 1979	
	Anzahl		absolut	%	ha/Anzahl		absolut	%
Ackerland	132 953	118 072	- 14 881	- 11,2	844 375	836 465	- 7 910	- 0,9
darunter								
Getreide	122 576	107 568	- 15 008	- 12,2	587 788	576 924	- 10 864	- 1,9
darunter								
Weizen	109 698	94 932	- 14 766	- 13,5	221 935	221 965	30	0,01
Wintergerste	38 219	41 548	3 329	8,7	56 920	78 385	21 465	37,7
Raps ¹⁾	3 883	10 698	6 815	175,5	11 305	30 954	19 649	173,8
Hackfrüchte	²⁾	²⁾	-	-	72 158	58 495	- 13 663	- 18,9
darunter								
Kartoffeln	97 478	76 047	- 21 431	- 22,0	26 571	18 391	- 8 180	- 30,8
Zuckerrüben ³⁾	7 378	6 160	- 1 218	- 16,5	22 515	22 288	- 227	- 1,0
Futterhackfrüchte ^{3) 4)}	65 573	49 493	- 16 080	- 24,5	23 072	17 816	- 5 256	- 22,8
Futterpflanzen	75 124	63 389	- 11 735	- 15,6	153 587	152 601	- 986	- 0,6
darunter								
Grün- und Silomais	40 290	38 097	- 2 193	- 5,4	82 691	91 981	9 290	11,2
Dauergrünland	152 160	139 684	- 12 476	- 8,2	1 532 103	1 509 434	- 22 669	- 1,5
Rebland	25 822	24 579	- 1 243	- 4,8	20 777	21 880	1 103	5,3
Gartengewächse	12 544	10 296	- 2 248	- 17,9	8 078	7 343	- 735	- 9,1
Obstanlagen	24 413	21 980	- 2 433	- 10,0	17 796	16 681	- 1 115	- 6,3
Baumschulen	913	916	3	0,3	2 434	2 613	179	7,4
Rindvieh	87 057	75 703	- 11 354	- 13,0	1 855 272	1 822 218	- 33 054	- 1,8
darunter								
Milchkühe	76 359	65 552	- 10 807	- 14,2	690 453	682 011	- 8 442	- 1,2
Schweine	93 309	80 966	- 12 343	- 13,2	2 135 153	2 176 138	40 985	1,9
darunter								
Zuchtsauen	28 328	23 544	- 4 784	- 16,9	277 112	292 475	15 363	5,5
Mastschweine ⁵⁾	89 320	77 650	- 11 670	- 13,1	1 153 810	1 145 169	- 8 641	- 0,8
Legehennen	86 168	70 642	- 15 526	- 18,0	5 283 639	4 304 487	- 979 152	- 18,5

1) Winter- und Sommerfrucht. — 2) Werte nichtverfügbar. — 3) Ohne Saatgutvermehrung. — 4) Z.B. Runkelrüben, Kohlrüben, Futtermöhren, Futterkohl, Markstammkohl, Topinambur. — 5) Mit 20 und mehr kg Lebendgewicht.

niger Betriebe die Bewirtschaftung von Grünland als von Ackerland total aufgegeben haben (Grünland: - 12 582 Betriebe, Ackerland: - 14 881 Betriebe). Dies resultiert daraus, daß auf Ackerbaustandorten oft sämtliche Grünlandflächen, die von der Gelände- bzw. Bodenbeschaffenheit her ackerfähig waren, umgebrochen wurden. Dabei blieb vielfach aber absolutes Grünland zurück, das nur schwer zu verpachten ist und deshalb in den meisten Fällen so extensiv wie möglich weiter genutzt wird.

Abgesehen von diesen regional begründeten Unterschieden ist aber auch für das Dauergrünland eine Verlagerung von den unteren zu den oberen Betriebsgrößenklassen zu erkennen, ohne daß der Saldenvergleich die Veränderungen im einzelnen aufzeigt.

... und in der Tierhaltung

Der hohe Stellenwert der Tierhaltung läßt sich schon daran ermessen, daß mehr als 4,8 Mrd. DM oder rund 60 %

der gesamten Verkaufserlöse der heimischen Landwirtschaft aus tierischen Erzeugnissen resultieren. Zur Sicherung eines ausreichenden Familieneinkommens ist die Nutztierhaltung bei den begrenzten Wachstumsmöglichkeiten über die Fläche in vielen Betrieben unverzichtbar. Unter Liquiditätsgesichtspunkten kommt insbesondere dem regelmäßig anfallenden Milchgeld Bedeutung zu.

Da infolge des Strukturwandels eine große Zahl kleiner Tierhaltungen aufgelöst wurde, wuchsen die durchschnittlichen Bestandsgrößen in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich an, wenn sie auch den in anderen Bundesländern üblichen Umfang vielfach bei weitem nicht erreichten. So entfielen 1983 beispielsweise auf einen milchviehhaltenden Betrieb in Baden-Württemberg durchschnittlich gut 10 Milchkühe, in Schleswig-Holstein dagegen 32.

Besonders deutlich zeigten sich die strukturellen Umschichtungen bei der Milchviehhaltung: Die Zahl der Milcherzeuger nahm zwischen 1979 und 1983 um knapp 11 000, die Zahl der Kühe um weniger als 8 500 ab. Das bedeutet, daß zwar 14 % der 1979 ermittelten Milchproduzenten die Rinderhaltung ganz aufgegeben oder auf Fleischerzeugung umgestellt haben, die dadurch zu erwartende Verringerung der Milchviehbestände aber durch Aufstockungen in anderen Betrieben weitgehend kompensiert wurde. Gleichzeitig kamen verstärkt züchterische Fortschritte und verbesserte Haltungsbedingungen in den Betrieben zum Tragen, so daß die Milcherzeugung weiter stieg. National und EG-weit übertraf die Milchproduktion den Verbrauch an Milchprodukten sogar so stark, daß einschneidende Maßnahmen zu ihrer Beschränkung unvermeidbar waren. Die im Mai 1984 erlassene Milch-Garantiemengen-Verordnung zeigt ihrerseits in Verbindung mit der Milchrentenaktion für den Freikauf von Milchkontingenten mittlerweile deutliche Auswirkungen auf Umfang und Struktur der Milchviehhaltung: Nach den Ergebnissen der Viehzählung vom Dezember 1984 gibt es in Baden-Württemberg noch rund 60 800 Milchkuhhalter mit gut 677 000 Milchkühen. Seit Anfang 1983 wurde die Milcherzeugung somit von etwa 5 000 Haltern aufgegeben, was per saldo einen Rückgang um 5 000 Tiere mit sich

brachte. Allerdings waren die Kuhbestände zwischenzeitlich erheblich aufgestockt und weitere Produktionsausdehnungen bereits eingeleitet worden. Daher konnte die Zahl der Milchkühe allein zwischen Juni und Dezember 1984 um ca. 16 800 verringert werden.

Im übrigen vollzog sich auch die Anpassung der Kuhbestände an die veränderten Produktions- und Absatzverhältnisse in den Bestands- und Betriebsgrößenklassen nicht einheitlich. Vielmehr zeichneten sich Betriebe mit weniger als 15 Kühen von 1980 bis 1984 fast über alle Größenklassen hinweg durch Bestands-einschränkungen, Betriebe mit mehr als 30 Kühen dagegen durch Bestandsaufstockungen aus, wobei mit zunehmender Betriebsgröße die Zuwachsraten anstiegen.

Bei der Rindfleischerzeugung, die vor allem als Jungbullmast betrieben wird, ist eine eindeutige Entwicklung der Bestandsstruktur dagegen nicht klar zu erkennen. Zwar verlief der Anpassungsprozeß aufgrund enger gewordener Gewinnspannen in den zurückliegenden Jahren hier schneller als in anderen Bereichen, so daß 1983 lediglich noch 37 300 bullenhaltende Betriebe festgestellt werden konnten, was einer Abnahme um 17 % innerhalb von 4 Jahren entspricht, während sich der Rückgang der rindviehhaltenden Betriebe insgesamt nur auf 13 % oder 11 350 bezifferte. Für die zukünftige Entwicklung der Rindviehhaltung bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen sich langfristig aus den einschneidenden Maßnahmen auf dem Milchmarkt ergeben.

Die Auswirkungen auf die Schweinehaltung lassen sich indessen teilweise schon beobachten. Eine Reihe von Betrieben versucht nämlich, die frei gewordenen Kapazitäten (Arbeit, Stallraum, Fläche) über Schweinemast bzw. vermehrte Ferkelerzeugung zu nutzen. Nun sind zwar die Schlachtschweinebestände bekanntermaßen neben saisonalen auch zyklischen Schwankungen unterworfen, die ihrerseits auf die Ferkelproduktion zurückwirken, doch traten in der Schweinehaltung bislang gleichwohl zwei Entwicklungsrichtungen zutage: einerseits wurde die Schweinemast zwischen 1979 und 1983 wie zuvor eingeschränkt, wobei dem Be-

standsabbau in Betrieben mit weniger als 30 ha LF Zugänge bei den Großbetrieben gegenüberstehen. Dies hat zur Folge, daß mittlerweile etwa ein Drittel aller Mastschweine auf rund 6 500 Betriebe - das sind weniger als 10 % aller mastschweinehaltenden Betriebe - konzentriert sind. Da die Schweinefleischerzeugung in Baden-Württemberg seit Jahren kontinuierlich sinkt, hat die Landesregierung Anfang 1984 ein Aktionskonzept zu deren Stützung und Stabilisierung mit dem Ziel vorgelegt, wieder einem größeren Kreis von Landwirten einen Anreiz zur Schweinefleischerzeugung zu bieten.

Andererseits expandierte die Ferkelerzeugung, gemessen am Umfang der Zuchtsauenbestände, weiter und dies nicht nur in landwirtschaftlichen Großbetrieben; vielmehr nahm die Zahl der Zuchtsauen sogar bei den Betrieben mit 20 bis 30 ha LF zu, obwohl sich die Zahl der Halter in dieser Größenklasse gleichzeitig deutlich verringerte (- 12 %).

Allgemein läßt sich auch bei der Schweinehaltung beobachten, daß Ferkelproduktion wie Schweinemast - sieht man einmal von den relativ wenigen flächenlosen Veredlungsbetrieben ab - von den Kleinbetrieben und -haltungen weg hin

zu größeren Einheiten wandern, die als spezialisierte Betriebszweige dann kostensparenden Effekten leichter zugänglich sind und zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Gesamtbetrieb beitragen.

Einzelbetriebliche Verlaufsuntersuchung zeigt Wanderungsverhalten auf

Die dargestellten Veränderungen in den Produktionskapazitäten lassen erkennen, daß der betriebliche Strukturwandel immer wieder durch konjunkturelle Einflüsse verschiedenster Art überlagert und modifiziert wird. Je nach vorhandener Produktionsausrichtung der Betriebe wirkten sich dabei Preis- und Kostenveränderungen in unterschiedlicher Weise auf die Betriebsformen und -typen aus. Die sachlogischen Abhängigkeiten und Verknüpfungen kommen jedoch in den summierten Ergebnissen der Strukturtabellen nur in sehr unzureichendem Maße zum Ausdruck. Selbst dort, wo die konjunkturelle Überlagerung gering ist, gewähren Saldenvergleiche eben keinen Einblick in das einzelbetriebliche Wanderungsverhalten der Betriebe und Produktionskapazitäten. Deshalb hat das Statistische Landesamt in Ergänzung des üblichen Vergleichs von Betriebsgrößenklassen eine einzelbetriebliche Verlaufs-

Tabelle 5

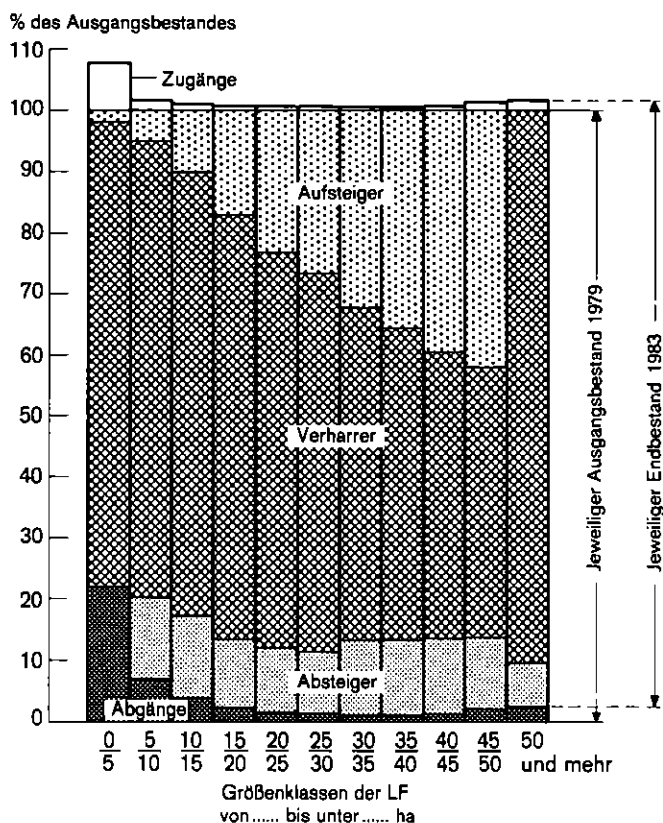
Einzelbetriebliche Verlaufsentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) zwischen 1979 und 1983

Betriebe		Größenklassen von ... bis unter ... ha LF											
		0 - 5	5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 40	40 - 45	45 - 50	50 und mehr	insgesamt
Betriebe insgesamt	1979	70 074	29 393	18 067	12 484	8 541	5 357	3 134	1 760	1 149	737	1 732	152 428
	1983	63 581	25 698	15 920	11 230	8 034	5 555	3 271	2 104	1 350	975	2 246	139 964
	% ¹⁾	90,7	87,4	88,1	90,0	94,1	103,7	104,4	119,6	117,5	132,3	129,7	91,8
Absteiger	Betriebe	—	3 950	2 419	1 366	889	529	382	212	140	85	123	10 095
	% ¹⁾	—	13,4	13,4	10,9	10,4	9,9	12,2	12,1	12,2	11,5	7,1	6,6
Verharrer	Betriebe	53 370	21 974	13 145	8 684	5 540	3 330	1 710	899	541	327	1 567	111 087
	% ¹⁾	76,2	74,8	72,8	69,6	64,9	62,2	54,6	51,1	47,1	44,4	90,5	72,9
Aufsteiger	Betriebe	1 287	1 505	1 806	2 149	1 987	1 420	1 007	630	453	309	—	12 553
	% ¹⁾	1,8	5,1	10,0	17,2	23,3	26,5	32,1	35,8	39,4	41,9	—	8,2
Zugänge	Betriebe	5 410	441	157	76	48	31	11	10	9	10	26	6 229
	% ¹⁾	7,7	1,5	0,9	0,6	0,6	0,6	0,4	0,6	0,8	1,4	1,5	4,1
Abgänge	Betriebe	15 417	1 964	697	285	125	78	35	19	15	16	42	18 693
	% ¹⁾	22,0	6,7	3,9	2,3	1,5	1,5	1,1	1,1	1,3	2,2	2,4	12,3

1) In Prozent des Bestandes von 1979.

Schaubild 2

Einzelbetriebliche Verlaufsentwicklung landwirtschaftlicher Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) zwischen 1979 und 1983



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

195 85

betrachtung anhand des Materials der Landwirtschaftszählung 1979 und der Agrarberichterstattung 1983 durchgeführt.

Aus der Verlaufsuntersuchung geht hervor, daß sich hinter dem Saldoverlust von 12 464 Betrieben zwischen 1979 und 1983 insgesamt 18 693 Betriebe verbergen, die in dieser Zeit aus dem Erfassungsbereich der Agrarberichterstattung ausgeschieden, und 6 229 Betriebe, die neu hinzugekommen sind. Von den bei der Landwirtschaftszählung 1979 ermittelten 152 428 Betrieben waren demnach 1983 noch 133 735 vorhanden. Unter diesen sind bei Zugrundelegung der üblichen Größenklassengliederung (Tabelle 5) 22 648 oder 17 % in eine andere Größenklasse übergewechselt. Die aus dem reinen Bestandsvergleich ableitbare Saldensumme der Auf- und Absteiger aller Größenklassen beläuft sich dagegen auf lediglich 3 264 Betriebe. Dies zeigt be-

reits, daß aus dem Saldenvergleich von Bestandsstatistiken nicht einmal größenordnungsmäßig auf das wahre Ausmaß des betrieblichen Wanderungsverhaltens geschlossen werden kann (Schaubild 2).

Betriebszugänge und -abgänge überwiegend in den unteren Größenklassen

Erwartungsgemäß erfolgt die Auflösung bzw. Neugründung von landwirtschaftlichen Betrieben überwiegend in den unteren Größenklassen. So entfielen gut 82 % der oben genannten Betriebsauflösungen auf Betriebe mit weniger als 5 ha LF; das sind 22 % der 1979 in dieser Größenklasse vorhandenen Betriebe. Schon in der nächsthöheren Größenklasse von 5 bis 10 ha LF schieden lediglich 6,7 % der 1979 erfaßten Betriebe aus. Dieser Anteil geht zunächst mit steigender Betriebsgröße weiter zurück und erreicht in der Größenklasse 35 bis 40 ha LF mit 1,1 % ein Minimum, um anschließend wieder auf 2,4 % in der Größenklasse der Betriebe mit 50 ha LF und mehr anzusteigen.

Die Betriebszugänge sind ähnlich auf die Größenklassen verteilt wie die -abgänge, bewegen sich jedoch absolut auf niedrigerem Niveau. In der Größenklasse bis unter 5 ha LF entstanden im Betrachtungszeitraum 5 410 neue Betriebe, das sind 7,7 % des Ausgangsbestands von 1979 oder mehr als 87 % aller Betriebsneugründungen.

Die zwischen 1979 und 1983 ausgeschiedenen Betriebe wiesen bereits vor vier Jahren einen niedrigeren Viehbesatz auf als die in der ursprünglichen Größenklasse verharrenden Betriebe. Dies deutet darauf hin, daß die "innere Aufstockung" durch Ausdehnung der Viehhaltung schon früher gebremst oder aber die Viehbestände bereits einige Zeit vor der endgültigen Betriebsauflösung reduziert worden waren. Da zudem der Anteil der Betriebe mit außerbetrieblichem Erwerbseinkommen des Inhabers oder seines Ehegatten, insbesondere bei den aufgelösten Betrieben mit weniger als 25 ha LF, deutlich unter dem Anteil der in ihrer ursprünglichen Größenklasse verharrenden Betriebe liegt, ist die Vermutung wohl berechtigt, daß ein Großteil der Betriebsabgänge altershalber erfolgte.

Der geringere Viehbesatz resultiert dann aus der Anpassung des Arbeitsbedarfs im Betrieb an die in höherem Alter geringer werdende Arbeitskapazität der Betriebsleiterfamilie, während der geringere Anteil außerbetrieblicher Erwerbseinkommen vermutlich darauf zurückzuführen ist, daß ein Teil der ausscheidenden Betriebsinhaber das Rentenalter bereits überschritten und die außerbetriebliche Erwerbstätigkeit aufgegeben hat.

Bei den Neugründungen fällt auf, daß der Anteil der Betriebe mit außerbetrieblichem Erwerbseinkommen höher ist als bei den Betrieben, die im Untersuchungszeitraum die Größenklasse nicht wechselten. So verfügten 74 % der Neugründungen mit weniger als 5 ha LF über außerbetriebliche Erwerbseinkommen; bei den verharrenden Betrieben dieser Größenklasse betrug der entsprechende Anteil lediglich 68 %. Im übrigen unterscheiden sich die Zugangsbetriebe mit weniger als 2 ha LF auch schon dadurch von den verbliebenen Betrieben gleicher Größe, daß sie über wesentlich geringere Unterglasflächen verfügen: Sie bewirtschafteten 1983 beispielsweise im Durchschnitt nur 0,4 a Unterglasfläche, die verharrenden Betriebe gleicher Größe dagegen mehr als 1,3 a. Das höhere Einkommenspotential des Gartenbaus dürfte bei den verharrenden "Klein"-Betrieben wohl die Hauptursache für den geringeren Anteil von Betrieben mit außerbetrieblichem Erwerbseinkommen sein: Bekanntlich kann der intensiv betriebene Zierpflanzen- oder Gemüseanbau auch bei weniger als 2 ha LF eine ausreichende Existenzgrundlage für die Betriebsinhaberfamilie bilden.

Betriebsabstockung weitgehend unabhängig von der Ausgangsgröße

Die Zahl der Betriebe, die zwischen 1979 und 1983 in eine niedrigere Größenklasse überwechselten, vermindert sich entsprechend der abnehmenden Besetzungsdichte der Größenklassen von knapp 4 000 Betrieben (mit ursprünglich 5 - 10 ha LF) auf weniger als 85 Betriebe (45 - 50 ha LF und mehr) kontinuierlich. Dagegen bewegt sich der Anteil der Betriebsabstockungen am ursprünglichen Betriebsbestand ziemlich gleichbleibend zwischen 13,4 und 8,1 % (Tabelle 5). Man kann

daher wohl folgern, daß bei fast allen Betriebsgrößen innerhalb von vier Jahren etwa 10 % der Betriebe in eine niedrigere Größenklasse absteigen. Dieser von der Flächenausstattung der Betriebe ziemlich unabhängige Verlauf des Abstockungsprozesses läßt darauf schließen, daß die Ursachen weniger ökonomischer als allgemeiner Natur sind und mit Faktoren wie dem Alter der Familienarbeitskräfte, Flächenverlusten infolge Flurbereinigung oder Ablauf von Pachtverträgen zusammenhängen.

Die Gruppe der Absteiger wies bereits 1979 im Durchschnitt eine geringere Flächenausstattung und niedrigere Tierbestände auf als die Betriebe ohne zwischenzeitliche Größenklassenänderung. Die Absteiger aus der Größenklasse 5 - 10 ha LF verfügten damals durchschnittlich über 5 ha LF, 6 bis 7 Schweine und 5 Rinder, die Verharrrer dagegen über 7 ha LF, 8 bis 9 Schweine und 8 Rinder. In der Regel wurden bei den abstockenden Betrieben parallel zur Fläche auch die Schweine- und Rinderbestände reduziert. Bezüglich der Rinderbestände gilt dies für alle Größenklassen, während die Schweinebestände in den oberen Größenklassen teilweise sogar aufgestockt wurden, wie etwa bei Betrieben mit ursprünglich 30 bis 35 ha LF (von 44 auf 47 Schweine je Betrieb) und bei Betrieben mit 45 bis 50 ha LF (von 84 auf 89 Schweine je Betrieb). Vermutlich handelt es sich dabei um Betriebe, die unfreiwillige Landverluste erlitten und bestrebt waren, diese durch Kapazitätserweiterungen auszugleichen.

Neben den genannten Unterschieden fällt auf, daß abstockende Betriebe mit ursprünglich mehr als 10 ha LF bereits 1979 zu einem höheren Anteil außerbetriebliche Einkommen bezogen, als die in ihrer Größenklasse verharrenden Betriebe. In der Größenklasse 10 bis 15 ha LF lagen die entsprechenden Anteilswerte bei 61,7 % im Vergleich zu 55,4 %, in der Größenklasse 45 bis 50 ha LF bei 16,5 % gegenüber 13,5 %.

Größere Betriebe haben die besseren Aufstockungschancen

Der Anteil derjenigen Betriebe, die zwischen 1979 und 1983 ihre Flächenausstat-

tung über die jeweilige Größenklassengrenze hinaus verbessern konnten, nimmt von 1,8 % in der Größenklasse bis unter 5 ha LF auf 41,9 % im Bereich der Betriebe mit 45 - 50 ha LF fast linear zu (jeweils bezogen auf das Ausgangsjahr); die absolute Zahl der Betriebe, die in dem Vierjahreszeitraum aus der ursprünglichen Größenklasse hinausgewachsen sind, steigt von knapp 1 300 Betrieben (bis unter 5 ha LF) auf mehr als 2 100 Betriebe (15 bis 20 ha LF) an und geht dann wieder auf gut 300 (45 bis 50 ha LF) zurück. Bei der Diskussion des größenklassenweise ermittelten Saldenvergleichs aus Zu- und Abgängen wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Wachstumsgrenze der Betriebe mittlerweile bei etwa 30 ha LF liegt. Aus der einzelbetrieblichen Verlaufsuntersuchung geht nun bei Zugrundelegung eines Größenklassenrasters von jeweils 5 ha her-

vor, daß immerhin 8 734 Betriebe, die 1979 noch nicht einmal 25 ha LF bewirtschafteten, in höhere Größenklassen hineingewachsen sind - das sind immerhin 6,3 % der 1979 vorhandenen Betriebe mit weniger als 25 ha LF. Im Größenbereich von 25 bis 50 ha LF stiegen 3 819 Betriebe oder 31,5 % des Ausgangsbestandes in eine höhere Größenklasse nach dem 5-ha-Raster auf.

Auch die Aufsteigerbetriebe unterschieden sich bereits 1979 in mehreren Merkmalen von jenen, die in ihrer ursprünglichen Größenklasse verharrten. So fällt zunächst auf, daß sie im Durchschnitt um 1 ha mehr Fläche aufwiesen, was das Überwechseln in den darüberliegenden Größenklassenbereich sicherlich erleichtert hat. Hinzu kommt, daß Aufstockungsbetriebe mit ursprünglich weniger als 30 ha LF über größere Schweine-

Tabelle 6

Einzelbetriebliche Verlaufsentwicklung landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe¹⁾ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) zwischen 1979 und 1983

Betriebe		Größenklassen von . . . bis unter . . . ha LF											
		0 - 5	5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 40	40 - 45	45 - 50	50 und mehr	insgesamt
Betriebe insgesamt	1979	7 341	8 283	10 366	9 973	7 664	4 994	2 969	1 671	1 091	693	1 503	56 548
	1983	6 420	6 414	8 101	8 289	6 921	5 060	3 053	1 981	1 271	910	2 000	50 420
	% ²⁾	87,5	77,4	78,2	83,1	90,3	101,3	102,8	118,6	116,5	131,3	133,1	89,2
Absteiger	Betriebe	—	300	514	562	536	371	311	171	111	71	86	3 033
	% ²⁾	—	3,6	5,0	5,6	7,0	7,4	10,5	10,2	10,2	10,3	5,7	5,4
Verharrer	Betriebe	3 748	4 437	6 080	6 176	4 675	2 970	1 569	837	501	303	1 332	32 628
	% ²⁾	51,1	53,6	58,7	61,9	61,0	59,5	52,9	50,1	45,9	43,7	88,6	57,7
Aufsteiger	Betriebe	210	539	1 114	1 728	1 757	1 319	935	594	428	289	—	8 913
	% ²⁾	2,9	6,5	10,8	17,3	22,9	26,4	31,5	35,6	39,2	41,7	—	15,8
Zugänge	Betriebe	2 259	1 271	970	582	317	184	85	58	35	15	70	5 846
	% ²⁾	30,8	15,3	9,4	5,8	4,1	3,7	2,9	3,5	3,2	2,2	4,7	10,3
davon													
Übergänge aus dem Nebenerwerb ³⁾	Betriebe	1 782	1 172	1 439	—	444	—	—	164	—	—	45	5 046
	% der Zugänge	78,9	92,2	92,7	—	88,6	—	—	85,0	—	—	64,3	86,3
Neugründungen	Betriebe	477	99	113	—	57	—	—	29	—	—	25	800
	% der Zugänge	21,1	7,8	7,3	—	11,4	—	—	15,0	—	—	35,7	13,7
Abgänge	Betriebe	3 383	3 007	2 658	1 507	696	334	154	69	51	30	85	11 974
	% ²⁾	46,1	36,3	25,6	15,1	9,1	6,7	5,2	4,1	4,7	4,3	5,7	21,2
davon													
Übergänge in den Nebenerwerb ³⁾	Betriebe	2 229	2 407	3 496	—	857	—	—	240	—	—	60	9 289
	% der Abgänge	65,9	80,0	83,9	—	83,2	—	—	78,9	—	—	70,6	77,6
Auflösungen	Betriebe	1 154	600	669	—	173	—	—	64	—	—	25	2 685
	% der Abgänge	34,1	20,0	16,1	—	16,8	—	—	21,1	—	—	29,4	22,4

1) Betriebe mit überwiegend betrieblichem Einkommen (nur Betriebe in der Hand natürlicher Personen). — 2) In Prozent des Bestandes von 1979. — 3) Betriebe mit überwiegend außerbetrieblichem Einkommen (nur Betriebe in der Hand natürlicher Personen).

bestände verfügten. Bei Rindern bestanden dagegen nur geringe Unterschiede, wofür wohl hauptsächlich die stärkere Flächenbindung der Rinderhaltung verantwortlich ist, die eine Bestandsaufstockung oft erschwert. Daneben zeichneten sich die Aufsteigerbetriebe durch das Vorhandensein von Rebflächen aus. So lag der Umfang der Rebfläche bei den Aufsteigerbetrieben mit ursprünglich weniger als 5 ha LF um durchschnittlich 10,6 a oder 75 % über dem Rebflächenumfang der in der gleichen Größenklasse verbliebenen Betriebe. Mit zunehmender Betriebsgröße verringert sich diese Differenz und verschwindet schließlich bei Betrieben mit 40 bis 45 ha LF vollkommen. Ausschlaggebend hierfür ist die Tatsache, daß einer Ausweitung des durch positive Einkommenseffekte gekennzeichneten Weinbaus nach oben hin natürliche und arbeitswirtschaftliche Grenzen gesetzt sind.

Im übrigen fällt auf, daß die Erzeugung von Blumen- und Zierpflanzen bzw. von Gemüse in Unterglasanlagen auf Kleinbetriebe mit weniger als 5 ha LF, die ihre Größenklasse zwischenzeitlich nicht gewechselt haben, konzentriert ist. Aufgrund der hohen Intensität des Unterglasanbaus verfügen solche Betriebe bereits im Größenbereich unter 5 ha LF über eine ausreichende Wirtschaftskraft. Da Erweiterungen im Unterglasanbau sehr kapitalintensiv sind, wird diese Grenze meist nur in wenigen Fällen oder in vergleichsweise kleinen Schritten überwunden.

Demgegenüber ist hervorzuheben, daß die Viehbestände vor allem in den größeren Betrieben im Zusammenhang mit der Flächenaufstockung deutlich ausgedehnt wurden. So nahm der durchschnittliche Schweinebestand in den Aufsteigerbetrieben mit ursprünglich 45 bis 50 ha LF um

Tabelle 7

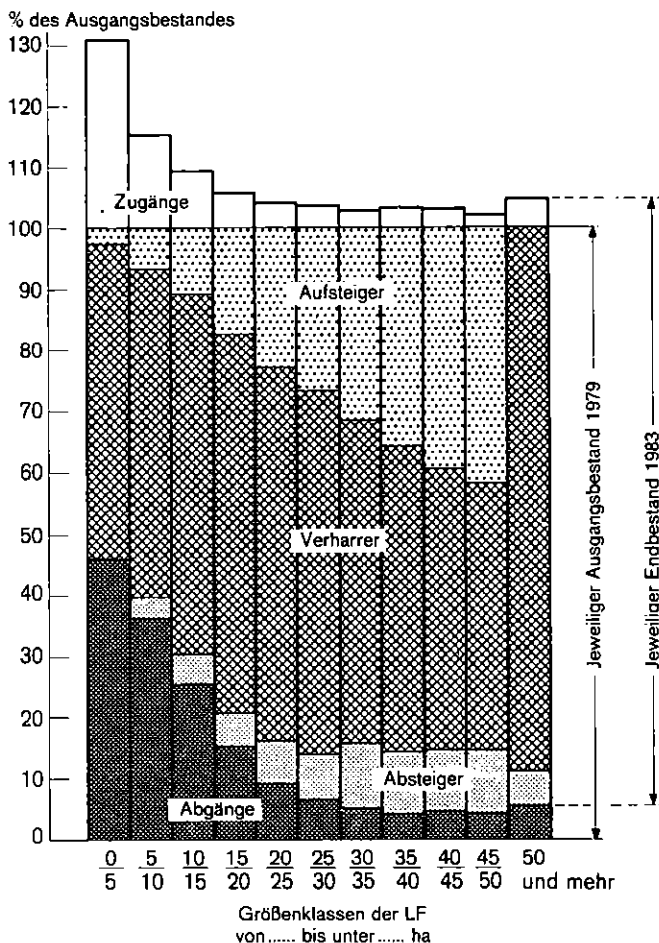
Einzelbetriebliche Verlaufsentwicklung landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe¹⁾ nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) zwischen 1979 und 1983

Betriebe		Größenklassen von . . . bis unter . . . ha LF											
		0 - 5	5 - 10	10 - 15	15 - 20	20 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 40	40 - 45	45 - 50	50 und mehr	insgesamt
Betriebe insgesamt	1979	62 063	20 900	7 603	2 460	841	333	143	69	40	24	75	94 551
	1983	56 521	19 094	7 755	2 889	1 084	468	198	104	60	47	107	88 327
	% ²⁾	91,1	91,4	102,0	117,4	128,9	140,5	138,5	150,7	150,0	195,8	142,7	93,4
Absteiger	Betriebe	—	2 993	1 224	350	112	48	17	16	5	3	7	4 775
	% ²⁾	—	14,3	16,1	14,2	13,3	14,4	11,9	23,2	12,5	12,5	9,3	5,1
Verharrer	Betriebe	45 245	14 588	4 788	1 303	372	124	43	15	11	5	33	66 527
	% ²⁾	72,9	69,8	63,0	53,0	44,2	37,2	30,1	21,7	27,5	20,8	44,0	70,4
Aufsteiger	Betriebe	932	715	408	209	71	32	16	7	8	5	—	2 403
	% ²⁾	1,5	3,4	5,4	8,5	8,4	9,6	11,2	10,1	20,0	20,8	—	2,5
Zugänge	Betriebe	7 994	2 589	1 958	1 081	464	243	108	61	34	29	61	14 622
	% ²⁾	12,9	12,4	25,8	43,9	55,2	73,0	75,5	88,4	85,0	120,8	81,3	15,5
davon													
Übergänge aus dem Haupterwerb ³⁾	Betriebe	3 129	2 258	1 293	—	688	—	—	224	—	—	59	9 289
	% der Zugänge	39,1	87,2	96,4	—	97,3	—	—	96,6	—	—	96,7	63,5
Neugründungen	Betriebe	4 865	331	108	—	19	—	—	8	—	—	2	5 333
	% der Zugänge	60,9	12,8	3,6	—	2,7	—	—	3,4	—	—	3,3	36,5
Abgänge	Betriebe	15 886	2 604	1 183	598	286	129	67	31	16	11	35	20 846
	% ²⁾	25,6	12,5	15,6	24,3	34,0	38,7	46,9	44,9	40,0	45,8	46,7	22,1
davon													
Übergänge in den Haupterwerb ³⁾	Betriebe	1 747	1 272	1 493	—	391	—	—	112	—	—	31	5 046
	% der Abgänge	11,0	48,8	83,8	—	94,2	—	—	89,6	—	—	88,6	24,2
Auflösungen	Betriebe	14 139	1 332	288	—	24	—	—	13	—	—	4	15 800
	% der Abgänge	89,0	51,2	16,2	—	5,8	—	—	10,4	—	—	11,4	75,8

1) Betriebe mit überwiegend außerbetrieblichem Einkommen (nur Betriebe in der Hand natürlicher Personen). — 2) In Prozent des Bestandes 1979. — 3) Betriebe mit überwiegend betrieblichem Einkommen (nur Betriebe in der Hand natürlicher Personen).

Schaubild 3

Einzelbetriebliche Verlaufsentwicklung landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) zwischen 1979 und 1983



17,6 Tiere, in den mit weniger als 5 ha LF dagegen nur um 0,63 Tiere zu. Die Rindviehbestände wurden bei Aufsteigerbetrieben mit ursprünglich 45 bis 50 ha LF um 7 Rinder, bei Betrieben mit weniger als 5 ha LF nur um 0,45 Rinder ausgedehnt. Andererseits wurde in kleineren Betrieben die Rebfläche stärker ausgedehnt als in großen: Aufsteigerbetriebe mit ursprünglich weniger als 5 ha LF gewannen im Schnitt 15 a Rebland, solche mit 45 bis 50 ha LF lediglich noch 0,55 a dazu. Der Schluß liegt nahe, daß von den Betrieben mit geringer Flächenausstattung diejenigen die besseren Wachstumschancen hatten, die über Rebflächen verfügten, während bei größeren Betrieben solche mit ausgedehnter Viehhaltung bevorzugt waren.

Einfluß des sozialökonomischen Betriebstyps auf Betriebsauflösung und -neugründung gering

Gliedert man die landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer sozialökonomischen Ausrichtung⁷ im Basisjahr 1979 und im Zieljahr 1983, so ergibt sich folgendes Bild (Tabelle 6 und 7): Von den in dieser Zeit ausgeschiedenen Betrieben (18 693) waren vor der Aufgabe 84,5 % (15 800) im Nebenerwerb und 15,5 % (2 893) im Haupterwerb bewirtschaftet worden. Setzt man die Zahl dieser Betriebe zum jeweiligen Gesamtumfang der sozialökonomischen Betriebsausrichtungen in Beziehung, so betragen die Abgangsquoten bei den Nebenerwerbsbetrieben 16,7 %, bei den Haupterwerbsbetrieben nur 4,8 %. Auch unter den Betriebsneugründungen ist der Nebenerwerbsbetrieb wesentlich häufiger vertreten: Auf diesem sozialökonomischen Betriebstyp entfallen 5 333 neu entstandene Betriebe, während 800 Neugründungen von Anfang an so ausgelegt waren, das sie die überwiegende Einkommensbasis für das Betriebsinhaberehepaar darstellten. Gemessen am Gesamtbestand des Jahres 1979 beläuft sich die Zahl der Neugründungen bei den Nebenerwerbsbetrieben auf 5,6 %, bei den Haupterwerbsbetrieben auf 1,4 %. Damit wurde etwa ein Drittel der Betriebsauflösungen durch Neuzugänge ausgeglichen. Insgesamt sind derartige betriebliche Veränderungen über die Erfassungsgrenzen hinaus (Auflösungen und Neugründungen zusammen) bei Nebenerwerbsbetrieben etwa sechsmal so häufig wie bei Haupterwerbsbetrieben (Schaubild 3 und 4).

Bei der Beurteilung dieser Unterschiede muß allerdings auch die unterschiedliche Größenstruktur von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben berücksichtigt werden. Da Betriebsauflösungen wie -neugründungen in erster Linie auf den unteren Größenbereich konzentriert sind, ist schon wegen des hohen Anteils flächenarmer Nebenerwerbsbetriebe in dieser Gruppe eine erhöhte Fluktuation zu erwarten. Versucht man, diesen Effekt zu eliminieren, indem man die Anteilswerte

⁷ Die sozialökonomische Gliederung erstreckt sich nur auf Betriebe in der Hand natürlicher Personen; Betriebe in der Hand juristischer Personen sind daher bei den Tabellen 6 und 7 nicht mehr enthalten.

größtenklassenspezifisch ermittelt, so zeigt sich, daß der Einfluß der sozial-ökonomischen Ausrichtung geringer ist, als zunächst angenommen worden war.

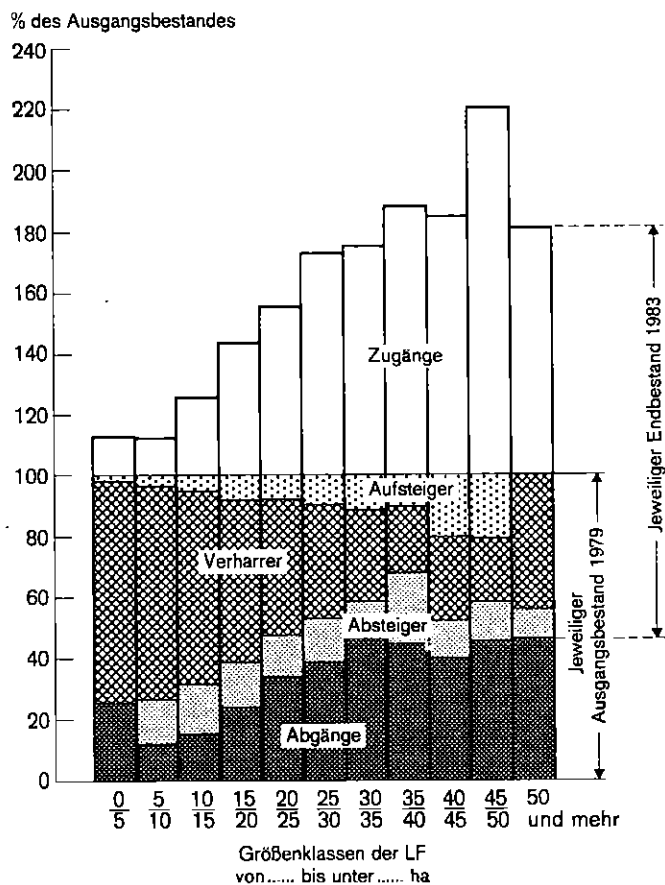
Immerhin ergibt sich bei der Größenklasse unter 5 ha LF, daß absolut wie anteilmäßig wesentlich mehr Nebenerwerbsbetriebe als Haupterwerbsbetriebe aufgelöst wurden. Dies dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß Haupterwerbsbetriebe in dieser Größenklasse im allgemeinen stärker mit Sonderkulturen oder anderen speziellen Produktionsrichtungen ausgestattet sind, die den Betrieben eine vergleichsweise größere Stabilität verleihen. Auch unter den Betrieben mit mehr als 20 ha LF wurden anteilmäßig deutlich mehr Nebenerwerbsbetriebe als Haupterwerbsbetriebe aufgelöst - offensichtlich fiel der Ausstieg aus der Landwirtschaft den schon in außerbetrieblichen Tätigkeitsbereichen verankerten Inhabern von Nebenerwerbsbetrieben leichter als den Haupterwerbslandwirten; allerdings handelt es sich absolut gesehen nur um die sehr geringe Zahl von 41 Betrieben. In den Größenklassen zwischen 5 und 20 ha LF entspricht dagegen die Auflösungsquote von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben gleichermaßen dem jeweiligen Anteil an der Gesamtzahl. Bezüglich der Neugründungen halten sich in der Betriebsgruppe unter 5 ha LF Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe anteilmäßig etwa die Waage, während mit zunehmender Betriebsgröße Neugründungen zunächst vermehrt in der Form des Nebenerwerbsbetriebs erfolgen, wobei es sich allerdings auch hier nur um eine sehr geringe Zahl von Fällen handelt, die unter Umständen noch teilweise statistisch-methodisch begründet ist.

Flächenaufstockungen hauptsächlich in Haupterwerbsbetrieben

Anders liegen die Verhältnisse bei Betrieben, die im Untersuchungszeitraum ihre Flächenausstattung verbessern konnten und damit in eine höhere Größenklasse hineinwuchsen. Mehr als 78 % dieser Betriebe (8 913) wurden im Basisjahr im Haupterwerb bewirtschaftet, knapp 30 % (3 641 Betriebe) im Nebenerwerb. Bezogen auf das Ausgangsjahr konnten somit nahezu 16 % der Haupter-

Schaubild 4

Einzelbetriebliche Verlaufsentwicklung landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) zwischen 1979 und 1983



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

187 85

werbsbetriebe, aber nur 2,5 % der Nebenerwerbsbetriebe in eine höhere Größenklasse überwechseln. Im Gegensatz zu den Betriebsauflösungen und -neugründungen unterscheiden sich bei den Aufsteigern aber auch die größenklassenspezifischen Anteilswerte von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben beträchtlich; sie liegen bei Haupterwerbsbetrieben mit ursprünglich weniger als 20 ha LF bzw. mehr als 40 ha LF rund doppelt so hoch wie bei den vergleichbar großen Nebenerwerbsbetrieben; im Größenbereich zwischen 20 und 40 ha LF nehmen sie sogar den dreifachen Wert an.

Aber auch hier besteht neben der Zugehörigkeit zum sozialökonomischen Betriebstyp eine klare Abhängigkeit des Aufstockungsverhaltens von der Betriebsgröße; nimmt doch der Anteil der Aufsteiger bei den Nebenerwerbsbetrieben mit weniger als 5 ha LF von 1,5 %

auf 20,8 % in der Größenklasse 45 bis 50 ha LF, bei den Haupterwerbsbetrieben in den entsprechenden Größenklassen von 2,9 % auf 41,7 % zu.

Der Anteil derjenigen Betriebe, die im Betrachtungszeitraum ihre Fläche über die jeweilige Größenklassengrenze hinweg abgestockt haben (Absteiger), ist auch innerhalb der sozialökonomischen Betriebstypen von der ursprünglichen Größe vergleichsweise unabhängig. Er bewegt sich bei den Nebenerwerbsbetrieben (von Ausnahmen abgesehen) etwa zwischen 12 und 16 % der anfänglich vorhandenen Betriebe. Bei den Haupterwerbsbetrieben nimmt er mit steigender Größenklasse zunächst von 4 auf 10 % zu, um erst bei Betrieben über 50 ha LF wieder etwas abzusinken. Angesichts der relativ niedrigen Werte in den unteren Größenklassen könnte der voreilige Schluß naheliegen, daß sich kleinere Haupterwerbsbetriebe bezüglich ihrer Ausgangsgröße besonders stabil verhielten. Das ist aber nicht der Fall. Vielmehr lassen die vergleichsweise niedrigen Anteile verharrender Betriebe in den Größenklassen unter 10 ha LF und die hohen Abgabequoten in den Nebenerwerbsbereich erkennen, daß solche Betriebe bei Flächenverlusten in verstärktem Umfang in den Nebenerwerb überwechselten oder überhaupt aufgelöst wurden.

Große Haupt- und kleine Nebenerwerbsbetriebe sind relativ stabil

Bei allen strukturellen Umschichtungen im Bestandsgefüge sollte nicht unbeachtet bleiben, daß sich sowohl bei den Haupt- wie den Nebenerwerbsbetrieben zwischen 1979 und 1983 eine große Zahl von Betrieben insofern stabil verhalten hat, als sie ihre Größenklasse nicht wechselte. Konzentrierten sich die 66 527 verharrenden Nebenerwerbsbetriebe im wesentlichen auf dem Bereich unter 10 ha LF (89,9 %), so findet man die verharrenden 32 628 Haupterwerbsbetriebe hauptsächlich in den darüberliegenden Größenklassen (74,9 %). Insgesamt verblieben 70,4 % der Nebenerwerbsbetriebe und 57,7 % der Haupterwerbsbetriebe in ihrer ursprünglichen Größenklasse. Dabei nimmt der Anteil der Verharrer bei den Haupterwerbsbetrieben mit wachsen-

der Betriebsgröße zunächst schrittweise bis zu einer Flächenausstattung von 20 ha LF zu und sinkt dann wieder kontinuierlich ab. Im unteren Bereich dürfte dieser Verlauf auf die sinkenden Abgangsraten, im oberen Größenbereich dagegen auf die mit der Flächenausstattung steigenden Anteile wachsender Betriebe zurückzuführen sein.

Bei den Nebenerwerbsbetrieben nimmt dagegen der Anteil der Verharrer mit zunehmender Betriebsgröße stark ab (von 72,9 % in der Größenklasse unter 5 ha LF auf 20,8 % bei Betrieben mit 45 bis 50 ha LF). Demnach waren kleine Betriebe, die im Nebenerwerb geführt werden, überraschenderweise am wenigsten von betrieblichen Veränderungen betroffen. Die These, wonach der Nebenerwerbsbetrieb lediglich ein Durchgangsstadium für abgehende Haupterwerbsbetriebe darstellt, kann daher zumindest für den Betrachtungszeitraum nicht durchgehend bestätigt werden. Den Nebenerwerbsbetrieben kommt ein durchaus eigenständiger Rang im strukturellen Gefüge der baden-württembergischen Landwirtschaft zu.

Beachtliche Fluktuation zwischen landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben

In diesem Zusammenhang verdient indessen das Phänomen des betrieblichen Übergangs zwischen den sozialökonomischen Betriebstypen durchaus Beachtung. Bisher blieb dieser Aspekt unberücksichtigt, da die beiden sozialökonomischen Betriebstypen jeweils als Teilmassen der Betriebsgesamtheit abgegrenzt und für sich untersucht worden waren. Bei solcher Vorgehensweise mußten entsprechend den auf die Teilmassen bezogenen Definitionen zu den Zu- und Abgängen außer den aufgelösten und neugegründeten Betrieben auch diejenigen Betriebe gerechnet werden, die zwischenzeitlich vom Haupt- zum Nebenerwerb bzw. vom Neben- zum Haupterwerb übergegangen waren. In den Tabellen 6 und 7 sind diese Überwechsler zwischen den sozialökonomischen Betriebstypen gesondert ausgewiesen.

Danach wechselten zwischen 1979 und 1983 immerhin 9 289 Betriebe vom Haupt- zum Nebenerwerb. Mit der Verlagerung

der Einkommensschwerpunkte vom betrieblichen zum außerbetrieblichen Einkommensanteil war im allgemeinen auch eine Flächenreduzierung verbunden: So gingen beispielsweise bei den Nebenerwerbsbetrieben unter 5 ha LF 3 129 ehemalige Haupterwerbsbetriebe zu, von denen 900 ursprünglich mehr als 5 ha LF bewirtschaftet hatten (Tabelle 6 und 7). Von den insgesamt 14 622 Zugängen an Nebenerwerbsbetrieben entfällt damit der überwiegende Teil (63,5 %) auf Überwechsler aus dem Haupterwerbsbereich; lediglich 5 333 Betriebe wurden neu gegründet. Bei den Betriebszugängen in die Größenklassen ab 10 ha LF stellen die Überwechsler sogar rund 96 bis 97 % aller Zugänge, wogegen der Anteil bei den Kleinbetrieben lediglich bei 39 % liegt.

Neben dieser für die abstockenden Betriebe charakteristischen Veränderung der sozialökonomischen Ausrichtung wurde überraschenderweise auch der umgekehrte Weg - der Wechsel vom Nebenerwerb zum Haupterwerb - relativ häufig beschritten (Tabelle 6). So kamen knapp 86 % der Zugänge an Haupterwerbsbetrieben (5 046 Betriebe) aus dem Nebenerwerb, wobei sich dieser Anteil in den Größenklassen zwischen 79 % bei den Kleinbetrieben unter 5 ha LF und 85 bis 93 % bei den Größerkategorien zwischen 5 und 30 ha LF bewegt und erst ab 50 ha deutlich absinkt.

Ein Teil dieser Übergänge vom Neben- zum Haupterwerb mag durch die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Schwierigkeiten während des Beobachtungszeitraums bedingt gewesen sein.

Gleichwohl ist das Ausmaß der Fluktuation zwischen den sozialökonomischen Betriebstypen überraschend. Es bedarf allerdings noch weiterer Untersuchungen, um Anteil und Menge der Betriebe zu quantifizieren, die jeweils unter dem Einfluß wechselnder Wirtschaftsbedingungen und unterschiedlicher außerlandwirtschaftlicher Beschäftigungslagen von einem Erhebungsjahr zum anderen zwischen Haupt- und Nebenerwerb hin- und herpendeln.

Zusammenfassung

- Die wirtschaftliche Entwicklung zu Beginn der 80er Jahre hat dazu beigetragen, daß zwischen 1979 und 1983 der Betriebsbestand nur noch um jährlich 2,1 % auf 139 964 Einheiten schrumpfte gegenüber 4 % im Zeitraum 1975 bis 1979.
- Richtung und Intensität des strukturellen Wandlungsprozesses verliefen in Abhängigkeit von der Betriebsgröße wie bisher gegenläufig: Während die Zahl der Betriebe in den unteren Größenklassen zurückging, konnten in den oberen Größenklassen Zugänge verbucht werden, wobei die betriebliche Wachstumsgrenze inzwischen auf nahezu 30 ha LF angestiegen ist.
- Chancen zur Flächenausdehnung wurden insbesondere von Betrieben mit 50 ha LF und mehr genutzt, deren Zahl seit 1979 um 31 % zunahm, während sich bei den Betrieben mit 30 bis 40 ha LF das Wachstum gegenüber 1975 bis 1979 relativ und absolut auf weniger als die Hälfte verlangsamt hat.
- Größere Einheiten (ab 30 ha LF) sind immer noch die Domäne des Haupterwerbsbetriebs, doch hat der Haupterwerb an Bedeutung zugunsten des Nebenerwerbs eingebüßt (er umfaßt nurmehr 36 % der Betriebe gegenüber 40 % im Jahr 1975). Umgekehrt verfügen 94 % aller Nebenerwerbsbetriebe über eine Flächenausstattung von weniger als 15 ha LF. Bei dem durch die Kapazitätsausstattung begrenzten Produktionspotential (rund 31 % der LF) erfüllt der Nebenerwerbsbetrieb vor allem agrar-, sozial-, regional- und arbeitsmarktpolitische Funktionen.
- Insgesamt teilten sich die landwirtschaftlichen Betriebe 1983 in die Bewirtschaftung von 1,509 Mill. ha LF (1,5 % weniger als 1979), die im Zuge des Strukturwandels zunehmend in die oberen Größenklassen verlagert wurde.
- Im Beobachtungszeitraum gaben mehr Betriebe die Ackernutzung auf als durch den Strukturwandel Betriebe

ausgeschieden sind. Die Ackerfläche wurde um 7 900 ha reduziert, was allerdings nur gut ein Drittel des Rückgangs der LF erklärt.

- Bei zunehmender betrieblicher Konzentration und Anbaustabilisierung des Weizens fanden Wintergerste und Raps auch in kleineren und mittleren Betrieben Eingang in die Fruchtfolge. Dagegen wurde der Kartoffel- und Futterhackfruchtanbau insbesondere bei Betrieben des mittleren Größenbereichs eingeschränkt. Silomais hat in allen Größenklassen seine überragende Stellung als Ackerfutterpflanze gefestigt, während sich das Dauergrünland zu den oberen Betriebsgrößenklassen hin verschob.
- Für die Tierhaltung war bisher eine anhaltende Konzentration bei gleichzeitigem Wachstum der durchschnittlichen Bestandgrößen kennzeichnend, wobei sich insbesondere die Milchkuhhaltung in Beständen mit mehr als 30 Kühen in nahezu allen Betriebsgrößenklassen kräftig erhöht hatte. Die im April 1984 erlassene Garantiemengen-Verordnung für Milch bewirkte mittlerweile jedoch eine deutliche Reduzierung des Milchkuhbestands. Die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Strukturanpassung der Rindviehhaltung an den Milchmarkt tangieren auch die Schweinehaltung, die bislang durch Ausweitung der Ferkelerzeugung - auch in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben - und Einschränkung bzw. Abwanderung der Schweinemast in Betriebe mit mehr als 30 ha LF gekennzeichnet war.
- Eine einzelbetriebliche Verlaufsuntersuchung läßt durch die Gegenüberstellung von Betriebsauflösungen (18 693) und -neugründungen (6 229) zwischen 1979 und 1983 erkennen, daß sich der Strukturwandel wesentlich ausgeprägter vollzogen hat, als aus dem üblichen Saldenvergleich hervorgeht.
- Betriebsauflösungen wie -neugründungen sind überwiegend auf den Betriebsgrößenbereich unter 5 ha LF konzentriert (82 % bzw. 87 %). Dabei weisen Veränderungen in den Produktions- und Einkommenskapazitäten bzw. den Einkommensarten darauf hin, daß die Betriebsabgänge überwiegend aus Altersgründen erfolgten, während sich umgekehrt Neugründungen durch einen höheren Anteil außerbetrieblicher Erwerbseinkommen auszeichneten.
- Weitgehend von der Ausgangsgröße unabhängig ist der Anteil derjenigen Betriebe (ca. 10 %), die in eine niedrigere Größenklasse übergewechselt sind, so daß hierfür außerökonomische Faktoren, sowie die Tatsache in Frage kommen, daß Flächenausstattung und Tierbesatz dieser Betriebe bereits im Bezugsjahr unter den entsprechenden Werten der in der gleichen Größenklasse verbliebenen Betriebe lagen.
- Die Chance zur Flächenaufstockung nimmt mit steigender Ausgangsgröße eines Betriebes überproportional zu. Erleichtert wird das Wachstum zudem durch umfangreichere Schweinebestände und - besonders bei Kleinbetrieben - die Verfügbarkeit von Rebfläche.
- Eine Differenzierung nach sozialökonomischen Betriebstypen zeigt, daß jeweils gut 85 % der ausgeschiedenen bzw. neugegründeten Betriebe auf Nebenerwerbs- und weniger als 15 % auf Haupterwerbsbetriebe entfallen. Betriebliche Veränderungen über die Erfassungsgrenzen hinaus sind bei Nebenerwerbsbetrieben sechsmal so häufig wie bei Haupterwerbsbetrieben. Diese Unterschiede sind aber weniger durch die sozialökonomische Stellung der Betriebe als durch die Konzentration von Betriebsauflösungen und -neugründungen auf die unteren Größenklassen bedingt.
- Flächenaufstockungen gehen hauptsächlich zugunsten der Haupterwerbsbetriebe (79 % aller Aufsteiger). Das Wachstumsbestreben der Haupterwerbsbetriebe ist etwa zwei- bis dreimal so stark wie das von Nebenerwerbsbetrieben, ohne daß der Einfluß der Betriebsgröße dadurch aufgehoben wäre.
- Rund 72,9 % aller Betriebe haben ihre Ausgangsgrößenklasse von 1979 bis 1983 nicht verlassen. Dabei zeichneten

sich durch besondere Stabilität im Strukturwandel einerseits Haupterwerbsbetriebe mit 15 bis 25 ha LF (62 %) und andererseits Nebenerwerbsbetriebe unter 5 ha LF (73 %) aus. Offensichtlich ist der Nebenerwerbsbetrieb mehr als nur eine Übergangsform für den Ausstieg von Haupterwerbsbetrieben aus der Landwirtschaft.

- Der landwirtschaftliche Strukturwandel 1979 bis 1983 war von einer be-

merkenswerten Wanderungsbewegung zwischen den sozialökonomischen Betriebstypen begleitet. 9 289 Haupterwerbsbetriebe sind in den Nebenerwerb und 5 046 Nebenerwerbsbetriebe in den Haupterwerbsbereich übergewechselt. Für den letztgenannten Fall könnten die verschlechterten außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnisse Hauptursache gewesen sein, die bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen den strukturellen Anpassungsdruck künftig wohl noch weiter verschärfen.

4.2 Umweltschutzinvestitionen der Öffentlichen Hand und der Privaten Wirtschaft

Seit Beginn der siebziger Jahre ist der Umweltschutz zu einer der wichtigsten Aufgabengebiete für Staat und Gesellschaft geworden. Eine Vielzahl von Maßnahmen wurden seither getroffen, um der Gefährdung der Umwelt durch Produktion und Konsum entgegenzuwirken. Vor allem die Öffentliche Hand und Privatunternehmen haben dazu erhebliche finanzielle Leistungen erbracht.

Maßstab für die bisherigen Umweltschutzanstrengungen sind in erster Linie die durchgeführten Investitionen, aber auch die ordnungspolitischen Vorgaben, deren Befolgung unmittelbar zu einer Entlastung der Umwelt führen. Die Investitionen kennzeichnen am besten Art, Zeitpunkt und Träger der ergriffenen Umweltschutzmaßnahmen. Die in der Folge der Investitionen entstehenden Betriebskosten, andere laufende Aufwendungen sowie Mittel für Forschung und Entwicklung, die auch zu den finanziellen Leistungen im Bereich des Umweltschutzes gehören, sind eher bei Fragen nach der insgesamt entstandenen finanziellen Belastung¹ durch Umweltschutzmaßnahmen von Interesse.

1 Vollständige Angaben über die laufenden Betriebskosten durch Umweltschutzeinrichtungen (einschließlich kalkulatorischer Kosten), über sonstige laufende Aufwendungen, Gebühren und Beiträge für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen sowie über Aufwendungen für Forschung und Entwicklung liegen nicht vor. Die Angaben für Teilbereiche weisen jedoch darauf hin, daß diese laufenden finanziellen Aufwendungen für den Umweltschutz inzwischen ein Mehrfaches der jährlichen Umweltschutzinvestitionen ausmachen.

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich deshalb auf die seit 1975 durchgeführten Umweltschutzinvestitionen. Dabei werden zunächst Umfang und Entwicklung der Investitionen durch die beiden Hauptaufgabenträger, die Öffentliche Hand und das Produzierende Gewerbe, getrennt behandelt. Danach erfolgt eine gemeinsame Betrachtung, gegliedert nach den verschiedenen Umweltschutzbereichen.

Über 11,5 Mrd. DM Umweltschutzinvestitionen durch die Öffentliche Hand

Die Umsetzung und Durchführung der öffentlichen Umweltschutzmaßnahmen obliegt hauptsächlich den Gemeinden, Landkreisen und Zweckverbänden. Dies gilt insbesondere für die Maßnahmen der Abfall- und Abwasserbeseitigung, aber auch für den Lärmschutz. Die gesamten Umweltschutzinvestitionen der Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände im Zeitraum von 1975 bis 1983 beliefen sich auf über 11,5 Mrd. DM (Tabelle 1). Ihr Anteil am kommunalen Investitionsvolumen insgesamt betrug in diesem Zeitraum fast 20 %.

Das Land leistete dafür vor allem Finanzhilfen in Form von Investitionszuschüssen. Eine vollständige Ermittlung der direkten Investitionen ist wegen ihrer Verteilung auf verschiedene

Tabelle 1

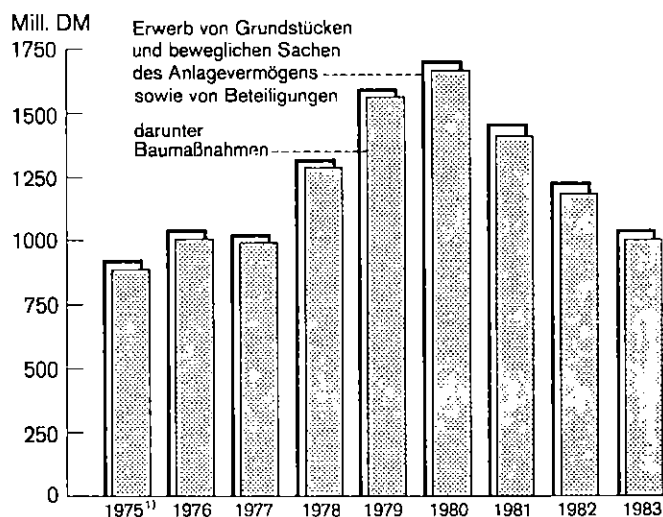
Investitionen der Öffentlichen Hand für Abfall- und Abwasserbeseitigung 1975 bis 1983

Umweltschutzbereich	Umweltschutzinvestitionen		Davon für			
	insgesamt	Anteil an den Investitionen insgesamt	Baumaßnahmen		Erwerb von Grundstücken und beweglichen Sachen des Anlagevermögens sowie von Beteiligungen	
			Mill. DM	%	Mill. DM	%
Insgesamt	11.573,5	19,4	11.151,5	96,4	422	3,6
davon						
Abfallbeseitigung	509,1	—	394	77,4	115,1	22,6
Abwasserbeseitigung	11.064,4	—	10.757,5	97,2	306,9	2,8

Ressorts zwar nicht möglich, die für den Bereich des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten ermittelten Angaben verdeutlichen dies jedoch. Rund 70 Mill. DM an Direktinvestitionen zwischen 1975 und 1983, die sich vor allem auf den Aufbau des Luftmeßnetzes sowie auf den Erwerb von Grundstücken zu Naturschutzzwecken verteilen, stehen rund 1,8 Mrd. DM an Zuschüssen für den Bau von kommunalen Abwasseranlagen gegenüber.

Schaubild 1

Investitionen der Öffentlichen Hand für Abwasserbeseitigung 1975 bis 1983



1) Anteil der Baumaßnahmen geschätzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

123 95

Gewässerschutz Schwerpunkt der öffentlichen Umweltschutzinvestitionen

Eindeutiger Schwerpunkt der bisherigen Umweltschutzanstrengungen der Öffentlichen Hand war der Gewässerschutz. Wesentlicher Teil der Gewässerschutzmaßnahmen ist der Schutz der Oberflächengewässer durch die vorherige Reinigung der abgeleiteten Abwässer. Nahezu 96 % der bisher insgesamt investierten 11,5 Mrd. DM wurde zum Ausbau der Abwasserbeseitigung aufgewendet, für die in Baden-Württemberg die Gemeinden zuständig sind. Von den verbleibenden 4 % wurde der Hauptteil in die Abfallbeseitigung investiert, die im Zuständigkeitsbereich der Stadt- und Landkreise liegt.²

Mit dem Ziel der Gewässersanierung wurde der Ausbau der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtungen nach 1974 entsprechend der von der Landesregierung in diesem Jahr vorgelegten Abwassertechnischen Zielplanung erheblich forciert. Dies zeigt sich an der Entwicklung der kommunalen Investitionen für die Abwasserbeseitigung sehr deutlich (Schaubild 1). Der jährlich investierte Betrag stieg von rund 700 Mill. DM im Jahr 1975 kontinuierlich auf fast 1,8 Mrd. DM im Jahr 1980. Danach ist ein spürbarer Rückgang der jährlichen Investitionen festzustellen. Sie lagen 1983 nur noch bei 1,1 Mrd. DM.

Diese jüngste Entwicklung beruht darauf, daß mit den umfangreichen Investitionen in der zweiten Hälfte der sieb-

ziger Jahre ein hoher Standard in der öffentlichen Abwasserbeseitigung erreicht, so daß der Bedarf an Investitionen vor allem in den Bau von Kläranlagen und Kanalisationen wohl auch zurückgegangen ist. Immerhin waren 1983 rund 97 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg an die öffentliche Sammelkanalisation und rund 90 % an biologische Kläranlagen angeschlossen.

Trotzdem sind auch zukünftig hohe Investitionen für die öffentliche Abwasserbeseitigung zu erwarten. In der von der Landesregierung gezogenen Zwischenbilanz³ im Jahr 1983 werden eine Reihe anstehender Aufgaben genannt. Dazu gehören vor allem der Bau weiterer Regenwasserbehandlungsanlagen, der Anschluß vieler kleiner Abwassereinleiter an wirkungsvolle Kläranlagen und in einigen Bereichen auch weitergehende Abwasserbehandlungsmaßnahmen, um den angestrebten Gütezustand der Vorfluter zu erreichen. Dementsprechend weisen auch die in den Haushaltsplänen der Ge-

2 Die Öffentliche Hand investiert auch für den Lärmschutz, der jedoch vor allem integriert in straßen- und städtebauliche Maßnahmen betrieben wird. Investitionen für Luftreinhaltung waren bislang von relativ geringem Umfang.

3 Vgl. hierzu: Öffentliche Abwasserbeseitigung in Baden-Württemberg, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten Baden-Württemberg, Wasserwirtschaftsverwaltung, Heft 12.

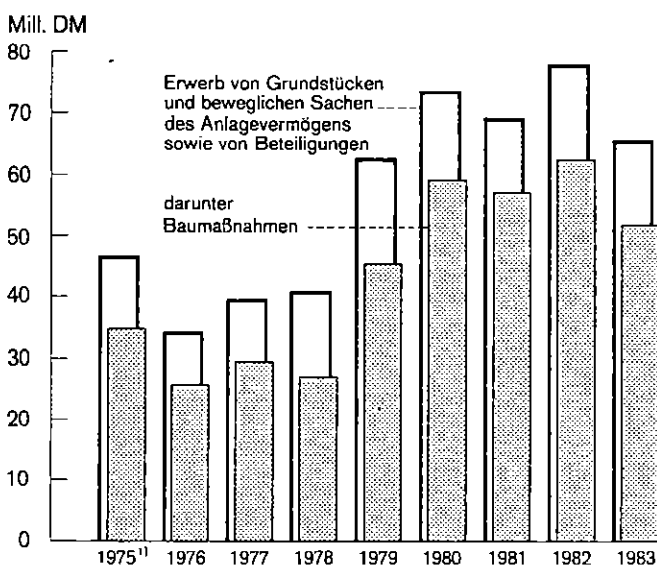
meinden für die Abwasserbeseitigung angesetzten Mittel darauf hin, daß die Investitionen nicht weiter zurückgehen werden.

Steigende Investitionen für die Abfallbeseitigung durch erhöhte Umweltschutzanforderungen

Anders als bei der Abwasserbeseitigung ist die Entwicklung der Investitionen im Bereich der öffentlichen Abfallbeseitigung verlaufen (Schaubild 2). Hier gingen die jährlichen Investitionen nach

Schaubild 2

Investitionen der Öffentlichen Hand für Abfallbeseitigung 1975 bis 1983



1) Anteil der Baumaßnahmen geschätzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

124 85

vestitionen im Betrachtungszeitraum. Denn allein 15 der insgesamt 31 zwischen 1975 und 1983 in Betrieb genommenen Hausmüllbeseitigungsanlagen wurden in den Jahren 1975 und 1976 eröffnet, während sich die Inbetriebnahme der übrigen 16 Anlagen relativ gleichmäßig auf die nachfolgenden Jahre verteilt. So erklären sich zwar die hohen Investitionen Mitte der siebziger Jahre und der anschließende Rückgang, die deutliche Steigerung der Investitionen ab 1979 ist jedoch durch den Neubau von Anlagen allein nicht zu erklären. Zunächst fällt auf, daß die mit der Errichtung von Deponien verbundenen Investitionen in den letzten Jahren deutlich höher liegen als noch in der Mitte der siebziger Jahre. Tatsächlich sind die Umweltschutzanforderungen an den Betrieb von Hausmüllbeseitigungsanlagen seither deutlich angestiegen. Deshalb wurden in den letzten Jahren auch erhebliche Mittel für die Verbesserung des Standards bestehender Deponien aufgewendet. Zu nennen sind hier vor allem Einrichtungen zur Fassung von Sickerwässern, solche zur Entgasung der Deponie und der Nutzung des gewonnenen Gases sowie Wiegeeinrichtungen. Außerdem wurden eine Reihe von Deponieerweiterungen durchgeführt, die ebenfalls mit erheblichen Investitionen verbunden waren.

Die für 1984 in den Haushaltsplänen der Kreise eingestellten Mittel weisen auf eine weiter steigende Tendenz bei den Investitionen für die Abfallbeseitigung hin. Es zeichnet sich eine Entwicklung zu höherwertigeren Verfahren der öffentlichen Abfallwirtschaft ab, die mittelfristig erheblich höhere Investitionen in diesem Umweltbereich erwarten läßt.

3,2 Mrd. DM Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe

Neben diesen Leistungen der Öffentlichen Hand, die vor allem der Umweltgefährdung durch die Bevölkerung, den Konsum und die Nutzung von Waren entgegenwirken, stehen umfangreiche Maßnahmen der Privaten Wirtschaft, insbesondere der Betriebe des Produzierenden Gewerbes, zur Vermeidung produktionsbedingter Umweltschäden. Auch hierzu leistete die öffentliche Hand beträchtliche

einem Höchststand Mitte der siebziger Jahre zunächst relativ deutlich zurück und blieben auch in den Jahren 1977 und 1978 auf niedrigem Niveau. Seit 1979 ist ein deutlicher Anstieg der Investitionen festzustellen. Zu diesem Zeitpunkt ging die Zuständigkeit für die Abfallbeseitigung auf die Landkreise über. Mit 65,5 Mill. DM lagen die Investitionen 1983 fast doppelt so hoch wie 1976.

Bestimmend für die Entwicklung der Investitionen für die öffentliche Abfallbeseitigung sind in erster Linie Maßnahmen zum Bau und Ausbau von Abfallbeseitigungsanlagen; auf sie entfallen über drei Viertel des Gesamtbetrages. Von daher überrascht auf den ersten Blick die zeitliche Verteilung der In-

Tabelle 2

Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe 1975 bis 1983

Wirtschaftsbereiche	Umweltschutzinvestitionen		Davon für							
	insgesamt	Anteil an den Investitionen insgesamt	Abfallbeseitigung		Gewässerschutz		Lärmbekämpfung		Luftreinhaltung	
			Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Produzierendes Gewerbe insgesamt	3 195,5	3,3	322,7	10,1	1 339,5	41,9	209,3	6,5	1 324,1	41,4
davon										
Energieversorgung	517,7	3,4	32,1	6,2	97,2	18,8	40,2	7,8	348,2	67,3
Bergbau	5,4	2,7	0,1	1,9	5,0	92,6	0,1	1,9	0,1	2,7
Verarbeitendes Gewerbe	2 598,3	3,5	272,0	10,5	1 232,0	47,4	139,4	5,4	955,1	36,8
Baugewerbe	74,1	1,1	18,5	25,0	5,3	7,2	29,6	39,9	20,6	27,8

Finanzhilfen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang in erster Linie die steuerlichen Hilfen des Bundes durch Gewährung erhöhter Abschreibungen nach § 7 d Einkommensteuergesetz sowie die unmittelbar wirksamen Zinsverbilligungen der Landeskreditbank auf Darlehen zur Mittelstandsförderung nach dem Umweltschutzprogramm des Landes Baden-Württemberg. Allein die über steuerbegünstigte Abschreibungen getätigten Umweltschutzinvestitionen beliefen sich im Zeitraum von 1975 bis 1983 auf ein Volumen von mehr als 1,8 Mrd. DM.

Insgesamt betrugen die Umweltschutzinvestitionen des Produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg von 1975 bis 1983 rund 3,2 Mrd. DM (Tabelle 2). Ihr Anteil an den gesamten Investitionen dieses Wirtschaftsbereiches im selben Zeitraum war 3,3 %.

Bereits hier ist darauf hinzuweisen, daß die Abgrenzung der Umweltschutzmaßnahmen von anderen Investitionen oftmals schwierig ist und daß die in neuerer Zeit zunehmenden "integrierten Umweltschutzmaßnahmen", die gesonderte Umweltschutzinvestitionen überflüssig machen, naturgemäß nicht erfaßt sind.

Mit rund 2,6 Mrd. DM konzentriert sich der weitaus überwiegende Teil der gewerblichen Umweltschutzinvestitionen auf den Bereich des Verarbeitenden Gewerbes. Die übrigen 0,6 Mrd. DM entfallen

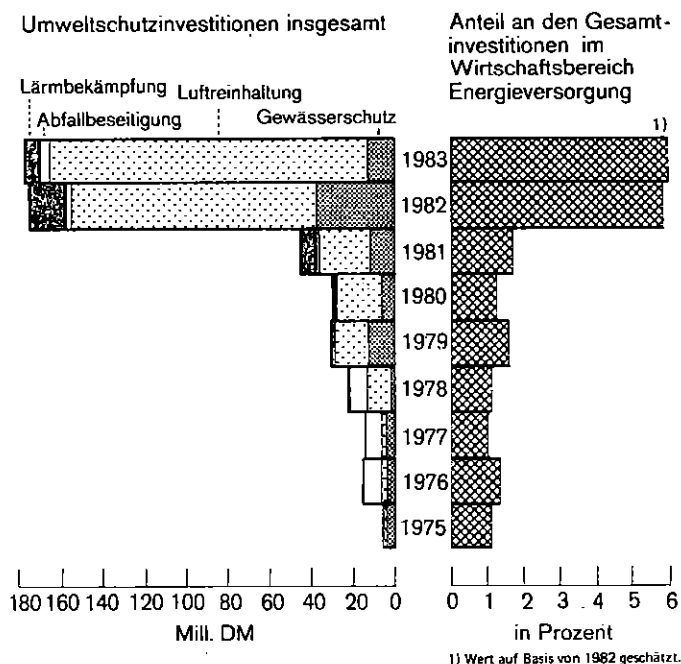
fast vollständig auf Betriebe der Energieversorgung. Von nur untergeordneter Bedeutung ist der Betrag an Umweltschutzinvestitionen im Baugewerbe (0,07 Mrd. DM).

Die Verteilung der Umweltschutzinvestitionen auf Maßnahmen der Abfallbeseitigung, des Gewässerschutzes, der Lärmbekämpfung bzw. Luftreinhaltung ist in den Bereichen des Produzierenden Gewerbes sehr ungleich. Nicht zuletzt deshalb ist auch die Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen dort sehr unterschiedlich verlaufen.

Im Bereich der Energieversorgung ist sie entscheidend durch die erst in jüngster Zeit begonnenen Maßnahmen zur Verminderung der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen geprägt (Schaubild 3). Erste Großinvestitionen für diesen Zweck in den Jahren 1982 und 1983 machen fast zwei Drittel der gesamten Umweltschutzinvestitionen dieses Wirtschaftsbereiches im betrachteten Zeitraum aus. Der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen ist dadurch von unter 2 % bis zum Jahr 1981 auf fast 6 % angestiegen. Diese jüngsten Umweltschutzanstrengungen erklären auch, daß die Investitionen in die Luftreinhaltung in den letzten Jahren mit über 70 % deutlich dominieren. In den siebziger Jahren war dies noch nicht der Fall, damals lag das Hauptgewicht noch bei Maßnahmen zur Abfallbeseitigung und des Gewässerschutzes.

Schaubild 3

Umweltschutzinvestitionen im Wirtschaftsbereich Energieversorgung nach Umweltschutzbereichen 1975 bis 1983



Integrierte Umweltschutzmaßnahmen ergänzen bzw. ersetzen herkömmliche Umweltschutz- investitionen

Eine wesentliche Rolle bei der Beurteilung der Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen spielt die Frage ihrer Abgrenzung von den übrigen allgemeinen Investitionen. Sie ist vor allem schwierig bei Umweltschutzeinrichtungen als Teil von Sachanlagen, die anderen (Produktions-) Zwecken dienen einschließlich Verfahrensumstellungen aus Umweltschutzgründen, sowie bei Investitionen in die Produktion umweltfreundlicherer Produkte. Bei den betrachteten Umweltschutzinvestitionen sind nur die dem Umweltschutz dienenden anteiligen Beträge bzw. die Investitionen für solche produktbezogenen Maßnahmen enthalten, die durch gesetzliche oder behördliche Auflagen vorgeschrieben wurden.

Es ist davon auszugehen, daß in den genannten Bereichen eine Reihe von Investitionen durchgeführt wurden, die ebenfalls für den Umweltschutz relevant sind, ohne daß sie als Umweltschutzinvestitionen ausgewiesen wurden. Insbesondere bei neuen Produktionsanlagen mit integrierten Umweltschutzaggregaten mag

es oft schwer sein, den Betrag zu beziffern, der für Zwecke des Umweltschutzes aufgewendet wurde. Darüber hinaus gibt es Anzeichen dafür, daß bei neuen Produktionsverfahren mitunter von vornherein Umweltschutzanforderungen berücksichtigt sind und damit Emissionen vermieden oder reduziert werden, so daß in diesen Fällen nachgeschaltete reine Umweltschutzinvestitionen überflüssig werden. Weiterhin werden produktbezogene Investitionsmaßnahmen offenbar auch aufgrund freiwilliger Vereinbarungen, d.h. ohne gesetzliche oder behördliche Auflage, durchgeführt.

Bei der Betrachtung der bisherigen und noch mehr bei der Frage nach der zukünftigen Entwicklung von Umweltschutzinvestitionen, sind deshalb auch solche im folgenden als "integrierte Umweltschutzmaßnahmen" bezeichnete Anstrengungen mit zu berücksichtigen. Die Vielfalt solcher Maßnahmen des vorbeugenden Umweltschutzes kann grob in folgende 5 Teilbereiche gegliedert werden:

1. Änderungen von Produktionsverfahren und Einrichtung neuer Produktionsanlagen, die eine Verminderung oder Vermeidung von Emissionen mit sich bringen;
2. Substitution von Werk-, Hilfs- und Betriebsstoffen durch jeweils weniger umweltbelastende Stoffe;
3. Maßnahmen der Energieeinsparung - Umstellungsmaßnahmen -
4. Maßnahmen zur Herstellung umweltfreundlicher Produkte (ohne gesetzliche Auflage);
5. Maßnahmen zur Verwertung von Produktionsrückständen und Abfällen.

Bei der nachfolgenden Betrachtung der verschiedenen Umweltschutzbereiche werden auch Hinweise auf bekannte, bislang bereits durchgeführte integrierte Umweltschutzmaßnahmen mit einbezogen, wobei es insbesondere um potentielle Anwendungsgebiete geht. Über den betragsmäßigen Umfang liegen keine Zahlen vor. Eine Bezifferung der integrierten Umweltschutzmaßnahmen erscheint auch problematisch, da bei einem großen Teil Anlaß bzw. Hauptzweck in der Regel nicht der Umweltschutz ist, sondern Kosten-, Rationalisierungs- bzw. Wettbewerbsgesichtspunkte den Ausschlag geben.

Anstieg der Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe – Zahl der investierenden Betriebe rückläufig

Von besonderem Interesse ist der sehr vielschichtige Bereich des Verarbeitenden Gewerbes. Der Schwerpunkt der Umweltschutzinvestitionen lag hier beim Gewässerschutz, auf den fast die Hälfte der insgesamt 2,6 Mrd. DM entfiel. Mit deutlichem Abstand nahmen Maßnahmen zur Luftreinhaltung den zweitgrößten Anteil (37 %) in Anspruch. Für die Abfallbeseitigung (11 %) und die Lärmbekämpfung (5 %) wurden vergleichsweise geringe Beträge investiert.

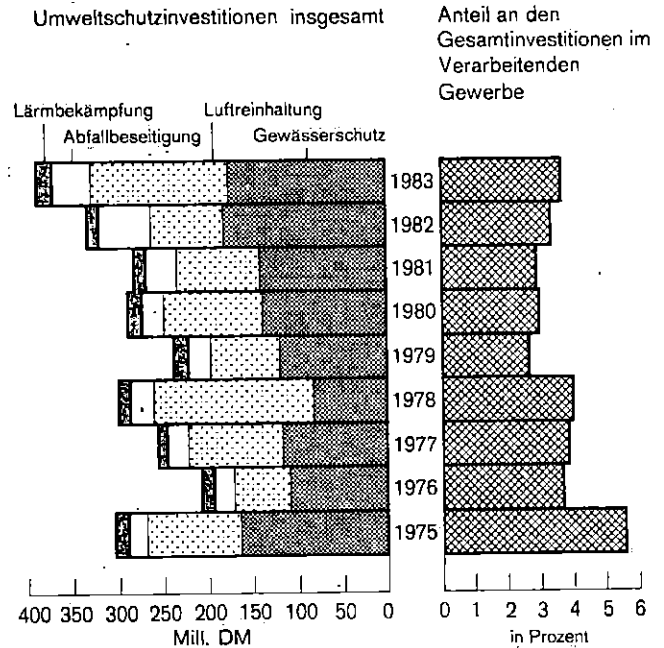
Die Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe wird von einer Reihe branchen- und betriebs-spezifischer Sondermaßnahmen überdeckt. Sie haben bewirkt, daß der jährliche Betrag an Umweltschutzinvestitionen ohne erkennbare Tendenz relativ stark um den Durchschnittsbetrag von gut 280 Mill. DM schwankt (Schaubild 4). Erst eine Bereinigung der Zeitreihe um die herausragenden Sonderinvestitionen⁴ zeigt, daß der Betrag ausgehend von einem hohen Niveau 1975 in den folgenden Jahren bis 1979 jeweils deutlich niedriger lag. Auch nach einem starken Anstieg 1980 ging der Betrag in den Folgejahren wieder zurück, um dann 1983 auf einen neuen Höchststand anzusteigen.

Weiteren Aufschluß über die Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen bringt die Betrachtung der Zahl der Betriebe, die in den einzelnen Jahren für den Umweltschutz investiert haben. Ihre Zahl ist seit 1975 auf fast die Hälfte zurückgegangen und betrug 1983 noch 800. Dabei konzentrierte sich der Rückgang vor allem auf die Jahre 1976 und 1982. Doch auch in den Jahren dazwischen war die Zahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen rückläufig. Zuletzt von 1982 auf 1983 blieb die Zahl etwa konstant.

Mit der Verabschiedung einer Reihe von Umweltschutzgesetzen und -verordnungen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre

Schaubild 4

Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe nach Umweltschutzbereichen 1975 bis 1983



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

126 65

war ein hoher Bedarf an Umweltschutzeinrichtungen entstanden. Durch den zusätzlichen Anreiz der bis Mitte 1975 gewährten Investitionszulage der Bundesregierung haben offenbar viele Betriebe ohnehin notwendig gewordene Umweltschutzinvestitionen in diesem Jahr durchgeführt. Die Zahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen ist dadurch gegenüber 1974 um fast 100 % auf über 1 500 angestiegen, und der starke Rückgang 1976 dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß Investitionen nach 1975 vorgezogen worden waren.

Vergleichbare Voraussetzungen wie im Rezessionsjahr 1975 fehlten dagegen Anfang der achtziger Jahre, so daß sich der allgemeine Konjunktur- und Investitionseinbruch 1982 auch auf die Zahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen ausgewirkt hat.⁵

Die Entwicklung der Betriebszahl deutet darauf hin, daß zumindest in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes eine gewisse Sättigung erreicht ist.

4 In den Jahren 1977, 1978 und 1982 haben einzelne Betriebe der Mineralölverarbeitung bzw. des Fahrzeugbaus außergewöhnlich umfangreiche Umweltschutzinvestitionen durchgeführt.

5 Siehe auch: H. Büringer, Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1975-1982, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/1984, S. 255 ff.

tigung in der Ausstattung der Betriebe mit notwendigen Umweltschutzeinrichtungen eingetreten war, zumal im betrachteten Zeitraum keine grundsätzlich neuen Umweltschutzanforderungen an die Betriebe gestellt wurden. Diesen Zusammenhang zeigt auch eine differenzierte Betrachtung der Betriebe nach solchen, die zum Zeitpunkt der Investitionen bereits über Anlagen zur Abwasser- bzw. Abfallbehandlung verfügten, und solchen, die ohne Anlagen dieser Art waren (Tabelle 3). Der Rückgang der Häufigkeit von Umweltschutzinvestitionen geht zu etwa gleichen Teilen auf Betriebe mit und solche ohne Anlagen zurück. Und während Betriebe, die bereits über Anlagen zur Abwasser- und Abfallbehandlung verfügten, schwerpunktmäßig in den Gewässerschutz investiert haben, konzentrieren sich die Investitionen der Betriebe ohne Anlagen auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung.

Betriebe des Produzierenden Gewerbes weitgehend an öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen angeschlossen

Eindeutiger Schwerpunkt der bisherigen Umweltschutzanstrengungen sowohl im Bereich der Öffentlichen Hand als auch des Produzierenden Gewerbes war - bisher jedenfalls - der Gewässerschutz. Mit fast 12,4 Mrd. DM entfielen rund vier Fünftel der gesamten Umweltschutzinvestitionen von 1975 - 1983 auf diesen Bereich. Dabei ist ein deutliches Übergewicht der Investitionen durch die Öffentliche Hand festzustellen. Über 11 Mrd. DM, die von den Gemeinden und Zweckverbänden in die Abwasserbeseitigung investiert wurden, stehen gut 1,3 Mrd. DM an Gewässerschutzinvestitionen durch das Produzierende Gewerbe gegenüber. Dieses Verhältnis spiegelt die Aufgabenverteilung beim Gewässerschutz wider. Neben den häuslichen Abwässern werden auch die gewerblichen Abwässer zu einem erheblichen Teil in den kommunalen Kläranlagen gereinigt (Tabelle 4). Von den rund 10 000 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten leiten mehr als 90 % ihre Abwässer vollständig in die öffentliche Kanalisation ein. Nur rund 750 Betriebe leiten Abwässer, darunter die meisten ausschließlich Kühlwasser, direkt in Vorfluter ein. Weniger als 200 Betriebe ha-

Tabelle 3

Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe nach Ausstattung der Betriebe mit Anlagen¹⁾ 1980 und 1982

Merkmal	Einheit	1980	1982
Umweltschutzinvestitionen von Betrieben mit Anlagen ¹⁾	Anzahl	526	379
	Mill. DM	214,9	288,2
Betrieben ohne Anlagen ¹⁾	Anzahl	596	424
	Mill. DM	74,5	44,6
Darunter Investitionen für Gewässerschutz			
Betriebe mit Anlagen ¹⁾	%	55,6	59,1
Betriebe ohne Anlagen ¹⁾	%	28,8	27,4
Luftreinhaltung			
Betriebe mit Anlagen ¹⁾	%	31,5	20,0
Betriebe ohne Anlagen ¹⁾	%	55,6	50,7

1) Die Angaben beziehen sich auf Anlagen zur Abwasser- und Abfallbehandlung (einschließlich Abfallbeseitigungsanlagen).

ben 1981 ihre Abwässer in eigener Regie gereinigt und anschließend direkt abgeleitet, und auch von den Betrieben, die Abwässer in die öffentliche Kanalisation eingeleitet haben, hat nur jeder Zehnte seine Abwässer in eigenen Anlagen vorbehandelt. Dabei ist keineswegs eine Zunahme der Zahl an Betrieben mit eigener Abwasserbehandlung zu verzeichnen. Damit erklärt sich auch z.T. die oben festgestellte Entwicklung bei der Häufigkeit von Umweltschutzinvestitionen. Die bestehende Aufgabenverteilung bedeutet jedoch nicht, daß das Verursacherprinzip beim Gewässerschutz nicht gültig wäre.

Tabelle 4

Abwasserbeseitigung im Verarbeitenden Gewerbe 1977 und 1981

Merkmal	1977	1981
	Anzahl	
Betriebe insgesamt	10 482	10 236
darunter mit Abwasserbehandlungsanlagen	1 277	1 179
Betriebe mit Direktableitung von Abwasser	.	747
darunter nach Behandlung in betriebs-eigenen Abwasserbehandlungsanlagen	.	178
Betriebe mit Abwasserableitung in die öffentliche Kanalisation	.	9 998
darunter nach Behandlung in betriebs-eigenen Abwasserbehandlungsanlagen	.	998

Gewerbliche Gewässerschutzinvestitionen regional stark konzentriert

Die Gewässerschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe im betrachteten Zeitraum konzentrieren sich vor allem auf die Betriebe, die selbst Abwasserbehandlungsmaßnahmen durchführen. Dabei ist eine deutliche Abhängigkeit von der Abwassermenge und der Art des Abwassers zu erkennen. Dies drückt sich in der außerordentlichen Konzentration auf bestimmte Branchen aus. Hervorzuheben sind der Fahrzeugbau, die Chemische Industrie, die Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung sowie die ADV-Herstellung, auf die zusammen über 60 % der Investitionen entfallen. Nimmt man die 6 Branchen mit den nächst größeren Beträgen hinzu, so ergibt sich, daß nur 10 Branchen fast 90 % der Gewässerschutzinvestitionen durchgeführt haben. Innerhalb dieser Branchen sind es wiederum bestimmte Produktionszweige und vor allem größere Betriebe, auf die sich die Investitionen konzentrieren. So erklärt sich auch die überaus deutliche regionale Konzentration der Gewässerschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe (Schaubild 5). Herausragende Standorte von Großinvestoren im Gewäs-

erschutz bestehen entlang dem Rhein und im Raum Stuttgart/Böblingen. Auf sie entfallen über 55 % der Gewässerschutzinvestitionen. Auch die übrige regionale Verteilung ist durch einzelne Betriebe mit herausragenden Gewässerschutzinvestitionen geprägt. Dabei handelt es sich überwiegend um Betriebe des Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbes, nur in Stuttgart und Böblingen überwiegen Investitionen von Betrieben des Investitionsgütergewerbes, insbesondere des Fahrzeugbaus und der ADV-Herstellung.

Vor allem die Unterschiede bei den beteiligten Branchen erklären auch die regional unterschiedlich verlaufene zeitliche Entwicklung (Tabelle 5). Der landesweit eingetretene enorme Anstieg der Gewässerschutzinvestitionen geht zu über 80 % auf die Entwicklung im Regierungsbezirk Stuttgart zurück, wo eindeutig das Investitionsgütergewerbe dominiert. Dort haben sich die Gewässerschutzinvestitionen im Betrachtungszeitraum fast verdreifacht.

Nur in Teilbereichen haben sich offenbar neben den strukturellen Unterschieden auch andere Faktoren ausgewirkt. Dies

Tabelle 5

Gewässerschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1975 bis 1983

Wirtschaftsbereiche	Gewässerschutzinvestitionen				
	1975 bis 1983	im Durchschnitt der Jahre			1983
		1975 bis 1976	1977 bis 1979	1980 bis 1982	
		Mill. DM			
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 232,0	136,6	106,3	154,3	177,1
davon					
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	501,9	69,6	39,7	48,2	98,9
darunter					
Mineralölverarbeitung	72,7	0,6	9,3	5,5	27,1
Chemische Industrie	211,6	36,6	10,6	17,2	55,0
Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung	164,8	25,7	16,0	19,0	8,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	556,8	43,4	47,4	87,4	65,8
darunter					
Fahrzeugbau	287,2	12,1	24,0	50,9	38,3
ADV - Herstellung	103,2	10,0	7,7	17,7	7,2
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	111,0	13,1	11,8	13,4	9,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	62,3	10,6	7,4	5,3	3,2

Gewässerschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1975 bis 1982 in den Stadt- und Landkreisen



Tabelle 6

Entwicklung der Gewässerschutzinvestitionen in der Holzschliff-, Zellstoff-, Papier-, und Pappeerzeugung in ausgewählten Regionen 1972 bis 1982

Ausgewählte Regionen	1972 bis 1974		1975 bis 1976		1977 bis 1979		1980 bis 1982	
	Gewässer- schutz- investitionen	Anteil an den Gesamtin- vestitionen	Gewässer- schutz- investitionen	Anteil an den Gesamtin- vestitionen	Gewässer- schutz- investitionen	Anteil an den Gesamtin- vestitionen	Gewässer- schutz- investitionen	Anteil an den Gesamtin- vestitionen
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Insgesamt	33,2	10,5	51,4	18,2	48,1	9,8	56,9	6,9
darunter in der Region								
Mittlerer Oberrhein	5,1	9,2	16,0	17,6	13,5	11,7	20,3	6,4
Unterer Neckar	0,5	1,5	9,1	25,2	17,3	20,8	20,6	18,0
Südlicher Oberrhein	1,3	3,7	0,7	5,3	1,9	4,6	2,0	2,7
Donau-Iller	10,1	30,7	17,8	57,1	4,2	26,1	5,4	24,2
Bodensee- Oberschwaben	8,7	49,2	2,3	10,4	5,6	9,6	0,4	1,1

zeigen regionale Vergleiche der Entwicklung innerhalb der Branchen. Dabei wird zunächst wiederum deutlich, daß die zeitliche Entwicklung durch größere Maßnahmen von einzelnen oder wenigen Betrieben geprägt wird. Hinweise auf Standorteinflüsse ergeben sich besonders bei der Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung (Tabelle 6). Während in den Regionen im Rheineinzugsgebiet die Gewässerschutzinvestitionen in dieser Branche verstärkt Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre durchgeführt wurden, sind in den Einzugsgebieten von Donau und Bodensee vor allem Mitte der siebziger Jahre hohe Gewässerschutzinvestitionen festzustellen. In den letzten Jahren waren die dort investierten Beträge vergleichsweise niedrig. Ein Grund für diese unterschiedliche Entwicklung könnte in den unterschiedlichen Vorfluterverhältnissen liegen.

Integrierter Gewässerschutz durch Reduzierung des Wasserverbrauchs

Die Priorität des Gewässerschutzes bei den bisherigen Umweltschutzmaßnahmen und die damit verbundenen hohen finanziellen Aufwendungen haben sicher dazu beigetragen, daß gerade auf diesem Feld des Umweltschutzes eine Reihe von Maß-

nahmen ergriffen wurden, die dem integrierten Umweltschutz zuzurechnen sind. Beispiele sind vor allem abwasserärmere Galvaniktechniken, Umstellungen bei Lackierverfahren, der Ersatz von Ätztechniken in der Druckindustrie sowie eine Reihe von Rezeptur- und Verfahrensmodifikationen in der Chemischen Industrie.

Positive Auswirkungen unter dem Aspekt des Gewässerschutzes gingen im betrachteten Zeitraum auch von Maßnahmen aus, die nicht aus Gewässerschutzgründen durchgeführt wurden. Zu nennen sind hier die im Gefolge der Ölpreisteuerungswellen in den Jahren 1974, 1979 und 1981 unternommenen Anstrengungen zur Verminderung des Energieverbrauchs, die auch mit einem deutlich Rückgang der zur Kühlung von Produktionsanlagen benötigten Wassermenge verbunden waren. Auch die vor allem aus Kostengründen eingeführten wassersparenden Technologien haben zur Verminderung der Abwassermenge beigetragen.⁶ Impulse gingen hier vom intensi-

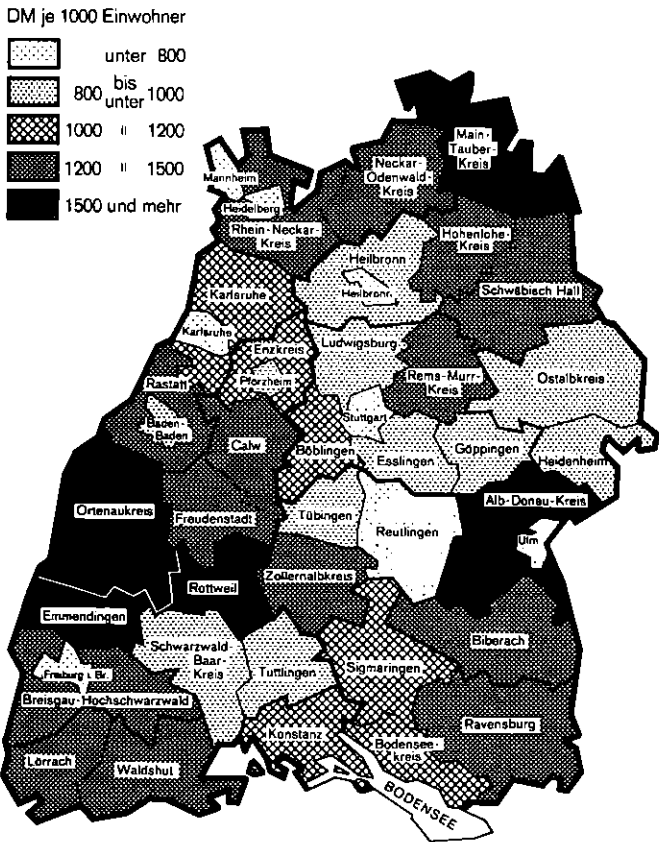
6 Vgl. hierzu: Analyse und Prognose des Wasserbedarfs der Industrie in Baden-Württemberg, Bericht über eine Untersuchung des Battelle-Instituts e.V. in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Frankfurt/Stuttgart im Februar 1984.

vierten Einsatz der Kreislaufführung des Wassers aus. In der Zeit von 1971 bis 1981 hat sich die Zahl der Betriebe mit solchen Einrichtungen von 900 auf 1 160 erhöht und eine Reihe von Großbetrieben hat in dieser Zeit die Kreislaufnutzung

um die Rückgewinnung von Wertstoffen aus dem Produktionswasser – ein nicht unerhebliches Potential zukünftiger integrierter Gewässerschutzmaßnahmen liegen, durch die sich dann auch positive Auswirkungen auf die öffentliche Abwasserbeseitigung ergeben könnten.

Schaubild 6

Investitionen der Öffentlichen Hand für Abwasserbeseitigung 1975 bis 1982 in den Stadt- und Landkreisen



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

127 85

weiter ausgebaut. Dabei wurden die stärksten Einsparungen beim Wasserbedarf in den Branchen erzielt, die auch die bisher höchsten Gewässerschutzinvestitionen durchgeführt haben. Auch waren es wiederum vor allem die Großbetriebe, die ihren Wasserbedarf am stärksten reduziert haben. Demgegenüber ist bei der Masse der kleineren und mittleren Betriebe, die auch überwiegend ihre Abwässer ausschließlich über die öffentliche Kanalisation ableiten, zum Teil ein steigender Wasserbedarf zu verzeichnen. In diesem Bereich könnte – insbesondere auch wegen der verstärkten Bemühungen

Hohe Investitionen in die öffentliche Abwasserbeseitigung in ländlichen Gebieten

Trotz der Einbeziehung der industriellen Abwässer besteht die Hauptaufgabe der öffentlichen Abwasserbeseitigung in der Erfassung und Reinigung der häuslichen und kleingewerblichen Abwässer. Die jährlich zu reinigende Abwassermenge aus diesem Bereich ist mehr als dreimal so groß wie die der industriellen Abwässer. Eine erhebliche Belastung der öffentlichen Kläranlagen resultiert auch aus der Behandlung von Regenwasser, das fast die Hälfte der jährlich behandelten Abwassermenge ausmacht.

Vor dem Hintergrund dieser Aufgabenstellung sind auch die erheblichen regionalen Unterschiede bei den kommunalen Investitionen in die Abwasserbeseitigung zu sehen. Die zwischen 1975 und 1982 investierten Beträge schwanken zwischen rund 43 Mill. DM in der Stadt Heilbronn und über 680 Mill. DM im Rhein-Neckar-Kreis. Ein wesentlicher Grund für diese Unterschiede ist entsprechend der festgestellten Hauptaufgabe der kommunalen Abwasserbeseitigung die Zahl der zu entsorgenden Einwohner. Doch auch die Investitionen je 1000 Einwohner waren in den Stadtkreisen deutlich niedriger als in den Landkreisen (Schaubild 6). Die höchsten Pro-Kopf-Beträge wurden im Betrachtungszeitraum in ausgesprochen ländlichen Kreisen investiert. Die Spitzenwerte liegen in den Kreisen Emmendingen, Rottweil und dem Main-Tauber-Kreis.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß bereits vor 1975 erhebliche Investitionen in die Abwasserbeseitigung durchgeführt wurden, so daß die Ausgangssituation im Jahr 1975 eine Rolle spielt. Tatsächlich war in den Stadtkreisen bis 1975 der Anschluß der Bevölkerung an Kanalisation und Kläranlagen weiter fortgeschritten als in den meisten Landkreisen (Tabelle 7). Die Investitionen in die Ab-

Tabelle 7

Investitionen der Öffentlichen Hand für Abwasserbeseitigung 1975 bis 1982

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Investitionen für Abwasser- beseitigung	Anteil der an die Sammel- kanalisation angeschlossenen Einwohner		Veränderung der Länge des Kanalnetzes	Anteil der an biologischen Kläranlagen angeschlossenen Einwohner	Veränderung der Ausbau- größe der biologischen Kläranlagen	Bestand an Regenwasser- behandlungsanlagen	
	1975 bis 1982	1975	1983	1975 bis 1983	1983	1975 bis 1983	1983	
	Mill. DM	%		km	% d. Wo.Bevölk.	1000 EGW ¹⁾	Anzahl	Volumen m ³
Stadtkreis								
Stuttgart, Landeshauptstadt	302,9	98,0	99,7	157,0	99,7	+ 110	39	52 487
Landkreise								
Böblingen	319,8	97,6	99,2	239,8	99,1	+ 102	105	71 423
Esslingen	368,0	97,1	100,0	295,0	100,0	+ 192	140	72 631
Göppingen	190,7	97,4	99,5	249,3	99,5	+ 372	95	32 144
Ludwigsburg	383,2	97,7	99,7	282,2	99,7	+ 576	151	74 573
Rems-Murr-Kreis	433,6	94,6	97,8	373,7	97,0	+ 308	133	62 986
Region Mittlerer Neckar	1 998,2	97,2	99,4	1 577,0	99,2	+ 1 680	663	366 244
Stadtkreis								
Heilbronn	43,2	98,3	100,0	38,3	100,0	— 62	24	9 977
Landkreise								
Heilbronn	236,7	94,9	99,6	342,4	98,7	+ 246	208	47 745
Hohenlohekreis	123,3	85,7	87,6	314,8	83,6	+ 92	74	16 111
Schwäbisch Hall	219,6	84,9	90,2	314,0	87,1	+ 129	125	42 005
Main-Tauber-Kreis	207,0	88,1	94,6	227,0	82,3	+ 170	79	27 012
Region Franken	829,9	91,0	95,4	1 238,3	91,9	+ 575	510	142 850
Landkreise								
Heidenheim	112,1	99,2	99,2	167,5	99,1	— 6	35	24 423
Ostalbkreis	257,7	94,2	96,2	238,2	94,7	+ 221	114	62 655
Region Ostwürttemberg	369,7	95,8	97,2	405,7	96,0	+ 215	149	87 078
Regierungsbezirk Stuttgart	3 197,8	95,7	98,3	3 219,0	97,4	+ 2 450	1 322	596 172
Stadtkreise								
Baden-Baden	46,4	100,0	100,0	28,5	100,0	— 61	—	—
Karlsruhe	137,3	99,9	99,9	191,8	99,9	+ 635	6	2 784
Landkreise								
Karlsruhe	379,6	96,6	99,8	207,1	99,8	+ 278	51	31 110
Rastatt	232,9	89,9	94,3	429,7	94,3	+ 444	27	19 001
Region Mittlerer Oberrhein	796,1	96,4	98,6	854,9	98,6	+ 1 296	84	52 895
Stadtkreise								
Heidelberg	95,4	100,0	100,0	16,2	100,0	+ 144	2	17 000
Mannheim	200,1	100,0	100,0	124,7	100,0	— 27	4	39 600
Landkreise								
Neckar-Odenwald-Kreis	167,1	91,7	95,3	135,8	85,2	+ 189	62	23 578
Rhein-Neckar-Kreis	680,0	95,3	99,0	355,7	97,5	+ 595	81	148 426
Region Unterer Neckar	1 142,7	96,9	99,0	632,4	97,0	+ 901	149	228 604
Stadtkreis								
Pforzheim	96,0	93,6	100,0	119,0	96,3	— 5	3	7 900
Landkreise								
Calw	172,2	88,9	98,8	279,4	97,6	+ 128	81	28 351
Enzkreis	181,6	98,1	99,7	165,3	98,8	+ 119	65	34 535
Freudenstadt	138,4	90,8	93,2	236,1	90,4	+ 105	33	13 212
Region Nordschwarzwald	588,2	93,2	98,2	799,8	98,3	+ 347	182	83 998
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 526,9	96,0	98,7	2 287,1	97,4	+ 2 544	415	365 497
Stadtkreis								
Freiburg im Breisgau	138,5	100,0	100,0	81,4	100,0	— 68	1	500
Landkreise								
Breisgau-Hochschwarzwald	274,0	83,0	95,0	470,9	91,7	+ 316	28	19 161
Emmendingen	254,5	89,9	92,2	189,7	90,6	+ 666	10	10 972
Ortenaukreis	584,9	85,7	89,6	751,8	82,8	+ 697	20	12 096
Region Südlicher Oberrhein	1 251,8	88,7	93,4	1 473,8	89,6	+ 1 611	59	42 729
Landkreise								
Rottweil	237,0	90,8	94,9	513,3	94,8	+ 282	60	21 959
Schwarzwald-Baar-Kreis	191,2	91,0	97,3	255,5	91,3	— 47	62	12 357
Tuttlingen	109,6	90,2	99,3	174,9	90,7	+ 24	34	11 681
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	537,8	90,7	97,1	943,7	92,2	+ 259	156	46 007
Landkreise								
Konstanz	276,6	92,2	96,3	481,3	90,7	+ 475	48	65 790
Lörrach	284,2	85,6	90,9	288,7	47,4	+ 172	33	9 525
Waldshut	190,1	75,0	90,7	403,5	75,3	+ 153	46	11 367
Region Hochrhein-Bodensee	750,8	85,6	93,0	1 173,5	72,2	+ 800	127	86 682
Regierungsbezirk Freiburg	2 540,5	88,2	94,2	3 691,0	84,9	+ 2 670	342	175 418
Landkreise								
Reutlingen	188,4	97,9	99,8	234,7	98,4	+ 17	90	49 843
Tübingen	147,9	95,8	99,2	189,3	96,8	+ 349	37	26 039
Zollernalbkreis	248,0	98,6	99,9	219,0	96,8	+ 484	60	22 423
Region Neckar-Alb	584,4	96,9	99,6	623,0	97,5	+ 850	187	98 305
Stadtkreis								
Ulm	78,5	100,0	100,0	71,0	100,0	— 75	26	14 924
Landkreise								
Alb-Donau-Kreis	254,1	94,9	99,6	229,2	87,4	+ 195	94	51 772
Biberach	213,9	90,0	96,3	219,6	67,0	+ 528	83	21 727
Region Donau-Iller ²⁾	546,5	94,3	98,5	519,8	82,9	+ 648	203	88 423
Landkreise								
Bodenseekreis	203,9	84,6	93,3	90,5	92,6	+ 198	52	37 512
Revensburg	297,0	75,7	85,1	168,3	80,6	+ 212	89	36 255
Sigmaringen	131,0	88,5	92,1	126,6	75,6	+ 56	53	19 244
Region Bodensee-Oberschwaben	631,9	81,4	89,4	385,4	83,4	+ 466	194	93 011
Regierungsbezirk Tübingen	1 782,9	91,0	95,8	1 528,2	88,7	+ 1 964	584	279 739
Baden-Württemberg	10 028,1	93,5	97,2	10 622,3	93,5	+ 9 628	2 663	1 416 826

1) Einwohnergleichwert: Einheit zum Vergleich von gewerblichem mit häuslichem Schmutzwasser. 1 EGW entspricht 60 g BSB₅ (Sauerstoffverbrauch in mg/l an 5 Tagen) je Einwohner und Tag. — 2) Soweit Land Baden-Württemberg.

wasserbeseitigung in den Jahren 1975 bis 1982 sind deshalb an den Maßnahmen zu messen, die im selben Zeitraum für den Bau von Kläranlagen sowie zur Erweiterung der Sammelkanalisation ergriffen wurden. Außerdem wurde der Bau von Regenwasserbehandlungsanlagen im betrachteten Zeitraum stark vorangetrieben. Der Umfang dieser Maßnahmen, gemessen am Zuwachs der Ausbaugröße der biologischen Kläranlagen, der Länge des Kanalnetzes bzw. an Zahl und Volumen der 1983 bestehenden Regenwasserbehandlungsanlagen, korrespondiert deutlich mit der Höhe der Investitionen in den Kreisen.

Es wird jedoch auch erkennbar, daß eine Reihe weiterer Faktoren auf den Umfang der Investitionen wirken. Gemessen an den drei Kenngrößen liegen die Investitionen in den dichter besiedelten Gebieten nämlich höher als in den ländlichen Gebieten. Diese umgekehrte Reihenfolge gegenüber den Pro-Kopf-Investitionen könnte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß in den dicht besiedelten Gebieten größere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Klärschlammbehandlung und -beseitigung notwendig sind. Außerdem spielen weitergehende Maßnahmen zur Abwasserreinigung in bestimmten Kreisen eine Rolle.

Weiterer Bedarf an Gewässerschutzinvestitionen vor allem in ländlichen Gebieten

Für die Beurteilung der bisherigen Investitionen, noch mehr jedoch für deren weitere Entwicklung, ist der zwischenzeitlich erreichte Stand der Abwasserbeseitigung in den Kreisen von Interesse. Dieser kann im wesentlichen am erreichten Anschlußgrad der Wohnbevölkerung an Kanalisation und biologische Kläranlagen und dem noch bestehenden Bedarf an Regenwasserbehandlungsanlagen abgelesen werden.

Es zeigt sich, daß in fast allen Kreisen, die von 1975 bis 1982 überdurchschnittlich hohe Investitionen je Einwohner durchgeführt haben, auch 1983 noch meist deutlich unterdurchschnittliche Anschlußgrade an Sammelkanalisation und kommunale Kläranlagen erreicht sind. Besonders auffällig sind die bestehenden Lücken im Regierungsbezirk Freiburg, in

den Regionen Donau-Iller, Bodensee-Oberschwaben und in den ländlichen Kreisen der Region Franken.

Umgekehrt liegen die Anschlußgrade in den Kreisen mit unterdurchschnittlichen Investitionen im Betrachtungszeitraum meist über dem Landesdurchschnitt. Bemerkenswerte Ausnahmen sind hier allerdings der Schwarzwald-Baar-Kreis, der Kreis Tuttlingen und der Ost-Alb-Kreis, in denen trotz auffälliger Lücken bei den Anschlußverhältnissen dennoch nur unterdurchschnittlich hohe Investitionen durchgeführt wurden. Trotz der beachtlichen Anstrengungen in den ländlichen Gebieten, bleibt – wenn auch regional verschieden hoch – ein deutlicher Rückstand, so daß vor allem dort ein Schwerpunkt der zukünftigen kommunalen Investitionen in die Abwasserbeseitigung zu erwarten ist.

Beim weiteren Bau von Regenwasserbehandlungsanlagen zeigt sich eine weniger deutliche regionale Konzentration. Der noch bestehende Bedarf verteilt sich relativ gleichmäßig auf die vier Regierungsbezirke bei allerdings erheblichen Schwankungen zwischen den Kreisen.

Gleichgewichtige Aufgabenverteilung bei der Abfallbeseitigung

Die Aufgabe der ordnungsgemäßen Abfallbeseitigung wurde mit dem Abfallbeseitigungsgesetz Anfang der siebziger Jahre im Grundsatz den Stadt- und Landkreisen übertragen. Dennoch differieren die Investitionen der Öffentlichen Hand und des Produzierenden Gewerbes in diesem Bereich nicht so stark wie bei der Abwasserbeseitigung. Die Ursache dafür liegt zum einen darin begründet, daß die Kreise solche Abfälle von der öffentlichen Abfallbeseitigung ausschließen können, die aufgrund ihrer Art oder Menge nicht zusammen mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen beseitigt werden können. Für solche Abfälle, die vor allem im Verarbeitenden Gewerbe anfallen, liegt die Beseitigungspflicht dann beim Abfallerzeuger. Zum anderen bedienen sich die Kreise ebenso wie die betroffenen Industriebetriebe bei der Erfüllung ihrer Beseitigungspflicht in erheblichem Umfang auch Dritter, meist

Tabelle 8

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe und durch die Öffentliche Hand für Abfallbeseitigung 1975 bis 1982

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Investitionen für Abfallbeseitigung 1975 bis 1982			Hausmüllbeseitigungsanlagen am 31.12.1982				
	im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	durch die Öffentliche Hand		Deponien	darunter 1975 bis 1982 in Betrieb gegangen	Abfallver- brennungs- Kompostie- rungsanlagen	darunter 1975 bis 1982 in Betrieb gegangen	rechnerische Nutzungs- dauer ²⁾
		insgesamt	je 1000 Ein- wohner ¹⁾					
	Mill. DM	DM	Anzahl				Jahre	
Stadtkreis								
Stuttgart, Landeshauptstadt	80,9	35,0	60	1	1	2	—	X
Landkreise								
Böblingen	10,0	20,1	65	3	—	—	—	14
Esslingen	3,1	19,4	42	3	2	—	—	2
Göppingen	2,4	21,9	95	1	1	1	1	4
Ludwigsburg	13,0	18,9	43	2	1	—	—	35
Rems-Murr-Kreis	4,3	36,4	102	6	4	—	—	10
Region Mittlerer Neckar	113,7	151,6	64	16	9	3	1	15
Stadtkreis								
Hellbronn	0,3	2,1	18	1	—	—	—	52
Landkreise								
Hellbronn	1,4	10,0	41	2	2	—	—	23
Hohenlohekreis	0,3	8,5	101	1	1	—	—	20
Schwäbisch Hall	6,2	10,1	67	1	1	—	—	16
Main-Tauber-Kreis	1,6	9,0	74	3	1	—	—	18
Region Franken	9,7	39,7	55	8	5	—	—	32
Landkreise								
Heidenheim	1,3	9,9	80	1	—	1	—	7
Ostalbkreis	3,5	38,3	139	2	1	—	—	15
Region Ostwürttemberg	4,8	48,2	120	3	1	1	—	12
Regierungsbezirk Stuttgart	128,3	239,5	69	27	15	4	1	19
Stadtkreise								
Baden-Baden	0,1	2,9	58	1	—	—	—	6
Karlsruhe	6,1	14,5	53	3	—	—	—	5
Landkreise								
Karlsruhe	2,7	7,3	20	2	1	—	—	16
Rastatt	12,8	12,5	66	1	1	—	—	12
Region Mittlerer Oberrhein	21,6	37,2	43	7	2	—	—	10
Stadtkreise								
Heidelberg	0,2	20,1	149	1	—	1	—	5
Mannheim	25,1	7,1	23	1	—	1	—	7
Landkreise								
Neckar-Odenwald-Kreis	1,5	6,7	51	3	—	—	—	2
Rhein-Neckar-Kreis	11,0	9,0	19	1	1	1	—	17
Region Unterer Neckar	37,8	42,8	41	6	1	3	—	7
Stadtkreis								
Pforzheim	0,2	3,2	31	—	—	—	—	—
Landkreise								
Calw	0,3	5,3	39	3	—	—	—	8
Enzkreis	0,8	2,7	17	2	—	—	—	8
Freudenstadt	1,2	5,0	50	2	—	—	—	7
Region Nordschwarzwald	2,6	16,2	32	7	—	—	—	8
Regierungsbezirk Karlsruhe	62,0	96,2	40	20	3	3	—	87
Stadtkreis								
Freiburg im Breisgau	1,1	0,9	5	1	—	—	—	16
Landkreise								
Breisgau-Hochschwarzwald	3,3	3,2	16	2	1	—	—	7
Emmendingen	0,4	4,5	34	—	—	—	—	—
Ortenaukreis	2,5	4,3	12	4	—	—	—	21
Region Südtlicher Oberrhein	7,3	12,9	15	7	1	—	—	16
Landkreise								
Rottweil	0,5	3,2	25	4	—	—	—	16
Schwarzwald-Baar-Kreis	1,7	12,0	60	2	2	—	—	25
Tuttlingen	1,3	3,4	31	1	—	—	—	3
Region Schwarzwald-Baar-Haueberg	3,6	18,6	43	7	2	—	—	15
Landkreise								
Konstanz	5,3	12,2	53	2	2	—	—	8
Lörrach	3,2	7,2	38	2	—	—	—	2
Waldshut	1,3	3,5	24	4	3	—	—	33
Region Hochrhein-Bodensee	9,8	22,9	40	8	5	—	—	11
Regierungsbezirk Freiburg	20,7	54,4	29	22	8	—	—	14
Landkreise								
Reutlingen	1,5	11,5	48	3	—	—	—	6
Tübingen	0,6	5,6	32	4	—	—	—	5
Zollernalbkreis	2,6	10,4	60	1	1	—	—	10
Region Neckar-Alb	4,7	27,5	47	8	1	—	—	7
Stadtkreis								
Ulm	2,6	5,3	53	1	—	—	—	2
Landkreise								
Alb-Donau-Kreis	1,9	0,6	4	—	—	—	—	—
Biberach	1,8	0,5	4	2	1	—	—	4
Region Donau-Iller ³⁾	6,2	6,5	16	3	1	—	—	2
Landkreise								
Bodenseekreis	1,6	7,2	42	1	1	—	—	12
Ravensburg	4,9	5,9	25	2	1	—	—	2
Sigmaringen	0,8	6,2	55	2	1	—	—	13
Region Bodensee-Oberschwaben	7,2	19,3	37	5	3	—	—	8
Regierungsbezirk Tübingen	18,1	53,3	35	16	5	—	—	6
Baden-Württemberg	229,1	443,4	48	85	31	7	1	13

1) Wohnbevölkerung; Stand 31.12.1981. — 2) Errechnet aus den Restvolumen der Deponien am 31.12.1982 und dem Einbauvolumen der 1982 abgelagerten Abfallmenge. —

3) Soweit Land Baden-Württemberg.

privater Unternehmer, die vor allem beim Transport bzw. der Sammlung aber auch in der Behandlung und Beseitigung von Abfällen tätig sind.

Trotz der etwa gleichgewichtigen Verteilung der Aufgaben im Bereich der Abfallbeseitigung auf Öffentliche Hand und Private Wirtschaft gilt für das Verarbeitende Gewerbe auch hier, daß die Mehrzahl der Betriebe vor allem fremde Leistungen in Anspruch nimmt. Die Abfälle werden in den meisten Fällen über die öffentliche Abfallbeseitigung oder durch Privatunternehmen entsorgt. Dementsprechend konzentrieren sich die Investitionen der Industrie im Bereich der Abfallbeseitigung ebenfalls auf relativ wenige Branchen, in denen große Mengen produktionsspezifischer Abfälle entstehen und deshalb eigene Behandlungs- und Beseitigungseinrichtungen rentabel sind. Mehr als vier Fünftel der industriellen Investitionen im Bereich der Abfallbeseitigung entfallen auf nur acht Branchen, wobei insbesondere der Fahrzeugbau und die Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung hervorzuheben sind. Auch innerhalb der hauptbetroffenen Branchen sind es vor allem die größeren Betriebe, die in eigene Einrichtungen zur Abfallbeseitigung investieren. Deshalb konzentrieren sich die industriellen Investitionen in die Abfallbeseitigung auf nur wenige Kreise.

Überdurchschnittliche Beseitigungskapazitäten in Kreisen mit hohen öffentlichen Investitionen

Das regional sehr unterschiedliche Verhältnis zwischen industriellen und öffentlichen Investitionen im Bereich der Abfallbeseitigung wird freilich auch durch den Umfang der bisherigen Maßnahmen der Öffentlichen Hand bestimmt, denn die Investitionen der Kreise im Zeitraum von 1975 bis 1982 schwanken ebenfalls sehr stark (Tabelle 8). Auch wenn man die Bevölkerungszahl berücksichtigt, bleiben erhebliche Unterschiede bestehen. Der je 1000 Einwohner investierte Betrag streut zwischen 4 und 149 DM. Dabei liegen die Pro-Kopf-Investitionen in den Kreisen des Regierungsbezirkes Stuttgart fast durchweg deutlich höher als in den übrigen drei Regierungsbezirken.

Der Grund liegt vor allem im regional unterschiedlichen Umfang der Maßnahmen zum Bau und Ausbau von Abfallbeseitigungsanlagen. Immerhin 16 der insgesamt 31 Anlagen, die landesweit zwischen 1975 und 1983 in Betrieb gingen, haben ihren Standort im Regierungsbezirk Stuttgart und auch bei den Erweiterungs- und Ausbaumaßnahmen an Beseitigungsanlagen treten insbesondere die Kreise des Mittleren Neckarraumes hervor. Allgemein sind gerade in den Kreisen hohe Investitionen für die öffentliche Abfallbeseitigung festzustellen, in denen neue Hausmüllbeseitigungsanlagen nach 1979 eingerichtet wurden.

Die Kreise mit überdurchschnittlichen Investitionen im Betrachtungszeitraum haben auch überdurchschnittliche Beseitigungskapazitäten zur Verfügung. Während im Regierungsbezirk Stuttgart mit Ausnahme der Kreise Esslingen und Heidenheim im Jahr 1983 noch Ablagerungskapazitäten von meist mehr als 10 Jahren bestanden, ist dies in den anderen Regierungsbezirken nur für einzelne Kreise der Fall. In den Kreisen Göppingen, Konstanz und im Neckar-Odenwald-Kreis gingen 1983 bzw. 1984 neue Beseitigungsanlagen in Betrieb, so daß sich die Diskrepanz zwischen Investitionen und Beseitigungskapazitäten dadurch erklärt.

Zukünftig dürften vor allem in den Kreisen hohe Investitionen notwendig werden, die bislang nur unterdurchschnittlich viel investiert haben. Zum Teil sind entsprechende Planungen schon eingeleitet. Dabei werden verstärkt technisch höherwertigere Beseitigungskonzepte einbezogen. Für die zukünftige Entwicklung der Investitionen im Bereich der Abfallbeseitigung dürften auch andere abfallwirtschaftliche Maßnahmen eine Rolle spielen. Zunehmend Beachtung findet das erfolgreich erprobte Modell "Grüne Tonne", das die getrennte Erfassung und zentrale Sortierung von verwertbaren Bestandteilen des Hausmülls vorsieht.

Investitionen zum Schutz vor Gewerbelärm durch Verursacher

Ein weiterer Umweltschutzbereich, in dem sowohl die Öffentliche Hand als auch das Produzierende Gewerbe beachtliche Beiträge investieren, ist die Lärmbekämp-

Tabelle 9

Investitionen für Lärmbekämpfung im Produzierenden Gewerbe 1975 bis 1983

Wirtschaftsbereich	Investitionen insgesamt	Davon			
		1975 bis 1976	1977 bis 1979	1980 bis 1982	1983
		Mill. DM			
Produzierendes Gewerbe	209,2	39,1	55,0	85,1	29,9
davon					
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	40,1	0,7	2,1	29,0	8,3
Bergbau	0,1	0,1	—	—	—
Verarbeitendes Gewerbe	139,4	29,2	46,0	45,2	19,0
davon					
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	54,3	6,8	18,2	18,4	10,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	52,8	13,5	17,5	17,8	4,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	20,4	5,0	6,9	6,3	2,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	11,9	4,0	3,3	2,7	1,9
Baugewerbe	29,6	9,2	6,9	10,9	2,6

fung. Sie stellt ein besonders schwieriges Problem dar, da Lärm allgegenwärtig und nur schwer zu fassen ist. Noch vergleichsweise einfach ist es beim gewerblichen Lärm, denn hier sind die Lärmquellen meist klar bestimmbar und die Maßnahmen sind vom Verursacher zu tragen.

Betroffen sind dabei vor allem die Betriebe des Produzierenden Gewerbes. Sie haben im Zeitraum von 1975 bis 1983 rund 200 Mill. DM für die Lärmbekämpfung aufgewendet (Tabelle 9). Über zwei Drittel davon entfallen auf Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes. Das übrige Drittel verteilt sich auf Energieversorgungsbetriebe und das Baugewerbe. Während die Lärmbekämpfungsmaßnahmen beim zuletzt genannten Baugewerbe den Hauptteil der gesamten Umweltschutzinvestitionen ausmachen, ist ihr Anteil im Verarbeitenden Gewerbe nur vergleichsweise gering. Dort sind keine herausragenden Schwerpunkte, wie es bei den übrigen Umweltbereichen der Fall ist, festzustellen. Die höchsten Investitionen wurden in den für die baden-württembergische Wirtschaft auch besonders bedeutenden Branchen des Investitionsgüterproduzierenden Gewerbes, in der Chemischen Industrie und in der Gewinn-

nung und Verarbeitung von Steinen und Erden durchgeführt. Dementsprechend ist auch die regionale Verteilung der Lärmschutzinvestitionen sehr viel gleichmäßiger als beim Gewässerschutz und in der Abfallbeseitigung. Sie korreliert sehr stark mit der Verteilung der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes auf die Landesteile. Die höchsten Beträge wurden in den Verdichtungsgebieten des Landes investiert.

Im übrigen ist festzuhalten, daß auch die Beschwerden über Lärmemissionen von Industrieanlagen und gewerblichen Betrieben sowie entsprechende Beanstandungen durch die Gewerbeaufsicht eine deutlich abnehmende Tendenz aufweisen.⁷

Schutz vor Verkehrslärm durch die Öffentliche Hand

Als Hauptlärmquelle, von der auch die stärksten Belästigungen ausgehen, ist der Verkehr insbesondere der Straßenverkehr zu nennen. Über Maßnahmen,

7 Vgl. hierzu: Zweiter Umweltqualitätsbericht Baden-Württemberg 1983, Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg.

die hier direkt an der Lärmquelle, d.h. an den Fahrzeugmotoren, -reifen, am Karosserieaufbau bzw. an den Fahrbahnen ansetzen, liegen keine Zahlen vor. Eine nachhaltige Entlastung durch solche aktiven Lärmbekämpfungsmaßnahmen ist zwar bislang nicht erreicht worden, doch schreitet auch hier die technische Entwicklung fort. Das Land wird deshalb künftig beim Erwerb von Fahrzeugen verstärkt auf Gesichtspunkte des aktiven Lärmschutzes achten. Dies kann zu Mehrkosten bei Anschaffung und Betrieb (Wartung) führen. Die Mehrkosten bei der Anschaffung können sich je nach Fahrzeugart auf etwa 4 bis 8 % des Fahrzeugwertes belaufen.

Der Schwerpunkt bei der Bekämpfung von Verkehrslärm sollte bei den aktiven Maßnahmen liegen (Bekämpfung an der Quelle durch Konstruktion leiserer Fahrzeuge, insbesondere LKW). Er liegt jedoch zur Zeit noch bei passiven Maßnahmen, die darauf abzielen, die Schallausbreitung einzudämmen. Dabei handelt es sich vor allem um die Errichtung von Lärmschutzwällen und -wänden entlang von Straßen sowie um den Einbau von Lärmschutzfenstern. Träger dieser Maßnahmen ist im wesentlichen die Öffentliche Hand. Vollständige Angaben über die in diesem Bereich investierten Mittel liegen jedoch nicht vor. Dies liegt vor allem daran, daß die beim Neubau von Straßen und bei der Erschließung von Wohngebieten an bestehenden Verkehrswegen getroffenen Lärmschutzmaßnahmen nicht gesondert ausgewiesen werden, sondern in den Straßenbauinvestitionen bzw. Erschließungskosten enthalten sind.

Über nachträgliche Schutzmaßnahmen liegen teilweise Angaben vor. Diese vermitteln zumindest eine Vorstellung von der Größenordnung dieser Lärmschutzinvestitionen. So haben die 9 Stadtkreise des Landes im Zeitraum von 1979 bis 1983 über 20 Mill. für nachträgliche Schallschutzmaßnahmen aufgebracht. Umfragen der Landesanstalt für Umweltschutz bei 35 Großstädten und Großen Kreisstädten belegen diese Größenordnung.⁸ Für den Zeitraum von 1975 bis 1983 dürften demnach durch die Öffentliche Hand

deutlich mehr als 100 Mill. DM für passive nachträgliche Schallschutzmaßnahmen investiert worden sein.

Um ein vollständiges Bild über die Lärmschutzmaßnahmen zu erhalten, ist eine Vielzahl weiterer Maßnahmen zu berücksichtigen, die als "integrierte passive Lärmschutzmaßnahmen" bezeichnet werden können. Dazu gehören vor allem der Bau von Umgehungsstraßen, eine umweltgerechte Trassierung sowie die Errichtung von verkehrsberuhigten Zonen. Aber auch die Berücksichtigung des Lärmschutzes bei der Planung von Wohngebieten sowie die Verlegung von Gewerbebetrieben sind hier zu nennen. Insgesamt ist der Lärmschutz derjenige Umweltbereich, in dem bereits bislang vor allem integrierte Maßnahmen durchgeführt wurden.

Bisherige Investitionen für Luftreinhaltung überwiegend im Verarbeitenden Gewerbe

Die Reduzierung der Luftverunreinigungen ist in der jüngsten Vergangenheit zur dringenden Aufgabe auf dem Gebiet des Umweltschutzes geworden. Die bisher durchgeführten Maßnahmen zur Luftreinhaltung wurden hauptsächlich von Betrieben des Produzierenden Gewerbes getragen. Maßnahmen der Öffentlichen Hand, z.B. bei den landeseigenen Kraftwerken zur Reduzierung der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen wurden 1983 eingeleitet. Die Investitionen für Luftreinhaltung im Bereich des Produzierenden Gewerbes von 1975 bis 1983 betragen immerhin 1,5 Mrd. DM. Rund zwei Drittel davon entfallen auf das Verarbeitende Gewerbe. Das übrige Drittel konzentriert sich auf Betriebe der Energieversorgung.

Die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe verteilen sich auf eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Maßnahmen. Dabei ist ein enger Zusammenhang mit dem Verbrauch an fossilen Energieträgern zu erkennen (Tabelle 10). Unter den 5 verbrauchsstärksten Branchen sind auch die 4 Branchen mit den bisher höchsten Investitionen für Luftreinhaltung. Ein erheblicher Teil der Investitionen dürfte deshalb für Einrichtungen zur Reduzierung z.B. der Staubemissionen durch industrielle Kraftwerke aufgewendet worden sein. Fast ausschließlich der Vermei-

⁸ Siehe Fußnote 7.

Tabelle 10

Investitionen für Luftreinhaltung im Verarbeitenden Gewerbe 1975 bis 1983 und Energieverbrauch 1982

Wirtschaftsbereiche	Investitionen für Luftreinhaltung					Verbrauch an fossilen Energie- trägern 1982
	1975 bis 1983	im Durchschnitt der Jahre			1983	
		1975 bis 1976	1977 bis 1979	1980 bis 1982		
		Mill. DM				
1000 t SKE						
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	955,2	83,5	118,4	93,5	152,6	
davon						
Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	543,9	44,0	79,2	43,0	89,4	
darunter						
Mineralölverarbeitung	279,9	26,9	52,6	5,9	50,9	—
Steine und Erden	103,5	4,1	9,9	19,0	8,6	913,1
darunter						
Zementherstellung						795,8
Chemische Industrie	74,4	6,1	7,3	9,2	12,7	690,7
Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappe- erzeugung	28,4	1,1	4,1	1,2	10,2	1 020,6
Investitionsgüter produ- zierendes Gewerbe	277,3	26,5	24,9	32,9	50,7	
darunter						
Maschinenbau	39,7	6,0	3,9	3,9	4,3	351,1
Fahrzeugbau	154,3	11,9	13,6	19,1	32,5	490,2
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	31,1	2,5	3,6	3,9	3,5	218,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	106,5	11,8	11,5	13,2	8,8	
darunter						
Textilgewerbe	20,7	4,1	1,7	2,1	1,3	427,9
Druckerei und Vervielfäl- tigung	18,3	1,9	3,0	0,8	3,1	46,8
Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	27,5	1,3	2,8	4,3	3,7	

derung von Staubemissionen dienten die umfangreichen Investitionen der Zementhersteller sowie der Betriebe in der Holzverarbeitung.

Eine energieintensive Produktion ist jedoch nicht der alleinige Grund für hohe Investitionen zur Luftreinhaltung. Dies wird daran deutlich, daß die Betriebe der Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung 1982 zwar den höchsten Energieverbrauch aller Branchen hatten, mit 28,4 Mill. DM jedoch nicht wesentlich mehr investiert haben als z.B. die Druckereien, die insgesamt einen nur vergleichsweise geringen Energieverbrauch haben. Die Investitionen im Druckgewerbe zielten hauptsächlich auf Einrichtungen zur Vermeidung von Lösungsmittlemissionen. Entsprechende

Maßnahmen haben auch in der Chemischen Industrie, beim Fahrzeugbau sowie bei einer Reihe weiterer metallverarbeitender Branchen große Teile der bisherigen Investitionen ausgemacht.

Eine Sonderstellung bei den bisherigen Luftreinhalteinvestitionen nimmt die Mineralölverarbeitung ein, die mit fast 300 Mill. DM den weitaus größten Betrag investiert hat. Auch hier haben Maßnahmen zur Reduzierung produktionsbedingter Emissionen einen hohen Betrag ausgemacht; rund zwei Drittel der zurückliegenden Investitionen entfielen jedoch auf die Einrichtung von Produktionsanlagen zur Herstellung von bleiärmerem Benzin bzw. zur Reduzierung des Schwefelgehaltes von leichtem Heizöl und Dieselmotortreibstoff.

Die regionale Verteilung der Investitionen für Luftreinhaltung (Schaubild 7) erklärt sich wie in den Bereichen Abfallbeseitigung und Gewässerschutz durch die überaus starke Konzentration der Investitionen auf Branchen, die entweder nur durch wenige große Betriebe in Baden-Württemberg vertreten sind oder in denen wenige Großbetriebe den Hauptteil der Investitionen ausmachen. Standorteinflüsse auf die Verteilung sind nicht erkennbar.

Deutlicher Anstieg der Investitionen für Luftreinhaltung

Auch für die zeitliche Entwicklung der Investitionen in den Kreisen sind in erster Linie branchen- und betriebsgrößenspezifische Einflüsse verantwortlich. Außerdem wirkt sich aus, daß in einigen Branchen die Investitionen für Luftreinhaltemaßnahmen in Verbindung mit herausragenden betrieblichen Investitionen durchgeführt wurden.

Insgesamt ist bei den Investitionen für Luftreinhaltung eine steigende Tendenz festzustellen. Die scheinbar entgegengesetzte Entwicklung auf Landesebene erklärt sich fast ausschließlich durch die herausragenden Investitionen der Mineralölverarbeitung in den Jahren 1977 und 1978 für Maßnahmen zur Reduzierung des Schwefelgehaltes im leichten Heizöl und Dieselkraftstoff. Auch in den meisten Kreisen ist ein Anstieg der Luftreinhalteinvestitionen zu erkennen. In jedem dritten Kreis wurde über die Hälfte der Gesamtinvestitionen seit 1975 anfangs der 80er Jahre getätigt.

Wesentlich deutlicher als im Verarbeiten des Gewerbe ist die Zunahme der Investitionen für Luftreinhaltung im Bereich der Energieversorgung. Die Investitionen konzentrieren sich dort bereits hauptsächlich auf Maßnahmen zur Reduzierung der Schwefeldioxidemissionen. Über zwei Drittel der insgesamt im Zeitraum von 1975 bis 1983 investierten 400 Mill. DM wurden in den Jahren 1982 und 1983 in entsprechende Einrichtungen investiert. Hierin zeichnen sich bereits die für die nächsten Jahre anstehenden Großinvestitionen zur Reduzierung der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen ab. Ihr Umfang wird durch Fachkreise auf rund 3,5 Mrd. DM geschätzt.

Deutliche Impulse durch integrierte Luftreinhaltemaßnahmen

Im Hinblick auf die drängende Aufgabe der Reduzierung von Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen haben im betrachteten Zeitraum auch eine Reihe von Maßnahmen Erfolge gebracht, die nicht in erster Linie aus Umweltschutzgründen durchgeführt wurden. Dazu gehören insbesondere die durch die "Ölkrise" der Jahre 1973 und 1979 ausgelösten erheblichen Anstrengungen zur Energieeinsparung sowie der verstärkte Einsatz schadstoffärmerer Energieträger. Infolge dieser Maßnahmen, die dem integrierten Umweltschutz zuzuordnen sind, gingen die Schwefeldioxidemissionen der Industrie und Kraftwerke seit Mitte der siebziger Jahre spürbar zurück.⁹ Entsprechend wirkte sich auch der Einsatz neuer Verfahren bei der Herstellung von Schwefelsäure in der Chemischen Industrie aus.

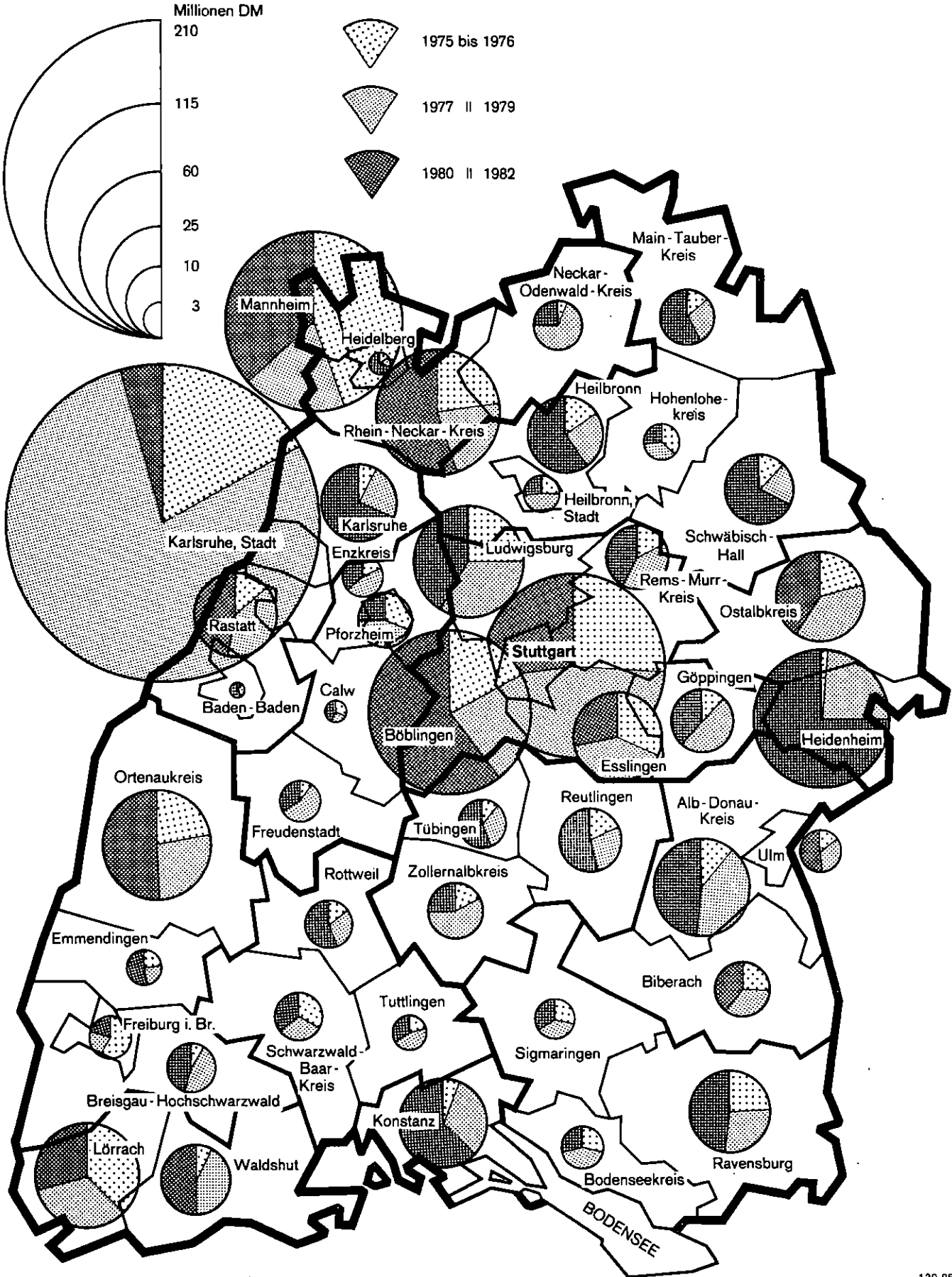
Auch zur Vermeidung von Lösemittlemissionen wurden in einer Reihe von Branchen bereits integrierte Maßnahmen getroffen. Dabei handelt es sich vor allem um den verstärkten Einsatz lösemittelfreier Stoffe sowie damit verbundene Verfahrensumstellungen.

Der Einsatz integrierter Maßnahmen zur Luftreinhaltung dürfte noch an Bedeutung zunehmen. Dies gilt insbesondere auch für die Anstrengungen zur Reduzierung der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen, die einen Schwerpunkt der zukünftigen Maßnahmen darstellen werden. Neben einer relativ geringen Zahl industrieller Großfeuerungsanlagen, bei denen möglicherweise eine nachgeschaltete Reinigung der Abgase in Betracht kommt, steht eine große Zahl von Betrieben mit Feuerungsanlagen, von denen zusammen ebenfalls beachtliche Emissionen ausgehen, bei denen für eine Reduzierung der Emissionen vor allem die Umstellung auf schadstoffärmere Energieträger und der Einsatz verbesserter Feuerungstechniken in Betracht kommen dürften.

9 Vgl. Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1983/84, herausgegeben von der Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt.

Schaubild 7

Umweltschutzzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe für Luftreinhaltung 1975 bis 1982
in den Stadt- und Landkreisen



Zusammenfassung

- Durch die Öffentliche Hand und Betriebe des Produzierenden Gewerbes wurden von 1975 bis 1983 zusammen über 15 Mrd. DM für den Umweltschutz investiert. Die Investitionen der Öffentlichen Hand, die mit rund 12 Mrd. DM deutlich höher waren als die des Produzierenden Gewerbes, wurden fast vollständig von den Gemeinden, Landkreisen und Zweckverbänden im Land durchgeführt. Das Land leistete dazu vor allem Finanzierungshilfen durch Investitionszuschüsse. Der Grund für die gegenüber dem Produzierenden Gewerbe deutlich höheren Investitionen der Öffentlichen Hand liegt im Bereich des Gewässerschutzes. Die Öffentliche Hand ist der Hauptaufgabenträger bei der Abwasserbeseitigung.
- Der Schwerpunkt der kommunalen Umweltschutzinvestitionen lag mit einem Anteil von 96 % eindeutig beim Ausbau der Abwasserbeseitigung. Die zeitliche Entwicklung der Maßnahmen ist durch zwei Phasen gekennzeichnet. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurden die Anstrengungen erheblich verstärkt; die Investitionen haben sich von 1975 bis 1980 mehr als verdoppelt. Danach ist ein deutlicher Rückgang der Investitionen eingetreten, der sich zum einen durch den landesweit erreichten hohen Standard der Abwasserbeseitigung, zum Teil aber auch durch die seither angespannte Finanzsituation der Gemeinden erklären dürfte.
- Im Bereich der Abfallbeseitigung, dem zweiten großen Investitionsbereich der Öffentlichen Hand, ist seit Ende der siebziger Jahre eine deutlich steigende Tendenz festzustellen. Der Grund dafür liegt in erster Linie in erhöhten Umweltschutzanforderungen an Abfallbeseitigungseinrichtungen. Dabei zeichnet sich eine Entwicklung hin zu technisch höherwertigeren Konzepten der öffentlichen Abfallwirtschaft ab, die mittelfristig zu noch erheblich höheren Investitionen in diesem Bereich führen dürfte.
- Die Umweltschutzinvestitionen des Produzierenden Gewerbes wurden überwiegend von Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes aufgebracht. Ihre zeitliche Entwicklung wurde durch eine Reihe herausragender Investitionen einzelner Betriebe stark beeinflusst, so daß eine deutliche Tendenz nicht erkennbar ist. Die jährlichen Investitionen bis 1982 schwanken relativ stark um den Durchschnittsbetrag von 280 Mill. DM. Erst danach ist ein deutlicher Anstieg auf einen neuen Höchststand im Jahr 1983 festzustellen. Dabei wurden die höheren Investitionen durch immer weniger Betriebe durchgeführt. Im Zeitraum von 1975 bis 1983 hat sich die Zahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen fast halbiert. Es scheint, daß zumindest in Teilbereichen eine gewisse Sättigung in der Ausstattung der Betriebe mit notwendigen Umweltschutzeinrichtungen eingetreten war. Dafür spricht auch, daß die weitaus überwiegende Zahl der Betriebe im Bereich der Abwasser- und Abfallbeseitigung gegen entsprechende Gebühren Leistungen der Öffentlichen Hand bzw. privater Unternehmen in Anspruch nimmt.
- Der Schwerpunkt der bisherigen Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe lag wie bei der Öffentlichen Hand beim Gewässerschutz. Dabei ist eine sehr starke regionale Konzentration der industriellen Gewässerschutzinvestitionen festzustellen, die durch herausragende Maßnahmen in nur wenigen Branchen und innerhalb dieser durch jeweils wenige Betriebe geprägt ist. Im Mittleren Neckarraum treten insbesondere Großinvestoren aus dem Fahrzeugbau und der ADV-Herstellung hervor, während es sich in den übrigen Gebieten mit hohen Gewässerschutzinvestitionen fast ausschließlich um Betriebe des Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbes handelt. Durch diese Branchenunterschiede erklärt sich auch weitgehend die regional unterschiedliche Entwicklung. Die landesweite Zunahme der Gewässerschutzinvestitionen geht fast ausschließlich auf die verstärkten Maßnahmen im Fahrzeugbau und der ADV-Herstellung zurück.
- Die kommunalen Investitionen in die Abwasserbeseitigung im Zeitraum von 1975 bis 1982 lagen gemessen an der Bevölkerungszahl in den ländlichen Gebieten wesentlich höher als in den

Stadtkreisen. Offenbar war der Ausbau der Abwasserbeseitigung bis 1975 in den dichter besiedelten Gebieten des Landes schon weiter fortgeschritten. Die regionalen Unterschiede der absoluten Investitionen für die Abwasserbeseitigung erklären sich im wesentlichen durch den Umfang der Maßnahmen zum Bau biologischer Kläranlagen, beim Ausbau des Kanalnetzes sowie durch den erreichten Stand beim Bau von Regenwasserbehandlungsanlagen.

- Trotz der in den ländlichen Gebieten überdurchschnittlichen Investitionen in den Ausbau der Abwasserbeseitigung, bestehen vor allem dort noch erhebliche Lücken beim Anschluß an die Sammelkanalisation und an biologische Kläranlagen. Besonders deutlich sind diese im Regierungsbezirk Freiburg, in den Regionen Donau-Iller, Bodensee-Oberschwaben und in den ländlichen Kreisen der Region Franken.
- Im Bereich der Abfallbeseitigung wurden die bisherigen Investitionen außer von den Kreisen und Gemeinden sowie den Betrieben des Produzierenden Gewerbes auch von Privatunternehmen außerhalb dieses Bereiches aufgebracht, die in erheblichem Umfang beim Transport und der Behandlung bzw. Verwertung von Abfällen tätig sind.
- Die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes bedienen sich bei der Abfallbeseitigung überwiegend der Leistungen der Öffentlichen Hand und privater Unternehmen. In eigene Einrichtungen zur Abfallbeseitigung bzw. -behandlung wurden nur durch relativ wenige Betriebe investiert. Dementsprechend ist die regionale Konzentration der industriellen Investitionen für Abfallbeseitigung sehr stark ausgeprägt.
- Die kommunalen Investitionen für die Abfallbeseitigung im Zeitraum von 1975 bis 1983 weisen sowohl absolut als auch bezogen auf die Bevölkerungszahl erhebliche regionale Unterschiede auf. Dabei liegen die Pro-Kopf-Investitionen in fast allen Kreisen des Regierungsbezirkes Stuttgart deutlich höher als in denen der übrigen drei Regierungsbezirke. Ausschlaggebend für die Höhe

der Investitionen waren der Bau von Beseitigungsanlagen, sowie Erweiterungsmaßnahmen und Verbesserungen in der Ausstattung bestehender Anlagen. Es zeigt sich, daß in den Kreisen mit überdurchschnittlich hohen Investitionen im betrachteten Zeitraum auch die gegenwärtig verfügbaren Beseitigungskapazitäten vergleichsweise groß sind.

- Die Investitionen zum Schutz vor Gerbelärm werden hauptsächlich durch die Verursacher getragen. Von den Betrieben des Produzierenden Gewerbes wurden von 1975 bis 1983 rund 200 Mill. DM für Lärmschutzmaßnahmen aufgebracht. Die regionale Verteilung der Investitionen ist relativ gleichmäßig. Die höchsten Beträge wurden in den Verdichtungsgebieten mit den höchsten Anteilen am Verarbeitenden Gewerbe investiert.
- Zum Schutz vor Verkehrslärm werden hauptsächlich durch die Öffentliche Hand erhebliche Leistungen erbracht. Dabei überwiegen derzeit noch die passiven Lärmschutzmaßnahmen, z.B. durch den Bau von Umgehungsstraßen und die Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen. Für nachträgliche Schutzmaßnahmen in Form von Lärmschutzwällen und -wänden sowie durch Lärmschutzfenster wurden im betrachteten Zeitraum mehr als 100 Mill. DM investiert.
- Für Maßnahmen der Luftreinhaltung haben die Betriebe des Produzierenden Gewerbes im Zeitraum von 1975 bis 1983 fast 1,5 Mrd. DM investiert. Rund zwei Drittel davon entfallen auf das Verarbeitende Gewerbe. Im Vordergrund standen dabei Maßnahmen zur Vermeidung von Staubemissionen. Der Umfang der bisherigen Investitionen für Luftreinhaltung ist in den Branchen am höchsten, die auch einen hohen Verbrauch an fossilen Energieträgern aufweisen. Eine Sonderstellung nimmt die Mineralölverarbeitung ein, auf die entfielen die mit Abstand höchsten Investitionen. Der überwiegende Teil davon wurde in Anlagen zur Produktion von bleiärmerem Benzin bzw. von schwefelärmerem leichtem Heizöl investiert.

- Die Investitionen für Luftreinhaltung weisen eine deutlich steigende Tendenz auf. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Elektrizitätsversorgung, wo über zwei Drittel der bisherigen Investitionen auf die Jahre 1982 und 1983 entfallen. Dabei handelt es sich um erste Maßnahmen zur Reduzierung der Schwefeldioxidemissionen.
- In den Bereichen Luftreinhaltung und Gewässerschutz wurden seit Mitte der siebziger Jahre auch durch integrierte

Maßnahmen deutliche Entlastungen der Umwelt erreicht. Im Gewässerschutz waren dies vor allem Maßnahmen zur Energieeinsparung, in deren Folge auch der Kühlwasserbedarf stark zurückging, sowie der zunehmende Einsatz wassersparender Technologien. In der Luftreinhaltung wurden ebenfalls durch Energiesparmaßnahmen sowie durch die Umstellung auf schadstoffärmere Energieträger spürbare Erfolge bei der Reduzierung der Schwefeldioxidemissionen erzielt.

Anhang

Übersicht 1

Aufbau der Systematik innerhalb des Tertiären Sektors

Nr. der WS-Systematik der BA	Wirtschaftszweig - Tertiärer Sektor -
62	Handel
63	Eisenbahnen
64	Deutsche Bundespost
65	Straßenverkehr
66	Schifffahrt
67	Spedition
68	Luftfahrt und sonstiger Verkehr
63-68	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
690	Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute
691	Versicherungsgewerbe
69	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
700, 703, 710	Gastgewerbe und Heime
72-73	Wäscherei, Reinigung, Körperpflege
740, 743, 746	Wissenschaftliche Hochschulen, Allgemeinbildende und berufsbildende Schulen
750, 753, 756	Sonstige Bildung, Erziehung und Sport
760, 763-765, 770, 771, 774	Kunst, Publizistik
780, 781, 785	Gesundheits- und Veterinärwesen
79	Rechts- und Wirtschaftsberatung
80-83 (o. 822)	Ingenieurberatung, Werbung, Foto
840, 842, 844, 85, 86	Sonstige Dienstleistungen
72; 73; 79-81, 83; 85; 86; Teile aus 70, 71, 74-78, 82, 84	Private Dienstleistungen
701, 711	Heime u.ä.
741, 744, 747	Wissenschaftliche Hochschulen, Allgemeinbildende und berufsbildende Schulen
751, 754, 757	Sonstige Bildung, Erziehung und Sport
761, 772	Kunst, Publizistik
782	Gesundheitswesen
87-90; Teile aus 70, 71, 74-78	Organisationen o. Erwerbscharakter, private Haushalte ¹⁾
702, 712	Heime u.ä.
742, 745, 748	Wissenschaftliche Hochschulen, Allgemeinbildende und berufsbildende Schulen
752, 755, 758	Sonstige Bildung, Erziehung und Sport
762, 773	Kunst, Publizistik
783, 784	Gesundheitswesen
822	Ausstellungen, Messen, Märkte
841, 843, 845	Hygiene, Entsorgung
91-94	Verwaltung ²⁾
91-94; Teile aus 70, 71, 74-78, 82, 84	Gebietskörperschaften, Sozialversicherung

1) Einschließlich Verwaltung. - 2) 91: Allgemeine öffentliche Verwaltung, 92: Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, 93: Sozialversicherung, 94: Vertretungen fremder Staaten, inter- und supranationaler Organisationen (mit Behördencharakter).

Tabelle 1

Teilzeitquote und Entwicklung der Teilzeitarbeitnehmer in den Wirtschaftssektoren

Wirtschaftliche Gliederung	Teilzeitquote				Nachrichtlich:			
	1978		1984		Veränderung der Teilzeitarbeitnehmer 1984 gegen 1978		Veränderung aller Arbeitnehmer 1984 gegen 1978	
	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
	Z							
Handel	12,8	13,1	15,2	15,3	22,3	15,6	2,7	- 1,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8,1	6,4	9,2	7,6	16,6	16,8	2,4	- 1,4
Kreditinstitute	11,3	9,9	13,1	10,7	31,9	22,7	14,0	12,9
Versicherungsgewerbe	6,9	7,0	8,2	8,1	20,5	14,8	2,4	3,1
Private Dienstleistungen	8,2	8,7	10,8	11,0	59,3	46,4	21,6	15,7
Organisationen o.E., private Haushalte	14,5	16,7	18,9	20,4	65,3	46,8	26,9	20,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	12,7	11,1	16,4	14,2	42,3	36,7	10,1	7,3
Tertiärer Sektor insgesamt	11,3	10,9	14,1	13,3	38,0	30,4	10,6	6,5
Nachrichtlich: Gesamte Wirtschaft ¹⁾	7,2	7,1	9,0	8,8	29,2	24,7	3,3	0,1
darunter Sekundärer Sektor	3,9	3,2	4,4	3,5	9,1	5,0	- 2,7	- 6,7

1) Einschließlich "ohne Angaben".

Tabelle 2

Teilzeitarbeitnehmer im Tertiären Sektor in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1978 und 1984

Wirtschaftliche Gliederung	Baden-Württemberg				Bundesgebiet				Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet	
	Beschäftigtenzahl 31.3.1984	Veränderung 1984 gegen 1978	Teilzeitquote		Beschäftigtenzahl 31.3.1984	Veränderung 1984 gegen 1978	Teilzeitquote		30.6.1978	31.3.1984
			30.6.1978	31.3.1984			30.6.1978	31.3.1984		
	1000		Z		1000		Z			
Handel	59,9	22,3	12,8	15,2	422,6	15,6	13,1	15,3	13,4	14,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	17,2	16,6	8,1	9,2	109,1	16,8	6,4	7,6	15,8	15,7
darunter										
Eisenbahnen	0,5	26,7	0,9	1,2	3,1	12,5	0,7	0,9	15,4	17,4
Deutsche Bundespost	13,5	12,0	16,7	17,6	82,8	13,6	15,1	16,3	16,5	16,3
Straßenverkehr	1,2	60,8	2,6	4,0	8,8	46,9	2,5	3,5	12,3	13,5
Spedition	1,7	20,3	5,0	5,2	10,0	15,1	4,5	5,0	15,9	16,6
Kreditinstitute	12,0	31,9	11,3	13,1	61,8	22,7	9,9	10,7	18,1	19,5
Versicherungsgewerbe	2,5	20,5	6,9	8,2	18,1	14,8	7,0	8,1	13,1	13,8
Private Dienstleistungen	35,2	59,3	8,2	10,8	242,5	46,4	8,7	11,0	13,3	14,5
darunter										
Gastgewerbe und Heime	3,2	75,8	3,0	4,8	24,7	75,9	3,5	5,7	13,1	13,1
Wäscherei, Reinigung, Körperpflege	5,9	52,4	10,3	14,1	49,8	33,4	13,0	16,1	10,3	11,8
Gesundheits- und Veterinärwesen	8,3	64,5	9,5	12,4	52,0	56,7	9,9	12,4	15,2	15,9
Rechts- und Wirtschaftsberatung	4,8	56,9	12,6	14,1	30,1	60,2	9,9	12,1	16,3	15,9
Ingenieurberatung, Werbung, Foto	5,4	58,4	7,2	8,5	37,5	39,4	7,8	9,2	12,7	14,4
Kunst, Publizistik	4,2	38,7	13,6	15,9	28,4	28,2	12,9	15,4	13,8	14,9
Organisationen o.E., private Haushalte	27,1	65,3	14,5	18,9	200,4	46,8	16,7	20,4	12,0	13,5
darunter										
Heime	4,2	54,9	14,8	17,6	31,5	40,1	18,6	20,9	12,1	13,3
Wissenschaftliche Hochschulen, Schulen	3,8	60,5	12,8	17,9	18,6	54,8	16,0	19,0	19,8	20,5
Sonstige Bildung, Erziehung und Sport	3,2	61,4	17,1	20,8	21,4	55,2	19,1	24,6	14,3	14,9
Gesundheitswesen	3,6	94,1	9,3	14,0	40,9	38,0	13,9	16,7	6,3	8,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	86,3	42,3	12,7	16,4	519,0	36,7	11,1	14,2	16,0	16,6
darunter										
Wissenschaftliche Hochschulen, Schulen	32,9	80,2	15,6	24,3	206,8	45,4	18,0	23,4	12,8	15,9
Gesundheitswesen	11,5	46,5	11,7	14,8	63,1	55,9	10,6	14,2	19,4	18,2
Tertiärer Sektor insgesamt	240,3	38,0	11,3	14,1	1 573,7	30,4	10,9	13,3	14,4	15,3
Nachrichtlich: Gesamte Wirtschaft ¹⁾	324,3	29,2	7,2	9,0	1 928,4	24,7	7,1	8,8	16,0	16,5

1) Einschließlich "ohne Angaben".

Tabelle 3

Weibliche Arbeitnehmer im Tertiären Sektor in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1974 und 1984

Wirtschaftliche Gliederung	Baden-Württemberg				Bundesgebiet				Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet	
	Beschäftigten- zahl 31.3.1984	Veränderung 1984 gegen 1974	Anteil an den Gesamtbeschäftigten		Beschäftigten- zahl 31.3.1984	Veränderung 1984 gegen 1974	Anteil an den Gesamtbeschäftigten			
			30.6.1974	31.3.1984			30.6.1974	31.3.1984		
	1000		%		1000		%		30.6.1974	31.3.1984
Handel	218,4	5,5	52,9	55,4	1 496,3	- 0,8	53,1	54,2	13,7	14,6
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	44,1	11,4	21,1	23,6	316,1	4,7	19,7	22,0	13,1	14,0
darunter										
Eisenbahnen	2,8	- 29,2	6,8	6,4	19,1	- 33,4	6,4	5,9	13,6	14,5
Deutsche Bundespost	26,2	5,6	33,9	34,2	170,5	3,3	33,0	33,5	14,9	15,4
Straßenverkehr	4,6	22,9	13,2	15,7	36,2	23,2	12,3	14,5	12,8	12,8
Spedition	7,7	49,5	22,1	24,0	46,1	11,7	21,9	23,2	12,5	16,7
Kreditinstitute	51,0	13,0	55,9	55,3	303,6	12,1	53,3	52,8	16,7	16,8
Versicherungsgewerbe	13,3	- 6,4	45,4	43,8	100,3	- 4,3	46,6	44,7	13,6	13,3
Private Dienstleistungen	214,9	37,0	65,0	65,7	1 415,1	30,8	62,1	64,1	14,5	15,2
darunter										
Gastgewerbe und Heime	43,5	27,7	64,3	64,4	263,9	24,8	60,3	60,4	16,1	16,5
Wäscherei, Reinigung, Körperpflege	33,5	14,2	80,9	80,6	250,1	6,4	80,9	80,7	12,5	13,4
Gesundheits- und Veterinärwesen	60,1	56,3	89,6	89,8	380,2	56,8	90,8	90,6	15,9	15,8
Rechts- und Wirt- schaftsberatung	25,8	71,0	73,0	76,1	184,4	56,3	69,3	73,8	12,8	14,0
Ingenieurberatung, Werbung, Foto	27,1	34,7	42,5	42,7	172,0	25,7	41,0	42,3	14,7	15,7
Kunst, Publizistik	14,0	14,9	52,3	52,4	89,6	4,8	48,2	48,7	14,3	15,7
Organisationen o.E., private Haushalte	101,5	50,4	72,2	70,5	701,3	34,3	73,6	71,5	12,9	14,5
darunter										
Heime	18,9	64,2	81,0	79,1	122,2	53,3	83,7	81,2	14,4	15,4
Wissenschaftliche Hoch- schulen, Schulen	10,2	43,9	46,2	47,8	48,7	x ¹⁾	x ¹⁾	49,6	x ¹⁾	20,8
Sonstige Bildung, Er- ziehung und Sport	14,0	54,6	92,5	90,9	77,6	48,4	90,4	89,1	17,3	18,1
Gesundheitswesen	19,9	58,3	78,7	76,9	188,7	27,8	80,0	76,8	8,5	10,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	248,9	23,4	44,4	47,2	1 630,3	20,9	44,2	44,6	15,0	15,3
darunter										
Wissenschaftliche Hoch- schulen, Schulen	63,9	19,8	46,7	47,2	451,5	26,1	51,6	51,0	14,9	14,2
Gesundheitswesen	58,0	29,2	76,6	74,6	321,4	23,9	74,0	72,2	17,3	18,0
Tertiärer Sektor insgesamt	892,3	21,9	49,5	52,4	5 963,1	16,0	48,4	50,4	14,2	15,0
Nachrichtlich:										
Gesamte Wirtschaft ²⁾	1 422,4	3,3	38,0	39,3	8 383,5	3,1	36,3	38,3	16,9	17,0
Sekundärer Sektor	520,6	- 18,4	30,1	27,7	2 358,7	- 19,8	25,6	24,1	21,7	22,1

1) Die Zahl der Beamten (als Teil der Gesamtbeschäftigung) ließ sich für das Bundesgebiet 1974 nicht zuverlässig ermitteln. Deshalb wurde auf die Angabe der zugehörigen Anteilswerte und Veränderungsraten verzichtet. In der Gruppensumme wirken sich die Fehler allerdings nur noch geringfügig aus. - 2) Einschließlich "ohne Angaben".

Methodische Erläuterungen

Unternehmen, Gründungen und Liquidationen in der Verarbeitenden Industrie

Erhebungseinheiten sind die Unternehmen der Verarbeitenden Industrie mit Sitz in Baden-Württemberg, das heißt alle heimischen Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Verarbeitenden Gewerbe haben und nicht in die Handwerksrolle eingetragen sind. Eingeschlossen sind auch alle Kleinunternehmen (keine Abschneidegrenze). Unternehmen sind definiert als die kleinsten rechtlich selbständigen Einheiten (die jedoch wirtschaftlich von einem Konzern abhängig sein können), ohne rechtlich selbständige Tochtergesellschaften, die wiederum als eigenes Unternehmen gezählt werden.

Erfassungsmerkmale sind die Zahl dieser Unternehmen sowie die Gesamtzahl deren Beschäftigten, gleich ob diese in Baden-Württemberg oder in anderen Bundesländern ihren Arbeitsplatz haben. Stichtag ist für die Zahl der Unternehmen der 31.12., für die Beschäftigten der 30.9.. Erfasst sind weiterhin die Zahl der Zugänge an Unternehmen (Gründungen) und die Zahl der Abgänge (Liquidationen) sowie die damit verknüpften Zu- und Abgänge von Beschäftigten.

Im folgenden werden zur Methodik dieses Abschnitts noch einige Erläuterungen gegeben.

Unternehmensbestand: Der Unternehmensbestand einer Branche umfaßt diejenigen Unternehmen, die zum Stichtag der entsprechenden Branche angehörten, das heißt dort ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt hatten. Die Bestandsveränderung zwischen zwei Stichtagen umfaßt somit auch Unternehmen, die zwischenzeitlich ihre Branche durch Schwerpunktverlagerung gewechselt haben.

Gründung: Dieser scheinbar so anschauliche Begriff ist unscharf, was sich darin zeigt, daß die Definitionen in den zu diesem Themenbereich existierenden Untersuchungen verschieden ausfallen bzw. verschieden ausfallen müssen, bedingt durch die Art der jeweils verwendeten Datenquelle.

Gründungen lassen sich definieren als Vorgänge, die den Bestand an Unternehmen in der heimischen Wirtschaft erhöhen, in diesem Fall im heimischen Wirtschaftsbereich Verarbeitende Industrie.

Die Schwierigkeit bei jeder Arbeit über Unternehmensgründungen liegt nun darin, solche Vorgänge zu eliminieren, die nur einzelwirtschaftlich gesehen eine Gründung bedeuten, sei es aus der Sicht einer Branche durch die Verlagerung der Tätigkeit eines Unternehmens in die Branche hinein (Schwerpunktwechsel) oder aus der Sicht eines "Gründers", der ein bestehendes Unternehmen übernimmt, z.B. durch Kauf oder Erbschaft. Solche Vorgänge die nur die Zusammensetzung, nicht aber den Umfang des Bestandes an Unternehmen ändern, konnten aufgrund der verwendeten Datengrundlage weitestgehend ausgeschaltet werden.

Im folgenden werden solche Vorgänge, die keine Gründung (Zugang) darstellen, kurz beschrieben: Dabei wird nur auf die Pseudo-Gründungsseite eingegangen, da definitionsgemäß hierzu jeweils eine analoge Pseudo-Abgangsseite existiert.

1. Schwerpunktverlagerungen von Unternehmen in eine andere Branche hinein: Dieser bereits oben beschriebene Vorgang erhöht zwar den Unternehmensbestand einer Branche, vermindert aber zugleich den Bestand einer anderen Branche. Die Eliminierung von Schwerpunktwechseln bei den Gründungen hat zur Folge, daß für eine einzelne Branche die gewohnte Beziehung: Anfangsbestand + Gründungen - Liquidationen = Endbestand im allgemeinen nicht mehr gilt. Die Differenz gibt vielmehr Aufschluß über das Ausmaß der Schwerpunktverlagerungen. Ist z.B. der Endbestand (rechte Seite der Gleichung) höher, so liegt in Höhe der Differenz ein "Wanderungsüberschuß" in die Branche hinein vor. Diese Formel gilt jedoch weiter in sehr guter Näherung für die Verarbeitende Industrie als ganzes, da Schwerpunktwechsel fast nur innerhalb dieses Bereichs stattfinden.

2. Umgründungen, das heißt Wechsel der Rechtsform des Unternehmens, Ein- bzw. Austritt von Gesellschaftern u.ä.
3. Besitzwechsel, das heißt Betriebsübergaben an Erben oder durch Verkauf, da ja aus volkswirtschaftlicher Sicht keine neue Gründung erfolgt.
4. Scheingründungen: Gewerbeanmeldungen bzw. nachfolgende routinemäßige erste Karteianfragen beim "Gründer", die erkennen lassen, daß das Gewerbe nur nebenberuflich, in Heimarbeit usw. betrieben wird, bleiben unberücksichtigt (z.B. ein Teil der Änderungsschneidereien).
5. Wiederholungsgründungen: Ist ersichtlich, daß der "Gründer" kurze Zeit zuvor ein Unternehmen abgemeldet hat – auch im Konkursfall – und ist erkennbar, daß das "alte" Unternehmen als physische Einheit wieder fortgeführt wird, zählt das alte Unternehmen als weiter existent.

Die Gründungen umfassen hingegen in dieser Arbeit folgende Zugangsarten:

1. Existenzgründungen: dies sind sog. "selbständig-originäre" Gründungen, die mit dem Wechsel eines Gründers oder mehrerer Gründungspartner in die Selbständigkeit verbunden sind.
2. Derivative Gründungen¹: Dies sind Gründungen einer rechtlich selbständigen Einheit aus einem bestehenden Unternehmensverband heraus. Dies kann rein derivativ geschehen durch Herauslösung eines Unternehmensteils, z.B. um die Markteinführung eines neuentwickelten Produkts organisatorisch zu verselbständigen. Dies kann auch geschehen durch die Neuerrichtung einer bisher nicht bestehenden betriebswirtschaftlichen Einheit, die jedoch rechtlich selbständig sein muß.
3. Sitzverlagerung eines Unternehmens nach Baden-Württemberg: Hierbei wird aus baden-württembergischer

Perspektive ein Unternehmen "gegründet".

4. Änderung der Handwerkseigenschaft (nur im Abschnitt Verarbeitende Industrie)
5. Wechsel der Unternehmensart: Diese dateitechnisch bedingte Besonderheit bewirkt gleichzeitig einen Pseudo-Zugang und einen Pseudo-Abgang, wenn ein Unternehmen vom Einbetriebsunternehmen zum Mehrbetriebsunternehmen wird oder umgekehrt bzw. wenn ein Unternehmen erstmals (oder nicht mehr) außerhalb Baden-Württembergs Betriebe errichtet hat. Hierdurch dürften die Gründungen und Liquidationen (jedoch nicht deren Saldo) leicht überhöht sein. Während dies für die Zahl der gegründeten bzw. aufgelösten Unternehmen nicht ins Gewicht fallen dürfte, ist für die entsprechenden Zu- und Abgänge von Beschäftigten eine deutlichere Überhöhung zu erwarten, da Pseudo-Zu- und Abgänge auch und gerade bei größeren Unternehmen vorkommen dürften.

Gründungsrate: Zahl der Gründungen eines Jahres, bezogen auf den Bestand am Ende des Vorjahres.

Jahresdurchschnittliche Gründungsrate: Durchschnittliche Zahl der Gründungen bezogen auf den Bestand am Beginn des Beobachtungszeitraums (Jahresende 1980).

Datenquelle: Datenquelle ist die im Statistischen Landesamt geführte Kartei von Betrieben und Unternehmen des Produzierenden Gewerbes. Diese Kartei dient in erster Linie Verwaltungszwecken, das heißt sie dient der Erfassung der für die verschiedenen Erhebungen berichtspflichtigen Einheiten. Diese Kartei wird durch Gewerbean- und -abmeldungen sowie andere Informationen (z.B. Veröffentlichung von Handelsregistereinträgen) gespeist und ständig aktualisiert.²

¹ Eine ähnliche Gliederung entwickeln N. Szyperński, Kirschbaum, G.: Unternehmensfluktuation in Nordrhein-Westfalen, Göttingen 1981.

² Siehe hierzu: Steiger, H.: Das Verarbeitende Gewerbe. Eine Bestandsaufnahme nach der Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9, September 1978 sowie Fuhr, M.: Kartei im Produzierenden Gewerbe als Aufbereitungs- und Untersuchungsobjekt, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 11, November 1980.

Bund-Land-Verflechtung der Beschäftigung in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes

Erhebungseinheit ist der im Verarbeitenden Gewerbe tätige Betrieb (örtlich getrennte Niederlassung eines Unternehmens). Das Unternehmen (rechtlich selbständige Einheit), dem der Betrieb zugeordnet ist, wird seinen Schwerpunkt in der Regel ebenfalls im Verarbeitenden Gewerbe haben. Das Unternehmen kann jedoch den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auch in einem anderen Teil des Produzierenden Gewerbes (z.B. Energiewirtschaft) oder außerhalb des Produzierenden Gewerbes haben (z.B. Handel). Erfassungsmerkmal ist die Zahl der Beschäftigten der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes.

Zunächst werden die Beschäftigten aller Betriebe in Baden-Württemberg betrachtet. Ein Teil der zugehörigen Unternehmen hat jedoch seinen Sitz in einem anderen Bundesland. Anschließend werden die Beschäftigten derjenigen Betriebe betrachtet, deren übergeordnetes Unternehmen seinen Sitz in Baden-Württemberg hat. Ein Teil dieser heimischen Unternehmen hat in anderen Bundesländern Betriebsstätten. Die entsprechenden Beschäftigtenzahlen wie auch deren Saldo sind wiederum Bestandsgrößen zum Stichtag 30. September.

Tabelle 1

Insolvenzen¹⁾ von Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Ausgewählte Wirtschaftsbereiche	1975	1980	1983	1984
	Anzahl			
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	361	137	397	309
Baugewerbe	238	128	276	317
darunter				
Bauhauptgewerbe	194	88	181	231
Handel	232	142	352	287
darunter				
Einzelhandel	132	88	159	164
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	33	36	72	68
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1	13	9	5
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	257	147	375	382
Unternehmen und freie Berufe zusammen	1 134	614	1 497	1 391
Nachrichtlich: Handwerk	227	104	408	534

1) Ohne Anschlusskonkurse.

Tabelle 2

Bestände an Unternehmen der Verarbeitenden Industrie mit Sitz in Baden-Württemberg

Sypro- Nr.	Wirtschaftsgruppen	Unternehmensbestände am Jahresende					Veränderung der Unternehmensbestände					
		1980	1981	1982	1983	1984	1981	1982	1983	1984	1984 gegen 1980	
							gegen Vorjahr					
							Anzahl					%
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	736	729	720	712	713	- 1,0	- 1,2	- 1,1	0,1	- 3,1	
26	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	38	35	36	35	33	- 7,9	2,9	- 2,8	- 5,7	- 13,2	
29	Gießerei	136	141	145	142	139	3,7	2,8	- 2,1	- 2,1	2,2	
30	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	1 050	1 093	1 080	1 081	1 063	4,1	- 1,2	0,1	- 1,7	1,2	
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	162	173	172	166	165	6,8	- 0,6	- 3,5	- 0,6	1,9	
32	Maschinenbau	1 472	1 564	1 591	1 594	1 571	6,3	1,7	0,2	- 1,4	6,7	
33	Straßenfahrzeugbau, Reparaturen von Kfz. usw.	179	192	191	196	196	7,3	- 0,5	2,6	± 0	9,5	
34	Schiffbau	12	14	14	14	14	16,7	± 0	± 0	± 0	16,7	
35	Luft- und Raumfahrzeugbau	16	16	16	17	17	± 0	± 0	6,3	± 0	6,3	
36	Elektrotechnik, Reparaturen von Haushaltsgeräten	1 182	1 236	1 251	1 262	1 296	4,6	1,2	0,9	2,7	9,6	
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	627	631	596	585	570	0,6	- 5,5	- 1,8	- 2,6	- 9,1	
38	Herstellung von EBM-Waren	753	784	780	762	744	4,1	- 0,5	- 2,3	- 2,4	- 1,2	
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	793	801	789	780	779	1,0	- 1,5	- 1,1	- 0,1	- 1,8	
40	Chemische Industrie	657	646	628	606	603	- 1,7	- 2,8	- 3,5	- 0,5	- 8,2	
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	53	62	69	69	61	17,0	11,3	± 0	17,4	52,8	
51	Feinkeramik	25	27	31	29	30	8,0	14,8	- 6,5	3,4	20,0	
52	Herstellung und Verarbeitung von Glas	112	114	115	116	117	1,8	0,9	0,9	0,9	4,5	
53	Holzbearbeitung	752	743	729	708	687	- 1,2	- 1,9	- 2,9	- 3,0	- 8,6	
54	Holzverarbeitung	650	653	638	637	643	0,5	- 2,3	- 0,2	0,9	- 1,1	
55	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	37	36	37	38	34	- 2,7	2,8	2,7	- 10,5	- 8,1	
56	Papier- und Pappeerarbeitung	318	319	313	304	292	0,3	- 1,9	- 2,9	- 3,9	- 8,2	
57	Druckerei, Vervielfältigung	1 149	1 188	1 182	1 191	1 239	3,4	- 0,5	0,8	4,0	7,8	
58	Herstellung von Kunststoffwaren	849	861	857	864	895	1,4	- 0,5	0,8	3,6	5,4	
59	Gummiverarbeitung	61	61	62	66	65	± 0	1,6	6,5	- 1,5	6,6	
61	Ledererzeugung	36	35	36	35	36	- 2,8	2,9	- 2,8	2,9	± 0	
62	Lederverarbeitung	195	191	182	181	188	- 2,1	- 4,7	- 0,5	3,9	- 3,6	
63	Textilgewerbe	1 405	1 367	1 308	1 271	1 219	- 2,7	- 4,3	- 2,8	- 4,1	- 13,2	
64	Bekleidungsgewerbe	761	754	719	709	716	- 0,9	- 4,6	- 1,4	1,0	- 5,9	
68	Ernährungsgewerbe	740	711	679	657	634	- 3,9	- 4,5	- 3,2	- 3,5	- 14,3	
69	Tabakverarbeitung	26	24	24	24	22	- 7,7	± 0	± 0	- 8,3	- 15,4	
22,27,65	Restliche Wirtschaftsgruppen	38	39	35	32	28	± 0	- 10,3	- 8,6	- 12,5	- 28,2	
22-69	Verarbeitende Industrie insgesamt	15 021	15 240	15 025	14 883	14 829	1,5	- 1,4	- 0,9	- 0,4	- 1,3	

Tabelle 3

Unternehmensgründungen und -auflösungen der Verarbeitenden Industrie

Sypro-Nr.	Wirtschaftsgruppen	Unternehmensgründungen (Zugänge an Unternehmen)					Unternehmensauflösungen (Abgänge an Unternehmen)				
		1981	1982	1983	1984	1981 bis 1984	1981	1982	1983	1984	1981 bis 1984
		Anzahl									
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	20	13	23	35	91	26	22	31	34	113
28	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	-	1	1	2	4	3	1	2	4	10
29	Gießerei	7	8	7	7	29	2	5	8	11	26
30	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	73	30	48	71	222	32	40	46	90	208
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	19	9	9	19	56	10	8	16	22	56
32	Maschinenbau	140	89	88	110	427	51	68	79	137	335
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	18	6	10	15	49	8	8	7	18	41
34	Schiffbau	2	-	1	1	4	-	-	1	1	2
35	Luft- und Raumfahrzeugbau	1	-	2	1	4	1	-	1	1	3
36	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	123	89	70	135	417	70	71	62	100	303
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	31	24	29	48	132	25	57	38	59	179
38	Herstellung von EBM-Waren	51	29	35	40	155	19	30	55	54	158
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	40	24	36	36	136	30	36	44	39	149
40	Chemische Industrie	23	7	15	27	72	33	26	37	33	129
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	12	7	2	11	32	3	2	4	2	11
51	Feinkeramik	3	6	1	3	13	2	2	3	1	8
52	Herstellung und Verarbeitung von Glas	10	1	7	7	25	7	1	4	4	16
53	Holzbearbeitung	13	2	6	9	30	19	15	23	31	88
54	Holzverarbeitung	31	18	33	44	126	32	35	38	29	134
55	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	3	2	1	-	6	4	1	-	3	8
56	Papier- und Pappeverarbeitung	11	13	8	7	39	10	17	13	12	52
57	Druckerei, Vervielfältigung	88	39	59	90	267	49	45	52	46	192
58	Herstellung von Kunststoffwaren	45	29	33	78	185	28	34	32	49	143
59	Gummiverarbeitung	3	2	5	4	14	3	1	-	4	8
61	Ledererzeugung	-	3	1	4	8	1	2	2	3	8
62	Lederverarbeitung	4	1	9	10	24	9	9	10	4	32
63	Textilgewerbe	44	33	28	33	138	80	91	66	83	320
64	Bekleidungsgewerbe	38	26	44	55	163	46	63	53	53	215
68	Ernährungsgewerbe	15	15	21	17	68	44	47	43	39	173
69	Tabakverarbeitung	-	1	-	1	2	2	1	-	3	6
22	Mineralölverarbeitung	1	1	-	-	2	1	5	3	4	13
27	Eisenschaffende Industrie										
65	Rep. v. Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte)										
Verarbeitende Industrie insgesamt		869	528	632	920	2 949	650	743	773	973	3 139

Tabelle 4

Unternehmen und Beschäftigte der Verarbeitenden Industrie nach Beschäftigtengrößenklassen in ausgewählten Wirtschaftsgruppen 1980 und 1984

Sypro-Nr.	Ausgewählte Wirtschaftsgruppen	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten											
		insgesamt	1-19	20-49	50-99	100-499	500 und mehr	insgesamt	1-19	20-49	50-99	100-499	500 und mehr
		1980						1984					
		Σ											
32	Maschinenbau	100	40,2	17,2	12,8	22,4	7,4	100	42,8	18,3	12,0	20,9	6,0
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	100	33,5	12,3	9,5	27,4	17,3	100	31,6	15,8	12,8	24,5	15,3
36	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	100	59,9	12,0	9,5	12,6	6,0	100	60,6	13,4	8,3	12,7	4,9
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	100	57,9	15,6	10,2	13,2	3,0	100	59,8	18,4	8,1	11,2	2,5
38	Herstellung von EBM-Waren	100	55,0	18,7	10,0	13,0	3,3	100	57,9	16,8	9,7	12,6	3,0
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	100	70,0	18,2	5,4	5,7	0,8	100	74,1	15,4	4,7	5,1	0,6
40	Chemische Industrie	100	67,0	11,6	8,2	10,0	3,2	100	66,0	11,4	8,3	10,0	4,3
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	100	54,7	13,2	11,3	15,1	5,7	100	59,3	12,3	9,9	12,3	6,2
54	Holzverarbeitung	100	55,8	17,7	11,5	11,8	3,1	100	59,3	18,2	10,3	10,3	2,0
56	Papier- und Pappeverarbeitung	100	49,7	18,6	11,3	17,9	2,5	100	52,1	18,8	12,3	14,0	2,7
57	Druckerei, Vervielfältigung	100	70,7	15,4	7,2	6,1	0,6	100	73,8	14,9	6,2	4,8	0,3
58	Herstellung von Kunststoffwaren	100	65,0	14,8	10,6	8,0	1,5	100	65,6	14,4	9,5	8,8	1,7
63	Textilgewerbe	100	60,1	12,8	10,5	13,5	3,1	100	60,1	13,6	11,1	12,6	2,6
64	Bekleidungsgewerbe	100	59,1	18,4	11,2	10,1	1,2	100	60,8	19,6	10,8	8,0	1,0
68	Ernährungsgewerbe	100	57,3	17,3	10,9	11,8	2,7	100	56,8	17,7	10,6	12,3	2,7
	Verarbeitende Industrie insgesamt	100	60,4	15,5	9,5	11,5	3,1	100	62,1	15,6	8,8	10,8	2,7

Noch: Tabelle 4

Unternehmen und Beschäftigte der Verarbeitenden Industrie nach Beschäftigtengrößenklassen in ausgewählten Wirtschaftsgruppen 1980 und 1984

Sypro-Nr.	Ausgewählte Wirtschaftsgruppen	Beschäftigte in Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten											
		insgesamt	1-19	20-49	50-99	100-499	500 und mehr	insgesamt	1-19	20-49	50-99	100-499	500 und mehr
		1980						1984					
		Σ											
32	Maschinenbau	100	1,9	3,5	5,6	29,8	59,2	100	2,3	4,3	6,0	32,2	55,3
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	100	0,2	0,2	0,4	4,4	94,7	100	0,2	0,4	0,6	4,0	94,8
36	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	100	1,7	1,8	3,0	12,6	80,9	100	1,9	2,3	3,1	14,9	77,8
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	100	3,7	5,4	7,3	29,7	53,9	100	4,6	7,5	7,1	30,6	50,2
38	Herstellung von EBM-Waren	100	4,7	7,2	9,0	33,5	45,6	100	5,2	7,0	9,2	35,6	43,0
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	100	12,9	17,2	10,7	36,7	22,6	100	16,3	16,1	10,2	36,4	21,0
40	Chemische Industrie	100	4,3	4,1	6,7	27,0	57,8	100	3,9	3,6	6,2	21,9	64,4
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	100	0,6	0,8	1,2	5,3	92,1	100	0,7	0,8	1,3	5,1	92,1
54	Holzverarbeitung	100	5,5	8,5	11,7	35,1	39,1	100	7,1	10,0	11,8	38,7	32,4
56	Papier- und Pappeverarbeitung	100	4,4	7,4	9,2	47,7	31,3	100	5,0	8,3	12,1	42,1	32,5
57	Druckerei, Vervielfältigung	100	12,7	13,5	14,0	36,4	23,4	100	15,8	16,1	15,2	35,2	17,7
58	Herstellung von Kunststoffwaren	100	10,0	10,5	16,8	34,9	27,8	100	9,5	9,9	13,9	35,3	31,5
63	Textilgewerbe	100	4,4	5,6	9,4	38,5	42,1	100	4,9	6,2	11,3	39,2	38,4
64	Bekleidungsgewerbe	100	9,9	12,7	16,5	40,0	20,9	100	11,1	14,8	18,7	35,8	19,6
68	Ernährungsgewerbe	100	5,4	8,3	11,1	33,3	41,9	100	5,4	8,0	10,2	33,3	43,1
	Verarbeitende Industrie insgesamt	100	3,9	4,8	6,4	23,7	61,2	100	4,2	5,0	6,3	23,3	61,3

Methodische Erläuterungen

Bei den in dieser Untersuchung verwendeten Daten handelt es sich um Ergebnisse von Sonderauswertungen von bundesdeutschen (einschließlich baden-württembergischen) Statistiken und UN-Statistiken für den Außenhandel. Die warenspezifischen Daten zur Länder- und Warenstruktur sind kompatibel mit den Angaben in der "Statistik von Baden-Württemberg: Der Außenhandel". Die einzelnen Warengruppen umfassen hier wie dort dieselben Warenarten. Es handelt sich in beiden Fällen um Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (kurz: EGW-Systematik). Für die Analyse der Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf nicht-europäischen Märkten konnte auf UN-Daten zurückgegriffen werden, die lediglich in der Abgrenzung nach der Systematik SITC II (hier: sog. Dreisteller) vorhanden sind. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß gleichlautende oder ähnlich-lautende Warengruppen der EGW- und SITC-Systematik grundsätzlich bezüglich der enthaltenen Warenarten nicht gleich sind.

Die Verwendung von UN-Daten zum Zwecke der Untersuchung der Wettbewerbsposition auf länderspezifischen Warenmärkten bringt gravierende Datenprobleme mit sich, die an dieser Stelle erläutert werden sollen. Bei einigen Warenarten weicht der ausgewiesene Weltexport vom Weltimport so stark ab, daß die Differenzen nicht tolerabel sind. Diese globalen Unterschiede sind darauf zurückzuführen, daß bei den Daten zu bilateralen Handelsströmen die Angaben des Importlandes beträchtlich von den Angaben des Exportlandes für die prinzipiell gleiche Warenbewegung abweichen. Die Differenzen nehmen in vielen Fällen ein Ausmaß an, das nicht mit Bewertungsdifferenzen für Frachtkosten etc. oder mit konzeptionellen Unterschieden (Generalhandel, Spezialhandel) erklärbar ist. In den Erläuterungen der UN wird darauf hingewiesen, daß in solchen Fällen davon auszugehen ist, daß das vom Exportland angegebene Importland nicht das tatsächliche Verbrauchsland ist, sondern dieses Land die importierte Ware selbst wieder ausführt. Die Beurteilung der Konkurrenzsituation auf Märkten für

jene Waren, die in der oben geschilderten Weise von der Datenbasis her fehlerbehaftet sind, kann zu keinen verlässlichen Ergebnissen führen. Diese Waren wurden nicht in die vorliegende Untersuchung aufgenommen. Für die anderen Waren ergibt sich aus den bisherigen Überlegungen, daß eine Bezugnahme auf die Importangaben der Einfuhrländer zu präferieren ist, da hierin in der Regel das tatsächliche Verbrauchsland erfaßt wird und - zumindest bei gewerblichen Produkten - eine Zuordnung der Importe zum tatsächlichen Produktionsland möglich ist.

Aus dem bisher Gesagten folgt, daß die hier vorgenommene Waren- und länderspezifische Untersuchung der Situation auf nichteuropäischen Märkten sich prinzipiell auf die Importmärkte (basierend auf Importdaten) bezieht. Dieses Prinzip muß allerdings in den drei folgenden Punkten aus Datengründen aufgegeben werden:

1. Bei der Betrachtung des Welthandels mit den jeweiligen Waren muß auf die Exportdaten der Länder zurückgegriffen werden, da die warenspezifischen Weltimporte in den UN-Statistiken nicht nach den Export- bzw. Herstellungsländern differenziert sind. Infolgedessen enthält die jeweils erste Datenspalte der Tabellen 9 bis 13 sowie der Anhangtabellen 1 bis 13 die Weltexporte der vorweg genannten Länder. In den Fußnoten ist zum Vergleich der Weltimport der betreffenden Warengruppe ausgewiesen. Die Differenzen zwischen Weltausfuhr und Welteinfuhr liegen bei den hier aufgeführten Waren in einem angemessenen Toleranzbereich.
2. Für die Betrachtung Baden-Württembergs auf den Weltmärkten kann nur auf Exportdaten dieses Bundeslandes (in DM) zurückgegriffen werden. Dies steht im Gegensatz zur geschilderten Verwendung von Importdaten auf den Märkten der einzelnen Länder, die überdies einheitlich in US-Dollar ausgewiesen sind. Um dennoch Aussagen über die Bedeutung baden-württembergischer Exporte machen zu

können, wurde folgendermaßen vorgegangen:

Für die Importe aus der Bundesrepublik Deutschland insgesamt wurden - wie für die Importe aus den anderen Staaten - die Importangaben der entsprechenden Importländer (in US-Dollar) herangezogen. Der betreffende Import aus Baden-Württemberg bzw. aus den anderen Bundesländern wurde sodann über den Anteil dieser beiden bundesdeutschen "Regionen" an den bundesdeutschen Exporten in die betrachteten Importländer bestimmt. Hierbei konnte wiederum warenauspezifisch (SITC II) vorgegangen werden, und zwar auf DM-Basis. Diese Methode ist relativ unproblematisch, da auch den UN-Statistiken die bundesdeutschen Zahlen in DM zugrunde liegen, die dann über Wechselkursparitäten in Dollar umgerechnet wurden, und da entsprechende bundesdeutsche Zahlen auf DM-Basis veröffentlicht sind. Durch die Kombination von Exportdaten der bundesdeutschen Regionen (bezüglich ihrer länderspezifischen Exporte) mit Importdaten der Importländer (bezüglich ihrer Importe aus der Bundesrepublik) handelt es sich bei den Daten Baden-Württembergs bzw. der anderen Bundesländer nicht mehr um offiziell ausgewiesene, sondern um "berechnete" Zahlen. Da wie ausgeführt grundsätzlich nur solche Zahlen untersucht werden, bei denen für die prinzipiell gleiche Warentransaktion die Exportangaben der Bundesrepublik von den Importangaben des Importlandes nur geringfügig abweichen, dürfte dies eigentlich auch für Baden-Württemberg keine Probleme bereiten.

3. Für einige nichteuropäische Länder sind in den UN-Daten keine Importwerte differenziert nach Lieferländern ausgewiesen. Hierzu gehören u.a. Südafrika, Südkorea, Mexiko, der Iran und der Irak. In diesen Fällen wurde auf die zugehörigen Exportangaben der Ausfuhrländer zurückgegriffen. Dieser Bruch ist in den Tabellen entsprechend vermerkt. Die auf den Exportwerten beruhenden Marktanteile können - wie oben ausgeführt - mit Fehlern behaftet sein, deren Größe nicht abzuschätzen ist.

Deswegen sind die Angaben zur Wettbewerbsposition mit einem gebührenden Vorbehalt zu betrachten.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, daß aus zwei Gründen nicht alle für Baden-Württemberg bedeutsamen Importmärkte untersucht werden konnten. Zum ersten sind in den UN-Statistiken die Daten nur für die zwanzig generell wichtigsten Importländer ausgewiesen, die nicht unbedingt auch für die baden-württembergischen Exporteure wichtig sein müssen; zum zweiten ergeben sich in einigen wenigen Einzelfällen so hohe Abweichungen zwischen den Export- und Importangaben, daß eine weitergehende Analyse nicht mehr ratsam erscheint.

Fortsetzung des Abschnitts:

Konkurrenzsituation auf einzelnen Produktmärkten im nichteuropäischen Ausland

Maschinen zum Heben oder Fördern

Die Bundesrepublik ist der weltgrößte Exporteur von Maschinen zum Heben oder Fördern (Weltexportanteil 1982: 18,9 %), gefolgt von den USA (15,4 %), Japan (14,8 %), Frankreich (9,6 %) und Großbritannien (7,5 %) (Anhangtabelle 6). Rund 18 % der deutschen Ausfuhren kommen aus Baden-Württemberg, dessen Anteil am Welthandel 1982 3,3 % betrug. Das Land liegt damit an achter Stelle der größten Exportnationen bei Hebe- und Fördermaschinen.

In drei der sechs nichteuropäischen Länder, die in Anhangtabelle 6 erfaßt sind, besitzt Baden-Württemberg Marktanteile, die über dem Durchschnitt liegen: 3,6 % in den USA, 3,7 % in Saudi-Arabien und 6,5 % im Irak. Der jeweils größte Lieferant der USA und von Saudi-Arabien bestreitet etwa ein Drittel der Importe. Im Falle der USA ist es Japan (30,6 %) und für Saudi-Arabien sind es die Vereinigten Staaten (34,3 %). Gut drei Viertel der Importe des Irak verteilen sich wie folgt auf die sieben größten Lieferanten: andere Bundesländer 18,4 %, Japan 15 %, Großbritannien 12,9 %, Frankreich 10,8 %, Italien 7,6 %, Baden-Württemberg 6,5 % und die Schweiz 5 %.

Zwar ist Baden-Württemberg für Kanada und Indonesien das sechstgrößte Importland, dennoch liegt der Marktanteil des Bundeslandes jeweils bei lediglich 1,2 %. Dies ist eine Konsequenz der regionalen Nähe der Hauptlieferanten, die auf den beiden Märkten eine herausragende Stellung innehaben. So stammen 82,4 % aller Importe Kanadas aus den Vereinigten Staaten. Der zweitgrößte Lieferant (Großbritannien) hat selbst nur einen Marktanteil von 3,4 %. Indonesien bezieht 41,1 % seiner Importe aus Japan und weitere 27,2 % aus den USA. An dritter Stelle folgen die anderen Bundesländer mit einem Anteil von 9 %, der deutlich unter dem Durchschnitt dieses weltgrößten Exporteurs liegt.

Pumpen und Kompressoren

Baden-Württembergs Anteil am Weltexport von Pumpen und Kompressoren betrug 1982 3,6 %. Unter den weltgrößten Exporteuren nahm das Land damit die achte Stelle ein. Die Ausfuhr des Bundeslandes bewegte sich immerhin mit einigem Abstand vor der von Schweden, der Niederlande und Belgien-Luxemburg (Anhangtabelle 7). Die Anteile an den sechs bedeutendsten nichteuropäischen Märkten fielen durchweg geringer aus als der Durchschnitt von 3,6 %. Dennoch war Baden-Württemberg für Singapur der fünftgrößte und für die USA und Japan jeweils der sechsgößte Lieferant. Diese Position, verbunden mit vergleichsweise niedrigen Marktanteilen, ist auf die enge regionale Verflechtung einzelner Länder zurückzuführen. So stellten die USA bzw. Japan rund 70 % aller Importe Singapurs bzw. 60 % aller Einfuhren von Saudi-Arabien. Japan bezog allein zwei Drittel aller Pumpen und Kompressoren aus den Vereinigten Staaten. Die restlichen Importe dieser Länder verteilen sich auf verschiedene Konkurrenten, deren Marktanteile entsprechend gering ausfallen. Beispielsweise sind die anderen Bundesländer der drittgrößte Lieferant von Singapur mit einem Marktanteil von lediglich 5,2 %, gefolgt von Großbritannien (3,9 %), Baden-Württemberg (3,2 %) und Belgien-Luxemburg (2,7 %). Eine ähnliche Konstellation ergibt sich für die Exporte nach Japan. Hier belegt Italien den zweiten Rang mit einem Marktanteil von 7,8 %. Es folgen mit relativ geringem Abstand die anderen Bun-

desländer (5,1 %), Großbritannien (3,7 %), Schweden (2,9 %), Baden-Württemberg (2,4 %) und Frankreich (2,1 %).

Flüssigkeitspumpen

Der weltgrößte Exporteur von Flüssigkeitspumpen sind die Vereinigten Staaten von Amerika. In den hier betrachteten nichteuropäischen Märkten (Anhangtabelle 8), die für Baden-Württemberg von Bedeutung sind, liegt der Absatz der USA deutlich über ihrem Weltexportanteil von 22,5 %. Das Land bestreitet weit mehr als 40 % der Einfuhren von Saudi-Arabien, Singapur und Australien. Im Falle Japans beläuft sich der Importanteil sogar auf 63 %.

Baden-Württemberg stellt 5,4 % der Weltausfuhr von Flüssigkeitspumpen und hat damit ein größeres Gewicht als beispielsweise die Niederlande und Schweden. Für die USA ist das Bundesland mit einem Marktanteil von 5,5 % der fünftgrößte Lieferant hinter Japan (21,2 %), Großbritannien (17,4 %), den anderen Bundesländern (12,2 %) und Kanada, das in der Liste der wichtigsten Exportnationen fehlt. Wegen der Ungenauigkeit der für Kanada veröffentlichten Daten kann nur näherungsweise ein Marktanteil von knapp 10 % genannt werden.

Die eingangs ausgesprochene Dominanz der USA auf den hier betrachteten nichteuropäischen Märkten bewirkt, daß die anderen bedeutenden Anbieter relativ geringe Marktanteile zwischen grob 2 % und 10 % besitzen. Als Ausnahme ist Japan zu nennen, das 29 % der Importe von Singapur bestritt. Baden-Württemberg erreichte 1982 in Singapur, Japan und Australien Importquoten von gut 3 %, während sich der Anteil an den Einfuhren von Saudi-Arabien, dem zweitgrößten Abnehmer baden-württembergischer Erzeugnisse außerhalb Europas, lediglich auf 2,1 % belief.

Einrichtungen zum Heizen und Kühlen

Die Weltausfuhr dieser Warengruppe wird zu 65 % von den vier bedeutendsten Exportländern USA, Japan, Bundesrepublik Deutschland und Italien getätigt (Anhangtabelle 9). Gut 20 % der deutschen Ausfuhr stammte 1982 aus Baden-Würt-

temberg, das einen Weltmarktanteil von 2,8 % aufwies. Unter den hier betrachteten nichteuropäischen Importländern hält das Bundesland lediglich in Algerien einen überdurchschnittlich hohen Marktanteil. Algerien bezog 1982 4,6 % seiner Einfuhren aus Baden-Württemberg, womit das Bundesland der viertgrößte Lieferant war. Als stärkste Konkurrenten sind Frankreich (Marktanteil: 26 %), Japan (13,1 %), Italien (7,5 %) und Spanien (4,4 %) zu nennen. Auf den anderen Märkten erweisen sich in erster Linie Japan und die USA als wichtigste Lieferländer. Japan exportiert überdurchschnittlich viel Erzeugnisse der vorliegenden Warengruppe in die USA, Saudi-Arabien und Indonesien. Für diese Länder ist Japan der größte Exporteur mit Marktanteilen von 33,8 % bzw. 53,8 % bzw. 40,1 %. Die USA liegen bei den Importen von Saudi-Arabien und Indonesien auf Rang zwei und sind für Südafrika und den Irak der bedeutendste Anbieter von Einrichtungen zum Heizen und Kühlen.

Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge

Bei dieser Warengruppe, die hochentwickelte Vorprodukte umfaßt, bestreitet Baden-Württemberg 4,4 % der Weltexporte (Anhangtabelle 10). Das Land hat damit das Ergebnis des Jahres 1980 erreicht und seine Stellung auf dem Weltmarkt gehalten, während die größten europäischen Anbieter Marktanteile an die USA, Kanada und Japan abgeben mußten. So sank zwischen 1980 und 1982 der Marktanteil der anderen Bundesländer um 1,0 Prozentpunkte, der von Frankreich um 1,7 und der Marktanteil von Großbritannien sogar um 2,9 Prozentpunkte. Im selben Zeitraum dehnten die USA ihren Anteil am Weltexport um 2,4 Prozentpunkte aus, während Kanada und Japan 2,8 bzw. 1,8 Prozentpunkte zulegen konnten.

Baden-Württemberg belegt unter den größten Exportnationen den achten Rang, steht aber in einigen der hier erfaßten außereuropäischen Märkte an der Spitze der ausländischen Anbieter. Der für das Bundesland bedeutendste Abnehmer, Südafrika, bezieht 11 % seiner Importe aus Baden-Württemberg. Nur die anderen Bundesländer und Japan besitzen größere Marktanteile (26,6 %

bzw. 18,6 %). Für Saudi-Arabien ist Baden-Württemberg der viertgrößte Lieferant hinter den USA, Japan und den anderen Bundesländern. Von den für den Iran bestimmten Weltexporten der vorliegenden Warengruppe stammen nahezu die Hälfte aus den anderen Bundesländern. Baden-Württemberg ist mit 11,3 % der zweitwichtigste Anbieter auf dem iranischen Markt. Im Irak und in Algerien hält das Bundesland überdurchschnittlich hohe Marktanteile (7,2 % bzw. 6,3 %) und gehört damit zu den sechs größten ausländischen Lieferanten.

Die Vereinigten Staaten nehmen hinter Südafrika Rang zwei der für Baden-Württemberg bedeutsamen Abnehmer außerhalb von Europa ein. Dennoch erreichte das Bundesland 1982 lediglich einen Marktanteil von 1,8 %. Der amerikanische Markt wird allerdings deutlich von Kanada beherrscht, das 1982 rund 56 % aller Einfuhren bestritt und im Vergleich zu 1980 seinen Importanteil um 18 Prozentpunkte erhöhen konnte. Gleichzeitig sank der Marktanteil des zweitgrößten Lieferanten, Japan, von 31,6 % auf 13,5 %. Die anderen Bundesländer mußten ebenfalls einen Verlust hinnehmen (- 2,6 Prozentpunkte). Baden-Württemberg konnte demgegenüber seine Position leicht stärken (+ 0,4 Prozentpunkte) und Brasilien als achtgrößten Anbieter ablösen.

Sonstige elektrische Maschinen, Apparate und Geräte

Diese Position umfaßt in erster Linie Batterien, Akkumulatoren, elektrische Ausrüstungen für Motoren und Fahrzeuge, Elektrowerkzeuge, elektrische Signal- und Verkehrssteuergeräte, Kondensatoren und ähnliches. Der weltgrößte Exporteur dieser Warengruppe sind die USA (17,6 %), gefolgt von Japan (17,3 %), den anderen Bundesländern (12,1 %), Großbritannien (7,9 %), Frankreich (7,3 %), den Niederlanden (4,8 %), Baden-Württemberg (4,6 %), Italien (4,1 %) und der Schweiz (3,8 %) (Anhangtabelle 11). Im Jahre 1980 nahm Baden-Württemberg noch den sechsten Rang unter den bedeutendsten Exportländern ein. Der Weltmarktanteil betrug 5,5 %. Auch die Anteile der anderen Bundesländer sowie von Großbri-

tannien und Frankreich gingen zwischen 1980 und 1982 um jeweils ungefähr einen Prozentpunkt zurück. Demgegenüber erhöhten die USA und Japan ihre Quoten um 1,2 bzw. 1,3 Prozentpunkte sowie Südkorea und Hongkong um jeweils 0,5 Punkte.

Für Baden-Württemberg sind die USA der bedeutendste nichteuropäische Abnehmer von Waren dieser Position. Zwischen 1980 und 1982 sind die Exporte in die Vereinigten Staaten allerdings um rund 16 % zurückgegangen, wodurch der Marktanteil von 3,7 % auf 2,4 % sank. Eine deutliche Stärkung erfuhr die Stellung von Japan (+ 1,5 Prozentpunkte), mit einem Anteil von 33 % der wichtigste Lieferant, sowie von Kanada (+ 2,7 Punkte) und Hongkong (+ 3,4 %). Demgegenüber mußten auch die anderen Bundesländer und Großbritannien Verluste hinnehmen. Tendenziell kann von einer Verdrängung der europäischen Länder durch die asiatischen Handelspartner der USA gesprochen werden.

Die Importe Japans kommen zu knapp zwei Drittel aus den Vereinigten Staaten. Hinter Südkorea (7,5 %) und den anderen Bundesländern (4 %) nimmt Baden-Württemberg (3,9 %) bereits den vierten Rang ein. Beachtlich ist, daß neben der Bundesrepublik auch andere europäische Anbieter (Großbritannien, Frankreich, Schweiz) auf diesem Markt der Konkurrenz aus Hongkong und Singapur standhalten konnten. Bemerkenswert ist außerdem, daß etwa die Hälfte aller Ausfuhren der Bundesrepublik nach Japan aus Baden-Württemberg stammen. In Südafrika und Australien hält das Bundesland Marktanteile in Höhe von 5,6 % bzw. 5 % und liegt jeweils auf dem fünften Rang. Die größten Konkurrenten sind auf beiden Märkten die USA, Japan, Großbritannien und die anderen Bundesländer. Für Saudi-Arabien ist Baden-Württemberg das siebtgrößte Importland und für Nigeria das sechstgrößte. Die Marktanteile (4,1 % bzw. 3,4 %) liegen hier unter dem Anteil am Weltmarkt, der 4,6 % beträgt.

Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen, Prüfen etc.

Der Weltexport dieser Warengruppe wird zu einem Drittel von den USA getätigt:

Baden-Württemberg liegt mit einem Weltmarktanteil von 4,4 % hinter den anderen Bundesländern (11,5 %), Großbritannien (11,2 %), Frankreich (6,7 %), Japan (6,7 %) und der Schweiz (5,7 %) an siebter Stelle der bedeutendsten Ausfuhrländer (Anhangtabelle 12). Auf den für das Bundesland wichtigsten außereuropäischen Märkten nehmen in erster Linie die USA, Großbritannien und Japan eine führende Rolle ein. Die USA liefern mehr als drei Viertel der japanischen Importe und rund die Hälfte der Einfuhren von Saudi-Arabien und Australien. Großbritannien ist der zweitgrößte Anbieter in Japan, Südafrika, Australien und Indien, während Japan der drittgrößte Lieferant von Saudi-Arabien und Australien ist und neben Kanada der wichtigste Exporteur in die USA. Baden-Württemberg gehört zu den Anbietern, die angesichts der Dominanz von zwei oder drei Konkurrenten relativ geringe Importanteile besitzen. So liegt das Land in Japan zwar an sechster Stelle der bedeutendsten Exportnationen, weist aber einen Marktanteil von lediglich 1,9 % auf. Hier liegen die anderen Bundesländer (gemeinsam mit Großbritannien) auf Rang 2, obwohl sich ihr Marktanteil auf knapp 5 % beläuft. Generell gilt, daß sowohl Baden-Württemberg als auch die anderen Bundesländer gemessen an ihrer Stellung auf dem Weltmarkt auf den hier betrachteten nichteuropäischen Märkten mit Ausnahme von Südafrika und Saudi-Arabien eine unterdurchschnittlich gute Wettbewerbsposition innehaben.

Papier- und Pappeergezeugnisse

Abschließend soll noch die Konkurrenzsituation bei Papier- und Pappeergezeugnissen skizziert werden, obwohl Baden-Württemberg auf den für das Land wichtigsten nichteuropäischen Märkten nur eine geringe Bedeutung unter den ausländischen Anbietern zukommt. Allerdings entfielen 1982 auf diese Warengruppe immerhin 2 % der gesamten Ausfuhren des Bundeslandes.

Bei Papier- und Pappeergezeugnissen sind die USA, der Iran, Australien, Hongkong, Japan und Kanada die bedeutendsten außereuropäischen Abnehmer Baden-Württembergs. Das Land besitzt auf diesen Märkten äußerst geringe Importanteile, obwohl sich der Anteil an der Weltausfuhr auf 2,5 % beläuft (Anhang-

tabelle 13). Hieraus ist zu entnehmen, daß sich die Hauptabnehmer baden-württembergischer Produkte unter den europäischen Ländern befinden, die allerdings in dieser Untersuchung nicht berücksichtigt werden. Auf den genannten außereuropäischen Märkten dominieren in erster Linie die Konkurrenten USA, Japan, Kanada und Finnland. Während die anderen Bundesländer mit einem Weltmarktanteil von 9,1 % der fünftgrößte Exporteur dieser Warenart sind, liegen ihre Marktanteile auf nichteuropäischen Märkten deutlich unter diesem Durchschnitt.

Tabelle 1

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Textil- und Ledermaschinen 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			USA		Ägypten		Südafrika		Kanada		Mexiko		Hongkong	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	7 472,9	100	960,9	100	144,4	100	268,1	100	189,0	100	252,2	100	137,8	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	550,5	7,4	43,5	4,5	19,2	13,3	13,1	4,9	8,9	4,7	8,8	3,5	8,4	6,1
anderen Bundesländern	1 447,6	19,4	199,2	20,7	26,1	18,1	34,1	12,7	13,3	7,0	37,2	14,8	13,7	9,9
Schweiz	1 137,0	15,2	234,4	24,4	27,8	19,3	29,0	10,8	10,7	5,7	43,6	17,3	4,2	3,0
Japan	1 098,6	14,7	166,2	17,3	12,0	8,3	15,3	5,7	11,7	6,2	15,1	6,0	64,2	46,6
Italien	763,5	10,2	70,1	7,3	13,3	9,2	20,2	7,5	13,5	7,1	28,3	11,2	3,6	2,6
USA	584,1	7,8	x	x	7,2	5,0	12,3	4,6	97,9	51,8	52,7	20,9	9,3	6,7
Großbritannien	447,2	6,0	37,5	3,9	8,0	5,5	22,1	8,2	7,5	4,0	9,6	3,8	5,8	4,2
Frankreich	295,9	4,0	21,1	2,2	5,7	3,9	6,5	2,4	3,9	2,1	5,3	2,1	0,3	0,2
Belgien-Luxemburg	214,4	2,9	18,1	1,9	5,6	3,9	4,9	1,8	1,8	1,0	7,5	3,0	1,4	1,0
Niederlande	128,1	1,7	14,4	1,5	0,7	0,5	1,1	0,4	0,7	0,4	0,6	0,2	0,9	0,7
Schweden	113,7	1,5	31,2	3,2	0,9	0,6	1,3	0,5	5,2	2,8	0,4	0,2	0,5	0,4
Spanien	88,9	1,2	2,7	0,3	1,8	1,2	1,8	0,7	1,1	0,6	11,7	4,6	0,3	0,2
Österreich	69,7	0,9	3,9	0,4	0,2	0,1	0,6	0,2	3,4	1,8	0,7	0,3	.	.
Kanada	68,2	0,9	13,4	1,4	.	.	0,6	0,2	.	.	1,7	0,7	0,1	0,1
Brasilien	45,3	0,6	9,0	0,9	1,0	0,7	1,4	0,5	1,2	0,6	1,3	0,5	0,5	0,4

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (7 504 Mill. US-\$) von den Weltexporten (7 473 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. - 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 2

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Ackerschleppern 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾									
			USA		Irak		Australien		Saudi-Arabien		Kanada	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	5 297,9	100	575,5	100	153,7	100	265,9	100	201,3	100	514,1	100
darunter aus												
Baden-Württemberg	414,5	7,8	90,9	15,8	16,9	11,0	11,0	4,1	5,9	2,9	2,7	0,5
anderen Bundesländern	418,1	7,9	23,9	4,2	0,3	0,2	18,5	7,0	44,8	22,3	14,6	2,8
USA	1 282,8	24,2	x	x	19,1	12,4	130,6	49,1	69,0	34,3	458,2	89,1
Japan	795,0	15,0	174,6	30,3	19,1	12,4	18,9	7,1	15,7	7,8	15,2	3,0
Großbritannien	711,8	13,4	48,9	8,5	19,7	12,8	25,6	9,6	30,4	15,1	13,2	2,6
Italien	665,3	12,6	59,9	10,4	42,7	27,8	16,4	6,2	11,6	5,8	5,0	1,0
Frankreich	267,1	5,0	9,0	1,6	0,2	0,1	6,6	2,5	9,2	4,6	0,4	0,1
Kanada	187,5	3,5	141,2	24,5	0,3	0,2	19,3	7,3	0,1	0,0	x	x
Brasilien	125,5	2,4	1,8	0,3	3,5	2,3	7,1	2,7
Jugoslawien	80,7	1,5	.	.	1,8	1,2
Schweden	53,6	1,0	0,2	0,0	12,0	7,8	1,9	0,7	2,3	1,1	.	.
Österreich	50,8	1,0	.	.	1,7	1,1	.	.	6,5	3,2	0,1	0,0
Belgien-Luxemburg	37,0	0,7	1,8	0,3	0,2	0,1	5,0	1,9	2,8	1,4	.	.

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (5 709 Mill. US-\$) von den Weltexporten (5 298 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. - 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 3

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Kolbenverbrennungsmotoren 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			Südafrika		USA		Iran		Südkorea		Singapur		Saudi-Arabien	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	14 787,8	100	358,4	100	2 467,7	100	227,9	100	309,0	100	282,0	100	275,1	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	975,8	6,6	159,1	44,4	46,6	1,9	36,2	15,9	26,8	8,7	25,1	8,9	12,9	4,7
anderen Bundesländern	1 549,6	10,5	43,0	12,0	170,9	6,9	25,2	11,1	4,5	1,5	19,9	7,1	18,7	6,8
USA	3 933,7	26,6	42,6	11,9	X	X	6,9	3,0	41,1	13,3	109,1	38,7	61,9	22,5
Japan	1 934,6	13,1	31,4	8,8	502,6	20,4	12,7	5,6	144,4	46,7	58,3	20,7	49,3	17,9
Großbritannien	1 382,9	9,4	63,9	17,8	214,0	8,7	48,7	21,4	2,7	0,9	33,1	11,7	46,5	16,9
Frankreich	961,0	6,5	4,6	1,3	56,1	2,3	0,6	0,3	0,4	0,1	1,4	0,5	2,3	0,8
Kanada	885,1	6,0	0,1	0,0	880,2	35,7	0,7	0,3	0,1	0,0	0,7	0,2	0,1	0,0
Italien	617,0	4,2	6,7	1,9	37,2	1,5	3,2	1,4	0,2	0,1	3,5	1,2	2,0	0,7
Schweden	405,1	2,7	0,4	0,1	22,7	0,9	11,6	5,1	0,3	0,1	2,0	0,7	37,2	13,5
Brasilien	326,6	2,2	1,6	0,4	220,8	8,9	.	.	0,3	0,1	0,3	0,1	.	.
Niederlande	181,8	1,2	0,9	0,3	4,8	0,2	1,2	0,5	.	.	3,9	1,4	2,8	1,0
Singapur	174,7	1,2	.	.	2,7	0,1	0,3	0,1	11,2	3,6	X	X	2,0	0,7
Schweiz	157,1	1,1	0,8	0,2	20,3	0,8	0,3	0,1	0,2	0,1	0,5	0,2	0,4	0,1
Dänemark	151,6	1,0	0,5	0,1	8,3	0,3	0,1	0,0	0,3	0,1	0,6	0,2	8,3	3,0

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (15 471 Mill. US-\$) von den Weltexporten (14 788 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. - 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 4

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei elektrischen Geräten zum Schließen, Öffnen, Schützen oder Verbinden von elektrischen Stromkreisen 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			USA		Saudi-Arabien		Singapur		Japan		Australien		Südafrika	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾
Alle Exportländer	12 926,7	100	1 411,9	100	934,8	100	348,9	100	357,5	100	258,3	100	275,7	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	752,5	5,8	52,4	3,7	25,9	2,8	10,1	2,9	7,8	2,2	7,7	3,0	7,4	2,7
anderen Bundesländern	1 951,4	15,1	69,6	4,9	203,1	21,7	18,5	5,3	15,5	4,3	32,8	12,7	37,0	13,4
USA	1 996,3	15,4	X	X	262,6	28,1	96,3	27,6	237,0	66,3	71,7	27,8	29,3	10,6
Japan	1 658,9	12,8	386,2	27,4	113,7	12,2	108,7	31,2	X	X	35,1	13,6	16,1	5,8
Frankreich	1 299,1	10,0	42,2	3,0	87,6	9,4	14,6	4,2	10,5	2,9	11,4	4,4	18,8	6,8
Großbritannien	881,9	6,8	50,1	3,5	83,6	8,9	25,7	7,4	13,8	3,9	38,9	15,1	41,8	15,2
Schweiz	661,1	5,1	55,7	3,9	27,9	3,0	8,3	2,4	12,9	3,6	14,1	5,5	17,9	6,5
Italien	591,1	4,6	10,0	0,7	45,2	4,8	1,9	0,5	1,4	0,4	4,4	1,7	5,4	2,0
Niederlande	360,7	2,8	9,2	0,7	19,4	2,1	6,3	1,8	2,6	0,7	2,5	1,0	1,4	0,5
Singapur	316,1	2,4	42,3	3,0	2,0	0,2	X	X	8,1	2,3	2,9	1,1	.	.
Schweden	248,3	1,9	9,5	0,7	11,5	1,2	2,8	0,8	2,7	0,8	13,3	5,1	7,7	2,8
Mexiko	231,8	1,8	248,0	17,6	0,8	0,2	0,1	0,0	.	.
Kanada	133,2	1,0	151,1	10,7	2,1	0,2	0,6	0,2	6,0	1,7	1,9	0,7	0,2	0,1
Hongkong	123,9	1,0	45,8	3,2	2,4	0,3	8,1	2,3	0,7	0,2	3,2	1,2	0,3	0,1
Südkorea	79,4	0,6	10,1	0,7	3,7	0,4	0,9	0,3	16,5	4,6	0,5	0,2	.	.

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (13 602 Mill. US-\$) von den Weltexporten (12 927 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. - 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 5

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Uhrmacherwaren 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			USA		Hongkong		Saudi-Arabien		Südkorea		Australien		Kanada	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	6 476,0	100	1 016,5	100	1 037,3	100	330,8	100	133,0	100	88,3	100	122,9	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	304,1	4,7	41,9	4,1	7,0	0,7	4,5	1,4	3,9	2,9	3,7	4,2	3,0	2,4
anderen Bundesländern	118,5	1,8	4,1	0,4	4,0	0,4	0,3	0,1	0,2	0,2	1,7	1,9	0,9	0,7
Schweiz	1 730,6	26,7	158,8	15,6	215,7	20,8	129,4	39,1	5,9	4,4	9,4	10,6	6,0	4,9
Hongkong	1 552,4	24,0	256,2	25,2	X	X	61,8	18,7	2,1	1,6	20,7	23,4	43,8	35,6
Japan	1 441,0	22,3	311,8	30,7	441,9	42,6	108,4	32,8	64,9	48,8	34,3	38,8	23,3	19,0
Südkorea	266,1	4,1	17,0	1,7	69,5	6,7	3,4	1,0	X	X	1,2	1,4	3,1	2,5
Frankreich	248,4	3,8	11,9	1,2	16,8	1,6	3,8	1,1	1,2	0,9	2,2	2,5	1,8	1,5
USA	170,7	2,6	X	X	14,5	1,4	5,5	1,7	0,7	0,5	6,1	6,9	27,3	22,2
Großbritannien	118,9	1,8	16,8	1,7	8,9	0,9	1,0	0,3	0,2	0,2	1,0	1,1	3,3	2,7
Singapur	108,9	1,7	13,7	1,3	76,7	7,4	0,8	0,2	.	.	1,0	1,1	0,2	0,2
Italien	90,0	1,4	2,8	0,3	0,4	0,0	7,4	2,2	.	.	1,1	1,2	0,2	0,2
Philippinen	68,6	1,1	47,0	4,6	6,3	0,6	0,1	0,0	.	.	1,3	1,5	2,2	1,8
Malaysia	42,5	0,7	1,8	0,2	0,4	0,0
Belgien-Luxemburg	22,3	0,3	0,3	0,0	8,1	0,8	0,1	0,0	.	.	0,1	0,1	.	.
Thailand	14,1	0,2	.	.	7,4	0,7	0,3	0,1	.	.	0,1	0,1	.	.

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (6 585 Mill. US-\$) von den Weltexporten (6 476 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. - 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 6

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Maschinen zum Heben oder Fördern 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			USA		Saudi-Arabien		Irak		Südafrika		Kanada		Indonesien	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	9 720,0	100	785,8	100	564,6	100	235,3	100	246,8	100	363,7	100	216,6	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	325,2	3,3	28,1	3,6	21,1	3,7	15,2	6,5	4,8	1,9	4,5	1,2	2,7	1,2
anderen Bundesländern	1 516,1	15,6	78,8	10,0	52,0	9,2	43,2	18,4	32,7	13,2	8,9	2,4	19,5	9,0
USA	1 497,0	15,4	X	X	193,4	34,3	9,5	4,0	30,1	12,2	299,7	82,4	58,9	27,2
Japan	1 440,0	14,8	240,8	30,6	71,4	12,6	35,4	15,0	26,1	10,6	9,4	2,6	89,0	41,1
Frankreich	933,4	9,6	20,2	2,6	60,9	10,8	25,5	10,8	6,0	2,4	2,9	0,8	7,5	3,5
Großbritannien	728,1	7,5	64,2	8,2	65,6	11,6	30,3	12,9	25,2	10,2	12,5	3,4	3,6	1,7
Italien	544,0	5,6	17,7	2,3	21,2	3,8	17,8	7,6	7,9	3,2	0,8	0,2	1,6	0,7
Schweden	468,7	4,8	35,2	4,5	3,7	0,7	5,1	2,2	5,3	2,1	10,3	2,8	0,2	0,1
Niederlande	298,8	3,1	7,4	0,9	21,0	3,7	3,9	1,7	4,3	1,7	0,4	0,1	1,2	0,6
Finnland	262,1	2,7	17,5	2,2	1,6	0,3	2,3	1,0	0,7	0,3	1,9	0,5	0,1	0,0
Kanada	258,8	2,7	148,0	18,8	0,7	0,1	0,2	0,1	0,9	0,4	X	X	0,6	0,3
Schweiz	241,5	2,5	17,2	2,2	15,7	2,8	1,7	5,0	4,1	1,7	0,9	0,2	0,2	0,1
Österreich	239,2	2,5	4,2	0,5	9,1	1,6	11,5	4,9	1,0	0,4	0,9	0,2	.	.
Spanien	128,4	1,3	4,8	0,6	3,1	0,5	4,3	1,8	0,5	0,2	0,2	0,1	0,1	0,0
Dänemark	127,3	1,3	5,0	0,6	2,5	0,4	4,4	1,9	3,7	1,5	2,5	0,7	2,6	1,2

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (9 936 Mill. US-\$) von den Weltexporten (9 720 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. - 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 7

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Pumpen und Kompressoren 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			USA		Singapur		Saudi-Arabien		Japan		Australien		Südafrika	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾
Alle Exportländer	8 076,1	100	959,4	100	179,7	100	297,2	100	202,0	100	200,7	100	267,7	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	291,9	3,6	22,0	2,3	5,7	3,2	5,7	1,9	4,8	2,4	3,2	1,6	3,2	1,2
anderen Bundesländern	1 228,4	15,2	89,6	9,3	9,4	5,2	25,6	8,6	10,4	5,1	15,2	7,6	32,3	12,1
USA	1 839,0	22,8	X	X	77,5	43,1	122,7	41,3	134,3	66,5	83,9	41,8	25,5	9,5
Japan	925,6	11,5	187,0	19,5	48,0	26,7	55,7	18,7	X	X	35,9	17,9	6,4	2,4
Großbritannien	779,1	9,6	57,3	6,0	7,0	3,9	19,7	6,6	7,5	3,7	19,1	9,5	21,2	7,9
Italien	617,2	7,6	37,0	3,9	3,9	2,2	13,2	4,4	15,7	7,8	3,9	1,9	11,3	4,2
Frankreich	609,0	7,5	20,5	2,1	3,1	1,7	12,4	4,2	4,2	2,1	2,9	1,4	7,1	2,7
Schweiz	317,6	3,9	9,4	1,0	1,1	0,6	2,7	0,9	3,4	1,7	1,8	0,9	9,7	3,6
Schweden	231,7	2,9	13,8	1,4	1,1	0,6	4,9	1,6	5,8	2,9	5,4	2,7	2,6	1,0
Niederlande	230,7	2,9	6,9	0,7	3,6	2,0	14,1	4,7	1,6	0,8	0,5	0,2	1,8	0,7
Belgien-Luxemburg	148,3	1,8	16,3	1,7	4,8	2,7	11,0	3,7	2,7	1,3	9,2	4,6	1,7	0,6
Dänemark	145,7	1,8	9,4	1,0	0,7	0,4	1,0	0,3	1,5	0,7	1,3	0,6	2,5	0,9
Singapur	115,6	1,4	22,5	2,3	X	X	0,6	0,2	2,0	1,0	1,5	0,7	.	.
Österreich	100,1	1,2	5,9	0,6	0,2	0,1	0,7	0,2	1,1	0,5	0,3	0,1	0,8	0,3
Brasilien	40,8	0,5	7,4	0,8	.	.	0,7	0,2	.	.	0,1	0,0	1,2	0,4

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (8 486 Mill. US-\$) von den Weltexporten (8 076 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. - 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 8

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Flüssigkeitspumpen 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾									
			USA		Saudi-Arabien		Singapur		Japan		Australien	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	5 309,5	100	549,2	100	369,6	100	156,3	100	113,5	100	100,3	100
darunter aus												
Baden-Württemberg	288,8	5,4	30,4	5,5	7,9	2,1	5,5	3,5	3,6	3,2	3,2	3,2
anderen Bundesländern	834,0	15,7	66,9	12,2	32,4	8,8	7,0	4,5	9,1	8,0	6,7	6,7
USA	1 193,0	22,5	X	X	176,0	47,6	66,0	42,2	71,6	63,1	46,9	46,8
Japan	569,1	10,7	116,7	21,2	33,0	8,9	45,3	29,0	X	X	10,1	10,1
Großbritannien	471,4	8,9	95,5	17,4	25,6	6,9	10,8	6,9	9,2	8,1	11,4	11,4
Frankreich	416,1	7,8	9,7	1,8	31,9	8,6	1,3	0,8	3,1	2,7	2,8	2,8
Italien	368,5	6,9	18,1	3,3	19,8	5,4	2,3	1,5	1,1	1,0	3,1	3,1
Niederlande	170,6	3,2	10,6	1,9	9,1	2,5	3,1	2,0	0,2	0,2	3,4	3,4
Schweden	145,6	2,7	14,8	2,7	6,8	1,8	0,8	0,5	2,5	2,2	2,4	2,4
Dänemark	120,8	2,3	4,5	0,8	0,5	0,1	0,6	0,4	3,4	3,0	2,0	2,0
Schweiz	95,5	1,8	7,0	1,3	2,1	0,6	0,3	0,2	1,6	1,4	0,5	0,5
Österreich	76,3	1,4	0,9	0,2	4,1	1,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Spanien	72,9	1,4	2,6	0,5	0,6	0,2	0,3	0,2	.	.	0,1	0,1
Belgien-Luxemburg	63,2	1,2	1,6	0,3	1,0	0,3	0,2	0,1	0,2	0,2	0,6	0,6

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (5 815 Mill. US-\$) von den Weltexporten (5 309 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 9

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Einrichtungen zum Heizen und Kühlen 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			USA		Südafrika		Algerien		Irak		Saudi-Arabien		Indonesien	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾
Alle Exportländer	10 900,0	100	566,1	100	418,2	100	182,1	100	272,8	100	813,8	100	296,1	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	307,4	2,8	12,7	2,2	9,1	2,2	8,3	4,6	6,4	2,3	5,6	0,7	5,5	1,9
anderen Bundesländern	1 192,8	10,9	87,0	15,4	32,4	7,7	5,0	2,7	29,7	10,9	25,1	3,1	54,3	18,3
USA	2 316,6	21,1	X	X	39,3	9,4	3,9	2,1	70,3	25,8	211,2	26,0	55,3	18,7
Japan	2 124,4	19,5	191,2	33,8	22,1	5,3	23,9	13,1	59,0	21,6	438,1	53,8	118,8	40,1
Italien	1 145,7	10,5	37,3	6,6	10,4	2,5	13,7	7,5	62,7	23,0	25,8	3,2	8,7	2,9
Frankreich	802,8	7,4	22,2	3,9	11,6	2,8	47,3	26,0	42,3	15,5	21,7	2,7	5,8	2,0
Großbritannien	594,5	5,5	37,7	6,7	20,0	4,8	0,5	0,3	21,5	7,9	15,9	2,0	3,5	1,2
Schweden	298,1	2,7	23,1	4,1	7,4	1,8	0,1	0,1	2,0	0,7	7,9	1,0	0,6	0,2
Schweiz	265,5	2,4	12,1	2,1	2,5	0,6	1,0	0,5	6,7	2,5	10,5	1,3	4,9	1,7
Dänemark	257,2	2,4	5,6	1,0	4,0	1,0	0,2	0,1	6,2	2,3	5,6	0,7	4,6	1,6
Niederlande	241,2	2,2	6,4	1,1	2,2	0,5	0,1	0,1	1,9	0,7	4,6	0,6	2,0	0,7
Belgien-Luxemburg	207,8	1,9	4,1	0,7	3,5	0,8	4,3	2,4	7,8	2,9	6,7	0,8	0,3	0,1
Finnland	176,8	1,6	10,9	1,9	5,5	1,3	-	-	1,7	0,6	0,1	0,0	0,1	0,0
Spanien	167,9	1,5	0,7	0,1	1,2	0,3	8,0	4,4	7,2	2,6	3,3	0,4	2,3	0,8
Kanada	108,3	1,0	74,5	13,2	1,5	0,4	0,4	0,2	1,2	0,4	0,4	0,0	0,5	0,2

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (10 190 Mill. US-\$) von den Weltexporten (10 900 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. - 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 10

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			Südafrika		USA		Saudi-Arabien		Iran		Irak		Algerien	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾
Alle Exportländer	32 065,3	100	1 255,8	100	4 535,0	100	706,5	100	342,8	100	395,8	100	368,6	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	1 416,6	4,4	137,6	11,0	82,6	1,8	40,8	5,8	38,6	11,3	28,4	7,2	23,2	6,3
anderen Bundesländern	4 742,6	14,8	333,6	26,6	251,9	5,6	103,4	14,6	157,2	45,9	128,7	32,5	48,0	13,0
USA	8 179,6	25,5	75,4	6,0	X	X	266,3	37,7	4,0	1,2	20,2	5,1	41,1	11,2
Kanada	3 563,8	11,1	18,1	1,4	2 535,3	55,9	0,5	0,1	0,0	0,0	2,1	0,5	3,3	0,9
Frankreich	3 069,2	9,6	6,1	0,5	241,7	5,3	10,8	1,5	7,2	2,1	20,2	5,1	137,0	37,2
Japan	2 707,2	8,4	233,3	18,6	613,3	13,5	172,8	24,5	12,1	3,5	74,9	18,9	14,6	4,0
Großbritannien	2 592,2	8,1	104,7	8,3	127,8	2,8	15,8	2,2	20,8	6,1	37,9	9,6	14,7	4,0
Italien	1 583,9	4,9	28,9	2,3	130,4	2,9	11,3	1,6	15,6	4,6	32,2	8,1	12,8	3,5
Schweden	896,7	2,8	2,6	0,2	31,6	0,7	6,7	0,9	4,1	1,2	52,8	13,3	5,2	1,4
Belgien-Luxemburg	656,9	2,0	0,5	0,0	47,7	1,1	20,1	2,8	0,2	0,1	2,1	0,5	5,3	1,4
Spanien	515,5	1,6	11,4	0,9	57,6	1,3	0,9	0,1	0,6	0,2	1,0	0,3	0,6	0,2
Mexiko	316,8	1,0	-	-	220,1	4,9	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	298,8	0,9	0,9	0,1	5,9	0,1	3,7	0,5	0,4	0,1	0,3	0,1	0,2	0,1
Brasilien	241,2	0,8	1,5	0,1	79,6	1,8	0,3	0,0	0,1	0,0	4,9	1,2	1,0	0,3
Schweiz	114,5	0,4	0,1	0,0	1,4	0,0	2,7	0,4	3,4	1,0	3,3	0,8	0,1	0,0

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (33 838 Mill. US-\$) von den Weltexporten (32 065 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. - 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 11

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei elektrischen Maschinen, Apparaten und Geräten (a.n.g.) 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			USA		Japan		Südafrika		Australien		Saudi-Arabien		Nigeria	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾
Alle Exportländer	13 863,2	100	1 956,2	100	385,9	100	251,0	100	276,7	100	321,5	100	216,1	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	630,9	4,6	46,9	2,4	15,1	3,9	14,1	5,6	13,7	5,0	13,3	4,1	7,3	3,4
anderen Bundesländern	1 667,5	12,1	106,9	5,5	15,5	4,0	23,5	9,4	19,5	7,0	38,0	11,8	26,2	12,1
USA	2 428,9	17,6	X	X	250,0	64,8	27,6	11,0	75,7	27,4	93,5	29,1	9,4	4,3
Japan	2 386,7	17,3	1 648,3	33,1	X	X	27,6	11,0	76,0	27,5	46,8	14,6	29,4	13,6
Großbritannien	1 086,1	7,9	79,4	4,1	11,7	3,0	42,0	16,7	26,3	9,5	20,5	6,4	39,5	18,3
Frankreich	1 012,4	7,3	36,1	1,8	12,2	3,2	8,2	3,3	5,5	2,0	21,8	6,8	19,0	8,8
Niederlande	663,2	4,8	9,9	0,5	1,2	0,3	3,1	1,2	5,9	2,1	8,8	2,7	2,1	1,0
Italien	571,9	4,1	18,7	1,0	1,6	0,4	5,4	2,2	4,5	1,6	13,5	4,2	5,8	2,7
Schweiz	523,6	3,8	19,7	1,0	6,7	1,7	7,1	2,8	8,1	2,9	6,4	2,0	1,8	0,8
Mexiko	265,1	1,9	179,0	9,2	0,6	0,2	.	.	0,2	0,1
Südkorea	211,4	1,5	68,4	3,5	28,8	7,5	.	.	1,2	0,4	8,8	2,7	.	.
Hongkong	207,5	1,5	152,8	7,8	2,0	0,5	1,7	0,7	3,6	1,3	0,8	0,2	5,7	2,6
Singapur	188,6	1,4	28,8	1,5	5,8	1,5	.	.	6,1	2,2	11,4	3,5	2,7	1,2
Kanada	101,1	0,7	225,7	11,5	3,6	0,9	1,0	0,4	4,9	1,8	0,4	0,1	0,1	0,0
Malaysia	72,6	0,5	29,2	1,5	1,8	0,5	.	.	0,3	0,1	0,5	0,2	.	.

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (14 259 Mill. US-\$) von den Weltexporten (13 803 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. - 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 12

Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Instrumenten, Apparaten und Geräten zum Messen, Prüfen etc. 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			USA		Japan		Südafrika		Saudi-Arabien		Australien		Indien	
	Mill. US-\$	z ³⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁴⁾	Mill. US-\$	z ⁵⁾
Alle Exportländer	15 651,3	100	1 215,1	100	813,3	100	301,6	100	291,7	100	366,2	100	255,8	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	682,6	4,4	37,2	3,1	15,7	1,9	13,4	4,4	13,2	4,5	11,5	3,1	6,4	2,5
anderen Bundesländern	1 802,2	11,5	132,1	10,9	36,5	4,5	39,2	13,0	32,6	11,2	25,5	7,0	24,6	9,6
USA	5 241,9	33,5	X	X	622,5	76,5	64,4	21,4	140,5	48,2	186,2	50,8	80,1	31,3
Großbritannien	1 745,8	11,2	184,6	15,2	36,6	4,5	48,6	16,1	19,4	6,7	40,7	11,1	46,3	18,1
Frankreich	1 049,1	6,7	68,6	5,6	16,2	2,0	15,2	5,0	14,0	4,8	12,8	3,5	24,6	9,6
Japan	1 042,8	6,7	222,9	18,3	X	X	14,3	4,7	23,7	8,1	36,4	9,9	13,0	5,1
Schweiz	884,3	5,7	58,2	4,8	22,5	2,8	11,6	3,8	15,9	5,5	8,6	2,3	10,7	4,2
Niederlande	561,4	3,6	32,3	2,7	2,9	0,4	4,1	1,4	6,4	2,2	2,7	0,7	2,1	0,8
Italien	472,2	3,0	18,3	1,5	5,9	0,7	5,4	1,8	7,9	2,7	3,8	1,0	5,4	2,1
Kanada	439,4	2,8	229,9	18,9	14,0	1,7	2,4	0,8	0,5	0,2	4,8	1,3	0,7	0,3
Schweden	282,9	1,8	22,0	1,8	9,3	1,1	2,2	0,7	2,5	0,9	6,8	1,9	3,5	1,4
Dänemark	230,2	1,5	18,5	1,5	8,1	1,0	2,1	0,7	0,5	0,2	4,4	1,2	1,7	0,7
Österreich	136,4	0,9	5,0	0,4	1,3	0,2	1,1	0,4	5,2	1,8	0,4	0,1	0,9	0,4
Singapur	101,4	0,6	10,3	0,8	4,1	0,5	.	.	0,1	0,0	3,8	1,0	1,0	0,4
Finnland	96,8	0,6	5,6	0,5	1,9	0,2	1,2	0,4	0,5	0,2	1,7	0,5	0,5	0,2

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (14 959 Mill. US-\$) von den Weltexporten (15 651 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. - 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Tabelle 13

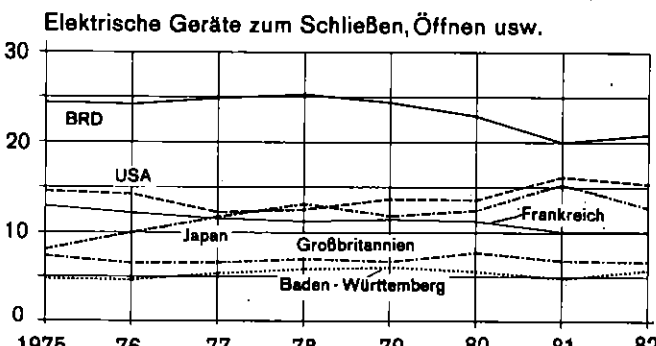
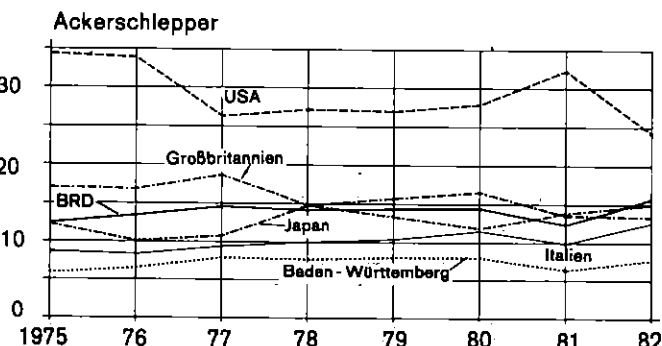
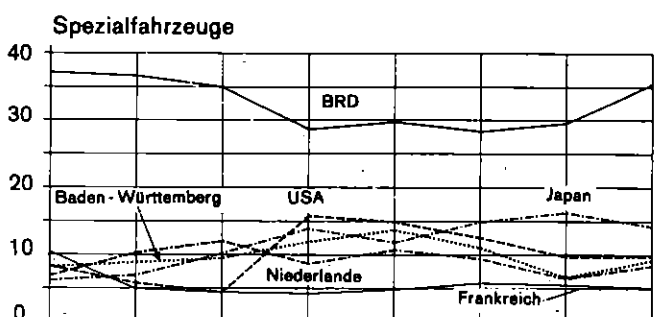
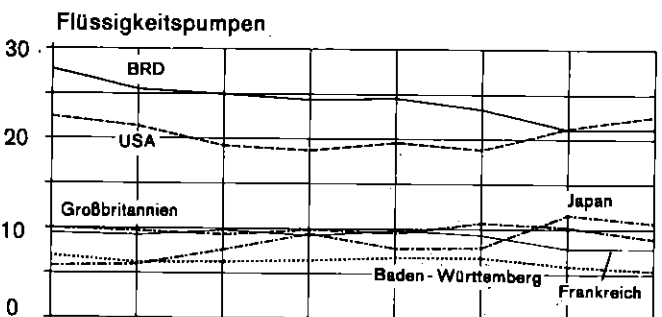
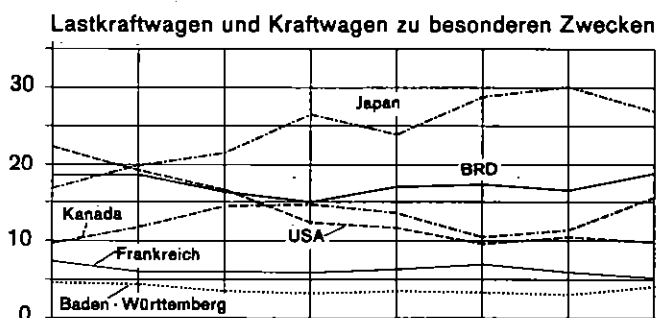
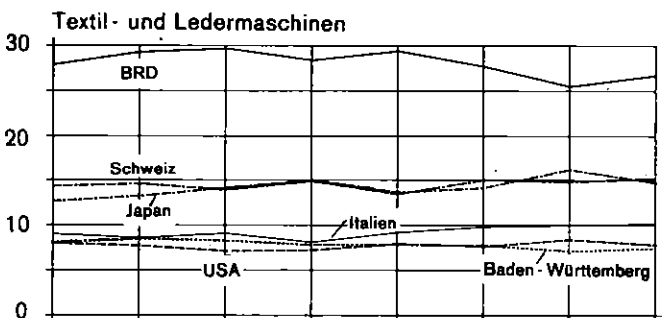
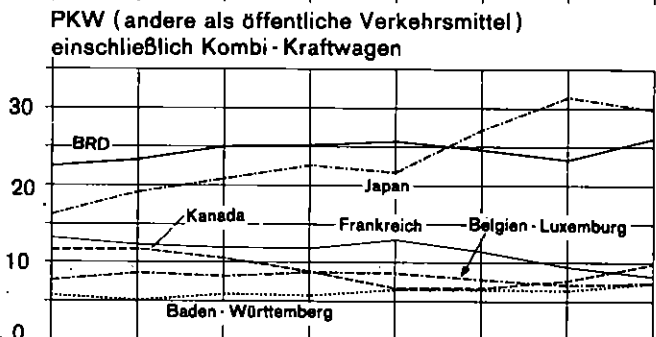
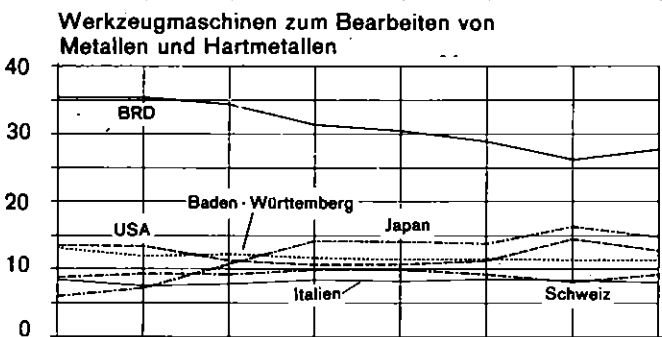
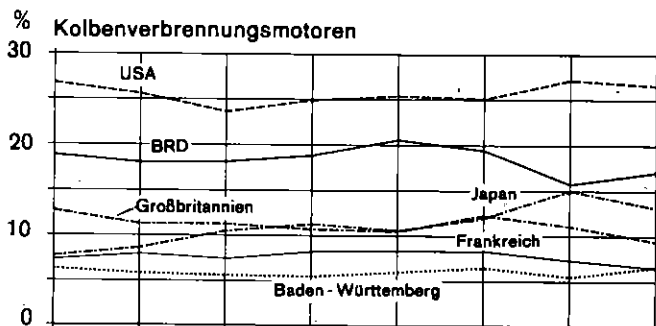
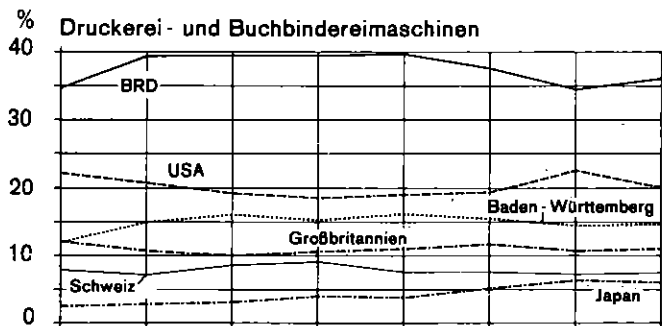
Internationale Konkurrenzsituation Baden-Württembergs auf wichtigen nichteuropäischen Märkten bei Papier und Pappe 1982

Exportregion ¹⁾	Weltexport		Importland ²⁾											
			USA		Iran		Australien		Hongkong		Japan		Kanada	
	Mill. US-\$	z3)	Mill. US-\$	z4)	Mill. US-\$	z5)	Mill. US-\$	z4)	Mill. US-\$	z4)	Mill. US-\$	z4)	Mill. US-\$	z4)
Alle Exportländer	24 274,3	100	3 967,7	100	258,9	100	536,1	100	434,0	100	512,5	100	565,6	100
darunter aus														
Baden-Württemberg	597,6	2,5	7,2	0,2	3,7	1,4	1,9	0,4	1,8	0,4	1,5	0,3	0,9	0,2
anderen Bundesländern	2 216,1	9,1	42,1	1,1	7,5	2,9	20,2	3,8	10,1	2,3	21,4	4,2	4,6	0,8
Kanada	4 125,1	17,0	3 363,8	84,8	2,9	1,1	46,7	8,7	9,4	2,2	40,0	7,8	X	X
Finnland	2 921,2	12,0	74,1	1,9	40,1	15,5	94,4	17,6	2,4	0,6	62,7	12,2	3,2	0,6
USA	2 680,1	11,0	X	X	0,1	0,0	118,7	22,1	52,0	12,0	312,6	61,0	515,6	91,2
Schweden	2 575,1	10,6	38,1	1,0	21,7	8,4	32,1	6,0	20,1	4,6	13,0	2,5	8,0	1,4
Frankreich	1 388,9	5,7	34,7	0,9	0,7	0,3	6,2	1,2	1,8	0,4	2,0	0,4	6,6	1,2
Niederlande	1 001,9	4,1	14,9	0,4	0,5	0,2	4,9	0,9	2,0	0,5	0,2	0,0	1,5	0,3
Großbritannien	878,7	3,6	50,8	1,3	2,1	0,8	28,6	5,3	9,3	2,1	8,5	1,7	12,3	2,2
Japan	845,5	3,5	71,9	1,8	1,5	0,6	56,3	10,5	164,4	37,9	X	X	4,2	0,7
Österreich	788,5	3,2	0,6	0,0	11,4	4,4	2,8	0,5	3,4	0,8	.	.	0,8	0,1
Belgien-Luxemburg	753,8	3,1	10,9	0,3	1,4	0,5	3,8	0,7	0,1	0,0	1,5	0,3	0,4	0,1
Italien	738,0	3,0	9,3	0,2	1,3	0,5	23,6	4,4	7,0	1,6	0,9	0,2	0,8	0,1
Norwegen	519,1	2,1	13,3	0,3	1,4	0,5	4,2	0,8	1,7	0,4	1,9	0,4	0,1	0,0
Südkorea	196,6	0,8	32,5	0,8	.	.	3,2	0,6	14,9	3,4	11,1	2,2	1,4	0,2

1) In Spalte 1 sind die Weltexporte der in der Vorspalte genannten Exportregionen aufgeführt; nichtdeutsche Exportländer sind nach dem Umfang ihrer Weltexporte geordnet. Bei Vergleichen mit den Werten der Spalten 3 ff. ist zu beachten, daß die Summe der Weltimporte (25 748 Mill. US-\$) von den Weltexporten (24 274 Mill. US-\$) geringfügig abweicht. - 2) In den Spalten 3 ff. sind die Importe der in der Kopfzeile genannten Importländer aufgeführt; sie sind nach dem Umfang ihrer Importe aus Baden-Württemberg geordnet. - 3) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Weltexport. - 4) Anteil der Importe aus den in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes. - 5) Anteil der Exporte der in der Vorspalte aufgeführten Exportregionen am Import des in der Kopfzeile genannten Importlandes.

Anhang - Schaubild 1

Entwicklung der Weltexportanteile Baden - Württembergs, des Bundesgebietes sowie der vier wichtigsten Konkurrenzländer ¹⁾



1) Geordnet nach der Höhe des Weltexports 1982.

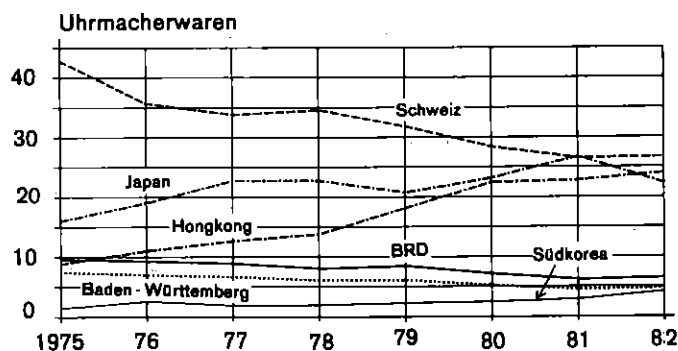
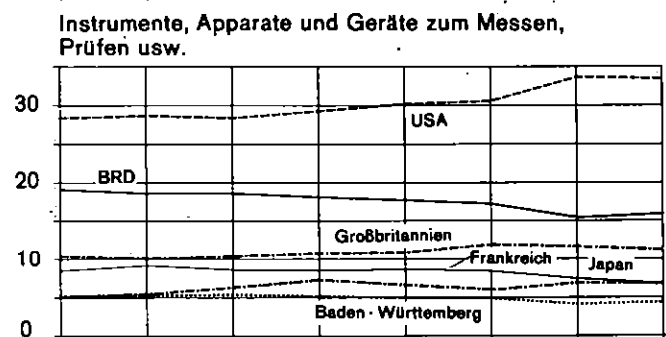
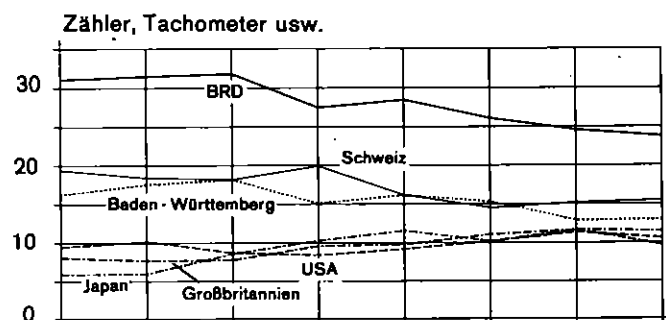
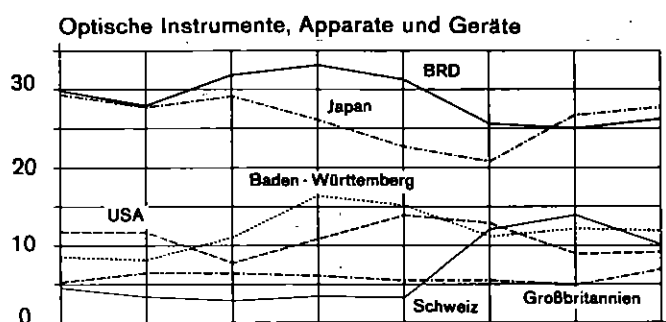
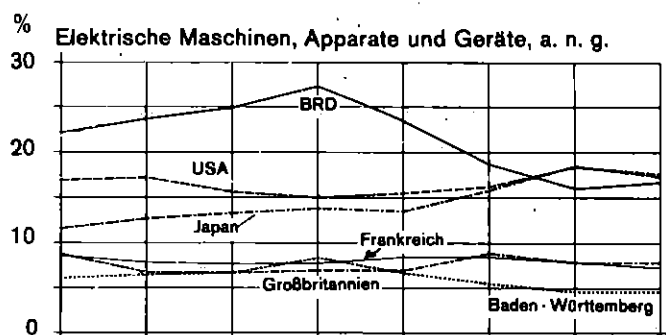


Tabelle 1

Bewerber um Berufsausbildungsstellen nach Berufsgruppen und Vorbildung 1983/84

Berufsgruppe	Insgesamt		Davon mit Vorbildung ...							
			ohne		mit		mittlerer Abschluß		Hochschul-/ Fachhochschul- reife	
			Hauptschulabschluß							
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Metallberufe	13 521	12,8	1 052	21,0	7 117	17,5	4 137	8,8	1 215	9,5
Elektriker	6 293	6,0	80	1,6	2 227	5,5	3 481	7,4	505	4,0
Textil-, Bekleidungs- und Lederberufe	2 181	2,1	188	3,8	949	2,3	726	1,5	318	2,5
Ernährungsberufe	4 897	4,6	477	9,5	3 139	7,7	1 146	2,4	135	1,1
Bau- und Baunebenberufe	8 269	7,8	1 240	24,7	4 719	11,6	1 594	3,4	716	5,6
Übrige Fertigungsberufe	1 947	1,8	115	2,3	627	1,5	826	1,7	379	3,0
Technische Berufe	3 802	3,6	18	0,4	493	1,2	2 542	5,4	749	5,9
Waren- und Dienst- leistungskaufleute	21 910	20,8	634	12,7	9 893	24,4	8 654	18,3	2 729	21,4
Verkehrsberufe	350	0,3	24	0,5	244	0,6	68	0,1	14	0,1
Organisations-, Ver- waltungs- und Büroberufe	20 146	19,1	98	2,0	3 126	7,7	13 112	27,8	3 810	29,8
Körperpfleger, Gästebe- treuer, Hauswirtschaft- liche Berufe und Reinigungsberufe	9 375	8,9	804	16,0	5 054	12,5	2 815	6,0	702	5,5
Übrige Dienstleistungs- berufe	8 693	8,2	35	0,7	1 325	3,3	6 500	13,8	833	6,5
Sonstige Berufe	4 198	4,0	246	4,9	1 647	4,1	1 633	3,5	672	5,3
Insgesamt	105 582	100	5 011	100	40 560	100	47 234	100	12 777	100

Quelle: Landesarbeitsamt, Daten des Berichtsjahres 1983/84 (1.10.1983 bis 30.9.1984).

Tabelle 2

Angebot an Berufsausbildungsstellen nach Berufsgruppen

Berufsgruppe	1973/74		1975/76		1977/78		1980/81		1983/84	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Metallberufe	13 880	25,2	10 021	22,1	12 695	21,4	17 273	21,0	15 063	20,5
Elektriker	4 331	7,9	3 086	6,8	3 402	5,7	4 574	5,6	4 609	6,3
Textil-, Bekleidungs- und Lederberufe	1 076	2,0	973	2,1	1 647	2,8	1 976	2,4	1 406	1,9
Ernährungsberufe	1 922	3,5	2 122	4,7	3 233	5,4	5 393	6,6	4 261	5,8
Bau- und Baunebenberufe	4 533	8,2	5 007	11,0	8 032	13,5	11 950	14,5	9 417	12,8
Übrige Fertigungsberufe	1 025	1,9	778	1,7	1 510	2,5	2 296	2,8	2 111	2,9
Technische Berufe	2 139	3,9	1 317	2,9	1 705	2,9	1 959	2,4	1 851	2,5
Waren- und Dienst- leistungskaufleute	11 066	20,1	9 429	20,8	11 717	19,7	15 916	19,4	13 908	19,0
Verkehrsberufe	611	1,1	441	1,0	491	0,8	993	1,2	1 033	1,4
Organisations-, Ver- waltungs- und Büroberufe	8 189	14,9	6 160	13,6	8 216	13,8	10 010	12,2	10 925	14,9
Körperpfleger, Gästebe- treuer, Hauswirtschaft- liche Berufe und Reinigungsberufe	3 078	5,6	3 219	7,1	3 608	6,1	5 419	6,6	4 708	6,4
Übrige Dienstleistungs- berufe	2 436	4,4	2 041	4,5	2 072	3,5	3 006	3,7	2 502	3,4
Sonstige Berufe	730	1,3	781	1,7	1 073	1,8	1 456	1,8	1 555	2,1
Insgesamt	55 016	100	45 375	100	59 401	100	82 221	100	73 349	100

Quelle: Landesarbeitsamt.

Tabelle 3

Auszubildende nach Bereichen und ausgewählten Ausbildungsberufen

Bereiche/Ausbildungsberufe	Auszubildende			Veränderung 1984 gegenüber 1977
	1977	1982	1984	
	Anzahl			%
Industrie und Handel	101 194	125 914	136 228	+ 34,6
darunter				
Maschinenschlosser	7 659	8 895	8 886	+ 16,0
Mechaniker	6 561	8 368	8 354	+ 27,3
Technische Zeichner	2 190	2 854	2 588	+ 18,2
Werkzeugmacher	5 029	5 627	5 374	+ 6,9
Elektroanlageninstallateur	1 537	1 384	1 570	+ 2,1
Energieanlagenelektroniker	1 334	2 329	2 641	+ 98,0
Informationselektroniker	453	942	1 148	+ 153,4
Bauzeichner	1 569	2 445	2 544	+ 62,1
Kaufmann im Groß- und Außenhandel	5 926	6 749	7 429	+ 25,4
Verkäufer	9 358	9 610	10 124	+ 8,2
Einzelhandelskaufmann	5 359	7 234	7 398	+ 38,0
Industriekaufmann	9 778	10 850	11 680	+ 19,5
Bankkaufmann	6 156	8 664	9 267	+ 50,5
Versicherungskaufmann	1 003	1 375	1 540	+ 53,5
Bürokaufmann	4 148	5 223	6 414	+ 54,6
Handwerk	70 377	91 962	96 077	+ 36,5
darunter				
Maurer	2 659	4 713	5 677	+ 113,5
Zimmerer	2 091	3 413	3 284	+ 57,1
Maler und Lackierer	3 478	4 396	4 878	+ 40,3
Schlosser	2 044	2 717	2 746	+ 34,3
Kraftfahrzeugmechaniker	8 431	8 209	8 253	- 2,1
Gas- und Wasserinstallateur	3 239	4 416	4 500	+ 38,9
Elektroinstallateur	5 720	7 351	7 338	+ 28,3
Tischler	3 387	5 712	5 433	+ 60,4
Bäcker	3 068	4 230	4 751	+ 54,9
Konditor	1 194	1 687	1 678	+ 40,5
Friseur	7 480	7 778	8 351	+ 11,6
Landwirtschaft	5 617	7 957	8 723	+ 55,3
Öffentlicher Dienst	6 577	8 768	10 359	+ 57,5
Hauswirtschaft	910	1 257	1 239	+ 36,2
Freie Berufe	13 067	17 196	17 634	+ 35,0
Alle Auszubildende zusammen	197 742	253 054	270 260	+ 36,7